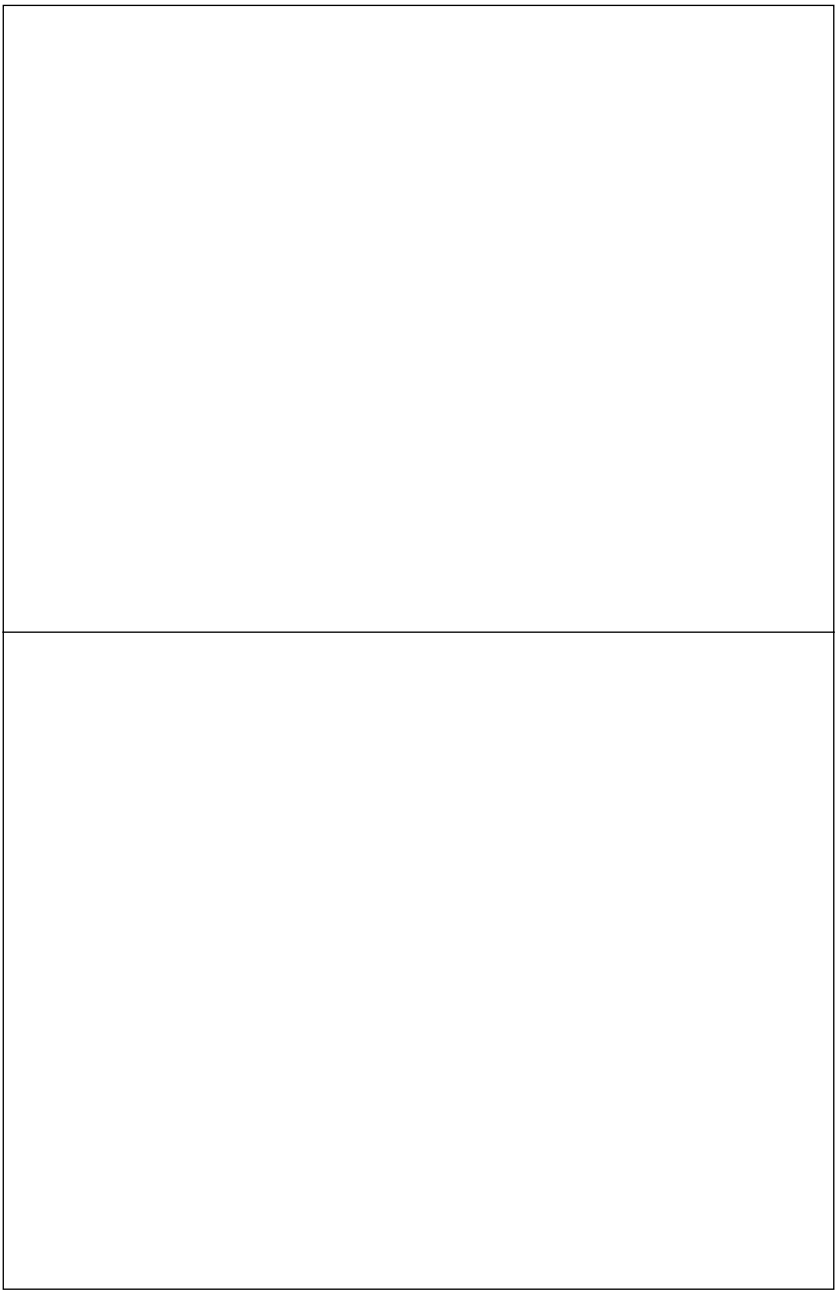
Friedrich Naumann STIFTUNG FÜR DIE FREIHEIT

Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung

19. Jahrgang 2007

Nomos

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY



https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung

19. Jahrgang 2007

im Auftrag
der Friedrich-Naumann-Stiftung herausgegeben
von Birgit Bublies-Godau, Monika Faßbender,
Hans-Georg Fleck, Jürgen Frölich,
Hans-Heinrich Jansen und Beate-Carola Padtberg

Nomos

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Anschrift der Redaktion:

c/o Archiv des Liberalismus
Theodor-Heuss-Str. 26
D-51645 Gummersbach

e-mail: Juergen.Froelich@fnst.org

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://www.d-nb.de abrufbar.

ISBN 978-3-8329-2943-5

1. Auflage 2007
© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2007. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Inhalt

Beiträge
Themenschwerpunkt Eugen Richter und der Liberalismus seiner Zeit

Ansgar Lauterbach
Zwischen Reform und Opposition: Zum politischen Selbstverständnis von National- und Fortschrittsliberalen in der Ära Bismarck 9

Jürgen Frölich
Der linksliberale Freisinn – die Partei Eugen Richters? – Einige Überlegungen 31

Hans-Georg Fleck
Benevolenz, Mißachtung, Misstrauen trotz »Schicksalsgemeinschaft« – Organisierter Linksliberalismus und sozialliberale Gesellschafts-reform zu Zeiten Eugen Richters 47

Ralf Roth
Leopold Sonnemann und seine Stadt – Kommunalliberalismus am Beispiel von Frankfurt am Main 83

Gerd Fesser
Friedrich Naumann als Antipode Eugen Richters 101

Ulrich Naumann
Ein maßgebender Genossenschaftler und »Fortschrittsmann« der ersten Generation – Ludolf Parisius 113

Detlev Mares
Goodbye Gladstone – Die liberale Partei im spätviktorianischen Großbritannien 1886-1906 137

Thomas Raithel
Liberalismus in Frankreich um 1890 165

Patrick Ostermann
Die Leitidee des Risorgimento vor dem Hintergrund des ›italienischen Kulturkampfes‹ am Ende des Ottocento 177

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Lothar Höbelt
Der »schwarz-gelbe« Reichskritikus: Eduard Herbst (1820-1892) 193

Detmar Doering
Eugen Richters Bedeutung für die Gegenwart 211

Weitere Beiträge

Hellmut Seier
Eugen Schiffer als Zeitbeobachter 1941/42 – Zu einem unbekannten Kriegstagebuch des früheren Reichsministers 225

Thomas Klingebiel
Gouvernemental – National – Liberal? – Die Gründung und die Anfänge der FDP in Göttingen (1946-1053) 259

Rezensionen

Joachim Kermann/ Gerhard Nestler/ Dieter Schiffmann (Hrsg.): Freiheit, Einheit und Europa. Das Hambacher Fest von 1832 – Ursachen, Ziele, Wirkungen – *Birgit Bublies-Godau* 275

Thomas Brendel: Zukunft Europa? Das Europabild und die Idee der internationalen Solidarität bei den deutschen Liberalen und Demokraten im Vormärz (1815-1848) – *Birgit Bublies-Godau* 281

Natascha Doll: Recht, Politik und ›Realpolitik‹ bei August Ludwig von Rochau (1810-1873). Ein wissenschaftlicher Beitrag zum Verhältnis von Politik und Recht im 19. Jahrhundert – *Jürgen Frölich* 287

Harald Biermann: Ideologie statt Realpolitik. Kleindeutsche Liberale und auswärtige Politik vor der Reichsgründung – *Beate-Carola Padtberg* 289

Holger Starke (Hrsg.): Geschichte der Stadt Dresden. Bd. 3: Von der Reichsgründung bis zur Gegenwart – *Karl Heinrich Pohl* 292

Eric Kurlander: The Price of Exclusion. Ethnicity, National Identity and the Decline of German Liberalism, 1898-1933 – *Hartwin Spenkuch* 298

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Gangolf Hübinger/ Andreas Terwey (Hrsg.): Ernst Troeltsch: Fünf Vorträge zu Religion und Geschichtsphilosophie für England und Schottland. Der Historismus und seine Überwindung (1924) / Christian Thought. Its History and Application (1923) – *Matthias Wolfes* 303

Jonathan Wright: Gustav Stresemann. Weimars größter Staatsmann
Thomas H. Wagner: »Krieg oder Frieden. Unser Platz an der Sonne.« Gustav Stresemann und die Außenpolitik des Kaiserreichs bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs – *Jürgen Frölich* 306

Joachim Wintzer: Deutschland und der Völkerbund 1918-1926 – *Matthias Hannemann* 310

Guido Verrucci: Idealisti all'indice – Croce, Gentile e la condanna del Sant'Uffizio – *Patrick Ostermann* 313

Christopher Kopper: Hjalmar Schacht. Aufstieg und Fall von Hitlers mächtigstem Banker – *Jürgen Frölich* 316

Thilo Ramm: Eugen Schiffer. Ein Nationalliberaler Jurist und Staatsmann 1860-1954 – *Franz-Josef Kos* 318

Volker Depkat: Lebenswenden und Zeitwenden. Deutsche Politiker und die Erfahrungen des 20. Jahrhundert – *Jürgen Frölich* 321

Stephanie Zibell: Politische Bildung und demokratische Verfassung. Ludwig Bergsträsser (1883-1960) – *Michael Roick* 324

Christof Brauers: Die FDP in Hamburg 1945 bis 1953. Start als bürgerliche Linkspartei – *Beate-Carola Padtberg* 328

Michael Klein: Westdeutscher Protestantismus und politische Parteien. Anti-Parteien-Mentalität und parteipolitisches Engagement von 1945 bis 1963 – *Hans-Heinrich Jansen* 334

Frieder Günther: Heuss auf Reisen. Die auswärtige Repräsentation der Bundesrepublik durch den ersten Bundespräsidenten – *Lutz Sartor* 336

Udo Leuschner: Die Geschichte der FDP. Metamorphosen einer Partei zwischen rechts, sozialliberal und neokonservativ – *Lutz Sartor* 339

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Jens Hacke: Philosophie der Bürgerlichkeit. Die liberalkonservative Begründung der Bundesrepublik – *Detmar Doering* 342

Jürgen Frölich (Hrsg.): Wolfgang Schollwer: »Da gibt es in der FDP noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten. . .«. Aufzeichnungen aus der FDP-Bundesgeschäftsstelle 1966-1970 – *Volker Erhard* 345

Autorenverzeichnis 349

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Beiträge

Ansgar Lauterbach

Zwischen Reform und Opposition: Zum politischen Selbstverständnis von National- und Fortschrittsliberalen in der Ära Bismarck

In den von Otto von Bismarck in den 1890er Jahren verfaßten »Gedanken und Erinnerungen« erfährt das parlamentarische Fraktionswesen, das den politischen Willensbildungsprozeß im Kaiserreich stark bestimmt hatte, nur wenig Lob und Anerkennung. Beim Kanzler im Ruhestand war im wesentlichen nur der »Eindruck verblieben, daß jede unsrer Fractionen ihre Politik betreibt, als ob sie allein da sei, ohne Rücksicht auf das Ganze (. . .).« Dabei, so fuhr Bismarck fort, gehe es den »meisten Fractionsmitgliedern, wie den meisten Bekennern verschiedener Confessionen; sie gerathen in Verlegenheit, wenn man sie bittet, die unterscheidenden Merkmale der eignen Ueberzeugung den andern concurrirenden gegenüber anzuführen. In unsern Fractionen ist der eigentliche Krystallisationspunkt nicht ein Programm, sondern eine Person, ein parlamentarischer Condottiere.«[1]

Nun verwundert es nicht, daß Bismarck bei der Abfassung seiner Memoiren offensichtlich kaum bereit war, an den Organisationsformen seiner politischen Gegner auch nur ein gutes Haar zu lassen, hatte er doch entscheidend dazu beigetragen, daß sich im preußisch-deutschen Verfassungssystem ein auf verantwortliches Regierungshandeln ausgerichtetes Parlaments- und Parteiwesen nicht ausbilden konnte; aber traf denn sein Urteil der Sache nach nicht zu? Die Fortschrittsliberalen etwa agierten allen politischen Zäsuren zum Trotz bis 1878 auf der Grundlage eines siebzehn Jahre zuvor noch unter dem Eindruck des preußischen Heeres- und Verfassungskonflikts erstellten Parteiprogramms. Das hatte weitreichende Konsequenzen, denn der im Fortschritt organisierte Linksliberalismus drohte, nicht nur zwischen die Mühlsteine eines autoritär-legalistischen Konservatismus auf der einen Seite und

1 Otto Fürst von Bismarck: Gedanken und Erinnerungen, Bd. 2, Stuttgart/ Berlin 1922, S. 183.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

der jungen, die »Gleichheit« aller Lebensbeziehungen einfordernden Sozialdemokratie auf der anderen zu geraten. Seine politische Bedeutung war auch bedroht durch das anhaltende Schisma des Liberalismus insgesamt. Hinzu kam, daß der Nationalliberalismus im Gegensatz zum Fortschritt seiner Wählerschaft eine nachvollziehbare und in sich konsistente Strategie zur echten Teilhabe an der Macht – zumindest bis zum Ende der 1870er Jahre – aufzeigen konnte und zwar durch die von ihm favorisierte Politik der »kontrollierten Offensive«, einer Parlamentarisierung des politischen Systems in kleinen Schritten.[2] Daß Bismarck die anerkannten Fraktionsführer als »Condottieres« – als im Sold stehende oder besoldete Anführer, also als die von ihm so hingebungsvoll bekämpften und verachteten Berufspolitiker – zu desavouieren suchte, verdeutlicht, wie sehr dem Kanzler so kantige Politiker wie der Fortschrittler Eugen Richter oder Eduard Lasker von den Nationalliberalen, aber auch Ludwig Windthorst vom Zentrum und August Bebel von den Sozialdemokraten ein Dorn im Auge gewesen sein müssen.

Natürlich war das Schicksal des Liberalismus in den 1870er Jahren, wie Thomas Nipperdey in seiner »Deutschen Geschichte« nüchtern festgehalten hat, das Schicksal der Nationalliberalen Partei gewesen.[3] Trotzdem und vielleicht auch gerade deswegen lohnt es sich, die politische Bedeutung des Linksliberalismus[4] neben den Nationalliberalen in den Mittelpunkt einer historischen Untersuchung zu stellen und dabei zu fragen, wie beide Strömungen in das Parteiensystem und damit in die politische Kultur des Kaiserreichs eingebunden waren. Warum kam es nicht zur Gründung der von vielen gewünschten, »einen« großen liberalen Partei? Wie gestaltete sich zudem das Verhältnis des Fortschritts zu den Nationalliberalen, wo gab es Übereinstimmung, wo inhaltliche Differenzen – vor allem in staatstheoretischen oder verfassungsrechtlichen Fragen –, und welche Folgen hatten diese Unterschiede für die parlamentarische Entwicklung in Deutschland?

2 Zu den parlamentarischen Bemühungen der Nationalliberalen, das Regierungssystem des frühen Kaiserreichs verfassungspolitisch auszugestalten und weiterzuentwickeln: Ansgar Lauterbach: Im Vorhof der Macht. Die nationalliberale Reichstagsfraktion in der Reichsgründungszeit (1866-1880), Frankfurt/ M. u. a. 2000; ferner: Dieter Langewiesche: Bismarck und die Nationalliberalen, in: Lothar Gall (Hrsg.), Otto von Bismarck und die Parteien, Paderborn u. a. 2001, S. 73-89.

3 Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866-1918, Bd. 2, München 1992, S. 317.

4 An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, daß »linksliberal« kein zeitgenössisch verwendeter, sondern ein rein historisch-analytischer Begriff ist. Vgl. dazu: Christian Jansen: Bismarck und die Linksliberalen, in: Lothar Gall, Otto von Bismarck und die Parteien (wie Anm. 2), S. 91f.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

I.

Christian Jansen hat vor wenigen Jahren die Frage aufgeworfen, ob die Unterschiede zwischen den beiden liberalen Lagern bis weit in die 1870er Jahre hinein nicht mehr auf regionalen Besonderheiten denn auf grundsätzlichen ideologischen Differenzen beruhten.[5] So seien sich Fortschritts- und Nationalliberale bis Anfang der 1880er Jahre bei den Reichstagswahlen im Großen und Ganzen aus dem Weg gegangen, es habe bis weit in die 1870er Jahre hinein keine getrennten Parteiorganisationen gegeben, und auch ansonsten hätten beide Fraktionen im Reichstag zumeist geschlossen abgestimmt. Eine abschließende Beantwortung der Frage, ob die ideologischen Differenzen in der Literatur nicht überbetont worden seien, ist Jansen allerdings schuldig geblieben mit dem etwas launigen Hinweis, daß bis heute keine moderne Geschichte der Fortschrittspartei vorliege, mit deren Hilfe sich diese These überprüfen ließe.

Beim ersten Blick in die vorherrschende Literatur scheint Jansens Verdacht zunächst bestätigt. Da heißt es dann etwa, daß sich die in den Fraktionsgemeinschaften zum Ausdruck kommende politische Differenzierung in Fortschrittspartei und Nationalliberale Partei zwar verfestigt habe, die Vertreter beider liberaler Lager aber lange noch so große Gemeinsamkeiten besessen hätten, daß viele Abgeordnete relativ mühelos die politischen Seiten zu wechseln vermochten. Es seien, so die landläufige Meinung, »die Unterschiede selbst im Bewußtsein der Anhänger wenig ausgeprägt gewesen«.[6] War es also dem bloßen Zufall überlassen, ob man fortschritts- oder nationalliberal war? Waren die inhaltlichen Übergänge wirklich so fließend, daß es dem Wähler eigentlich hätte egal sein können, welchem der liberalen Lager er seine Stimme leihen würde?

Interessant ist doch, daß es auch nach der Reichsgründung nicht zu einer Verschmelzung beider parteiübergreifender Strömungen kam. Ein solches Zusammengehen stand auch nie ernsthaft zur Debatte. Zwar hatte der nationalliberale Parteiführer Eduard Lasker seinem Parteifreund Max von Forckenbeck Ende 1871 anvertraut, daß es seit langem sein »innigster Wunsch« gewesen sei, »die Bildung einer großen und festen liberalen Parthei an Stelle der Fractionen« herbeizuführen, aber es gebe »für die nächste Zeit

5 Ebd., S. 95.

6 Thomas Nipperdey: Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Düsseldorf 1961, S. 25. Die Tatsache, daß es an vielen Orten keine getrennten Parteiorganisationen gab, läßt nicht zwingend darauf schließen, daß es im Bewußtsein der liberalen Wählerschaft kaum Abgrenzungskriterien gegeben hätte. Das Gegenteil war eher der Fall, nur fehlte die Milieubildung. Vgl. dazu Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3, München 1995, S. 367: »Der städtisch-bürgerliche Wähler konnte genausogut die oppositionellen ›Fortschrittlichen‹ oder Freisinnigen wählen wie als ›Ordnungsmensch‹ (Bamberger) und begeisterter Bismarckianer eine streng ›reichsfreundliche‹ Partei.«

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

wenig Hoffnung auf Erfüllung« eines solchen Vorhabens. Stattdessen müsse man sich »mit dem guten Verhältniß der liberalen Fractionen begnügen«.[7] Ein über punktuelle Kooperationsmöglichkeiten hinausgehender Parteizusammenschluß wurde auch von anderen Nationalliberalen mit der Begründung abgelehnt, daß »eine solche Vereinigung die N. L. Parthei weniger regierungsfähig machen würde, und diese Eigenschaft ihr erhalten werden muß«.[8] Am deutlichsten hatte noch vor den Wahlen zum ersten Reichstag der nationalliberale Abgeordnete und das Parteivorstandsmitglied Hans Victor von Unruh den Fusionsplänen einzelner Abgeordneter vom linken Flügel eine Absage erteilt: »Ich halte eine wirkliche Vereinigung der beiden Parteien in ihrer Totalität für jetzt für unmöglich und jedenfalls nicht für rathsam. Wäre dieselbe wirklich ausführbar, so würden wir dadurch Bismarck u. der Regierung den Krieg erklären und dieselben der Rechten schon bei den Wahlen in die Arme treiben. Die vereinigte Partei wäre (. . .) unhomogen.«[9]

Auch die Zusammenarbeit in gemeinschaftlichen Komitees im Vorfeld von Reichstagswahlen beruhte weniger auf dem Wissen um identische politische Positionen, sondern diente im wesentlichen dem Zweck, bessere Wahlergebnisse zu erzielen. Die auf diese Weise nach außen hin demonstrierte Einheit der Liberalen erhöhte anerkanntermaßen die Chancen eines liberalen Bewerbers bei Neu-, Wieder- oder Stichwahlen. So ermunterte die nationalliberale Fraktionsführung vor den Reichstagswahlen wiederholt zur Bildung derartiger »Plattformabkommen«, vor allem dort wo es angesichts der Erfolgsaussichten eines Ultramontanen oder Sozialdemokraten darum ging, einen »reichsfreundlichen« Kandidaten aufzustellen und durchzubringen.[10] Aber ein systematisches Vorgehen bei der Bildung von Plattformabkommen ist für den Untersuchungszeitraum nicht zu erkennen. Im Wahlkreis Hagen-Schwelm etwa, der in 12 Wahlen hintereinander an den Fortschritt fiel, setzte sich Eugen Richter 1877 und 1878 erst in Stichwahlen gegen jeweils nationalliberale Kandidaten durch.[11] Viel zu groß waren inzwischen die ideologischen Unterschiede, als daß ein übergreifender Organisationsanlauf – eine Verschmelzung – politisch noch umsetzbar gewesen wäre. Zwar schwärmte der

7 Eduard Lasker an Max von Forckenbeck, 30.09.1871, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin (demn.: GStA Berlin), NL Forckenbeck, Nr. B 9, Bl. 55.

8 Werner von Siemens an Eduard Lasker, 28.01.1871, Bundesarchiv Berlin (demn.: BA Berlin), NL Lasker, Nr. 291, Bl. 7f.

9 Hans Viktor von Unruh an Eduard Lasker, 26.01.1871, BA Berlin, NL Lasker, Nr. 324.

10 Vgl. dazu die »Zuschrift an die Vertrauensmänner betreffend die Feststellung der Candidaten«, BA Berlin, NL Friedrich Oetker, Nr. 80, Bl. 15; Magdeburgische Zeitung, Nr. 5, 04.01.1874, Morgenausgabe (MA); ebenso: Berliner Autographierte Korrespondenz, in: National-Zeitung, Nr. 13, 09.01.1874, MA.

11 Ina S. Lorenz: Eugen Richter. Der entschiedene Liberalismus in wilhelminischer Zeit 1871 bis 1906, Husum 1981, S. 84f. Noch 1871 war Richter im Wahlkreis Hagen-Schwelm unterlegen. Er zog allerdings als Abgeordneter für den Wahlkreis Schwarzburg-Rudolstadt in den Reichstag.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

ein wenig in Vergessenheit geratene fortschrittsliberale Parteiführer Albert Hänel noch Ende der 1870er Jahre von der »Liberalen Union«, der allein er noch Chancen gegen ausufernden Konservatismus und Sozialismus einräumte.[12] Auch Lasker hatte seinem Parteifreund und zeitweiligen Reichstagspräsidenten Max von Forckenbeck 1877 gegenüber deklamiert: »Eine neue, kräftige Organisation der liberalen Parthei thut Noth«, aber – und das war die wesentliche Einschränkung – »die Organisation und die Politik der liberalen Parthei muß (. . .) über die Fraktionsnuancen sich erheben«.[13] Doch dazu war es zu spät. Für die Mitte und den rechten Flügel der Nationalliberalen war ein Zusammengehen – oder besser – ein Zusammenschluß mit dem Fortschritt spätestens seit den Auseinandersetzungen um die Reichsjustizgesetze völlig undenkbar.[14] Der Wahlkampfstil und die Rhetorik hatten sich grundlegend geändert. Und Eugen Richter, der Prototyp des Berufspolitikers im modernen Sinne, der alle Winkelzüge der Partei- und Fraktionspolitik kannte, trieb die inhaltliche Abgrenzung zum Nationalliberalismus energisch voran und hätte aus der Fortschrittspartei lieber gestern als heute eine kleine, ihm treu ergebene Kaderpartei geformt.[15]

II.

Die Fortschrittspartei wurde – viel stärker als die Nationalliberalen etwa – nahezu ausschließlich von preußischen Abgeordneten dominiert. Die wichtigsten Parteiführer stammten entweder aus den preußischen Kernlanden oder den Preußen nach Königgrätz zugeschlagenen neuen Provinzen. Selbst zehn Jahre nach der Reichsgründung hatte sich an diesem Zustand nichts geändert. Überraschenderweise jedoch wurde das linksliberale Erscheinungsbild gerade dadurch geschwächt, daß es in den meisten Bundesstaaten trotz der durch die dramatischen Ereignisse von 1866 und 1871 hervorgerufenen Erschütterungen und Umbrüche nicht – wie auf der Reichsebene oder in Preußen etwa – zu einer Spaltung entlang der Scheidelinie »Fortschritt« oder »Nationalliberal« kam. In Bayern beispielsweise verhinderten religiöse Auseinandersetzungen ein Auseinanderfallen der dortigen Fortschrittspartei, in der fortan verschiedene liberale Gruppierungen ihre Differenzen mit programmatischen

12 Stefan Graf Vitzthum: Linksliberale Politik und Materiale Staatsrechtslehre. Albert Hänel 1833-1918, Freiburg/ München 1971, S. 58f.

13 Eduard Lasker an Max von Forckenbeck, 15.01.1877, GStA Berlin, NL Forckenbeck, Nr. B 3, Bl. 47f.

14 Bereits kurz nach der Reichsgründung begannen sich die gemeinsamen Wahlkampforganisationen von Fortschrittlichen und Nationalliberalen auf breiter Front zu trennen. Vgl. Thomas Nipperdey, Parteien (wie Anm. 6), S. 27, Anm. 2 und S. 31f.

15 Hans-Peter Goldberg: Bismarck und seine Gegner. Die politische Rhetorik im kaiserlichen Reichstag, Düsseldorf 1998, S. 170.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Gemeinplätzen zu überdecken suchten. In Württemberg bemühte sich die »Deutsche Partei«, die nach der Nationalstaatsgründung – ihrem erklärten politischen Ziel – auseinander zu brechen drohte, um einen Brückenschlag von Fortschritt über Nationalliberale bis hin zu den Freikonservativen; wenn auch zum Preis des Verzichts auf ein entschieden liberales Auftreten. Nur die »Volkspartei« artikulierte weiterhin demokratische Forderungen und versuchte, sich in der Opposition gegen die preußische Hegemonie zu profilieren. Aber sie schrumpfte nach der Reichsgründung auf einen kleinen Kern aktiver Politiker zusammen und erlangte auf Reichsebene kaum Bedeutung.[16] In Hessen blieb das Parteien- und Fraktionsmosaik komplex und zerbrechlich, doch auch die hessischen Fortschrittsliberalen trennten sich nicht und lagen überraschenderweise mit den Nationalliberalen im Reichstag bis weit in die 1880er Jahre hinein auf einer Linie. Kurz: Im Süden des Reichs standen die Liberalen nicht im Gegensatz zur Reichsregierung. Sie blieben abgesehen von Württemberg eher einheitlich und orientierten sich nationalliberal.[17] Damit aber ist zumindest unter diesem Blickwinkel die von Jansen eingangs aufgeworfene Frage, ob die Differenzen zwischen Fortschrittlern und Nationalliberalen nicht eher auf regionalen Besonderheiten denn auf ideologischen Differenzen beruhten, zu verneinen. Nur dort, wo die liberalen Lager auch tatsächlich organisatorisch in zwei Fraktionen getrennt waren, nämlich in Preußen und im Reich, gab es die größten ideologischen Unterschiede und die größten politischen Erfolge.

Dagegen waren die Nationalliberalen – geographisch betrachtet – die einzige *gesamtdeutsche* Partei unter den im Reichstag vertretenen Fraktionen. Aber die bunte Meinungs- und Interessenvielfalt der Mitglieder schwächte Erscheinungsbild und Wirken der Gesamtfraktion oft mehr als ihr lieb sein konnte. In ihren Reihen fanden »gouvernementale« Altliberale und verfassungskampferprobte, frühere preußische Fortschrittsliberale zusammen, die Fraktion einte »Manchester-Liberale« und »Schutzzöllner« und bildete zudem ein Sammelbecken für die vielen Liberalen aus den neupreußischen Provinzen und den süddeutschen Landesteilen, von denen nicht wenige den Reichskanzler für seine couragierte Politik offen bewunderten. Noch viele Jahre später urteilte Lasker rückblickend, daß diese Parlamentarier ein geschlossenes Auftreten der Fraktion erschwerten, denn sie standen »außerhalb der Erfahrungen, welche die altpreußischen Abgeordneten unter sich zu gemeinsamen Thun veranlaßte, und es fehlte ihnen oft das Verständnis für die Schärfe des Mißtrauens und das umsichtige Suchen nach Garantien, die den altpreußischen Mitglie-

16 James C. Hunt: The People's Party in Württemberg and Southern Germany, Stuttgart 1975. Vgl. zur Entwicklung des gesamten Liberalismus in Württemberg vor der Reichsgründung: Dieter Langewiesche: Liberalismus und Demokratie in Württemberg zwischen Revolution und Reichsgründung, Düsseldorf 1974.

17 Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte, Bd. 2 (wie Anm. 3), S. 316.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

dern durchweg eigen war«.[18] In beiden liberalen Fraktionen bestimmten einige wenige Politiker die eigentlichen Richtlinien der Reichspolitik, was in gewisser Weise Bismarcks späteres Urteil über die Fraktionsführer als sogenannte »Condottieres« zu bestätigen scheint. Auch Heinrich von Treitschke beklagte »ein Cliquenwesen, wovon sich der Laie gar keine Vorstellung macht«.[19] Handelte es sich aber bei den Nationalliberalen immerhin noch um eine kleine Gruppe herausragender politischer Köpfe, die zudem noch – wenn auch nicht ganz gleichgewichtig – die innerparteilichen Strömungen hinreichend repräsentierten, so war die Fortschrittspartei nach dem Tod des Freiherrn Leopold von Hoverbeck im Jahr 1875 ganz auf Eugen Richter zugeschnitten.

Bei genauerem Hinsehen aber muß man Bismarcks harsches Urteil differenziert betrachten. Natürlich hatte sich mit der Reichsgründung die zentrale Zukunftsvision des Liberalismus – vor allem die der Nationalliberalen – erfüllt. Neue sinn- und einheitsstiftende Aufgaben mußten gesucht, mit Inhalten gefüllt und als politische Forderungen formuliert werden. Diesem Zweck diente zunächst der Kulturkampf und seit der Mitte der siebziger Jahre verstärkt auch die aufkommende Furcht vor der Sozialdemokratie. Aber die Auseinandersetzungen auf diesen Politikfeldern eigneten sich nur bedingt als Klammern und überlagerten stattdessen die Differenzen der Liberalen untereinander über den richtigen Weg zum inneren Ausbau des Reiches. Selbst innerhalb der nationalliberalen Reichstagsfraktion kam es zu einem schleichenden Entfremdungsprozeß zwischen der vergleichsweise gut vernetzten innerparteilichen Linken um Lasker, Forckenbeck und Ludwig Bamberger auf der einen Seite und der zahlenmäßig anwachsenden, aber ohne zentralen Führer auftretenden Fraktionsrechten. Obwohl »der Zahl nach die mächtigste«, schrieb 1875 das Mitglied des nationalliberalen Zentralwahlkomitees, Friedrich Kapp, sei »die nationalliberale Partei (. . .) ein solches Sammelsurium aller möglichen zum Teil unvereinbaren Bestrebungen, Ansichten und Ziele, daß sie aus dem Leim gehen muß«.[20]

Doch noch war es nicht so weit, ganz im Gegenteil. Während sich die Fortschrittsliberalen mehr und mehr damit abfanden, größeren Einfluß auf das Politikgeschehen erst in der Zeit nach Bismarck unter einem neuen Thronfolger nehmen zu können, glaubten selbst Nationalliberale vom rechten Flügel wie Wilhelm Wehrenpfennig einen wesentlichen Teil der Strecke zur tiefgreifenden Umgestaltung des politischen Systems bereits zurückgelegt zu haben.

18 Wilhelm Cahn (Hrsg.): Aus Eduard Lasker's Nachlaß. 15 Jahre parlamentarischer Geschichte (1866-1880), Berlin 1902, S.49f.
19 Max Cornicelius (Hrsg.): Heinrich von Treitschke, Briefe, Bd. 3, Leipzig 1920, S. 326.
20 Friedrich Kapp an Eduard Cohen, 05.01.1875, in: Friedrich Kapp: Vom radikalen Frühsozialisten des Vormärz zum liberalen Parteipolitiker des Bismarckreiches. Briefe 1843-1884, hrsg. u. eingeleitet von Hans-Ulrich Wehler, Frankfurt/ M. 1969, S. 108.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

In einer von Wehrenpfennig 1876 im Auftrag der Parteiführung verfaßten Denkschrift hieß es unter Berufung auf die schwierige Zusammenarbeit mit Bismarck, daß die politischen Verhältnisse nur »vorläufig [sic!] noch nicht so weit gereift sind, um die Minister aus dem Parlament hervorgehen zu lassen«.[21] Tatsächlich aber sei die Organisation der Reichsverwaltung in ihrer Verfassungswirklichkeit inzwischen »soweit vorgerückt«, daß sechs Ministerien – und zwar für Krieg, Marine, Auswärtiges, Justiz, Verkehr und Finanzen – »in ihren Umrissen gegeben« seien. Es fehle allerdings noch der »letzte und schwierigste Schritt«: die formelle Übertragung der politischen Verantwortlichkeit auf selbständige Ressortchefs, an deren Realisierung in Zukunft mit Nachdruck gearbeitet werden müsse. Was hier im Namen des obersten Parteigremiums eingefordert wurde, war mehr als die bloße Durchbrechung der monokratisch auf Bismarck ausgerichteten Reichsverwaltung, war mehr als die Aufhebung des bisher in Preußen geltenden ministerialen Kollegialprinzips: Es war ohne Frage die Forderung nach Einführung des parlamentarischen Regierungssystems und damit die Infragestellung des gesamtem Bismarckschen Machtgefüges.

III.

Der 1861 in Preußen zwischen Regierung und Parlament ausbrechende Heeres- und Verfassungskonflikt hatte den Liberalismus mit seiner Forderung nach einem verfassungsmäßigen liberalen Bundesstaat unter Führung Preußens in eine so nicht gewollte Kampfposition gedrängt. Es kam zu einer Radikalisierung der politischen Forderungen und der Fortschrittspartei selbst, die aber in dieser Form inhaltlich und organisatorisch dauerhaft nicht durchzuhalten war. Zwar sicherte diese Entwicklung der Fortschrittspartei auch noch in späteren Jahren eine relativ starke Anhängerschaft in kleinbürgerlichen Kreisen[22], aber die Aussöhnung der kleindeutsch orientierten Liberalen, der späteren Nationalliberalen, mit dem Bismarckschen Obrigkeitsstaat war nicht mehr aufzuhalten.[23] Gleichwohl, noch 1867 hatte die Fortschrittspartei der Verfas-

21 Die Gesetzgebung der letzten sechs Jahre im Reich und in Preußen. Dargestellt von einem Mitglied des Centralwahlcomite's der nationalliberalen Partei, Berlin 1876, insbes. S. 85ff.

22 Gustav Seeber/ Walter Wittwer: Kleinbürgerliche Demokratie im Bismarck-Staat. Entwicklungstendenzen und Probleme, Berlin 1971, S. 20.

23 Vgl. dazu: Heinrich August Winkler: Preußischer Liberalismus und deutscher Nationalstaat. Studien zur Geschichte der deutschen Fortschrittspartei 1861-1866, Tübingen 1964, S. 34ff.; Karl-Georg Faber: Realpolitik als Ideologie. Die Bedeutung des Jahres 1866 für das politische Denken in Deutschland, in: Historische Zeitschrift (demn.: HZ) 203 (1966), S. 1-45; James J. Sheehan: German Liberalism in the Nineteenth Century, Chicago 1978, S. 77ff.; Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte 1800-1866, München 1991 (5. Aufl.), S. 718ff.; Hans-Ulrich Wehler, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3 (wie Anm. 6), S. 280ff.; Otto Pflanze: Bismarck. Der Reichsgründer, Bd. 1, München 1997; S. 272ff.; Ansgar Lauterbach, Vorhof (wie Anm. 2), S. 27ff.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

sung des Norddeutschen Bundes ihre Zustimmung versagt und sich ohne Wenn und Aber vom Kompromiß der Nationalliberalen mit den konservativen Kräften abgegrenzt. Zentrale Forderungen blieben im wesentlichen ein dem Parlament verantwortliches Ministerium, das volle Einnahmen- und Ausgabenbewilligungsrecht des Reichstags und die Beseitigung der extrakonstitutionellen Bestandteile der Exekutive in Militärfragen. Selbst auf dem Höhepunkt des Deutsch-Französischen Krieges wandten sich prominente Führer der Fortschrittspartei am 25. September 1870, immerhin knapp drei Wochen nach der Schlacht bei Sedan, in einer Erklärung an die Öffentlichkeit, um erneut ein »mit allen Rechten und Vorzügen einer wahren Volksvertretung ausgestattetes Parlament« einzufordern.

An dieser Politik hielt der Fortschritt nach dem Friedensschluß und dem Inkrafttreten der Verfassung für die süddeutschen Bundesstaaten fest – im übrigen nicht anders als weite Teile der Nationalliberalen auch. Doch während der Fortschritt in einer Art verfassungsrechtlicher Unbeweglichkeit verharrte und in bezug auf die verfassungsmäßigen Rechte des Volkes auf maßgebliche Mitbestimmung am Staat zu keinerlei Kompromissen bereit war, hofften die Nationalliberalen, die verkrusteten Strukturen des Regierungssystems Schritt für Schritt aufbrechen und reformieren zu können. Überhaupt ist der von nationalliberaler Seite beschrittene Weg, die Vorwärtsentwicklung der Verfassung an der Seite von Bismarck und nicht gegen ihn zu betreiben, ***das*** herausgehobene Unterscheidungsmerkmal zwischen den beiden liberalen Strömungen in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts. Längst hatte sich unter den zur Zusammenarbeit mit Bismarck bereiten Liberalen die Erkenntnis breit gemacht, daß Reformen und Veränderungen im Regierungssystem weniger auf dem Wege der Austragung von Grundsatzkonflikten über die Verfassungsurkunde herbeizuführen seien, als vielmehr auf der Grundlage der beständigen liberalen Durchdringung derselben durch das politische Alltagsgeschäft. Den Hebel zur Ergänzung oder Erweiterung der inhaltlich unvollständigen Reichsverfassung – vor allem im Hinblick auf eine Stärkung des Parlamentseinflusses auf die Regierungspolitik – bildete das sogenannte »ungeschriebene« oder »materielle« Verfassungsrecht, das als eine Art »Verfassungsgewohnheitsrecht« jene Verfassungsregelungen staatsorganisatorischen Charakters umfaßte, die sich nicht in der geschriebenen Verfassung wiederfanden – im wesentlichen also: einfache Gesetze, ministerielle Ausführungsverordnungen oder eine bestimmte Verwaltungspraxis.[24]

24 Erst Jahrzehnte später hatte die Staatsrechtslehre die immense Bedeutung der politischen Praxis für die Ergänzung und Weiterentwicklung der Reichsverfassung erkannt, welche in ihrer »unideologischen Offenheit« (Ernst Rudolf Huber) geradezu zwingend auf den vermittelnden Zusammenhang verfassungsergänzender und –erweiternder Gesetze angewiesen war. Grundlegend dazu: Rudolf Smend: Ungeschriebenes Verfassungsrecht im monarchischen Bundesstaat, in: Festgabe für O. Mayer, Berlin 1916, S. 267ff.; Georg Jellinek: Allgemeine Staatslehre, Berlin 1921 (2. Aufl.), S. 505ff.; Sebastian Schröcker: Ungeschriebenes

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Es verwundert daher nicht, daß die liberalen »Grenzboten« den Nationalliberalen anläßlich der Eröffnung des ersten Deutschen Reichstages den wertvollen Ratschlag mit auf den Weg gaben, gelänge »die nationalliberale Fraction zu der Verhaltensregel, jede Formveränderung der Verfassungsorgane fürs Erste außer Frage zu lassen und dafür die ganze Thätigkeit des Reichstags auf die materielle Gesetzgebung zu richten, so wird für die gedeihliche Entwicklung des Reichs sehr viel gewonnen sein«.[25] Dieser Kurs wurde von der Wahlbevölkerung bestätigt. Die Nationalliberalen erhielten bei den Reichstagswahlen 1871 mehr als 32% und 1874 knapp 40% aller zu vergebenden Mandate. Hinzu kam die zu recht geäußerte Befürchtung, daß ein Bruch mit Bismarck nicht nur den Reichskanzler, sondern auch die Nationalliberalen von der politischen Bühne gefegt hätte. Die unausweichliche Folge aber wäre eine Stärkung der Repräsentanten des alten Konservatismus gewesen, die in der Politik des Kanzlers mit den liberalen Gestaltern ohnehin nur eine verwerfliche »Revolution von oben« und die Auflösung des geliebten Preußen im neuen deutschen Nationalstaat fürchteten. Die wachsende Einsicht in die Notwendigkeit zur politischen Zusammenarbeit und die Erkenntnis, als »Quasi-Regierungspartei« (H.-U. Wehler) politisch berechenbar und zuverlässig sein zu müssen, hatten tiefgreifende Auswirkungen auf den nationalliberalen Politikstil, dem fortan die Vorstellung zugrunde lag, nur auf dem Wege einer kompromißbereiten, in der Sache aber zielstrebigen Reformpolitik Veränderungen der bestehenden Machtstrukturen herbeiführen zu können. So änderten sich mit der Reichsgründung die nationalliberalen Argumentations- und Handlungsmuster ebenso wie die ideologische Interpretation politischer Ereignisse und die Wahrnehmung der politischen Gegner.

Dagegen blieb die Politik der Fortschrittspartei gekennzeichnet von einem Dualismus der Kooperation und der Opposition gegenüber dem jungen Nationalstaat, wobei sich die fortschrittsliberale Opposition stets »im« und nicht »gegen den« Staat entfaltete. In allen Fragen der sachlichen Ausdehnung der Reichsgesetzgebung konnten die Regierung und die Nationalliberalen der Unterstützung des Fortschritts sicher sein, sofern die Rechtsbestimmungen ganz im liberalen Sinne darauf zielten, die Beschränkungen der individuellen Freiheit zu beseitigen. Aber die Fortschrittsliberalen haben sich immer dann geweigert, mit den Nationalliberalen zu stimmen, wenn der Inhalt der Gesetze gegen die seit jeher vertretenen konstitutionellen Kernforderungen des Liberalismus gerichtet war – etwa bei den Militärgesetzen von 1871 und 1874, dem »Septennat«, den Justizgesetzen von 1876 und in Teilen

Verfassungsrecht im Bundesstaat. Zum 100. Gründungsjahr des deutschen Bundesstaats, in: Der Staat 5 (1966), S. 137-161 u. S. 315-340; Michael Stolleis: Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland, Bd. 2: Staatsrechtslehre und Verwaltungswissenschaft 1800-1914, München 1992, S. 376ff.

25 Die Grenzboten, 1871, I. Session, Bd. II, S. 587.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

beim Stellvertretergesetz von 1878. Hier, an den Wurzeln des konstitutionellen Denkens, waren die ideologischen Unterschiede – oder besser die Unterschiede in den staatstheoretischen Ansätzen – besonders ausgeprägt. Die 1874 einsetzende Diskussion über die zukünftige Art der Behandlung des Militäretats, jener alten konstitutionellen Kernfrage also, die in dem grundsätzlichen Verhältnis zwischen militärischer Kommandogewalt und Budgetkompetenz der Legislative lag, verdeutlichte die Wirkung dieser Unterschiede in besonderem Maße.

Sowohl der konstituierende Reichstag des Norddeutschen Bundes als auch der erste Reichstag des gesamtdeutschen Reiches hatten die Entscheidung über die jährliche Bewilligung der Militärausgaben ausgeklammert und gefestigteren politischen Zeiten überantwortet. Noch 1867 hatte man sich dahingehend geeinigt, die Friedenspräsenzstärke des Heeres auf 1% der Bevölkerung festzulegen, ergänzt durch den sogenannten »Eisernen Etat«, der eine im einzelnen nicht näher bestimmte pauschale Summe, das sogenannte »Pauschquantum«, von 225 Talern pro Soldat und Jahr auswies. Nur unter großen Schwierigkeiten war diese Regelung im Jahre 1871 noch einmal für weitere drei Jahre verlängert worden, wobei die fortschrittsliberale Fraktion geschlossen gegen das Gesetz gestimmt hatte. Unter den Nationalliberalen jedoch war es darüber zu einem Riß quer durch die Fraktion gekommen. 51 Abgeordnete stimmten für das Gesetz, 44 Abgeordnete votierten dagegen. Der Zusammenhalt der nationalliberalen Fraktion war zwar durch das Abstimmungsergebnis nicht gefährdet, da das Gesetz den Reichstag passierte – wenn auch mit großer Mühe. Aber es wurde offensichtlich, daß sich das liberale Verständnis vom Wesen des Parlaments und den Aufgaben der Fraktionen – als den Kristallisationskernen der Parteien – tiefgreifend zu wandeln begann. Drei Jahre später war eine erneute Aufschiebung der Entscheidung über die gesetzliche Behandlung des Militäretats undenkbar. Natürlich hofften die Nationalliberalen, mit einem Militärgesetz den parlamentarischen Einfluß auf den Präsenzbestand, die Organisation und die Gliederung des Heeres dauerhaft absichern zu können, wenn möglich sogar auf dem Wege der jährlichen Etatbewilligung. Doch es war zu bezweifeln, ob eine dem Heeres- und Verfassungskonflikt nicht unähnliche Auseinandersetzung zur uneingeschränkten Verwirklichung dieser Ziele so kurz nach den Siegen über Österreich und Frankreich von der nationalliberalen Wählerschaft akzeptiert worden wäre.

Die komplexe Problematik des Reichsmilitärgesetzes und das zähe Ringen um einen tragfähigen Kompromiß sollen an dieser Stelle nicht nachgezeichnet werden.[26] Festzuhalten aber ist folgendes: Aus der Bekämpfung des konservativ-reaktionären Staatsministeriums hatte die 1861 gegründete »Deutsche

26 Vgl. dazu: Michael Schmid: Der »Eiserne Kanzler« und die Generäle. Deutsche Rüstungspolitik in der Ära Bismarck (1871-1890), Paderborn 2002.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Fortschrittspartei« einst ihre Legitimation bezogen. Doch ging es bei dem Konflikt nicht allein um die Heeresvermehrung. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung stand vielmehr die Frage, »wem letztlich, wenn es im Innern zum Konflikt kam, die Armee zu Gebot stehen sollte«.[27] Aber jetzt, im vierten Jahr nach der Reichsgründung, hatte dieser Sachverhalt viel von seiner früheren Schärfe eingebüßt. Wie sonst ließe sich erklären, daß der nationalliberale Abgeordnete von Unruh in einer der ersten Sitzungen der vom Reichstag eingesetzten Kommission zur Ausarbeitung eines Reichsmilitärgesetzes an alle Teilnehmer eindringlich appellierte, daß »eine Parallele zwischen dem Preuß. Abg. Hause und der heutigen Situation (. . .) nicht zu wünschen« sei.[28] Trotzdem kann man von einem nationalliberalen Einknicken zu Beginn der Verhandlungen nicht sprechen. Selbst als die regierungsfreundliche Presse nach dem Scheitern der Kommissionsverhandlungen eine grenzenlos aggressive und polarisierende Kampagne für die unveränderte Annahme des Regierungsentwurfs entfacht hatte, war das Ergebnis der Verhandlungen innerhalb und außerhalb des Reichstages – das spätere »Septennat« – objektiv betrachtet keine Niederlage für das Parlament. Hauptstreitpunkt der Auseinandersetzungen – auch unter den Liberalen beider Fraktionen – war der Paragraph 1 der Gesetzesvorlage, der die Heeresorganisation auf knapp 400.000 Mann als »Äternat«, also dauerhaft, festgelegt sehen wollte. Der von den Nationalliberalen getragene Kompromiß, die Festlegung der sogenannten »Präsenzziffer« auf sieben Jahre, bedeutete jedoch keinen Geländegewinn der Regierung auf Kosten des Parlaments, da die Höhe der Gesamtausgaben für die Heeresstärke im Gegensatz zur Regelung von 1871 der jährlichen Etatberatung durch den Reichstag unterworfen wurde – ein Umstand, der in der rückblickenden Gesamtschau gerne unterschlagen wird.

Die Nationalliberalen stellten sich ihrer Verantwortung als Juniorpartner der Regierung. Genau hierin lag einer der zentralen ideologischen Unterschiede zwischen dem Gros der Nationalliberalen und den Vertretern des Fortschritts. Die bloße Forderung nach einer »Parlamentarisierung« des politischen Regierungssystems, so undifferenziert dieser Begriff auch in der fortschrittsliberalen Terminologie blieb, verbunden mit dem gebetsmühlenartig vorgetragenen Aufruf zur Durchsetzung konstitutioneller Garantien, reichten unter den gegebenen Umständen eben nicht aus, um dieses Regierungssystem tatsächlich zu parlamentarisieren. Noch während der ins Stocken geratenen Kommissionsverhandlungen hatte die nationalliberale Bremer »Weserzeitung« mit wachsendem Unverständnis feststellen müssen, »nicht etwa die Höhe der Präsenz-

27 Michael Stürmer: Militärkonflikt und Bismarckstaat. Zur Bedeutung der Reichsmilitärgesetze 1874-1890, in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.), Gesellschaft, Parlament und Regierung. Zur Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland, Düsseldorf 1974, S. 225-248, hier S. 230.

28 BA Berlin, Deutsches Reich, Nr. 612, Kommissionsprotokoll der 5. Sitzung vom 27. Februar 1874.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

ziffer, welche die Regierung fordert«, sei der »Stein des Anstoßes«, sondern die »Bedeutung des sogenannten Budgetrechts«, selbst wenn diese »nur auf dem Papier« stehe.[29] Überhaupt, der Mangel an Bereitschaft zur Übernahme politischer Verantwortung und das starre Festhalten am liebgewordenen Prinzip – wie es gerade Eugen Richter, die »fleischgewordene liberale Doktrin« (Felix Rachfahl), nach außen hin vertrat – verringerten ganz entschieden die liberale Bündnisfähigkeit im Blick auf eine wirkliche Regierungsbeteiligung, als deren Vorstufe beispielsweise die Ministerkandidatur Rudolf von Bennigsens von 1877/78 gelten konnte. Der von der Fortschrittspartei propagierte »Parlamentarismus« oder »wahre Konstitutionalismus« war auf der Ebene der politischen Praxis – gerade unter Eugen Richter – nichts anderes als eine »relativ weltfremde Parteitheorie, die die Vereinigung oder permanente Zusammenarbeit mit anderen Parteien in Verfassungsfragen durch Betonung der Differenzen der Staatstheorie erschwerte«.[30]

Ein kurzer Blick auf die schwierigen Vorbedingungen, unter denen sich der Reichsparlamentarismus hätte entwickeln sollen, verdeutlicht dies: 1) Die Fraktionsabgeordneten im Reichstag sahen sich einer monarchischen Regierung gegenüber, die aus einem kompetenten Beamtenapparat hervorging und von diesem geprägt wurde. Den liberalen Parteien aber fehlte die personelle Mitverantwortung für das verwaltungsgeprägte Handeln – vor allem auf der Ebene der preußischen Ministerialbürokratie, die im wesentlichen für die Reichsgesetzgebung verantwortlich zeichnete.[31] Ein Großteil der Verwaltung und der Durchführung von Verwaltung blieb dem parlamentarischen Einfluß und der parlamentarischen Kontrolle entzogen. 2) Die föderale Organisationsstruktur erzeugte unter den bundesstaatlichen Bürokratien einen hohen Koordinations- und Kooperationsbedarf, dem die Fraktionen – allen voran die Nationalliberalen – trotz ihres Fleißes bei der Vorbereitung und Umarbeitung von Gesetzesvorlagen nicht gerecht werden konnten. 3) Die konfessionellen Auseinandersetzungen schwächten die für ein parlamentarisches Regierungssystem unabdingbare Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen. Der Kulturkampf verwies die Liberalen beider Richtungen – gewollt oder ungewollt – auf ein Politikfeld, das wenig geeignet war, die Parlamentsrechte zu stärken, auch wenn der liberale Einfluß auf die Regierung und den Reichskanzler vorübergehend zunahm.

Angesichts dieser ernüchternden Vorbedingungen in bezug auf die Entwicklungschancen des Reichsparlamentarismus erscheint die Forderung nach der

29 Weserzeitung, Nr. 9734, 01.03.1874, Morgenausgabe.

30 Gerhard A. Ritter: Arbeiterbewegung, Parteien und Parlamentarismus. Aufsätze zur deutschen Sozial- und Verfassungsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 1976, S. 105.

31 Vgl. Christoph Schönberger: Die überholte Parlamentarisierung. Einflußgewinn und fehlende Herrschaftsfähigkeit des Reichstags im sich demokratisierenden Kaiserreich, in: HZ 272 (2001), S. 623-666, hier S. 627f.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Parlamentarisierung in Reinkultur als akademisch und in der Praxis von wenig Bedeutung. Zumal nach der heute vorherrschenden Parlamentarismustheorie die Parteien des Kaiserreichs grundsätzlich hätten bereit sein müssen, die Regierungsverantwortung dem nicht-parlamentarischen Ministerium Bismarck zu entreißen.[32] Nach den Erfahrungen von 1848/49, dem Verfassungskonflikt und den Ereignissen von 1866 und 1871 aber war das ein Unding! Das System der konstitutionellen Monarchie wurde noch sehr lange von weiten Teilen des liberalen Bürgertums als grundsätzlich beste Regierungsform für ein Deutschland angesehen, das außenpolitisch gefährdet erschien und innenpolitisch auf die Ausbalancierung der sozialen Kräfte zu achten hatte.[33] Die Absicht, Regierungsverantwortung zu übernehmen, ist zudem abhängig von Parteiensystemen und Parteienkonstellationen sowie den sich abzeichnenden Mehrheitschancen und Machtvorteilen bei einem Systemwechsel. Sie ist also abhängig vom politischen Selbstverständnis der politisch Agierenden und ihrer Einschätzung des politisch Machbaren. Insofern war der wenig spektakuläre Weg, den die Nationalliberalen beschritten, erfolgversprechender als die Fundamentalposition des »Entweder-Oder« der Fortschrittsliberalen, auch wenn nicht jede Bedeutungszunahme des Parlaments zwangsläufig den Übergang zum parlamentarischen Regierungssystem einläuten mußte. Aber – und das gilt es zu betonen – die erste Generation nationalliberaler Parteiführer war eine politische Gruppe mit ernsthaften Ambitionen zur Ausübung politischer Macht. Die Nationalliberalen erreichten damit ein Niveau an politischer Einflußnahme auf den Gang der Regierungsgeschäfte, wie es vor dem Ersten Weltkrieg nicht wieder erreicht werden sollte. Insofern trifft Georg Jellineks Anfang des 20. Jahrhunderts für die Zeit des wilhelminischen Deutschlands geäußertes Verdikt zu, wonach »die großen deutschen Parteien (. . .) nicht nach der Regierung, sondern nach Macht über die Regierung« strebten.[34] Leider wurde die von den Nationalliberalen dynamisch vorangetriebene Parlamentskultur nicht weiter entwickelt. Damit entstand die im Verlaufe der Zeit so verhängnisvolle »deutsche Spielart durchgreifender Politisierung der Gesellschaft ohne Parlamentarisierung«.[35]

32 Hans Boldt: Parlamentarismustheorie. Bemerkungen zu ihrer Geschichte in Deutschland, in: Der Staat 19 (1980), S. 385-412, hier S. 400. Vgl. auch Konrad von Zwehl: Zum Verhältnis von Regierung und Reichstag im Kaiserreich (1871-1918), in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.), Regierung, Bürokratie und Parlament in Preußen und Deutschland von 1848 bis zur Gegenwart, Düsseldorf 1983, S. 90-116, hier S. 105: »Zur Parlamentarisierung bedurfte es (. . .) der Herausbildung einer konstruktiven Parlamentsmehrheit, die den Griff nach der Regierungsmacht als Mittel zu einem gemeinsamen Zweck versteht.«

33 Gerhard A. Ritter, Arbeiterbewegung (wie Anm. 30), S. 12.

34 Georg Jellinek: Regierung und Parlament in Deutschland. Geschichtliche Entwicklung ihres Verhältnisses, Leipzig 1909, S. 35f.

35 Dieter Langewiesche: Liberalismus und Bürgertum in Europa, in: Jürgen Kocka (Hrsg.), Bürgertum in Europa im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich, Bd. 3, München 1988, S. 360-394, hier S. 372.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Dennoch: Mitte der siebziger Jahre konnten die Nationalliberalen mit berechtigtem Stolz auf eine Vielzahl weitreichender Reformen zurückblicken. Besonders sichtbar waren ihre Erfolge auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die Währungsvereinheitlichung, der Übergang vom Silber- zum Goldstandard, die mit Nachdruck betriebene Einrichtung einer Zentralbank sowie der fast vollständige Abbau der Außenzölle dokumentieren vielleicht am eindrucksvollsten das finanz- und handelspolitische Wirken der Nationalliberalen seit der Reichsgründung. Aber ihr Engagement reichte weit über dieses Politikfeld hinaus. Mit ihrem Kampf um eine Reform der Kreisordnung, den Auseinandersetzungen um das Militärstrafgesetzbuch, der Ausdehnung der Reichskompetenz auf das gesamte Zivil- und Prozeßrecht sowie mit der Kompromißlösung in der Frage des Reichsmilitärgesetzes, vor allem aber mit ihrem beharrlichen Hinarbeiten auf Einrichtung formeller Reichsministerien, an deren baldigem Entstehen niemand mehr ernsthaft zweifelte, hatten die Nationalliberalen bewiesen, daß sie nicht nur willens, sondern auch fähig waren, das Verfassungssystem in ihrem Sinne weiter zu entwickeln.

IV.

Die Fortschrittsliberalen dagegen blieben isoliert und politisch einflußlos, da sie die Faktizität des bestehenden Staates in seinen wesentlichen Teilen akzeptierten, ohne daraus einen wie auch immer gearteten Anspruch auf Teilhabe an der Macht abzuleiten. Man kann es den Fortschrittsliberalen nicht zum Vorwurf machen, daß sie den neu gegründeten Nationalstaat grundsätzlich begrüßten. Sie waren schließlich Liberale und keine Sozialisten, die von einer grundsätzlich anderen Gesellschaftsordnung träumten. Aber die Fortschrittsliberalen blieben in ihrem gesamten Verfassungsdenken viel zu sehr dem alten konstitutionellen Denken verhaftet, wonach sich Parlament und Regierung in einem nahezu unauflösbaren Gegensatz befanden, als daß sich durch fortschrittsliberales Zutun die Reichsverfassung materiell in Richtung Parlamentarisierung hätte entwickeln können. Ihrer Popularität tat dies – zumindest in den preußischen Kernlanden und den neupreußischen Provinzen – keinen Abbruch. Ganz im Gegenteil, es hat den Anschein, als sei die Fortschrittspartei auch von ihrer Wählerschaft stets als das identifiziert worden, was sie vorgab, sein zu wollen: Die einzige auf dem Boden der Verfassung stehende bürgerliche Oppositionspartei, die sich nicht von Bismarck für seine mehr als fragwürdigen Ziele vereinnahmen ließ. Das galt um so mehr, als die Nationalliberalen mit ihrem »Griff nach der Regierungsmacht« (D. Langewiesche) gescheitert waren und einem konservativen »roll back« der verfassungspolitischen Entwicklung tatenlos zusehen mußten. Erzielten die Fortschrittsliberalen bei den drei Reichstagswahlen von 1874, 1877 und 1878

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

regelmäßig nur knapp 450.000 Stimmen, so schwoll ihr Anteil bei den Wahlen von 1881 – die Stimmen der Liberalen Vereinigung, der nationalliberalen Sezessionisten, eingerechnet – auf über 1,1 Mio. Stimmen an.

Trotzdem: Der Fortschrittsliberalismus konnte viel eher als der Nationalliberalismus in den Verdacht der »Reichsfeindlichkeit« geraten, und damit für weite Kreise eines Bürgertums unwählbar werden, welches sich selbstbewußt mit dem Einigungswerk – nicht nur nach außen, sondern auch nach innen hin – und dem Reichskanzler identifizieren wollte. Das aber hieß, daß der politische Handlungsspielraum für den Fortschritt ausgesprochen begrenzt blieb – anders als bei den quasi mitregierenden Nationalliberalen, die auch unter der konservativen oder freikonservativen Wählerschaft wildern durften. Ein gegen die politische Linke gerichteter scharfer Abgrenzungsversuch von Rudolf Virchow auf dem ersten Fortschrittsparteitag im Februar 1878 verdeutlichte das ganze Dilemma: »Die Sozialdemokraten und ihre Stimmen wollen wir nicht haben, der Sozialdemokrat, der mit Bewußtsein kein Ziel verfolgt, ist unser direkter Gegner, mehr noch als ein Konservativer. (. . .) Wir müssen als unabhängige Männer uns nach oben gegen die Regierung, nach unten gegen die die Gesellschaft bedrohenden Massen richten.«[36] Das Selbstverständnis der Fraktionselite – vielleicht auch das des linksliberalen Bürgertums überhaupt – hinderte den Fortschrittsliberalismus, in der sozialen Frage zu einer Position zu gelangen, welche die politische Integration des sogenannten »Vierten Standes« zum Ziel hätte haben müssen. Mit der von Hermann Schulze-Delitzsch ausgegebenen Losung von »Selbsthilfe und Bildung« wurde die »Arbeiterfrage« jedoch bewußt aus dem Bereich des Politischen gehalten und auf die wirtschaftliche Ebene beschränkt. In Umkehrung der marxistischen Gesellschaftsanalyse gab es aus linksliberaler Sicht keinen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Eine selbständige politische und soziale Interessenvertretung der Arbeiterschaft wurde als völlig »widernatürlich« angesehen, das Proletariat als Klasse nicht anerkannt. Eugen Richter verstieg sich 1878 sogar unter Hinweis auf die bonapartistischen Anwandlungen Bismarcks und dessen Kontakte zu Ferdinand Lassalle zu der Behauptung, daß die Sozialdemokratie weiter nichts sei, als »eine Nachgeburt des Polizeistaates«.[37] Längst hatten die Fortschrittsliberalen ihren Rückhalt unter der Arbeiterschaft verloren, insbesondere unter der politisch anspruchsvolleren Facharbeiterschaft, etwa den Maschinenbauern in Berlin, Breslau und Magdeburg.

Doch auch die Nationalliberalen konnten sich nicht zu einer positiv gewendeten Auseinandersetzung mit der Bebel-Liebknechtschen Partei und ihrer

36 Zit. nach: Monica Cioli: Pragmatismus und Ideologie. Organisationsformen des deutschen Liberalismus zur Zeit der Zweiten Reichsgründung (1878-1884), Berlin 2004, S. 63.

37 Eugen Richter: Die Fortschrittspartei und die Sozialdemokratie, Berlin 1878 (2. Aufl.), S. 12.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Anhängerschaft durchringen. Für sie blieb die »soziale Frage«, die offenkundige Notlage der Arbeiter und der arbeitenden Klassen, im wesentlichen eine individuelle Frage; Erwerbsfreiheit und Wachstum, Selbsthilfe, nicht Staatshilfe, Sparsamkeit und geistiges Rüstzeug sollten Aufstieg und Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen bewirken. Überraschend ist jedoch die Spannweite der sozialpolitischen Ansätze innerhalb der nationalliberalen Reichstagsfraktion, die sich nicht nahtlos in das uns vertraute politische Rechts-Links-Schema einordnen läßt. Heinrich von Treitschkes 1874 in den »Preußischen Jahrbüchern« veröffentlichter Aufsatz »Der Socialismus und seine Gönner«[38] etwa war ein beredtes Beispiel für die um sich greifende Wagenburgmentalität im liberalen Lager und korrespondierte mit jener ebenfalls in der nationalliberalen Reichstagsfraktion vertretenen »manchesterliberalen« Doktrin, welche hinter jeder sozialen Reform eine unbillige Behinderung freien Wirtschaftens vermutete. Zwar sollte nach Treitschke die Lebenssituation des Arbeiterstandes durch moderate Eingriffe des Staates und erzieherische Hilfe des Bürgertums verbessert werden; eine Einebnung der sozialen Hierarchien aber hatte er nicht im Sinn. Es sei nun einmal eine »herbe Erkenntnis«, der sich auch der Sozialismus durch »leeres Wuthgeschrei« nicht verschließen könne, »daß die ungeheure Mehrheit der Menschen immer und überall der Sorge um das Leben, der materiellen Arbeit ihr Dasein widmen muß. Die Millionen müssen ackern und schmieden und hobeln, damit einige Tausende forschen, malen und regieren können.«[39] »Alle die socialen Reformpläne«, schrieb er ein Jahr später als Antwort auf einen von Gustav Schmoller ebenfalls in den »Preußischen Jahrbüchern« veröffentlichten Aufsatz, »welche die Gliederung der Gesellschaft aufzuheben suchten, [bleiben] unausführbar«, weil einem Naturgesetz gleich »jede denkbare Verfassung der bürgerlichen Gesellschaft eine Klassenordnung ist«.[40]

Heinrich Bernhard Oppenheim vom linken Fraktionsflügel bezweifelte noch Anfang der siebziger Jahre, ob es eine »Wohnungsfrage« oder eine »soziale Frage« überhaupt gebe, und verunglimpfte die Zusammenkünfte des »Vereins für Socialpolitik«, jener bürgerlichen »Kathedersozialisten« um Lujo Brentano und Gustav Schmoller, die sich für gezielte staatliche Eingriffe zur Integration des Arbeiterstandes aussprachen, als »Menschheitsretterei in Konventikeln«.[41] Allerdings hatte Oppenheim – im Gegensatz zu Treitschke – die soziale Klassenordnung nie als einen unüberwindbaren Bestandteil der libera-

38 Heinrich von Treitschke: Der Socialismus und seine Gönner, in: Preußische Jahrbücher (demn.: PrJbb) 34 (1874), S. 67-110 u. S. 249-301.
39 Ebd., S. 82.
40 Ders.: Die gerechte Vertheilung der Güter. Offener Brief an Gustav Schmoller, in: PrJbb 35 (1875), S. 409-447.
41 Heinrich Bernhard Oppenheim an Eduard Lasker, 29.08.1872, in: Julius Heyderhoff/ Paul Wentzcke (Hrsg.): Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks: Eine politische Briefesammlung, Bd. 2: Im Neuen Reich 1871-1890, Bonn/ Leipzig 1926, S. 59.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

len Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung betrachtet.[42] Ganz im Gegenteil, er gehörte zu jener Gruppe von liberalen Freihändlern, die schon früh erkannt hatte, wie ungeeignet die bloßen Forderungen nach Freizügigkeit und Gewerbefreiheit waren, um die sozialen und politischen Bedürfnisse der anwachsenden Industriearbeiterschaft zu erfüllen. Oppenheim glaubte, die Lösung der sozialen Probleme in der weitestgehenden Ungebundenheit von staatlichen Regulativen zu finden, und befürwortete statt dirigistischer Eingriffe von oben eine Stärkung der Organe der Selbstverwaltung, welche, wie er am Beispiel der Armenpflege darlegte, »zwischen dem ungeregelten Vereinswesen und der bureaukratischen Verwaltung« angesiedelt sein sollten.[43] Die Folge war, daß Oppenheim einen sozialpolitischen Kampf nach zwei Seiten hin führen mußte: gegen die historisch-ethisch argumentierenden Vertreter des »Vereins für Socialpolitik« und gegen das ausufernde verantwortungslose Gründer- und Spekulantentum, für welches wenige Jahre später vor allem der Nationalliberalismus von der Wählerschaft in Haftung genommen wurde.[44] Neben Oppenheim stand mit Ludwig Bamberger einer der herausragenden nationalliberalen Parteiführer nicht nur dem Sozialismus Bebelscher Prägung, sondern auch den Vertretern der auf Staatsintervention drängenden historischen Schule der Nationalökonomie ablehnend gegenüber. Bamberger hoffte, daß »mit den Angriffen auf das Kapital und die Freiheit (. . .) ein – glücklicherweise vergeblicher – Versuch gemacht wird, die Besserung der allgemeinen Lage und daher auch der arbeitenden Klassen zu durchkreuzen«.[45] Unbeirrt hielt Bamberger am Ideal einer Bürgergesellschaft mit einheitlicher Interessenlage fest.
Rudolf von Gneist dagegen vertrat eine dem freien Spiel der Marktkräfte entgegengesetzte Auffassung. Seinen »sozial-monarchischen« Überlegungen zufolge hatte der Staat nicht nur die Rechte seiner Bürger zu schützen, der Staat sollte auch einen »Wohlfahrts«- und »Kulturzweck« erfüllen, ohne allerdings »den einzelnen im Interesse aller den schrankenlosen Forderungen des Gemeinwohls auszusetzen«.[46] Nur in der durch kommunale Selbstverwaltung im Volk verankerten Monarchie sah Gneist eine Garantie für ein wohlverstandenes Gemeinwohl, das nicht – wie in der parlamentarischen Demokratie – den Einzelinteressen widerstreitender Parteigruppierungen zum Opfer fallen sollte. Die nackte Herrschaft des Parlaments, so Gneist, sei nie und nim-

42 Vgl. dazu: Volker Hentschel: Nationalpolitische und sozialpolitische Bestrebungen in der Reichsgründungszeit. Das Beispiel Heinrich Bernhard Oppenheims, in: Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte (Tel Aviv), Bd. 5 (1976), S. 299-345.
43 Heinrich Bernhard Oppenheim: Ueber Armenpflege und Heimatsrecht, Berlin 1870, S. 23.
44 Vgl. dazu vor allem seine in der National-Zeitung, Nr. 573, 07.12.1871, veröffentlichte Glosse: »Manchesterschule und Kathedersozialismus«.
45 Ludwig Bamberger an Eduard Lasker, 26.09.1872, in: Heyderhoff/ Wentzcke, Deutscher Liberalismus, Bd. 2 (wie Anm. 41), S. 60. Zu Bambergers Auseinandersetzung mit Lujo Brentano vgl.: Marie-Lise Weber: Ludwig Bamberger. Ideologie statt Realpolitik, Stuttgart 1987, S. 180ff.
46 Zit. nach: Eugen Schiffer: Rudolf von Gneist, Berlin 1929, S. 105.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

mer in der Lage, umfassende gerechte Lösungen für das gesamte Volk zu bieten.[47] Hierin unterschieden sich Gneists Vorstellungen von Selbstverwaltung und politischer Teilhabe von denen Heinrich Bernhard Oppenheims, der ohne jeden Zweifel ein überzeugter Anhänger des parlamentarischen Regierungssystems war und die Mitbestimmungsrechte des Bürgers nicht nur auf der untersten politischen Ebene verwirklicht sehen wollte.[48]

Eine ernsthafte politische Kontroverse mit dem Sozialismus selbst und seinen Ideen fand unter den Nationalliberalen im Untersuchungszeitraum nicht statt. Dafür schienen ihnen die politische Bedeutung der Bewegung zunächst zu gering und ihre Lehren zu abstrus. Unwissenheit, Unverständnis und Ignoranz blieben bis zum Ende der siebziger Jahre die bestimmenden Größen in der nationalliberalen Auseinandersetzung mit den Belangen und Zielen der parteipolitisch organisierten Arbeiterschaft, obwohl die liberalen Lösungen auf dem Hintergrund der »Großen Depression« (Hans Rosenberg) zunehmend an Überzeugungskraft und Wirkung verloren. Es waren wohl auch der agitatorisch-revolutionäre Ton der sozialistischen Parteiführer und ihr gespanntes Verhältnis zum Nationalstaat, welche weite Teile der liberalen Öffentlichkeit befremdeten, die, je lauter die Agitation erklang und je erfolgreicher die Arbeitervertreter bei den Reichstags- und Länderkammerwahlen abschnitten, damit anfing, Bismarcks Mißtrauen und bald auch seine Feindschaft gegenüber den Anhängern Bebels zu teilen. Die Arbeiterschaft als solche aber ging den Liberalen im Kaiserreich unwiederbringlich verloren.

Auch die sozialpolitischen Auseinandersetzungen der 1880er Jahre blieben innerhalb des Liberalismus neben einer starken interessenpolitischen Auseinandersetzung bestimmt von der Angst vor einer Majorisierung und Verdrängung durch die Sozialdemokratie. Die Sensibilisierung für soziale Probleme erfolgte bei Rudolf Virchow und Ludwig Löwe von der Fortschrittspartei beispielsweise nur noch auf der kommunalen Ebene, die seit der innenpolitischen Wende von 1878/79 eine Fluchtburg des Liberalismus für verloren gegangenen politischen Einfluß darstellte. Überhaupt vertrug sich das soziale Engagement der städtischen Behörden auf der Grundlage der Selbstverwaltungsautonomie viel besser mit der liberalen Gemeindetheorie als der Paternalismus zentraler Reichsanstalten.[49]

47 Vgl. Rudolf von Gneist: Der Rechtsstaat, Berlin 1872, S. 178f.

48 Obwohl Gneist noch zu Zeiten des preußischen Verfassungskonflikts ein entschiedener Gegner Bismarcks gewesen war, galt sein politischer Kampf mehr und mehr der liberal-parlamentarischen Demokratie. Das brachte ihn nach der Reichsgründung in einen immer schärfer werdenden Gegensatz zum linken Flügel der nationalliberalen Reichstagsfraktion. Vgl. dazu: Klaus Luig: Soziale Monarchie oder soziale Demokratie – Beobachtungen zur Staatslehre von Rudolf von Gneist (1816-1895), in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte 111 (1994), S. 464-481, hier S. 472.

49 Wolther von Kieseritzky: Liberalismus und soziale Frage in Staat und Kommune nach der innenpolitischen Wende 1878/79. Anmerkungen zur politischen Sozialgeschichte des Kaiserreichs, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 5 (1993), S. 188-198, hier S. 195.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

V.

Die wirtschaftliche Entwicklung, vor allem die 1873 einsetzende Wirtschaftskrise, hatte die Interessenlagen innerhalb des Liberalismus gespreizt. Die homogene, auch durch ein einheitliches politisches Weltbild gekennzeichnete soziale Basis des älteren Liberalismus zerfiel nun vollends. Konflikte um Sonderinteressen rückten vor die politische Integration, die Ökonomisierung der Politik gewann an Raum und verschärfte die Krise des Liberalismus, der nicht nur von der öffentlichen Meinung, sondern auch vom Kanzler für die Folgen der Depression verantwortlich gemacht wurde. Bismarck hatte seinen Entschluß, sich von den Nationalliberalen zu trennen und diese als große und selbständige Partei zu sprengen, längst gefaßt. Das Sozialistengesetz, die Schutzzollagitation und die große Finanzreform bildeten nur Zwischenetappen auf dem Weg zur »inneren«, zur »zweiten« Reichsgründung. Aber es war, wie Nipperdey zu Recht betonte, »nicht die Schwäche, sondern die Stärke des politischen Willens der Nationalliberalen, das System mählich aber wirklich fortzuentwickeln und zu verändern, die zu diesem Ergebnis geführt hat«.[50] Auch wenn es Rudolf von Bennigsen gelang, seine Fraktion zur Zustimmung zu neuen Zöllen zu bewegen, geriet der Nationalliberalismus in eine Existenzkrise, denn seine Stimmen wurden nicht mehr gebraucht – keine zwei Jahre zuvor noch hatte sich der Nationalliberalismus auf dem Höhepunkt seines politischen Einflusses befunden.

Die Reichstagswahlen von 1878 und die preußischen Landtagswahlen von 1879 waren für die Nationalliberalen eine einzige Katastrophe. Aber auch in Sachsen und im Süden des Reiches mußten sie bei den folgenden Kammerwahlen schwere Verluste bei Stimmen und Mandaten hinnehmen. Der neue agrarisch und mittelständisch-protektionistisch geprägte konservative Zeitgeist zerriß die Partei. Nachdem bereits 1879 eine 15-köpfige Gruppe um die Schutzzöllner Schauß, Völk und Hölder aus der Reichstagsfraktion ausgetreten war, folgten die Parteilinken um Lasker, Bamberger, Stauffenberg, Forckenbeck und Rickert im März 1880 und gründeten als sogenannte »Sezessionisten« die »Liberale Vereinigung«. Zahlenmäßig arg geschwächt, setzten die Sezessionisten ihre Hoffnungen auf eine Wiederbelebung der panliberalen Idee in Form einer gesamtliberalen Partei und auf die Zeit nach Bismarck. Sie sparten fortan nicht mit heftiger Kritik an der Politik des Reichskanzlers, errangen aber als Fraktion keinen nennenswerten politischen Einfluß. Karl Albrecht Patzig, Mitglied des Zentralvorstandes der Nationalliberalen Partei seit 1887 und seit 1888 deren Generalsekretär, gestand unter dem Eindruck der politischen Veränderungen in seiner Geschichte zur Nationalliberalen Partei – im übrigen eine der wichtigsten zeitgenössischen Quellen zur

50 Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte, Bd. 2 (wie Anm. 3), S. 325.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

nationalliberalen Parteigeschichte –, »der Kampf um die wirthschaftlichen Interessen und Doktrinen zersetzte (. . .) vor allem die Kraft und den Einfluß des liberalen Bürgerthums in Stadt und Land«. Der Liberalismus wurde »in bedeutungslose Stellung herabgedrückt«.[51] 1884 fusionierten die Sezessionisten mit dem Fortschritt zur »Deutschen Freisinnigen Partei«. Diejenigen Abgeordneten jedoch, die in der nationalliberalen Reichstagsfraktion verblieben, arrangierten sich unter der Führung Bennigsens endgültig mit den politischen Verhältnissen und ließen jede Hoffnung, noch unter Bismarck in ein parlamentarisches System hineinzuwachsen, fahren.
Den Fortschrittsliberalen dagegen fiel in den 1880er Jahren unter Richters Führung die Rolle des »Gralshüters« der reinen Lehre zu. Für Bismarck blieb Richter ein unangenehmer politischer Gegner, der zwar rhetorisch beschlagen, den Kanzler nicht selten persönlich kränkte, aber in starrem Dogmatismus verharrte und keine weiterreichende Strategie zur Überwindung des politischen Status quo entwickelte. Für nicht wenige Zeitgenossen war Richter daher der eigentliche »Totengräber« des Liberalismus, da er sich bis ins hohe Alter weigerte, neue politische Wege einzuschlagen, ja nicht einmal wagte, über andere politische Konstellationen überhaupt nachzudenken. Eine Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie mit dem Ziel, die Parlamentarisierung des politischen Systems und damit die Demokratisierung der Gesellschaft voranzutreiben, erschien ihm selbst in den 1890er Jahren undenkbar. Während die Nationalliberalen, wie Richter meinte, von »Kompromiß zu Kompromiß absinken«, blieb er sich zeit seines Lebens treu und stellte politische Macht und Einfluß nicht über liberale Prinzipien.

VI.

Abschließend läßt sich folgendes sagen: Die Nationalliberalen vermochten nicht, ihren in der »liberalen Ära« gewonnenen Einfluß auf die Regierungsgeschäfte in dauerhaft, auch über diese Jahre hinaus wirkende politische Macht umzusetzen. Ebenso wenig gelang es ihnen, ihre berechtigten Hoffnungen auf eine zukunftsweisende Verbindung von Nationalstaat und liberal-parlamentarischem Regierungssystem mit den Herausforderungen der gesellschaftlichen Fundamentalpolitisierung in Einklang zu bringen. Aber allein aus dem Scheitern der Nationalliberalen auf deren Unfähigkeit oder Unwillen zum substantiellen Ausbau des Verfassungssystems schließen zu wollen, wäre ebenso wenig zutreffend wie der Versuch, die Leistungsbilanz des Liberalismus im Kaiserreich nur auf der kommunalen Ebene zu verorten, wo es der liberale

51 Albrecht Patzig: Die nationalliberale Partei 1867-1892. Zum Gedächtnis ihres 25jährigen Bestehens, Leipzig 1892, S. 123f.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Gesellschaftsentwurf ungleich leichter hatte, sich Bahn zu brechen als in der Reichspolitik. Dem politischen Konzept der Nationalliberalen können innere Folgerichtigkeit und praktische Erfolgschancen nicht abgesprochen werden. War das nationalliberale Selbstverständnis noch bis weit in die 1870er Jahre davon geprägt, als »Juniorpartner« an der Seite Bismarcks das Kräfteparallelogramm der Verfassungsfaktoren zugunsten der Legislative zu verschieben, so gewannen mit dem Verschärfen der Wirtschaftskrise, die von nicht wenigen als »Große Depression« empfunden wurde, und bei den Fragen zur Zollreform jene Stimmen unter den Nationalliberalen an Gewicht, die sich mit dem bisher Erreichten zufrieden gaben und ihr politisches Engagement auf die Vertretung bestimmter, interessen- und verbandspolitisch motivierter Ziele konzentrierten.

Die Fortschrittsliberalen dagegen verweigerten sich einer Fortentwicklung der Parlamentskultur und verhinderten damit in gewisser Weise die Parlamentarisierung des politischen Systems. Viel stärker, als dies bei anderen Parteien der Fall war, prägte der Führungsstil von Eugen Richter das politische Selbstverständnis der Linksliberalen. Gerade Richter drängte innerhalb der Partei auf eigenständige Neugründungen von fortschrittsliberalen Wahlvereinen und zementierte damit die Spaltung des Gesamtliberalismus. Bereits 1881 gab es mehr als 110 fortschrittsliberale Ortsvereine. Trotzdem wurde der fortschrittsliberale Spielraum für eine nennenswerte politische Einflußnahme nach der »Zweiten Reichsgründung« immer kleiner. Das Verhältnis zwischen Nationalliberalen und Fortschrittspartei war nachhaltig getrübt, ein Bündnis wäre politisch ohnehin zu schwach und damit bedeutungslos geblieben. Ein engeres Zusammengehen mit dem Zentrum ließ die evangelische Wählerklientel der Fortschrittspartei nicht zu. Und eine Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie war völlig undenkbar. Also gab es für den Fortschritt nur den Weg in die Opposition. Mit der Stärkung der eigenen Organisationsstruktur versuchten sich die Linksliberalen, auf die Zeit nach Bismarck vorzubereiten. Doch der frühe Tod des liberalen Hoffnungsträgers auf dem Thron, der als Friedrich III. nur 99 Tage als Kaiser regierte, zerstörte nach Jahren der politischen Bedeutungslosigkeit endgültig die Hoffnung, sich als politischer Partner für eine andere, eine liberale Regierungspolitik ins Gespräch zu bringen. Erst nach der Jahrhundertwende sollten die erstarrten politischen Fronten wieder in Bewegung geraten.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Jürgen Frölich

Der linksliberale Freisinn – die Partei Eugen Richters? Einige Überlegungen*

1.

Vor gut anderthalb Jahrzehnten ist von kompetenter Seite festgestellt worden, die Nationalliberalen des Kaiserreiches seien »eine unbekannte Partei«.[1] Doch immerhin gibt es zu diesen zumindest eine neuere Teildarstellung für die Epoche, in der sie politisch am einflussreichsten waren.[2] Für den Freisinn bzw. den Linksliberalismus in dieser Phase fehlen solche integrierten Zugriffe,[3] so dass man in Abänderung vom Freisinn als der »vergessenen Partei« sprechen könnte. Zwar liegen einige neuere und durchaus beeindruckende Lebensbeschreibungen führender linksliberaler Persönlichkeiten vor, doch hier standen biographische Gesichtspunkte und nicht ihre politischen Aktivitäten im Vordergrund.[4] In unserem Zusammenhang scheint dieses Manko auf den ersten Blick verschmerzbar: Das Kolloquium ist Eugen Richter gewidmet. Warum sollte man also dann überhaupt noch dem Linksliberalismus einen eigenen Vortrag widmen? Nicht nur in der ersten grundlegenden Studie zum Linksliberalismus der Kaiserzeit, die 1912 publiziert wurde, wird beides – Eugen Richter und der Linksliberalismus – quasi in eins gesetzt.[5] Auch Oskar Klein-Hattingen stellt in seiner fast gleichzeitigen Darstellung der »Geschichte des deutschen Liberalismus« fest: »Sagt man zuviel, wenn

* Der Text hält die Vortragsform, in der er auf dem Kolloquium zu Eugen Richter im Oktober 2006 präsentiert wurde, weitgehend bei. Meinen Herausgeber-Kollegen danke ich für zahlreiche Hinweise.

1 Vgl. Karl Heinrich Pohl: Die Nationalliberalen – eine unbekannte Partei. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 3 (1991), S. 82-111.

2 Ansgar Lauterbach: Im Vorhof der Macht. Die nationalliberale Reichstagsfraktion in der Reichsgründungszeit (1866-1880). Frankfurt/M. 2000

3 Die recht konventionelle Skizze von Christian Jansen: Bismarck und die Linksliberalen. In: Lothar Gall (Hrsg.): Otto von Bismarck und die Parteien. Paderborn 2001, S. 91-110, schließt diese Lücke kaum.

4 Z.B. Stefan Rebenich: Theodor Mommsen. Eine Biographie. München 2002, Constantin Goschler: Rudolf Virchow. Mediziner-Anthropologe-Politiker. Köln u. a. 2002, Benedikt Koehler: Ludwig Bamberger. Revolutionär und Bankier. Stuttgart 1999.

5 Felix Rachfahl: Eugen Richter und der Linksliberalismus im Neuen Reich. In: Zeitschrift für Politik 5 (1912), S. 261-374

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

man sagt: Die Geschichte des Liberalismus im Neuen Reiche ist die Geschichte Eugen Richters?«[6]

Andererseits hat jüngst Wolther von Kieseritzky vor einer Überbewertung des langjährigen Parteiführers der Linksliberalen gewarnt.[7] Das ist insofern vollkommen zutreffend, als Richter ja keineswegs das einzige Parteioberhaupt der Linksliberalen war, nicht einmal in der von ihm dominierten Freisinnigen Volkspartei: An der Spitze von Parteiorganisation und Reichstagsfraktion der Deutschen Fortschrittspartei standen zu Beginn der 1870er Jahre Wilhelm Loewe-Calbe und Leopold Freiherr von Hoverbeck.[8] Zwar schieden diese beiden bald darauf durch Austritt oder frühzeitigen Tod aus der Fortschrittspartei aus, aber auch dann war Richter noch nicht der unumstrittene Parteiführer. Seine Führerschaft wurde später in der Deutsch-Freisinnigen Partei, zu der die Fortschrittspartei 1884 mit der vom Nationalliberalismus abgespaltenen Liberalen Vereinigung fusionierte, nicht allseits anerkannt, sondern sah sich einer erheblichen Konkurrenz, u. a. von Franz Schenk von Stauffenberg, Ludwig Bamberger, Albert Hänel, Heinrich Rickert und Karl Schrader, ausgesetzt.[9] 1893 zerbrach die freisinnige Einheit und Eugen Richter stand nun zwar für den Rest seines Lebens unangefochten an der Spitze der größeren Teilpartei,[10] konnte aber nicht mehr in Anspruch nehmen, für alle Freisinnigen oder gar die gesamte bürgerliche Linke, d. h. unter Einschluss der süddeutschen Demokraten, zu sprechen. Bezeichnenderweise wird sein Tod im Jahre 1906 immer wieder in dem Zusammenhang erwähnt, dass nun der Weg für eine Einigung des zersplitterten Linksliberalismus frei wurde.[11] Zweifellos war Eugen Richter eine sehr zentrale Figur für den Linksliberalismus, aber sicher nicht diejenige, in der sich dessen gesamte Entwicklung widerspiegelt. Das verhinderten schon die politischen Mechanismen der Zeit: Weder gab es

6 Oskar Klein-Hattingen: Geschichte des deutschen Liberalismus. 2 Bde Berlin 1911/12, hier Bd. 2, S. 429; Friedrich Naumann, in dessen Verlag das Buch erschien, hat sich übrigens etwas von der richterschen Tendenz des Werkes distanziert, vgl. Friedrich Naumann: Oskar Klein-Hattingen†, in: ebd., Bd. 2, S. 658.

7 Wolther von Kieseritzky: Liberalismus und Sozialstaat. Liberale Politik in Deutschland zwischen Machtstaat und Arbeiterbewegung. Köln/Weimar 2002, S. 43.

8 Vgl. Gustav Seeber: Deutsche Fortschrittspartei. In: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). 4 Bde Leipzig 1983/86, hier Bd. 1, S. 622 und 642.

9 Vgl. Vereinskalender der Deutschen Freisinnigen Partei zum Handgebrauch für das Jahr 1884. Berlin 1884, S. 5 f, Vereinskalender der Deutschen Freisinnigen Partei zum Handgebrauch für das Jahr 1891. Berlin 1890, S. 13 f, Leopold Ullstein: Eugen Richter als Publizist und Herausgeber. Ein Beitrag zum Thema »Parteipresse«. Leipzig 1930, S. 145 ff u. Gustav Seeber: Deutsche Freisinnige Partei. In: Lexikon Parteiengeschichte (wie Anm. 8), Bd. 1, S. 657 u. 659.

10 Vgl. Ludwig Elm: Freisinnige Volkspartei. In: ebd., Bd. 2, S. 694 u. Vereinskalender der Freisinnigen Volkspartei für das 1897/98. Berlin 1897, S. 11.

11 Vgl. Dieter Langewiesche: Liberalismus in Deutschland. Frankfurt/M. 1988, S. 221, James J. Sheehan: Der deutsche Liberalismus 1770-1914. München 1983, S. 315, Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866-1918. Bd. II: Machtstaat vor der Demokratie. München 1992, S. 534 u. 730.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

eine zentralfokussierte Massenkommunikation wie heute, weshalb viele Leute überhaupt nicht gewusst haben dürften, wie Eugen Richter ausgesehen hat, obwohl sie von seinem Namen sicherlich gehört hatten.[12] Aber infolge des lokal orientierten Wahlrechts wurde auch nicht eine »Liste Richter« gewählt, wie dann in der Weimarer Republik,[13] sondern die »Candidaten der deutsch-freisinnigen Partei«[14] oder die »Candidaten der Freisinnigen«.[15] Welche Rolle dabei in den lokalen Wahlkämpfen der Name Eugen Richter spielte, muss noch geklärt werden.
Kurzum, es dürfte durchaus Sinn machen, den linksliberalen Freisinns – beide Begriffe werden im Folgenden synonym gebraucht, da der eine eher einen zeittypischen, der andere eher einen forschungspraktischen Hintergrund hat, die zur Umschreibung des gleichen Phänomens dienen – innerhalb eines Eugen-Richter-Kolloquium neben diesem gesondert zu behandeln, auch um die Hauptfigur in die ihm am nächsten stehende politische Bewegung einzuordnen. Dabei soll sich über den Freisinn analog den leitenden Fragestellungen des Kolloquiums[16] nachgedacht werden, zunächst ohne allzu große Eugen-Richter-Fixierung.

2.

An die Spitze der Überlegungen zur gesellschaftlichen Rolle des Linksliberalismus sollen zwei Schlaglichter gestellt werden: »Jeder Lebensstellung entsprechen auch bestimmte politische Grundsätze. Rittergutsbesitzer sind agrarisch, Professoren sind nationale Mittelpartei, und Industrielle sind fortschrittlich. Seien Sie doch Fortschrittler.«[17] Diese Meinung lässt Theodor Fontane

12 Ein Abglanz dieses »Ruhmes« findet sich bei Heinrich Mann: Der Untertan. München (Tb) 1979, S. 82
13 Vgl. das berühmte Bild vom Januar 1919, wo zur Wahl der »Liste Naumann/Deutsche Demokratische Partei« aufgefordert wird, abgebildet auf dem Cover von Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): Friedrich Naumann 1860-1919. St. Augustin 1985.
14 Coburger Zeitung v. 18.11.1884, Mahnruf an die Wähler.
15 Fulda-Werra-Zeitung v. 24.2.1890, zitiert nach Guido Gerstgarbe: Reichstagswahlen und Parteien im Wahlkreis Kassel 4 im Kaiserreich. Eine historisch-analytische Längsschnittstudie. Marburg 2002, S. 513.
16 Die Veranstalter hatten folgende »Leitende Fragestellungen« den Referenten mit auf den Weg gegeben:
I. Die Rolle der Liberalen/des Liberalismus in der Gesellschaft/im Parteiensystem
II. Grundzüge des Selbstverständnisses liberaler Parteien/führender liberaler Persönlichkeiten
III. Kernzüge ihrer politischen Strategie
IV. Die Stellung zu zentralen Punkten
--- Verfassung
--- soziale Frage
--- Weltpolitik/Imperialismus
--- Haushalts- und Finanzfragen
17 Theodor Fontane: Frau Jenny Treibel. Stuttgart 1985, S. 31.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

in seinem in den 1880er Jahren verfassten und 1892 erschienenen Roman »Frau Jenny Treibel« einen Gast zum Kommerzienrat Treibel äußern, als dieser sich anschickt, im tiefsten Brandenburg für den Reichstag zu kandidieren. Anfang November 1881 meldete die Coburger Zeitung: »Herr Professor Mommsen in Berlin (Charlottenburg), der berühmte Historiker, hat sich bereit erklärt, eine Candidatur in unserem Wahlkreiß anzunehmen; es würde für alle Liberalen eine Ehre sein, einen Mann von so hoher Bedeutung, so umfassenden Wissens und so entschiedener Gesinnung als Vertreter Coburgs im Reichstag zu gewinnen.«[18] Hier war also gerade der Professor der linksliberale Kandidat, genauer gesagt, der Liberalen Vereinigung für die anstehende Reichstags-Nachwahl. Und bei den Unterzeichnern seines Wahlaufrufes[19] überwogen die bildungsbürgerlichen und staatsnahen Berufe – darunter zwei Rechtsanwälte, drei Schultheißen, ein Medizinalrat, ein Kreisgerichtsrat, ein Professor – die wirtschaftsnahen, zu denen neben einem Kaufmann vielleicht noch der Privatier zu zählen war.

Diese Beispiele zeigen schon, dass Wahrnehmungsformen und Erscheinungsweisen des Linksliberalismus im Kaiserreich sehr unterschiedlich sein konnten und sich sicherlich im Laufe der Jahre auch wandelten. Kommerzienrat Treibel folgte übrigens nicht dem Rat der adligen Majorswitwe, sondern kandidierte für die Konservativen, was ihm im Roman fiktiv herzhafte Kritik von liberaler Seite einbrachte. Dagegen trug das Motto der Mommsen-Unterstützer – »Mommsen wählen, heiße sich selbst ehren«[20] – gute Früchte: Der Berliner Historiker wurde mit großer Mehrheit gewählt.[21]

Blickt man auf die linksliberale Parteielite, dann zeigt sich, dass sich diese weder aus Industriellen noch aus berühmten Professoren rekrutierte, aber auch nicht den von der älteren Forschung des öfteren behaupteten[22] kleinbürgerlichen Charakter ihrer Wählerbasis widerspiegelte: Über die gesamte Zeit des Kaiserreiches stellten Unternehmer nur rund ein Viertel der Parteitagsdelegierten, während die öffentlich Bediensteten von etwa 20 auf 30 % anstiegen und die Freiberufler jeweils rund ein Fünftel ausmachten. Wenn obendrein gut ein Zehntel der Delegierten aus politiknahen Berufen wie dem Journalismus kam, wird deutlich, dass auch im Linksliberalismus die Politik von bildungsbürgerlichen Kreisen gemacht wurde. Das gilt gleichermaßen für die Reichstagsfraktionen, wo der Anteil der Geschäftsleute zwischen 1890 und

18 Coburger Zeitung v. 2.11.1881 Zur Reichstagswahl (Eingesandt).
19 Vgl. ebd v. 5.11.1881.
20 Coburger Zeitung v. 18.11.1881 Aus Stadt und Land.
21 Ebd. v. 26.11.1881 Beilage, Mommsen hatte praktisch keinen Gegenkandidaten.
22 Konstanze Wegner: Theodor Barth und die Freisinnige Vereinigung. Tübingen 1968, S. 21, Seeber: Deutsche Fortschrittspartei (wie Anm. 8), S. 634, Elm: Freisinnige Volkspartei (wie Anm. 10), S. 694, demzufolge dagegen aber die Freisinnige Vereinigung den »freihändlerisch orientierten Flügel der Großbourgeoisie« repräsentierte, ebd. S. 696.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

1912 auf ein Viertel zurückfiel, während derjenige der Rechtsanwälte sich verdreifachte. [23]

Nun ist sicher die Akademisierung und Professionalisierung der Politik ein allgemeiner Trend im späten 19. Jahrhundert, auch politische Richtungen mit klar definierter Sozialstruktur, wie etwa die agrarische Bewegung, ließen sich von Berufspolitiker vertreten.[24]

Das heißt, man kann nicht unbedingt von der Zusammensetzung der Spitzengremien auf die gesellschaftliche Verankerung schließen. Doch, wie diese für den Linksliberalismus genau aussah, darauf hat die bisherige Forschung recht unterschiedliche Antworten gegeben und kontroverse Schussfolgerungen daraus gezogen. Einigkeit besteht darin, dass bürgerliche Kreise das Rückgrat des Freisinns bildeten. Allerdings hat der Liberalismus weder in seinen Teilen noch insgesamt über ein dem politischen Katholizismus oder der Sozialdemokratie vergleichbares »sozial-moralisches Milieu« verfügt, dazu war das Bürgertum schon zu Beginn des Kaiserreichs zu heterogen und in unterschiedliche Interessen und Konfessionen gespalten: »Der politische Liberalismus war weder mit dem Bildungsbürgertum noch mit dem höheren Wirtschaftsbürgertum oder dem Kleinbürgertum identisch. Vielmehr besaß er ein durchaus heterogenes Rekrutierungspotential nicht nur in der städtischen, sondern auch in der ländlichen Gesellschaft.«[25] Mit diesen Worten gibt Hans-Ulrich Wehler den allgemeinen Trend der sozialgeschichtlich orientierten Forschung wieder, der zufolge Liberalismus so etwas wie eine soziale Restkategorie darstellte, mit politisch weit reichenden Folgen: »Die Liberalen waren die Partei der Anti-Wähler – gegen das Zentrum, gegen die Sozialdemokraten oder gegen die Konservativen«.[26] Nimmt man diese Einschätzung von Thomas Nipperdey allzu wörtlich, würde sich der Liberalismus weitgehend auf eine Protestbewegung reduzieren. Natürlich stand er aber auch für Werte, vermutlich waren es eher Werte als soziale Lagen, die den Liberalismus konstituierten, aber an Nipperdeys Feststellung geht sicherlich nicht völlig fehl. Denn sie könnte erklären, warum es in einigen Regionen, etwa in Nordhessen, manchmal offenbar zum Wähleraustausch zwischen Freisinn und Antisemiten kam.[27]

23 Vgl. die Tabellen 14.1, 16.3 und 16.4 bei Sheehan (wie Anm. 11), S. 243 u. 283 f.

24 Eine Ausnahme bildete der Württembergische »Bauernbund«, wo erst in den 1920er-Jahren Berufspolitiker an Einfluss gewannen, vgl. Reinhold Weber: Bürgerpartei und Bauernbund in Württemberg. Konservative Parteien im Kaiserreich und in Weimar (1895-1933). Düsseldorf 2004, S. 102.

25 Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte Bd. 3: Von der »deutschen Doppelrevolution« bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849-1914. München 1995, S. 1051, kluge Überlegungen zu den widerstreitenden »Milieu«- und »Lager«-Theorien bei Kieseritzky (wie Anm. 7), S. 36 ff.

26 Nipperdey (wie Anm. 11), S. 523.

27 Gerstgarbe (wie Anm. 15), S. 239 u. 249 zu 1893; 1903 konnte der »Noch«-Nationasoziale Helmut von Gerlach den Antisemiten den Wahlkreis Marburg-Frankenberg entreißen, vgl. Ursula S. Gilbert: Helmut von Gerlach (1866-1935). Frankfurt/M. 1984, S. 62 u. Dieter Düding: Der National-Soziale Verein 1896-1903. München 1972, S. 177.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Dieser Protestzug, der insbesondere dem Linksliberalismus innewohnte, hatte auch positive Folgen: Er eröffnete liberalen Parteien die Möglichkeit, sozial über das eigentliche Bürgertum hinauszugreifen.[28] Das heißt, liberale Wahlerfolge konnten sich überall dort einstellen, wo es kein übermächtiges »sozialmoralisches Milieu« gab: in Groß- und Kleinstädten, auch auf dem Lande, in protestantischen und gemischtkonfessionellen Gebieten. Interessant wäre sicherlich eine bislang noch fehlende Aufstellung über alle Wahlkreise, die von liberalen Kandidaten im Kaiserreich gewonnen und dann auch verloren wurden.[29]

Allerdings nahm die Zahl dieser potenziell für Liberale mehrheitsfähigen Wahlkreise im Laufe des Kaiserreiches ab, je mehr sich die politischen Strukturen verfestigten. Zunächst in Hochburgen des politischen Katholizismus, dann auch in denen der Arbeiterbewegung konnten vor allem Linksliberale kaum noch Mandate gewinnen. Damit sind wir auch schon bei der Frage, wie die Entwicklung des Linksliberalismus insgesamt in dieser Zeit zu beurteilen ist. Eine neue Überblicksdarstellung zum Kaiserreich sagt dazu: Die Entwicklung der Wahlergebnisse zwischen 1871 und 1912 zeige, »dass der Liberalismus insgesamt einer fortschreitenden Erosion unterlag und seine beherrschende Stellung einbüßte«.[30] Wolther von Kieseritzky meint dagegen, bezogen auf die Wählerstimmen könne »von einem Niedergang keine Rede sein«.[31] Dieser Widerspruch klärt sich dadurch auf, dass im einen Fall der Anteil der Wählerstimmen und Mandate zum Maßstab genommen wird, im anderen die Zahl der Stimmen, nicht der Mandate. Aus der letztgenannten Perspektive sieht es für die Linksliberalen im Zeitalter Eugen Richters nicht allzu schlecht aus: 1874 erhielt die Fortschrittspartei bei der Reichstagswahl 450.000 Stimmen, was einen Anteil von 8, 6 % bedeutete. 1903 kamen beide Freisinnigen Parteien auf 700.000 Stimmen und einen Anteil von 8,3 %. Nur konnten die Linksliberalen beim ersten Mal 49, nach der Jahrhundertwende aber nur 30 Abgeordnete in den Reichstag schicken.[32] Nimmt man allein diese Zahlen, so könnte man darin vordergründig erkennen, dass der Linksliberalismus einigermaßen mit der politischen Entwicklung mithalten, aber seine Situation in der Zeit von Eugen Richter nicht verbessern konnte, anders ausgedrückt: Er stagnierte. Allerdings geben diese Eckpunkte aus der politischen

28 Vgl. Nipperdey (wie Anm. 11), S. 313, ähnlich Langewiesche (wie Anm. 11), S. 136, der die größere politische Reichweite allerdings vor allem in der politischen Aufsplitterung des Liberalismus ausmacht.

29 Eine reine Aufzählung findet sich bei Bernd Haunfelder: Die liberalen Abgeordneten des Deutschen Reichstags 1871-1914. Münster 2004, S. 455-466, eine Analyse – ansatzweise und auf die Zeit 1884-1898 begrenzt –im Anhang bei Urs Müller-Plantenberg: Der Freisinn nach Bismarcks Sturz. Diss. Berlin 1971, S. 304-334.

30 Winfried Halder: Innenpolitik im Kaiserreich. Darmstadt 2003, S. 25.

31 Kieseritzky (wie Anm. 7), S. 16.

32 Alle Zahlen – auch im Folgenden – nach Gerhard A. Ritter/Merith Niehuss: Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreiches. München 1980, S. 38-42.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Karriere Richters kaum die wahre Entwicklung wieder, denn unter wahlsoziologischen Gesichtspunkten war die Geschichte des Freisinns von etlichen Höhen und Tiefen gekennzeichnet: Im Reichstag erreichte er 1881 mit 106 Abgeordneten seinen größten Einfluss, 1884 und 1890 kam er jeweils auf 66 Mandate. Tiefpunkte in dieser Hinsicht stellten die Jahre 1887 mit 32 Abgeordneten und 1903 mit gerade mal 30 dar. Letzteres ist insofern bemerkenswert, weil in diesem Jahr die Wahl stattfand, bei der Eugen Richter letztmalig kandidierte. Seinen numerischen Höhepunkt in der Wählerzustimmung erreichte der Linksliberalismus nach der Fusion 1912 mit 1,5 Millionen Stimmen, die aber prozentual bei weitem nicht an die Wahlerfolge von 1881 und 1890 heranreichten. Insgesamt kann man jedoch à la longue eher von Stabilität als von Erosion ausgehen, wenn dies auch unter den Bedingungen des Mehrheitswahlrechts nicht unbedingt sichere Mandate bedeutete.

3.

Auch meine Überlegungen zum linksliberalen Selbstverständnis möchte ich mit einem Zitat einleiten. Es stammt diesmal von Rudolf Virchow, der auf dem Parteitag der Fortschrittspartei 1878 sagte: »Wir müssen uns als unabhängige Männer, nach oben gegen die Regierung, nach unten gegen die Massen, welche die Gesellschaft bedrohen, hinstellen«.[33] Dies entsprach ganz dem klassischen Ideal der unabhängigen Honoratioren als besten Vertretern der Interessen von Volk und Vaterland. Doch Virchow fuhr fort, man müsse die Unterstützung suchen »in den unabhängigen Männern, in dem arbeitsamen Volke, in den Besitzenden, in Mitte des guten alten deutschen Bürgertums«. Bereits hier, also noch in den Anfängen des Kaiserreiches, kam das grundlegende Dilemma wohl nicht nur des linksliberalen Bürgertums zum Ausdruck: Man war sich seiner Bürgerlichkeit bewusst und verstand sich – nach den Worten Dieter Langewiesches – »stets als eine Partei des ›Mittelstandes‹«.[34] Zugleich hielt man aber daran fest, politisch die Interessen der Allgemeinheit zu vertreten. Noch in seiner letzten parlamentarischen Rede legte Eugen Richter auf diesen Aspekt seines Wirken größten Wert: »Ich bin in erster Reihe hier Vertreter der Gesamtheit, Vertreter der Steuerzahler und habe dieselben zu schützen die Pflicht«.[35] In die gleiche Kerbe hatte ein Jahrzehnt zuvor Theodor Mommsen gehauen, der an seinem Gesinnungsfreund Ludwig Bamberger rühmte, dass bei diesem noch »das heilige Feuer des

33 Zitiert nach Seeber: Fortschrittspartei (wie Anm. 8), S. 642, dort auch das folgende Zitat.
34 Langewiesche (wie Anm. 11), S. 159.
35 Im Preußischen Abgeordnetenhaus am 26.6.1904, zitiert nach Rachfahl (wie Anm. 5), S. 370.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

selbstlosen Patriotismus« zu finden sei.[36] Meines Erachtens zu Recht hat Dieter Langewiesche diese unübersehbare Ambivalenz im freisinnigen Selbstverständnis damit begründet, dass der uns heute so unausweichlich anmutende Wandel zur bürgerlichen Klassenpartei deshalb unterblieb, weil sich Eugen Richter und seine Gesinnungsgenossen bewusst waren, »wie schwierig, wenn nicht unmöglich es wäre, bürgerliches Klasseninteresse ›gesamtbürgerlich‹ zu definieren«.[37]

Dieser Umstand hatte jedoch unabweisbare Folgen für die politische Wahrnehmung und Selbstwahrnehmung der Freisinnigen. Wenn man nicht direkt bürgerliche Interessen an die Spitze des eigenen Programms stellen konnte oder wollte, was dann? Die Forderung nach nationaler Einheit, von der auch die Linksliberalen in den 1860er Jahren politisch gut gelebt hatten, war seit 1871 obsolet geworden.[38] Blieb natürlich noch der zweite freiheitliche Aspekt des alten zugkräftigen Programms von Einheit und Freiheit. Aber auch dieser war ja durch die Bismarcksche Reichsverfassung mindestens partiell eingelöst worden und ein wirklich substantielles Mehr an Freiheit war selbst unter für den Liberalismus noch einigermaßen günstigen politischen Konstellationen vor und nach 1870 kaum zu erreichen, das hatte man schon 1867 bei den Verfassungsberatungen schmerzlich erfahren müssen. Hinzu kam nun noch die offensichtliche Abwendung des Reichskanzlers von einer beide Seiten einigermaßen befriedigenden Zusammenarbeit mit den Liberalen.

Beides zusammen führte zu einer oftmals konstatierten defensiven Einstellung gerade auch der Linksliberalen. Ganz defensiv lautete die offizielle Begründung für den Zusammenschluss von Fortschrittspartei und Liberaler Vereinigung zur Deutsch-Freisinnigen Partei 1884: »Denn nur in der Einigkeit, die wir anbahnen, sind wir den Angriffen gewachsen, die heute unsere gemeinsame Sache bedrohen, nur sie entspricht den Anforderungen der konstitutionellen Entwicklung, welche eine wesentliche Bürgschaft für die Freiheit und Wohlfahrt des deutschen Volkes bildet.«[39] Schon die Zeitgenossen, wie etwa Rudolf Virchow, empfanden den Wechsel im Parteinamen als einen gewissen Rückzug.[40] Verteidigung des Bestehenden war fortan ein Grundzug freisinniger Wahlaufrufe und -kampagnen.[41]

36 Ansprache zum 70. Geburtstag Bambergers 1893, zitiert nach Theodor Mommsen: Reden und Aufsätze. Berlin 1905, S. 475

37 Langewiesche (wie Anm. 11), S. 218, vgl. auch Nipperdey (wie Anm. 11), S. 525.

38 Zur Suche nach den liberalen »Alleinstellungsmerkmalen« nach der Reichsgründung vgl. auch Langewiesche (wie Anm. 11), S. 134 f.

39 Vereinskalender der Deutschen Freisinnigen Partei 1884 (wie Anm. 9), S. 3 »An unsere Gesinnungsgenossen«

40 Vgl. Rachfahl (wie Anm. 5), S. 329 f., Goschler (wie Anm. 4), S. 312, Kieseritzky (wie Anm. 7), S. 293.

41 Vgl. etwa Coburger Zeitung v. 28.11.1884 Mahnruf an die Wähler, Vereinskalender der Deutschen Freisinnigen Partei 1891 (wie Anm. 9), S. 4 f u. Vereinskalender der Freisinnigen Volkspartei für das Jahr 1899/1900. Berlin 1899, S. 9 f

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Bedroht waren die liberalen Errungenschaften der 1860er und 1870er Jahre bzw. die freisinnige Interpretation des Bestehenden von zwei Seiten, nämlich von den nur Klasseninteressen vertretenden Parteien auf der rechten und linken. An dieser Optik hielt nicht nur Eugen Richter bis zu seinem Lebensende fest, wie eine Aussage auf dem Parteitag der Freisinnigen Volkspartei im Jahre 1902 beweist: »Die Sozialdemokratie ist eine Klassenpartei genau wie das Junkertum auf der Rechten . . . Darum wird uns immer der Kampf obliegen nach zwei Fronten, gegen die Klassenparteien zur Linken und zur Rechten.«[42] Diese ideologische Frontstellung, die eigentlich einen Dreifrontenkrieg bedeutete – hinzu kam ja auch noch in Teilen des Reiches der Kampf gegen den politischen Katholizismus –,[43] wurde von anderen Linksliberalen, die wie Theodor Mommsen und Ludwig Bamberger ansonsten Eugen Richter nicht besonders nahe standen, zutiefst geteilt.[44] Man wird daran nicht zuletzt Nachwirkungen des preußischen Verfassungskonflikts und einer Zeit, in der Liberale die Parlamente und die Öffentlichkeit beherrschten, sehen; alle drei Genannten hatten die 1860er-Jahre aus unterschiedlicher Perspektive bewusst miterlebt.

Bezeichnenderweise wurde diese Sichtweise nicht geteilt von solchen Linksliberalen, die entweder von außerhalb Preußens kamen oder jünger waren. Zu Ersteren gehörte Karl Schrader, der im April 1887 über Eugen Richter meinte: »Mit ihm werden wir nie dazukommen, positive Ziele aufzustellen, für die sich die Wähler begeistern können, aber das müssen und werden wir ohne – und wenn nötig – gegen ihn tun.«[45] Zu den Richter-Kritikern im freisinnigen Lager zählte auch Theodor Barth, ebenfalls kein Preuße und dazu ein Dutzend Jahre jünger als der Fraktionsführer. Er griff nicht nur Richters ideologische Festlegungen an,[46] sondern stellte auch die langjährige politische Positionierung des Freisinns in Frage: »Ich kann mir gar keine liberale Politik denken, die nicht die Reaktion als schlimmsten Feind ansieht. Es ist aber unausbleiblich, dass wir immer wieder vor die Frage gestellt werden: Wollt ihr mit den Reaktionären oder mit den Sozialdemokraten gehen?«[47] Schließlich versah auch Friedrich Naumann, ebenfalls kein Preuße und noch einmal ein Jahrzehnt jünger als Barth, Eugen Richter mit dem etwas spöttischen Titel »Feldzugmeister der Opposition«, brachte dann aber in seinem Nachruf die ganze Tragik

42 Zitiert nach Wegner (wie Anm. 22), S. 117, Anm. 47.
43 Vgl. die anti-katholische Polemik bei Mommsen (wie Anm. 36), S. 473.
44 Vgl. ebd. sowie Langewiesche (wie Anm. 11), S. 197.
45 Zitiert nach Holger J. Tober: Deutscher Liberalismus und Sozialpolitik in der Ära des Wilhelminismus. Anschauungen der liberalen Parteien im parlamentarischen Entscheidungsprozeß und in der öffentlichen Diskussion. Husum 1999, S. 57.
46 »Für den Liberalismus gibt es grundsätzlich keinen absolut befriedigenden Zustand . . . Alles Erreichte darf für ihn nur eine Etappe auf dem unendlichen Wege der Fortentwicklung des Menschengeschlechtes sein.« Th. Barth in der »Nation«, 25.3.1903, zitiert nach Wegner (wie Anm. 22), S. 85.
47 An Conrad Haussmann, 20.7.1903, zitiert nach ebd. S. 114.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

der Richterschen Politik auf den Punkt: »Er hatte das Schicksal, das Rückzugsgefecht des deutschen Liberalismus führen zu müssen und konnte dabei wenig wirklich frohe Tage erleben.«[48] Naumann sollte großen Anteil an den linksliberalen Versuchen im Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg haben, ein anderes Selbstverständnis und dann auch eine profitablere politische Position zu gewinnen. Aber auch nach Richters Tod lebte das von diesem verkörperte Selbstverständnis freisinniger Politik noch fort, etwa wenn Ernst Müller-Meiningen auf dem Gründungsparteitag der Fortschrittlichen Volkspartei 1910 erklärte: »Höchstes Glück der Erdenkinder ist doch die Persönlichkeit!«[49]

4.

Mit diesem Zitat aus der Nach-Richter-Zeit kann ich zu meinen Überlegungen zur linksliberalen Strategie überleiten. Denn »Persönlichkeit« war zumindest in den Bismarck-Jahren ein wichtiges Mittel, mit dem nicht nur Linksliberale für sich warben. Erinnert sei an Theodor Mommsens Kampagne in Coburg, aber auch die Art, wie die Führer der Sezession 1880 in der »Gartenlaube« als Männer von »Gesinnung« und Männer der »That« sowie als »edle Persönlichkeit(en)« von einem liberalen Journalisten portraitiert wurden.[50] Noch 1899 pries ein Gefolgsmann Eugen Richter als »begabtesten, uneigennützigsten, mutigsten Vorkämpfer der freiheitlichen, der liberalen Weltanschauung in unserem Vaterland«.[51]
Aber zu diesem Zeitpunkt war auch den meisten Freisinnigen klar, dass allein das Kriterium »Persönlichkeit« für Wahlerfolge nicht mehr ausreichte. Deshalb warb man 1887 im hessisch-thüringischen Grenzgebiet mit folgender Parole: »Wir dagegen wollen dem künftigen Reichstag das Recht nicht beschränkt wissen, eine Abkürzung der Dienstzeit und eine Erleichterung der Steuer zu erwirken.«[52] Dieses Zitat ist insofern signifikant, als zwei zentrale strategische Pole genannt werden, um die die linksliberalen Versuche einer Schärfung des politischen Profils kreisten: die Sicherung des Parlamentarismus und die Steuersenkung bzw. die Verhinderung von Steuererhöhungen. Entsprechende Forderungen ziehen sich durch die meisten Wahlaufrufe.[53]

48 Friedrich Naumann: Eugen Richter. In: ders.: Werke Bd. 5. Opladen 1964, S. 372-376, Zitate S. 373 u. 375.
49 Zitiert nach Tober (wie Anm. 45), S. 339.
50 Heinrich Steinitz: Skizzen aus deutschen Parlamentssälen Nr. 2. In: Die Gartenlaube Nr. 48/1880, S. 784-786.
51 Richard Eickhoff: Politische Profile. Erinnerungen aus vier Jahrzehnten. Dresden 1927, S. 21.
52 Zitiert nach Gerstgarbe (wie Anm. 15), S. 178.
53 Vgl. Coburger Zeitung v. 28.11.1884 Mahnruf an die Wähler, Vereinskalender 1891 (wie Anm. 9), S. 4 f, Vereinskalender 1899/1900 (wie Anm. 41), S. 9 f., Gerstgarbe (wie Anm. 15), S. 316.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Aber diese programmatische Ausrichtung blieb keineswegs bei propagandistischer Rhetorik, sondern bestimmte auch das parlamentarische Auftreten der Linksliberalen im Zeitalter Eugen Richters, wie auch Friedrich Naumann in seinem Nachruf auf Richter anerkannte: »Er war sozusagen der Staatsanwalt der Reichsfinanzen. Damit machte er erst das parlamentarische Recht der Finanzkontrolle zu einem wirklichen Recht . . .«.[54] Ähnlich urteilte Richters Fraktionskollege Richard Eickhoff: »Im Parlament hielt er es für seine vornehmste Pflicht, die Rechte der Volksvertretung gegenüber der Regierung zu wahren.«[55] Aber nicht nur diese Selbstwahrnehmungen belegen den hohen Stellenwert des Parlamentarismus für die Linksliberalen, sondern auch eine neuere Studie zur Wahlprüfungspraxis des Reichstags sieht den Freisinn als »entschiedenen Verfechter des Wahlfreiheitsprinzips«.[56]

Dieses Eintreten für die Volksvertretung hieß aber nicht, dass damit auch das Eintreten für die Ausweitung von deren Kompetenzen verbunden gewesen wäre. Ähnlich defensiv wie die Wahlaufrufe ist auch der Eintrag »Parlamentarismus« in Richters berühmtem »Politischen ABC-Buch«, wo aber immerhin der Rücktritt eines Ministers gefordert wird, »wenn (er) sich mit den Ansichten der Mehrheit der Volksvertretung nicht mehr im Einklang befindet und auch nicht erwarten darf, durch eine Auflösung der Volksvertretung eine Mehrheit in einer anderen Zusammensetzung zu erhalten«.[57] Der Umkehrschluss, dass die Regierung aus der Mehrheit des Parlaments gestellt werden solle, findet sich hingegen nicht, sondern nur der Hinweis, dass ein »solches parlamentarisches System . . . am wenigsten . . . freilich zur Zeit in Deutschland anerkannt (sei), abgesehen von Russland und der Türkei«,[58] was man indirekt zumindest so verstehen könnte, als seien die Zustände in den parlamentarisch regierten Staaten Westeuropas besser.

Strategie und Selbstverständnis nicht nur des Linksliberalismus Eugen Richters charakterisiert man wohl am zutreffendsten, wenn man unterstreicht, dass es sich um eine Oppositionsstrategie handelte, und zwar um eine, die – abgesehen von den kurzzeitigen Hoffnungen auf eine Liberalisierung von oben her durch den Thronfolger[59] – keine Perspektive auf Regierungsbeteiligung oder Mehrheitsgewinnung hatte, sondern eine – wie Christian Jansen wohl nicht zu Unrecht meint – gewisse »ideologische Selbstzufriedenheit und politische

54 Naumann (wie Anm. 48), S. 374, vgl. Eickhoff (wie Anm. 51), S. 11.
55 Ebd. S. 29.
56 Robert Arsenschek: Der Kampf um die Wahlfreiheit im Kaiserreich. Zur parlamentarischen Wahlprüfung und politischen Realität im Kaiserreich. Düsseldorf 2003, S. 159.
57 Eugen Richter: Politisches ABC-Buch. Ein Lexikon parlamentarischer Zeit- und Streitfragen. 7. Aufl. Berlin 1892, S. 272.
58 Ebd.; graduell weitergehend, aber auch immer noch nicht schlüssig parlamentarisch argumentierte zwei Jahrzehnte später Otto Wiemer im Zuge der Zaberndebatte im Reichstag, vgl. Hans Fenske (Hrsg.): Quellen zur deutschen Innenpolitik 1890-1914. Darmstadt 1991, S. 472-482, hier S. 476 ff.
59 Vgl. Rachfahl (wie Anm. 5), S. 341.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Selbstgenügsamkeit« an den Tag legte.[60] Von Eugen Richter wurde dies sogar nicht nur billigend in Kauf genommen, sondern zum Teil sogar gewünscht, wenn man einem berühmten Zitat Glauben schenken darf: »Mein Ideal ist eine Fraktion von fünfzehn Mann, mit der ich manövrieren kann.«[61] In strategischer Hinsicht hat Richter sicherlich dem Linksliberalismus seinen Stempel weitgehend aufgedrückt.

5.

Es bleiben noch die Haltungen des Freisinns gegenüber zentralen Punkten des zeitgenössischen politischen Diskurses[62] zu diskutieren, wobei vieles bereits im Vorhergehenden angerissen worden ist. In Bezug auf die Verfassung kann man festhalten: Die Linksliberalen waren zwar eine Oppositionsbewegung, aber im Gegensatz zu der Zeit vor 1866 bzw. auch zu vielen Sozialdemokraten keine Systemveränderer. Dagegen sprach nicht nur die defensive Ausrichtung ihrer Politik, sondern auch der Umstand, dass sie ihre Veranstaltungen mit einem Hoch auf Kaiser und Reich zu beenden pflegten.[63] Auch das generelle Ziel: »Deutschland nach außen stark, im Innern einig und zu einem Hort der Freiheit und des Friedens zu machen«, mit dem man 1890 warb,[64] unterstreicht die generelle Einstellung der kaiser- und reichsloyalen Opposition.
Und dass sie an der auf Privateigentum basierendem Gesellschaftsordnung nichts ändern wollten, verstand sich für die Liberalen fast von selbst: So sollte die »Volkswohlfahrt« nur »auf Grund der bestehenden Gesellschaftsordnung« gefördert werden.[65] Letztere sollte im liberalen Sinn befestigt werden, indem Hemmnisse für die Freizügigkeit aufgehoben werden sollten, darin waren sich alle Freisinnigen vor der Jahrhundertwende jedenfalls einig.[66] Das hatte, wie erwähnt, nicht nur eine starke Aversion der Freisinnigen gegen die Gesellschaftspolitik der Sozialdemokratie zur Folge, sondern auch gegenüber Bismarcks »Staatssozialismus«, unter dem »die wirtschaftliche, bürgerliche

60 Jansen (wie Anm. 3), S. 97, vgl. auch Kieseritzky (wie Anm. 7), S. 202, Wehler (wie Anm. 25), S. 873, Nipperdey (wie Anm. 11), S. 527.
61 Hermann Pachnicke: Führende Männer im alten und im neuen Reiche. Berlin 1930, S. 32, vgl. auch den ebd. überlieferten Spruch zu Virchows 75. Geburtstag: »Es gereicht uns zur Ehre, weil wir deshalb weniger geworden sind, weil wir uns niemals eingelassen haben auf Kompromisse.«
62 Vgl. oben Anm. 16.
63 Gerstgarbe (wie Anm. 15), S. 194.
64 Vereinskalender 1891 (wie Anm. 9), S. 5.
65 Vereinskalender 1899/1900 (wie Anm. 41), S. 10; kurioser- bzw. bezeichnenderweise führte Eugen Richter die Ursprünge des Wirtschaftsliberalismus nicht auf die bekannte englische Industriemetropole, sondern auf die preußische Reformzeit zurück, vgl. ders.: ABC-Buch (wie Anm. 57), S. 228.
66 »So verschieden ihre Analyse im einzelnen ausfallen konnte, gemeinsam war den Linksliberalen, dass Selbständigkeit, Staatsferne und Privatwirtschaft die conditio sine qua non jeder Sozialpolitik zu bilden hatten.« Kieseritzky (wie Anm. 7), S. 287.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

und politische Freiheit . . . nicht bestehen« könne.[67] Die auf Zwangsbeiträgen beruhenden Sozialversicherungen sind denn auch, solange Eugen Richter am Leben war, von der großen Mehrheit der Freisinnigen abgelehnt und bekämpft worden, ohne sie verhindern und durch ein anderes, freiheitlicheres System ersetzen zu können. In dieser Hinsicht kam es jedoch nach Richters Tod zu entscheidenden Veränderungen, wenn auch Theodor Barths diesbezügliches Diktum, das ja nicht nur sozial-, sondern auch allgemeinpolitische Konsequenzen hatte, nicht von allen Linksliberalen, insbesondere in der Freisinnigen Volkspartei, uneingeschränkt geteilt worden sein dürfte. Barth schrieb im Frühjahr 1907 über sich und sein »Hausblatt«: »Dem Freihandel gegenüber ist der Standpunkt der ›Nation‹ in all den 24 Jahren derselbe geblieben. Dem Socialismus gegenüber ist eine Änderung eingetreten . . . Die ›Nation‹ (hat) im Laufe der Jahre die Gefahren eines übertriebenen Individualismus höher und die Gefahren des Socialismus geringer zu veranschlagen gelernt, . . . jeder Socialismus ist umso leichter erträglich, je enger er mit den freiheitlichen Garantien demokratischer Institutionen verknüpft ist.«[68]

Da von Finanzfragen schon die Rede war, bleibt noch das Thema Imperialismus resp. Kolonialismus. Auch hier ist die zunächst bestimmende Vorreiter-Rolle Eugen Richters unverkennbar. Er, der vor allem vor den finanziellen Bürden einer kolonialen Politik warnte, meinte in seinem ABC-Buch sarkastisch: »Bevor man es sich zur Aufgabe stellt, die christliche Gesinnung durch Reichsmittel in ferne Weltteile zu tragen, sollte man es sich angelegen sein lassen, christliche Moral und christliche Gesittung überall in den inneren Verhältnissen des Landes zur Geltung zu bringen, . . .«[69] Doch diese linksliberale Zurückhaltung hielt nur bis zur Jahrhundertwende, nach Eugen Richters Tod gingen auch die Freisinnigen, unter tatkräftige Nachhilfe von Friedrich Naumann, ins Lager der Imperialisten über.[70] Wenn man so will, kennzeichnete Richters Ausscheiden aus der Politik in vielerlei Hinsicht den Anschluss der Linksliberalen an das – in bürgerlichen Kreisen zumindest – vorherrschenden Meinungsklima, das sich mit dem Reich und dessen imperialer Politik identifizierte.[71] Ob man das bedauern oder begrüßen soll, sei hier dahingestellt. Für beides gibt es sicherlich gute Gründe.[72]

67 Richter: ABC-Buch (wie Anm. 57), S. 311.
68 Die Nation v. 30.3.1907, zitiert nach Wegner (wie Anm. 22), S. 27.
69 Richter: ABC-Buch (wie Anm.57), S. 202.
70 Vgl. Langewiesche (wie Anm. 11), S. 221 u. Tober (wie Anm. 45), S. 212.
71 Vgl. auch Alastair P. Thompson: Left Liberals, the State and Popular Politics in Wilhelmine Germany. Oxford/New York 2000, S. 162, zu einer ähnlichen Einschätzung kommt in Bezug auf die Vorkriegseinstellungen von Gustav Stresemann Christian Baechler: Gustave Stresemann (1878-1929). De l'imperialisme à la sécuritè collective. Straßburg 1996, S. 88: »Le libéralisme de Stresemann, comme celui de tous les libéraux allemands du début du XXe siècle, es tun libéralisme éclaté qui a perdu la cohérence de la pensée libérale du début du siècle, un libéralisme imprégné par les courants dominants de l'Allemagne wilhelmienne, en particulier par le nationalisme et le culte de l'expansion nécessaire.«
72 Vehemente Kritik an diesem Umschwung zuletzt bei Detmar Doering: Eugen Richter

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

6.

Abschließend soll noch ein Punkt in der Struktur des Linksliberalismus angesprochen werden, den ich für bemerkenswert halte, weil er im Gegensatz zu einer weit verbreiteten Auffassung steht. Ich meine, seinen norddeutschen, um nicht zu sagen altpreußischen Charakter.[73] Der Linksliberalismus des Kaiserreiches war ja nicht nur eine direkte Fortsetzung der alten preußischen Fortschrittspartei, er erhielt ja Anfang der 1880er-Jahre noch entscheidenden Zuzug durch den linken Flügel der Nationalliberalen, der wiederum hauptsächlich aus Preußen, insbesondere seinen Küstengebieten kam. So bestanden von den 221 Lokalvereinen, die der Vereinskalender der Deutsch-Freisinnigen Partei für 1884 ausweist, 170 oder drei Viertel in Preußen, davon wiederum die Hälfte, gleich ca. 39 % in dessen ostelbischen Gebieten. Nur 16, also gut 7 % hatten ihren Sitz südliches des Maines.[74] Preußen stellte aber 1907 nur gut 60 % der Bevölkerung.[75] Blickt man auf die innerpreußische Verteilung, so zeigt sich, dass die Freisinnigen in den traditionellen Provinzen an und östlich der Elbe besser verankert waren – dort waren mit 47 % fast die Hälfte aller Vereine verzeichnet, obwohl hier nur gut 34 % der Reichsbevölkerung lebte – als in den beiden westlichen Provinzen (13,1 % der Vereine und 16,8 % der Bevölkerung). Besser sah die Statistik für die neupreußischen Gebiete zwischen Wiesbaden und Flensburg aus (16,7 % zu 10,4 % der Bevölkerung). Damit bestätigt sich das auch anderswo, etwa bei den Wahlergebnissen, erkennbare preußische Übergewicht im Linksliberalismus, das praktisch während der gesamten Ära Richter bestand.[76] Selbst wohlmeinende Zeitgenossen haben Eugen Richter »in den Traditionen des altpreußischen Beamtentums«[77] gesehen. Das hinterließ auch in der von ihm mitgeführten Partei Spuren.

(1838-1906). In: Eugen Richter: Sozialdemokratische Zukunftsbilder. Frei nach Bebel. Neuausgabe Grevenbroich 2006, S. 8-38, hier S. 32 f, anders dagegen Theodor Heuss:. Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit. 2. Aufl. Tübingen 1949, S. 180 f. sowie – zurückhaltender im Urteil – ders.: Erinnerungen 1905-1933. Stuttgart 1963, S. 55 u. 70, eine mittlere Position bei Friedrich C. Sell: Die Tragödie des deutschen Liberalismus. 2. Aufl. Baden-Baden 1981, S. 286-298, zu Richter bes. S. 287 f.

73 Vgl. dazu Jürgen Frölich: Preußentum und Liberalismus nach 1867. »Preußische« Züge bei den liberalen Parteien des Kaiserreiches. In: Ders.,/Esther-Beate Körber/ Michael Rohrschneider (Hrsg.): Preußen und Preußentum vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Berlin 2002, S. 145-162, ähnlich auch Thompson (wie Anm. 71), S. 5 f.

74 Zahlen errechnet nach Vereinskalender 1884 (wie Anm. 9), S. 6-15.

75 Vgl. dazu u. zum Folgenden den tabellarischen Anhang bei Frölich (wie Anm. 73), S. 157 f.

76 Abgesehen von 1871 (ausgeglichen) und 1912 (negativ) war der Saldo zwischen dem Reichs- und dem preußischen Wahlergebnis bei den Reichstagswahlen immer positiv zugunsten des zweiten, 1912 machte sich die Fusion mit der süddeutschen Volkspartei bemerkbar, vgl. ebd. S. 158.

77 Eickhoff (wie Anm. 51), S. 34.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Die Ursachen für die »Preußen-Lastigkeit« des Freisinns haben sicherlich mit der Genese des Linksliberalismus aus der »Deutschen Fortschrittspartei« zu tun, die eine preußisch-protestantische Partei war. Und weil es zudem eine hohe Kontinuität im Führungspersonal von Fortschritts- und Freisinniger Partei gab, existierte im Spitzenpersonal dort auch ein gemeinsamer Erfahrungsschatz, den Richter nicht nur mit seinen langjährigen Mitstreitern in der Fortschrittspartei wie Ludolf Parisius und Rudolf Virchow, sondern auch mit etlichen Sezessionisten wie Mommsen oder Forckenbeck teilte, nämlich die die Erfahrungen des preußischen Verfassungskonfliktes. Diese haben zweifellos die Einstellung nicht nur zu Bismarck, sondern auch zur preußisch dominierten Reichsleitung auf lange Strecken bestimmt, auch bei den Sezessionisten, bei denen1878 alte Ängste und Befürchtungen wieder durchschlugen.[78] Wenn man so will, könnte man auch festhalten, dass die zentralen Programmpunkte des Freisinns immer noch der Konfliktlage im Preußen der 1860er Jahre entsprachen.

Diese Fixierung auf diesen preußischen »Erinnerungsort« war natürlich in den außerpreußischen Gebieten weit weniger virulent. Und dass Ferdinand Lassalle ausgerechnet auf dem Höhepunkt des Verfassungskonfliktes die »Arbeiter der Fortschrittspartei abwendig zu machen« suchte,[79] blieb in der Haltung Richters und vieler Freisinniger zur Sozialdemokratie nicht ohne Folgen. Es ist schon auffällig, dass sich mit dem nach der Jahrhundertwende vollziehenden Generationswechsel, wo nun Leute in Führung des Linksliberalismus kamen, die keine eigene Erinnerung mehr an den Verfassungskonflikt hatten, vieles in Struktur und Programmatik des Freisinns änderte, selbst die alten Namen schließlich aufgeben wurden.[80] Zu fragen bleibt aber, inwieweit bzw. bis zu welchem Zeitpunkt auch die Anhänger- und Wählerschaft des Linksliberalismus von diesen Erfahrungen geprägt wurde bzw. sie in ihrem politischen Abstimmungsverhalten beeinflusst wurden. Der Rückgang in der Wählergunst auch in Preußen ab 1884 könnte darauf hindeuten, dass hier schon sehr viel früher die Erinnerung an die »heroische Kampfzeit« des Linksliberalismus verblasste.

78 In Richters ABC-Buch wird der Verfassungskonflikt nicht unter dem Stichwort Bismarck, sondern im Zusammenhang mit der Deutschen Fortschrittspartei behandelt, ein Stichwort Preußen fehlt ganz. Vgl. Richter: ABC-Buch (wie Anm.57), S. 35 u. 105-110.

79 Ebd. S. 291.

80 Die unterschiedlichen Sichtweise zwischen Naumann und dem alten Richter-Anhänger Albert Träger kommen z. B. in Naumanns Nachruf auf diesen zum Ausdruck, Friedrich Naumann: Abschiedsgespräch mit Traeger. In: ders.: Werke. Bd. 5 Köln/Opladen 1964, S. 474-477.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

7.

Kommen wir einleitend nochmals auf die Frage zurück, inwieweit Linksliberalismus der Kaiserzeit und Eugen Richter identisch gewesen sind, so muss man wohl eingestehen, dass es schließlich und endlich darauf keine endgültig befriedigende Antwort geben kann. Der deutsche Freisinn im ausgehenden 19. Jahrhundert kann als Ganzes wohl kaum ohne seine Führungsgestalt beschrieben und analysiert werden. Dagegen steht schon die Quellenlage, aber auch die bisherige Forschung. Sicherlich hätte der Linksliberalismus auch ohne Eugen Richter existiert, aber in vielerlei Hinsicht wäre er ein anderer, vielleicht politisch erfolgreicherer, wohl kaum aber so weltanschaulich geschlossener gewesen. Es waren sicher in erster Linie nicht die Grundlagen von Richters Liberalismus, an denen sich seine liberalen Zeitgenossen rieben, sondern die Art und Weise, wie er agierte und führte. Die Probleme zwischen den Freisinnigen und ihrem bekanntesten Protagonisten lagen also nicht so sehr im Grundsätzlichen als vielmehr im Charakterlichen und Persönlichen. Das hat sicherlich einen Hauch von Tragik an sich, der auch von heutigen Bewunderern Richters nicht geleugnet wird.[81]

Dennoch, gerade in den großen politischen Linien hat Richter dem Freisinn die Richtung vorgegeben, selbst diejenigen, die sich 1893 organisatorisch von seinem Einfluss lösten, unterlagen diesem aber dennoch indirekt, sie orientierten sich auch immer wieder an Richter. Auch die süddeutschen Demokraten, mit einem vom preußischen Linksliberalismus sehr verschiedenen Hintergrund, haben im Reichstag die Verbindung zu ihm gesucht.[82] Natürlich war Richter nicht identisch mit dem Freisinn, mancher Wahlkämpfer an der Basis distanzierte sich öffentlich von ihm und seiner politischen Schärfe, [83] aber in sehr vielem verkörperte Eugen Richter doch Selbstverständnis und Politikstil der entschiedenen Liberalen. Wohl die allermeisten von diesen hätten vor der Jahrhundertwende grundsätzlich seine Auffassung von politischer Betätigung im liberalen Sinne unterschrieben: »In Wort und Schrift öffentlich für öffentliche Angelegenheiten, in gesicherten und deshalb vollkommen unabhängigen äußeren Verhältnissen, nur der eigenen Überzeugung folgend, wirken zu können – ich kann mir für mich nichts Besseres und Schöneres denken und wünschen.«[84] Erst mit Friedrich Naumann kam auch im linksliberalen Selbstverständnis eine andere Einstellung durch,[85] aber das ist eine andere Geschichte.

81 Vgl. Doering (wie Anm. 72), S. 9.
82 Vgl. dazu Jürgen Frölich: Conrad Haussmann. In: Reinhold Weber/Ines Mayer (Hrsg.): Politische Köpfe aus Südwestdeutschland. Stuttgart 2005, S. 46.
83 Vgl. Gerstgarbe (wie Anm. 14), S. 165.
84 Eugen Richter: Jugenderinnerungen. Berlin 1892, S. 196.
85 Vgl. etwa Friedrich Naumann: Vier Reden an junge Freunde. In: ders.: Werke (wie Anm. 80), S. 709-735, hier S. 715 f., 723-728.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Hans-Georg Fleck

Benevolenz, Mißachtung, Mißtrauen trotz »Schicksalsgemeinschaft« – Organisierter Linksliberalismus und sozialliberale Gesellschaftsreform zu Zeiten Eugen Richters

1. *Eugen Richter: »Letzter echter Liberaler« oder »Totengräber des Liberalismus«?*

Im Deutschland des ausgehenden 19. Jahrhunderts dürfte es nur sehr wenige Politiker gegeben haben, deren Bekanntheitsgrad so groß, deren Ansehen in der Öffentlichkeit zugleich aber auch derart kontrovers war, wie das des Liberalen Eugen Richter. Nicht nur an den politischen Inhalten, die er – vor allem im geradezu sprichwörtlichen rhetorischen Kräftemessen mit dem »Eisernen Kanzler« – vertrat, sondern auch an seiner Form des aggressiven, keinen Konflikt scheuenden Politisierens schieden sich die Geister. Und zwar nicht nur bei den Gegnern und Feinden auf der Rechten wie der Linken, sondern auch bei den Liberalen selber. Bei allem Respekt vor dem Lebenswerk des deutschen Parlamentariers und Parteistrategen par excellence gingen gerade in dem im steten Wandel begriffenen Lager der Liberalen die Einschätzungen der Person und Leistung Richters weit auseinander.

Den einen galt Richter als Inkarnation des Kampfes um eine freiheitliche Entwicklung Deutschlands schlechthin. »Allüberall, wo die Reaktion die Axt anlegte, um vom Baume der Freiheit einen Ast abzuhauen, da stand er im Vordertreffen, um diesen Baum zu schützen und zu schirmen . . . Soll ich Sie daran erinnern, wie oft er in diesen langen Jahren die wirtschaftliche Freiheit verteidigte, die eine falsche Gesetzgebung in Fesseln zu schlagen drohte . . ., wie er, ein Volkswirt der guten alten Schule, verderbliche Monopole vereitelte . . ., wie er . . . drückende Steuerlasten abwehrte, die unser aufblühendes Erwerbsleben schwer geschädigt hätten . . ., wie er endlich . . . einseitige Militär-, übertriebene Marineforderungen zurückwies, nur um den eben erst sich hebenden Volkswohlstand nicht wieder verkümmern zu lassen?« Dieser Mann, den die »Reaktion« hasse, »wie die Sünde das Gute haßt«, der habe schon vor Jahrzehnten jene Gefahren erkannt und benannt, die ». . . unserem Staatsleben nicht minder wie der Freiheit des einzelnen auch von jener Seite drohen, die auf Grund grauer Theorien . . . ein neues Reich gründen will . . .«

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Die »grauen Theorien« der Sozialisten habe er »mit der Fackel der Vernunft beleuchtet«, die »trügerischen Zukunftsbilder in ihr Nichts aufgelöst«, die »Irrlehren zertrümmert, die am . . . Ende nur der Reaktion neue Waffen« schmiedeten.[1]

Deutlich kühler und differenzierter war das Urteil anderer Liberaler, die der Arbeitsleistung und Disziplin Richters Hochachtung zollten, aber auch seine Grenzen aufzeigten. Dem »freiwillige(n) Oberkontrolleur der Reichsmillionen« sei das »Schicksal« zugefallen, »das Rückzugsgefecht des deutschen Liberalismus führen zu müssen«. Richter sei ein »liberaler Individualist« gewesen, »ein Mensch, der sich im Grunde nichts sagen läßt. Daraus folgt, daß er für kollegialisches Arbeiten weniger veranlagt war als für ein Aufprägen seines Willens auf seine Umgebung. In der Form war er verbindlicher, als man es im Allgemeinen ihm zutraute, aber in der Sache war er doch eine Art Diktator.« Als Individualist habe Richter für den aufkommenden Sozialismus »von vornherein kein inneres Gefühl« gehabt. So habe er nicht erfassen können, »daß auch der Sozialismus eine Welle des Liberalismus« sei. Er habe ihn stets »nur als gegensätzliche Theorie und als gegensätzliche Partei« wahrgenommen. »Das war die Grenze seines Wesens, wie es denn Menschenlos ist, daß jeder, auch der Starke und Tüchtige, an irgendeiner Stelle aufhört, der Zukunft zu gehören. Bismarck und Richter hatten dieselbe Grenze.«[2]

Gilt für den hier ebenso wortreich wie vieldeutig Geehrten der Aphorismus des französischen Moralisten Vauvenargues, wonach die Mehrzahl der großen Männer den größten Teil ihres Lebens mit Menschen zugebracht habe, die sie nicht begriffen, nicht liebten und nur mäßig zu schätzen wußten? In der Tat, Eugen Richter war und ist ein Mann, an dem sich die Geister scheiden, eine Persönlichkeit, deren »Unerbittlichkeit« und »knorrige Charakterfestigkeit«[3] den Zeitgenossen entweder als Ausdruck der Zuverlässigkeit und Prinzipientreue oder aber als Belege für Doktrinarismus und Lernunfähigkeit galten. Die seriöse historische Forschung zum Liberalismus hat über ein Jahrhundert hinweg (und bis zu dieser Stunde) grosso modo eher die Grenzen und Belastungen der Lebensleistung Richters herausgestellt – ganz zu schweigen von der konservativen Historiographie, die ihm niemals seine konsequente Oppositionshaltung zum Wirken des »Eisernen Kanzlers« verzeihen konnte, genauso wenig wie ihm die Historiographie sowjetmarxistischer Provenienz

1 So Richard Eickhoff in einer Festansprache anläßlich des Silbernen Abgeordnetenjubiläums von Eugen Richter als Reichstagsabgeordneter des Wahlkreises Hagen-Schwelm im November 1899, abgedruckt in: R. E.: Politische Profile. Erinnerungen aus vier Jahrzehnten, Dresden 1927, S. 10f. und S. 21ff.

2 Friedrich Naumann: Eugen Richter † In: Die Hilfe 12 (1906), H. 11, hier zit. nach: Ders.: Werke, Bd. 5, Opladen 1964, S. 372-376.

3 So die von Theodor Heuss (Erinnerungen 1905-1933. Tübingen 1963, S. 55 resp. S. 81) gewählten Charakterisierungen, der Richter obendrein »phantasiearmer Rechthaberei« (ebd., S. 81) zeiht.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

seinen – wie es hieß – »militanten Antidemokratismus« nachsah, der sich vor allem »in seinem streckenweise groteske Formen annehmenden Antisozialismus« manifestiert habe.[4]

Um so überraschender und bizarrer mag da vielen jene revisionistische Wendung anmuten, die – nicht von ungefähr – mit einer zeitgeistgemäßen, radikalen Akzentverlagerung des innerliberalen Diskurses an der Wende zu den 1990er Jahren einherging. Aus Eugen Richter wurde *die* Lichtgestalt des »echten Liberalismus« in Deutschland, »*der* große politische Anwalt der liberalen Weltrevolution«[5], mit dessen Tode 1906 die Geschichte des Liberalismus in Deutschland recht eigentlich an ihrem Ende angelangt sei.[6] Was auf Richter gefolgt war, wurde – ganz dem Liberalismus-Verständnis eines Ludwig von Mises verpflichtet[7] – schlicht als Pseudoliberalismus oder bestenfalls als klassisch-liberales Epigonentum charakterisiert.

Uns geht es im folgenden um die Frage, in welcher Weise in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aus liberalem Geiste auf die eklatanten gesellschaftlichen Veränderungen im Gefolge von Modernisierung und Industrialisierung reagiert wurde. Die Grundzüge sozialliberaler Konzepte der Gesellschaftsreform sollen vorgestellt werden, wobei dem gewerkschaftlichen Sozialliberalismus ein besonderes Augenmerk gilt. Die Frage, wie sich der politisch organisierte Liberalismus sozialliberalen Reformkonzepten gegenüber verhalten, inwieweit er sie unterstützt oder konterkariert hat, wird uns unvermeidlich zum politischen Wirken Richters führen. Hierbei geht es um konkrete gesellschaftliche Herausforderungen, die Liberale aus liberalem Denken zu beantworten trachteten, nicht um akademische oder ideologische Konstrukte, die – fern historisch identifizierbarer gesellschaftlicher Interessen- und politischer Machtkonstellationen – den historischen Prozeß gleichsam »von hinten« aufzurollen versuchen, allenfalls unter hypothetischen Laboratoriumsbedingungen probat erscheinende Ratschläge erteilen wollen. Liberalen Theoretikern wie Lujo Brentano, Ignatz Jastrow oder Hugo Preuß, liberalen Praktikern wie Ernst Abbe, Max Hirsch und ja: auch Friedrich Naumann, um nur einige Wenige zu nennen – sind wir es schuldig, sie in ihr historisches Recht zu setzen.

4 Gustav Seeber: Eugen Richter. Liberalismus im Niedergang. In: Ders. (Hrsg.): Gestalten der Bismarckzeit, Bd. II, Berlin (DDR) 1986, S. 302-324, hier S. 321.

5 Ralph Raico: Die Partei der Freiheit, Stuttgart 1999, S. 151 (Hervorhebung im Original). Vgl. u.a. auch ders.: Eugen Richter and Late German Manchester Liberalism: A Reevaluation. In: The Review of Austrian Economics 4 (1990), S. 3-25.

6 Zu den Konsequenzen dieser Deutung der Liberalismusgeschichte für den deutschen Liberalismus des 20. Jahrhunderts und die Traditionspflege des organisierten Liberalismus in Deutschland vgl. Jürgen Frölich: Zu Ende im Jahre 1906? Gedanken zur liberalen Tradition in Deutschland. In: liberal 42 (2000), H. 4, S. 6-10.

7 Vgl. Ludwig von Mises: Liberalismus, Jena 1927, vor allem in der von Hans-Hermann Hoppe mit einer ausführlichen Einleitung versehenen Neuausgabe, St. Augustin 1993.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

2. *Potenzen und Hindernisse sozialliberaler Gesellschaftsreform*

2.1 *Grundzüge sozialliberaler Gesellschaftsreform*[8]

Überaus schwergetan hat sich der Liberalismus bekanntlich mit den durch die technisch-industrielle Revolution und die Freisetzung der Marktkräfte evozierten gesellschaftlichen Verwerfungen des 18. und insbesondere des 19. Jahrhunderts. Sie setzten sich erdbebenwellenartig bis in die liberale Bewegung fort und verursachten dort eine eigentümliche Sprengkraft. Stellte der Liberalismus bis dahin eine weitgehend uneingeschränkt mit dem Lebensgefühl zukunftsgewisser Fortschrittsgläubigkeit gepaarte Weltanschauung dar, deren Anhängerschaft naiv-optimistische Einschätzungen der eigenen sozialen Befindlichkeit noch nicht unter vermeintlicher oder realer Statusbedrohung, Dekadenzanwandlungen oder dem Marschtritt von Millionenheeren zuschanden geworden waren, so machten sich in seinen Reihen nun Furcht und Selbstzweifel breit. Furcht vor den »Prätentionen« unterbürgerlicher Schichten, die bislang im gesellschaftlichen Kräftespiel als »quantité négligeable« hatten behandelt werden können. Furcht auch vor dem »cauchemar de coalition« schlechthin: einem mit antibürgerlichen Ressentiments und materiellen Verlockungen geschmiedeten Bündnis aus traditionellen Eliten und den »gesichtslosen Massen« des »Vierten Standes«.

Die Furcht setzte bei einem Teil der Liberalen Verdrängungsmechanismen in Gang. Phänomene des gesellschaftlichen Wandels, deren Widerspruch zum liberalen Ethos der Menschenwürde nicht abzuleugnen war, wurden allenfalls als Residuen staatsabsolutistischer Wirtschaftsintervention und freiheitswidriger Reglementierung der Wirtschaftsbürger, feudaler Besitzverhältnisse und zünftlerischer Beschränkungen der Gewerbefreiheit gedeutet – keinesfalls jedoch als Konsequenz der neuen ökonomisch-sozialen Ordnung. Die Verdrängungsmechanismen gipfelten in dem Versuch, bestehende gesellschaftliche Probleme gleichsam als bloße Chimäre aus der Welt zu definieren – Heinrich Bernhard Oppenheims berühmte »große Seeschlange« oder John Prince-Smiths »sogenannte Arbeiterfrage«[9]. Bar jeder Anmutung von Skeptizismus

8 Zu den Grundlagen sozialliberaler Gesellschaftsreform vgl. Hans-Georg Fleck: Sozialliberalismus und Gewerkschaftsbewegung. Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine 1868 – 1914, Köln 1994, spez. S. 69-277. Vgl. auch ders.: Soziale Gerechtigkeit durch Organisationsmacht und Interessenausgleich. Ausgewählte Aspekte zur Geschichte der sozialliberalen Gewerkschaftsbewegung in Deutschland (1868/69-1933). In: Erich Matthias/Klaus Schönhoven (Hrsg.): Solidarität und Menschenwürde. Etappen der deutschen Gewerkschaftsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart. Bonn 1984, S. 83-106, und ders.: Sozialer Liberalismus und Gewerkschaftsbewegung in Preußen. In: JzLF XIV(2002), S. 259-280.

9 Heinrich Bernhard Oppenheim: Der Kathedersozialismus, Berlin 1872, S. 55; John Prince-Smith: Die sogenannte Arbeiterfrage. In: Vierteljahrsschrift für Volkswirtschaft und Kulturgeschichte V (1864), Bd. 4, S. 192–207. Zu Prince-Smith, den Gustav Schmoller einmal als den »vielleicht scharfsinnigsten, jedenfalls verranntesten, abstraktesten Kopf (. . .) der Freihandelsschule« bezeichnet hat, vgl. auch Volker Hentschel: Die deutschen Freihändler und der volkswirtschaftliche Kongreß 1858 bis 1885, Stuttgart 1975, S. 110-117.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

und Nachdenklichkeit wurden die Elenden selber für ihr Los verantwortlich gemacht. Mangelndes Arbeitsethos, Unmäßigkeit, fragwürdige Moral, unzureichende Selbstzucht, kurz: Verwerfliche und verstockte Ignoranz gegenüber dem bürgerlichen Werte- und Normensystem identifizierte man als Quelle des Übels. Den Gipfel derartiger Verdrängung bildete die Chimäre von der vorgeblichen biologischen Gerechtigkeit sozialer Ungerechtigkeiten, wie sie der sozialdarwinistische Biologismus der Zeit wohlfeil bereithielt.

Doch nicht alle Liberalen waren gewillt, es sich mit den Herausforderungen der Zeit derart einfach zu machen. Eine beachtliche Minorität zögerte nicht, sich einzugestehen, daß die mit der Erringung bürgerlicher Freiheiten verknüpften Erwartungen der Liberalen sich nur teilweise erfüllt hatten. Diese sozialsensibilisierten Liberalen, die sich im Verlaufe des 19. Jahrhunderts für eine Umakzentuierung wirtschaftsliberaler Leitbilder engagierten, waren stets von dem Gedanken beseelt, gesellschaftliche Bedingungen so zu gestalten, daß sich die überkommenen freiheitlichen Ideale des Liberalismus mit möglichster Breitenwirkung entfalten könnten. Mit den unterschiedlichen Perzeptionen und Bewältigungsstrategien für die sozialen Herausforderungen des 19. Jahrhunderts setzte innerhalb des liberalen Lagers jene Richtungsdifferenzierung ein, die – allen ideologisierten Mißperzeptionen vom »Liberalismus ohne Bindestriche« zum Trotz – bis in die Gegenwart für wissenschaftliche Erfassung und Kategorisierung liberaler Gruppierungen maßgebend geblieben ist.[10]

Aus dem recht diffusen Spektrum eines sozialsensibilisierten Liberalismus, der seine Ideale weithin den gesellschaftlichen Strukturen und Werthaltungen eines vorindustriellen Zeitalters entlehnt hatte, kristallisierte sich in dem Moment ein genuiner Sozialliberalismus heraus, als Liberale bereit waren, die Existenz unterschiedlicher und divergenter gesellschaftlicher Interessen anzuerkennen und als originäres Produkt der in Modernisierung begriffenen Gesellschaft mit ins Kalkül zu ziehen. Die Anhänger des Sozialliberalismus wurden von einer großen Sorge umgetrieben: Wie konnten die Ideale individueller Freiheit und freiheitlicher Gestaltung des Gemeinwesens angesichts des bestehenden Problemhaushaltes in eine bessere Zeit hinübergerettet werden, bevor sie im Ansturm erneuter Privilegienherrschaft, neuartiger Klassendiktatur, eines modernen und weit bedrohlicheren Staatsabsolutismus zerrieben wurden? Wenn die Sozialliberalen sich in ihrem Ringen um Freiheit und Gleichberechtigung aller Bürger mit einem Instrumentarium bewehrten, das hier mit den Leitbegriffen »Bildung«, »Selbsthilfe« und »Solidarität durch Assoziation« gekennzeichnet werden soll, so war dies keine Abkehr von den tradierten Zielsetzungen des Liberalismus und seiner Gemeinwohl-Orientie-

10 Vgl. Gordon Smith: Between left and right: the ambivalence of European liberalism. In: Emil J. Kirchner (Hrsg.): Liberal Parties in Western Europe, Cambridge 1988, S. 16-28.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

rung. Aber die Sozialliberalen hatten erkannt, daß das erstrebte Gemeinwohl ohne die Berücksichtigung legitimer gesellschaftlicher Forderungen nach Gleichberechtigung im speziellen, ohne die Lösung der »Sozialen Frage(n)« der Zeit im allgemeinen, nicht zu realisieren sein werde.

Im Verständnis der bürgerlichen Aufklärer des 18. Jahrhunderts hatte Bildung sowohl in individueller als auch in gesellschaftlicher Hinsicht einen emanzipatorischen Grundzug. Bildung »befreite die Menschen von Unwissenheit und geistiger Knechtschaft und bewirkte eine Gemeinschaft von Gleichgesinnten in einer freien, aufgeklärten und fortschrittlichen kulturellen Sphäre«.[11] Für die Liberalen des frühen 19. Jahrhunderts verbanden sich »Bildung, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit so vollkommen miteinander, . . . daß ihnen ›Bildung‹ als Grundlage des freiheitlichen Staates galt und Freiheit (hier nach den Worten von Friedrich Kapp, HGF) als ›Mutter und zugleich . . . Tochter menschlicher Bildung‹«.[12] Der deutsch-schweizerische Pädagoge und Politiker Heinrich Zschokke brachte es auf die kurze und kämpferische Formel »Volksbildung ist Volksbefreiung«[13]. ›Volksbildung‹, wie es nun im politischen Vokabular der Liberalen immer häufiger hieß – hatte stets aber auch gesellschaftsintegrative Komponenten. Die eine ging aus vom Verständnis der Bildung als Voraussetzung und Befähigung zu sozial-ökonomischer Lageverbesserung. Nicht nur in den Schriften Friedrich Harkorts findet sich die Identifikation von ›Volksbildung‹ und ›Volkswohlfahrt‹ als zeitgenössische liberale Antwort auf den vormärzlichen Pauperismus.[14] Die zweite sozialintegrative Komponente lag in der politischen Zielrichtung von Bildung. Solange die Masse des Volkes »noch unwissend und geistig träge, unfähig, selbständig zu urteilen und zu handeln« sei, folge sie »der Strömung, wo sie zum Guten führt, aber auch dort, wo sie von übel ist« – so hieß es im 1871 verbreiteten Gründungsaufruf der liberalen »Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung«[15]. Die politische Zielrichtung – sei es der liberalen Arbeiterbildungsvereine oder der genannten »Gesellschaft« als der Dachorganisation

11 James J. Sheehan: Wie bürgerlich war der deutsche Liberalismus? In: D. Langewiesche (Hrsg.): Liberalismus im 19. Jahrhundert. Deutschland im Vergleich, Göttingen 1988, S. 28-44, hier S. 32.

12 Rudolf Vierhaus: Art. ›Bildung‹. In: O.Brunner et al. (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Bd.1, Stuttgart 1972, S. 508-551, hier S. 538. Vierhaus zitiert Kapps »Aufruf zur Umgestaltung der deutschen Nationalerziehung« von 1848.

13 Hier zit. nach: Friedrich Schnabel: Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, Bd. 4, Freiburg 1951, S. 372.

14 Zu nennen sind hier vor allem Harkorts 1844 resp. 1845 publizierte Schriften »Bemerkungen über die Hindernisse der Civilisation und Emancipation der unteren Klassen« und »Die Vereine zur Hebung der unteren Volksclassen nebst Bemerkungen über den Centralverein in Berlin«. Vgl. hierzu die Nachbemerkungen des Harkort-Editors Karl-Erich Jeismann in: Friedrich Harkort: Schriften und Reden zu Volksschule und Volksbildung. Paderborn 1969, S. 153-160.

15 Der Gründungsaufruf wurde abgedruckt in: Der Arbeiterfreund 9 (1871), S. 80-84, hier S. 80.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

liberaler Volksbildungsaktivitäten nach 1871 – war eindeutig. Es galt, die mit großem Argwohn betrachteten Unterschichten-Massen durch Bildung ein für allemal dem finsteren Beeinflussungsgespinst aus Obrigkeitsstaat, Adel und kirchlichen Autoritäten zu entwinden – bevor sie an neue soziale Bewegungen verloren zu gehen drohten.

Die Ambiguität des zwischen Emanzipation und Integration oszillierenden liberalen Bildungskonzepts mit seiner »Hypostasierung sittlicher Bildung des Individuums als Conditio sine qua non staatsbürgerlicher Mündigkeit«[16] ist zeitgenössisch und bis in die Gegenwart häufig genug kritisiert worden. Von »politisch-sozialer Versimpelung«[17] war die Rede oder von »sozialpolitischer Insuffizienz des liberalen Bildungskonzepts«[18]. Die liberalen Bildungsvereine für Handwerker und Arbeiter hätten sich hinter »dem Schilde der sogenannten allgemeinen Bildung« versteckt.[19] Entpolitisierung der Bildungsarbeit und Verengung des Bildungsbegriffs auf die Allgemeinbildung unter Vernachlässigung der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Interessen der Arbeiter im Bildungsprozeß: Das war auch der Vorwurf der neuen gewerkschaftlichen Bewegung im liberalen Lager an die Adresse der »älteren Brüder« von der liberalen Arbeiterbildungsbewegung.[20]

Bei aller Berechtigung der Kritik, nicht zuletzt an der mangelnden gesellschaftlichen Verankerung der liberalen Bildungsanstrengungen, ist doch in Teilen der bildungsgeschichtlichen Forschung eine zweifelhafte Tendenz zu verzeichnen, wonach die Intentionen bürgerlich-liberaler Bildungsarbeit auf die Funktionalität der Bildung als Teil der kapitalistischen Reproduktionssphäre reduziert, Bildungsbestrebungen mit dem ökonomischen Verwertungsinteresse schlechthin identifiziert werden.[21] Hiermit wird man den von einem sozialen Liberalismus ausgehenden Bildungsbestrebungen zweifellos nicht gerecht. Hermann Schulze-Delitzschs Wort von der Bildung als dem »unentbehrlichen Werkzeug des Arbeiters«, durch das erst »der Druck von

16 So Ulrich Engelhardt: »Nur vereinigt sind wir stark« Die Anfänge der deutschen Gewerkschaftsbewegung 1862/63 – 1869/70, 2 Bde., Stuttgart 1977, hier Bd. 1, S. 551.

17 So die polemische Formulierung Franz Mehrings, in: Ders.: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. 2 Bde. 3. A., Berlin (DDR) 1980, hier Bd. 2, S.15.

18 So U. Engelhardt in: Ders.: »Nur vereinigt . . .« (s. Anm. 16), Bd. 2, S. 1220.

19 So Max Hirsch, Verbandsanwalt des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine und selber langjähriger Aktivist der liberalen Bildungsvereine, zit. nach: Die Verhandlungen des ersten ordentlichen Verbandstages der Deutschen Gewerkvereine, abgehalten zu Berlin am 26., 27., 28. und 29. August 1871, Berlin 1871, S. 27.

20 Hirsch hat seine Kritik zwei Jahrzehnte später deutlich schärfer formuliert: Der untaugliche Versuch, Bildung und Nachdenken über die eigenen sozialen Verhältnisse an einem bestimmten Punkt abbrechen zu wollen, sei zum Scheitern verurteilt gewesen. »Das Bildungsstreben selbst, wenn ernst genommen, führte unvermeidlich zur Lüpfung des Vorhangs . . . Die Bildungsvereine führten über sich selbst hinaus zur Inangriffnahme praktischer Arbeiterreform.« S. M. Hirsch: Die Arbeiterbewegung und Organisation in Deutschland. Berlin 1892, S. 9.

21 Vgl. hierzu die Auseinandersetzung mit der Literatur zur »Arbeiterbildung« bei H.-G.Fleck: Sozialliberalismus (s. Anm. 8), spez. S. 91ff.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

seiner sozialen Stellung« genommen werde[22], verweist auf die von den Bildungsvereinen ausgehende Stärkung des individuellen und partiell auch des kollektiven Selbstbewußtseins, die auf Solidarität und tendenziell auch auf Emanzipation der Zubildenden abzielt. Der funktionale Bildungsgehalt der liberalen Arbeiterbildungsvereinsbewegung als ›Schule zur Organisierung‹ stellte ein Bildungselement dar, dessen Bedeutung sich die Zeitgenossen sehr wohl bewußt waren.[23] Der – wider bessere Einsicht – Mangel an politisch-sozialer Bildungsvermittlung im Kanon liberaler Bildungspraxis ist so weniger Ausdruck fehlenden emanzipatorischen Elans schlechthin, als Zeichen der inkonsistenten Haltung der liberalen Mittelschichten gegenüber politischen Partizipationsforderungen des »Vierten Standes«.

Mit dem Terminus »Selbsthilfe« verbindet sich ein elementares Anliegen liberalen Gesellschaftsverständnisses und liberaler Sozialreform. Das zu selbstverantwortlichem und vernunftgemäßem Handeln befähigte Individuum sollte in Notlagen nicht auf die helfende Hand Dritter vertrauen, sei es die karitative Fürsorge geistlicher Institutionen, sei es die paternalistisch reglementierende Hilfe eines dem »traditionellen polizeistaatlichen Wohlfahrtsideal«[24] verpflichteten aufgeklärt-absolutistischen Staates. Vom Frühliberalismus gerne in aufklärerisch-optimistischer Manier idealisiert, wurde das Individuum darauf verwiesen, von den ihm innewohnenden Fähigkeiten und Anlagen nach der »Befreiung« aus dem finsteren Kerker selbstverschuldeter Unmündigkeit auch nach Kräften und in freier Selbstbestimmung Gebrauch zu machen, sich nicht in in neuen Abhängigkeiten zu verlieren.[25] Der Selbsthilfe-Grundsatz korrespondierte dem Menschenbild des Liberalismus; er entsprach aber auch der liberalen Grundforderung nach scharfer Eingrenzung staatlichen Handelns und nach Bindung des Staates an ein festes, in konstitutioneller Form kodifiziertes Regelwerk. Mit ihrem Einsatz für das modernen Subsidiaritätsvorstellungen weithin zugrundeliegende Prinzip der Selbsthilfe verliehen die Liberalen zugleich ihrer individualistischen wie antietatistischen Grundhaltung Ausdruck. Die ethische Qualität des liberalen Selbsthilfeverständnisses steht ebenso außer Frage wie seine emanzipatorische Tendenz. Selbst wenn dem Liberalismus jeglicher gesellschaftlich innovative Impetus

22 Zitate nach: Hermann Schulze-Delitzsch: Arbeit und Bildung. In: Ders.: Schriften und Reden, hrsg. v. F. Thorwart, 5 Bde., Berlin 1909/13, hier: Bd. 2, S. 9.

23 Vgl. hierzu die Ausführungen des liberalen Arztes und Redakteurs der »Linzer Tagespost«, Dr. Josef Netwald, anläßlich der Gründungsversammlung des Linzer Arbeiterbildungsvereins im Juni 1868, zit. nach: Gerhart Baron: Der Beginn. Die Anfänge der Arbeiterbildungsvereine in Oberösterreich. Linz 1971, S. 114.

24 G.A. Ritter: Sozialversicherung in Deutschland und England. Entstehung und Grundzüge im Vergleich. München 1983, S. 18.

25 Vgl. hierzu auch den Aufruf des Berliner Arbeitervereins »An die Arbeitervereine Deutschlands« vom Frühjahr 1863, in dem der »Grundsatz der Selbsthilfe und Selbstverantwortlichkeit« als »ebenso wahre(r) als stolze(r) Wahlspruch aller freien Männer und aller freien Völker« bezeichnet wird; zit. nach U. Engelhardt:«Nur vereinigt . . .« (s. Anm. 16), Bd. 1, S. 66.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

ferngelegen hätte: Allein die Tatsache, daß hier das Herauslösen aus dem Zugriff hergebrachter staatlicher oder gesellschaftlicher Institutionen propagiert wurde, mußte emanzipatorisch wirken. Ein derartiges Abstecken und Abgrenzen der Individualsphäre wurde als geradezu umstürzlerisch empfunden. So konnte mancher, der aus der Retrospektive mit dem ›Stigma‹ des sozialen Integrationisten oder Quietisten im Interesse der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung versehen worden ist, den Zeitgenossen als gemeingefährlicher Aufrührer gelten.

Früh schon hatte sich unter Liberalen die Erkenntnis durchzusetzen begonnen, daß die durch den epochalen Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft evozierten sozialen Verwerfungen nicht durch ein rein individualistisch akzentuiertes Selbsthilfe-Konzept angegangen werden konnten. Hier nun wurde die ›Assoziation‹ »zum große(n) Heilmittel gegen die Not der Zeit«.[26] Ständische Assoziationsformen hatten ihre bindende und sozialstabilisierende Kraft verloren; sie wurden unter der Ägide bürgerlicher Sozialreformer bereits im Vormärz allmählich durch Spar- und Kreditvereine oder Sozialunterstützungskassen ersetzt. Auch im nachrevolutionären Deutschland fand diese Konzeption wirtschaftlich-sozialer Selbsthilfe, wie sie vor allem mit dem Namen des sächsischen Juristen und Politikers Hermann Schulze aus Delitzsch und den von ihm gegründeten rd. 2600 Genossenschaften identifiziert wird, breite Unterstützung. Manchesterliberalen Freihändlern, die die Schulzeschen Genossenschaften überschwänglich als »wahres Kolumbusei« feierten[27], schien diese Form der Selbsthilfe als probates Instrument, um sozialregulative Staatsintervention als prinzipiell verwerflich und obendrein überflüssig darzustellen.[28] Die Genossenschaftsidee schien zum einen den bisher unaufhaltsam erscheinenden sozialen Abstieg großer Teile des Mittelstandes im Gefolge der Industrialisierung und die Krise der traditionellen Handwerksberufe aufhalten zu können, ein Schutzwall gleichsam für einen »offensichtlichen Stabilitätsfaktor der traditionellen Gesellschaft«.[29] Zugleich erkannte man den Genossenschaften die Fähigkeit zu, die Integration des »Vierten Standes« in die bürgerliche Gesellschaft zu befördern, so wie sie das liberale Gesellschaftsmodell verstand. Das Genossenschaftskonzept fand die Unterstützung breiter liberaler Kreise, solange es vor allem als individualistisches Konzept wahrgenommen wurde, in dem sich Individuen zur Wahrnehmung ihrer jeweils privaten wirtschaftlichen Interessen zusammentaten. Sobald sich Selbsthilfe-Organisa-

26 So Hans Stein: Pauperismus und Assoziation. Soziale Tatsachen und Ideen auf dem westeuropäischen Kontinent vom Ende des 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, unter besonderer Berücksichtigung des Rheingebietes. In: Review for Social History I (1936), S. 1-120, hier S. 21.

27 Max Wirth: Grundzüge der National-Ökonomie, 2 Bde., Köln 1871, hier Bd. 2, S. 321.

28 Vgl. V. Hentschel: Freihändler (s. Anm. 9), S. 93-119.

29 So J. J. Sheehan: Liberalismus und Gesellschaft in Deutschland 1815 – 1848. In: Lothar Gall: Liberalismus, 2.A., Königstein 1980, S. 208-232, hier S. 218.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

tionen als Ausdruck eines überindividuellen gesellschaftlichen Gruppeninteresses verstanden und sich aus der rein wirtschaftlich-sozialen in die politische Sphäre bewegten, konnten sie sich nicht mehr der uneingeschränkten Unterstützung durch alle Flügel des zeitgenössischen Liberalismus sicher sein. Dies sollten die auf dem Selbsthilfeprinzip gründenden Gewerkschaften schon rasch nach ihrer Gründung erfahren.

Schon Werner Conze hat Mitte der 1960er Jahre in der »Verabsolutierung der Selbsthilfe« eines der größten Hindernisse für den Erfolg der Sache Schulze-Delitzschs ausgemacht.[30] Andernorts ist darauf aufmerksam gemacht worden, daß die ursprünglich vom Genossenschaftsinitiator intendierte Erweiterung des Mittelstandes durch Einbeziehung der Arbeiterschaft in eine »sozialdefensive Mittelstandspolitik umgebogen« worden sei, die im Wesentlichen einer »Besitzstandswahrung und Stärkung des bestehenden Mittelstandes gedient habe«.[31] 1872 hatte Schulze-Delitzsch den »Kongreß der deutschen Volkswirte«, das wesentliche Organ der wirtschaftsliberalen »Freihandelspartei«, nach jahrelanger aktiver Mitgliedschaft verlassen, weil er – in der Auseinandersetzung um die Bewertung der Produktivgenossenschaften (für Schulze-Delitzsch der »Schlußstein« des genossenschaftlichen Modells liberaler Sozialreform[32]) – hatte feststellen müssen, daß die Freihändler die Genossenschaften eben nicht als ein Sozialmodell betrachteten, sondern ausschließlich funktional vom Standpunkt ungehemmter wirtschaftlicher Entfaltung des Einzelnen her bewerteten.[33]

Das historische Faktum, daß die Ansätze liberaler Sozialreform in den verschiedenen Ausprägungen des wirtschaftlich-sozialen Modells der Genossenschaften letztlich eine ihrer zentralen Intentionen, nämlich die gesellschaftliche Emanzipation, verfehlten, kann ganz sicherlich nicht als Ausweis eines prinzipiell mangelnden Problemlösungspotentials des Selbsthilfe-Konzepts interpretiert werden.[34] Aber das Konzept der reinen wirtschaftlich-sozialen Selbsthilfe, abgekoppelt von jeglicher Form politischer Selbstorganisation,

30 Werner Conze: Möglichkeiten und Grenzen der liberalen Arbeiterbewegung in Deutschland. Das Beispiel Schulze-Delitzschs. Heidelberg 1965, S. 27.

31 So Rita Aldenhoff: Das Selbsthilfemodell als liberale Antwort auf die soziale Frage im 19. Jahrhundert. Schulze-Delitzsch und die Genossenschaften. In: Karl Holl u. a. (Hrsg.): Sozialer Liberalismus. Göttingen 1986, S. 57-69, hier S. 66.

32 Hermann Schulze: Kapitel zu einem deutschen Arbeiterkatechismus. Sechs Vorträge vor dem Berliner Arbeiterverein. Leipzig 1863, S. 177.

33 Vgl. Rita Aldenhoff: Schulze-Delitzsch. Ein Beitrag zur Geschichte des Liberalismus zwischen Revolution und Reichsgründung. Baden-Baden 1984, spez. S. 107-116.

34 Insofern ist Doering zuzustimmen, auch wenn er sich im Kampf mit einem sozialistisch-marxistisch akzentuierten »Geschichtsmythos« abmüht, der durch die wissenschaftliche Auseinandersetzung schon längst in die Schranken gewiesen worden ist, anstatt sich mit den liberalismus-internen Gründen für das Scheitern des Selbsthilfemodells auseinanderzusetzen. Vgl. D. Doering: Liberale Ordnung und privater Gemeinsinn. In. Otto Graf Lambsdorff (Hrsg.): Freiheit und soziale Verantwortung. Grundsätze liberaler Sozialpolitik. St. Augustin, 2001, S. 113-139, spez. S. 120-127.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

reichte offenkundig nicht aus als Antwort auf die sozialen Herausforderungen der Zeit – und wurde zudem fortwährend aus dem liberalen Lager selber diskreditiert. Die wirtschaftsliberale Freihandelspartei, die sich weitgehend auf das Bastiat'sche Harmoniemodell der Interessen berief und somit nicht in der Lage war, die Legitimität von konfligierenden gesellschaftlichen Interessen anzuerkennen, war nur soweit bereit, das Konzept genossenschaftlicher Selbsthilfe mitzutragen, wie es als Instrument privater Interessenrealisierung fungieren konnte. Die Unterstützung des Wirtschaftsliberalismus für das Genossenschaftsmodell war also keineswegs prinzipiell gegeben, sondern nur in einem engdefinierten Rahmen, der sich rasch – im Angesichte der sozialen und politischen Realitäten – als zu eng erwies. Man mag sich von »klassisch-liberaler« Seite heute noch so gerne die Feder der Erfolge genossenschaftlicher Selbsthilfe in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts an den Hut stekken: Sowohl die Verabsolutierung der wirtschaftlich-sozialen Selbsthilfe als einzigem liberalen Konzept der Sozialreform als auch die Verweigerung jeder Form politisch-sozialer und kollektiver Interessenwahrnehmung lassen die Aussage zu, daß nicht nur die Sozialisten von links und die Staatsvergötterer von rechts, sondern auch die wirtschaftsliberalen Dogmatiker – zeitgenössisch kurz eben »die Manchestermänner« – ihren Teil dazu beigetragen haben, daß Deutschland kein Modellfall liberaler Sozialreform geworden ist. Der sozialliberale Gewerkschaftsgründer Max Hirsch konnte dazu sein Klagelied von den »Orthodoxen und Pharisäern der Selbsthilfe« singen, von dem Credo des »Laissez-faire«, das »von den Kapuzinern dieser Kirche, noch heute mit allem Fanatismus der Unfehlbarkeit gepredigt« werde.[35]

2.2. *Der gewerkschaftliche Sozialliberalismus*

Nach den auf privater Initiative beruhenden Bildungsinstitutionen wie Bildungsvereinen oder volksbildnerischen Gesellschaften, nach den zumeist auf genossenschaftlicher Grundlage basierenden Selbsthilfeeinrichtungen zur wirtschaftlichen Betätigung oder zur sozialen Vor- und Fürsorge stellen die Gewerkschaften die dritte Säule einer sozialen Reformbewegung aus liberalem Geiste dar. Der solidarische Zusammenschluß (zumeist) abhängig Beschäftigter nach Berufen, Berufsgruppen oder Branchen setzte die Anerkennung der Existenz konträrer sozialer und ökonomischer Interessen voraus, ohne diese Interessendivergenzen als prinzipiell unüberwindbar oder gar als klassenantagonistisch zu perzipieren. Aber die Aussage des Ende Oktober 1868 erfolgten sozialliberalen Gewerkschaftsgründungsaufrufs an »die deut-

35 M. Hirsch: Die Wohnungsnot. In: Der Gewerkverein 37/10.09.1871, S. 146f. und 38/17.09.1871, S. 150f. Hirsch nannte hier namentlich »die Herren Braun, Faucher, Wolff (Stettin), Oppenheim und Konsorten«.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

schen Arbeiter aller Berufszweige« war klar formuliert: Die »Freiheit der Arbeit« sei allein nicht geeignet, »das wirtschaftliche Heil« zu bringen. »Die nackte Freiheit . . ., welche der konzentrierten Macht des Kapitals die Arbeitskraft nur in vereinzelten Individuen gegenüberstellt, sie führt . . . notwendig zu einem ungleichen Kampfe und zur Abhängigkeit und Erniedrigung der Schwächeren, der Arbeiter. *Diese* Freiheit wäre nur die Zügellosigkeit des sozialen Faustrechts.«[36] In ihren Anfängen standen die sozialliberalen Gewerkschaftsgründer der Auffassung von der »prästabilierten Harmonie« der Interessen von Kapital und Arbeit im übrigen gar nicht fern: Wurden die jeweiligen »wahren« Interessen der Arbeitsmarktparteien nur »richtig« verstanden, so mußten die Arbeiter an einer Wirtschaftsordnung mit hoher Produktivität, die Arbeitgeber an Arbeitern mit hoher Arbeits- und Leistungskraft, aber auch entsprechender Konsumfähigkeit interessiert sein. Die Interessen beider Seiten seien somit letztlich »solidarisch und harmonisch«, jedoch nicht identisch[37]. Bei allen alltäglichen »faktischen« Interessengegensätzen der Arbeitsmarktparteien war für die Sozialliberalen hier der Ansatzpunkt für rationale und friedliche Konfliktregelung – ohne in der Gedankenwelt eines Frédéric Bastiat zu verharren und die soziale Realität ihrer Gegenwart zu ignorieren bzw. zu verdrängen. Harmonie und sozialer Frieden: Das war für sozialliberale Gewerkschafter Produkt eines »aus Reibung und Kampf hervorgegangenen Verständnis(ses) für einander« und der erst daraus resultierenden gegenseitigen Achtung der Arbeitsmarktparteien.[38]

Das Bedürfnis nach kollektiver Interessenorganisierung ist eine Resultante des gesellschaftlichen Wandlungsprozesses im Zuge der Industrialisierung. Das bestehende System des freien Arbeitsvertrages räumte dem schwächeren Partner, dem Arbeiter oder abhängig Beschäftigten, lediglich eine formale Vertragsfreiheit ein – und hatte so gerade aus der Sicht klassisch-liberaler Gewerkschaftstheorie, wie der Lujo Brentanos, die bestehenden sozialen Mißstände mit verursacht. Koalitionsrecht und kollektiver Arbeitsvertrag wurden als organische und systemkonforme Ergänzungen des Arbeitsvertragsrechts empfunden, die dem Faktor »Arbeit« durch Interessenorganisierung eine gleichberechtigte Markt- resp. Vertragsposition sichern sollten.[39]

36 Die von Franz Duncker geleitete »Musterstatutenkommission« der Gewerkvereine schloß ihre Arbeit Ende Oktober 1868 mit der Vorlage der Musterstatuten und dem Gründungsaufruf ab. Dieser Aufruf wurde zuerst abgedruckt in: Volks-Zeitung, Berlin, 257/01.11.1868, 2. Beilage. Beide grundlegenden Dokumente der Gewerkvereinsgeschichte sind nachgedruckt in H.-G. Fleck: Sozialliberalismus (s. Anm. 8), Dokumentenanhang, Nr. 1 und 2, S. 900-915.

37 M. Hirsch: Was bezwecken die Gewerkvereine?, 2. erw. A., Berlin 1880, S. 7.

38 So der spätere langjährige Generalsekretär des Gewerkvereins der Schuhmacher und Lederarbeiter, Leopold Winter, in: Der Gewerkverein 47/19.11.1875, S. 198f. »Der Schuhmacher im Kampf zwischen Großproduktion und Kleingewerbe«.

39 Vgl. auch die Sentenz: »Ohne die Gewerkvereine ist der Arbeiter ein Nichts, mit den Gewerkvereinen eine Macht«, in: Max Hirsch/Hugo Polke: Gewerkvereinsleitfaden. Berlin 1876, S. 34.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Neben der Erreichung sozioökonomischer Ziele sollte die Interessenorganisierung auch einer allgemeinen »kulturellen Hebung der Arbeiterschaft« dienen. Wenn nach 1900 in Kreisen des politischen Linksliberalismus schwammig von der »sozialen Ausgestaltung des Arbeitsvertrages«[40] die Rede war, dann hatte die sozialliberale Gewerkschaftsbewegung und der ihr verbundene sozialpolitische Praktiker und Frankfurter Stadtrat Karl Flesch eine weit konkreter formulierte Zielsetzung. Es ging um nichts weniger als die Überwindung der bestehenden Herrschaftsbeziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die Umgestaltung des Arbeitsverhältnisses von einem »Gewaltverhältnis« in ein »Rechtsverhältnis«.[41]

Charakteristischerweise waren es nicht die existentiellen Nöte ländlicher Unterschichten oder eines fabrikindustriellen »Lumpenproletariats«, die den Anstoß zu neuen Formen der Interessenartikulation gaben. Die Initiative ging vielmehr von jenen aus, die schon immer mehr als nur »ihre Ketten« zu verlieren hatten. Statuswahrung, die Furcht vor weiterer sozialer Deklassierung angesichts einer als irreversibel erachteten »Krise des Handwerks«, Relikte alten zunftbewährten Handwerkerstolzes oder neugewonnenes Selbstbewußtsein einer hochqualifizierten, relativ gut entlohnten Handwerksgesellen- resp. Facharbeiterschaft: Dies waren die auslösenden Impulse zur Begründung gewerkschaftlicher Zusammenschlüsse. In diesen sozialen Gruppen herrschte ein starkes Moment des Bewahrenden vor. Zu unkalkulierbaren sozialen bzw. sozialrevolutionären Experimenten bestand wenig Neigung. In nicht unerheblichen Teilen der deutschen Handwerksgesellen- und Fabrikarbeiterschaft existierte so in den 1860er Jahren, dem Jahrzehnt der Formierung einer politischen Arbeiterbewegung in Deutschland, eine offenkundige Affinität für ein sozialreformerisches Modell der Interessenartikulierung aus liberalem Geist.[42]

Die sozialliberale Gewerkschafts- oder (in der zeitgenössischen Terminologie) die »Gewerkvereinsbewegung« (GV-Bewegung) war daher weder das

40 So die Formulierung im Wahlaufruf der Fortschrittlichen Volkspartei anläßlich der Reichstagswahlen im Januar 1912, zit. nach: Die Hilfe 47/23.11.1911, S. 737. Auf dem Mannheimer FVP-Parteitag im Oktober 1912 scheiterte dann der Versuch einer Minderheitsgruppe, der u.a. der VDG-Vorsitzende Karl Goldschmidt und Hugo Preuß angehörten, einen die Ideen von Karl Flesch aufgreifenden Antrag zum Arbeitsrecht zur Grundlage eines Parteitagsbeschlusses zu machen. Vgl. Heinz Potthoff: Die Durchführung des Antrages Flesch. In: Die Hilfe 38/19.09.1912, S. 598f. und die Beilage »Für die Parteiarbeit« in: Die Hilfe 42/17.10.1912.

41 So die Terminologie Fleschs, zu finden in seiner Schrift »Zur Kritik des Arbeitsvertrages«, Jena 1901, nachgedruckt in: Karl Fleschs soziales Vermächtnis. Frankfurt/Main 1922, S. 15-44, sowie in seinem umfangreichen Vortrag »Zur Reform des Arbeitsrechts« auf dem Verbandstag 1910 des VDG, nachgedruckt: ebd., S. 45-61.

42 Das Verdienst, diesen bedeutsamen Sachverhalt erstmalig quellengesättigt belegt zu haben, gebührt Engelhardt. Vgl. vor allem U.E.: »Nur vereinigt . . .« (Anm. 16) und ders.: Die Anfänge der deutschen Gewerkschaftsbewegung (1848 – 1870). In: Erich Matthias/Klaus Schönhoven (Hrsg.): Solidarität und Menschenwürde (s. Anm. 8), S. 9-23.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Werk namenloser Arbeitermassen, die sich ihrer selbst und ihrer Klassenlage bewußt geworden waren, noch war sie die bläßliche Kopfgeburt skrupulöser bürgerlich-liberaler Intellektueller, auch wenn deren Anteil für den Prozeß der organisatorischen Formierung und programmatischen Konturierung nicht zu vernachlässigen ist. Daß die Gewerkvereine schon sehr früh landläufig nach dem jüdischen Ökonomen und Aktivisten in allen Strömungen sozialliberaler Gesellschaftsreform, Max Hirsch, und nach Franz Duncker, dem Verleger der damals auflagenstärksten Berliner Tageszeitung, nämlich der fortschrittsliberalen »Volks-Zeitung«, benannt wurden, bezeugt – unabhängig von den realen Einflußfaktoren –, wie die sozialliberale Gewerkschaftsbewegung von der Mehrzahl der Zeitgenossen wahrgenommen wurde. Von den Gegnern der GV-Bewegung wurden diese Zusammenhänge immer wieder in polemischer Weise gegen die sozialliberalen Gewerkschaften gewendet. Bei den Sozialdemokraten hieß es, den bürgerlich-liberalen Gründungsvätern der GV-Bewegung sei es lediglich darum zu tun gewesen, »Arbeiterbataillone im Dienste der Bourgeoisie zu drillen«.[43] Bei den wirtschaftsliberalen Feinden der jungen sozialen Bewegung wurde ihr angeblicher Ursprung aus dem »Parteiinteresse« der Fortschrittspartei als »Grundübel« dieser Bewegung identifiziert[44] – eine Bewertung, die sich die Gegner der sozialliberalen Gewerkschaften, welcher politischen Couleur sie auch immer sein mochten, von nun an mit größtem Vergnügen – und bis in die Gegenwart nachweisbar – zunutze machen sollten. Die nüchterne Formulierung, daß die sozialliberale Gewerkschaftsbewegung mit Anregung und Förderung aus den Reihen der Deutschen Fortschrittspartei (DFP) im Interesse eines sozial orientierten Liberalismus gegründet wurde, dürfte hier dem historischen Sachverhalt am nächsten kommen.[45]

Die sozialliberale Gewerkschaftsbewegung stellt den institutionalisierten Versuch dar, das liberale Credo zu erneuern sowie liberale Gedankenwelt und moderne gesellschaftliche Interessenorganisierung in Einklang zu bringen, um die emanzipatorische Kraft des Liberalismus für die Bewältigung neuer sozialer Problemlagen von gefährlicher Explosivkraft zu reaktivieren. Im Zeitalter industrialisierungsbedingter sozialer Verwerfungen und verschärfter Konfrontation sozialer Klassen erwies sich die individuelle Freiheitsverhei-

43 So ein bei dem sozialkonservativen Journalisten und »antiliberalen Korruptionsschnüffler« (so Fritz Stern), Rudolf H. Meyer: Emancipationskampf des Vierten Standes. 2 Bde, Berlin 1874f., hier Bd. 1, S. 254, zitiertes Diktum des Bebel-Liebknechtschen Parteiorgans »Volksstaat« vom November 1873. Für Meyer selbst war die sozialliberale Gewerkschaftsgründung nichts anderes als der verzweifelte Versuch des von Industriekapital und Großbourgeoisie beherrschten Liberalismus, sich angesichts der Bedrohung durch die aufstrebende Sozialdemokratie aufs Neue auch der politischen Verfügungsmacht über die ›Manövriermasse‹ der rasch anwachsenden industriellen Arbeiterschaft zu versichern.

44 S. Ludwig Bamberger: Die Arbeiterfrage unter dem Gesichtspunkt des Vereinsrechtes. Stuttgart 1873, S. 75f. und S. 110.

45 Vgl. H.-G. Fleck: Sozialliberalismus (Anm. 8), Teil 1, Kap. 1, S. 41-61, spez. S. 54.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

ßung des traditionellen Liberalismus als unzureichend angesichts der Herausforderungen durch staatssozialistischen Paternalismus und eine (zunächst) sozialrevolutionäre Arbeiterbewegung. Indem die Sozialliberalen die Divergenz der in der ökonomisch-sozialen Sphäre vorfindlichen Interessenlagen erkannten und anerkannten, konnten sie Strategien entwickeln, die einerseits der legitimen Vertretung dieser Interessen im Sinne der Gleichberechtigung dienen, andererseits sozialen Interessenausgleich im Sinne einer friedlich-rationalen und evolutionären Umgestaltung der Gesellschaft ohne zeitweilige oder dauerhafte Außerkraftsetzung des liberalen Freiheitspostulats ermöglichen sollten.

Seinen Königsweg sozialer Evolution hatte der gewerkschaftliche Sozialliberalismus im Prinzip der solidarischen Interessenassoziation der Arbeit am Arbeitsmarkt gefunden. Die geballte gewerkschaftliche Organisationsmacht sollte den strukturell bedingt schwächeren Akteur am Arbeitsmarkt zunächst in die Lage versetzen, seine legitimen wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse zu artikulieren und dann – im Zuge des erstrebten Interessenausgleichs mit dem Arbeitgeber – zu realisieren. Der so »saturierte« Arbeiter sollte sich durch die kollektive Interessenvertretung in Form der Gewerkschaft zugleich emanzipieren und gesellschaftlich integrieren: als selbstbewußtes, mündiges und selbstverantwortlich handelndes, in seiner gesellschaftlichen Gleichberechtigung respektiertes Glied der Gesellschaft. Das Individuum und seine gelebte Freiheit blieb dabei unangefochten im Mittelpunkt sozialliberaler Gesellschaftsreform; kollektives Handeln stand im Dienste individueller Freiheitserfüllung und mißriet nie zur eigentlichen Erfüllung individueller Freiheitsaspiration.

Die angestrebte gesellschaftliche Gleichberechtigung basierte auf der Organisationsmacht der abhängig Beschäftigten. Voraussetzung für Organisationsmacht jedoch bildete der Zusammenschluß tendenziell aller Beschäftigten eines Berufs, einer Berufsgruppe oder Branche zu gemeinsamem solidarischen Handeln. Ein solcher Zusammenschluß konnte nur – so das sozialliberale Gewerkschaftskonzept – unter bewußter Hintanstellung trennender weltanschaulich-politischer oder religiöser Grundüberzeugungen gelingen. Für den gewerkschaftlichen Sozialliberalismus stand somit konzeptionell die weltanschaulich neutrale und parteipolitisch unabhängige »Einheitsgewerkschaft«, so wie sie in Deutschland erst nach 1945 Kontur gewann, nicht am Ende, sondern bereits am Anfang eines institutionellen Entwicklungsprozesses.

Gewerkschaftliche Organisationsmacht diente der Artikulation, aber auch der Durchsetzung legitimer Interessen. Sie bedeutete jedoch in keinem Falle das einseitige Recht zum Diktat von Forderungen unter vermeintlich legitimierendem Verweis auf herrschende und aufzuhebende gesellschaftliche Ungleichheit. Statt Klassenkampf einvernehmliche, friedlich-schiedliche, eben ratio-

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

nale Regelung divergierender Interessen: So lautete die Botschaft des gewerkschaftlichen Sozialliberalismus. Dazu bedurfte es des Aufbaus paritätisch besetzter, mit Entscheidungskompetenz und Autorität ausgestatteter Gremien der Arbeitsmarktparteien, denen die Konfliktbereinigung zu überantworten war. Ohne gewerkschaftliche Organisationsmacht – das hatten die sozialen Konflikte der Zeit zur Genüge erwiesen – war es nicht möglich, den Arbeitgebern die Bereitschaft zu einer auf Gleichberechtigung basierenden Lösung am Verhandlungstisch abzuringen. Auch der Eventualfall eines Scheiterns oder gar der Verweigerung friedlich-schiedlicher Konfliktlösung war angedacht: der Arbeitskampf als ›ultima ratio‹ gewerkschaftlichen Handelns. Diese schärfste Waffe der Arbeiterinteressenassoziation sollte nach Möglichkeit jedoch nicht in Anwendung gebracht werden. Vielmehr waren die Arbeitsbeziehungen auf dem Verhandlungswege so zu gestalten, daß die Anwendung der Streikwaffe obsolet wurde. Dazu diente der institutionalisierte Prozeß der Interessenabgleichung und Konfliktbereinigung, der zu einem Instrument der Konfliktvorbeugung weiterzuentwickeln war. Im weiteren Sinne ging es um die Verrechtlichung des Arbeitsverhältnisses: Tarifvertrag, Schlichtungswesen, Arbeitsrecht – die geläufigen (man ist fast geneigt zu sagen: noch geläufigen) Vokabeln moderner Arbeitsmarktbeziehungen.

Genuiner Bestandteil des gewerkschaftlichen Sozialliberalismus war die Nutzung der emanzipatorischen Potenzen der Selbsthilfe, also der Aufbau von Institutionen sozialer Sicherung in der Verantwortung der Betroffenen. In den sogenannten »Musterstatuten« von 1868[46] stellten sich die Väter der GV-Bewegung u.a. die Aufgabe zur Entwicklung eines vielfältigen Unterstützungswesens, Gewährung finanzieller Hilfe bei Aussperrung oder Maßregelung durch den Arbeitgeber sowie im Streikfalle Erstellung einer Arbeitsstatistik (zur Herstellung größerer Transparenz am Arbeitsmarkt und darauf aufbauender Arbeitsvermittlung), dem Rechtsschutz der Mitglieder und der »Unterstützung von wirtschaftlichen, insbesondere Produktivgenossenschaften«. In der Satzung der von Beginn an bedeutendsten Gliedorganisation des sozialliberalen Gewerkschaftsdachverbandes, des »Gewerkvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter« (GV-MM), wird das Unterstützungswesen als »Hauptmittel« zur Erreichung der Organisationsziele propagiert.[47] Man nahm die Schaffung von Kranken-, Begräbnis-, Alters- und Invalidenkassen sowie Unterstützungsfonds für Streiks bzw. Aussperrung rasch in Angriff, während die Einrichtung einer Arbeitslosenunterstützung als »zukünftige Aufgabe« organisatorisch gestärkter Gewerkvereine definiert wurde.

46 Vgl. Anm. 36 oben.

47 Statut des GV-MM, zit. nach: Karl Brämer: Organisation und Ausdehnung der deutschen Gewerkvereine nach Hirsch-Dunckerschen Grundsätzen. In: Der Arbeiterfreund 9 (1871), S. 96ff.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Die Krankenkassen der Gewerkvereine unterschieden sich von bestehenden Institutionen, insbesondere den Zwangskassen der einzelnen Gewerke, aufgrund der völligen Selbstverwaltung durch die Mitglieder und dem nationalen Bezugsrahmen, der erst Mobilität gestattete ohne das Risiko, des Versicherungsschutzes und der geleisteten Beiträge verlustig zu gehen. Das Hilfskassengesetz von 1876 gab auch den GV-Kassen einen rechtlichen Rahmen und unterstellte sie als »eingeschriebene (freie) Hilfskassen« der versicherungstechnischen Aufsicht des Staates. Indem das Gesetz Mitglieder der »freien Hilfskassen« endgültig von der Mitgliedschaft in den Zwangskassen entband, erfuhren auch die GV-Kassen eine Aufwertung.[48] Aber behördliche Schikanen und der Druck vieler Arbeitgeber auf ihre Arbeiter, die freien Kassen wieder zu verlassen, schränkten deren Erfolg erheblich ein. Zynischerweise wurde gerade dieser Sachverhalt in der Folgezeit von den Befürwortern staatlicher Zwangsversicherung als Argument für einen grundlegenden Systemwechsel der Krankenversicherung benutzt. Die Einführung des Versicherungszwangs durch das Krankenversicherungsgesetz von 1883 brachte den GVen und ihren Kassen zahlreiche neue Mitglieder, die sich auf diese Weise von der Beitrittspflicht zu einer der neugeschaffenen Zwangskassen befreien wollten. Novellierungen des Krankenversicherungsgesetzes führten dann jedoch Anfang der 1890er Jahre dazu, daß die freien Hilfskassen, und somit auch die Kassen der GV-Bewegung, ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber der staatlichen Krankenversicherung verloren und sich daher rasch in reine Zuschußkassen verwandelten.[49]

Daß die Gewerkvereiner der 1870er und 1880er Jahre der staatlichen Sozialversicherungsgesetzgebung im Grundsatz einschränkungslos ablehnend gegenüberstanden, versteht sich daher von selbst: Für sie bedeutete die Unterwerfung von Bürgern, in diesem Falle der Arbeiter, unter ein Zwangsgesetz die Tendenz zur Entmündigung und Degradierung zu Bürgern minderen Rechts. Scharf geißelte Hirsch den »Staatssozialismus« à la Bismarck als System der Unterdrückung »jeder freien Bewegung und jedes freien Schaffens«, das »Beschränkung, Erschlaffung und Verkümmerung . . . Willkür und

48 Den Erlaß des Hilfskassengesetzes am 07. April 1876 hatte die GV-Bewegung als Sieg im »Siebenjährigen Krieg für Freie Kassen« (so das als Beilage zum Gewerkverein 20/19.05.1876 publizierte »Gedenkblatt für die Mitglieder und Freunde der Gewerkvereine sowie für alle deutschen Arbeiter«) gefeiert. Das Gedenkblatt präsentierte eine Fülle von Einzelbelegen für behördliche Verstöße gegen die bis dahin normierende Reichsgewerbeordnung.

49 Nicht besser erging es der von Hirsch als »Perle der Deutschen Gewerkvereine« (so der Titel einer Schrift Hirschs aus dem Jahre 1880 zu ihren versicherungstechnischen Grundlagen und Leistungen) gerühmten VDG-Invalidenkasse, der – durch rückläufige Mitgliederzahlen und Überalterung bereits geschwächt – das Alters- und Invalidenversicherungsgesetz von 1889 gleichsam den Gnadenstoß versetzte. Die separate Invalidenkasse des GV-MM war 1893 gezwungen, sich nach 24jährigem Bestehen aufzulösen.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Rechtlosigkeit« nach sich ziehe.[50] Wenige Gewerkvereiner – hieß es andernorts ironisch – bezweifelten wohl den guten Willen des Reichskanzlers Bismarck und seien nicht »von der Überzeugung durchdrungen, daß er das Beste der arbeitenden Bevölkerung wünscht, wie er für das Beste der Großgrundbesitzer und Großindustriellen bereits gewirkt hat«.[51]

Die Rolle des Staates war aus Sicht der sozialliberalen Gewerkschaftsgründer also eine grundlegend andere, als sie Reichskanzler Bismarck im Zuge der »Zweiten Reichsgründung« mit Macht zu gestalten begonnen hatte. Von einem »Eindringen der ›Pickelhaube‹ in die gewerblichen Angelegenheiten«[52] wollte der Sozialliberalismus grundsätzlich nichts wissen. Für ihn bestand die Rolle des Staates in der Ausschöpfung einer bildungs- und sozialpolitischen Rahmengesetzgebungskompetenz, der Gewährleistung der in der Gewerbeordnung verbrieften Koalitionsfreiheit, der rechtlichen Absicherung des im Aufbau begriffenen gewerkschaftlichen Unterstützungswesens und des Arbeiterschutzes. Doch die kompromißlose Front gegen jegliche Form staatlichen Sozialinterventionismus begann in den 1880er Jahre langsam zu bröckeln. Auf dem Verbandstag 1889 wurde die Arbeitszeitfrage Auslöser des sich in den Folgejahren zuspitzenden organisationsinternen Konfliktes zwischen den anti-interventionistischen Traditionalisten um Max Hirsch und eine ältere Generation von Gewerkschaftsfunktionären, denen eine meist jüngere Generation von Reformern, vor allem aus den aufstrebenden industriellen Regionen Westdeutschlands, gegenüberstand.[53]

Noch im Folgejahr kam Hirsch in einer Gesamtbewertung des ersten Jahrzehnts staatlicher Sozialpolitik zu einem vernichtenden Urteil[54]: Die staatliche Sozialpolitik sei nicht Ergebnis der Einsicht, »daß die Arbeiter ein Recht haben, auf die Verbesserung ihrer Lage zu dringen«, sondern Produkt der Besorgnis, die Sozialdemokratie könne sich doch als stärker und resistenter erweisen, als zunächst angenommen. Den Wettlauf mit dem Sozialismus um die Gunst der Arbeiter habe der Staatssozialismus eindeutig verloren. Gelungen allerdings sei es ihm, die Selbsthilfe zurückzudrängen und die Erwartun-

50 So Hirsch auf dem 3. Delegiertentag des Gewerkvereins der Zigarren- und Tabakarbeiter im Mai 1881 in Magdeburg, in: Der Gewerkverein 21/27.05.1881, S. 82 »Was bringen uns die Staatssozialisten«.

51 Der Gewerkverein 22/02.06.1882, S. 85, Leitartikel »Fürst Bismarck und die Arbeiter«, und H. Polke: »›Der Anwalt des kleinen Mannes‹«. In: Der Gewerkverein 18/06.05.1881, S. 69.

52 S. M. Hirsch: »Normalstatuten für Einigungsämter, Teil II«, in: Der Gewerkverein 47/19.11.1871, S. 185.

53 Auslöser des Konfliktes war der Generalsekretär des Gewerkvereins der Porzellanarbeiter, Georg Lentz, der – entgegen bisheriger Verbandspolitik – in seinem Hauptreferat einer gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit in Form eines zehnstündigen »Maximalarbeitstages« das Wort redete. S. Die Verhandlungen des zehnten ordentlichen Verbandstages der Deutschen Gewerkvereine, abgehalten zu Düsseldorf am Rhein vom 10. bis 16. Juni 1889, Berlin 1889, S. 27-41.

54 Der Gewerkverein 4/24.01.1890, S. 25f. Der (wie stets) ungezeichnete Leitartikel dürfte aus der Feder Hirschs stammen.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

gen in die sozialreformerische Problemlösungskompetenz des Staates zu steigern. Die Botschaft eines neuen Kurses in der GV-Bewegung, der sich seit der Jahrhundertwende von den oppositionellen Rändern (z.B. der sogenannten »Düsseldorfer Opposition« um Anton Erkelenz und die Brüder Halstenberg) rasch bis in die Gewerkvereinsführungen durchzusetzen begann, lautete hingegen: Anerkennung der bestehenden sozialpolitischen Entwicklungen, spez. auf dem Gebiete der Sozialversicherung, Respektierung bestehender Institutionen und verstärkte Arbeit in und mit ihnen, zu guter Letzt auch: nicht allein Akzeptanz eines sozialpolitischen Handlungsbedarfes des Staates, sondern Bekenntnis zur Erweiterung und Vertiefung der Aktionsbereiche staatlicher Sozialpolitik.[55] In dem Maße, in dem sich ein pragmatischer Zugang zu staatlicher Sozialintervention in der GV-Bewegung – wie im »Programm der Deutschen Gewerkvereine« von 1907 und den »Prinzipiellen Leitsätzen« von 1908 nachweisbar – durchzusetzen begann, wurde die traditionalistische Tendenz zum Festhalten an starren Prinzipien eines unzeitgemäßen Wirtschaftsliberalismus ad acta gelegt. Die Aufgabe des Staates wurde nun darin gesehen, »durch einen weiteren Ausbau der sozialen Gesetzgebung die Freiheit, das Recht und die Gesundheit des Einzelnen und damit die Wohlfahrt und das Fortgedeihen der Gesamtheit zu gewährleisten«.[56]

Eine zeitgenössische Kritikerin hat die sozialliberalen Gewerkschafter als »Utopisten« der sozialen Entwicklung bezeichnet.[57] Auch wenn man sich die zumeist sehr bodenständigen, jeglicher intellektualistischen Anfechtung baren Gewerkschafter schwerlich als Protagonisten visionärer Gesellschaftsreform vorzustellen vermag, so wäre es treffender, sie als »Utopisten« sozialer Partnerschaft in einer Gesellschaft sich verschärfender sozialer Interessenkonflikte zu charakterisieren, Utopisten in der Überschätzung rationaler Konfliktlösungspotentiale in einer Konflikte extrem verschärfenden gesellschaftlichen Umbruchssituation, Utopisten in der Unterschätzung der vorhandenen Konfliktbereitschaft der Arbeitsmarktparteien. In einer konfrontativen Situation verfängt es ja gemeinhin wenig, schlicht an die Vernunft und die »höherrangigen« gemeinsamen Interessen der Kampfhähne zu gemahnen. Indem die sozialliberalen Gewerkschaften aber über Jahrzehnte genau dies taten, handelten sie sich in weiten Teilen der Arbeiterschaft das Stigma des Kompromiß-

55 Vgl. hierzu die Aussage des Organs der Düsseldorfer Reformer, des »Gewerkvereinsboten« (Nr. 48/29.11.1901, S. 1, Leitartikel »Die deutsche Arbeiterversicherungsgesetzgebung«) bei allen Mängeln im Detail müsse die »Grundidee« der staatlichen Sozialversicherungsgesetzgebung als gut anerkannt werden.

56 Der Gewerkverein 75/17.09.1913, S. 289f., Leitartikel »Ein sozialpolitischer Bremsversuch«.

57 Fanny Imle: »Durch Gährung zur Klärung«. In: Der Gewerkvereinsbote 30/25.07.1902, S. 1f. Imle griff hier eine von dem sozialdemokratischen Gewerkschafter Adolph von Elm (in: Sozialistische Monatshefte VIII (1901), S. 577-591) geprägte, zeitgenössisch vielverwendete Sentenz auf.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

lertums um jeden Preis und der anpasserischen Konfliktscheu ein. Die Arbeitgeber, die nicht gemäß ökonomischen oder ideologischen Theoremen, sondern als Menschen mit einer intuitiven, nicht rationalen Interessenwahrnehmung reagierten, waren selten genug bereit, die ihnen vom sozialen Liberalismus zugedachte Rolle einzunehmen. So fand sich die sozialliberale Gewerkschaftsbewegung am Ende des Kaiserreichs aus der Sicht der Zeitgenossen in einer wenig komfortablen Position zwischen den Fronten. Als sich der ›Pulverdampf‹ dann mit fortschreitender politischer Demokratisierung und gesellschaftlicher Modernisierung zu lichten und man neue Wege des binnengesellschaftlichen Miteinanders als unabdingbar anzuerkennen begann – da waren die »Utopisten« sozialer Partnerschaft beinahe schon in Vergessenheit geraten.

2.3. *Politischer Liberalismus als »Transmissionsriemen« sozialliberaler Reformkonzepte ?*

»Wurmfortsatz der Fortschrittspartei« – wollte man das zeitgenössische Urteil über das Verhältnis der sozialliberalen Gewerkschaftsbewegung zum politisch organisierten Liberalismus auf den einfachsten gemeinsamen Nenner bringen[58], und zwar außerhalb wie innerhalb des liberalen Lagers, so würde diese gewiß polemische Formulierung sicher den Zuschlag erhalten. Dies erscheint um so verwunderlicher und bemerkenswerter, als einerseits die Gewerkvereine – ausweislich ihres gewerkschaftlichen Grundverständnisses – strikt zu weltanschaulich-religiöser Neutralität und parteipolitischer Unabhängigkeit verpflichtet waren. Andererseits war die vielfach zurückhaltende, distanzierte, wenn nicht gar offen feindselige Haltung in liberalen Kreisen der GV-Bewegung gegenüber eigentlich nicht dazu angetan, den Schluß auf eine enge, ja geradezu organische Verbindung nahezulegen. Wie immer man auch die Beziehung zwischen politischen und sozialen Organisationsformen des deutschen Liberalismus begrifflich drehen und wenden mag, unzweideutig ging es hier um ein vielschichtiges und problembeladenes Verhältnis.
Der Gründungsaufruf der Gewerkvereinsinitiatoren hatte lediglich auf die Feststellung Wert gelegt, daß es sich bei der neuen Institution nicht »um das Manöver einer politischen oder sozialen Partei . . ., sondern um ein Werk der allgemeinen Wohlfahrt« handele, »welches über den Parteien steht«.[59] Ledig-

58 In seinem Grundsatzreferat auf dem Verbandstag 1873 brachte es der Vorsitzende des GV-MM, Karl Andreack, auf den Punkt: Die Gegner der Gewerkvereine hätten diese stets als Anhängsel der DFP bezeichnet – nur die DFP selber habe dies ganz anders gesehen. S. Die Verhandlungen des zweiten ordentlichen Verbandstages der Deutschen Gewerkvereine, abgehalten zu Berlin vom 16. bis 21. April 1873. Berlin 1873, S. 20-26, hier S. 23.

59 So der Wortlaut des Gründungsaufrufes vom Oktober 1868 (s. Anm. 36).

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

lich in diesen dürren Worten scheint eines *der* Grundprinzipien des sozialliberalen Gewerkschaftskonzepts auf: das Postulat weltanschaulich-religiöser Neutralität und parteipolitischer Unabhängigkeit, mit dem man sich von Gründung an strikt sowohl von sozialdemokratischen, als auch (späterhin) von konfessionell geprägten Arbeiterorganisationen absetzen wollte. Nur eine Interessenorganisation, die weltanschauliche Differenzen und tagespolitische Streitfragen aus dem Dunstkreis ihrer Organisationsziele fernhielt, konnte den Anspruch auf die wirtschaftlich-soziale Interessenvertretung *der* Arbeiter erheben. Individuelles politisches Engagement der Mitglieder wurde geduldet, ja angeregt, aber in der gewerkschaftlichen Organisation – so der Grundsatz – durfte dieses Engagement keine Widerspiegelung finden. Über drei Jahrzehnte hinweg versuchte die GV-Bewegung – gegen das weitgehende Unverständnis bei ›Feind wie Freund‹ –, den Spagat zwischen diesem theoriebehafteten Grundsatz und der Realität ihrer Verankerung in einem eher diffusen »liberalen Milieu« zu meistern. Auch nach Erlaß des – zeitgenössisch heftig diskutierten – sogenannten »Revers«, der neuen Mitgliedern seit 1876 eine ausdrückliche Erklärung abverlangte, »weder Anhänger noch Mitglied der Sozialdemokratie« zu sein[60], sahen die sozialliberalen Gewerkschafter keine Veranlassung zu selbstkritischer Reflexion ihrer Grundsatztreue.

Es bedurfte auch hier des widerspenstigen Oppositionsgeistes einer jüngeren Generation, um – unter gewandelten historischen Rahmenbedingungen und im Angesicht eines Liberalismus der Ära »nach Bamberger, Bennigsen und Richter« – den soziopolitischen Ort der sozialliberalen Gewerkschaftsbewegung neu zu justieren. Wesentlich auf den Einfluß der Gewerkvereinsreformer der Jahrhundertwende war es zurückzuführen, daß sich die GV-Bewegung in ihren programmatischen Dokumenten der Jahre 1907 und 1908 – also kaum zwei Jahre nach dem Ableben des ›Gewerkvereinspatriarchen‹ Max Hirsch – dann doch zu einem klaren Bekenntnis zu einer »volkstümlich-freiheitlichen« Gesinnung[61] und zu nationalen, sozialen und liberalen Idea-

60 Vgl. den auf einen Antrag von Verbandsanwalt Hirsch zurückgehenden Beschluß: Die Verhandlungen des vierten ordentlichen Verbandstages der Deutschen Gewerkvereine, abgehalten zu Breslau vom 15. bis 18. Oktober 1876. Berlin 1877, S. 80 und S. 84.

61 Im ersten »Programm der Deutschen Gewerkvereine«, verabschiedet vom Verbandstag 1907, heißt es u.a.: »Die Gewerkvereine stehen auf nationalem Boden, sie erwarten daher die Besserung der Arbeiterlage nicht von einer internationalen Verbrüderung, wohl aber erstreben sie den Austausch der Erfahrungen mit ausländischen Gewerkvereinen und die gegenseitige Förderung der Arbeiterinteressen. Die Gewerkvereine sollen, um die Durchführung ihrer Aufgabe wirksam zu fördern, alle Arbeiter ohne Unterschied des parteipolitischen und religiösen Bekenntnisses umfassen. Sie sind mithin religiös neutral und parteipolitisch unabhängig. Die grundlegende Richtung der Gewerkvereine ist eine volkstümlich freiheitliche.« Zit. nach: Die Verhandlungen des sechzehnten ordentlichen Verbandstages der Deutschen Gewerkvereine, abgehalten im Verbandshause zu Berlin vom 20. bis 27. Mai 1907. Berlin 1907, S. 180f. Vgl. auch H.-G. Fleck, Sozialliberalismus (Anm. 8), Dokumentenanhang, 3.4, S. 920f.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

len[62] durchringen konnte. Doch auch die Reformergeneration dachte keineswegs an eine Verwischung von Gewerkschafts- und Parteiloyalitäten. Für sie hatten die – wie es nun zumeist hieß – »freiheitlich-nationalen Berufsorganisationen« der Arbeiter und Angestellten und die parteigebundene »liberale Arbeiter- und Angestelltenbewegung« eine durchaus unterschiedliche Aufgabenstellung im Ringen um eine liberale Demokratie und im Einsatz für einen fortschrittlichen Liberalismus.[63]

Wie entwickelte sich nun das Verhältnis des politischen Liberalismus zum jüngsten Sproß einer liberal akzentuierten sozialen Reformbewegung? Zweifellos hatten sich die Liberalen der 1860er Jahre durch ihren Einsatz für Koalitionsfreiheit in der zu reformierenden preußischen Gewerbeordnung Meriten für die Entwicklung einer gewerkschaftlichen Interessenorganisation erworben. Daß diese Koalitionsfreiheit dann aufgrund gravierender prohibitiver Auflagen in der Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes von 1869 faktisch mehr im Nicht-Fortbestehen eines Koalitionsverbotes bestand, war nicht den Liberalen anzulasten.[64] Als die Gewerkschaftsbewegung aber 1868/69 konkrete Gestalt gewann und sich gar – wie im Waldenburger Bergarbeiterstreik – erstmalig aktiv für Arbeitnehmerinteressen einsetzte, verkehrte sich die bisherige Einstellung, gerade in den Reihen der wirtschaftsliberalen sogenannten »Freihandelspartei«, in ihr Gegenteil.[65] Schnell wurde aus dem legitimen Instrument der hochgerühmten Selbsthilfe eine »importierte Treibhauspflanze« (H.B. Oppenheim), aus der Verpflanzung der Gewerkvereine von England nach Deutschland ein »schweres Unglück«[66]. Vor allem Ludwig Bamberger, einer der Wortführer der »Freihandelspartei«, war es, der sich als liberale Speerspitze gegen die sozialliberalen Gewerkschaften zu profilieren

62 In den von einer Konferenz der Gewerkvereins-Hauptvorstände beschlossenen »Leitsätzen« werden als »große Zeitideale«, denen die GV-Bewegung verpflichtet sei, genannt: » 1) Das nationale Ideal. 2) Das Ideal sozialer Gerechtigkeit in der Gesellschaft, des Schutzes der Schwachen gegen die Starken. 3) Das Ideal geistiger und politischer Freiheit und Selbstverwaltung. 4) Das Ideal ethischer Erziehung und Hebung des Einzelmenschen zu wirksamerer Mitarbeit in der Gesamtheit.« (zit. nach: Der Gewerkverein 8/29.01.1908, S. 29f.). Vgl. auch H.-G. Fleck, Sozialliberalismus (Anm. 8), Dokumentenanhang, 3.5, S. 921-923.

63 Vgl. Anton Erkelenz: Notwendigkeit, Grundlage und Form einer liberalen Arbeiter- und Angestelltenbewegung, Düsseldorf 1912, und Johannes Fischer: Liberale Arbeiterpolitik. Berlin-Schöneberg 1912. Vorläufer der (partei-)liberalen Arbeiterbewegung sind die in der Liberalismus-Literatur nirgends systematisch behandelten »Deutsch-freisinnigen« resp. »Freisinnigen Arbeitervereine«.

64 L. Brentano brachte es zeitgenössisch auf die Formel: »Die Arbeiter haben das Koalitionsrecht, wenn sie aber Gebrauch davon machen, werden sie gestraft.« Zit. nach: Theodor Löwenfeld: Koalitionsrecht und Strafrecht. In: Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik 14 (1899), hier S. 479.

65 Vgl. hierzu V. Hentschel: Die deutschen Freihändler (s. Anm. 9), S. 190ff.

66 So der Syndikus der Breslauer Handelskammer, der Bamberger eng verbundene Alexander Meyer, auf dem Schlesischen Gewerbetag 1869, zit. nach: Der Gewerkverein 22/17.10.1869, S. 92. Der »Gewerkverein« konterte mit der Bemerkung, es sei erfreulich, daß jene (Freihandels-)»Partei«, die sich »die unumschränkte Herrschaft des Kapitals« auf ihre Fahne geschrieben habe, »diese entartete Richtung endlich ihr wahres Gesicht« zeige.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

suchte. Es war der notorische Versuch, die Gewerkvereine einerseits als ›sozialdemokratische Wölfe im liberalen Schafspelz‹ zu diffamieren, anderseits alle rechtlichen Entwicklungen zu hintertreiben, die – durchaus im Sinne der Selbsthilfe – zu einer Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationen hätten führen können. Dies zeigte sich bei der Diskussion über die Novellierung des Vereinsrechts im Reichstag 1872[67] und bei der von Bamberger lancierten Kampagne zur Diskreditierung der Selbsthilfeeinrichtungen der Gewerkvereine als verkappte Streikkassen. »Die Bemühungen zur Reform konnten am besten abqualifiziert werden, wenn sie nach den Erfahrungen mit der kollektiven Selbsthilfe der Arbeiter . . . als Facette des proletarischen Klassenkampfes analysiert wurden – mochten die Kreise um Max Hirsch noch so antisozialdemokratisch agieren und selbst Zielscheibe massiver persönlicher sozialdemokratischer Angriffe sein.«[68]

Hier wurden der sozialliberalen Reformbewegung und spez. der sozialliberalen Gewerkschaftsbewegung schon in ihrer frühen Entwicklungsphase gerade aus den Kreisen der erklärten Propheten des Selbsthilfegedankens Felsbrocken in den Weg geräumt, die den Gewerkvereinen weder den Wettbewerb mit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung erleichterten noch geeignet waren, dem allgemeinen Vordringen des perhorreszierten »Staatssozialismus« durch praktische Erfolge der Selbsthilfe entgegenzuwirken. Daß dieser wirtschaftsliberalen Spielart des Liberalismus nichts ferner lag, als sich einer »Verankerung« in der Arbeiterschaft rühmen zu können, liegt daher auf der Hand.[69] In der scharfen Ablehnung der GV-Bewegung durch die Repräsentanten der informellen »Freihandelspartei« hatte sich ein klares ideologisches Element bemerkbar gemacht, daß die Glaubwürdigkeit der »Selbsthilfe-Partei« insgesamt ins Mark traf, noch ehe die »Partei der Staatshilfe« so recht ihre Chance erkannt hatte.

Vielgestaltiger entwickelte sich das Verhältnis der Gewerkvereine zum »entschiedenen Liberalismus« der Zeit.[70] Wie unzweideutig im faktischen Resultat auch immer die GV-Bewegung dem entschiedenen Liberalismus in seinen

67 S. L. Bamberger: Arbeiterfrage (s. Anm. 44), S. 131-148. Vgl. hierzu auch Wolther von Kieseritzky: Liberalismus und Sozialstaat. Liberale Politik in Deutschland zwischen Machtstaat und Arbeiterbewegung (1878 – 1893). Köln 2002, S. 483f.

68 S. Florian Tennstedt: Einleitung. In: Ders. u.a. (Bearb.): Gewerbliche Unterstützungskassen, Darmstadt 1999, S. XXXVIIIf.

69 Dies ist D. Doering (Liberale Ordnung (s. Anm. 34), S. 128f.) entgegenzuhalten, der eine spezifische »Verankerung« meint ausmachen zu können, über die gerade der Manchesterliberalismus »noch« (im Gegensatz zu späteren Erscheinungsformen des Liberalismus) in der Arbeiterschaft verfügt habe. Diese Verbindung läßt sich allenfalls bis ins 2. Jahrfünft der 1860er Jahre nachweisen. Signifikant ist in Doerings Argumentation, daß er die sozialliberalen Gewerkschaften als Form »privaten Gemeinsinns« ausblendet. Für Doering kann es – hier ganz »spurtreu« in der Denktradition des Manchesterliberalismus der 1860er und 1870er Jahre – im Grundsatz nur »sozialdemokratische« Gewerkschaften geben (ebd., S. 129).

70 Das weitgehende Nicht-Verhältnis der Gewerkvereine zur Nationalliberalen Partei kann hier nicht weiter problematisiert werden.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

verschiedenen organisatorischen Ausprägungen, von der DFP bis hin zur »Fortschrittlichen Volkspartei« (FVP), die unverbrüchliche Treue hielt: Die sozialliberalen Gewerkschaften hatten es mit drei Problemsträngen zu tun, die immer wieder zu heftigen Konflikten und großen Frustrationen, insbesondere auf seiten der Gewerkschaften, führten. Diese Problemstränge kann man wie folgt definieren: a) das Selbstverständnis des Liberalismus als Vertretung des Gemeinwohls, b) das Widerstreben gegen die Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Interessenvertretung, c) der lendenlahme Einsatz für die politisch-parlamentarische Realisierung legitimer sozialer und rechtlicher Forderungen sozialer Unterschichten. Diese Problemstränge, die mal einzeln, mal in Gemengelage identifiziert werden können, sollen nun anhand konkreter Beispiele einer genaueren Analyse unterzogen werden.

Nach den Reichstagswahlen 1871, bei denen die DFP zahlreiche Wahlkreisbündnisse mit den Nationalliberalen abgeschlossen hatte, denen auch der Wiedereinzug des Verbandsanwaltes Max Hirsch ins Parlament zum Opfer gefallen war, herrschte in den Gewerkvereinen, vor allem denen der preußisch-deutschen Hauptstadt, ein Zustand wachsender Frustration. Man mißbiligte den Kulturkampf-Kurs der DFP-Partei- und Reichstagsführung, in der Eugen Richter zunehmend an Bedeutung gewann, sowie den vorsichtigen Kurs der Annäherung an das freikonservativ-nationalliberale Regierungslager und vermißte umso schmerzlicher eindeutige Stellungnahmen zu gesellschaftspolitischen Reformen. Als sich dann auch der – von Rudolf Virchow verfaßte und am 23. März 1873 publizierte – gemeinsame Wahlaufruf der DFP-Fraktionen in Reichstag und preußischem Abgeordnetenhaus mit der bisherigen Entwicklung des jungen deutschen Nationalstaates zufrieden zeigte, demonstrative Unterstützung der Regierung Bismarck im Kulturkampf ankündigte[71], aber die Sozialpolitik völlig aussparte, war das Faß zum Überlaufen voll. In seinem Referat zum Thema »Die Vertretung der Gewerkvereine auf dem Reichstage und in den Landtagen« ging der Metallgewerkschafter Karl Andreack auf dem Verbandstag 1873 des »Verbandes der Deutschen Gewerkvereine« (VDG) hart mit den Liberalen insgesamt und speziell mit der DFP ins Gericht.[72] Die Zeiten, »wo man es sich zur Ehre anrechnen konnte, Mitglied dieser Partei aus Überzeugung zu sein«, seien vorüber. Unumwunden forderte Andreack die Verbandstagsdelegierten zur Trennung von der DFP auf mit der Zielvorgabe, die GV-Bewegung zum Nukleus einer neuen Partei zu machen, die wirklich für »Wahrheit, Recht, Vernunft, Freiheit und

71 Der Wahlaufruf ist abgedruckt in: Ludolf Parisius: Die deutsche Fortschrittspartei von 1861 bis 1878. Berlin 1879, S. 36ff. Hirsch erklärte später, der Wahlaufruf habe – mit Blick auf die Sozialpolitik – lediglich einen Halbsatz »im reinsten Manchestersinne« enthalten. S. M. Hirsch: »Offener Brief an den Landtagsabgeordneten Herrn J. Hoppe«, Teil II, in: Der Gewerkverein 6/06.02.1874, S. 25f.

72 Zu Andreacks Vortrag: Verhandlungen (s. Anm. 58), S. 20-26.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Wohlfahrt der Gesamtheit« eintrete. Es sei an der Zeit, nicht nur die »Gönner, Freunde und Förderer« der Gewerkvereine ins Parlament zu entsenden, sondern auch die eigenen Mitglieder; auch Arbeiter seien geeignet, als parlamentarische Vertreter zu fungieren.

Max Hirsch versuchte, diesem Appell seine tendenziell auf Parteispaltung angelegte Schärfe zu nehmen, und erinnerte daran, daß eine Umfunktionierung der Gewerkvereine in eine politische Bewegung unverzüglich deren Verbot gemäß geltendem preußischen Vereinsgesetz zur Folge haben werde.[73] Allerdings konnte sich auch Hirsch den DFP-kritischen Argumenten Andreacks und anderer Delegierter nicht verschließen. Auch er sah einen negativen, regierungskonformen Kurs um sich greifen, der zu einer Parteispaltung führen könne. Wenn nur ein Kristallisationspunkt für eine neue Organisation existierte, so hätten sich die »Entschiedeneren« schon längst von der DFP abgespalten. Hirsch warb mangels konkreter Alternativen jedoch für weitere Kooperation mit der DFP als dem »kleineren Übel«.[74] Man einigte sich schließlich auf eine Resolution, die zu den bevorstehenden Reichstagswahlen die Aufstellung eigener Kandidaten vorsah, »um die Kräfte der Organisation zu prüfen«. Im Falle der Aussichtslosigkeit einer GV-Kandidatur sei jeglicher »Kompromiß mit arbeiterfeindlichen Parteien« abzulehnen.[75] Gerade Hirschs Diskussionsbeiträge auf dem Verbandstag hatten den schwierigen Grat deutlich werden lassen, auf dem sich die sozialliberalen Gewerkschaften 1873 bewegten. Man beharrte zwar auf dem Grundsatz der »nicht-politischen Interessenvertretung« der Arbeiterschaft und der parteipolitischen Unabhängigkeit, beanspruchte zugleich aber möglichst weitgehende politische Einflußnahme. Hier blieb nur das riskante und wenig aussichtsreiche Experiment eigener Wahlkandidaturen. Die Gewerkschaftsbasis reagierte prompt. Schon Anfang Mai wurde der VDG-Zentralrat mit Anfragen konfrontiert, ob sich die VDG-Ortsverbände als Wahlkomitees konstituieren dürften,[76] worauf der Zentralrat zurückruderte: Die Mitglieder sollten als Staatsbürger Einfluß auf die Wahlbewegung nehmen.[77]

73 Ebd., S. 34-39.

74 Den Anschluß an die Volkspartei Johann Jacobys, dem er persönlich Verehrung zollte, verwarf Hirsch kategorisch, weil deren Führer zu doktrinär auf Opposition eingestellt seien, sich in den Schmollwinkel zurückzögen, statt praktische Politik zu betreiben (ebd., S. 38).

75 Mit Erfolg hatte sich Hirsch gegen Andreacks ursprünglichen Resolutionsentwurf gewehrt, der einen Kompromiß »mit der nationalliberalen oder einer anderen uns feindlich gesinnten Partei« verwarf. Der Verbandstagsbeschluß ist abgedruckt in: Verhandlungen (s. Anm. 58), S. 36.

76 Andreack hatte die VDG-Ortsverbände – einem DGB-Ortskartell unserer Tage vergleichbar – als probates Mittel gesehen, das bestehende Vereinsgesetz zu umgehen, ohne daß die jeweiligen Ortsvereine der VDG-Gliedgewerkschaften in ihrer Arbeit dadurch beeinträchtigt würden. S. Verhandlungen (s. Anm. 58), S. 23.

77 Der Gewerkverein 19/10.05.1873, S. 99. Im Juli 1873 erinnerte die Verbandsanwaltschaft in einem Aufruf an »alle Ortsverbände und Ortsvereine« daran, daß es den Gewerkvereinen und ihren Untergliederungen gemäß Vereinsgesetz untersagt sei, sich mit der »eigentlichen Politik« zu beschäftigen. S. Der Gewerkverein 30/26.07.1873, S. 153.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Nachdem die Verbandstagsbeschlüsse und andere parteikritische Äußerungen – trotz der Bemühungen Hirschs, die Wogen zu glätten – Unruhe in der DFP ausgelöst hatten, versuchten die Gewerkvereine Berlins im September 1873, durch Bildung eines »Sozialpolitischen Wahlkomitees« (aus gewerkschaftlichen Vertrauensmännern und kooptierten Vertretern »verschiedenster Gesellschaftsklassen«) in die Offensive zu gehen. Am 1. Oktober 1873 trat man mit einer umfangreichen programmatischen Erklärung an die Öffentlichkeit.[78] Zu den zahlreichen Unterzeichnern gehörten neben führenden Gewerkvereinern auch die »Volks-Zeitung«-Redakteure Heinrich Ernst Sachse und Heinrich Steinitz[79], der freireligiöse Berliner Prediger Schäfer und prominente Mitglieder des »Berliner Arbeitervereins«. Das Wahlkomitee bekannte sich eindeutig zur DFP und wies Mutmaßungen zurück, wonach es Ausgangspunkt einer konkurrierenden Parteigründung sei. Die momentane reaktionäre Tendenz verlange nach verstärkter Profilierung der DFP in sozialpolitischen Fragen. Man präsentierte einen breiten, keineswegs nur »sozialpolitischen« Forderungskatalog, der u.a. die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts auch in den Einzelstaaten des Reiches vorsah, eine »den Staatszwecken entsprechende« Ausbildung der Jugend ohne jeglichen kirchlichen Einfluß, unentgeldlichen Volksschulunterricht und damit verbundene berufliche Bildung. Des weiteren wurde sehr pauschal »die Beseitigung der Ausbeutung der Gesellschaft vermittelst der Privilegien einzelner Gesellschaftsklassen« sowie die Ersetzung der als ungerecht definierten Verbrauchssteuern durch eine progressive Einkommenssteuer gefordert. Zum sozialpolitischen Forderungskatalog im engeren Sinne gehörte der Ruf nach Erlaß eines Gesetzes über die Rechtsfähigkeit der wirtschaftlichen und gewerblichen Vereine, nach gesetzlicher Anerkennung der auf Selbsthilfe beruhenden »freien Hilfskassen« sowie nach freien Schiedsgerichten und Einigungsämtern der Arbeitsmarktparteien.

Während die nationalliberale Presse Berlins das Vorgehen des »Sozialpolitischen Wahlkomitees« (SWk) als Ausdruck des Zerfallsprozesses der DFP verstehen wollte, reagierte die stimmstarke DFP-nahe Presse recht ambivalent. Offenkundige Erleichterung über das Bekenntnis des Komitees zur ›gemeinsamen Sache‹ der DFP paarte sich mit der Arroganz etablierter Partei-

78 Die »Erklärung« erschien zunächst in der Berliner »Volks-Zeitung«. Sie wird im folgenden zit. nach: Der Gewerkverein 40/03.10.1873, S. 196.

79 H. E. Sachse (1813-1883) war seit den 1840er Jahren (neben Leberecht Uhlich) einer der führenden Köpfe der Magdeburger freireligiösen Bewegung. Ende der 1860er Jahre avancierte er zum Redakteur der »Volks-Zeitung«. Zur Person Steinitz' s. Isidor Kastan: Berlin wie es war. Berlin o.J., S. 185, und J. Frölich: Die Berliner »Volks-Zeitung« 1853 bis 1867. Frankfurt/M. u.a., S. 48. Die Präsenz zahlreicher Mitglieder der Freireligiösen Gemeinde auf der Unterzeichnerliste veranlaßte die nationalliberale »National-Zeitung« (455/30.09.1873, S. 1) zu dem spöttischen Kommentar, die bisherige Vertretung Berlins »durch Freiheit und Aufklärung« habe dem Lande schon hinreichend imponiert, so daß »uns die Lichtfreunde Schäfer und Sachse nicht noch mehr Licht zu bringen brauchen«.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

eliten gegenüber den Partizipationsforderungen von Teilen der Parteibasis, die wichtige sachliche wie personelle Weichenstellungen nicht länger alleine den DFP-Parlamentsfraktionen bzw. dem von diesen besetzten »Zentralwahlkomitee« überlassen wollten. Auf Initiative des SWk kam es rasch zu einem ersten Treffen mit dem DFP-Zentralwahlkomitee, dessen Repräsentanten – voran der Gewerkvereinsgründer Franz Duncker – erklärten, daß sie im ihnen vorliegenden Forderungskatalog nichts erkennen könnten, was der Zusammenarbeit mit der DFP im Wege stehen sollte.[80] Von seiten des SWk wurde Unterstützung im Wahlkampf für das Abgeordnetenhaus signalisiert und dann auch praktiziert.[81] In der Folgezeit begann das Komitee rege regionale wie überregionale Aktivitäten zu entfalten, insbesondere über die gewerkschaftlichen Untergliederungen; es kam zur Gründung örtlicher Wahlkomitees, u.a in Danzig, Königsberg, Breslau und Magdeburg, die sich jeweils auf die Berliner »Erklärung« beriefen.[82] Das VDG-Verbandsorgan forderte energisch die Bildung weiterer lokaler Komitees und die Sammlung von Wahlfonds, was in der Mitgliedschaft nicht überall ungeteilten Beifall fand; so mancher sah hier die bisher geheiligten Gewerkschaftsgrundsätze zugunsten parteipolitischen Engagements verletzt.[83]

Der Burgfrieden zwischen dem gewerkvereinlichen Komitee und dem DFP-Zentralwahlkomitee hielt jedoch nur solange, wie die Entscheidungen über zukünftige Reichstagskandidaturen noch hinausgezögert werden konnten. Ende November 1873 hatte das SWk eine von führenden Gewerkschaftern um Hirsch erarbeitete Kandidatenvorschlagsliste vorgelegt mit dem Ziel, diesen Kandidaten Wahlkreiskandidaturen zu vermitteln.[84] Unter den 29 Namen der Liste fanden sich 15, die direkt der Gewerkschaftsbewegung zuzuordnen waren, daneben die »Volks-Zeitung«-Redakteure Sachse und Steinitz, der Kölledaer Rechtsanwalt Albert Träger, der Tübinger Nationalökonom Gustav Schönberg, der Geraer Journalist und Schriftsteller Karl Wartenburg sowie die Bürgermeister der Städte Spremberg und Großenhain. Alle Genannten hatten sich offiziell zur Umsetzung der »Erklärung« vom 01. Oktober verpflichtet. Anstatt nun die Nominierung dieser Kandidaten durch die örtlichen Wahlkomitees zu betreiben, beschritt das SWk den Weg einer zentralen Kan-

80 Zum Ergebnis der Aussprache: Der Gewerkverein 42/17.10.1873, S. 205, und Rheinische Zeitung 286/15.10.1873, 1. Ausgabe, S. 2.

81 Die »Rheinische Zeitung« (325/23.11.1873, 1. Ausgabe, S.1) bescheinigte dem »gewerkvereinlichen Wahlkomitee«, dessen Gründung vielfach propagandistisch gegen die DFP ausgebeutet worden sei, tatsächlich »stramm zur liberalen Parteifahne« gestanden zu haben, selbst wenn es sich bei den Wahlmännern um rechte Nationalliberale gehandelt habe.

82 Der Gewerkverein 47/21.11.1873, S. 228 und 49/05.12.1873, S. 236 »Die Gewerkvereine und die Wahlen«. Weitere Wahlkomitees entstanden in VDG-Hochburgen wie den niederschlesischen Textil- resp. Porzellanzentren Sagan und Altwasser, in Peitz, Merseburg, Burg und Stralsund.

83 Der Gewerkverein 51/19.12.1873, S. 245 »Zur Bekehrung der Philister«.

84 Der Gewerkverein 48/28.11.1873, S. 232, Wochenschau.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

didatenliste, die man in Abstimmung mit dem Zentralwahlkomitee an die DFP-Untergliederungen weiterleiten wollte. Man ignorierte dabei die Tatsache, daß die DFP-Führung der frühen 1870er Jahren in Anbetracht des ausgeprägten Eigenlebens der lokalen Wahlvereine kaum über Möglichkeiten verfügte, von Berlin aus entscheidend auf die Kandidatenaufstellung in den Wahlkreisen einzuwirken.[85] Selbst gutwillige Parteifreunde konnten eine »Wahlempfehlung« aus Berlin auch als den Versuch eines zentralistischen Oktroi verstehen. Dies hinderte den wahlkämpferischen Enthusiasmus der Gewerkvereiner zunächst nicht, die sich auch bereit erklärten, als bloße Zählkandidaten in aussichtslosen Wahlkreisen die Flagge des entschiedenen Liberalismus hochzuhalten.[86]

Das Zentralwahlkomitee versetzte diesem Enthusiasmus jedoch rasch einen gehörigen Dämpfer. Führende DFP-Vertreter erklärten, sie beabsichtigten nicht, eine derartige zentrale Kandidatenliste vorzulegen, um der selbständigen Beschlußfassung der örtlichen Wahlkomitees nicht vorzugreifen. Nur wenn sich das SWk einverstanden erkläre, einzelne konkrete Vorschläge für ausgewählte Wahlkreise vorzulegen, und im übrigen auf seine Kandidatenliste verzichte, seien weitere Verhandlungen beider Komitees aussichtsreich.[87] Damit war der Versuch der Gewerkvereiner gescheitert, mit Plazet der DFP-Führung eine größere Anzahl ihrer Kandidaten in den Wahlkreisen zu etablieren. Der ultimative Ton des Zentralwahlkomitees setzte sich auch im ersten Wahlkampfzirkular fort. Man habe zwar keine Veranlassung, der Agitation des SWk entgegenzutreten, solange diese sich »im Rahmen der allgemeinen Parteibestrebungen« halte, hieß es dort. Eine Agitation, die darauf abziele, »Standesinteressen auf Kosten der allgemeinen politischen Interessen zu fördern«, werde aber keine Unterstützung finden. Richtschnur für eine Kandidatenempfehlung seitens des Zentralwahlkomitees sei ausschließlich die persönliche Eignung des Bewerbers. Mitgliedschaft oder politische Nähe zur GV-Bewegung sei weder Hinderungsgrund noch hinreichende Legitimation für eine Kandidatur.[88]

Mit dieser Erklärung hatte die DFP-Führung eindeutig Farbe bekannt: Sie warf dem SWk vor, auf die Vertretung einseitiger Partikularinteressen abzuzielen. Da fruchtete es wenig, daß die innerparteilichen Unruhestifter diesen

85 Zum Stand der DFP-Parteiorganisation s. Ursula Steinbrecher: Liberale Parteiorganisation unter bes. Berücksichtigung des Linksliberalismus 1871-1893. Phil. Diss. Köln 1960, S. 65-155, spez. S. 81ff.

86 In diesem Sinne war z.B. die Ankündigung Hirschs zu verstehen, er werde sich u.a. in den Wahlkreisen Stralsund-Rügen und dem oberschlesischen Beuthen um eine Kandidatur bewerben. Für Oberschlesien wurde im gleichen Atemzuge ein Wahlkampf mit deutsch- und polnischsprachigen Flugblättern angekündigt. S. Der Gewerkverein 49/05.12.1873, S. 235f. und 50/12.12.1873, S. 240, Wochenschau.

87 Der Gewerkverein 51/19.12.1873, S. 245f. Wochenschau, und Rheinische Zeitung 352/20.12.1873, 1. Ausgabe, S. 3

88 National-Zeitung 594/20.12.1873, 1. Ausgabe, S. 1.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Vorwurf als »Unterstellung« zurückwiesen und erklärten, niemand habe das Recht, das SWk und seine Anhänger auszugrenzen – solange die DFP nicht mit dem »Manchestertum« identisch sei. Das Zentralwahlkomitee solle Sorge dafür tragen, daß nicht länger »Parteigenossen öffentlich als Feinde der allgemeinen Volksinteressen verdächtigt werden«.[89] Das Zentralwahlkomitee zeigte sich hiervon gänzlich unbeeindruckt; nur in zwei konkreten Fällen war man bereit, den vom SWk vorgeschlagenen Bewerber parteioffiziell zu unterstützen.[90] Ausdrücklich abgelehnt wurden dagegen drei weitere Kandidaturen aus den Gewerkvereinen, u. a. die des Vorsitzenden des »Gewerkvereins der Fabrik- und Handarbeiter«, Hugo Landgraf, im Wahlkreis Waldenburg, obwohl dieser bereits 1871 mit einer eigenständigen Arbeiterkandidatur einen Achtungserfolg errungen hatte.[91] Als die »Sozialpolitiker« diese Kandidaturen dennoch aufrecht erhielten[92], wurde das als Bestätigung dafür gewertet, daß es hier lediglich um Partikularinteressen gehe. Die Mitglieder und Sympathisanten der Gewerkvereine waren somit mit ihrem Anliegen, die DFP nicht nur verbal, sondern bei der Entscheidung über konkrete Machtfragen stärker für ihre Anliegen zu instrumentalisieren, nahezu auf der ganzen Linie gescheitert. Das insgesamt schwache Abschneiden nahezu sämtlicher vom SWk portierter Kandidaten interessierte da nur noch am Rande.[93]

Die Führungsgremien der DFP hatten gezeigt, daß sie nicht bereit waren, die Legitimität neuer, sich im Rahmen der Partei formierender Interessengruppen anzuerkennen. Sie blieben vielmehr in einem Politikverständnis befangen, das

89 Der Gewerkverein 52/26.12.1873, S. 249, Wochenschau.

90 Die Erklärung ist abgedruckt in: National-Zeitung 9/07.01.1874, 1. Beilage. Unterstützt wurden de facto nur die Kandidatur des »Gewerkverein«-Hilfsredakteurs Karl Waldow im stramm-konservativen Wahlkreis Potsdam-Ruppin und eine Bewerbung des Redakteurs Steinitz im dominant polnisch-katholischen Wahlkreis Kattowitz-Zabrze. Steinitz verzichtete letztlich auf Drängen des lokalen Wahlkomitees zugunsten eines nationalliberalen Bewerbers. S. Der Gewerkverein 5/30.01.1874, S. 23f., »Die Reichstagswahlen in den beiden oberschlesischen Wahlkreisen Kattowitz-Zabrze und Beuthen-Tarnowitz«.

91 S. Der Gewerkverein 11/12.03.1871, S. 41f.

92 Im Wahlkreis Sorau-Forst trat »Gewerkverein«-Redakteur Polke, gestützt auf ein von Gewerkschaftern in Forst, dem zeitgenössisch vielfach als »deutsches Manchester« apostrophierten Zentrum der deutschen Tuchfabrikation jener Zeit, gegründeten DFP-Wahlkomitee gegen den nationalliberalen Wahlkreisabgeordneten Henning von Puttkamer an. In der Sorauer Lokalpresse sprach sich jedoch kurz vor der Wahl »eine Anzahl von Herren aus den besitzenden Ständen« namens der lokalen DFP gegen Polke und für die liberale Sammelkandidatur Puttkamers aus, der dann auch im 1. Wahlgang mit klarer Mehrheit obsiegte. Vgl. Stadtarchiv Forst/Lausitz, Magistratsakte Nr. 169, Exemplare des »Forster Wochenblattes« vom 08., 10. und 15.01.1874. Besonders delikat war die Situation im Wahlkreis Breslau-Ost, wo Andreack – auf der Basis einer Absprache mit den Bebelschen Sozialdemokraten und deren Kandidaten Johann Jacoby – dem als liberaler Sammelkandidat figurierenden DFP-Mandatsinhaber Julius von Kirchmann entgegentrat. S. Der Gewerkverein 50/12.12.1873, S. 240, Wochenschau.

93 National-Zeitung 18/12.01.1874, Beilage, »Ergebnisse der Reichstagswahlen«, Der Gewerkverein 3/16.01.1874, S. 11 und 5/30.01.1874, S. 23, »Die Wahlbewegung in Stralsund-Rügen-Franzburg«. Besonders niederschmetternd waren die Ergebnisse in Sorau-Forst und Breslau-Ost, wo die GV-Kandidaten noch hinter den jeweiligen Wettbewerbern der lassalleanischen Sozialdemokratie zurücklagen.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

einem frühliberalen Verständnis von »Gemeinwohl« folgte, ohne sich die gesellschaftliche Interessenorientiertheit auch liberaler Politikkonzepte eingestehen zu können. Ein zweifellos dilettantisch ins Werk gesetzter Versuch, in die Honoratiorenstrukturen der Fortschrittspartei ein modernes Element der Rückbindung der Kandidatenauswahl an ein klares programmatisches Profil einzubringen, war mit den Ereignissen der Jahre 1873/74 ebenfalls fürs erste gescheitert. Die anfänglich so aufmüpfig gestimmten Parteireformer hatten vor der Parteiführung der DFP und den von dieser wie eine Monstranz vor sich her getragenen »hehren Idealen« der dezentralen Kandidatenauswahl und der strikten Gemeinwohlorientierung de facto kapituliert.

Der nächste Versuch, die DFP als Plattform für die Propagierung eines sozialliberalen gesellschaftlichen Reformbewußtseins zu positionieren, wurde im Kontext des 1. Parteitages im November 1878 unternommen. Es ging dabei vor allem darum, die nach dem unbefriedigenden Wahlausgang der Reichstagswahlen 1877 in der Partei entstandene Bewegung für eine Novellierung des Gründungsprogramms von 1861 mit einer klaren sozialpolitischen Note zu versehen. Der wesentlich von Eugen Richter bestimmte »Geschäftsführende Ausschuß« der Partei hatte eine 10köpfige Kommission – der Richter ebenfalls angehörte – mit einem Programmentwurf beauftragt, der im März 1877 als sogenannte »Hauptzielpunkte« publiziert wurde.[94] Dem Parteitag 1878 lagen dann drei konkurrierende Programmentwürfe – neben den »Hauptzielpunkten« ein kompletter Programmantrag der Leipziger DFP sowie wesentliche Änderungsvorschläge zur Vorstandsvorlage von seiten des leitenden Redakteurs der Berliner »Volks-Zeitung«, Adolf Phillips – zur Beratung vor.[95] Alle drei Vorlagen konnten nicht auf die Zufriedenheit der sozialliberalen Gewerkschaftsbewegung zählen, sparten sie doch klare programmatische Forderungen zur Sozialpolitik aus, so wie sie im Aufruf des SWk vom Oktober 1873 enthalten gewesen waren. Lediglich Phillips' Vorschläge griffen einzelne bildungs- und wirtschaftspolitische Anliegen der Gewerkschaften auf. Auf dem Parteitag setzte sich dann im Wesentlichen die Vorstandsvorlage durch, die die sich in den Wahlerfolgen der Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen 1877 wie 1878 widerspiegelnden, drängenden sozialen Fragen der Zeit in keinster Weise aufzugreifen bereit war. Es waren gerade Virchow in seiner Eröffnungsrede und Richter, die diesem Geiste – jeder auf seine Art – Ausdruck verliehen. Virchow erklärte: »Wir müssen uns

94 Vgl. hierzu U. Steinbrecher: Parteiorganisation (s. Anm. 85), S. 31ff., und G. Seeber: Zwischen Bebel und Bismarck. Zur Geschichte des Linksliberalismus in Deutschland 1871-1893. Berlin (DDR) 1965, S. 20ff. und S. 50ff. Die »Hauptzielpunkte« sind abgedruckt bei: L. Parisius: Deutschlands politische Parteien und das Ministerium Bismarck. Berlin 1878, S. 226f.

95 Vgl. Der erste Parteitag der deutschen Fortschrittspartei. Verhandlungen desselben, Programm und Organisation der Partei. Berlin 1879, S. 25ff. Die Leipziger Vorlage trug den markanten Titel »Entwurf eines Programms der demokratischen Partei«.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

als unabhängige Männer, nach oben gegen die Regierung, nach unten gegen die Massen, welche die Gesellschaft bedrohen, hinstellen . . . Ich meine daher, daß wir unsere Unterstützung nach rechts suchen müssen in den unabhängigen Männern, in dem arbeitsamen Volke, in den Besitzenden, in der Mitte des guten alten Bürgertums.«[96] Konnte man dem »Gemeinwohl«-Verständnis der DFP-Mehrheit, verbunden mit der Fiktion einer »partikularinteressenfreien Politik«, deutlicher Ausdruck geben?[97] Richter ergänzte, indem er darauf verwies, eine Partei, an deren Spitze Männer wie Schulze-Delitzsch stünden, habe es »nicht nötig«, die soziale Frage besonders zu betonen. In anderem Zusammenhang insistierte Richter auf der Feststellung, es gebe keine spezielle »soziale Frage« – ganz im Geiste der Versatzstücke eines John Prince-Smith.[98] Die DFP war in ihrer Mehrheit – und darin folgte sie widerspruchslos der Parteiführung um Richter – nicht willens, konstruktiv auf die sozialliberale Gewerkschaftsbewegung zuzugehen. Was Hirsch bei der Kandidatenaufstellung 1878, als man ihn zugunsten eines den Nationalliberalen genehmeren Kandidaten aus dem 1877 errungenen Wahlkreis Berlin-Mitte verdrängte[99], hatte erfahren müssen, setzte sich auf dem November-Parteitag nahtlos fort: Die Gewerkvereinsbewegung wurde nicht als Partner, eher als Stimmvieh und Manövriermasse des entschiedenen Liberalismus traktiert.

Bei der Spaltung des freisinnigen Lagers im Jahre 1893 ergab sich die – in Kenntnis der weiteren Entwicklungen – nur schwer verständliche, aber auf die Traditionslinien innerhalb des Liberalismus rekurrierende Lage, daß sich gerade die auf demokratische und soziale Reformen setzenden Parteigliederungen für ein Verbleiben an der Seite Eugen Richters entschieden, sich also der »Freisinnigen Volkspartei« (FrVP) anschlossen. Dies galt – von Bindungen an die Deutsche Volkspartei (DVP), vor allem in Teilen Süddeutschlands, abgesehen – auch für die überwiegende Mehrheit der parteipolitisch engagierten Gewerkvereiner und in ganz besonderer Weise für die Führungsspitzen des gewerkschaftlichen Dachverbandes VDG und der meisten Gliedgewerkschaften. Gerade in der GV-Bewegung sah man die Lösung von jenen Gruppen der vormaligen »Deutschen Freisinnigen Partei«(DFrP), die in der Tradition der vom Nationalliberalismus abgespaltenen »Sezession« standen, als Hoffnungszeichen für ein engagierteres Eintreten des entschiedenen Liberalismus für Belange der sozialen Reform. Diesem Gefühl Nahrung gegeben haben mag auch die Tatsache, daß Richter noch am Tage der Parteispaltung

96 Ebd., S. 23

97 Vgl. hierzu Kieseritzkys Feststellung, die Formulierung einer »speziellen Arbeiterfrage« habe Richter und der DFP-Mehrheit »lediglich als Mittel und Methode sozialdemokratischer Interessenpolitik« gegolten. W. v. Kieseritzky, Liberalismus (s. Anm. 67), S. 207.

98 Vgl. hierzu Ina Susanne Lorenz: Eugen Richter. Der entschiedene Liberalismus in wilhelminischer Zeit 1871-1906. Husum 1981, S. 125ff.

99 Vgl. Bernd Haunfelder: Die liberalen Abgeordneten des Deutschen Reichstages 1871 – 1918. Ein biographisches Handbuch. Münster 2004, S. 200.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

einen gemeinsamen Aufruf zur bevorstehenden Reichstagswahl mit dem Fraktionsvorsitzenden der DVP, Friedrich Payer, erließ. Mit dem Neuanfang verband sich mancherorts die Hoffnung auf einen grundlegenden programmatischen »Linksschwenk« der neuen Partei und ein Abgehen von den zentralistischen Führungsstrukturen.[100] Nach dem erneut wenig befriedigenden Abschneiden bei den Wahlen des Juni 1893 – die FrVP vermochte lediglich 24 der vormals 66 Mandate für die DFrP zu halten – fand im Juli 1893 ein erster, konstituierender Parteitag der FrVP statt – für den linksliberal-demokratischen Flügel der Partei die erste Zusammenkunft der »bürgerlichen Demokratie Deutschlands« seit 1878.[101]

Obwohl der Parteitag mit dem Auftrag an die Untergliederungen auseinandergegangen war, in eine gründliche Programmdiskussion einzutreten, setzte diese erst im Sommer 1894 ein, angeregt auch durch die Publikation eines Vorstandsentwurfs, der am 21. August 1894 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde. Obwohl dieser Entwurf bereits eine deutliche Akzentverschiebung hin zu sozialpolitischen Belangen enthielt, forderten Vertreter des linken Parteiflügels, wie der Geraer Josef Fisahn, ein entschiedeneres Auftreten. Was die Sozialdemokratie – »abgesehen von der Zukunftsstaaterei« – jetzt als praktische soziale Forderungen aufstelle, seien doch zumeist »alte demokratische« Anliegen, von denen man »nur bedauern kann, daß ihre Vertretung im Liberalismus lauer und immer lauer« geworden sei.[102] Offenkundig waltete hier eine – einer gewissen Aufbruchsstimmung geschuldete – Glorifizierung fortschrittsparteilicher Vergangenheit. Fisahn formulierte einen breiten politischen wie gesellschaftspolitischen Forderungskatalog (u.a. die Anwendung des Reichstagswahlrechts auf Landes- wie Kommunalebene, nationale Einheitsschule, Trennung von Staat und Kirche sowie Einführung des Maximalarbeitstages und Förderung der Genossenschaften), der in der Folge nicht nur die Unterstützung seiner reußischen Parteiorganisation, sondern eines regionalen, thüringischen Parteitages in Jena fand. Hier kam die

100 Vgl. die bei P. Kösling ausführlich zit. Berichterstattung und Kommentierung der Entwicklungen des Mai/Juni 1893 in dem DFrP- resp. FrVP-nahen »Geraischen Tageblatt«, das seit 1884 – in der sachlichen wie geistigen Nachfolge Karl Wartenburgs – von Josef Fisahn redigiert wurde. S. Peer Kösling: Der Fortschrittliche Landesverein von Reuß j.L. (Gera) im Entstehungsprozeß der Freisinnigen Volkspartei (1892-1894), in: Jahrbuch für Geschichte 33(1986), S. 83-109. Als Wahlkreiskandidat in Reuß j.L. forderte Fisahn, die »junge Partei« FrVP solle »das politische Programm der alten deutschen Fortschrittspartei im wirtschaftlich antimanchesterlichen Sinne« revidieren, damit die Grundlage schaffen, »auf dem allein eine echte Volkspartei gedeihen . . . kann« (Ebd., S. 88).

101 Diese Formulierung zeigte sowohl die mit der Partei-Neuformierung verbundenen Hoffnungen, aber implizit auch die Einschätzung des sich rasch als Fehlschlag erweisenden Parteiexperiments der »Demokratischen Partei« der Jahre 1884/85, deren wissenschaftliche Aufarbeitung die Liberalismusforschung in der Vergangenheit der marxistischen Parteienforschung (»Bürgerliche Parteien«) überlassen hat. Vgl. H.-G. Fleck: Sozialliberalismus (s. Anm. 8), S. 581, Anm. 34.

102 Geraisches Tageblatt, 26.08.1894, zit. nach P. Kösling (s. Anm. 100), S. 93.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Unterstützung just von der Jenaer Parteiorganisation unter der Führung des Rechtsanwaltes Ernst Harmening und des Unternehmers Ernst Abbe. Dieser hatte sich schon im März 1894 mit zwei Vorträgen[103] in die innerparteiliche Diskussion eingeschaltet, dabei vor allem Programmvorschläge zu Reformen des Arbeitsschutzes durch Ausgestaltung eines Arbeitsrechts sowie des Steuersystems formuliert, die nun als Änderungsanträge zum Programmentwurf der FrVP-Führung in den Eisenacher Parteitag des Septembers 1894 einflossen.

Die inhaltlich orientierte Opposition zur Parteiführung kam jedoch mit ihren Anliegen kaum zum Zuge. Sie wurde entweder mit Geschäftsordnungstricks oder Rücktritts-Drohgebärden Richters in Schach gehalten.[104] Der unwesentlich geänderte Leitantrag der FrVP-Führung wurde letzlich einstimmig angenommen, nachdem oppositionelle Delegierte den Parteitag vorzeitig verlassen hatten. Nach Auffassung Fisahns hatte die Partei nicht jenes Programm bekommen, das ihren Wünschen »und den Anforderungen der Zeit« entspreche, sondern man habe »der Parteileitung dasjenige Programm bewilligt, das sie haben wollte«. Die »echtbismarcksche Taktik« Richters sei »in einer demokratischen Partei vollends unmöglich«. Die Grundsätze, die man hinsichtlich des gesamten Staatswesens vertrete, müsse man konsequenterweise zunächst bei sich selber praktizieren. »Eine demokratische Partei, die in sich selbst eine Aristokratie duldet, sich von dieser ihr Glaubensbekenntnis diktieren läßt, ist ein Unding, eine Karikatur ihrer selbst.«[105] Bei aller berechtigten Kritik an den fortgesetzten Machtspielen Richters auch in der neuen Partei, bei aller Enttäuschung über den mangelnden Reformmut konnten auch die innerparteilichen Kritiker nicht verhehlen, daß sich die FrVP mit einzelnen Formulierungen weit von dem Diskurs des Jahres 1878 entfernt hatte. Die gesellschaftliche und politische Realität konnte nicht länger ignoriert werden: Die »soziale Frage« forderte ihr Recht. »Förderung aller auf friedliche Verständigung zielenden Einrichtungen, gesetzliche Anerkennung der freien Berufsvereine . . ., Sicherung und Verallgemeinerung der Koalitionsfreiheit . . ., Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung, insbesondere zum Schutz gegen mißbräuliche Anforderungen an ihre Arbeitskraft, Gestaltung der öffentlichen Betriebe zu sozialen Musteranstalten, . . . Vereinfachung und Verbesserung der Arbeiterversicherung, namentlich auch durch Förderung der auf Selbsthilfe und Selbstverwaltung beruhenden freien Hilfskassen der

103 Die Vorträge wurden unter dem Titel »Welche sozialen Forderungen soll die Freisinnige Volkspartei in ihr Programm aufnehmen? Zwei Vorträge im Freisinnigen Verein zu Jena am 7. und 21. März 1894« publiziert.

104 Der Parteitagsdelegierte Fisahn konstatierte nach dem ersten Verhandlungstag perplex und frustriert zugleich: »Man kommt sich als Teilnehmer an dem Parteitag vor wie ein zufälliger Statist bei der Vorführung einer wohleinstudierten Haupt- und Staatsaktion.« Geraisches Tageblatt vom 25.09.1894, zit. bei P. Kösling: Landesverein (s. Anm. 100), S. 102.

105 Geraisches Tageblatt, 29.09.1894, zit. nach P. Kösling (s. Anm. 100), S. 93.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Arbeitnehmer . . .« So hieß die sozialpolitische Programmaussage des Jahres 1894.[106]

Was hätten die sozialliberalen Gesellschaftsreformer der 1870er Jahre dafür gegeben, wenn auch nur ein Teil dieser Formulierungen im Jahre 1878, *vor* der Etablierung der Institutionen des »Staatsozialismus«, Eingang in ein Programm des entschiedenen Liberalismus gefunden hätte? Was hätten sie dafür gegeben, wenn ihnen die Führung ihrer politischen Partei – voran Richter – nicht immer neue Steine in den Weg geräumt, sondern ihnen jenen Sukkurs gegeben hätte, dessen sie – an einer der scharfen Frontlinien gesellschaftlicher Konflikte – so bitter bedurften? Wenn der Enthusiasmus über das Erreichte dennoch erstaunlich gering blieb, so war dies nicht zuletzt dem Zweifel an der Lernfähigkeit auch eines Eugen Richter geschuldet. Und dieser sollte mit zahllosen weiteren Veröffentlichungen nach 1894, u. a. den wiederholten Auflagen seines einflußreichen »ABC-Buches«, immer wieder unter Beweis stellen, daß er wohl über Prinzipientreue, aber nicht über jenen Pragmatismus verfügte, der einen handelnden Politiker von einem blutarmen Ideologen unterscheidet.

3. *Politischer Liberalismus und sozialliberale Gesellschaftsreform – eine vielfältig belastete Beziehung*

Sozialliberale Gesellschaftsreform setzt im 19. Jahrhundert dort an, wo die Erkenntnis Platz greift, daß die Freiheitsideale der Liberalen immer dann zu scheitern drohen, wenn extreme soziale Spannungen, eine politische Kultur der Intoleranz, des Sozialneides und der Intellektfeindschaft herrschen. Was andere – auch andere Liberale – als Kapitulation vor dem »Zeitgeist« oder gar als Abweichen von einem aus vorindustriellen Zeiten stammenden Liberalismus-Verständnis interpretieren wollten, war für um soziale Verantwortung ringende Liberale der Königsweg zwischen den eigenen, freiheitlichen Idealen und den immer bedrohlicher anwachsenden Herausforderungen ihrer Gegenwart. Sozialer Liberalismus, wie er sich seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelt hatte, war also der Versuch, Freiheit und Eigenverantwortung unter den wachsenden Herausforderungen einer sich extrem polarisierenden Industrie- und Massengesellschaft nicht nur zu bewahren, sondern zu Grundmaximen gesellschaftlicher Entwicklung zu machen. Bildung für alle Bürger, Selbsthilfe (einschl. der Hilfe zur Selbsthilfe) und freie, aber kollektive Interessenassoziation der Bürger: Sie bildeten das Grundinstrumentarium einer sozialliberalen Gesellschaftsreform, der das Streben nach mehr

106 F. Salomon: Die deutschen Parteiprogramme, Teil II: Von 1871 – 1900. Leipzig, Berlin 1907, S. 90.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

demokratisch-partizipatorischer Entfaltung der Bürger zwar nicht notwendige Voraussetzung, aber selbstverständliche Begleiterscheinung dieses Reformprozesses war. Das Individuum und die kontinuierliche Erweiterung seiner Handlungsspielräume stand im Vordergrund, wobei man staatliches Handeln um so mehr mit größter Reserve betrachtete, als der Staat seine Handlungsmöglichkeiten im Interesse der großen Mehrheit der Bevölkerung noch nirgends unter Beweis gestellt, stets nur als Agent herrschender gesellschaftlicher Privilegienallokation gewirkt hatte.

Freiheit und Eigenverantwortung des Individuums – das stand für Sozialliberale eindeutig im Vordergrund. Aber sie waren nicht bereit, staatliches Handeln als per se negativ und freiheitsbeschränkend zu verwerfen, noch viel weniger bereit – notfalls im Bündnis mit herrschenden Eliten – die bestehenden Machtverhältnisse unter Leugnung der sozialen Konfliktfelder zu zementieren. Wer im Konflikt zwischen den »Staatssozialisten« verschiedener Provenienz einseitig Partei ergriff für die »Partei der Macht«, – und sei es nur indirekt, in dem er sein Augenmerk (vor allem nach Bismarcks Abtritt) nahezu ausschließlich auf die »Irrlehren der Sozialdemokratie« konzentrierte –, der durfte sich nicht wundern, wenn er auf Dauer als politische Belastung auch in den eigenen Reihen wahrgenommen wurde. Und exakt dieses Schicksal wurde Eugen Richter zuteil, der die an Nibelungentreue grenzende Haltung einer älteren Generation sozialliberaler Gewerkschafter stets mit einer eigenartigen Mischung aus Benevolenz, Mißachtung und Mißtrauen honoriert hatte. Hier war keine Spur des Verständnisses für eine ›Schicksalsgemeinschaft der Liberalen‹. Nur wenige Führungsfiguren des entschiedenen Liberalismus waren derart eindeutig und schroff in ihrer Zurückweisung der Anliegen sozialliberaler Gesellschaftsreform. Nur wenige waren – in nicht ohne Weiteres erklärbarer Verkennung »realer Machtverhältnisse« – so leichthin bereit, den sozialliberalen Reformanliegen immer wieder eine klare Absage zu erteilen – und zwar nur deshalb, weil sie als Kapitulation vor einem »staatsinterventionistischen Zeitgeist« mißinterpretiert wurden. Indem man das Reforminstrumentarium, über das der Liberalismus zur Abwehr hypertropher Staatsintervention verfügte, selbst leichtfertig aus der Hand gab, begab man sich der Chance, den »Staatssozialisten« jedweder Couleur Substantielles entgegenzusetzen.

An anderer Stelle ist Richter als Prototyp eines dogmatischen Wirtschaftsliberalismus präsentiert worden, wie er im Kaiserreich existierte[107]. Diese Einschätzung wird durch jene implizit nur bestätigt, die ihn heute zum einzig ech-

107 Zit. nach H.-G. Fleck: Von den Unannehmlichkeiten einer Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Realität. In: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): Liberalismus und soziale Frage(n). St. Augustin 1993, S. 27-56, hier S. 47. W. v. Kieseritzky (Liberalismus (s. Anm. 67), S. 482), definiert einen »dogmatischen, antiinterventionistischen Liberalismus«, für den Richter und Bamberger stünden.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

ten Liberalen dieser Epoche auf einen libertären Piedestal erheben wollen. Was heute mancher als Ausweis Richterscher liberaler Prinzipientreue verstehen will, ist nichts anderes als das, was Richter viele seiner Zeitgenossen – nicht zuletzt auch im liberalen Lager – als ideologische Borniertheit und realitätsferne Prinzipienreiterei ankreideten. Es bedurfte erst eines langen geduldigen Kampfes, bis sich – wie wir gesehen haben – sozialliberale Reformanliegen bis hinein in die Programmatik des entschiedenen Liberalismus heimisch machen konnten. Nicht wenige, die diesen Kampf immer wieder gerade gegen Richter zu führen hatten, blieben enttäuscht zurück – oder wechselten die politischen Fronten. Ganz sicher ist es nicht zuletzt Richter zuzurechnen, daß das sozialliberale Reformkonzept im organisierten Liberalismus über Jahrzehnte hinweg nicht über ein Nischendasein hinausgelangte. Als man sich – noch zu Lebzeiten Richters – eines Besseren zu besinnen begann, war wertvolle Zeit und der reformerische Idealismus von nahezu zwei Generationen vergeudet.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Ralf Roth

Leopold Sonnemann und seine Stadt. Kommunalliberalismus am Beispiel von Frankfurt am Main

Das Thema der Tagung hat Eugen Richter zum Fokus und soll ein Bild des Liberalismus seiner Zeit liefern.[1] Ein Mosaikstein findet sich sicher in der liberalen Bewegung der ehemaligen Freien Stadt Frankfurt, der ein besonderes Verhältnis zur Liberalität nachgesagt wird. Erste Anhaltspunkte liefert ein Vergleich zwischen einer Zentralfigur des Frankfurter Liberalismus, Leopold Sonnemann (1831–1909), mit Eugen Richter (1838–1906). Als erstes fällt auf, beide lebten fast zur gleichen Zeit. Der Werdegang beider unterschied sich dann aber beträchtlich. Richter strebte nach seinem Studium der Rechte in Bonn, Heidelberg und Berlin zunächst eine Laufbahn im Staatsdienst an. Er verließ diesen jedoch, als seine Wahl zum Bürgermeister von Neuwied nicht bestätigt worden war. Daraufhin betätigte er sich eine Zeitlang als Journalist, bevor er sich ganz seiner politischen Karriere als Abgeordneter der Fortschrittspartei im Preußischen Abgeordnetenhaus, im Norddeutschen Bund und im Reichstag widmete. Demgegenüber begann Sonnemann eine kaufmännische Ausbildung im Geschäft seines Vaters. Die Revolution 1848 prägte ihn dann nachhaltig und sein lebenslanger Kampf für die Durchsetzung einer demokratischen Staats- und Werteordnung mit den Grundforderungen nach freier Selbstbestimmung des Individuums war das, was er mit Richter teilte. Da der Staatsdienst ihm als Frankfurter, später dann preußischem Juden verwehrt war, gründete er eine Bank. Während Richter seinen Parteivorsitz und seinen Abgeordnetenstatus nutzte, um sich publizistisch und als Herausgeber der *Freisinnigen Zeitung* zu betätigen, konnte sich Sonnemann nach wenigen Geschäftsjahren aller wirtschaftlicher Sorgen enthoben ganz der politischen und sozialen Arbeit und vor allem der Herausgabe seiner *Frankfurter Zeitung* widmen.

Ab 1856 hatte er gemeinsam mit dem Frankfurter Kaufmann Heinrich Bernhard Rosenthal den *Frankfurter Geschäftsbericht* herausgegeben, der schon einen Monat später in *Frankfurter Handelszeitung* umbenannt worden war. Diese liberale Wirtschaftszeitung erschien seit Ende 1858 mit einem politi-

1 Bei dem Beitrag handelt es sich um eine überarbeitete Fassung des Vortrags für die Tagung der Naumann-Stiftung »Eugen Richter und der Liberalismus« seiner Zeit am 20. bis 22. Oktober 2006 in Gummersbach.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

schen Kommentar. In ihrer Doppelfunktion als politische und als Wirtschaftszeitung erhielt sie 1859 den Namen *Neue Frankfurter Zeitung* und später beließ es Sonnemann einfach bei *Frankfurter Zeitung*. Parallel zu seinem verlegerischen Engagement verlief seine politische Laufbahn. Bei der Gründung der Deutschen Volkspartei im Jahre 1868 war Sonnemann einer der wesentlichen Gestalter. Für die besonders im süd- und mitteldeutschen Raum erfolgreiche Partei saß er als einziger Vertreter seit 1871 im Deutschen Reichstag.

Mit Richter teilte er das Unbehagen über das Einlenken im Verfassungskonflikt der 1860er und die Stagnation liberaler Reformansätze in den 1870er Jahren. Richter prägte das Programm der *Fortschrittspartei* auf dem ersten Parteitag im Jahre 1878 und Sonnemann das der *Demokratischen Volkspartei* von 1868. Beide blieben ihr ganzes Leben lang Verfechter einer durchgreifenden Parlamentarisierung und damit wortstarke Kritiker der Bismarckschen Reichseinigung.[2] Beide übten mit ihren wirkungsstarken Pressemedien einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die öffentliche Meinung aus.

Wenn sie im weiten Spektrum des Linksliberalismus auch recht ähnliche Positionen vertraten, so wirkten sie doch auf ganz unterschiedlichen Ebenen der politischen Praxis und daraus resultierten wohl auch einige der Unterschiede in ihrem politischen Verhalten. Während Richter eine breitere Basis der Partei über eine bessere Organisierung des Mittelstandes erreichen wollte, ganz auf einen reichsweiten Umschwung der öffentlichen Meinung zugunsten der Fortschrittspartei setzte und damit Ende der 1880er Jahre scheiterte, gehörte Sonnemann im großen und ganzen zu jenen Liberalen, denen Historiker zuweilen einen Rückzug in die heile Welt der lokalen Politik bescheinigen.

Sonnemann betrachtete Frankfurt und nicht wie Richter Berlin als den zentralen Ort der Demokratie in Deutschland. Hier war er über Jahrzehnte hinweg maßgeblich an den kommunalpolitischen Entscheidungen beteiligt. Als Mitglied der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung von 1869 bis 1880 und von 1887 bis 1904 engagierte er sich faktisch für alle Belange des kommunalen Gemeinwesens. Seine feste Verwurzelung zeigt auch seine Betätigung als Stifter. So war er an der Finanzierung des Frankfurter Opernhauses beteiligt. Er förderte die Senckenbergische und Rothschildsche Bibliothek, gründete 1899 den Städelschen Museumsverein und unterstützte den Aufbau des Kunstgewerbemuseums. Sonnemann blieb also im Gegensatz zu Richter sein ganzes Leben lang in den Traditionen eines lokalen liberalen Milieus, des Frankfurter Liberalismus befangen und das prägte ihn und seine Politik.[3]

2 Vgl. James Sheehan, Der deutsche Liberalismus. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg 1770–1914, München 1983, S. 164 u. 241.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Die monopolartige Stellung des Liberalismus in Frankfurt bis zum Ersten Weltkrieg war der Höhepunkt eines sich über fast sieben Jahrzehnte entwikkelnden Aufstiegs, der sich in verschiedenen Etappen vollzog. Erstmals setzten liberale Vertreter der Bürgerschaft – Kaufleute und Advokaten im Bündnis mit den Zunfthandwerkern – zwischen 1814 und 1816 in einem Kompromiß liberale Reformen durch. Damals wurden in beträchtlichem Umfang die politischen Partizipationsmöglichkeiten erweitert. Bereits fünfzehn Jahre später, zu Beginn der dreißiger Jahre, erlebte die Bewegung einen spürbaren Aufschwung. Damals petitionierten über 200 Bürger öffentlich für die Wiederherstellung der Pressefreiheit und nicht wenige errangen in den dreißiger Jahren im kommunalen Wahlkolleg und der Gesetzgebenden Versammlung Mandate und nutzten diese Einrichtungen zur Durchsetzung weiterer politischer Forderungen. Im März 1848 trotzte die liberale Bewegung dem Senat ein Verfassungsreformversprechen ab und setzte erfolgreich die Wahl einer Konstituierenden Versammlung durch. Die Bewegung trennte sich in Demokraten und Liberale, wobei in Frankfurt die Demokraten bei der Wahl im Oktober 1848 die Mehrheit errangen. Doch ihr Verfassungsentwurf spaltete die Bürgerschaft. Über 2.000 Bürger erzwangen den Abbruch der Verfassungsrevision. Danach erreichten die gemäßigten Liberalen bereits 1853 wieder einen bedeutenden Einfluß in der Gesetzgebenden Versammlung, dem Parlament des Stadtstaats. Drei Jahre später folgten die Demokraten und zusammen setzten sie bis 1864 eine ganze Palette von Reformen in der städtischen Republik Frankfurt durch.[4]

Früh bot der Milieuzusammenhang, insbesondere die lokalen politischen Gremien, die Vereine und die kirchlichen Gemeindevorstände, Raum für die Entfaltung der Bewegung.[5] Eine besondere politische Organisation wurde erst im Zusammenhang mit der nationalen Bewegung notwendig. Die Organisationen der Liberalen waren aus diesem Grund bis in die preußische Zeit hinein meistenteils – wie etwa der Preßverein, das Mittwochskolleg, das Montagskränz-

3 Zu Eugen Richter vgl. Meyers Konversationslexikon, 4. Aufl., Leipzig und Wien 1890, Bd. 13, S. 815. Zum politischen Scheitern Richters vgl. Sheehan, Liberalismus (wie Anm. 2), S. 241–251. Zu Leopold Sonnemann vgl. Art. Sonnemann, Leopold, in: Wolfgang Klötzer (Hrsg.), Frankfurter Biographie, 2 Bde., Frankfurt am Main 1996, S. 397–399, sowie Klaus Gerteis, Leopold Sonnemann. Ein Beitrag zur Geschichte des demokratischen Nationalstaatsgedankens in Deutschland, Frankfurt am Main 1970, und Siegbert Wolf, Liberalismus in Frankfurt am Main. Vom Ende der Freien Stadt bis zum Ersten Weltkrieg (1866–1914), Frankfurt am Main 1987.

4 Vgl. Ralf Roth, Stadt und Bürgertum in Frankfurt am Main. Ein besonderer Weg von der ständischen zur modernen Bürgergesellschaft 1760 bis 1914, München 1996, S. 372–380, 397–409 u. 471–481.

5 Zur Rolle dieses Milieus in Baden vgl. Paul Nolte, Gemeindeliberalismus. Zur lokalen Entstehung und sozialen Verankerung der liberalen Partei in Baden 1831–1853, in: Historische Zeitschrift 252, 1992, S. 57–91, hier S. 57ff.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

chen oder die Vereine der Revolution – recht kurzlebig gewesen. In preußischer Zeit trat an die Stelle der kurzlebigen Vereine der liberalen Bewegung eine fest organisierte Bewegung, die sich in der folgenden Zeit zum *Demokratischen Verein*, zum *Verein der Fortschrittspartei* und zum *Nationalliberalen Wahlverein* auskristallisierte.[6] Der linke Flügel der Bewegung gründete, nachdem die Freie Stadt 1866 ihre Souveränität verloren hatte, am 3. Februar 1868 den *Demokratischen Wahlverein*, der eine preußische Hegemonie in Deutschland ablehnte. Die Demokraten hielten am »rein deutschen Standpunkt« einer großdeutsch-republikanischen Politik fest, worunter sie eine konsequente Parlamentarisierung der politischen Strukturen und eine föderativ aufgebaute deutsche Republik verstanden.

Innerhalb der Demokraten existierten mit den *Altdemokraten* um Nikolaus Hadermann und den *Neudemokraten* um Leopold Sonnemann zwei Strömungen; später kam noch ein *Demokratischer Klub* hinzu. Einig waren sich die Fraktionen in der Ansicht, daß die deutsche Einheit nur über eine Revolution zustande kommen könne. Unterschiede ergaben sich bei der Wahl des Weges. Die Gruppe um Hadermann trat zur Erreichung dieses Ziels für eine engere Zusammenarbeit mit der Arbeiterbewegung Lassalles ein, während dies von den Kräften um Sonnemann strikt abgelehnt wurde. Die Gegensätze schliffen sich mit der Reichseinigung ab.

Im Wahlkampf zur zweiten Reichstagswahl im Jahre 1874 vereinigten sich die demokratischen Gruppen zum *Demokratischen Verein*, der sich als örtlicher Verein der süddeutschen *Deutschen Volkspartei* verstand.

Im Gegensatz zu den Demokraten traten die gemäßigten Liberalen nicht für eine Republik, sondern für eine konstitutionelle Monarchie ein, stimmten jedoch nur zum Teil mit der Anerkennung der preußischen Reichseinigungspolitik von Bismarck überein. Aus diesem Grund entwickelten sich zwei Richtungen, die sich ebenfalls, wie der *Demokratische Verein*, aus Anlaß der zweiten Reichstagswahl festere organisatorische Formen gaben. Aus der einen bildete sich am 4. Oktober 1873 der *Nationalliberale Wahlverein*, der die Ziele des konservativen Liberalismus der *Nationalliberalen Partei* teilte.[7]

Auf kommunaler Ebene trat der Wahlverein, um die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt zu fördern, für eine rasche Normalisierung der Beziehungen zur preußischen Verwaltung ein. Dabei sollte der Parteienkampf nicht im Vordergrund stehen. Ebenso wie der *Demokratische Verein* betonte auch der *Nationalliberale Wahlverein* die Überparteilichkeit des kommunalen Engagements, was ihn allerdings nicht daran hinderte, alles zu unternehmen, um den *Demokratischen Verein* auf lokaler Ebene zu isolieren. Zu diesem Zweck verfolgte

6 Vgl. zur Parteibildung der Liberalen Sheehan, Liberalismus (wie Anm. 2), S. 151ff.
7 Zu den Gründern des Vereins und zu seinen programmatischen Positionen vgl. Wolf, Liberalismus (wie Anm. 3), S. 81ff.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

er in den ersten Jahren eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem dritten großen liberalen Verein Frankfurts, dem der Richterschen *Fortschrittspartei* am nächsten stehenden *Verein der Fortschrittspartei*, der sich ebenfalls aus Anlaß der zweiten Reichstagswahl am 11. März 1874 gegründet hatte. Dieser Verein setzte die Tradition der Casinofraktion um von Gagern von 1848 fort. Viele Mitglieder der Alt- und Neugothaer der fünfziger und sechziger Jahre sammelten sich in diesem Verein. In der nationalen Frage teilte er den Standpunkt der *Deutschen Fortschrittspartei* und trat wie der *Nationalliberale Wahlverein* für eine konstitutionelle Monarchie ein, die jedoch stärker parlamentarisiert sein sollte. Mit dem Demokratischen Verein und gegen den *Nationalliberalen Verein*, dafür im Einklang mit den Traditionen Frankfurts lehnte der Verein der Fortschrittspartei eine preußische Hegemonie über Deutschland ab.[8]

Auf kommunaler Ebene trat der Verein für die Wahrung der bestehenden Rechte und die Ausgestaltung freiheitlicher Beziehungen ein, wobei dies als ein langfristiger Prozeß angesehen wurde. Ferner forderte er konfessionslose Schulen, setzte sich für mehr Koalitionsrechte für die Arbeiter ein und strebte eine gerechte Verteilung der Steuerlast an, ohne wie die Demokraten für eine progressive Einkommensteuer einzutreten. Obwohl programmatisch einiges für ein Bündnis mit dem *Demokratischen Verein* sprach, arbeiteten sie im ersten Jahrzehnt vor allem mit dem *Nationalliberalen Verein* zusammen. Erst bei der Landtagswahl von 1879 wurde dieses Bündnis aufgelöst und in den folgenden Jahren durch eine immer intensivere Kooperation mit dem Demokratischen Verein ersetzt. Somit stand dem Nationalliberalen Wahlverein ab den achtziger Jahren in der Stadtverordnetenversammlung ein Bündnis aus Demokraten und Mitgliedern des *Fortschrittsvereins* gegenüber. Der Einfluß der Nationalliberalen beschränkte sich hinfort auf seine Vertreter im Magistrat.

Soziale und konfessionelle Struktur des Frankfurter Liberalismus

Um 1880 dürfte die liberale Bewegung in Frankfurt gut 1.100 Mitglieder umfaßt haben und wuchs bis 1910 auf ungefähr 2.700 an. Dieser Anstieg blieb damit beträchtlich hinter dem Größenwachstum sowohl der Einwohnerschaft als auch der Bürgergemeinde zurück, so daß von den anfangs zehn Prozent organisierten Bürgern am Ende nur ungefähr fünf übrig blieben.[9] In allen drei

8 Zu den programmatischen Positionen vgl. Wolf, Liberalismus (wie Anm. 3), S. 59ff.

9 Zu den Zahlen Vgl. ebd. 42, 66 u. 83, u. Cornelia Rohr, Liberalismus in Frankfurt 1910–1924, Ms., Frankfurt am Main 1991, S. 74ff. Dieser Entwicklungsprozeß stand in auffallendem Gegensatz zur organisierten Arbeiterbewegung, die nicht nur gleichmäßig mit der Ent-

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Vereinen war das Handelsbürgertum mit knapp 50 oder mehr Prozent vertreten. Analog kamen die Handwerker stets auf knapp 20 Prozent, nur bei den Nationalliberalen stellten sie einen etwas geringeren Anteil. Das Bildungsbürgertum, das sich wie in den meisten Gremien aus Angehörigen der freien Berufe, der Ärzte, Advokaten und aus Lehrern rekrutierte, stellte lediglich im Nationalliberalen Verein mehr als 20 Prozent. Typischerweise fehlten in der liberalen Bewegung der Handelsstadt in größerem Umfang Beamte, Offiziere, Adelige und lange Zeit auch Fabrikanten. Entsprechend der Vielfalt der sozialen Strukturen waren auch die Einkommen der verschiedenen Mitgliedergruppen breit gestreut. Vom Demokratischen Verein gehörten immerhin fast ein Viertel der Mitglieder zu den einkommensstarken Bürgern, während beim National- und Fortschrittsverein dieser Anteil zwar etwas ausgeprägter war, aber auch hier befanden sich unter dem Klientel ebenso Kaufleute und Handwerker mit mittleren und sogar geringen Einkommen.[10]

Zwar lassen sich bei den drei Richtungen der Bewegung durchaus Unterschiede feststellen, insgesamt aber gilt, daß in den liberalen Vereinen jeweils ein breites soziales Spektrum organisiert war, das in ausgewogenen Proportionen sowohl kapitalkräftige Bankiers, Kaufleute und gutsituierte Bildungsbürger als auch sehr bescheiden lebende handwerkliche Gewerbetreibende enthielt. Damit blieben sowohl die Bandbreite der Berufe als auch die Besitzverteilung breit gestreut. Der Liberalismus in Frankfurt am Main war fest im bürgerlichen Milieu verwurzelt.[11]

Alle drei politischen Vereine waren aufs engste mit dem stark expandierenden Vereinswesen verflochten. Mindestens drei Viertel der Mitglieder gehörten jeweils auch anderen Vereinen an, deren Zahl sich allein in den Jahren zwischen 1877 und 1887 von 170 auf über 300 vermehrte und die insgesamt als informeller Zusammenhang und als Multiplikator der liberalen und der demokratischen Bewegung wirkten. Von dort stiegen sie in die politischen Gremien der Freien Stadt auf und errangen in Preußischer Zeit – nicht zuletzt dank eines restriktiven Wahlrechts – eine lange Zeit unangefochtene Stellung: ausgehend von der Gesetzgebenden Versammlung der Freien Stadt über die poli-

faltung ihres Milieus Schritt hielt, sondern auch immer größere Anteile direkt integrierte. So stieg der durchschnittliche Organisationsgrad der freien Gewerkschaften von 3,4 Prozent im Jahre 1895 auf 21,3 Prozent im Jahre 1907 oder in absoluten Zahlen von 3.028 auf 35.583 Mitglieder. Vgl. Ralf Roth, Gewerkschaftskartell und Sozialpolitik in Frankfurt am Main. Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg zwischen Restauration und liberaler Erneuerung, Frankfurt am Main 1991, S. 116ff.

10 Roth, Stadt und Bürgertum (wie Anm. 4), S. 507–509.

11 Im allgemeinen kommt Dieter Langewiesche, Liberalismus in Deutschland, Frankfurt am Main 1988, S. 164, zu einem anderen Befund. Allerdings orientiert sich seine Auffassung zu sehr an einem direkten Vergleich mit dem Arbeitermilieu und den organisatorischen Strukturen der Sozialdemokratie. Die Geschlossenheit dieses Milieus resultierte zum großen Teil aus der »Ausgrenzung« aus der bürgerlichen Lebenswelt, während der liberalen Bewegung gerade hier alle kulturellen, sozialen, informellen und politischen Einrichtungen zur Verfügung standen.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

tischen Umbrüche hinweg, die aus der Annektion der Stadt im Jahre 1866 durch die Preußen resultierten.

Die Rolle der Liberalen in den politischen Gremien der Stadt

Nach der folgenreichen Zäsur von 1866 wurde die politische Berechtigung – neben vielen Klauseln – vor allem an ein Mindestjahreseinkommen von 700 Gulden geknüpft.[12] Damit wurde nicht nur die politische Rechtlosigkeit der Unterschichten und der Arbeiter (sowie der Frauen, die generell nicht wahlberechtigt waren) auf kommunaler Ebene festgeschrieben, sondern zwischen 1864 und 1867 verlor auch mehr als ein Drittel der angestammten Bürgerschaft die politischen Partizipations- und Mitsprachemöglichkeiten auf kommunaler Ebene – und dies bei einer insgesamt stark wachsenden Bevölkerungszahl. In den folgenden Jahren war nur rund ein Drittel der Reichstagswahlberechtigten auch zu den Wahlen auf kommunaler Ebene zugelassen.[13] Dies ist sicher der entscheidende Grund für die Dominanz der Liberalen auf kommunaler Ebene und vice versa ihrer Abneigung gegenüber dem allgemeinen Wahlrecht.[14]

12 Vgl. § 13 des Gemeinde-Verfassungs-Gesetzes für die Stadt Frankfurt am Main vom 25. März 1867, Frankfurt am Main 1898, S. 4f.

13 Im einzelnen liegen widersprüchliche Angaben vor. Karl Maly, Die Macht der Honoratioren. Geschichte der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung, 2 Bde., Frankfurt am Main 1992 u. 1995, Bd. 1, S. 21, geht für das Jahr 1867 von über 6.200 Wahlberechtigten aus, während Wolf, Liberalismus (wie Anm. 3), S. 175, lediglich 5.368 benennt. Zur späteren Entwicklung vgl. Ralf Roth, Liberalismus in Frankfurt am Main 1814–1914. Probleme seiner Strukturgeschichte, in: Historische Zeitschrift, Beiheft 19, 1995, S. 41–85, hier S. 45, u. John D. Rolling, Liberals, Socialists, and City Government in Imperial Germany. The Case of Frankfurt am Main 1900–1918, Ph. D., Madison/Wisconsin 1979, S. 180.

14 Vgl. John Breuilly, Civil Society and the Labour Movement, Class Relations and the Law. A Comparison between Germany and England, in: Jürgen Kocka (Hrsg.), Arbeiter und Bürger im 19. Jahrhundert. Varianten ihres Verhältnisses im europäischen Vergleich, München 1986, S. 287–318, hier S. 289, u. Jacques Droz, Liberale Anschauungen zur Wahlrechtsfrage und das preußische Dreiklassenwahlrecht, in: Ernst-Wolfgang Böckenförde (Hrsg.), Moderne deutsche Verfassungsgeschichte, Königstein/Ts. 1981, S. 232–251, hier S. 244ff. Die undemokratischen Kommunalwahlrechte führten zur Verfestigung der klassenmäßigen Aufspaltung der Gesellschaft. Dabei muß jedoch die politische Gesamtsituation berücksichtigt werden. Bei einem anderen Wahlrecht hätten die Liberalen mit den Städten auch ihre letzte politische Bastion im Kaiserreich verloren. Zu den Bedingungen einer liberalen Kommunalpolitik vgl. James Sheehan, Liberalism and the City in Nineteenth-Century Germany, in: Past & Present 51, 1971, S. 116–137, insb. S. 126ff., u. ders., Deutscher Liberalismus im postliberalen Zeitalter 1890–1914, in: Geschichte und Gesellschaft 4, 1978, S. 29–48, hier S. 46f. Zur Rolle des Zensuswahlrechts auf kommunaler Ebene vgl. ferner Wolfgang Hardtwig, Großstadt und Bürgerlichkeit in der politischen Ordnung des Kaiserreichs, in: Lothar Gall (Hrsg.), Stadt und Bürgertum im 19. Jahrhundert, München 1990, S. 19–64, insb. S. 24ff., u. Helmuth Croon, Das Vordringen der politischen Parteien im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung, in: ders./Wolfgang Hofmann (Hrsg.), Kommunale Selbstverwaltung im Zeitalter der Industrialisierung, Stuttgart u. a. 1971, S. 15–54, hier S. 18ff.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Es gab neben diesen ausgrenzenden Bestimmungen des Gemeinde-Verfassungsgesetzes allerdings auch einige ermutigende Ergebnisse. Im Vergleich zur Beziehung zwischen Senat und Gesetzgebender Versammlung hatte die preußische Verwaltung die Befugnisse der Stadtverordnetenversammlung gegenüber dem Magistrat erweitert und damit das Gewicht des parlamentarischen Gremiums gestärkt. Der Stadtverordnetenversammlung oblagen alle Gemeindeangelegenheiten. Sie hatte die Entscheidungsbefugnis über die Nutzung des Gemeindevermögens und das Recht, Steuern zu beschließen. Sie gebot also über die Finanzen der Stadt. Allerdings blieb die Ausführung im Zuständigkeitsbereich des Magistrats.[15]
Die meisten Mitglieder der neuen Stadtverordnetenversammlung rekrutierten sich noch längere Zeit aus dem Bestand der freistädtischen Gremien – vor allem der alten Gesetzgebenden Versammlung. Es handelte sich dabei vor allem um Demokraten, die eine Kontinuität zwischen Freier und preußischer Stadt herstellten.

Die besondere Rolle des jüdischen Bürgertums

Es gab allerdings eine zentrale Veränderung und die lag im Bereich der konfessionellen Struktur des Liberalismus. Von den 68 Repräsentanten der Stadtverordnetenversammlung um 1870 wirkten 20 im lutherischen Gemeindevorstand mit, 18 in den Vorständen der anderen Gemeinden, darunter vier im jüdischen Gemeindevorstand. Dabei handelte es sich um die Kaufleute Ignatz Beer Creizenach, Bernhard Horkheimer und Adolph Hayum Strauss sowie den Arzt Nathaniel Theodor Neubürger. Der Handelsmann Ignatz Creizenach wurde 1863 ins Wahlkolleg gewählt. Lange Zeit vorher hatte er sich im Vereinswesen organisiert, u. a. im Verein zur Beförderung der Handwerke unter den israelitischen Glaubensgenossen, der Naturforschenden Gesellschaft und der Loge »Zum Frankfurter Adler«. Im Jahre 1885 gehörte er zum Verein der Fortschrittspartei. Die Handelsmänner Bernhard Horkheimer und Adolph Hayum Strauss sowie der Arzt Nathaniel Theodor Neubürger beteiligten sich ebenfalls an den genannten Vereinen. Strauss wurde nach dreijähriger Mitgliedschaft in der Stadtverordnetenversammlung als ehrenamtlicher Stadtrat in den Magistrat berufen.[16] Nachdem mit Maximilian Reinganum bereits in den 1840er Jahren ein führender Repräsentant von jüdischer Herkunft eine große Rolle gespielt hatte, standen nun dem bedeutenden Demokratischen

15 Vgl. §§ 45, 54 u. 62 des Gemeinde-Verfassungs-Gesetzes (wie Anm. 12), S. 15ff., u. Maly, Die Macht der Honoratioren (wie Anm. 13), Bd. 1, S. 19f.
16 Roth, Stadt und Bürgertum (wie Anm. 4), S. 523f.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Verein führende Vertreter der jüdischen Gemeinde vor.[17] Allerdings gehörten sie nicht zum Magistrat und hatten als Juden auch keine Chance auf das Oberbürgermeisteramt. Dennoch gelang ihnen über die Stadtverordnetenversammlung und andere Mandate ein großer Einfluß auf die Kommunalpolitik. Insbesondere galt dies für Leopold Sonnemann. Er verfügte ab Mitte der siebziger Jahre zusammen mit den Fortschrittsliberalen über die Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung und verteidigte diese Position bis ins 20. Jahrhundert hinein.

Die drei Vereine der Liberalen und Demokraten bestimmten in den Jahrzehnten nach 1870 alleine die kommunale Politik. Die politischen Parteien der Konservativen und des Zentrums fehlten fast vollkommen und bis zum Ende des Jahrhunderts spielte auch die Sozialdemokratie in der städtischen Politik keine große Rolle. Bis 1900 waren diese politischen Strömungen nicht in der Stadtverordnetenversammlung vertreten. Die Mitglieder der demokratischen und liberalen Vereine besetzten somit alle politischen Gremien, und Repräsentanten beider Richtungen vertraten auch lange Zeit die Stadt, sowohl im Preußischen Landtag und im Herrenhaus als auch im Reichstag.[18]

Von der Stadtverordnetenversammlung aus gestaltete die linksliberale Mehrheit den weiteren Weg der Kommune, obwohl die gemäßigten Liberalen in den folgenden Jahrzehnten weiterhin die Magistratspartei bildeten.

Die Ambitionen der linksliberalen Abgeordneten gegenüber dem rechtsliberalen Magistrat waren recht eindeutig. »Man dürfe nicht dulden, daß sich der Magistrat über die Bürgerschaft erhebe. Diejenigen, die dem Magistrat am wirksamsten den Daumen aufs Auge hielten, seien ihm am liebsten«, äußerte ein Parteifreund Sonnemanns, der Frankfurter Dichter Friedrich Stoltze, und fixierte damit die Zielperspektive des Parlaments.[19] Die Möglichkeiten des Magistrats, an dem Willen der Stadtverordnetenversammlung vorbei zu agieren, waren beschränkt.[20] Das zeigen die zahlreichen Auseinandersetzungen um Steuern, um Investitionen, um Großprojekte im Infrastrukturbereich, kurz, um den Umbau der Stadt in der Zeit der Industrialisierung und des rapiden Größenwachstums.

17 Manfred Köhler, Ein Leben zwischen Revolution und Rückzug. Überlegungen zu einer neuen Reinganum-Biographie, in: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst 61, 1987, S. 213–219.

18 Vgl. Wolfgang Klötzer, Das Wilhelminische Frankfurt, in: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst 53, 1973, S. 161–167, hier S. 164, u. Wilfried Forstmann, Frankfurt am Main in wilhelminischer Zeit, in: Frankfurt am Main. Die Geschichte der Stadt, Sigmaringen 1991, S. 349–422, hier S. 362.

19 Friedrich Stoltze zit. n. Maly, Die Macht der Honoratioren (wie Anm. 13), S 100.

20 Vgl. § 46 des Gemeinde-Verfassungs-Gesetzes (wie Anm. 12), S. 15.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Welches waren nun die Probleme, die von der liberalen Bewegung Frankfurts gelöst werden mussten? Die Gewerbereform der 1860er Jahre, das preußische Gewerberecht von 1867 und die Einführung der Freizügigkeit zogen erhebliche Konsequenzen nach sich, ohne daß sie direkt zu einer großflächigen Industrialisierung geführt hätten. Denn es fehlte eine disponible und für eine verarbeitende Industrie qualifizierte Arbeiterschaft. Die für die Fabrikindustrie wichtigen gelernten Arbeiter wanderten aufgrund der hohen Lebenshaltungskosten und Steuern nur langsam aus anderen Industrieregionen zu. Umgekehrt erwies sich das relativ hohe Lohnniveau der im Handel und im Transportwesen arbeitenden Ungelernten und Tagelöhner als Hemmnis für Fabrikansiedlungen und damit für die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen.[21]
Es fehlten außerdem billige Energiequellen, denn die Infrastruktur Frankfurts und seiner Umgebung, besonders die schlechte Anbindung an das Wasserstraßennetz, ermöglichte es nicht, Massengüter wie die Kohle, kostengünstig zu befördern. Der Transport per Schiff scheiterte am zu niedrigen Pegelstand des Mains. Nicht zuletzt erwiesen sich auch die hohen Bodenpreise in der Stadt als Hemmnis für größere Investitionen. Aus diesem Grund wirkte sich entgegen aller Prognosen und Befürchtungen die Gewerbefreiheit in den ersten beiden Jahrzehnten, in denen Frankfurt zum preußischen Staat gehörte, nicht in größerem Maße aus. Bis tief in die achtziger Jahre änderte sich kaum etwas an der traditionellen Wirtschaftsstruktur. Die zentrale Ausrichtung auf den Handel wie auf das Banken- und Versicherungsgeschäft blieb erhalten. Doch dieser Sektor trug die rasch expandierende, von Armutszuwanderung geprägte Stadt nicht mehr. Ein wirtschaftspolitischer Umbau der Stadt wurde notwendig und mußte daher von der liberalen Bewegung gestaltet werden.
Dazu waren umfangreiche Infrastrukturmaßnahmen notwendig und deshalb wurde im Zeitraum zwischen 1870 und 1890 fraktionsübergreifend ein Investitionsprogramm initiiert, in dessen Rahmen der großangelegte infrastrukturelle Ausbau der Stadt erfolgte, der zum Teil sogar die umliegende Region mit einbezog. Im Namen des Magistrats faßte der erste preußische Oberbürgermeister, der Nationalliberale Daniel Heinrich Mumm, das Programm in einem Vortrag vor der Stadtverordnetenversammlung zusammen: »Die Zeiten sind vorüber, wo Frankfurt in einer gewissen Selbstgenügsamkeit, getragen von dem Gefühl der beiwohnenden Bedeutung, sich auf sich selbst zurückziehen und seine Entwicklung gemächlich der Zeit und der Gunst der Umstände überlassen möchte. Frankfurt hat alle Ursache, sich ernstlich zu rühren und in richtiger Erfassung der Lage und der gebotenen Mittel zu streben, einer der

21 Vgl. dazu Dieter Rebentisch, Industrialisierung, Bevölkerungswachstum und Eingemeindungen, in: Jürgen Reulecke (Hrsg.), Die deutsche Stadt im Industriezeitalter, Wuppertal 1978, S. 90–113, hier S. 93f.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Zentralpunkte jenes großen Welt- und Verkehrslebens zu werden.«[22] Das Programm schloß Investitionen im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich ein, die zusammengenommen den Ausbau Frankfurts zu einer Großstadt einleiteten.

Es ging um den Aufbau der Systeme für die Daseinsfürsorge, um den Ausbau der Stadt als ein Kultur- und Wissenschaftszentrum und um Investitionen für eine Verbreiterung der wirtschaftlichen Basis der bis dahin fast ausschließlich vom Handel geprägten Stadt. Alle Aktivitäten diesbezüglich vollzogen sich in den folgenden drei Jahrzehnten zeitgleich oder folgten in kurzem Abstand aufeinander. Sie bildeten zusammen ein komplexes aufeinander abgestimmtes System von Einzelmaßnahmen.[23]

Zum ersten Komplex gehörte die Erschließung neuer Wasserreservoirs durch den Bau von Gebirgsquellwasserleitungen aus dem Spessart und dem Vogelsberg und eines mehrere hundert Kilometer langen städtischen Leitungsnetzes.[24] Ebenso wichtig wie die Wasserversorgung war am Ende der sechziger Jahre der Aufbau einer Kanalisation, in der Regenwasser, Abwasser und Fäkalien abgeführt wurden. Bereits im Jahre 1867 begannen unter der Aufsicht von William Lindley die Arbeiten an der Kanalisierung.[25]

22 Bericht des Magistrats, betr. die Verwaltung und den Stand der Gemeindeangelegenheiten, erstattet in öffentlicher Sitzung an die Stadtverordneten am 14. December 1869. Vgl. auch FZ v. 15. Dezember 1869. Zum Hintergrund vgl. Wilfried Forstmann, Frankfurt am Main in wilhelminischer Zeit, in: Frankfurt am Main. Die Geschichte der Stadt. Sigmaringen 1991, S. 349–422, hier S. 384ff., u. Wolf-Arno Kropat, Frankfurt zwischen Provinzialismus und Nationalismus. Die Eingliederung der »Freien Stadt« in den preußischen Staat (1866–1871), Frankfurt am Main 1971, S. 123ff. Bereits in ihrer ersten Sitzung wies die Stadtverordnetenversammlung auf die Notwendigkeit großer Investitionen hin. Vgl. Maly, Macht der Honoratioren (wie Anm. 13), Bd. 1, S. 38.

23 Vgl. Frederic Howe, European Cities at Work, New York 1913, S. 37ff.; ders., Socialized Germany, New York 1915, S. 198ff.; Henry S. Lunn, Municipal Lessons from Southern Germany, London 1908, 11ff., u. zum Hintergrund vgl. Brian Kenneth Ladd, City Planning and Social Reform in Cologne, Frankfurt and Düsseldorf 1866–1914, Ph. D., Ann Arbor/ Michigan 1986, S. 4f.

24 Zu den Anlagen gehörten 1908 Leitungen von 66 Kilometer Länge, die zusammen 56.000 Kubikmeter Wasser beförderten. Sie hatten einen Wert von 29 Millionen Mark. Jährlich mußte für den Unterhalt 500.000 Mark ausgegeben werden. Einnahmen von 3,5 Millionen Mark standen Ausgaben von 2,8 Millionen gegenüber. Vgl. August Busch, Die Betriebe der Stadt Frankfurt am Main, in: Die Gemeindebetriebe der Städte Magdeburg, Naumburg a. S., Frankfurt am Main 3. T., Leipzig 1909, S. 119–174, hier S. 132ff.; Alexander Spiess, Frankfurt am Main. Führer durch die Stadt mit besonderer Berücksichtigung der naturwissenschaftlichen, ärztlichen und hygienischen Anstalten und Einrichtungen, Frankfurt am Main 1896, S. 112f., u. Volker Rödel, Ingenieurbaukunst in Frankfurt am Main 1806–1914. Beiträge zur Stadtentwicklung, Frankfurt am Main 1983, S. 80ff. Zur Auseinandersetzung in der Stadtverordnetenversammlung vgl. Maly, Die Macht der Honoratioren (wie Anm. 13), Bd. 1, S. 59ff. u. 263.

25 Vgl. John von Simon, Kanalisation und Stadthygiene im 19. Jahrhundert, Düsseldorf 1983, S. 30ff., u. Ladd, City Planning (wie Anm. 23), S. 66. Vgl. a. Rödel, Ingenieurbaukunst (wie Anm. 24), S. 59ff. Zur Diskussion in der Stadtverordnetenversammlung vgl. Maly, Die Macht der Honoratioren (wie Anm. 13), Bd. 1, S. 84f. u. 194. Zur Fortsetzung der Arbeit unter Lindleys Sohn vgl. Franz Lerner, William Heerlein Lindley (1853–1917). Umriß seines Lebens, in: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst 49, 1965, S. 123–133.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Neben diesen Versorgungseinrichtungen wurden das Bildungs- und Gesundheitswesen zu Bereichen mit nahezu permanentem Investitionsbedarf. Sie erfuhren angesichts des Bevölkerungswachstums einen heute kaum noch vorstellbaren Ausbau. In drei Jahrzehnten wurde die Anzahl der Schulen von zwölf auf über 50 erhöht.[26] Das Gesundheitswesen mußte aufgrund der Einführung der Arbeiterversicherungen sogar über die durch das Bevölkerungswachstum bedingte Erweiterung hinaus expandieren.[27] Die Stiftungskrankenhäuser sahen sich nicht in der Lage, den sprunghaft gestiegenen Bedarf der Kranken zu befriedigen. Aus diesem Grund bildeten Krankenhausneubauten seit etwa 1880 beständig einen Teil der städtischen Investitionen.[28]
Doch in dem Jahrzehnt zuvor standen andere Bereiche im Mittelpunkt der Umgestaltungspolitik. In erster Linie ging es bei den Infrastrukturmaßnahmen der siebziger und achtziger Jahre um die Sicherstellung der Stadt als einem Zentrum für den Handel und zugleich um die Schaffung von Rahmenbedingungen für die Ansiedlung von Industrie. Zusammen mit den Verkehrsinvestitionen waren dies die eigentlichen Bereiche für Großinvestitionen.[29] In den 1870er Jahren wurde der gesamte Schienenverkehr im Raum Frankfurt reorganisiert. An dem abschließenden Bau der neuen Bahnstation – 600 Meter vor

26 Trotz der zahlreichen Neubauten waren Mitte der achtziger Jahre Schulklassen mit über 80 Schülern keine Seltenheit. Überlagert wurde der Ausbau von einem langanhaltenden Streit um die konfessionellen Schulen. Vgl. zu den Auseinandersetzungen in der Stadtverordnetenversammlung um Schulneubauten Maly, Die Macht der Honoratioren (wie Anm. 13), Bd. 1, S. 58ff., 76, 89, 109ff., 127, 145, 167ff., 186ff., 240, 263ff., 341 u. 363. Zum Krankenhausausbau vgl. Spiess, Frankfurt am Main (wie Anm. 24), S. 139ff.

27 Zur Entwicklung der Arbeiterversicherung vgl. Florian Tennstedt, Vom Proleten zum Industriearbeiter. Arbeiterbewegung und Sozialpolitik in Deutschland 1800–1914, Köln 1983, S. 182f., 202f. u. 245f., u. allgemein zum Versicherungswesen Volker Hentschel, Geschichte der deutschen Sozialpolitik. 1880 bis 1980, Frankfurt am Main 1983, S. 9; Hans Günther Hockerts, 100 Jahre Sozialversicherung in Deutschland. Ein Bericht über die neuere Forschung, in: Historische Zeitschrift 237, 1983, S. 361–384, hier S. 365, u. Gerhard A Ritter, Sozialversicherung in Deutschland und England. Entstehung und Grundzüge im Vergleich, München 1983, S. 37. Die Ortskrankenkasse Frankfurt steigerte ihre Einnahmen von 230.000 Mark im Gründungsjahr 1886 auf fast sieben Millionen Mark im Jahre 1914. In entsprechendem Umfang konnten die Leistungen ausgedehnt werden. Vgl. Roth, Gewerkschaftskartell (wie Anm. 9), S. 196.

28 Vgl. Spiess, Frankfurt am Main (wie Anm. 24), S. 62ff., u. zur Diskussion in der Stadtverordnetenversammlung Maly, Die Macht der Honoratioren (wie Anm. 13), Bd. 1, S. 165 u. 198ff.

29 Dazu gehörten auch innerstädtische Verkehrsanlagen, denn aufgrund des anhaltenden Bevölkerungswachstums drängten ab den neunziger Jahren immer mehr Menschen aus der übervölkerten Innenstadt und siedelten an der Peripherie. Das Bedürfnis nach schnelleren Verkehrsverbindungen nahm zu. Schon in den sechziger Jahren hatten Benjamin und Heinrich Roth versucht, eine Pferdebahn aufzubauen. 1872 wurde eine derartige Einrichtung konzessioniert. Seit 1882 wurde über ein Straßenbahnnetz für die gesamte Stadt und über eine Kommunalisierung der zu bauenden Anlagen nachgedacht. Nachdem bereits im Jahre 1884 eine erste elektrische Straßenbahnverbindung nach Offenbach eingerichtet werden konnte, gelang es einer im Jahre 1888 eingesetzten gemischten Kommission aus Magistrat und Stadtverordnetenversammlung, in zehnjähriger Arbeit das gesamte im selben Zuge kommunalisierte Straßenbahnnetz zu elektrifizieren. Vgl. zum gesamten Komplex Ladd, City Planning (wie Anm. 23), S. 213ff.; Busch, Betriebe (wie Anm. 24), S. 141ff., u. Maly, Die Macht der Honoratioren (wie Anm. 13), Bd. 1, S. 172, 195, 245ff., 363 u. 384.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

der Stadt, im freien Feld errichtet, der größten Bahnstation im damaligen Europa beteiligte sich die Stadt und erhielt dadurch Spielraum, um unmittelbar und maßgeblich Einfluß auf die Konzeption dieser Investitionsmaßnahme ausüben zu können.[30]

Ein weiteres gewichtiges Projekt galt der besseren Anbindung an das Wasserstraßennetz. Zwischen 1883 und 1886 wurde nach langen Vorbereitungen zur großen Lösung geschritten und der Main auf einer Länge von 33 Kilometern bis zum Rhein kanalisiert. Die Stadt beteiligte sich vor allem am Bau des Hafens im Westen der Stadt.[31]

Weiterhin wurden für den Handel parallel zum Schlachthof in den siebziger Jahren drei Markthallen errichtet und ein neues Börsengebäude für das so wichtige Bank- und Geldgeschäft gebaut.[32] Neben der Mainkanalisierung, den Hafen- und Lagerhausbauten, Markthallen und dem neuen Börsengebäude sowie zahlreichen Brückenneubauten nahm die Stadtverwaltung in den achtziger Jahren weitere Großprojekte in Angriff. Mit der »Bauzonenordnung« von 1891 wurde versucht, bei der erwarteten Entfaltung der Industrie gestaltend eingreifen zu können und mit geringen Anliegergebühren, billigen Tarifen für Wasser, Gas und später auch Strom sowie durch den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs für die Ansiedlung in den ausgewiesenen Fabrikvierteln zu werben.[33]

Die verschiedenen Maßnahmen hatten einen so großen Erfolg, daß bereits bald nach Errichtung der Hafenanlagen und Industriegebiete im Westen der

30 Vgl. Rödel, Ingenieurbaukunst (wie Anm. 24), S. 229 u. 242ff. Der preußische Staat übernahm 24,8 Millionen der insgesamt 35,1 Millionen Mark. Zur Diskussion um den Bahnhofsbau vgl. Ralf Roth, Das Jahrhundert der Eisenbahn. Die Herrschaft über Raum und Zeit 1800 – 1914. Ostfildern 2005, S. 161–164; Heinz Schomann, Der Frankfurter Hauptbahnhof. 150 Jahre Eisenbahngeschichte und Stadtentwicklung (1838–1988), Stuttgart 1988, S. 41ff. u. 149ff.; Jürgen Steen, Frankfurt am Main und die Elektrizität 1800–1914. Die zweite industrielle Revolution, Frankfurt am Main 1981, S. 28f. u. 112ff., u. Otto Kanngießer, Frankfurts Gegenwart und nächste Zukunft. Eine Denkschrift, Frankfurt am Main 1892, S. 21f. u. 38. Zur Stellung der Stadtverordnetenversammlung zu diesem Projekt vgl. Maly, Die Macht der Honoratioren (wie Anm. 13), Bd. 1, S. 87f.

31 Bereits 1874 war die Rhein-Mainkanalgesellschaft mit Plänen zur Flußbegradigung an die Stadt herangetreten. Doch die Stadtverordnetenversammlung konnte sich nicht auf eine einheitliche Meinung festlegen. Wenig später aber setzte sie sich mit ihren Hafenplänen gegen Vorstellungen der königlich-preußischen Regierung in Wiesbaden durch. Die Kosten für den Bau der Hafenanlagen betrugen 1,2 Millionen Mark. Vgl. Maly, Die Macht der Honoratioren (wie Anm. 13), Bd. 1, S. 88, 124f. u. 218. Vgl. a. Rödel, Fabrikarchitektur (wie Anm. 24), S. 15 u. 24. Zur wirtschaftlichen Bedeutung der Mainkanalisierung und des Westhafens vgl. Otto Puls, Der wirthschaftliche Werth der Mainkanalisierung und der Güterverkehr von Frankfurt am Main, Frankfurt am Main 1888, S. 4ff., 43ff. u. 56, u. Otto Puls, Erinnerungen an die Eröffnung der Main-Canalisierung und der Frankfurter Hafen-Anlage, 2. Aufl. Frankfurt am Main 1886, S. 17ff. Der Frankfurter Hafen war der sechstgrößte auf der Rheinstrecke. Vgl. Busch, Betriebe (wie Anm. 24), S. 138ff. Zum gesamten vgl. Manfred Beinhauer u. a., Hafenstadt Frankfurt, Frankfurt am Main 1986, S. 40ff.

32 Vgl. Rödel, Ingenieurbaukunst (wie Anm. 24), S. 165ff., 274 u. 281. Vgl. zu den Brückenprojekten Maly, Die Macht der Honoratioren (wie Anm. 13), Bd. 1, S. 61, 85 u. 111.

33 Vgl. Rödel, Fabrikarchitektur (wie Anm. 24), S. 38ff., u. Ladd, City Planning (wie Anm. 23), S. 117f.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Stadt die Planer anerkennen mußten, »daß diese in absehbarer Zeit den Verkehrsansprüchen nicht mehr genügen würden, und seit dieser Zeit ist dauernd an dem Projekt einer großen Hafenanlage im Osten der Stadt gearbeitet worden.«[34] Daraus entwickelte sich der »Generalbebauungsplan«, der eines der größten Projekte städtischer Investitions- und Infrastrukturpolitik vor dem Ersten Weltkrieg darstellte. Hier wurde die gesamte Region im Osten der Stadt mit dem Osthafen und dem Industriegebiet entlang der Hanauer Landstraße für eine großflächige Industrieansiedlung vorbereitet.[35] Eine Vision von 1912 zeichnete eine blühende Industrielandschaft mit einem Horizont von rauchenden Fabrikschloten. Doch die Pläne reichten viel weiter. Denn seit 1897 beteiligte sich die Stadt am »Verein zur Hebung der Fluß- und Kanalschiffahrt«, der 1898 das Projekt eines Main-Donaukanals neu belebte. Frankfurt hoffte darauf, mit den industriellen und infrastrukturellen Erschließungen im Osten der Stadt die Mitte einer neuen mitteleuropäischen Verkehrsachse zu bilden, die vom Schwarzen Meer bis zur Nordsee, von den Staaten Holland, Belgien, Frankreich über Deutschland bis zum habsburgischen Vielvölkerstaat reichen sollte.[36]

Faßt man alle hier kurz erwähnten Investitionsmaßnahmen zusammen, so entfielen allein auf sie ungefähr 180 Millionen Mark. Darin sind noch nicht die Straßen-, Schul- und Krankenhausneubauten sowie die zahlreichen Erweiterungsinvestitionen enthalten. Die Aufwendungen nahmen im Laufe der Zeit erheblich zu. Allein im Zeitraum zwischen 1872 und 1914 verachtfachten sich die Ausgaben für die kommunale Infrastruktur und stiegen von 3,5 Millionen Mark pro Jahr auf fast 30 Millionen. Insgesamt wurden in diesem Zeitraum über 500 Millionen Mark an Investitionen direkt aus dem städtischen Haushalt getätigt. Die zahlreichen Infrastrukturmaßnahmen hatten direkte Konsequenzen. Mit der Bevölkerung und der Entfaltung der Wirtschaft stiegen auch die Einnahmen der Stadt und weil der kommunale Haushalt allein zwischen 1872 und 1914 von fünf Millionen auf 60 Millionen Mark expandierte, ging in den vier Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg der Anteil der Infrastrukturmaßnahmen am Gesamthaushalt der Stadt von bis zu 80 Prozent auf 40 bis 50 Prozent zurück. Gleichzeitig stiegen die jährlichen Einnahmen aus den Kommunalbetrieben von 180.000 Mark im Jahre 1898 auf fast vier Millionen Mark im Jahre 1914 an. Die restlichen Investitionen wurden allerdings durch Kommunalobligationen finanziert, weshalb die Verschuldung der Stadt von 44 Millionen im Jahre 1886 auf 182 Millionen im Jahre 1905 zunahm.[37]

34 Busch, Betriebe (wie Anm. 24), S. 139. Vgl. a. Rödel, Fabrikarchitektur (wie Anm. 24), S. 49.

35 Rödel, Fabrikarchitektur (wie Anm. 24), S. 52. Vgl. a. Hermann Uhlfelder, Der neue Osthafen in Frankfurt am Main, in: Deutsche Bauzeitung 1910, S. 678f.

36 Zur Vision vgl. Rödel, Fabrikarchitektur (wie Anm. 24), S. 25f.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Dabei ist zu berücksichtigen, daß nicht einmal alle Investitionen über den Stadthaushalt finanziert wurden. Für nicht wenige wurden Aktiengesellschaften wie die Quellwasser AG, die Palmengarten AG, die Zoogesellschafts AG, die Theater AG oder die Festhallen AG gegründet, an denen sich vor allem die Mitglieder der wirtschaftlichen Oberschicht beteiligten. Ganze Bereiche der kommunalen Versorgung blieben ganz in privater Hand wie die beiden Gasfabriken oder bis Ende der neunziger Jahre die Betriebe für den städtischen Verkehr.

Fazit

Der Umbau der Stadt bildete eine Erfolgsgeschichte der Frankfurter Liberalen. Frankfurt avancierte zur Modellstadt für amerikanische Städteplaner. Vor allem aber zeigt sich, daß es nicht ausreicht, nur die nationalliberalen Oberbürgermeister Hermann Mumm, Johannes Miquel und Franz Adickes zu betrachten, sondern daß das Stadtparlament mit seiner im bürgerlichen Milieu der Stadt fest verwurzelten linksliberalen Mehrheit mit einbezogen werden muß. Die Linksliberalen in Frankfurt, allen voran Leopold Sonnemann, hatten mit dem Ausbau der Stadt ein weites Betätigungsfeld für eine erfolgreiche Gestaltung des Modernisierungsprozesses. Dabei zeigte sich in der Praxis deutlich, daß die Vertreter des Kommunalparlamentes gegenüber dem Magistrat über mehr Macht verfügten, als die Reichstagsabgeordneten gegenüber der Reichsregierung.
Weiterhin waren sie zumindest in Frankfurt lange Zeit nicht durch Konservative und Sozialdemokraten eingeengt. Diesen Vorteil verdankten sie einem undemokratischen Wahlrecht und konnten deshalb in der Stadtverordnetenversammlung mit den Mehrheiten operieren, von denen Eugen Richter im Reichstag träumte.
Der Nachteil liegt ebenfalls auf der Hand. Die liberale Bewegung blieb in ihren lokalen Milieus gefangen und die Reichweite ihrer Reformaktivitäten war damit beschränkt, zumal sie von Ort zu Ort auch noch sehr stark differierten.

37 Vgl. Graphik bei Walter Steitz und Wolfgang Krabbe, Kommunale Wohnungspolitik deutscher Großstädte, in: Hans Jürgen Teuteberg (Hrsg.), Homo habitans. Zur Sozialgeschichte des ländlichen und städtischen Wohnens in der Neuzeit, Münster 1985, S. 421–446, hier S. 433f. Lediglich zu Beginn der achtziger Jahre gab es einen zeitweiligen Rückgang, der die verantwortlichen Kommunalpolitiker der Ära Miquel zu einer Politik des »Atem schöpfens« zwang. Vgl. Maly, Die Macht der Honoratioren (wie Anm. 13), Bd. 1, S. 153f. Bei den Betrieben, die Überschüsse abführten, handelte es sich um den Schlachthof, das Wasserwerk, das Elektrizitätswerk, die Straßenbahn, die Hafenbetriebe und die Kanalisation, die zusammen im Jahr 1908 Einnahmen von über zwei Millionen Mark erzielten und daraus ihre Erweiterungsinvestitionen bestritten. Vgl. Busch, Betriebe (wie Anm. 24), S. 122.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Die geringe Gestaltungsmöglichkeit auf Reichsebene dürfte allerdings nicht der unwichtigste Grund für den Weg Eugen Richters in eine dogmatische und polarisierende Politik gewesen sein, die ihn ganz erheblich von Leopold Sonnemanns Politik unterschied, die zwar grundsätzlich und radikal im konkreten Fall aber auch verbindlich und die Fraktionsgrenzen der liberalen Strömungen in Frankfurt überspringend sein konnte.

Darüber hinaus gelang den Liberalen mit ihrem Programm der »Daseinsvorsorge« auf lokaler Ebene auch eine Annäherung an die Sozialdemokratie; ebenso zeigte die Sozialdemokratie in einigen Städten kurz vor dem Ausbruch des Weltkriegs die Bereitschaft, mit liberalen Vereinigungen politische Bündnisse einzugehen. Damals beschleunigte sich gerade in Frankfurt der sozialpolitische Fortschritt und zeigte sich die Effizienz der über Jahre hinweg aufgebauten gemeinsamen Strukturen. Die gewerkschaftlichen Facharbeitsnachweise wurden an die städtische Arbeitsvermittlungsstelle angeschlossen. Mit der Rechtsauskunftsstelle des Instituts für Gemeinwohl kam das Gewerkschaftskartell nun ins Gespräch. Während noch wenige Jahre zuvor Aufrufe Leopold Sonnemanns ignoriert worden waren, weil die Gewerkschaften auf eine Arbeitslosenversicherung des Reichs gewartet hatten, errichteten das Kartell und der Magistrat nun gemeinsam eine kommunale Arbeitslosenversicherung.[38] Auch in der Politik schritt die Zusammenarbeit voran. Ab 1909 übernahmen Sozialdemokraten repräsentative Ämter in der Stadtverordnetenversammlung und 1913 rückte der erste Sozialdemokrat in den Magistrat ein.[39] Im Kulturbereich gab es eine Aufbruchstimmung in die bürgerliche Lebenswelt. Das Soziale Museum umwarb die organisierte Arbeiterschaft mit Unterrichtskursen. Der Arbeiterbildungsausschuß arbeitete nun einträchtig mit dem Ausschuß für Volksvorlesungen zusammen.[40] Insgesamt war durch diese Wende in der sozialpolitischen Ausrichtung ein Klima für politische Kooperation entstanden, in dessen Schutz das Auseinanderdriften der proletarischen und bürgerlichen Lebenswelten zeitweilig gestoppt und umgekehrt werden konnte. Gemeinsamkeiten in politischen Fragen wie der preußischen Wahlrechtsreform und der Opposition zum konservativen Block, wie sozialpolitischer Fortschritt und kulturelle Harmonie schufen Bindungen für eine Zusammenarbeit zwischen Liberalen und Sozialdemokraten. Frankfurt war in

38 Zum Gang der Diskussion vgl. John D. Rolling, Liberals, Socialists, and City Government in Imperial Germany. The Case of Frankfurt am Main 1900–1918, Ph. D., Madison/Wisconsin 1979, S. 370–379, u. Gerteis, Sonnemann (wie Anm. 3), S, 110.

39 Zum Hintergrund vgl. Sozialdemokratie und Stadtverwaltung. Ein Rückblick auf 10jährige Tätigkeit; zugleich Rechenschaftsbericht der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion für die Jahre 1909/10, zu den Stadtverordnetenwahlen 1910, Frankfurt am Main 1910, S. 127–130, u. John D. Rolling, Das Problem der Politisierung der kommunalen Selbstverwaltung in Frankfurt am Main 1900–1918, in: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst 57, 1980, S. 167–185, hier S. 179–182.

40 Vgl. Roth, Stadt und Bürgertum (wie Anm. 4), S. 655.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

dieser Hinsicht durchaus kein Einzelfall. Ähnliche Tendenzen lassen sich in Dresden und München feststellen und sind wohl auch in anderen entwickelten Stadtregionen aufzufinden.[41] Hier existierten also tatsächlich politische Gestaltungspotentiale jenseits der Richterschen Dogmatik.

41 Zur neueren Forschung um die Möglichkeiten einer liberalen Kommunalpolitik und die Hoffnungen, die die liberale Bewegung daran knüpfte vgl. Ralf Roth, »Bürger« and Workers, Liberalism and the Labor Movement in Germany, 1848 to 1914, in: David E. Barclay and Eric D. Weitz (Eds.), Between Reform and Revolution. German Socialism and Communism from 1840 to 1990, Providence/Oxford 1998, S. 113–140, Uwe Kühl (Hrsg.), Der Munizipalsozialismus in Europa. Le socialisme municipal en Europe, München 2001; Mark Willock, Chancen und Grenzen liberaler Reformpolitik auf der kommunalen Ebene. Das Beispiel Bremen 1900–1914, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 18, 2006, S. 59–78, u. Walter Mühlhausen, Die Gemeinde als Urzelle des Staates – Erich Koch-Weser als Kommunalpolitiker, in: ebd. S. 79–100.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Gerd Fesser

Friedrich Naumann als Antipode Eugen Richters

Eugen Richter und Friedrich Naumann dürften diejenigen Linksliberalen der späten Kaiserzeit sein, die heute noch am ehesten einen gewissen Bekanntheitsgrad haben. Obwohl beide Männer der gleichen politischen Strömung angehörten, bestanden zwischen ihnen so starke Differenzen, dass man sie getrost als Antipoden bezeichnen kann.

Als Eugen Richter im Jahre 1906 starb, wurde sein Wirken in vielen Nachrufen gewürdigt. Einer der Nachrufe stammte von Friedrich Naumann[1]. In den ersten beiden Sätzen seines Nachrufs wies Naumann in vorsichtiger, diskreter Weise darauf hin, dass es zwischen Richter und der von ihm, Naumann, vertretenen Richtung des Linksliberalismus heftige Differenzen gegeben hatte. Er schrieb: »Solange Eugen Richter lebte, war es für uns schwer, über die vortrefflichen persönlichen Eigenschaften dieses Volkstribunen zu sprechen, da er selbst seine Sonnenseite gerade uns gegenüber zu verhüllen pflegte. Wir wußten, daß er auch liebenswürdig sein konnte, aber wir erfuhren es nur indirekt.«[2] Unmittelbar danach würdigte Naumann aber die »Lebensarbeit« des Verstorbenen, die der »staatsbürgerlichen deutschen Freiheit« gegolten habe.[3]

Am Ende des Nachrufs sprach Naumann den entscheidenden Streitpunkt zwischen ihm und Richter an: die Haltung zur Arbeiterbewegung, zur Sozialdemokratie. Richter stand der Sozialdemokratie mit schroffer Feindseligkeit gegenüber. Er sah in dieser Partei ein »Kunstprodukt« des reaktionären Staates. Richter war in den 1860er Jahren, während des Verfassungskonflikts in Preußen, zu dieser Auffassung gekommen und hielt hartnäckig daran fest. Naumann schrieb in seinem Nachruf über Richter: »Als Individualist hatte er auch von vornherein kein inneres Gefühl für den aufkommenden Sozialismus. Er bekämpfte ihn verstandesmäßig, rechnerisch, und traf dabei doch nicht, was an seelischer Lebendigkeit in ihm war. Daß auch der Sozialismus eine Welle des Liberalismus ist, konnte ihm nie aufgehen, er sah ihn immer nur als gegensätzliche Theorie und als gegensätzliche Partei.«[4]

1 Friedrich Naumann: Eugen Richter, in: Derselbe. Werke, Bd. 5: Schriften zur Tagespolitik. Bearb. von Alfred Milatz, Köln u. Opladen 1964, S. 372 – 376.
2 Ebenda, S. 372.
3 Ebenda.
4 Ebenda, S. 375.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Der Nachruf Naumanns war pietätvoll abgefasst. In den Jahren zuvor hatten sich Naumann und Richter heftig bekriegt. Naumann war seit 1903 Mitglied der Freisinnigen Vereinigung. Zwischen der Freisinnigen Vereinigung und Richters Freisinniger Volkspartei gab es jedoch bei allen Differenzen auch grundlegende Gemeinsamkeiten. Beide Parteien[5] waren bis 1893 vereinigt gewesen, und sie haben sich 1910 von neuem vereinigt.

Es gibt im Nachlass Naumanns[6] keinen Brief Richters an Naumann und keine Kopie eines Briefes von Naumann an Richter. Beide Politiker haben offensichtlich nicht direkt miteinander kommuniziert, sondern sich nur öffentlich übereinander geäußert. Dabei fuhren Naumann und Richter in ihrem Streit schweres Geschütz auf. So nannte Naumann in der 1. Auflage von »Demokratie und Kaisertum« Richter ein »Hemmnis des Fortschritts« und »eine Art manchesterlicher Insel in einer anders gewordenen Welt«. Er erklärte: Politik à la Richter führe zur »politischen Versteinerung«.[7] In der 3. Auflage seiner Schrift im Jahre 1904 hieß es gar, Richter sei zum »toten Bestandteil im Körper des Liberalismus«[8] geworden. Auch Richter blieb Naumann nichts schuldig. So stand 1904 in Richters »Freisinniger Zeitung« zu lesen: »Die Naumänner sind Verächter des Liberalismus und zugleich Schrittmacher der Sozialdemokratie!«[9]

Hauptstreitpunkt zwischen Naumann und Richter war, wie oben erwähnt, die Haltung zur Arbeiterbewegung, zur Sozialdemokratie. Richter hatte einerseits 1878 das Sozialistengesetz als »Bankrotterklärung der bürgerlichen Gesellschaft«[10] bezeichnet. Andererseits hatte er 1884 in seiner Fraktion den Fraktionszwang aufgehoben und also den ehemaligen Sezessionisten ermöglicht, für eine Verlängerung des Sozialistengesetzes zu stimmen.[11] Unter der Führung Richters hat der Freisinn dann gegen sämtliche Sozialgesetze Bismarcks gestimmt.

Denn die »staatssozialistischen« Aktivitäten Bismarcks hatten bei Richter und anderen führenden Linksliberalen alte Ängste vor der Arbeiterbewegung

5 Ludwig Elm: Freisinnige Vereinigung, in: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789 – 1945). In vier Bänden. Hrsg. von Dieter Fricke, Werner Fritsch [u. a.], Bd. 2, Leipzig 1984, S. 682 – 693; Derselbe: Freisinnige Volkspartei, in: Ebenda, S. 694 – 707; Konstanze Wegner: Theodor Barth und die Freisinnige Vereinigung. Studien zur Geschichte des Linksliberalismus im Wilhelminischen Deutschland (1893 – 1910), Tübingen 1968.

6 Nachlass Friedrich Naumann. Bestand N 3001. Bearb. von Ursula Krey u. Thomas Trumpp, Koblenz 1996 = Findbücher zu den Beständen des Bundesarchivs, Bd. 55.

7 Friedrich Naumann: Demokratie und Kaisertum, in: Derselbe. Werke, Bd. 2: Schriften zur Verfassungspolitik. Bearb. von Wolfgang Mommsen, Köln u. Opladen 1964, S. 62 u. 63.

8 Ebenda, S. 68.

9 Freisinnige Zeitung, 5.1.1904.

10 Zit. nach Ina Susanne Lorenz: Eugen Richter. Der entschiedene Liberalismus in wilhelminischer Zeit 1871 bis 1906, Husum 1981, S. 133.

11 Ebenda, S. 142 f.; Gustav Seeber: Zwischen Bebel und Bismarck. Zur Geschichte des Linksliberalismus in Deutschland 1871 – 1893, Berlin 1965, S. 140 f.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

wachgerufen. Die Sorge, sie könnten zwischen Regierung und Konservativen einerseits, der Arbeiterbewegung andererseits gleichsam wie zwischen Mühlsteine geraten, hatte viele Liberale schon in den 1860er Jahren geplagt. So hatte Rudolf von Bennigsen, Präsident des Deutschen Nationalvereins, am 18. Januar 1862 in einem Brief an August Lammers geschrieben, das deutsche Bürgertum stehe »inmitten der kirchlichen und politischen Reaktion auf der einen Seite und der drohenden Arbeiterfrage auf der andern«, und es erscheine ihm oft fraglich, ob denn das Bürgertum »für die Dauer zur politischen Herrschaft berufen« sei.[12] Und Heinrich Bernhard Oppenheim hatte sogleich nach dem ersten Auftreten Ferdinand Lassalles von verräterischer Demagogie, die »meistens im Solde des Feudalismus« stehe, gesprochen.[13]

Neben derlei Ängsten vieler Liberaler wirkte, wie Dieter Langewiesche es formuliert hat, deren traditioneller »Glaube an die Selbstheilungskräfte der Gesellschaft, z. T. gesteigert bis zu manchesterlicher Blindheit und ökonomischem Darwinismus«.[14] Richter und andere Linksliberale hegten Berührungsängste gegenüber der Sozialdemokratie, ja eine Art Abgrenzungsneurose, und folgten damit einem undifferenzierten Freund-Feind-Schema. Umgekehrt gab es diese Reflexe auch bei den Sozialdemokraten. So schrieb der namhafte linke Sozialdemokrat Franz Mehring am 20. Juni 1908 im Parteiorgan »Die Neue Zeit«: »An eine Wiedergeburt des Liberalismus, an die Möglichkeit eines Bündnisses mit ihm, um die Junkerherrschaft zu stürzen, können jetzt nur noch komplette Narren glauben.«[15]

Solche Berührungsängste waren Naumann fremd. Als junger Pfarrer hatte er im Jahre 1888 ein Schlüsselerlebnis: er nahm in Annaberg an einer Arbeiterversammlung teil und diskutierte mit Sozialdemokraten. In einem Brief an Martin Rade schrieb er am 23. August 1888:

». . . diese Kluft zwischen Glauben und Arbeiterwelt! Mir ist das Herz schwerer geworden als je zuvor. Es gilt ganz anders arbeiten! Unsere Pastoren müssen soziale Fragen studieren, denn nur auf diesem Gebiet gibt es noch Anknüpfungspunkte. Das Mistrauen gegen jeden Geistlichen, das sich teilweise aussprach, war erschreckend! Man hat hier zu lange gezögert. Jetzt sieht es aus, als wäre schon viel verloren. Die armen Leute! Gott gebe uns Klarheit u. Liebe genug, ihnen wenigstens irgendwie zu dienen!«[16]

Zwei große Fragen beschäftigten Naumann fortan: wie die Lage der Arbeiter verbessert werden und wie der Einfluss der atheistischen Sozialdemokratie

12 Hermann Oncken: Rudolf von Bennigsen. Ein deutscher liberaler Politiker. Nach seinen Briefen und hinterlassenen Papieren, Bd. 1: Bis zum Jahre 1866, Stuttgart u. Leipzig 1910, S. 550.
13 Gustav Seeber, S. 37.
14 Dieter Langewiesche: Liberalismus in Deutschland, Frankfurt a. M. 1988, S. 196.
15 Franz Mehring: Zur Kritik des Liberalismus, in: Derselbe. Gesammelte Schriften, Bd. 15: Politische Publizistik 1905 bis 1918, 2., durchges. Aufl., Berlin 1973, S. 353.
16 Universitätsbibliothek Marburg, Nachlass Rade.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

auf die Arbeiterschaft zurückgedrängt werden könne. Naumann las Schriften von August Bebel, Wilhelm Liebknecht, Ferdinand Lassalle, Friedrich Engels, später auch von Karl Marx. Etliches an den ökonomischen Gedankengängen, die er so kennen lernte, leuchtete ihm ein und blieb haften. 1888 veröffentlichte er in Martin Rades Zeitschrift »Christliche Welt« die Artikelserie »Die Zukunft der inneren Mission«.[17] 1889 folgten die Schriften »Arbeiterkatechismus oder der wahre Sozialismus«[18] und »Was tun wir gegen die glaubenslose Sozialdemokratie?«[19] Im »Arbeiterkatechismus« erklärte Naumann, nachdem er auf das seit 1878 geltende Sozialistengesetz hingewiesen hatte: »Sozialismus an sich ist nicht verboten. Verboten ist nur, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung umstürzen zu wollen.«[20] Als Lösung für die sozialen Herausforderungen seiner Zeit schwebte ihm ein christlich geprägter Sozialstaat vor. In seinem Aufsatz »Die Zukunft der inneren Mission« schrieb er 1888: »Die Zukunft der inneren Mission ist die Zukunft des Sozialismus. [. . .] Der Zukunftsstaat wächst nicht ohne starken Zusatz christlicher Elemente auf.«[21]

Im Jahre 1895 erhielten Naumann und seine Freunde zwei entscheidende Anstöße, welche ihre bisher christlichsozialen Vorstellungen in neue, nationalsoziale Positionen verwandelten. Den einen gab ihnen der konservative Leipziger Rechtslehrer Rudolf Sohm[22]: er trennte in einem Vortrag Staatsdenken und christlichen Glauben strikt und verwarf die Vorstellung, es könne einen christlichen Sozialismus geben. Sohm betonte, dass der Christ in der Gesellschaft seine Aufgabe und seinen Platz habe, der christliche Glaube aber nicht als Norm für die Ordnung der staatlichen Dinge dienen könne. Naumann ist nach anfänglichen Widerstreben schließlich Sohm in seiner Trennung vom »Christlichem« und »Sozialem« gefolgt.

Der andere Impuls ging von Max Webers Antrittsvorlesung in Freiburg[23] aus. Weber forderte darin bekanntlich den Übergang zu einer expansiven Weltmachtpolitik. Gleichzeitig legte er den tiefen Zusammenhang zwischen Innen- und Außenpolitik dar: das Reich sei gefährdet, solange die deutsche Sozialdemokratie außerhalb von Staat und Gesellschaft stehe.

17 Friedrich Naumann. Werke, Bd. 1: Religiöse Schriften. Hrsg. von Walter Uhsadel, Köln u. Opladen 1964, S. 87 – 112.
18 Ebenda, Bd. 5, S. 1 – 63.
19 Ebenda, Bd. 1, S. 112 – 141.
20 Ebenda, Bd. 5, S. 52.
21 Ebenda, Bd. 1, S. 104 f.
22 Über Sohm siehe H. Buhler: Kirche und Staat bei Rudolf Sohm, Zürich 1965.
23 Zur Antrittsvorlesung Max Webers siehe Wolfgang J. Mommsen: Max Weber und die deutsche Politik 1890 – 1920, 2., überarb. u. erw. Auflage, Tübingen 1974, S. 37 ff.; Joachim Radkau: Max Weber. Die Leidenschaft des Denkens, München/Wien 2005, S. 215 ff.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Folglich gründete Naumann 1896 den Nationalsozialen Verein.[24] Hatte er bisher eine ausgeprägt antikapitalistische Sichtweise gehabt, wandte er sich nun allmählich davon ab und faßte Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit einer sozial reformierten kapitalistischen Ordnung.[25]

Im Frühjahr 1900 veröffentlichte Naumann sein Buch »Demokratie und Kaisertum«.[26] Er ging darin von einer Bestandsaufnahme des deutschen Parteiensystems aus und legte abschließend dar: die alte Elite habe ihren Anspruch auf die politische Führung verwirkt, eine regierungsfähige neue Elite stehe noch nicht bereit. Deshalb forderte er, das politische System im liberalen und demokratischen Sinne umzugestalten. Dabei stellte er das Zweiparteiensystem Großbritanniens als Vorbild dar.[27]

Als die entscheidende Kraft bei der Umgestaltung Deutschlands sah Naumann nun die Sozialdemokratie an. Denn er stand den Bestrebungen der Arbeiterbewegung inzwischen mit Respekt und Sympathie gegenüber. In der 1. Auflage seiner Schrift hat er sich selbst als Sozialisten bezeichnet[28]; in der 3. Auflage von 1904 hat er diesen Satz dann weggelassen.

Naumann entwickelte in seiner Schrift folgenden Gedankengang: Das Endziel der Sozialdemokratie, nämlich die sozialistische Revolution mit der Eroberung der Macht, sei unrealistisch. Die Führer der Partei wüssten das im Grunde auch, hielten aber trotzdem an ihrer revolutionären Programmatik und Rhetorik fest. In der Praxis machten sie eine vorsichtige Politik, die darauf abziele, im Rahmen der bestehenden Ordnung Reformen durchzusetzen. Naumann rief die Führer der Sozialdemokratie auf, sich zu dem zu bekennen, was sie in der Praxis ohnehin täten. Dazu schrieb er in der 3. Auflage:

> »Das alte sozialdemokratische Ideal einer Vernichtung der bürgerlichen Gesellschaft verschiebt sich in das neue, kleinere, aber dafür aussichtsreichere Ideal, innerhalb dieser Gesellschaft ein Machtfaktor von steigender Wirksamkeit zu werden. In Wirklichkeit ist dieses Ideal längst an Stelle des alten getreten, nur fehlt bisher die Anerkennung der vollzogenen Verschiebung. **Das neue Ideal heißt Herstellung einer Periode, in der Deutschland von links her von demokratischer Seite regiert wird.** Nicht der ganze Kapitalismus, nicht die bürgerliche Gesellschaft soll gestürzt, aber der politische Einfluß der konservativ=klerikalen Majorität im Staat soll gebrochen werden.«[29]

24 Dieter Düding: Der Nationalsoziale Verein 1896 – 1903. Der geschichtliche Versuch einer parteipolitischen Synthese von Nationalismus, Sozialismus und Liberalismus, München/Wien 1972.
25 Traugott Jähnichen: Neudeutsche Kultur- und Wirtschaftspolitik – Friedrich Naumann und der Versuch einer Neukonzeptualisierung des Liberalismus im Wilhelminischen Deutschland, in: Friedrich Naumann in seiner Zeit. Hrsg. von Rüdiger vom Bruch, Berlin/New York 2000, S. 151 ff.
26 Friedrich Naumann: Demokratie und Kaisertum, in: Derselbe. Werke, Bd. 2, S. 3 – 351.
27 Ebenda, S. 190.
28 Ebenda, S. 7 f.
29 Ebenda, S. 17 f.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Die Hoffnung Naumanns und seiner Freunde, der Nationalsoziale Verein würde sich zu einer aktionsfähigen Partei entwickeln, erfüllte sich nicht. Deshalb löste Naumann 1903 den Verein auf und trat mit dem Gros der Mitglieder in die Freisinnige Vereinigung ein.[30]

Die Fusion des Nationalsozialen Vereins mit der Freisinnigen Vereinigung verschaffte Naumann eine parteipolitische Plattform, von der aus er seine Ideen von einer Allianz zwischen Liberalen und Sozialdemokraten offensiv verfechten konnte. Sein wichtigster Bundesgenosse war dabei Theodor Barth.[31]

Naumann war in den folgenden Jahren auch bestrebt, die Rechte der Gewerkschaften zu sichern, und deshalb forderte er, den Arbeitern eine betriebliche Mitbestimmung einzuräumen. Im Jahre 1906 erschien sein Buch »Neudeutsche Wirtschaftspolitik«, in dem er sich für einen »Fabrikparlamentarismus« aussprach.[32] Darin trat er dafür ein, betrieblichen Arbeiterausschüssen in der Personalpolitik, bei der Arbeitszeitregelung, bei der Ausarbeitung der Fabrikordnungen und bei der Sicherheit am Arbeitsplatz ein Mitspracherecht zu geben.[33] Die Mitarbeit von Gewerkschaftsvertretern in den Ausschüssen war für ihn unerlässlich.

Naumann war inzwischen davon überzeugt, dass nur ein politisches Bündnis zwischen Liberalen, Nationalliberalen und Sozialdemokraten die notwendigen und realistischen Reformen durchsetzen könne. Er nannte ein solches Bündnis »Großblock von Bassermann bis Bebel« (Ernst Bassermann war Vorsitzender der Nationalliberalen Partei, August Bebel Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei). Der »Großblock«, den Naumann erstrebte, bestand in Baden bereits seit 1905.[34] Auf der Reichsebene wäre seine Formierung seit dem großen Wahlerfolg der Sozialdemokraten und Liberalen im Jahre 1912 rechnerisch überhaupt kein Problem gewesen. Er kam aber auf der Reichsebene bis 1918 nicht zustande, weil die Mehrheit des deutschen Bürgertums Naumanns Idee eines Zusammengehens mit der Sozialdemokratie schroff ablehnte.

Dies war natürlich ein Ergebnis der wechselseitig ideologisch verbissen geführten parteipolitischen Kämpfe. Kam der »Großblock« auf Reichsebene nicht zustande, so war doch bereits vor 1914 die künftige »Weimarer Koalition« von SPD, Liberalen und Zentrumspartei im Werden. 1911 setzten diese

30 Dieter Düding, S. 180 ff.
31 Über Barth siehe Konstanze Weber.
32 Friedrich Naumann: Neudeutsche Wirtschaftspolitik, in: Derselbe. Werke, Bd. 3: Schriften zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Bearb. von Wolfgang Mommsen, Köln u. Opladen 1964, S. 422 f.
33 Ebenda, S. 423 ff.
34 Jürgen Thiel: Die Großblockpolitik der Nationalliberalen Partei Badens 1905 – 1914. Ein Beitrag zur Zusammenarbeit von Liberalismus und Sozialdemokratie in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschland, Stuttgart 1976.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Parteien gegen den Widerstand der Konservativen die elsass-lothringische Verfassungsreform durch, 1913 die Vermögenszuwachssteuer.[35]

Am Vorabend des Weltkrieges hatte Naumann auf die Tagespolitik der Fortschrittlichen Volkspartei nur wenig Einfluss.[36] Seine Ideen fanden aber weit über die Partei hinaus bei vielen nachdenklichen Menschen, die auf Veränderungen, auf eine Modernisierung und Demokratisierung des politischen Systems hofften, Anklang. Erst die Novemberrevolution machte auf der Regierungsebene den Weg frei für eine Zusammenarbeit der bürgerlichen Linken mit der Sozialdemokratie. Unter Naumanns maßgeblicher Mitwirkung entstand 1918/19 jene Koalition von DDP, Zentrum und SPD, welche das Fundament der Weimarer Demokratie bildete.

In seiner Haltung zur Sozialdemokratie hat Naumann eine glaubwürdige Alternative zur Verweigerungshaltung Richters entwickelt. Auf zwei weiteren Politikfeldern entwickelte er jedoch nur scheinbare Alternativen. Dies gilt für seine Einstellung zur expansiven wilhelminischen »Weltpolitik« und zur Rolle Kaiser Wilhelms II.

Eugen Richter stimmte einem »informellen Imperialismus« durchaus zu.[37] Die wirtschaftliche Expansion sollte aber privat finanziert werden, nicht mit Steuergeldern. Die Kolonialpolitik sollte rentabel sein. Jene Kolonialaktivisten, die immer wieder staatliche Unterstützung verlangten, nannte er, ein Wort August Bebels aufgreifend, »Geschäftspatrioten«[38]. Über das Vorzeigeobjekt der deutschen Expansionspolitik im Fernen Osten spottete er am 14. Dezember 1899 im Reichstag: »Kiautschou, der berühmte Platz ›an der Sonne‹ kommt uns recht theuer zu stehen, die Millionen zerfließen dort wie die Butter.«[39] Am 11. Dezember 1900 kam er im Reichstag auf die schwierige Finanzlage des Reiches zu sprechen und schlussfolgerte: »Es geht deshalb gar nicht anders, als daß man aufhört mit der fortgesetzten Vermehrung der Soldaten, der Schiffe, der Kolonien und auch der afrikanischen Eisenbahnen.«[40] Stand Richter damit dem imperialistischen Zeitgeist skeptisch gegenüber, so geriet Naumann voll in seinen Bann.

Friedrich Naumann hatte sich Max Webers Forderung nach einer deutschen »Weltpolitik«[41] zu eigen gemacht und sie dann energisch vertreten. In der

35 Dieter Langewiesche, S. 226 f.
36 Peter Theiner: Sozialer Liberalismus und deutsche Weltpolitik. Friedrich Naumann im Wilhelminischen Deutschland (1860 – 1919), Baden-Baden 1983, S. 210 f.; Ludwig Elm: Zwischen Fortschritt und Reaktion. Geschichte der Parteien der liberalen Bourgeoisie in Deutschland 1893 – 1918, Berlin 1968, S. 226.
37 Dieter Langewiesche, S. 221; Ina Susanne Lorenz, S. 100 ff.
38 Dieter Langewiesche, S. 221.
39 Zit. nach: Hans-Peter Goldberg: Bismarck und seine Gegner. Die politische Rhetorik im kaiserlichen Reichstag, Düsseldorf 1998, S. 186.
40 Zit. nach: Ina Susanne Lorenz, S. 107.
41 Zur wilhelminischen »Weltpolitik« siehe Gerd Fesser: Der Traum vom Platz an der Sonne. Deutsche »Weltpolitik« 1897 – 1914, Bremen 1996.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Folge hat er sehr viel zu dieser »Weltpolitik« veröffentlicht, aber in der Werkausgabe ist nur ein Teil davon enthalten. Insbesondere fehlen etliche seiner Beiträge aus der »Hilfe«. Die Einzelveröffentlichungen, darunter die Schrift »Asia«[42], fehlen fast ganz. Bereits die Rede Naumanns auf dem Gründungskongress des Nationalsozialen Vereins in Erfurt enthielt ein dezidiertes Bekenntnis zur deutschen »Weltpolitik« mit klarer Frontstellung gegen Großbritannien. Naumann sagte:

> »Es geht nicht an, daß England allein über die ganze Erde seine Macht ausdehnt; wir brauchen für unser Bevölkerungswachstum Kolonien [. . .] wenn wir Kolonialbesitz erhalten und weiter erwerben wollen und müssen, bedürfen wir einer Flotte. Und die ist eine der produktivsten Anlagen [. . .] Unser Brot wird hängen an unseren Schiffen«.[43]

Zu Beginn des Jahres 1897 erschien Naumanns »Nationalsozialer Katechismus«, der in der Form eines Frage-Antwort-Spiels einige der krassesten Formulierungen Naumanns zur »Weltpolitik« enthält. Eingangs stellte Naumann die Frage: »Was ist das Nationale?« und antwortete: »Es ist der Trieb des deutschen Volkes, seinen Einfluß auf der Erdkugel auszudehnen«.[44]

Naumann forderte, den künftigen großen Krieg gegen England öffentlich zu erörtern und das Volk so auf diesen Konflikt vorzubereiten. Er erklärte, dass Deutschland weitere Kolonien benötige, stellte die Frage: »Bei welchen Gelegenheiten können solche Kolonien gewonnen werden?« und antwortete: »Bei Friedensabschlüssen nach glücklichen Seekriegen«.[45]

In den von Naumann 1896 entworfenen »Grundlinien« wurden bereits der Bau einer starken deutschen Kriegsflotte und die Expansion nach Übersee verlangt.[46] Das ist insofern beachtenswert, als zu diesem Zeitpunkt eine Mehrheit in der öffentlichen Meinung die Flottenpläne Wilhelms II. noch ablehnte. Selbst unter den Deutschkonservativen, den traditionellen Stützen des Throns, ging das Wort von der »gräßlichen Flotte« um. Die beiden maßgeblichen Protagonisten von Flottenrüstung und »Weltpolitik«, Tirpitz und Bülow, waren noch gar nicht im Amt. Naumann und der Nationalsoziale Verein gehörten folglich zu den Schrittmachern von Marinerüstung und »Weltpolitik«.

Am Vorabend des Ersten Weltkrieges war Naumann noch ein Verfechter dieser »Weltpolitik«. So hat er das hochgefährliche Vorgehen der Reichsregie-

42 Friedrich Naumann: Asia. Athen, Konstantinopel, Baalbeck, Damaskus, Nazareth, Jerusalem, Kairo, Neapel, Berlin-Schöneberg 1899, 9. Aufl. Berlin 1913.
43 Protokoll über die Vertreterversammlung aller National-Sozialen in Erfurt am 23. bis 25. November 1896, Berlin 1897, S. 40.
44 Friedrich Naumann: National-sozialer Katechismus, in: Derselbe. Werke, Bd. 5, S. 201
45 Ebenda, S. 209.
46 Protokoll über die Vertreterversammlung aller National-Sozialen in Erfurt am 23. bis 25. November 1896, S. 38.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

rung während der ersten Marokkokrise in der »Hilfe« ausdrücklich bejaht.[47] Anfang 1910 konstatierte er bedauernd eine »Unterbilanz der deutschen Weltpolitik«.[48] Und im November 1911 beklagte er, dass »Deutschland bei der Aufteilung Afrikas objektiv zu kurz gekommen« sei.[49]

Andererseits beunruhigten ihn die Kriegstreibereien des rechten Lagers, und er begann zu ahnen, dass die Voraussetzungen für eine erfolgreiche deutsche »Weltpolitik« im Sinne Max Webers gar nicht gegeben waren. 1904 nahm Naumann in der »Hilfe« zu dem Buch »Der Weltkrieg« Stellung, das der schriftstellernde Hauptmann a.D. August Niemann vorgelegt hatte. Er tadelte Niemanns »deutsch-nationale Protzenhaftigkeit« und verurteilte seine »Demagogie auf dem Gebiet der auswärtigen Politik«.[50] In der »Hilfe« vom 30. August 1908 sprach Naumann sich dann für einen defensiven außenpolitischen Kurs aus.[51]

Während der zweiten Marokkokrise 1911, die durch den berüchtigten »Pantersprung« nach Agadir ausgelöst wurde, nahm Naumann in der »Hilfe« eine gemäßigte Position ein und warnte vor »nationalistischen Überpatrioten und der Hysterie der Militärfronde«.[52] Nach der Beilegung dieser Krise trumpften in Deutschland die »nationalen« Kreise auf und ergingen sich in nationalistischen Ausfällen gegen die Reichsregierung, namentlich gegen Reichskanzler Bethmann Hollweg. Für Naumann war das inzwischen »nur ein Grund mehr, die Reihen der Friedensfreunde zu stärken«.[53]

Dagegen stand Eugen Richter dieser Politik Kaiser Wilhelms II. stets sehr skeptisch gegenüber. Am 18. Mai 1897 hielt er im Reichstag eine Rede, die ungeheures Aufsehen erregte. Richter kritisierte darin den Regierungsstil des Kaisers aufs schärfste, ohne Wilhelm II. beim Namen zu nennen. Er sagte: so könne man vielleicht in Russland noch eine Weile regieren, das deutsche Volk aber würde sich das auf die Dauer nicht gefallen lassen.[54]

Friedrich Naumann hat bekanntlich während seiner nationalsozialen Phase von 1896 bis 1903 große Hoffnungen in Wilhelm II. gesetzt und sich erst im Jahre 1908 im Zusammenhang mit der »Daily Telegraph«-Affäre von seinen Illusionen gelöst.[55] Die oben zitierten Passagen aus seiner Schrift »Demokratie und Kaisertum« stehen neben Passagen, mit denen sie eigentlich inhaltlich

47 Die Hilfe, Nr. 14 vom 9.4.1905, S. 2.
48 Ebenda, Nr. 1 vom 9.1.1910, S. 3.
49 Ebenda, Nr. 46 vom 16.11.1911, S. 723.
50 Ebenda, Nr. 34 vom 21.8.1904, S. 3.
51 Ebenda, Nr. 35 vom 30.8.1908, S. 558.
52 Ebenda, Nr. 31 vom 3.8.1911, S. 48 f.
53 Ebenda, Nr. 46 vom 16.11.1911, S. 723.
54 Erich Eyck: Das Persönliche Regiment Wilhelms II. Politische Geschichte des Deutschen Kaiserreiches von 1890 bis 1914, Erlenbach-Zürich 1948, S. 171 f.
55 Gerd Fesser: Vom Cäsarismus zum Parlamentarismus. Friedrich Naumanns Haltung gegenüber Kaiser Wilhelm II., in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung, 11. Jg., 1999, S. 149 – 157.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

unvereinbar sind. Naumann hoffte zu dieser Zeit noch, Wilhelm II. werde sich als »nationaler Imperator« und »Verkörperung des nationalen Gesamtwillens«[56] künftig auf die Mehrheit des Volkes stützen und sich an die Spitze des Ringens um Fortschritt und Modernisierung stellen.
Deshalb rückte Naumann die modernen Züge Wilhelms in den Vordergrund – seine Flottenrüstung, sein sozialpolitisches Programm von 1890, sein Interesse für die Technik. Er feierte den Kaiser als »Virtuosen des modernen Verkehrszeitalters«[57] und formulierte geradezu enthusiastisch: »Wenn man im Eisenbahnzuge sitzt, und auf der Nebenschiene rast der Kaiserwagen vorüber, dann denkt man an Wotan und sein Heer, nur daß es kein mythischer Spuk ist, sondern eine Wirklichkeit: es fährt die moderne Zentralperson!«[58]
Das Fazit seiner Ausführungen über die Politik Wilhelms lautete: »Wer das neue industrielle Deutschland will, der muß die Flotte wollen. In diesem Punkt ist unser Kaiser ganz modern und macht sich zum Führer einer unausweichbaren Lebensforderung der Gesamtnation. [. . .] Wir Deutschen haben wieder ein großes praktisch-politisches Ideal, wir glauben an unsere nationale Zukunft und trauen dem, der sie uns zeigt«.[59]
Im folgenden Jahr stellte Naumann in seiner neuen Zeitschrift »Die Zeit« die Frage: »Sind wir eigentlich ein Volk, das sich ohne einen Cäsar selbst regieren kann?«, und er gab die Antwort: der »neudeutsche Cäsarismus« sei kein »geschichtlicher Irrtum«, sondern eine »zeitgeschichtliche Notwendigkeit«.[60]
Naumann hoffte, ein soziales »Volkskaisertum« Wilhelms II. werde zur Verdrängung der alten Elite von der Macht führen und soziale Reformen ermöglichen. De facto jedoch, so hebt Peter Theiner hervor, stellte das Buch »Demokratie und Kaisertum« ein »Votum für eine plebiszitäre Verformung des politischen Systems« dar.[61]
Im Herbst 1908 löste dann ein Interview Wilhelms II., das in der britischen Zeitung »Daily Telegraph« erschien, in Deutschland in allen politischen Lagern einen Sturm der Kritik am Kaiser aus.[62] Auch Naumann musste nun seine Illusionen über den Kaiser aufgeben. Am 8. November erklärte er in der »Hilfe«: »Wenn Wilhelm II. [. . .] fortfahren will, persönliche Politik zu treiben, so wird er es sich zuzuschreiben haben, wenn der Abend seines Lebens sich verdüstert, denn soviel ist jetzt schon klar, daß sich das deutsche Volk

56 Friedrich Naumann. Werke, Bd. 2, S. 265.
57 Ebenda, S. 261.
58 Ebenda, S. 262.
59 Ebenda, S. 328 f.
60 Friedrich Naumann: Im Zeitalter Wilhelms II., in: Die Zeit. Nationalsoziale Wochenschrift, 1. Jg., 1901, Nr. 1, S. 9 f.
61 Peter Theiner, S. 69.
62 Gerd Fesser: Reichskanzler Fürst von Bülow. Architekt der deutschen Weltpolitik, Leipzig 2003, S. 133 ff.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

trotz seiner wahrhaft großen Geduld die Wiederholung der Gefährdung des Nationalschicksals durch den Kaiser nicht ins Endlose gefallen lassen wird.«[63]

Naumann wiederholte damit die Warnung, die Eugen Richter bereits elf Jahre zuvor ausgesprochen hatte. Anfang 1909 veröffentlichte Naumann in der »Hilfe« seinen Artikel »Das Königtum«, in dem es heißt: »Es soll im Namen des Königs und Kaisers regiert werden, aber nicht von ihm. Es soll im Auftrage des Kaisers regiert werden, aber vom Vertrauensmann der Parlamentsmehrheit.«[64] Naumann war damit einer der ganz wenigen Politiker der späten Kaiserzeit, die in aller Klarheit den Übergang zur parlamentarischen Monarchie forderten.[65]

Die Sozialdemokraten, Naumanns politische Wunschpartner, erhoben ähnliche Forderungen. Paul Singer, einer der beiden Parteivorsitzenden, verlangte am 10. November 1908 im Reichstag, die Entscheidung über Krieg und Frieden solle dem Parlament übertragen werden, es solle künftig ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz geben und der Reichstag solle bei der Ernennung des Reichskanzlers mitwirken können.[66]

Richter und sein Antipode Naumann waren ihrem Wesen nach grundverschieden. Naumann war lernfähig, freilich auch beeinflussbar. Er ist zeitweilig den Verführungen der »Weltpolitik« erlegen, und er hat jahrelang Illusionen über Kaiser Wilhelm II. gehegt. Doch er hat dann auf den liberaldemokratischen Pfad zurückgefunden. Richter hingegen blieb im Richtigen wie im Falschen unbeweglich. Er war, um ein Modewort aufzugreifen, »beratungsresistent«.

63 Zit. nach: Theodor Heuss Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit. 3. Aufl. Hamburg 1968, S. 288.
64 Friedrich Naumann. Werke, Bd. 2, S. 432.
65 Peter Theiner, S. 190.
66 Das persönliche Regiment vor dem Deutschen Reichstage, Berlin 1908, S. 38 ff.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Ulrich Naumann

Ein maßgebender Genossenschaftler und »Fortschrittsmann« der ersten Generation – Ludolf Parisius

I.

Hans Crüger, Anwalt des Allgemeinen Verbandes der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und in dieser Funktion in der Nachfolge Hermann Schulze-Delitzschs, schrieb in seinem Nachruf auf Ludolf Parisius: Dieser »gehörte zu den Pionieren des deutschen Genossenschaftswesens; bis an sein Lebensende galt ein großer Theil seiner Arbeit den Genossenschaften, sein Name steht mit goldenen Lettern verzeichnet in der Geschichte der deutschen Genossenschaften. Neben Schulze-Delitzsch hat Parisius den hervorragendsten Antheil an der Ausbildung des deutschen Genossenschaftsrechts; er war in Theorie und Praxis des Genossenschaftswesens gleich erprobt. Als einer der ersten, die für die Verbreitung der Genossenschaftslehre eintraten, gründete er Genossenschaften, rief Genossenschaftsverbände ins Leben und bildete sie aus. Es gibt kein Feld auf dem weiten Gebiete des deutschen Genossenschaftswesens, wo wir nicht der Arbeit von Parisius begegnen. Und draußen in der Praxis auf Verbandstagen und Genossenschaftstagen – drinnen in der Studierstube bei schriftstellerischen Arbeiten wirkte Parisius unermüdlich für die Entwickelung der deutschen Genossenschaften.«[1]

Der Genossenschaftshistoriker Helmut Faust sah die Leistung von Parisius ähnlich: Ihm hat er bescheinigt, vom »ideellen Inhalt des Genossenschaftswesens« durchdrungen gewesen zu sein. Deshalb »gebührt die Spitze einer Ehrentafel sicherlich LUDOLF PARISIUS, der einer der engsten Mitarbeiter Schulze-Delitzschs gewesen ist. Ludolf Parisius hat neben Schulze den hervorragendsten Anteil an der ersten Ausbildung des gewerblichen Genossenschaftswesens gehabt.«[2]

Wollte man seine Persönlichkeit auf den Punkt bringen, so ließe sich diese wegen der jahrzehntelangen Bezüge zu sozialen, mithin gemeinschaftsorientierten Belangen als »homo sociatus« bezeichnen. Als »Fortschrittsmann« der ersten Generation und, ebenfalls über Jahrzehnte, als ein maßgebender, ent-

1 Dr. (Hans) Crüger: Ludolf Parisius, in: Blätter für Genossenschaftswesen, XLVII. Jg. (1900), 11, S. 115.

2 Helmut Faust: Geschichte der Genossenschaftsbewegung, 3. Aufl. Frankfurt am Main 1986, S. 316.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

schieden liberaler Politiker und Parlamentarier, war er aber zugleich ein »homo politicus«.
Beide Begriffe markieren für eine biographische Annäherung das Wesentliche und lassen sich nicht voneinander trennen: Diese biographischen Dimensionen sind vielfach miteinander verzahnt, haben einander bedingt, eine wechselseitige Motivation auf dem »genossenschaftlichen« und im »politischen« Feld bewirkt und jeweils zu zielgerichtetem Handeln Anlaß gegeben.
Um das Bild von seiner Persönlichkeit und seiner Lebensleistung abzurunden, sind folgende Hinweise sicher hilfreich:[3] Parisius war auch Romancier[4], Erzähler[5], politischer Schriftsteller und Publizist, Lokal- und Regionalhistoriker[6], Mundartforscher und Sammler von Volksliedern.[7]

II.

Geboren am 15. Oktober 1827 wuchs er in einem kinderreichen Pfarrhaus im provinzialsächsischen Gardelegen auf. Die Atmosphäre war liberal. Erinnerungen an den Großvater – Superintendent, Gründer eines Schullehrer-Seminars und von der Obrigkeit beargwöhnter Streiter für Religionsfreiheit – wurden dort lebendig gehalten.[8] Die Schulzeit verbrachte er am Salzwedeler Gymnasium unter dem Direktorat von Johann Friedrich Danneil. Dieser Schulmann konnte einige Reformen, die durch die Schulbehörden anerkannt wurden, mit Vorbildfunktion durchführen. Abgestimmt auf andere Anforderungen der sich kraftvoll entwickelnden Naturwissenschaften und der Technik gab er neben sorgfältiger sprachlicher vor allem mathematisch-naturwissenschaftlicher Ausbildung größeren Raum.[9] In Parisius weckte er nachhaltiges und produktives Interesse an Mathematik, Sprache und Mundart, für lokale und regionale Geschichte. Alles das erwies sich als wichtig für dessen spätere Tätigkeiten. Erhalten hat sich ein preisgekrönter Schulaufsatz zu den Themen Wahrheit, Pflicht und Recht. Diese Werte sind für ihn bestimmend geblieben.[10]

3 Der Verfasser hat zu Ludolf Parisius 2004 ein biographisches Gesamtprojekt begonnen.
4 Ludolf Parisius: Pflicht und Schuldigkeit, 3 Bände, Hannover 1873, ders.: Ein Freiheitsmüder, Hannover 1873.
5 Ders.: Im Wald und auf der Heide, 2 Bände, Berlin 1876.
6 Hermann Dietrichs und Ludolf Parisius: Bilder aus der Altmark, 2 Bände, Hamburg 1882-1884.
7 Ludolf Parisius: Deutsche Volkslieder mit ihren Singweisen in der Altmark und im Magdeburgischen aus dem Volksmunde gesammelt, Magdeburg 1879; Ingeborg Weber-Kellermann: Ludolf Parisius und seine altmärkischen Volkslieder, Berlin (Ost) 1957.
8 Udo Mammen: Ludolf Parisius (1827-1900) und die Altmark, in: Sachsen-Anhalt, 5. Jg. (1995), 2, S. 15ff.
9 Josef Beranek: Johann Friedrich Danneil. Aus seinem Leben und Schaffen. Sonderdruck aus Altmärkischer Heimatkalender, o.O., o.J., S. 4.
10 Ernst Block: Ludolf Parisius: Heimatforscher, Jurist und liberaler Politiker, Altmärkische Porträts, Teil 4, in: Volksstimme vom 6. April 2001.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Parisius immatrikulierte sich 1846, zunächst für Mathematik, dann für Jura in Halle. Von dieser Hochschule war seit langem großer Einfluß auf die Entwicklung, zunächst der kurbrandenburgischen, dann der preußischen Justiz ausgegangen.[11]

Er war dort, zeittypisch, im studentischen Verbindungswesen exponiert aktiv, als Mitbegründer des Corps Palaiomarchia[12] und Chargierter. Dieses Engagement fiel in eine Zeit, während der die akademischen Behörden studentische Korporationen und Vereinigungen nicht allein beargwöhnten, sondern scharf verfolgten. Parisius schrieb später, »daß von der damals in Halle geübten Polizeiwirtschaft sich heute niemand eine Vorstellung machen könne.«[13] Das »tolle Jahr« 1848 erlebte er in Halle. Ob er einer der 500 Hallenser[14] – darunter 300 Studenten[15] – war, die per Extrazug zur Beisetzung der Märzgefallenen am 23. März 1848 nach Berlin fuhren, ist zweifelsfrei ebenso wenig zu belegen, wie seine angebliche Teilnahme an stürmischen Debatten in der Aula der dortigen Friedrich-Wilhelms-Universität.[16] 1850 beendete er sein Studium erfolgreich mit dem Referendarexamen. Danach ging er in den preußischen Justizdienst, arbeitete zunächst am Kreisgericht in Wolmirstedt (nördlich von Magdeburg) und trat am nahen Kreisgericht in Burg die Beamtenlaufbahn an. 1858 war seine Bewerbung auf die vakante Position eines Kreisrichters in seiner Geburtsstadt Gardelegen erfolgreich.

Ein Kreisrichter nahm damals aufgrund seiner Tätigkeit in der lokalen preußischen Verwaltung eine Schlüsselstellung ein: Ihm oblagen Polizei und Richteramt in erster Instanz – und zwar in Zivilprozessen und Kriminalfällen. Damit war diese »Sozialfigur« (Aldenhoff)[17] vertraut mit allen rechtlichen, auch wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten ihres Gerichtsbezirkes, kurzum: Ein Kreisrichter, der lokalen Elite zugehörig, lernte Bedürfnisse und Regungen breiter Volksschichten kennen.Diese umfaßten kleingewerblichen Handel, das Handwerk und die in jener Zeit zunehmende Lohnarbeiterschaft. In den Jahren nach 1848 waren zahlreiche Kreisrichter und andere Juristen neben vielen Publizisten wichtige aktive Träger der liberalen und demokratischen Bewegung auf politischer Ebene, in Vereinen (auffällig oft in den jungen Arbeiterbildungsvereinen) und im entstehenden Genossenschaftswesen.

11 Ohne Verfasser: Corps Palaiomarchia 1844-1994, o.O. (Halle a.d. Saale), o.J. (1994), S. 3.
12 König: Geschichte des Corps Palaiomarchia zu Halle a. S., 2. Aufl., Halle a. S. 1903, S. 22.
13 Vgl. König (wie Anm.12), S.8.
14 Adolf Schmiedecke: Die Revolution 1848-49 in Halle, Diss. Halle-Wittenberg 1931, S. 20.
15 Heide Thielbeer: Universität und Politik in der Deutschen Revolution 1848, Bonn 1983, S. 105.
16 Edwin Nitter: Weitere Briefe von Ludolf Parisius, in: Altmärkisches Museum Stendal (Hrsg.), Jahresgabe XIII, Stendal 1959, S. 85.
17 Rita Aldenhoff: Schulze-Delitzsch. Ein Beitrag zur Geschichte des Liberalismus zwischen Revolution und Reichsgründung, Baden-Baden 1984, S. 28.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

III.

Auffällige biographische Ähnlichkeiten und Übereinstimmungen sind für jene Zeitgenossen von Parisius auszumachen, von denen andere Beiträge dieses Jahrbuches handeln.[18]

Es überrascht deshalb nicht, dass sie einander auf den Handlungsfeldern Assoziation (Genossenschaften), Fraktion, Redaktion und, ganz allgemein, politischer Aktion immer wieder zu mehr oder weniger intensiver, über kürzere oder längere Zeiträume angelegter Zusammenarbeit begegneten; Parisius, Eugen Richter, Max Hirsch und Schulze-Delitzsch verband biographisch die Herkunft aus Bildungsbürgertum und Handwerk (Hirsch) und aus städtischen Milieus. Sie waren akademisch gebildet und, mit Ausnahme des Ökonomen Hirsch, Juristen; Richter freilich einer mit zusätzlich im Studium erworbenen, fundiertem ökonomischen Wissen.[19] Die Juristen unter ihnen sind, so hat es Schulze-Delitzsch in einem Brief[20] ausgedrückt, aus dem preußischen Staatsdienst »herausgemaßregelt« worden: Er und Richter schrittweise über Schikanen und Versetzungen in die preußischen Ostprovinzen – bis sie ihre Verwaltungspositionen aufgaben.

Parisius wurde u.a. wegen Mitunterzeichnung des Wahlaufrufes der Deutschen Fortschrittspartei vom 12. September 1863[21] kraft Urteils des Disziplinarsenates des Berliner Obertribunals – der höchsten preußischen Instanz – »wegen politischer Agitation« zur Absetzung ohne Pensionsanspruch verurteilt. Er hat die während des Verfassungskonfliktes in Preußen gemaßregelten und disziplinierten Beamten, die dem Abgeordnetenhaus angehörten, auf mindestens 20, die Gesamtheit der überwiegend liberalen Beamten, denen das widerfuhr, auf »sicher mehr als tausend« geschätzt.[22] Hirsch hatte als Jude a priori ohnehin im Staatsdienst keine Chance. Friedrich Werder[23] sah in vielen von ihnen »Opfer des Systems von Maßregelungen freisinniger Beamter, . . . die eine kurzsichtige Regierung zu ihrem Schaden und zum Heile des Volkes in die politische Laufbahn drängte«. Alle haben sich früh im Vereinswesen, vor allem in Arbeiter-, Handwerker- und Arbeiterbildungsvereinen engagiert.[24]

18 Vgl. dazu die Beiträge von Wolther von Kieseritzky und Hans-Georg Fleck.
19 Eugen Richter: Jugenderinnerungen, Berlin 1893, S. 34.
20 Zitiert bei Friedrich Thorwart: Hermann Schulze-Delitzsch. Leben und Wirken, Berlin 1913, S. 73.
21 Abgedruckt bei Ludolf Parisius: Deutschlands politische Parteien und das Ministerium Bismarck, Berlin 1878, S. 65ff.
22 Ludolf Parisius: Deutschlands politische Parteien und das Ministerium Bismarck (wie Anm. 21), S. 68 und dortige Fußnote.
23 Friedrich Werder: Eugen Richter, der Führer der Fortschrittspartei nebst einer einleitenden Geschichte der Partei, Berlin 1881, S. 165.
24 Vgl. zu Parisius Ulrich Engelhardt, »Nur vereinigt sind wir stark«. Die Anfänge der deutschen Gewerkschaftsbewegung 1862/63 bis 1869/70, Stuttgart 1977, Bd. 1, S. 576f., zu Richter: Eugen Richter: Jugenderinnerungen (wie Anm. 19), S. 95f. und zu Hirsch: Verband deutscher Arbeiterbildungsvereine (VDAV) (Hrsg.): Verhandlungen 1865, S. 11.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Sie alle gehörten zur ersten Generation von Anregern, Begründern, Beratern, Leitern von Ortsgenossenschaften – Rohstoffgenossenschaften, Vorschußvereinen, Distributions- und Produktionsgenossenschaften, Konsum- und Baugenossenschaften.[25] Richter, Parisius und Hirsch waren zeitweise Direktoren von Unterverbänden unter dem Dach des Allgemeinen Verbandes deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, dessen erster Anwalt (Geschäftsführer) Schulze-Delitzsch war.[26] Sie haben in Wort und Schrift den Gedanken des mitgliederorientierten Unternehmens Genossenschaft in Flugblättern, Zeitungen und Zeitschriften, in Broschüren und Büchern als Multiplikatoren propagiert und popularisiert.[27] Das gilt in Sonderheit für Parisius, ganz selbstverständlich und mit besonders nachhaltiger Wirkung natürlich für Schulze-Delitzsch. Hirsch reiste 1868 an die »Quelle der sozialen Weisheit«, in das Mutterland der Cooperativen, des Genossenschaftswesens: nach England.[28] Dort wollte er sich über den Stand der Entwicklung, über Perspektiven und Probleme informieren. Besonders beeindruckten ihn indessen auf dieser Reise die auf Interessenausgleich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern angelegten Trade-Unions. Er nahm diesen Ansatz auf, begriff ihn als integralen Bestandteil des Liberalismus und formte daraus ab 1868 mit den deutschen Gewerkvereinen den wesentlichen Teil seines verdienstvollen Lebenswerkes. Die Gewerkvereine, als »Geschwister in der Selbsthilfe« für die Genossenschaften angesehen und mit ihnen personell und inhaltlich vielfältig verflochten, waren so etwas wie der zeitlich letzte Baustein im Gesamtgebäude des damaligen deutschen Liberalismus.[29] Als Hirsch 1905 starb, attestierte ihm der Anwalt des Allgemeinen Verbandes der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Hans Crüger, eine tatkräftige Mitarbeit am Aufbau des Genossenschaftsgebäudes und zählte ihn zu den Pionieren des deutschen Genossenschaftswesens.[30] Mit Schulze-Delitzsch als Vorstand und mit zahlreichen bekannten Liberalen haben Hirsch und Parisius 1871 die »Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung« gegründet. Im liberalen Selbstverständnis

25 Vgl. zu Parisius Ludolf Parisius: Schulze-Delitzsch und Alwin Sörgel. Beiträge zur Geschichte der deutschen Genossenschaftsbewegung. Genossenschaftliche Zeit- und Streitfragen 4, Berlin 1899, S. 20, zu Richter: Eugen Richter: Jugenderinnerungen (wie Anm. 19), S. 99 und 149f und zu Hirsch: Ulrich Engelhardt: »Nur vereinigt sind wir stark« (wie Anm. 24), Bd. 2, S. 1184f.

26 Vgl. zu Parisius L(udolf) P(arisius): Provinzialverband der Genossenschaften des Regierungsbezirks Magdeburg und des Herzogthums Braunschweig, in: Blätter für Genossenschaftswesen, XII. Jg. (1865), 4, S. 29, zu Richter Eugen Richter: Jugenderinnerungen (wie Anm.19), S. 161 und zu Hirsch Bericht über den Verbandstag der Consumvereine der Provinz Brandenburg zu Berlin am 1. August, in: Blätter für Genossenschaftswesen, Jg. XVI (1869), 33, S. 130.

27 Vgl. zu Parisius: unter VI., zu Richter Eugen Richter: Die Konsumvereine, ein Not- und Hilfsbuch für deren Gründung und Einrichtung, Berlin 1867.

28 Ernest Hamburger: Juden im öffentlichen Leben Deutschlands, Tübingen 1968, S. 302.

29 Vgl. Hans-Georg Fleck: Sozialliberalismus und Gewerkschaftsbewegung. Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine 1868-1914, Köln 1994, S. 121.

30 Der Gewerkverein, 37. Jg. (1905), 27.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

sollte neben Selbsthilfe vor allem Bildung zur Emanzipation, vor allem bei der Lohnarbeiterschaft, beitragen.[31] Sie alle gehörten zur ersten Generation der »Fortschrittsmänner«: intern als wichtige Funktionsträger, extern als Abgeordnete der Deutschen Fortschrittspartei im Preußischen Abgeordnetenhaus, im Norddeutschen Reichstag oder im Deutschen Reichstag.[32]

IV.

Parisius' Studien- und erste Berufsjahre fielen in die Zeit des deutschen Vormärz und in die ersten Jahre nach der »ungewollten Revolution« (Wolfgang Mommsen) von 1848.

Es waren Jahre tiefgreifender Umbrüche: Der ab 1835 dynamische Ausbau der Eisenbahn war zum einen von neuen technischen Entwicklungen und deren industrieller Umsetzung angestoßen worden, hatte zum anderen, in fruchtbarer Wechselwirkung, aber die weitere Industrialisierung im deutschen Bund nachhaltig befruchtet. Das alles löste eine zeitlich lange Konjunkturwelle aus. Sie führte sichtbar zur Umprägung der sozialökonomischen Gesamtsituation. Die Arbeitswelt veränderte sich dramatisch, bislang gegebene Produktions- und Wettbewerbsverhältnisse wandelten sich durch neue Techniken und Fertigungsmethoden. Andere, vor allem schnellere, zuverlässigere und billigere Transportmöglichkeiten für Güter, Menschen, Nachrichten sprengten die engen räumlichen Begrenzungen bisheriger Arbeitsmärkte und jener für Bezug und Absatz von Gütern. Es entstanden jetzt ganz andere Marktgegebenheiten: Die Verhältnisse von Anbietern und Nachfragern änderten sich und auf der Anbieterseite sahen sich die Kleingewerbetreibenden einem harten und gnadenlosen Preis-, Ideen- und Leistungswettbewerb mit im allgemeinen kostengünstiger produzierenden, kapitalkräftigeren und auch kreditwürdigeren Mittel- bis Großbetrieben ausgesetzt.

Die traditionellen Strukturen des Handwerks und der kleinen Gewerbetreibenden standen in diesen Jahren in Gefahr, aufgelöst zu werden – mit dem Ergebnis, daß die selbständigen Existenzen nach und nach in den »vierten Stand«, die Lohnarbeiterschaft, abzusinken drohten.

Unbeschadet solcher dramatischen Entwicklungsaussichten blieben die tragenden Pfeiler im Selbstverständnis des nachmärzlichen Liberalismus – selbst, wenn sie teilweise noch einzufordern waren – Gewerbefreiheit, Freizügigkeit, Selbsthilfe und Eigenverantwortung, freilich flankiert von staatlich gesetzten Regularien. Werner Sombart stellte hierzu mit Recht fest, daß der

31 Vgl. die Aufforderung dazu in Blätter für Genossenschaftswesen, Jg. XIX (1872), 2.
32 Vgl. dazu Bernd Haunfelder (Bearb.): Die liberalen Abgeordneten des deutschen Reichstages 1871-1918. Ein biographisches Handbuch, Münster 2004.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Liberalismus im 19. Jahrhundert seine Mission darin sah, die Rechtsordnung so zu gestalten, daß der Initiative des einzelnen möglichst viel Spielraum gelassen wurde.[33]
Parallel zu diesen Entwicklungen – und dadurch mit verursacht – schufen die Liberalen nacheinander politisch wirksame, gemeinsame Organisationen auf wirtschaftspolitischem, dann auf national- und schließlich parteipolitischem Gebiet. Sie waren vielfach organisatorisch, wegen programmatischer (Teil-) Übereinstimmungen und Zielidentitäten inhaltlich und schließlich personell verflochten:
– 1840 wurde der Deutsche Freihandelsverein gegründet. Seine Mitglieder vertraten einen konsequenten ökonomischen Liberalismus gemäß englischem Theorie- und Praxisvorbild;
– 1858 folgte, unter maßgeblicher Mitwirkung Schulze-Delitzschs, der Kongreß Deutscher Volkswirte. Richter schrieb später, daß er auf diesem Kongreß »die freisinnigen volkswirtschaftlichen Überzeugungen gewann«.[34]
– September 1859 entstand der Deutsche Nationalverein. Auch daran war Schulze-Delitzsch entscheidend beteiligt.[35]
– 1861 gründete sich mit der Deutschen Fortschrittspartei, so ihr Mitschöpfer Schulze-Delitzsch, das »Exekutivorgan des Nationalvereins«.[36] Sie nannte sich als erste eine »deutsche Partei«[37] und konstituierte sich aufgrund eines konkreten Programms.[38] Die lange akzeptierte Kennzeichnung als »erste moderne Partei«[39] ist indessen durch neuere Forschungen erheblich relativiert worden.[40]

V.

Wegen der tiefgreifenden Umbrüche in diesen Jahren stellte sich, selbst wenn das einflußreiche Kreise nicht wahrhaben wollten, die »sociale Frage« in aller Deutlichkeit und Schärfe. Darauf mußten Antworten gefunden, neue ökonomische und soziale Strategien entwickelt und geeignete Maßnahmen ergriffen

33 Werner Sombart: Die deutsche Volkswirtschaft im 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts, 7. Aufl., Berlin 1927, S. 130.
34 Richter: Jugenderinnerungen (wie Anm. 19), S. 31.
35 Andreas Biefang: National-preußisch oder deutsch-national? Die deutsche Fortschrittspartei in Preußen 1861-1867, in: Geschichte und Gesellschaft, 23. Jg. (1997), S. 366, zum Stellenwert des Nationalvereins im einzelnen ders. (Bearb.): Der Deutsche Nationalverein 1859-1867. Vorstands- und Ausschußprotokolle, Düsseldorf 1995, S. IX und XIV.
36 Vgl. zur Gründung Thomas Nipperdey: Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Düsseldorf 1961, S. 17f.
37 Eugen Richter: Im alten Reichstag. Erinnerungen, Bd. 1, Berlin 1894, S. 10.
38 Parisius: Deutschlands politische Parteien (wie Anm. 21), S. 40.
39 Nipperdey: Organisation der deutschen Parteien (wie Anm. 36), S. 16.
40 Biefang: National-preußisch (wie Anm. 35), S. 361.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

werden. Prinzipiell konnte auf Staatshilfe, Caritas oder Selbsthilfe, natürlich auch auf eine Mischung, gesetzt werden.

Der deutsche Liberalismus setzte dabei auf Selbsthilfe als einem aus seinem Gedankengut herrührenden ethischen Prinzip. Schulze-Delitzsch hatte nicht nur bereits 1850 die Existenz einer »socialen Frage« bejaht, sondern sie als »die größte und dringendste Aufgabe der Zeit«[41] bezeichnet. Dieser Erkenntnis lagen parlamentarische Erfahrungen zugrunde. Er war in der Berliner Nationalversammlung Vorsitzender der »Kommission für Handel und Gewerbe unter besonderer Berücksichtigung der Handwerksverhältnisse«. Sie setzte sich aus Abgeordneten zusammen, die überwiegend aus dem gewerblichen Bereich, nämlich aus dem Einzelhandel und dem Handwerk kamen. Dieses Gremium befaßte sich wegen der offenkundigen Not großer Bereiche des Handwerks mit zahlreichen Fragen und Problemen aus diesem Wirtschaftsbereich. Beratungsgrundlage dafür waren rund 1 600 Petitionen.[42] Sensibilisiert wurde er aber vor allem durch die Notlage der Handwerker und Fabrikarbeiter in Delitzsch und Umgebung.

Viktor Aimé Huber hatte die Erfahrungen aus England in Deutschland publizistisch verbreitet[43] und dabei auf gemeinschaftliche Selbsthilfe als einen Lösungsansatz verwiesen – nämlich durch verschiedene Formen von Cooperativen: Konsumgenossenschaften sowie Bau- und Wohnungsgenossenschaften.[44] Darauf sowie auf Ergebnisse zeitgenössischer Genossenschaftsgründungen in Deutschland griff Schulze-Delitzsch zurück.

1849[45] entstanden in Delitzsch als Selbsthilfeeinrichtungen ein Krankenverein und ein Rohstoff(bezugs-)verein für Schuhmacher. 1850 folgte mit einem Vorschußverein die erste Kreditgenossenschaft. Das war ein entscheidender Schritt: Über diesen Kooperationstyp bekamen kleine Gewerbetreibende und Handwerker Kleinkredite für das laufende Geschäft und für Investitionen. Bereits 1848 hatten Handwerker spezielle Handwerksbanken angemahnt, damit diese ihnen »das Kapital billig verschaffen, dessen Mangel von ihnen als Hauptgrund ihrer Kalamitäten bezeichnet wurde.«[46].Im ersten Vorschußverein ist sogleich »die außerordentliche Wirksamkeit der solidarischen Haft als Kreditbasis erprobt«[47] worden.

41 Friedrich Thorwart (Hrsg.): Hermann Schulze-Delitzsch Schriften und Reden, Bd. 1, Berlin 1909, S. 17.
42 Vgl. dazu Aldenhoff: Schulze-Delitzsch (wie Anm. 17), S. 52ff.
43 Victor Aimé Huber: Reisebriefe aus Belgien, Frankreich und England im Sommer 1854, 2 Bde, Hamburg 1855.
44 Victor Aimé Huber: Über die cooperativen Arbeiterassoziationen in England, Berlin 1852; dazu auch: Eberhard Dülfer: Das Organisationskonzept »Genossenschaft« – eine Pionierleistung Schulze-Delitzschs, in: Deutscher Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch) e.V. i.L. (Hrsg.): Schultze-Delitzsch, Wiesbaden 1977, S. 77ff.
45 Rita Aldenhoff: Der Politiker Schulze-Delitzsch, in: Deutscher Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch) e.V. i.L. (Hrsg.) (wie Anm.44), S.25.
46 Ludolf Parisius: Die Genossenschaftsgesetze im Deutschen Reiche, Berlin 1876, S. 3.
47 Ebd., S. 4.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Schulze-Delitzsch setzte konsequent auf Selbstverantwortlichkeit des einzelnen für seine Existenz, wollte Kräfte wecken, die von Natur aus im Menschen vorhanden sind, bekannte sich zu gemeinschaftlicher Selbsthilfe und lehnte, von temporären Ausnahmen abgesehen, öffentliche, gemeinschaftliche oder private Wohltätigkeit als Lösungsweg ab. Assoziationen waren für ihn ein zeitgemäßes und wirksames Instrument zur Erhaltung des selbständigen Mittelstandes. Kooperationen konnten eine freie Entfaltung des Einzelmitgliedes im Wettbewerb mit gemeinsamer Verfolgung von Teilzielen verbinden. Die branchenbezogene Vereinigung vieler kleiner Kräfte zu einer Großkraft zwecks gemeinschaftlicher Übernahme unternehmerischer Teilaufgaben war Garant für die Absicherung von Eigenständigkeit und Voraussetzung lohnender gewerblicher Tätigkeit unter veränderten Marktbedingungen.

In diesen Anfangsjahren wurde die Genossenschaft obrigkeitsseitig nicht nur »weil sie von unten kam, mit Mißgunst behandelt«,[48] sondern zusätzlich beargwöhnt. Das frühe Genossenschaftswesen figurierte nämlich als Auffangbecken für solche liberalen Kräfte, denen eine politische Betätigung nach 1849 nicht mehr möglich war, die aber dennoch etwas für die Gesellschaft tun wollten: Die hochkonservative Kreuz-Zeitung meinte 1854: »die Korporation ist konservativ, die Assoziation revolutionär«[49], was insofern zutreffend war, als sie sich nach dem Selbstverständnis vieler ihrer Gründer und bekannter Promoter als »Schule der Demokratie« verstand.

Die oktroyierte Verfassung Preußens vom 31. Januar 1850 beinhaltete das Bürgerrecht der Vereinsfreiheit. Es bot den frühen Assoziationen jetzt Schutz vor obrigkeitlicher Auflösung. Die Wahl der »erlaubten Gesellschaft« als Rechtsform kannte indessen als Gründungszweck keinen Geschäftsbetrieb und der Status einer eigenen Rechtspersönlichkeit (juristische Person) war damit schon gar nicht verbunden.

Schulze-Delitzsch war im Oktober 1851 aus dem Staatsdienst »herausgemaßregelt« worden, konnte sich von jetzt an mit ganzer Kraft der persönlichen Beratung von Neugründern, schon bestehenden Genossenschaften und einer Popularisierung in Zeitungen, Zeitschriften, Broschüren und Büchern einsetzen. 1853 erschien die »erste, das deutsche Genossenschaftswesen in seiner Allgemeinheit behandelnde Schrift«[50] mit der Absicht, »zum praktischen Angriff der Sache anzuregen und das für die erste Organisation Dienliche beizubringen.«[51]

48 Das Bureau der Anwaltschaft (Verf.): Aus den Verhandlungen des Preußischen Abgeordnetenhauses über das Genossenschaftsgesetz, in: Blätter für Genossenschaftswesen, XIV (1867), 3, S. 10.

49 Albert Knittel: Beiträge zur Geschichte des deutschen Genossenschaftswesens, Freiburg i. Br. und Leipzig 1895, S. 14.

50 Hermann Schulze-Delitzsch: Assoziationsbuch für deutsche Handwerker und Arbeiter, Leipzig 1853.

51 Parisius: Die Genossenschaftsgesetze (wie Anm. 46), S. 5.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Die Leipziger »Deutsche Gewerbezeitung« eröffnete 1854 eine »stehende Abteilung« unter dem Titel »Die Innung der Zukunft« – eine ganz entscheidende ständige publizistische Plattform für die Behandlung aller Belange der Assoziationen.[52] Aufgrund offensichtlich überall verbreiteter Bedürfnisse stieg die Zahl der Vorschußvereine (Kreditgenossenschaften) besonders schnell: 1859 gab es 200 mit gegen 20 000 Mitgliedern und gut 6 Mio Talern an Vorschüssen, 1860 waren es bereits 260, die etwa 35 000 Mitglieder hatten und 10 Mio Taler an Krediten auslegten, 1862 dann 353 Kreditgenossenschaften mit fast 50 000 Mitgliedern und gut 20 Mio Talern an Vorschüssen.
Es deutete sich demnach früh an, daß die liberale Strategie für den Umgang mit der »socialen Frage« (einigen) Erfolg haben würde: Die Genossenschaften erwiesen sich offensichtlich als ausreichende Präventivmittel gegen die Gefahren der (ökonomischen) Freiheit und erlangten eine Korrekturfunktion im sozialökonomischen Gefüge. Nach diesem ersten Jahrzehnt äußerten die Ökonomen Wilhelm Roscher und Huber fast prophetisch, daß Schulzes Verdienst um die Volkswohlfahrt kein flüchtig vorübergehendes, sondern ein »auf die Nachwelt kommendes sei«.[53]

VI.

Wann und wo Parisius zuerst mit Gedanken in Berührung kam, einer Notlage im gewerblichen Mittelstand und bei der Lohnarbeiterschaft mit einer neuen, wenngleich formalrechtlich noch nicht ausreichend gefaßten Unternehmensform zu begegnen, die konsequent auf Selbständigkeit und Selbstverantwortung setzte – das kann zur Zeit nicht beantwortet werden.Dazu gibt es aber folgende Hypothesen:
– Während des Studiums (1846-1850) in Halle bekam er erste Informationen über die Gründung von Ortsgenossenschaften in den provinzialsächsischen Städten Delitzsch und Eilenburg;
– Parisius lernte Schulze-Delitzschs erste Schrift, das »Assoziationsbuch«, und seine frühen Aufsätze in Zeitungen und Zeitschriften kennen. Während seiner Zeit als Kreisrichter erfuhr er von einschlägigen Überlegungen im Bildungs- und Wirtschaftsbürgertum. Hirsch hat später einmal aufgrund eigener Erfahrungen Burg bei Magdeburg als »alte Genossenschaftsstadt«[54] bezeichnet.
Da Parisius an der ersten Generalversammlung des Nationalvereins 1859 in Coburg teilnahm[55], hat er sicherlich Schulze-Delitzsch erlebt und vielleicht

52 Parisius: Die Genossenschaftsgesetze (wie Anm. 46), S. 6.
53 Aaron Bernstein: Schulze-Delitzsch. Leben und Wirken, 4. Aufl., Berlin o. J., S. 142.
54 Max Hirsch: Was bezwecken die Gewerkvereine?, 6. Aufl. Berlin 1884, S. 71.
55 Haunfelder: Die liberalen Abgeordneten (wie Anm. 32), S. 311.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

eines der 1 000 Exemplare von dessen Broschüre »Die nationale Bedeutung der Genossenschaften« erhalten – gut geeignet als Anregung für eigene Aktivitäten.

Seine genossenschaftliche Arbeit begann, wie bei Richter, Hirsch und Schulze-Delitzsch auf der lokalen Ebene: Im September 1859 gründete er als Kreisrichter den Gardelegener Vorschußverein und leitete ihn seitdem.[56] Das war der Anfang einer lebenslangen Einbindung, von intensiver, vielseitiger Mitarbeit beim Aufbau und der inneren Ausgestaltung eines wesentlichen Teils des deutschen Genossenschaftswesens.

In den Anfangsjahren erfuhr er wichtige Unterstützung auf Tagungen des Nationalvereins sowie des volkswirtschaftlichen Kongresses und durch die mit beiden liberalen Organisationen »befreundeten« Zeitungen und Zeitschriften.[57] Die dadurch ausgelöste Schubkraft trug nicht unwesentlich zur schnellen Ausbreitung des genossenschaftlichen Gedankens bei. Sichtbar manifestierte sich das vor allem in einer stetig, mitunter sogar rasant zunehmenden Zahl von Kreditgenossenschaften. Schulze-Delitzsch prophezeite schon 1865, daß es in ferner Zeit keine Stadt in Deutschland ohne ein solches Institut geben würde[58] – was dann im Verlauf der folgenden Jahrzehnte tatsächlich eintrat.

Die Bedürfnisse im mittelständischen Handel und Handwerk richteten sich jedoch darüber hinaus auf gemeinschaftliche Formen der Beschaffung, der Produktion und des Absatzes von Gütern und Leistungen. Diese sollten einem verschärften Wettbewerb mit Hilfe von Kostensenkungen erfolgreich zu begegnen versuchen. Dafür gegründete Rohstoffvereine, Produktions- und Distributionsassoziationen bildeten als Selbsthilfeeinrichtungen wichtige Bestandteile des genossenschaftlichen Gesamtkonzeptes. Dabei waren die Produktionsgenossenschaften, nach Schulze-Delitzschs Vorstellungen der krönende Schlußstein des Ganzen, geeignet, die Gegensätze zwischen Produktionsmittelbesitzern und Abhängigen auszugleichen: Meister, Kleinmeister, Gesellen und Lohnarbeiter sollten hier zu einer gemeinschaftlichen Erzeugung und Vermarktung von Gütern zusammenfinden.

Die nächsten Schritte betrafen wichtige organisatorische Entscheidungen für Aufbau und innere Ausgestaltung einer Verbandsorganisation: 1859 wurde auf einem ersten Verbandstag die Gründung eines »Central-Correspondenz-Bureaus der deutschen Vorschuß- und Creditvereine« beschlossen, daß »außer einer geschäftlichen Verbindung (für) den Austausch der gegenseitigen Erfahrung, sowie eine Verständigung gemeinsamer Interessen anzubahnen ist«.[59] Als Vertreter des von ihm gegründeten Vorschußvereins nahm

56 Parisius: Schulze-Delitzsch (wie Anm. 25), S. 20.
57 Vgl. dazu Parisius: Die Genossenschaftsgesetze (wie Anm. 46), S. 7.
58 Ebd., S. 18.
59 Hermann Schulze-Delitzsch: Entwickelung des Genossenschaftswesens in Deutschland, Berlin 1870, S. 101.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Parisius am Gothaer Verbandstag 1860, den Schulze-Delitzsch leitete, teil.[60] 1861 wurde die Deutsche Fortschrittspartei gegründet, woran Schulze-Delitzsch einen hervorragenden Anteil hatte. Sie paßte sich sofort in den Kreis der liberalen Großorganisationen ein, wies dabei eine dichte personelle und inhaltliche Verflechtung mit ihnen auf, ersetzte sie in den kommenden Jahren auch – und war fortan der politische und parlamentarische Anwalt des Genossenschaftswesens – zunächst auf preußischer Ebene.

Parisius hatte sich ihr bereits im Gründungsjahr angeschlossen. Schulze-Delitzsch, ». . . Quirl dieser Partei, die eigentliche Seele, die disziplinierende Kraft derselben«,[61] hatte »seine Genossenschaften« auf parteipolitische und konfessionelle Neutralität festgelegt. Aber dies gelang weder nach innen noch nach außen; denn ihr offensichtliches Beziehungsgeflecht ließ sie als Vorfeldorganisation der Fortschrittspartei erscheinen.[62] 1862 wurde das Correspondenz-Bureau in die »Anwaltschaft der deutschen Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften« mit Schulze-Delitzsch als erstem Anwalt (Geschäftsführer) umgewandelt. Zu dessen Unterstützung bildete sich ein engerer Ausschuß, zunächst mit fünf Mitgliedern; eines davon war Parisius.[63] Damit begann eine langjährige und enge Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Männern.

Der nächste organisatorische Schritt war die Bildung von Unterverbänden als Klammer zwischen Ortsgenossenschaften und Allgemeinem Verband. Dadurch wollte man eine Verbesserung der Kommunikation erreichen und die Vertretungsmacht des Genossenschaftswesens verbessern. Unterverbandstage sollten in einjährigem Rhythmus an wechselnden Orten stattfinden. Die Organisation oblag einer dort ansässigen Genossenschaft und deren Vorstand war für ein Jahr Direktor des Unterverbandes. Ein Verfahren, das a priori Machtverfestigungen auf Unterverbandsebene verhinderte.[64] 1861 war einer in Sachsen gegründet worden, 1862 zwei und 1863 dann weitere drei.[65] Parisius war Gründer des Unterverbandes für den preußischen Regierungsbezirk Magdeburg und das Herzogtum Braunschweig. Er konstituierte sich als siebenter im Mai 1864 in Magdeburg.[66]

Dies geschah im Jahr seiner Entfernung aus dem preußischen Justizdienst. Dadurch ergab sich der nötige Freiraum für eine intensive Arbeit in der Deutschen Fortschrittspartei; teils als Broterwerb, teils aus Neigung. Der damalige Anwalt Schulze-Delitzsch und der Parteivorsitzende Leopold von Hoverbeck

60 Parisius: Schulze-Delitzsch (wie Anm. 25), S. 20.
61 Eduard Schmidt-Weißenfels: Preußische Landtagsmänner – Beiträge zur Partei- und parlamentarischen Geschichte, Breslau 1862, S. 34.
62 Faust: Geschichte der Genossenschaftsbewegung (wie Anm. 2), S. 224.
63 Schulze-Delitzsch: Entwickelung des Genossenschaftswesens, (wie Anm. 59), S. 107.
64 Ebd., S. 111.
65 Parisius: Die Genossenschaftsgesetze im (wie Anm.46), S. 12f.
66 L(udolf) P(arisius): Provinzialverband der Genossenschaften (wie Anm. 26), S. 29.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

machten den 37jährigen zu einem ihrer engsten Mitarbeiter. Parisius blieb trotz seiner sachlichen und persönlichen Nähe zu beiden – später auch zu Richter – stets ein »Mann der zweiten Reihe«. Offen bleiben muß, ob er oder andere, die über seine Positionierung zu befinden hatten, Grenzen spürten oder erkannten. Er kam – z.B. bei der Nachfolgeregelung für Schulze-Delitzsch – nicht in die engere Wahl, weil ihm die Eigenschaften, »welche man von dem Anwalt beanspruchen müsse«, von den Mitgliedern des engeren Ausschusses nicht zuerkannt wurden.[67]

Mit der Übersiedlung nach Berlin im Dezember 1864 begann Parisius eine umfangreiche publizistische Arbeit für die Verbreitung des genossenschaftlichen Gedankens. Ab Jahresbeginn 1865 war er Redakteur des zunächst monatlich, ab Anfang 1866 wöchentlich erscheinenden Verbandsorgans »Blätter für Genossenschaftswesen« und ist als Mitherausgeber bis zur Nummer 35 des Jahrgangs 1883 aufgeführt. Hierin und in vielen anderen Zeitschriften – vor allem in dem von ihm zwischen 1868 und 1872 herausgegebenen Wochenblatt »Der Volksfreund« – und Zeitungen erschienen zahlreiche volkswirtschaftliche Aufsätze. Auch Tagungsberichte und Aufsätze zu Entwicklungsfragen der Genossenschaftstypen stammten aus seiner Feder. Seine Abhandlungen zu Fragen der Eigenkapitalbeschaffung, Einwerbung von Spareinlagen, speziellen Problemen der Kreditgewährung, zu Rechts- und Steuerfragen, auch erste »nutzbringende Vergleiche« durch interpretierte Statistiken dienten in dieser Startphase des Genossenschaftswesens einer zielführenden Hilfestellung und Beratung.[68]

Für aktuelle, zentrale Fragestellungen bediente er sich mit Erfolg des Mediums Flugblatt.[69] Hinzu kamen Veröffentlichungen in Buch- und Broschürenform.[70]

Parallel dazu konzentrierte der Jurist Parisius seine publizistische – und ab 1862 auch parlamentarische – Arbeit, als engster Mitarbeiter und Vertrauter Schulze-Delitzschs, auf die Bemühungen, der neuen Unternehmensform Genossenschaft ein eigenes Rechtskleid zu verschaffen. Schulze-Delitzsch hatte bereits 1860 ein Gesetz gefordert, und dazu einen Entwurf zur Regelung einer Außenvertretung der Genossenschaft erarbeitet.[71] Eine Verleihung des Korporationsrechtes lehnte er wegen der damit verbundenen Gefahr staatlicher Einmischung ab.

67 Vgl. dazu Blätter für Genossenschaftswesen, XXX. Jg. (1883), 36, S. 174.
68 Vgl. dazu im einzelnen: Blätter für Genossenschaftswesen, Jg. XII (1864) ff und Der Volksfreund, Jahrgänge 1868 ff.
69 Vgl. dazu eine Anzeige in Blätter für Genossenschaftswesen, Jg. XVII (1870), 3 und 4, S. 16 und F(ritz) S(chneider): Vorwärts, vorwärts, Ihr Deutschen Genossenschaftsmänner, 19 und 20, S. 80.
70 Darunter Ludolf Parisius: Kreditgenossenschaften nach Schulze-Delitzsch, 2. Aufl. Berlin 1895 und Ludolf Parisius: Schulze-Delitzsch (Anm. 25)
71 Parisius: Kreditgenossenschaften nach Schulze-Delitzsch (wie Anm. 70), S. 51.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Nach »vieljährigen Berathungen« im preußischen Abgeordnetenhaus erlangte das Handelsgesetzbuch im Mai 1862 Gesetzeskraft. »Die Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften« – schrieb Parisius – »waren unter keiner der behandelten Gesellschaften unterzubringen und entbehrten somit nach wie vor des gesetzlichen Schutzes«[72] Schulze-Delitzsch reagierte auf diese Unzulänglichkeit bereits auf dem Genossenschaftstag 1862 mit der Vorlage eines eigenen Entwurfes zu einem Preußischen Genossenschaftsgesetz. Zwecks Gleichstellung (mit den Handelsgesellschaften) wurden die Eintragung in ein Genossenschaftsregister und die Gewährung der Rechte selbständiger handelsrechtlicher Personen eingefordert. Parisius hatte an diesem Entwurf mitgewirkt und ihn publizistisch unterstützt. Im März 1863 wurde er in das Parlament eingebracht und von einer Kommission, deren Berichterstatter Parisius war, »durchberaten« und zum Teil umgearbeitet.[73] Jedoch kam er, weil das Abgeordnetenhaus aufgelöst wurde, nicht mehr in das Plenum.

Trotz eines Versprechens des Handelsministers legte die preußische Regierung ihrerseits keinen Entwurf vor, der den Genossenschaften die Rechtsfähigkeit sichern konnte**.** Bei einer neuen Regierungsvorlage votierte der Genossenschaftstag in Stettin 1865 einstimmig für einen eingebrachten Parisius-Antrag, der abschließend lautete: »Alle Versuche, die auf Selbsthilfe beruhenden Genossenschaften im Allgemeinen oder innerhalb einer einzelnen Berufsklasse durch positive Einmischung fördern zu wollen, müssen als ihnen schädlich zurückgewiesen werden.«[74] In ihrer erneuten Vorlage von 1866 sah die Regierung dann wieder einen Konzessionsparagraphen vor – worin sich anhaltendes Mißtrauen gegenüber den Genossenschaften als »Schulen der Demokratie«, gar deren »Kriegskassen« (Bismarck)[75] manifestierte. Denn das Engagement vieler »Fortschrittsmänner« bei der Gründung und Leitung von Genossenschaften erweckte in konservativen Kreisen den Verdacht, es handele sich dabei um eine fortschrittsparteiliche Sache.

Erst als sich die politischen Verhältnisse nach Beendigung des Krieges »Deutscher gegen Deutsche« (Parisius)[76] 1866 durch Annäherung eines Teils des liberalen Bürgertums an den Staat geändert hatten, kam das Preußische Genossenschaftsgesetz vom 27. März 1867, nun ohne Konzessionsparagraph, zustande. Damit war es endlich gelungen, einen Teil der Rechtsordnung so in liberalem Sinn umzugestalten, daß der Initiative des Einzelnen viel Spielraum belassen wurde. Mit der Rechtsfigur der »eingetragenen Genossenschaft« hatte die genossenschaftliche Bewegung eine Kernforderung nach einer ihr

72 Ebd.
73 Ebd.
74 Ebd, S. 52.
75 Zitiert bei Faust: Geschichte der Genossenschaftsbewegung (wie Anm. 2), S. 224.
76 Ludolf Parisius: Die Deutsche Fortschrittspartei von 1861-1878. Eine geschichtliche Skizze, Berlin 1879, S. 15.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

angemessenen Rechtsform, die Rechtssubjektivität ohne Konzessionszwang durchgesetzt: Eine Genossenschaft war fortan eine handelsrechtliche Persönlichkeit.

Eduard Lasker führte dazu abschließend als Berichterstatter im Plenum aus, daß das Genossenschaftswesen zu den schönsten Blüten der Kultur gehöre und ein Sieg des klaren Denkens über den unklaren Kopf sei, der die Bedürftigen auf den Staatssäckel anweise und ihre Tatkraft untergrabe. Schulze-Delitzsch äußerte sich entsprechend.[77]

Es bleibt zu ergänzen, daß dieses Gesetz vor allem Schulze-Delitzsch, aber auch einem seiner engsten Mitarbeiter und Vertrauten Parisius zu verdanken war. Für die einschlägige Gesetzgebung im Norddeutschen Bund, in den deutschen Bundesstaaten und später im Deutschen Reich hatte es Vorbildcharakter. Parisius gebührt überdies das Verdienst, zu diesen neuen Gesetzen die ersten Kommentare verfaßt zu haben.[78] Deren weitere Auflagen haben dann selbstverständlich die Ergebnisse der aktuellen Rechtsprechung hinzugefügt.

Um 1865 wurde die Wohnungsfrage als Bestandteil der »socialen Frage« Gegenstand von Erörterungen auf Kongressen und im zeitgenössischen Schrifttum. 1864 befaßte sich der Volkswirtschaftliche Kongreß mit dem Thema. Parisius hielt dort ein Referat »Über das Prinzip der Selbsthilfe bei Baugenossenschaften im Allgemeinen«. Im Gegensatz zu Huber, der im Massenwohnungsbau die Lösung sah, plädierte Parisius, wie übrigens Julius Faucher (der das englische Cottage-System für geeignet hielt) für den Bau von Einfamilienhäusern. Deren Mieter sollten durch Zahlung von Kaufpreisraten später das Eigentum erwerben können. Dadurch wären Mittel zurückgeflossen und könnten aufs Neue – in einer Art Revolving-Finanzierung – in Wohnbauten angelegt werden. Eine eingesetzte Kommission trug zunächst Material zur Wohnungsfrage zusammen und Parisius als Mitglied übernahm es, daraus einen Bericht zu erstellen.[79] Auf dem Genossenschaftstag des Allgemeinen Verbandes im gleichen Jahr hatte der Hamburger Genossenschaftsgründer C.F. Balzer angeregt, auf künftigen Verbandstagen auch die Wohnungsfrage zu diskutieren.

Parisius legte dann 1865 seinen Bericht vor und stellte auf dem im gleichen Jahr in Stettin tagenden Verbandstag bis in alle Einzelheiten Aufbau und Organisation einer Baugenossenschaft vor. Das war eine Pionierleistung: Der

77 Vgl. dazu Blätter für Genossenschaftswesen, Jg. XIV (1867), 3 und 4.

78 Parisius ist Verfasser der nachstehenden Publikationen: Das Preußische Gesetz betr. die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften, Berlin 1867; Das Genossenschaftsgesetz für den Norddeutschen Bund vom 4. Juli 1868, Berlin 1868; Die Genossenschaftsgesetze im deutschen Reiche mit Einleitung und Erläuterung zum praktischen Gebrauch für Juristen und Genossenschafter, Berlin 1876; Das Reichsgesetz betr. die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Berlin 1890.

79 Ludolf Parisius: Bericht über die in Deutschland bestehenden Baugesellschaften und Baugenossenschaften, Gardelegen 1865.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Plan darf für sich in Anspruch nehmen, den Baugenossenschaftsgedanken organisatorisch detailliert durchgebildet zu haben. Er veranlaßte damit Schulze-Delitzsch, sich eingehend mit einem weiteren Genossenschaftstyp, der Baugenossenschaft, zu befassen: Allerdings mit dem Ergebnis, dass dieser mehr dem Bau von Mietshäusern zuneigte, was sich in der Baugenossenschaftsbewegung dann auch durchsetzte.[80]

Die 1868 von Max Hirsch und Franz Duncker gegründeten Gewerkvereine mit ihrem programmatischen Bekenntnis zum Selbsthilfeprinzip bildeten eine weitere liberale Großorganisation. Von »enger Verwandtschaft«, von »Geschwistern der Selbsthilfe«, von »Verschiedenheit im Wirken bei Einheit im Wesen« war die Rede.[81] In den Musterstatuten wurde die Gründung und Unterstützung von wirtschaftlichen Genossenschaften als ein hauptsächlicher Zweck hervorgehoben. Für das Genossenschaftswesen insgesamt wurde dadurch ein zusätzlicher Schub ausgelöst und publizistisch mit der Zeitschrift »Der Gewerkverein« verstärkt.

Bis zum Tod von Schulze-Delitzsch 1883 ist Parisius an der Weiterentwicklung seines Konzeptes maßgeblich beteiligt gewesen, mithin auch an allen kontroversen Diskussionen in Wort und Schrift.[82] Das betraf z.B. die in der Genossenschaftsbewegung umstrittene Frage einer beschränkten Haftung für Mitglieder. Dafür hatte sich Richter frühzeitig eingesetzt, um auch Mitglieder aus vermögenden Schichten zu gewinnen.[83]

Die Frage der Zentralkassen wurde zu einem Streitpunkt zwischen Schulze-Delitzsch und Friedrich Wilhelm Raiffeisen. Raiffeisen befürwortete und gründete sie als notwendige Einrichtungen zum Liquiditätsausgleich zwischen den ländlichen lokalen Kreditgenossenschaften. Sie waren ausschließlich auf die persönliche Haftung der Mitglieder von Ortsgenossenschaften basiert. Schulze-Delitzsch hielt sie grundsätzlich für entbehrlich und sah die gewählte Haftungsregelung als unredliche und unzumutbare Doppel-Inanspruchnahme der Mitglieder an.[84]

Es gab anhaltende Auseinandersetzungen um eine zentrale Einkaufsorganisation mit entsprechenden Einrichtungen der Konsumgenossenschaften und mißglückte Gründungsversuche von Zentralen unter Mitwirkung von Parisius, samt Streitigkeiten über die zu wählenden Rechtsformen.

80 Faust: Geschichte der Genossenschaftsbewegung (wie Anm. 2), S. 513.
81 Zitiert bei Fleck: Sozialliberalismus und Gewerkschaftsbewegung (wie Anm.29), S. 35 und S. 69f. Vgl. dazu auch Max Hirsch: Die Entwicklung der Arbeiterberufsvereine in Großbritannien und Deutschland, Berlin 1896, S. 35 und S. 69f.
82 Die folgende Darstellung basiert im wesentlichen auf Faust: Geschichte der Genossenschaftsbewegung (wie Anm. 2), S. 317 ff, S. 460 ff. und S. 477 f.
83 Richter: Jugenderinnerungen (wie Anm. 19), S. 166.
84 Vgl. dazu Dülfer: Das Organsiationskonzept »Genossenschaft«-eine Pionierleistung Schulze-Delitzschs (wie Anm. 44), S. 91.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Unter Leitung des Ökonomen und Abgeordneten der liberalen Deutschen Partei im Württembergischen Landtag Eduard Pfeiffer bildete sich 1867 in Stuttgart eine eigene Organisation der Konsumgenossenschaften(»Verband Deutscher Konsumvereine«).[85] Diese Entwicklung bekämpfte der Allgemeine Verband heftig und lange, aber ohne Erfolg. Allein der Allgemeine Verband, vertreten durch Parisius, verneinte das Bedürfnis nach einer staatlichen Ausgleichsstelle als genossenschaftliche Zentralbank. Dieser Vorschlag stammte vom preußischen Finanzminister und 1895 nahm diese Einrichtung als »Preußische Central-Genossenschaftskasse« ihre Arbeit auf – mit nachhaltigem Erfolg.

Strittig blieb weiter die Verankerung einer gesetzlichen Revisionspflicht, denn dem genossenschaftlichen Selbstverständnis lief dies zuwider. Im Allgemeinen Verband war zwar die Revision durch genossenschaftlich erfahrene Prüfer eingeführt worden, weil dies angesichts der Realität nötig war. Aber gegen eine gesetzliche Vorschrift dafür mit verbindlichen Fristen wehrte sich der 1899er Verbandstag in Erfurt.

Die notwendigen Weiterentwicklungen angesichts sich wandelnder Rahmenbedingungen gerieten in diesen Jahren oftmals in Konflikt mit einer Dogmatisierung des theoretischen Ansatzes von Schulze-Delitzsch. Hinzu kam eine tatsächliche oder von vielen gefühlte Zementierung verbandlicher Organisations- und Entscheidungsstrukturen. Ohne auf Ursachen, Verlauf und Folgen näher eingehen zu können, soll die Kontroverse Parisius/Louis Glackemeyer dafür als ein Beispiel zumindest erwähnt werden. Die Ursachen waren vielfältig und führten 1893 zur Entstehung einer »Freien Vereinigung der Deutschen Creditgenossenschaften«. Beide Seiten fochten den Streit mit gezielten Pamphleten aus.[86]

Vor allem Parisius gebührt jedoch auch das Verdienst, für den Aufbau einer genossenschaftlichen Erinnerungskultur gewirkt zu haben. In mehreren Beiträgen für die »Blätter für Genossenschaftswesen«[87] regte er die Einrichtung eines Schulze-Delitzsch-Archivs an. Das war sein Dank an seinen Förderer, dem er als Streit- und Kampfgenosse verbunden blieb und zu dem sich im Laufe der gemeinsamen Jahre eine Freundschaft entwickelt hatte. Die dann geschaffene Einrichtung hat indessen, von bescheidenen Resten abgesehen, den Zweiten Weltkrieg nicht überstanden.[88] Im Todesjahr von Schulze-Delitzsch beschloß der Verbandstag die Errichtung eines Denkmals für ihn.

85 Ebenda, S. 94f und Hamburger: Juden im öffentlichen Leben Deutschlands (wie Anm. 28), S. 232ff.

86 Zuerst erschien Ludolf Parisius: Dr. Louis Glackemeyer in Hannover, Berlin 1894. Dieser antwortete mit: Louis Glackemeyer: Ludolf Parisius in Charlottenburg, seine Schmähschrift und sein Kampf gegen die Weiterentwicklung der Lehren von Schulze-Delitzsch. Im Lichte der Wahrheit. Hannover 1895.

87 Zitiert bei Aldenhoff: Schulze-Delitzsch (wie Anm. 17), S. 20, Fußnote 18.

88 Ebd., S. 20.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Dazu bildete sich ein »Comité«, dem Max von Forckenbeck, Rudolf Virchow und Ludwig Loewe vorsaßen und für das Parisius als Schriftführer fungierte.[89]
Die Aufstellung des Standbildes war für den 40. Verbandstag 1899 in Berlin vorgesehen. An einer Aufbringung der Kosten beteiligten sich Liberale aller Richtungen und das gesamte deutsche Genossenschaftswesen. Berlins Stadtverordnete hatten den Alexanderplatz als Standort beschlossen. Dagegen protestierte der Polizeipräsident, »sicherlich erst nach Rücksprache mit Wilhelm II.«[90] Das Denkmal wurde in Anwesenheit von 1 200 Genossenschaftlern aus Deutschland und zahlreichen anderen Ländern »am Treffpunkte der Köpenikker-, Insel- und Neuen Jakob Strasse zu Berlin«[91] (in der Nähe des heutigen U-Bahnhofes Heinrich-Heine-Straße, U.N.) 1899 eingeweiht.
Es hat beide Weltkriege und eine wegen Buntmetallmangels forcierte Einschmelzung bronzener Standbilder überstanden, allerdings nicht ganz vollständig, und wurde überdies zu DDR-Zeiten zeitweilig abgebaut. Im heutigen Berliner Stadtbezirk Mitte steht es wieder auf dem ursprünglichen Platz, der nach Schulze-Delitzsch benannt wurde.

VII.

Parisius' Lebensleistung bestand zu einem wesentlichen Teil aus seiner publizistischen, praktisch-organisatorischen und verbandspolitischen Arbeit für die neue, mitgliederbezogene und von ihrer Verfassung her – »Ein Mann, eine Stimme« – demokratische Unternehmensform der eingetragenen Genossenschaft. Ohne Einbettung in einen parteipolitischen und parlamentarischen Kontext wäre seine erfolgreiche Arbeit so nicht möglich gewesen. Damit gehörte er zur ersten Generation von »Fortschrittsmännern«. Zugleich war dies die Kohorte, in der es erstmalig den Typus des Berufspolitikers gab. In der Tafelrunde von Wilhelm Grabow, Präsident des Abgeordnetenhauses – dort traf sich eine ausgewählte Schar liberaler Politiker – ist er[92] auch Richter begegnet.[93]
Von 1862 bis 1898 saß Parisius für die Deutsche Fortschrittspartei, die Deutsch-Freisinnige Partei und schließlich für die Freisinnige Volkspartei (1893-1898) im Preußischen Abgeordnetenhaus, also über 35 Jahre hinweg. Von 1874 bis 1877 und von 1881 bis 1887 war er zuerst für die Fortschritts-

89 Vgl. o.V.: Aufruf, in: Blätter für Genossenschaftswesen, XXX (1883), S. 28.
90 Manfred Hettling: Politische Bürgerlichkeit, Göttingen 1999, S. 278.
91 Deutsche Bauzeitung, XXXIII. Jg., Nr. 62 vom 5. August 1899.
92 So Max Jähring: Ludolf Parisius, ein Lebensbild, unveröffentlichtes Manuskript, o.O., o.J. im Parisius-Archiv in Lauenau (Deister)
93 Richter: Jugenderinnerungen (wie Anm. 19), S. 159.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

und dann für die Deutsch-Freisinnige Partei Abgeordneter im Deutschen Reichstag.[94] In beiden Parlamenten gehörte Parisius nicht zu den häufigen Debattenrednern, sondern zu den primär in Kommissionen und Ausschüssen arbeitenden Parlamentariern.

Wie er standen 1862 etliche richterliche Beamte überwiegend, als spezielle Form einer Beamtenopposition, im liberalen Lager; unter den Parlamentariern gab es deshalb 90 beurlaubte Richter. Bismarck zürnte wegen dieser in der deutschen Parlamentsgeschichte wohl einmaligen Situation über »Kreisrichter und sonstige Revolutionärs«, eine »Kreisrichterei« überhaupt.[95]

Im gleichen Jahr gehörte Parisius zur Führungsgruppe um den Parteivorsitzenden von Hoverbeck und 1863 zum alle vier Jahre zu wählenden siebenköpfigen Fraktionsvorstand.[96]Ab 1862 war er Mitglied im Zentralwahlkomitees und in dessen engerem Ausschuß, dessen Aufgaben vor allem in der Wahlvorbereitung bestanden.

Fortan war Parisius in herausgehobenen Positionen der entschieden liberalen Parteien tätig: 1866/67 kurzzeitig als Schriftführer des geschäftsführenden Ausschusses eines gemeinsamen Zentralwahlkomitees der Deutschen Fortschritts- und der von ihr abgespaltenen Nationalliberalen Partei; 1874 bis 1884 zusammen mit Richter eins von fünf Mitgliedern des geschäftsführenden Ausschusses der Deutschen Fortschrittspartei bzw. von deren Zentralwahlkomitee.[97]

Insofern gehörte er zu den engsten Mitarbeitern und Vertrauten von Hoverbecks und, ab 1875, von dessen Nachfolger Richter und war an den dort fallenden Entscheidungen über die meisten Parlamentskandidaturen beteiligt.

Obwohl das geltende Preußische Vereinsgesetz eine dauerhaft gegliederte Parteiorganisation außerhalb der Wahlkämpfe verhinderte,[98] bemühte sich die Deutsche Fortschrittspartei im Rahmen des rechtlich Möglichen um den Aufbau einer flächendeckenden Parteiorganisation mit Vereinen und Wahlvereinen als lokaler Parteibasis.

Parisius hatte daran entscheidenden Anteil und übernahm als wichtige Teilaufgabe den Aufbau eines Kommunikationsnetzes.

Die organisatorische und inhaltliche Verbindung zwischen Zentrale und Basis erfolgte über verschiedene periodisch erscheinende Publikationen und lebhafte Briefwechsel :

94 Vgl. Haunfelder: Die liberalen Abgeordneten (wie Anm. 55), S. 310 f.
95 Zitiert bei Ulrich Naumann: Ludolf Parisius. Eine Erinnerung, in: Rheinisches Genossenschaftsblatt, Jg. 1992, 12, S. 416.
96 Andreas Biefang: Die Deutsche Fortschrittspartei in Preußen und das Problem der Kriegskredite, in: Jahrbuch zur Liberalismusforschung, 8. Jg. 1996, S. 96.
97 Daten nach Haunfelder: Die liberalen Abgeordneten (wie Anm. 55), S. 310 f.
98 Toni Offermann, Preußischer Liberalismus zwischen Revolution und Reichsgründung im regionalen Vergleich, in: Dieter Langewiesche (Hrsg.): Liberalismus im 19. Jahrhundert, Göttingen 1988, S. 118.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

- »Der Volksfreund«, herausgegeben von Parisius, Hirsch und Richter erschien zwischen 1868 und 1872 wöchentlich und brachte politische, genossenschaftliche Themen, vermischt mit unterhaltenden Beiträgen[99];
- ab 1877 gaben Richter und Parisius die »Parlamentarische Korrespondenz der Deutschen Fortschrittspartei« heraus. Sie erschien auch für die nachfolgenden entschieden liberalen Parteien als offizielles Parteiorgan und wurde in Wahlzeiten zur »Wahlkorrespondenz« umgebildet.
- Unter Herausgeberschaft von Richter, Hermes und Parisius erschien ab 1882 wöchentlich »Der Reichsfreund«. Die Auflage beider Publikationen, die übrigens zwecks Finanzierung auch Inserate enthielten, belief sich zeitweise bis auf 23 000 Exemplare.[100]
- Als Sprachrohr der Freisinningen, insbesondere von Richter selbst, kam mit der »Freisinnigen Zeitung« ab Oktober 1883 eine Tageszeitung heraus. Richter und Parisius bestimmten nicht nur maßgeblich Themen und Richtung der Zeitung, sondern waren auch als Autoren tätig;[101]
- ein Vereinskalender für die Fortschrittspartei erschien jährlich;
- ein politisches ABC-Buch wurde für Parlamentarier, Parteifreunde und Sympathisanten als argumentative Unterstützung erstmals 1879 herausgebracht.

Vieles davon wurde von der 1883 eigens dafür gegründeten Aktiengesellschaft »Fortschritt« finanziert. Parisius agierte dort zeitweise als Vorstandsmitglied, Richter als Aufsichtsratsvorsitzender.[102]
Auch die Berichte über die Parteitage der Fortschrittspartei und der Freisinnigen Volkspartei wurden von Parisius bearbeitet und herausgegeben .
Mit zwei Buchpublikationen – »Deutschlands politische Parteien und das Ministerium Bismarck« von 1878 und »Die deutsche Fortschrittspartei von 1861-1878. Eine geschichtliche Skizze«, erschienen 1879 – gehörte er zur ersten Generation von Parteihistorikern in Deutschland. Seine dreibändige Biographie zu Leopold von Hoverbeck, langjährige Führungsfigur der Deutschen Fortschrittspartei, ist nach dem Urteil Friedrich Naumanns »neben Bambergers Darstellung die erste größere Biographie eines deutschen parlamentarischen Führers und damit ein wesentlicher Schritt zur Geschichtsdarstellung des deutschen politischen Parteilebens überhaupt« gewesen.[103]
Parisius' mehr als 35 Jahre währende, ertrag- und erfolgreiche Arbeit in drei Parteien des entschiedenen Liberalismus umfasste auch über gut ein Viertel-

99 Vgl. dazu Sybille Obenaus: Literarische und politische Zeitschriften 1848-1880, Stuttgart 1987, S. 104 f.
100 Leopold Ullstein: Eugen Richter als Publizist und Herausgeber. Ein Beitrag zum Thema »Parteipresse«, Diss. Leipzig 1930, S. 80.
101 Ebd., S. 87.
102 Ebd., S. 232f.
103 Friedrich Naumann: Ein alter Fortschrittler, in: Die Hilfe, Nr. 49 v. 9.12.1900, S. 3.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

jahrhundert die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Richter. Aus einer Gesinnungs- und Parteifreundschaft der beiden erwuchs in den späten Jahren eine persönliche Freundschaft, die Parisius' Frau und seine beiden Söhne einschloß. Ein Jahr nach dem Tod des ältesten und treuesten Freundes, politischen Mitstreiters und »schneidigen Fortschrittsmannes«[104], am 11. März 1900 heiratete Richter dessen Witwe.[105]

VIII.

Schulze-Delitzsch und seine Mitarbeiter haben mit Gründung und Ausbau eines maßgeblichen Teils der deutschen Genossenschaftsbewegung »die liberale Antwort auf die brennende soziale Frage« gegeben.[106] Sie haben aus der praktischen Arbeit in Genossenschaften Schritt für Schritt jene Grundsätze entwickelt, die sich später weltweit bis heute bewährt haben. Die Genossenschaftsbewegung darf für sich beanspruchen, ein nachhaltig wirksamer, mithin bedeutender Beitrag des liberalen Bürgertums zur Sozial- und Wirtschaftspolitik zu sein. Indessen: Angesichts der Dimensionen, die im 19. Jahrhundert soziale Probleme erreichten, konnte eine Strategie, die allein auf Selbsthilfe, Selbstbestimmung, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung der einzelnen Akteure im sozialökonomischen Prozeß setzte, nur teilweise Erfolg haben. Insgesamt hat sie mehr zur Stabilisierung einer bürgerlichen Schicht beigetragen, indem sie durch Bündelung von unternehmerischen Aufgaben in einer neuen, mitgliederorientierten Unternehmensform existenzstabilisierende Effekte zugunsten des Erhalts kleingewerblichen Handels und Handwerks bewirkte.

Lösungen für die sozialökonomischen Probleme der Lohnarbeiterschaft boten im wesentlichen Konsum- und Baugenossenschaften. Konsumgenossenschaften wiederum waren wegen der Konkurrenz zum teilweise genossenschaftlich anderweitig eingebundenen Einzelhandel im kleingewerblichen Mittelstand nicht unumstritten. Das waren sie im liberal grundierten Allgemeinen Verband übrigens auch deshalb nicht, weil sie häufig unter Sozialdemokratie-Verdacht standen. Baugenossenschaften waren nur dann eine Lösung, wenn es ihnen gelang, für Lohnarbeiter bezahlbaren Wohnraum, und zwar zur Miete, zur Verfügung zu stellen.

Eine beabsichtigte schichtbewahrende und –stabilisierende Wirkung entfalteten von Beginn an die Kreditgenossenschaften. Sie machten mit dem kleinge-

104 Karl Braun: Zeitgenossen, Bd. I, Braunschweig 1877, S. 353f.
105 O.V.: Eugen Richter + 10. März 1906, Berlin 1906, S. 13f.
106 Rita Aldenhoff: Das Selbsthilfemodell als liberale Antwort auf die soziale Frage des 19. Jahrhunderts. Schulze-Delitzsch und die Genossenschaften, in: Karl Holl u.a. (Hrsg.): Sozialer Liberalismus, Göttingen 1986, S. 57ff.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

werblichen Mittelstand eine ganze Schicht kreditwürdig und sicherten deren Versorgung mit Krediten für das laufende Geschäft und für Investitionen. »Durch die Kreditgenossenschaft ist die ›soziale Frage‹ als gelöst zu betrachten, welche dahin geht, wie es möglich ist, dem Handwerker, dem kleinen Gewerbetreibenden, dem Landwirth das notwendige Betriebskapital zu beschaffen«, vermerkte Parisius 1895 dazu.[107] Eine Einschätzung, die sich, cum grano salis, bis heute als realistisch erwies.

Das galt in hohem Maß unter schärfer gewordenem Konkurrenzdruck wegen geänderter Marktbedingungen ebenfalls für Bezugs- und Absatzgenossenschaften, in die selbständig bleibende Kleinbetriebe aus Kostengründen unternehmerische Teilfunktionen einbrachten und dort zu einer »größeren bis großen Kraft« bündelten. Anders verhielt es sich dagegen bei den Produktionsgenossenschaften, dem krönenden Schlußstein in Schulze-Delitzschs Konzept. Ihnen war für erfolgreichen nachhaltigen Ausgleich zwischen Produktionsmitteleignern und Abhängigen eine Priorität eingeräumt und besondere Hoffnungen auf ihre Effizienz gesetzt worden. Dieser Genossenschaftszweig entwickelte sich wenig erfolgreich: Unzureichende kaufmännische Kenntnisse, interne Konflikte, leichtfertiges Gewähren von Kundenkrediten, falsche Markteinschätzung, anhaltender Kapitalmangel waren die wohl hauptsächlichen Ursachen dafür.[108] Bereits selbständige Handwerksmeister sind, weil sie damit einer »vollständigen gewerblichen Selbständigkeit« entsagten, weniger bereit gewesen, in eine Produktionsgenossenschaft einzutreten, was schon sehr früh festgestellt wurde.[109]

Während der hier betrachteten vier Jahrzehnte blieben alle entschieden liberalen Parteien, insgesamt gesehen, politische und parlamentarische Anwälte des Genossenschaftswesens. Dagegen gingen die Nationalliberalen, aufgrund zunehmender besitzbürgerlicher Ausrichtung und ihres Bündnisses mit den Konservativen ab 1866, auf Distanz zur Genossenschaftsbewegung. Der Liberalismus aller Ausprägungen hatte Genossenschaften adaptiert, ließ aber in der parlamentarisch aktiven Unterstützung nach, als mit den Genossenschaftsgesetzen die entscheidenden Rahmenbedingungen für eine gedeihliche Weiterentwicklung gegeben waren. Sie verlief, mit Ausnahme der Produktionsgenossenschaften, dann alles in allem positiv und kam wohl auch deshalb mit weniger politischer Unterstützung aus.

Von konservativer Seite wurden Genossenschaften zunächst einmal beargwöhnt und sogar bekämpft, im Verlauf der folgenden Jahre dann aber, weil doch nicht umstürzend, sondern systemkorrigierend und damit stabilisierend wirksam, akzeptiert.

107 Parisius: Kreditgenossenschaften nach Schulze-Delitzsch (wie Anm. 69), S. 11.
108 Fleck: Sozialliberalismus und Gewerkschaftsbewegung (wie Anm. 29), S. 126.
109 Hermann Rentzsch: Die wirthschaftlichen Genossenschaften, in: Deutsche Jahrbücher für Politik und Literatur, Bd. 1, Berlin 1861, S. 441.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Konsum- und Baugenossenschaften wurden zu Modellen, deren Propagierung, Gründung, aktive Förderung und politische Ausrichtung dann insbesondere seitens der Sozialdemokratie erfolgte.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Detlev Mares

Goodbye Gladstone Die Liberale Partei im spätviktorianischen Großbritannien 1886-1906[1]

Im Oktober 1884 stellte die *Times* in Großbritannien einen bedauerlichen Mangel an Kenntnissen über deutsche Politiker fest: »The names of third-rate French politicians are familiar to many who could connect only the vaguest reminiscences with the names of Windhorst and Forckenbeck, of Eugen Richter, and Louis Bamberger.« Der ungenannte Autor dieser Äußerung (formuliert anläßlich der Vorstellung eines gerade erschienenen Buches über die Parteien im deutschen Parlament[2]) hatte auch eine Erklärung für die Diskrepanz in der Wahrnehmung Frankreichs und Deutschlands parat – die relative Einflußlosigkeit des Reichstags: »French parties [. . .] fight upon issues that may convulse the whole of Europe, whereas we know that the destinies of the German Empire and the making of peace or war in Europe are not committed to the Reichstag.« Diese Einschätzung relativierte auch die Rolle der deutschen Liberalen. Bismarcks »fiery, pertinacious opponent« Eugen Richter erschien zwar als »the most redoubtable orator on the Liberal side.« Doch auch dies änderte nichts an der Tatsache »that German Liberals are not considered *regierungsfähig*, as Prince Bismarck would say.« Geradezu niederschmetternd mußte das Urteil über die Liberalen anmuten: »They may speak well, but their speeches will lead them to nothing«.[3]

Ganz anders erschien die Lage der Liberalen in Großbritannien. Die Partei konnte hier auf parlamentarische Traditionslinien verweisen, die sich in optimistischer Auslegung bis ins 17. Jahrhundert zurückverfolgen ließen. Die Bildung der Regierung Palmerstons im Jahre 1859 hatte einen gewissen Kristallisationspunkt für die Bündelung liberaler parlamentarischer Kräfte auf dem Weg zur modernen Liberal Party dargestellt. Zwar entstand selbst auf parlamentarischer Ebene keine geschlossene politische Einheit, doch es gelang die Zusammenführung politischer Strömungen, die bis ins 20. Jahrhundert hinein das Gesicht der Partei prägen sollten. Zu diesen zählten traditionalistische Whigs ebenso wie die Reformen propagierenden Radicals und die sogenannten »Peelites« – freihändlerisch orientierte ehemalige Tories, die sich seit der

1 Für wertvolle Hinweise und Anregungen danke ich Mark Willock und Noyan Dinçkal.
2 H. Wiermann: Der Deutsche Reichstag, seine Parteien und Gröszen. Leipzig 1884.
3 The Times, 2. Oktober 1884, S. 3 (Men and Manners in the German Parliament), Zitate ebd.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Spaltung der Conservative Party über die Aufhebung der Korngesetze 1846 zunehmend den liberalen Kräften angenähert hatten.[4] Der einflußreichste unter ihnen sollte nach dem frühen Tod Robert Peels der zukünftige Premierminister Gladstone werden.[5]

So sehr die deutschen Liberalen auf Reichsebene unter der relativen Rückständigkeit des Parlamentarismus litten, so selbstverständlich agierten ihre britischen Namensvettern im seit Jahrhunderten etablierten Unter- und Oberhaus. Im Unterschied zum Reichstag war das britische Parlament das öffentliche Zentrum der politischen Entscheidungen im Königreich; die parlamentarische Rede verpuffte nicht im Paragraphengeflecht einer auf den starken Kanzler zugeschnittenen Verfassung, sondern sie stand in enger Wechselwirkung mit dem politischen Schicksal der Exekutive. Die britischen Liberalen standen nicht abseits der politischen Macht, die sie nur aus der Ferne kritisieren konnten oder mit der sie sich arrangieren mußten, sondern im ständigen politischen Ringen um die Regierungsverantwortung.[6] Darin waren sie im 19. Jahrhundert ausgesprochen erfolgreich – im Vierteljahrhundert zwischen 1859 und 1886 stellten sie zu zwei Dritteln der Zeit den Premierminister. Liberale Positionen prägten Politik und Gesellschaft durch die seit 1846 dominierende freihändlerische Außenhandelspolitik und die Reforminitiativen der ersten Gladstone-Regierung (1868-1874) nachhaltig.[7] An den Wahlrechtsausweitungen von 1867 und 1884/85 beteiligten sich die Liberalen zwar mit Vorbehalten, dennoch galten sie als Sprachrohr der unterprivilegierten Massen und als Vorkämpfer einer Demokratisierung des politischen Systems.[8]

Trotz dieser veritablen Bilanz fanden sich um 1890 auch die britischen Liberalen in einer krisenartigen Situation wieder. Im Jahr 1886 hatten sich einflußreiche Gegner einer Selbstverwaltung für Irland (Home Rule) von der Liberal Party abgespalten. Sie traten unter der Führung des charismatischen Joseph Chamberlain und des ehemaligen Ministers Hartington als Liberal Unionists bei den Wahlen an, bevor sie immer stärker zu den Konservativen drifteten, mit denen sie ab 1895 als »Unionists« bei der Regierungsbildung und bei

4 Jonathan Parry: The Rise and Fall of Liberal Government in Victorian Britain. New Haven / London 1993; die klassische Darstellung: John Vincent: The Formation of the British Liberal Party 1857-1868. Hassocks ^{2}1976.

5 Für seinen Weg zum Liberalismus vgl. Richard Shannon: Gladstone. Volume One: 1809-1865. London 1982.

6 Geoff Eley: Liberalismus 1860-1914. Deutschland und Großbritannien im Vergleich. In: Dieter Langewiesche (Hg.): Liberalismus im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich. Göttingen 1988, S. 260-276.

7 Anthony Howe: Free Trade and Liberal England 1846-1946, Oxford 1997; Jonathan Parry: Gladstone, Liberalism and the Government of 1868-1874. In: David Bebbington / Roger Swift (Hrsg.): Gladstone Centenary Essays. Liverpool 2000, S. 94-112.

8 Eugenio F. Biagini: Liberty, Retrenchment and Reform. Popular Liberalism in the Age of Gladstone, 1860-1880. Cambridge 1992.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Wahlen kooperierten.[9] Zudem sah sich der »Gladstonian Liberalism«, dessen Grundüberzeugungen seit den 1860er Jahren das Selbstverständnis der Liberal Party prägten, deutlichem Veränderungsdruck ausgesetzt. Im Folgenden werden zwei wesentliche Zusammenhänge dieser Krise des Liberalismus in den letzten beiden Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts umrissen: Am Beispiel der Bereiche Außenpolitik und Sozialpolitik soll der spätviktorianische Liberalismus als Reorganisationsphase eines als nicht mehr zeitgemäß empfundenen Gladstonian Liberalism charakterisiert werden. Dessen Skizzierung steht daher am Ausgangspunkt der folgenden Betrachtungen, während am Ende ein kurzer Ausblick auf den britischen Liberalismus nach 1900 gegeben wird. Trotz der spezifischen Entwicklungen in Schottland und Wales, wo die Liberalen traditionell stark waren, wird hier großzügig von »britischem« Liberalismus gesprochen. Eine von der parlamentarischen Ebene ausgehende Betrachtung mag diese Vereinfachung erlauben, die bei einem Ausgangspunkt von lokalen Entwicklungen her unzulässig erscheinen müßte.

I. *Gladstones Liberalismus und der Herbst des Patriarchen*

Wenn der Gladstonian Liberalism um 1890 in einer Krise war, dann lag das nicht zuletzt an Gladstone selbst. Geboren 1809, war William Ewart Gladstone inzwischen über 80 Jahre alt und seit einem halben Jahrhundert politisch aktiv. Er war bislang dreimal Premierminister gewesen (1868-1874, 1880-1885 sowie 1886) und hatte eine vierte Amtszeit (1892-1894) noch vor sich. Öffentlich verehrt und zum lebenden Denkmal geworden, blieb er die zentrale Figur liberaler, wenn nicht sogar britischer Politik. In seinem letzten Jahrzehnt häuften sich aber altersbedingte Konzentrationsschwierigkeiten und Gebrechen; bezeichnenderweise sank die Zahl der von ihm zwischen 1892 und 1894 einberufenen Kabinettssitzungen im Vergleich zu seinen vorangegangenen Regierungen deutlich.

Die größte Hypothek für die spätviktorianischen Liberalen war jedoch nicht Gladstones Alter, sondern seine einsame, der Partei im Laufe des Jahres 1886 aufgenötigte Entscheidung, Irland – das seit 1801 in einer Union mit Großbritannien verbunden war – ein gewisses Maß an Selbstverwaltung (Home Rule) zuzugestehen. Mehrere Reformgesetze, durch die Gladstone seit seiner ersten Zeit als Premier die Lage der irischen Landbevölkerung verbessern wollte, hatten sich als nur mäßig erfolgreich erwiesen.[10] Weder konnten sie um 1880 agrarischen Protest im Zuge der Wirtschaftsdepression verhindern, noch

9 John Ramsden: An Appetite for Power. A History of the Conservative Party since 1830. London 1999, S. 178/179.

10 Michael J. Winstanley: Ireland and the Land Question 1800-1922. London 1984.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

mäßigten sie die teilweise mit Gewalt vorgebrachten irischen Ansprüche auf Selbstverwaltung. Innerhalb der Gladstone-Regierung von 1880 standen sich Whigs, die zum Schutz des Landeigentums Zwangsmaßnahmen in Irland befürworteten, und Radicals, die Zugeständnisse auch gegen die Interessen der irischen Landbesitzer forderten, gegenüber. Gladstones Lavieren zwischen beiden Positionen äußerte sich in einer Politik von Peitsche und Zuckerbrot – die politische Opposition in Irland wurde zeitweilig verfolgt, in der Landfrage zeigte die Regierung nach intensiven internen Auseinandersetzungen Entgegenkommen. Die überraschende Wendung zur Home-Rule-Politik, von der Gladstone eine endgültige Befriedung der Lage erhoffte, kann daher innerparteilich als eine Flucht nach vorn charakterisiert werden. Sie warf aber eine Vielzahl schwieriger Fragen auf, die von der Klärung der Zuständigkeiten irischer Repräsentationsorgane über die Verteilung des Steueraufkommens bis hin zur Zusammensetzung des Parlaments von Westminster reichten.[11]

Immerhin hatte die Home-Rule-Politik aus parteistrategischen Überlegungen zunächst durchaus Sinn: Durch Zugeständnisse an irische Forderungen konnten die Liberalen seit den 1880er Jahren wiederholt von der parlamentarischen Unterstützung der irischen Abgeordneten profitieren, die seit der Union von 1801 im britischen Parlament saßen. Deren mächtigster Sprecher war Charles Stewart Parnell (1846-1891). Er hatte den agrarischen und den politischen Protest in Irland zusammengeführt und konnte sich mit der Forderung nach Home Rule auf den überwiegenden Teil der irischen Abgeordneten stützen. Die Kooperation mit Parnell konnte aber letztlich den aus der Spaltung der Liberalen resultierenden Schaden nicht ausgleichen, zumal Parnell 1890 nach einem Ehescheidungsskandal zurücktreten mußte und im Folgejahr starb.

Die Home-Rule-Frage belastete die Zukunft der Liberal Party nicht nur wegen des Austritts der Liberal Unionists unter der Führung Joseph Chamberlains, der bis zu diesem Zeitpunkt einer der liberalen Hoffnungsträger für die Ära nach Gladstone gewesen war. Als vielleicht noch gravierender erwies sich der Umstand, daß diese Frage einfach nicht von der Tagesordnung verschwand. Nach der Niederlage mit seiner ersten Vorlage 1886 brachte Gladstone zwar 1893 nach 82tägiger Debatte einen neuen Gesetzentwurf durch das Unterhaus, scheiterte aber an den Lords.[12] Je länger die Home-Rule-Frage diskutiert wurde, desto stärker drängte sie andere Reformvorhaben in den Hintergrund und desto mehr Gelegenheiten bot sie für die Äußerung divergierender Positionen innerhalb der Liberal Party selbst. Nach 1893 war die Partei zudem mit der Frage konfrontiert, ob das Anliegen weiterverfolgt oder aufgegeben werden sollte. Daraus ergaben sich innerparteiliche Konfliktlinien, die noch nach

11 H. C. G. Matthew: Gladstone, 1875-1898. Oxford 1995, S. 183-258.

12 David Brooks: Gladstone's Fourth Administration, 1892-1894. In: Bebbington / Swift (Hrsg.): Gladstone Centenary Essays (wie Anm. 7), S. 225-242.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Gladstones Abschied 1894 die Neuausrichtung der Parteiarbeit erschwerten. Zudem veränderte sich das soziale und programmatische Profil der Partei: Das Whig-Element wanderte zu wichtigen Teilen zu den Liberal Unionists ab, zurück blieben die Befürworter weitreichender, klassisch radikaler Reformvorschläge. Sie prägten das Newcastle Programme von 1891, in dem unter anderem die Abschaffung der Staatskirche in Schottland und Wales, eine Reform der Lokalverwaltungen, die Förderung alkoholischer Enthaltsamkeit, Bildung, Haftungspflichten von Arbeitgebern, Landreformen und Home Rule gefordert wurden. Der Radikalismus in der Partei schien gestärkt, was potentiell Wähler aus den besitzenden Schichten abschrecken konnte.[13]

Auch die Zukunft der Partei als Organisation litt unter dem Führungsstil des späten Gladstone.[14] Zwar begannen die Liberalen in einigen größeren Wahlkreisen, die Modalitäten des Wahlrechts durch Wahlabsprachen geschickt zu nutzen, doch die zentrale Organisation blieb unterentwickelt. Dies entsprach dem antizentralistischen Selbstverständnis der Liberalen, bedeutete aber, daß verbindliche Programme und Handlungsoptionen kaum durchzusetzen waren. 1878 stellte ein politischer Kommentator fest: »In the strict sense of the word there is not, and there never has been, a Liberal ›party‹ in England«. Es gebe lediglich »a body of Liberal opinion which may be united for a limited number of practical objects«.[15] Die National Liberal Federation, entstanden 1877 als Bündnis lokaler Wahlkomitees, konnte eine dauerhafte Organisation nicht ersetzen, zumal bei weitem nicht alle lokalen liberalen Vereinigungen sich ihr anschlossen. Der »Grand Old Man« selbst stand solchen Initiativen ohnehin skeptisch gegenüber und verließ sich auf seine Popularität im Lande, die er durch wohlinszenierte Vortragsreisen und gezielte Pressearbeit steigerte. Dies machte ihn weiterhin zur wichtigsten Identifikationsfigur für die Partei, doch zur langfristigen Wählerbindung reichte die extraparlamentarische Zugkraft einzelner großer Politiker allein nicht mehr aus. Organisationstechnisch hatten die Konservativen im einsetzenden Zeitalter der Massendemokratisierung, die seit der Wahlreform von 1884/85 weitere Bevölkerungsschichten erfaßte, gegenüber den Liberalen einen deutlichen Startvorteil.[16]

Nicht nur Gladstones Politikstil wirkte trotz aller kurzfristigen Erfolge zunehmend anachronistisch. Vor allem die von ihm geprägte Variante des Liberalis-

13 Geoffrey R. Searle: The Liberal Party. Triumph and Disintegration, 1886-1929. Basingstoke ^{2}2001, S. 49-52.

14 Matthew: Gladstone, 1875-1898 (wie Anm. 11), S. 108-112.

15 Edward D. J. Wilson: The Caucus and Its Consequences. In: The Nineteenth Century 4 (1878), S. 695-712, Zitate S. 700; David A. Hamer: The Politics of Electoral Pressure. A Study in the History of Victorian Agitations. Hassocks 1977.

16 Martin Pugh: The Making of Modern British Politics 1867-1945, Oxford ^{3}2002, S. 30-41 u. 48-51; T. A. Jenkins: Parliament, Party and Politics in Victorian Britain. Manchester 1996, S. 111-141. Die klassische Untersuchung ist H. J. Hanham: Elections and Party Management. Politics in the Time of Disraeli and Gladstone. London 1959, ND 1978. S. aber auch: Alex Windscheffel: Popular Conservatism in Imperial London 1868-1906. Woodbridge 2007, S. 84-107.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

mus schien dem neuen Zeitalter immer weniger angemessen. Gladstones Position wurzelte im Individualismus – der Einzelne sollte möglichst frei von staatlichen Vorgaben agieren können, zugleich aber verantwortlich gegenüber dem Gemeinwesen handeln.[17] Der Gladstonian Liberalism unterschied sich damit – wie der Liberalismus der meisten hochviktorianischen Denker, allen voran John Stuart Mills – von einer Position des uneingeschränkten Laissez-faire. Liberale Politik sollte den Einzelnen von der Macht überkommener Privilegien, beispielsweise der Bevorzugung der Staatskirche gegenüber nonkonformistischen Glaubensgemeinschaften, befreien, ihn aber wo nötig in die Lage versetzen, seiner Rolle als verantwortlich handelnden Bürgers gerecht werden zu können. Aus diesem Anspruch folgten die Kernbegriffe, die Gladstones politisches Handeln – zunächst als Chancellor of the Exchequer (1852-1855, 1859-1866), dann als Premierminister – leiteten: Sollte der Staat dem Einzelnen möglichst viel Spielraum zur freien Entfaltung lassen, durfte er nur wenige Ressourcen für sich beanspruchen und möglichst wenig in wirtschaftliche Vorgänge intervenieren. Freihandel und sparsame Haushaltsführung waren daher die wirtschafts- und finanzpolitischen Credos des Gladstonian Liberalism. Für die restriktive Fiskalpolitik, die die Ausgaben des Staates auf ein Minimum beschränken sollte, stand der Begriff »retrenchment«. Mit »wenig« Staat ließ sich aber kaum eine große Armee finanzieren – neben Gladstones moralischen Prinzipien folgte daher schon aus seinen fiskalpolitischen Grundentscheidungen eine friedensorientierte Außenpolitik, die kostenintensive Verwicklungen in internationale Konflikte zu vermeiden suchte. Zu einem öffentlichkeitswirksamen Motto waren »retrenchment« und »peace« verknüpft mit »reform«. Gladstone war überzeugt, daß gebildete, verantwortungsbewußte Wähler die beste Garantie gegen eine expansive Ausgabenpolitik des Staates seien; sie würden seiner Meinung nach darauf achten, daß der Staat die Steuern niedrig halte, so daß sie selbst über ihre Einkünfte verfügen könnten, statt einen ansehnlichen Teil des Einkommens einem intransparenten Kollektivakteur überlassen zu müssen. Wahlrechtsreformen hatten für Gladstone daher den Sinn, verantwortungsbewußte Schichten, die noch vom Wahlrecht ausgeschlossen waren, am politischen Entscheidungsprozeß zu beteiligen. Sein Kriterium der »Verantwortlichkeit« bestand im Beitrag des Einzelnen zum Steueraufkommen. Wenn Gladstone die Schwelle, die zur Zahlung der Einkommensteuer verpflichtete, absenkte, war dies ein Weg, die Zahl der Wahlberechtigten auszuweiten und zugleich eine Wählerschaft zu modulieren, die ein Interesse am verantwortlichen Umgang mit den Staatseinkünften hatte. So war Gladstone – ebenso wie die meisten seiner

17 Zum Folgenden H. C. G. Matthew: Gladstone, 1809-1874. Oxford 1986, S. 112-128; H. C. G. Matthew: Disraeli, Gladstone, and the Politics of Mid-Victorian Budgets. In: Historical Journal 22 (1979), S. 615-643; Gregory Claeys (Hrsg.): Der soziale Liberalismus John Stuart Mills. Baden-Baden 1987 (= Schriften der Friedrich-Naumann-Stiftung).

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

liberalen Zeitgenossen – kein Demokrat, der den Zugang zur Wahlurne für ein jedem zustehendes Recht hielt. Seine Vorstellung des verantwortungsbewußten Bürgers schloß ein allgemeines Wahlrecht geradezu aus.[18]

Zusammengenommen beruhte Gladstones Liberalismus somit auf einer Verbindung von »individual freedom and responsibility together with a rigid adherence to an economic doctrine stressing free trade and cheap government«.[19] Hinzu kam eine starke Betonung der moralischen Dimension von Politik, sei es in der Außenpolitik, sei es in den Ansprüchen an den Bürger. Damit öffnete Gladstone in einer für ihn typischen Kombination von privater Überzeugung und politischer Nützlichkeit die Liberal Party für die Nonkonformisten. Sie litten bis weit ins 19. Jahrhundert hinein unter der Privilegierung der anglikanischen Staatskirche und bildeten vielerorts den Kernbestand liberaler Milieus.

Vielen Zeitgenossen, gerade auch Gegnern, galt Gladstone als Radikaler. Die Skizze seines Liberalismus hat jedoch gezeigt, daß seine Reformmaßnahmen letztlich bewahrende Ziele verfolgten. Schon seine Haltung in der Wahlrechtsfrage lief auf Reformen zum Erhalt des bestehenden Systems hinaus. Im Laufe seines Lebens trat sein »Konservatismus« immer deutlicher hervor. So weigerte er sich nach den demokratisierenden Wahlrechtsreformen den für viele Reformer fälligen Schritt einer Machteinschränkung des Oberhauses in die Wege zu leiten. Obwohl die Lords wichtige Gesetzesvorhaben (nicht zuletzt die Home-Rule-Bill von 1893) blockierten, befürwortete Gladstone das Erbprinzip als Basis der englischen Monarchie und wesentlicher Teile der Verfassung.[20] Gladstones »Radikalismus« hatte sich in einem halben Jahrhundert politischer Aktivität gleichsam aufgezehrt; je mehr Gladstone sein Reformprogramm umsetzen konnte, um so deutlicher wurden die Grenzen, die er nicht überschreiten würde. Selbst Home Rule, die große Reforminitiative seiner späten Jahre, sollte letztlich der Aufrechterhaltung der Verbindung zwischen Irland und England und damit einem »bewahrenden« Ziel dienen.

Bei aller prägenden Kraft des Politikers dominierte allerdings seine Vorstellung von Liberalismus nie unangefochten gegenüber anderen Liberalismusinterpretationen, dem Radicalism der Unterschichten oder den divergierenden Auffassungen innerhalb der Parlamentsfraktion.[21] Schon zu Gladstones Zeiten blieben der »patriotische« Liberalismus Palmerstons und nonkonfor-

18 Etwas positiver im Urteil: Roland Quinault: Gladstone and Parliamentary Reform. In: Bebbington / Swift (Hrsg.): Gladstone Centenary Essays (wie Anm. 7), S. 75-93.

19 Michael J. Winstanley: Gladstone and the Liberal Party. London 1990, ND 1999, S. 12.

20 Michael Barker: Gladstone and Radicalism. The Reconstruction of Liberal Policy in Britain 1885-94. Hassocks 1975.

21 Christopher Harvie: Gladstonianism, the Provinces, and Popular Political Culture, 1860-1906. In: Richard Bellamy (Hrsg.): Victorian Liberalism. Nineteenth-Century Political Thought and Practice. London/New York 1990, S. 152-174.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

mistische Interessen erkennbar, ganz zu schweigen von der mit Richard Cobdens Namen verbundenen Überzeugung, Liberalismus habe konsequent freihändlerisch und pazifistisch zu sein.[22] Gladstones Leistung bestand darin, diese verschiedenen Strömungen in sein Denken und in die liberale Politik zu integrieren.[23] Dies war eine teilweise programmatische, teilweise aber auch rhetorische Herausforderung. Wie Lord Rosebery 1901 feststellte, war das Ringen der Liberalen um Richtungsentscheidungen kein »post-Gladstonian symptom«. Unter Gladstone konnte es aber gebändigt werden, denn »he with that marvellous gift of rhetoric and eloquence, as rich as the curtain of the temple of old, veiled those discrepancies and that nakedness from the public«.[24]

Diesem Zweck diente nicht zuletzt eine sorgfältig gepflegte Ambiguität in Gladstones öffentlichen Äußerungen, die zu vielfältigen Interpretationen und Projektionen einluden. Ein typisches Beispiel war die Unterhausrede vom 11. Mai 1864, in der Gladstone erklärte, »that every man who is not presumably incapacitated by some consideration of personal unfitness or of political danger, is morally entitled to come within the pale of the Constitution«.[25] Demokratische Kräfte legten die vage Formulierung als Bekenntnis zum allgemeinen Wahlrecht aus – Gladstone avancierte zu einer demokratischen Leitfigur, obwohl sein Wahlrechtskonzept deutlich restriktiver war als das schließlich 1867 von einer konservativen Regierung durchgebrachte Gesetz.[26]

Wenngleich somit die Konzentration auf einen »Gladstonian Liberalism« nicht zu dem Kurzschluß verleiten darf, das Denken des langjährigen Parteiführers und Premierministers habe die ohnehin nur lose strukturierte Partei allein gekennzeichnet, so prägte Gladstone doch durch sein energisches Handeln die Liberalen und die Regierungspolitik maßgeblich. Immer wieder gelang es ihm, in Wahlkampfzeiten Themen zu finden, die die verschiedenen Flügel der Liberalen hinter seiner Führung einten. Besonders erfolgreich waren die Forderung nach Abschaffung der Staatskirche in Irland im Wahlkampf von 1868 sowie der Angriff auf die Türkeipolitik der konservativen Regierung im Vorfeld der Wahlen von 1880; die Home-Rule-Frage dagegen versagte als Integrationsmittel für die liberalen Kräfte.

22 E. D. Steele: Palmerston and Liberalism, 1855-1865. Cambridge 1991; Anthony Howe / Simon Morgan (Hrsg.): Rethinking Nineteenth-Century Liberalism. Richard Cobden Bicentenary Essays. Aldershot 2006; Alan Sykes: The Rise and Fall of British Liberalism 1776-1988. Edinburgh 1997, S. 46-74.

23 Anthony Howe: Gladstone and Cobden. In: Bebbington / Swift (Hrsg.): Gladstone Centenary Essays (wie Anm. 7), S. 113-132.

24 The Times, 20. Juli 1901, S. 15 (Lord Rosebery on the Liberal Party).

25 Hansard: Parliamentary Debates, Ser. 3, Bd. 175, Sp. 324 (House of Commons, 11.5.1864).

26 Detlev Mares: Auf der Suche nach dem »wahren« Liberalismus. Demokratische Bewegung und liberale Politik im viktorianischen England. Berlin 2002, S. 256-259. Allgemein Patrick Joyce: Democratic Subjects. The Self and the Social in Nineteenth-Century England. Cambridge 1994, S. 204-223.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

In den letzten Gladstone-Jahren und danach traten die divergierenden Strömungen in der Liberal Party deutlich hervor. Gladstones lange Präsenz hatte den zwiespältigen Effekt, viele Differenzen zu überbrücken, zugleich aber deren Austragung zu verhindern. Für seine Nachfolger als liberale Parteiführer (1894-1896 Rosebery, 1896-1899 Harcourt, 1899-1908 Campbell-Bannerman) bedeutete dies eine schwere Hypothek. Die neuen Fragen und Herausforderungen – innenpolitisch Demokratisierung durch Frauenwahlrechtsbewegung und Arbeiterrepräsentation, soziale Frage, gesellschaftliche Rolle der Gewerkschaften; außenpolitisch Aufrüstung, Haltung zum Empire, Protektionismus – verlangten Anpassungsleistungen, die nicht ohne parteiinterne Konflikte und ohne eine Revision des Gladstonian Liberalism zu lösen waren. Die Belastungen, unter denen die spät- und post-Gladstonesche Partei agierte, werden im Folgenden an zwei Beispielen, der Außenpolitik und den Debatten zur sozialen Frage, erörtert.

II. *Wandel der Außenpolitik und Haltung gegenüber dem Empire*

Zentrale Herausforderungen für den Gladstonian Liberalism bildeten seit den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts die Außenpolitik und die Haltung zum Empire. Die Ursachen lagen in Veränderungen der Rahmenbedingungen internationaler Politik, aber auch in dem Erbe, das die konservative Regierung Disraelis der Gladstone-Regierung 1880 hinterließ. Disraeli hatte zwischen 1874 und 1880 das weltweite militärische Engagement Großbritanniens ausgebaut und mit der Proklamation der Königin Victoria zur Kaiserin von Indien 1876 die imperiale Identität Großbritanniens mit starker Symbolik betont. Die nachfolgende Gladstone-Regierung fand daher imperiale Weichenstellungen vor, die nicht leicht zu revidieren waren, auch wenn dies in einzelnen Fällen, so in Afghanistan, zunächst zu gelingen schien.[27]

Der markanteste Testfall, der Ambivalenzen in der Gladstoneschen Außenpolitik hervortreten ließ, war Ägypten. Hier standen seit Disraelis Erwerb von Anteilen am Suezkanal 1875 und der seit 1879 gemeinsam mit Frankreich ausgeübten Kontrolle über die Kanalzone finanzielle Interessen Großbritanniens auf dem Spiel. Das Land wurde von einem Khediven geführt, der formell dem Osmanischen Reich unterstand, aber von Frankreich und Großbritannien gestützt wurde. Als sich 1881 ägyptische Nationalisten gegen den Khediven erhoben, ließ sich im britischen Kabinett kaum Einigung über das Vorgehen und die weitergehenden strategischen Ziele erreichen.[28] Einerseits forderte

27 P. J. Cain / A. G. Hopkins: British Imperialism. Innovation and Expansion 1688-1914. London 1993, S. 204-209.

28 Afaf Lutfi al-Sayyid-Marsot: The British Occupation of Egypt from 1882. In: Andrew Porter (Hrsg.): The Nineteenth Century. Oxford 1999 (= The Oxford History of the British Empire 3), S. 651-664.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

ein Teil der Kabinettsmitglieder – darunter der Kriegsminister Hartington, aber auch die imperial eingestellten Radikalen Chamberlain und Dilke – die Wahrung britischer Interessen durch ein energisches Eingreifen gegen die Aufständischen; als im Juni 1882 britische Truppen Alexandria bombardierten, verließ andererseits der radikale Veteran John Bright, Quäker und überzeugter Pazifist, unter Protest das Kabinett.

Gladstone selbst hatte die imperialen Gelüste Disraelis stets kritisiert. Zu Beginn der Krise betonte er, eine innerägyptische Lösung zu bevorzugen. Doch als es im Juni 1882 zum Aufstand in Alexandria kam, bereitete ihm das militärische Eingreifen keine Skrupel.[29]

Viele seiner Kritiker sahen darin einen Verrat an seinen Prinzipien einer friedensorientierten Außenpolitik. Doch anders als der Cobden-Erbe Bright war Gladstone nie ein Pazifist in dem Sinne, daß er die Anwendung militärischer Mittel grundsätzlich ausgeschlossen oder für illegitim gehalten hätte. Seine Haltung in der ägyptischen Krise kam somit nicht überraschend, auch wenn er in der Öffentlichkeit durch seine Rhetorik vor 1880 andere Erwartungen geweckt haben mochte. Sein Moralismus und seine finanzpolitischen Grundsätze machten Gladstone aber zu einem zögerlichen Imperialisten, der ungern Gelder für militärische Zwecke freigab und eine internationale Kooperation zur Beilegung von Konflikten britischen Alleingängen vorzog.[30] Bekannt ist seine Zurückhaltung, 1884 britische Kräfte in den Sudan gegen den aufständischen Mahdi zu entsenden. Gladstones Zögern trug zum Tod General Gordons bei, der Anfang 1885 in Khartoum nicht rechtzeitig entsetzt werden konnte.[31]

Gladstones Haltung reflektierte verbreitete Ambivalenzen im viktorianischen Liberalismus. Auch wenn Fortschrittsglaube und die Überzeugung, zur Zivilisierung anderer Völker berufen zu sein, Kernbestand des liberalen Selbstverständnisses gewesen sein mögen[32], so blieben weite Teile der Liberalen lange Zeit zurückhaltend, wenn es um konkrete imperiale Aktivitäten ging. Insbesondere die englischen Middle classes wollten ernsthaft von den Vorzügen der Maßnahmen für die betroffenen Völker überzeugt werden, bevor sie sich begeistern ließen. Auch wenn darin ein gutes Maß an Selbsttäuschung zu

29 Matthew: Gladstone, 1875-1898 (wie Anm. 11), S. 130-142.

30 Martin Ceadel: Gladstone and a Liberal Theory of International Relations. In: Peter Ghosh / Lawrence Goldman (Hrsg.): Politics and Culture in Victorian Britain. Essays in Memory of Colin Matthew. Oxford 2006, S. 74-94; C. Brad Faught: An Imperial Prime Minister? W. E. Gladstone and India, 1880-1885. In: Journal of the Historical Society 6 (2006), S. 555-578; Eugenio F. Biagini: Exporting ›Western & Beneficent Institutions‹: Gladstone and Empire, 1880-1885. In: Bebbington / Swift (Hrsg.): Gladstone Centenary Essays (wie Anm. 7), S. 202-224.

31 Matthew: Gladstone, 1875-1898 (wie Anm. 11), S. 142-149.

32 Uday Singh Mehta: Liberalism and Empire. A Study in Nineteenth-Century British Liberal Thought. Chicago 1999.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

sehen sein mag, so ist doch ein Zögern gegenüber einem auftrumpfenden Imperialismus unverkennbar.[33]

Doch seit den achtziger Jahren wirkte Zurückhaltung gegenüber imperialen Unternehmungen zunehmend unzeitgemäß. Seit ab 1884 auch das Deutsche Reich kolonialpolitische Aktivitäten entfaltete, zeichnete sich eine Intensivierung der imperialen Konkurrenz zwischen den führenden europäischen Mächten ab. Der einsetzende »Scramble for Africa« (eine von der *Times* bezeichnenderweise ebenfalls 1884 geprägte Wendung[34]) weckte Sicherheitsinteressen und Expansionsgelüste in Großbritannien, die mit einer Politik des »retrenchment« nicht dauerhaft zu finanzieren waren. Gladstones Zögern wurde zum Problem. Am 2. Dezember 1884 notierte der über die deutsche Kolonialpolitik besorgte Secretary for India, Kimberley, in seinem Tagebuch:

> »It is curious how very reluctant Gladstone is to increase expenses even for the most urgent wants of the army or navy. The public are perfectly ignorant of the pertinacity with which he opposes all plans for increasing our military or naval power. He is really the sole obstacle & I admire his financial consistency; but his objection, to expenditure of all kinds are carried to an extent, mischievous to the public interests.«[35]

Dies ist eine bezeichnende Äußerung, deutet sie doch einen Wandel im Verständnis des Konzepts »public interests« an. Gladstone hielt im öffentlichen Interesse an seiner restriktiven Haushaltspolitik fest – Auseinandersetzungen über die Höhe der Finanzmittel für die Flotte bildeten schließlich auch den Anlaß für seinen Abschied aus der Politik 1894. Doch zu diesem Zeitpunkt lag das öffentliche Interesse für eine jüngere Politikergeneration bereits im Bekenntnis zum Empire und zu einer aktiveren Außenpolitik. Nach 1886 formierte sich eine Gruppe größtenteils junger Parlamentsabgeordneter, die eine Neuausrichtung der Liberal Party anstrebten. Zu diesem Personenkreis zählten zahlreiche zukünftige Spitzenpolitiker des frühen 20. Jahrhunderts, darunter der spätere Premierminister Henry Asquith, der zukünftige Außenminister Sir Edward Grey sowie der Kriegsminister Richard B. Haldane. Ihnen assoziiert, wenn auch häufig sehr unverbindlich agierend, war Lord Rosebery, der 1894/95 kurzzeitig Nachfolger Gladstones als Premierminister war und von dem auch in den Jahren danach eine Führungsrolle in der Partei erwartet wurde.

In den Augen dieser jungen Politikergeneration, die nicht zuletzt wegen des Ausscheidens der Liberal Unionists einen rasanten Aufstieg innerhalb der

33 Bernard Porter: The Absent-Minded Imperialists. Empire, Society, and Culture in Britain. Oxford 2004, S. 98-114.
34 The Times, 15. September 1884, S. 8 (The Scramble for Africa).
35 Angus Hawkins / John Powell (Hrsg.): The Journal of John Wodehouse, first Earl of Kimberley, for 1862-1902. London 1997 (= Camden Fifth Series, volume 9), S. 350.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Liberal Party erlebte, stellte sich die Aufgabe »to deal in a new spirit with the new problems of the age«[36]. Zunächst nur lose organisiert und von Gladstone in seinem letzten Kabinett eingebunden, formulierte die Gruppe insbesondere zur Zeit des »Burenkriegs« (1899-1902) dezidierte Ansprüche an die eigene Partei; die im Verlauf des Krieges beklagte mangelnde »Effizienz« Großbritanniens sollte durch ein Programm sozialer Reformen und ein klares Bekenntnis zum Empire überwunden werden.

Außenpolitisches Ziel der Gruppe war weniger eine imperiale Expansion als die Konsolidierung des bestehenden Empire. In Roseberys Worten handelte es sich bei den immer häufiger als »Liberal Imperialists« titulierten Abgeordneten um Politiker, »who are not trying to gain, but maintain, an Empire«[37]. Dies beinhaltete ein eindeutiges Bekenntnis zum Empire, das als weltweit wirkendes Zivilisierungsinstrument präsentiert wurde. Im Juli 1901 forderte Asquith in einer Rede, die programmatisch in die Partei wirken sollte, »that the Liberal party must recognize the Empire not only as a fact, but must welcome it as a trust (cheers), and that if it is to be anything more than a barren profession of homage before an empty shrine, it must do the best in its power to make the Empire a strong and live Empire, worthy of a Christian civilization. (Cheers.)«[38]. Dabei entwickelte Asquith die traditionellen Formeln, mit denen Liberale bereits im 19. Jahrhundert die Existenz des Empire gerechtfertigt hatten, zur energischen Anerkennung seiner Existenz fort:

> »It [the Empire, D. M.] does not mean a syndicate for the exploration and exploitation of the rest of the world; it does not mean a mere commercial partnership, founded upon a basis of profit and loss; it does not mean even a simple mutual insurance society for the protection of its members against external attack. Its significance and its value to us are these – that, with all its failures and shortcomings, with all its weak places and its black spots, it is the greatest and most fruitful experiment that the world has yet seen in the corporate union of free and self-governing communities.«[39]

In der konkreten politischen Situation der Jahrhundertwende lief dies auf eine Rechtfertigung des »Burenkriegs« hinaus, der von der konservativen Regierung geführt wurde. Allerdings war diese Position innerhalb der Liberal Party nicht ohne weiteres konsensfähig. Der liberale Parteiführer Campbell-Bannerman machte sich zum Sprecher der spöttisch als »Little Englanders« titulierten Gegenseite, als er nach der Enthüllung der skandalösen Konzentrationslager der Briten die »methods of barbarism« geißelte, mit denen der Krieg

36 The Times, 20. Juli 1901, S. 15 (Lord Rosebery on the Liberal Party).
37 The Times, 28. Oktober 1899, S. 9 (Lord Rosebery at Bath).
38 The Times, 20. Juli 1901, S. 12 (Mr. Asquith and the Liberal Party). Zum Kontext der Rede vgl. H. C. G. Matthew: The Liberal Imperialists. The Ideas and Politics of a Post-Gladstonian Élite. Oxford 1973, S. 66-72.
39 The Times, 20. Juli 1901, S. 12 (Mr. Asquith and the Liberal Party).

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

geführt werde. Beide Seiten beriefen sich in der innerparteilichen Auseinandersetzung gleichermaßen auf »the traditions and principles of the Liberal party«[40], doch deren unterschiedliche Auslegung setzte die Einheit der Liberal Party einer harten Probe aus.

In dieser Situation belastete zusätzlich die Home Rule-Frage den Zusammenhalt der Partei. Viele Liberal Imperialists folgten der Home-Rule-Vorgabe bestenfalls zögerlich und spekulierten trotz der Hinwendung der Liberal Unionists zu den Konservativen auf die mögliche Rückkehr einiger »Abtrünniger« in die Liberal Party. Als Rosebery und der Parteiführer Campbell-Bannerman im Dezember 1901 über eine Beilegung der Konflikte zwischen Parteispitze und Liberal Imperialists berieten, waren es weder die Fragen sozialer Reformen noch des Empire allgemein, die die Gespräche scheitern ließen – ausschlaggebend dafür war einmal mehr die Irlandfrage. Rosebery sprach sich strikt gegen Home Rule aus, weite Teile der Partei strebten sie weiterhin als Endziel an. Daß auch prominente Liberal Imperialists wie Haldane für eine schrittweise Herbeiführung der irischen Selbstverwaltung eintraten, machte das Meinungsbild in der Partei nur noch unübersichtlicher.[41]

Damit blieb der innerparteiliche Zusammenhalt der post-Gladstoneschen Liberalen prekär. Nach 1886 kündigte keine Seite mehr formell die Einheit auf, doch um die Jahrhundertwende erschien es vielen Liberalen fraglich, ob die Partei eine geschlossene Alternative zu den Konservativen bieten könne oder gar auseinanderbrechen würde[42] – die Haltung zum Empire und zu Home Rule waren schließlich nicht die einzigen parteiinternen Konfliktfelder. Ein weiteres zentrales Problemfeld, in dem ebenfalls eine Revision des Gladstonian Liberalism zur Debatte stand, bildete die soziale Frage. Sie stand auch für viele Liberal Imperialists am Ursprung ihrer Bestrebungen nach einer Neuausrichtung der Liberal Party. Allerdings ließ erst die öffentliche Panik über die mangelnde »national efficiency«, die durch den »Burenkrieg« ausgelöst wurde, die Verbindungen zwischen sozialer Reform und Empire besonders plastisch hervortreten. Berichte über die mangelnde körperliche Fitness der Soldaten und Fehler in der Kriegführung weckten die Sorge, die Briten könnten ihrer imperialen Mission nicht länger gewachsen sein, solange nicht im eigenen Land die einer zur Herrschaft berufenen Nation angemessenen Voraussetzungen geschaffen wären.[43] Die Zusammenhänge zwischen Empire, Sozialreform und »national efficiency« betonte Asquith in der bereits angeführten Rede vom Juli 1901:

40 The Times, 20. Juli 1901, S. 12 (Mr. Asquith and the Liberal Party).
41 Matthew: The Liberal Imperialists (wie Anm. 38), S. 83, 89 u. 276. Zu Roseberys eigenwilligem Kurs Helmut Reifeld: Zwischen Empire und Parlament. Zur Gedankenbildung und Politik Lord Roseberys (1880-1905). Göttingen 1987.
42 Geoffrey R. Searle: A New England? Peace and War 1886-1918. Oxford 2004, S. 297-298.
43 Geoffrey R. Searle: The Quest for National Efficiency. A Study in Politics and Political Thought, 1899-1914. Oxford 1971.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

»What is the use of an Empire if it does not breed and maintain, in the truest and fullest sense of the word, an Imperial race? (Hear, hear.) What is the use of talking about Empire, if here, at its very centre, there is always to be found a mass of people stunted in education (hear, hear), a prey to intemperance, and huddled and congested beyond the possibility of realizing in any true sense either social or domestic life?«[44]

Damit waren die angestrebten außenpolitischen Neuorientierungen der Post-Gladstone-Zeit verknüpft mit Neuansätzen in der Behandlung der sozialen Frage.

III. *Soziale Frage und sozialer Liberalismus*

Entgegen verbreiteter Klischees hatte sich staatliches Handeln im viktorianischen England keineswegs konsequent am Laissez-Faire-Prinzip orientiert. Schon seit den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts nahm die Zahl interventionistischer Initiativen zu. Neben der Aufhebung der Getreidezölle durch Peel, die als Sorge des Staates um das Wohl der unteren Bevölkerungsschichten präsentiert werden konnte[45], fanden sich Schutzmaßnahmen für Frauen und Kinder in bestimmten Industriezweigen (*factory acts*), bildungspolitische Reformansätze (1870), zudem im kommunalen Rahmen Regulierungen bei öffentlichen Gütern, wie der Gas- und Wasserversorgung, gar nicht zu sprechen von moralisierenden Interventionen, die verantwortliche *citizens* erziehen sollten.[46] Bereits 1872 sah der liberale Ökonom und Unterhausabgeordnete Henry Fawcett in der Gesellschaft die Vorstellung grassieren, eine Lösung sozialer Probleme ergebe sich nicht aus individueller Initiative, sondern »by reliance on State help and appeals for State money«.[47] Der liberale Intellektuelle John Morley klagte 1879 sogar, »that in the country where Socialism has been less talked about than any other country in Europe, its principles have been most extensively applied«.[48]

Wenn im spätviktorianischen Liberalismus eine Debatte über die Notwendigkeit sozialer Reformen und die Legitimität staatlicher Intervention in Wirtschaft und Gesellschaft einsetzte, lief dies somit keineswegs auf einen völligen Bruch mit früheren Überzeugungen hinaus. Der Liberalismus Gladstones

44 The Times, 20. Juli 1901, S. 12 (Mr. Asquith and the Liberal Party).
45 Gareth Stedman Jones: Languages of Class. Studies in English Working Class History 1832-1982. Cambridge 1983, S. 168-178.
46 Boyd Hilton: A Mad, Bad, and Dangerous People? England 1783-1846. Oxford 2006, S. 588-599; K. T. Hoppen: The Mid-Victorian Generation 1846-1886. Oxford 1998, S. 91-104; Brian H. Harrison: State Intervention and Moral Reform. In: Patricia Hollis (Hrsg.): Pressure from Without in Early Victorian England. London 1974, S. 289-322.
47 Hansard, Parliamentary Debates, 3rd series, 210 (12.4.1872), Sp. 1200.
48 John Morley: The Life of Richard Cobden. London 1903 (Original: 1879), S. 303.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

bot schon im Politikstil und in der moralischen Emphase, mit der er die Pflichten des Einzelnen gegenüber der Gemeinschaft betonte, durchaus Anknüpfungspunkte für sozialpolitische Neuansätze innerhalb des Liberalismus.[49] Dennoch fand im späten 19. Jahrhundert eine deutliche Akzentverschiebung statt: Der hochviktorianische Staat hatte tendentiell in gesellschaftliche oder wirtschaftliche Abläufe nur eingegriffen, um Mißstände zu beheben. Armut erschien häufig als ein moralisches Versagen des Einzelnen; die Vernachlässigung der Pflicht, für das eigene Fortkommen und die Gemeinschaft Verantwortung zu übernehmen, war nach verbreiteter Meinung die Ursache für gesellschaftlichen und ökonomischen Mißerfolg. Die aktive Herbeiführung besserer Lebenschancen für schwächere Bevölkerungsschichten war noch kaum Ziel der Politik.[50] Im liberalen Diskurs dominierte der Nicht-Interventionsgedanke. Eine Maßnahme wie die Aufhebung der Korngesetze 1846 stellte in dieser Interpretation keinen ungerechtfertigten staatlichen Eingriff dar, sondern beseitigte Privilegien, die dem freien Handel im Wege standen. Staatliche Interventionen mußten gegen den vorherrschenden Nichtinterventionsdiskurs durchgesetzt werden. Diese Schwerpunktsetzung verkehrte sich im späten 19. Jahrhundert geradezu in ihr Gegenteil.

Die Gründe für diesen Umschwung waren vielfältig und weisen weit über die Geschichte der Liberal Party hinaus. Demographisches und urbanes Wachstum führten zu Veränderungen, die von der Gesellschaftsstruktur über die Arbeitsbedingungen bis hin zu religiösen Überzeugungen und dem Familienleben reichten.[51] Die »social explorers«, die wie Ethnologen in die neuen, unübersichtlichen und den bürgerlichen Schichten unbekannten Viertel der rasant gewachsenen Großstädte vorstießen, fanden ein Ausmaß an Armut, Wohnungselend und gesundheitlicher Misere vor, das durch den Verweis auf das moralische Fehlverhalten des Einzelnen kaum mehr plausibel zu erklären war.[52] Staatliche Hilfe erschien angesichts struktureller Armutsursachen dringend geboten. Die zwar langsame, aber doch wahrnehmbare Demokratisierung des politischen Systems bedeutete zudem, daß Repräsentanten der Arbeiterschaft erstmals innerhalb der etablierten politischen Strukturen Forderungen vortragen konnten. Hatte soziale Politik bisher in von der politischen Elite beschlossenen Zugeständnissen an bestimmte Segmente der

49 Thomas Kleinknecht: ›Old Liberalism‹ und ›Citizenship‹. Zur Rolle der Traditionselemente im ›New Liberalism‹. In: Karl Rohe (Hrsg.): Englischer Liberalismus im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Bochum 1987, S. 155-170.

50 P. W. J. Bartrip: State Intervention in Mid-Nineteenth Century Britain: Fact or Fiction? In: Journal of British Studies 23 (1983), S. 63-83; Pat Thane: Government and Society in England and Wales, 1750-1914. In: F. M. L. Thompson (Hrsg.): The Cambridge Social History of Britain, 1750-1950. Cambridge 1990, Bd. 3, S. 1-61, hier: S. 14-40.

51 Jose Harris: Private Lives, Public Spirit. Britain 1870-1914. Oxford 1993.

52 David Englander / Rosemary O'Day (Hrsg.): Retrieved Riches. Social Investigation in Britain, 1840-1914. Aldershot 1995.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Bevölkerung bestanden, so zeichnete sich zunehmend ein Zeitalter ab, in dem die »Masse« selbst maßgeblich an den politischen Entscheidungen beteiligt sein würde. Damit waren die Parteien herausgefordert, sich für neue Wählerschichten und für neue Anforderungen an die Politik zu öffnen.

Für Liberale war allerdings die Hinwendung zu sozialen Fragen und staatlicher Intervention hochproblematisch, denn sie schuf eine doppelte Frontlinie: einerseits gegenüber Verfechtern des Laissez-faire-Prinzips, die rasch bei der Hand waren, jegliche staatliche Intervention als Sozialismus zu brandmarken[53] – andererseits gegenüber den Sprechern der Arbeiterbewegung, die von der Aufrichtigkeit liberaler Neuorientierungen überzeugt werden wollten. Dies mußte bereits Joseph Chamberlain erfahren, der den ersten systematischen Versuch unternahm, soziale Reformvorstellungen innerhalb der Liberal Party durchzusetzen. Als President of the Board of Trade (Wirtschaftsminister) in Gladstones dritter Amtszeit als Premierminister legte er 1885 mit einigen Mitstreitern das »Radical Programme« vor, mit dessen Hilfe er nach der Wahlreform von 1884/85 die neuen Wählerschichten an die Liberale Partei binden wollte.[54] Im Programm fanden sich Vorschläge wie die Verbesserung der Wohnsituation der ärmsten Arbeiter in den Städten und auf dem Land, kostenlose Schulbildung, Kommunalreformen und die Machtbeschränkung der Staatskirche. Eine Kurzfassung des Programms suchte Chamberlain im Wahlkampf 1885 in der Partei durchzusetzen. Als brisantester Punkt in diesem »Unauthorized Programme« erwies sich das Schlagwort »Three Acres and a Cow«: Durch die Bereitstellung kleiner Landstücke, die das Auskommen einer Familie sichern konnten, sollten die Landflucht beendet und die Armut beseitigt werden. Die dazu von Chamberlain anvisierte Kompetenzausweitung lokaler Behörden, die Ländereien zwangsweise aufkaufen sollten, hätte einen gravierenden Eingriff in die bestehenden Eigentumsverhältnisse bedeutet.[55] Weiterentwickelt wurden Chamberlains Vorschläge von Sir Charles Dilke, der als für die Lokalverwaltungen zuständiger Minister in Gladstones dritter Amtszeit die Not der Armen kennengelernt hatte und 1890 seinen eigenen Entwurf eines sozialradikalen Programms vorlegte.[56]

Chamberlain und Dilke verfolgten das Ziel eines sozialen Liberalismus, der den Sozialismus überflüssig machen sollte; dennoch schlug ihnen von ihren Gegnern der Vorwurf entgegen, dem Sozialismus Tür und Tor zu öffnen. Erstmals schienen Führungspolitiker der Liberalen das Eigentumsprinzip

53 Donald Winch: Between Feudalists and Communists. Louis Mallet and the Cobden Creed. In: Howe / Morgan (Hrsg.): Rethinking Nineteenth-Century Liberalism (wie Anm. 22), S. 247-263, hier: S. 248.

54 The Radical Programme. With a Preface by The Right Hon. J. Chamberlain, M.P. London 1885, S. v/vi (Vorwort Chamberlains).

55 T. A. Jenkins: The Liberal Ascendancy, 1830-1886. Basingstoke 1994, S. 183-192.

56 David Nicholls: The Lost Prime Minister. A Life of Sir Charles Dilke. London 1995, S. 245-261.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

preiszugeben und staatliche Interventionen in Wirtschaft und Gesellschaft grundsätzlich zu legitimieren, und das zu einer Zeit, in der die Landreformrezepte des Amerikaners Henry George in der britischen Arbeiterschaft Furore machten.[57]

Doch Chamberlain stand gerade mit seinen Vorschlägen für eine Landreform durchaus in der Tradition eines liberalen Radikalismus. Land bedeutete Privilegien des Adels, also des klassischen Gegners radikaler Liberaler. Bereits John Stuart Mill und Richard Cobden hatten sich in der Landfrage dem Gedanken einer Umverteilung des Eigentums besonders aufgeschlossen gezeigt.[58] Wenngleich landbesitzende Whigs Chamberlains Vorstoß dennoch als revolutionär empfinden mochten, erhoben Historiker später eher den gegenteiligen Vorwurf: Die Konzentration auf die Landfrage wird bewertet als rückwärtsgewandt und einer industrialisierten Massengesellschaft nicht angemessen.[59] Dieses Urteil verkennt allerdings die extrem ungleichgewichtige Verteilung des ländlichen Eigentums in Großbritannien. Bis in die Gegenwart hinein besitzt ein zahlenmäßig sehr geringer Bevölkerungsanteil die überwiegende Fläche des Landes, auch in den Städten. Die Landfrage spielte daher nicht nur im ländlichen Liberalismus immer wieder eine Rolle.[60] Sie blieb bis ins 20. Jahrhundert hinein in liberalen Kampagnen gegen die Privilegien der Aristokratie präsent. Das bekannteste Beispiel ist das »People's Budget« von 1909, in dem der liberale Chancellor of the Exchequer, David Lloyd George, eine Besteuerung des Landbesitzes vorsah, um soziale Reformprogramme zu finanzieren. Der Vorschlag mündete in eine Verfassungskrise und letztlich in eine Machtbeschränkung des Oberhauses.[61]

Chamberlains Kampagne von 1885 enthielt daher politischen Sprengstoff. Allerdings scheiterte der Versuch, sein Programm innerhalb der Liberalen zu propagieren, an der Dominanz der Home Rule-Frage und seinem Austritt aus der Liberal Party, der sich – anders als geplant – als dauerhaft erweisen sollte. Dilke dagegen verlor an Einfluß in der Liberal Party, seit er 1885 in einen Ehebruchskandal verwickelt worden war, der seinen politischen Aufstieg jäh beendete.

Eine Neuausrichtung der Liberal Party auf der Grundlage sozialer Reformen strebten auch die Liberal Imperialists an. Sie hatten schon frühzeitig ein Interesse an der Lage der Arbeiterschaft, insbesondere den Arbeitsbedingungen in

57 Antony Taylor: Lords of Misrule. Hostility to Aristocracy in Late Nineteenth- and Early Twentieth-Century Britain. Basingstoke 2004, S. 45-72.
58 Margot Finn: After Chartism. Class and Nation in English Radical Politics, 1848-1874. Cambrige 1993, S. 265-273.
59 Sykes: The Rise and Fall of British Liberalism (wie Anm. 22), S. 127.
60 Patricia Lynch: The Liberal Party in Rural England 1885-1910. Radicalism and Community. Oxford 2003.
61 Ian Packer: Lloyd George, Liberalism and the Land. The Land Issue and Party Politics in England, 1906-1914. Woodbridge 2001.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Fabriken, gezeigt und ein staatliches Eingreifen zur Schaffung gerechter Lebensbedingungen gefordert. Gegen Ende des Jahrhunderts allerdings, als sich das Thema »nationale Effizienz« zunehmend in den Vordergrund schob, verschmolzen die sozialen Reformideen – darunter insbesondere die Forderung nach besseren Wohnungen für Arbeiter – mit den Sorgen um die Aufrechterhaltung des Empire. Nicht mehr die Entfaltung der Lebenschancen des Einzelnen, sondern die Schaffung einer »imperial race« bildete nun den Orientierungspunkt im Denken der Liberal Imperialists. Als Grundlage für eine starke weltpolitische Position Großbritanniens verband sich das Stichwort »soziale Reform« mit Vorschlägen zur Steigerung der Verwaltungseffizienz, zu Bildungsreformen und zur Gestaltung eines harmonischeren Verhältnisses zwischen Arbeitern und Unternehmern.[62]

Mit ihrer Betonung des Empire und staatlicher Intervention verließen die Liberal Imperialists den Boden des Gladstonian Liberalism. Dies schuf einerseits Spannungen zu den Sachwaltern Gladstonescher Ideen in der Partei, andererseits aber Anknüpfungspunkte an Teile der Arbeiterbewegung sowie – über den Empire-Bezug – zu den regierenden Unionisten. Der inneren Einheit der Liberal Party war damit allerdings nicht gedient. Es sollte bis nach dem »Burenkrieg« dauern, bis die Liberal Imperialists sich eindeutig für den Verbleib in der Liberal Party entschlossen, während zuvor insbesondere Kreise um Rosebery mit dem Gedanken geflirtet hatten, die Liberal Imperialists zum Ausgangspunkt einer Umgestaltung des Parteiensystems zu machen.[63]

Auch den Liberal Imperialists gelang somit keine gezielte Neuausrichtung der Liberal Party, sondern ihre teilweise wenig sorgfältig vorbereiteten innerparteilichen Initiativen belasteten zunächst einmal deren Zusammenhalt. Auch arbeiteten sie ihre sozialen Reformideen nicht zu einem kohärenten Programm aus. Deutlich war aber, daß »social reforms« – außer bei Landreformforderungen, die vornehmlich die Aristokratie trafen – keine grundlegende Gefährdung der Eigentumsordnung bedeuten mußten. Sie bestanden aus einer Vielzahl von Maßnahmen, die für die Klientel der Liberalen akzeptabel sein sollten. Dazu zählten die Besserung der Wohnungslage der Arbeiter, das klassische Anliegen, die alkoholische Enthaltsamkeit der Unterschichten zu fördern, und Bildungsreformen, war doch »education [. . .] beyond all doubt the most powerful and important lever which we can use in the great process of levelling up«.[64] Doch der fragmentarische Charakter der Ansätze zur Neuausrichtung des Liberalismus, die innerhalb der Liberal Party unternommen wurden, überließ die systematische Durchdringung der

62 Matthew: The Liberal Imperialists (wie Anm. 38), S. 235-264.
63 Ebd., S. 79-121.
64 Richard B. Haldane: The Liberal Party and Its Prospects. In: The Contemporary Review 53 (1888), S. 145-160, Zitat S. 156.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

damit verbundenen Fragen liberalen Intellektuellen, die der Partei häufig nur lose verbunden waren.

Der Fluchtpunkt, auf den alle Überlegungen zur Schaffung eines sozialen Liberalismus zuliefen, war die Frage, ob die Gemeinschaft in Gestalt des Staates aktiv die Voraussetzungen schaffen mußte, um dem Einzelnen die Entfaltung seiner Freiheitsrechte zu ermöglichen. Eine positive Antwort auf diese Frage bedeutete innerhalb des liberalen Diskurses die entscheidende Akzentverschiebung vom Gladstonian Liberalism zu einem neuen, sozialen Liberalismus. Eine solche positive Antwort formulierten insbesondere Oxforder »idealistische« Philosophen. In der Nachfolge Thomas Hill Greens (1836-1882) sahen sie die Gesellschaft verpflichtet, für das Wohlergehen des Einzelnen die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, da das Individuum nicht ohne die Bindung an seine Gemeinschaft existieren könne. In diesem Denken verbanden sich verschiedene intellektuelle Strömungen zu einer stärker kollektivistischen Staatsauffassung: »Darwin [. . .] moves to embrace Hegel in recommending the establishment of a social-democratic state instead of a competitive state of nature«.[65]

Damit war der Boden bereitet für Denker wie den Soziologen L. T. Hobhouse (1864-1929) und den Ökonomen J. A. Hobson (1858-1940), deren Kritik am ungehinderten Wettbewerb und deren Legitimierung staatlicher Wohlfahrtsprogramme sie zu den zentralen Vordenkern des »New Liberalism« im frühen 20. Jahrhundert werden ließen. Insbesondere Hobson fand Zustimmung, verband er doch traditionelles liberales Denken mit Gemeinschaftsgedanken, indem er die Wechselbeziehung zwischen der Entfaltung des Individuums und dem Gedeihen der Gesellschaft betonte.[66]

Unmittelbaren Eingang in die Programmatik der Liberal Party fanden diese Ideen vor der Jahrhundertwende nicht. Allerdings existierten zahlreiche Verbindungen zwischen den Intellektuellen und der Partei, teilweise über ehemalige Studenten, die nun die Parlamentsbänke bevölkerten, teilweise über Clubs, weitere soziale Zirkel und Journale. Bekannt ist insbesondere der 1894 gegründete Rainbow Circle, dessen Zeitschrift »Progressive Review« sozialradikale Ideen zirkulierte. Auf diese Weise kamen Reformer verschiedener politischer Couleur in Kontakt, von den Fabians über die Liberal Imperialists bis hin zu späteren Labour-Granden wie Ramsay MacDonald.[67] Der New Liberalism war in dieser Hinsicht ein kulturelles Phänomen, das aus Querverbindungen zwischen Sozialisten, Liberalen und Radicals erwuchs, dadurch

65 Michael Bentley: The Climax of Liberal Politics. British Liberalism in Theory and Practice 1868-1918. London 1987, S. 78.

66 Michael Freeden: The New Liberalism. An Ideology of Social Reform. Oxford ^{2}1986, S. 110-116.

67 Michael Freeden: The New Liberalism Revisited. In: Rohe (Hrsg.): Englischer Liberalismus (wie Anm. 49), S. 133-154, hier: S. 137-141.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

aber die Verbindlichkeit einer organisierten Zusammenarbeit vermissen ließ. Von der Liberal Party her gesehen operierten die progressiven Denker nicht im Zentrum, sondern an der Peripherie der Partei.[68] Eine direkte Transformation der parlamentarischen Partei durch die New Liberals blieb daher aus, konkrete soziale Reformvorschläge blieben in der Parlamentsfraktion umstritten. Erst in den wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen der Regierung Asquiths (1908-1916) trugen die Debatten des späten 19. Jahrhunderts langfristig Früchte (z. B. Altersversicherung 1908, National Insurance 1911, Mindestlohn für Bergarbeiter 1912).

Die Debatten über die soziale Frage erweisen die spätviktorianische Phase der Liberal Party einmal mehr als Übergangszeit. Robert F. Haggard ist durchaus zuzustimmen, wenn er die »persistence of Victorian Liberalism« konstatiert und damit ein Fortwirken von Ansätzen des Gladstonian Liberalism im spätviktorianischen Liberalismus meint.[69] Dennoch lassen sich bei aller berechtigten Relativierung der Neuheit des spätviktorianischen »sozialen Liberalismus« Veränderungen im liberalen Diskurs feststellen, die den Rahmen des Gladstonian Liberalism sprengten. Richard Haldane faßte den Unterschied 1888 programmatisch in die Gegenüberstellung eines »old destructive Liberalism«, dessen Aufgabe in erster Linie die Beseitigung ungerechtfertigter Privilegien gewesen sei, und eines »new constructive Liberalism«, dessen Ziel die Herbeiführung eines »system of equality« durch staatliche Intervention sein müsse.[70]

Diese Öffnung gegenüber sozialen Themen und mehr noch die positive Bewertung des Staates ließen die Verteidiger eines noninterventionistischen Staats- und Wirtschaftsmodells bis zur Jahrhundertwende in die Defensive geraten. Fast schon symbolisch mutet der Name einer ihrer maßgeblichen Interessenorganisationen an: Liberty and Property Defence League.[71]

IV. *Übergang in den Untergang? Der spätviktorianische Liberalismus und das Ende der Liberal Party*

Die Umorientierungskrisen des späten 19. Jahrhunderts hatten Konsequenzen bei den Wahlen. Die zerrissene Partei blieb mit Ausnahme der glücklosen Regierungen unter Gladstone (1892-1894) und Rosebery (1894/95) zwischen

68 Michael Freeden: The New Liberalism and Its Aftermath. In: Bellamy (Hrsg.): Victorian Liberalism (wie Anm. 21), S. 175-192, hier: S. 175.

69 Robert F. Haggard: The Persistence of Victorian Liberalism. The Politics of Social Reform in Britain, 1870-1900. Westport 2001.

70 Richard B. Haldane: The Liberal Creed. In: The Contemporary Review 54 (1888), S. 461-474, Zitate S. 469 u. 470.

71 Edward Bristow: Individualism versus Socialism in Britain, 1880-1914. New York/ London 1987.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

1886 und 1905 in der Opposition. Doch gerade in Oppositionszeiten konnten Differenzen ausgetragen und persönliche Animositäten gepflegt werden, die die Wahlchancen weiter untergruben. Größere Abspaltungen blieben aber nach 1886 aus, da die Partei nicht eindeutig entlang weniger großer Fragen gespalten war, sondern die Bruchlinien kreuz und quer verliefen; man fand sich bei einzelnen Themen mit Personen auf derselben Seite, deren Position in einer anderen Frage man bekämpfte. Überdies erlaubten manche Gesetzesinitiativen der unionistischen Regierung die zumindest kurzfristige Bündelung liberaler Energien, so kurz vor und nach der Jahrhundertwende die heftig umstrittenen Vorlagen zur Reorganisation des Schulwesens.[72] Den auseinanderdriftenden Tendenzen standen somit immer wieder auch einheitsstiftende Aspekte gegenüber.

Eine mühsam aufrechterhaltene Parteieinheit erlaubte dennoch kein überzeugendes Bild bei den Parlamentswahlen. Daß die Partei 1906 zu einem überwältigen Wahlsieg kam, hatte sie paradoxerweise Joseph Chamberlain zu verdanken. So wie dieser die Liberalen 1886 in die Krise gestürzt hatte, so verhalf er ihnen nun unverhofft zur politischen Wiederauferstehung. Er propagierte seit 1903 das Anliegen einer Empire- und Zollreform, das er im unionistischen Bündnis als Wahlziel durchsetzen konnte. Ziel seiner unter dem Schlagwort »Tariff reform« geführten Kampagne war die Integration des Empire nach innen und der Abschluß nach außen durch die Schaffung eines einheitlichen Zollgebiets. Die Warenzirkulation innerhalb des Empire wäre damit faktisch protegiert worden, während Zölle insbesondere die britische Industrie vor ausländischer Konkurrenz abgeschottet hätten.[73]

Eine abrupte Beendigung des seit 1846 verfolgten Freihandelskurses barg aber auch die Gefahr einer Verteuerung kontinentaleuropäischer Getreideeinfuhren. Dies gab der Liberal Party die Chance, sich in den Wahlen als Verteidiger erschwinglicher Nahrungsmittel zu präsentieren. Daß sie wegen des Scheiterns der vorangegangenen unionistischen Regierung (1905) bereits als Regierungspartei in die Wahlen gehen konnte, erleichterte es, die internen Meinungsverschiedenheiten beizulegen. Die Home-Rule-Entscheidung wurde vertagt, die Empire-Differenzen verschwanden nach einigem Liebäugeln der Liberal Imperialists mit der unionistischen Position hinter der überzogenen Empire-Konzeption Chamberlains. Das liberale Wahlprogramm war deutlich in seiner Frontstellung gegen Tariff reform, vermied aber klare Aussagen zu eigenen Regierungsvorhaben.[74] Dies brachte den Liberalen den Vorwurf ein, im Wahlkampf lediglich jahrzehntealte Formeln aus der Zeit der Anti-Corn Law League wiederaufgelegt zu haben, während Chamberlain sei-

72 Searle: A New England? (wie Anm. 42), S. 329-334.
73 Cain / Hopkins: British Imperialism (wie Anm. 27), S. 202-221.
74 Searle: The Liberal Party (wie Anm. 13), S. 49-52.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

nen Blick zukunftsorientiert auf die Stärkung der britischen Industrie gerichtet habe. Doch als soziale Öffnung hatte das Vorgehen der Liberalen durchaus Sinn – »Cheap bread« und der »Free breakfast table« versprachen gerade dem Arbeiter die Sicherung seiner existentiellen Bedürfnisse. »Free Trade« war kein künstlich wiederbelebtes Relikt aus längst vergangenen liberalen Glanzzeiten, sondern zum integralen Bestandteil des New Liberalism geworden.[75]

Der Wahlsieg 1906 läutete eine durchgehende liberale Regierungsperiode bis zur Parteispaltung im Ersten Weltkrieg ein. Dieser Spaltung folgte der rasante Bedeutungsverlust der Partei in der Zwischenkriegszeit. Viel ist über diesen Niedergang geschrieben worden[76]: War er unaufhaltsam, durch die Heraufkunft einer eigenständigen Arbeiterpartei vorgezeichnet und durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts 1918 unabwendbar?[77] Oder gab die Parteispaltung über die Beteiligung am Ersten Weltkrieg den Ausschlag dafür, eine überlebensfähige Partei so zu schwächen, daß sie nicht länger bestehen konnte?[78]

Die spätviktorianische Zeit wird durch diese Fragen berührt, insofern langfristige gesellschaftliche und politische Entwicklungen zur Debatte stehen. Deutete insbesondere das Entstehen einer eigenständigen Arbeiterpartei das notwendige Ende der Liberal Party an?

Ohne abschließende Antworten auf diese Frage zu suchen, ist festzuhalten, daß die Labour Party und der New Liberalism aus gemeinsamen Traditionen des liberalen Radikalismus heraus erwuchsen.[79] Anfänglich war keineswegs ausgemacht, ob sich die Idee einer eigenständigen Arbeiterrepräsentation bei Wahlen durchsetzen lassen würde; die These vom unaufhaltsamen Aufstieg der Labour Party setzt ein Wahlverhalten nach Klassenzugehörigkeiten voraus, bei dem die Arbeiter zum überwiegenden Teil die Labour Party favorisiert haben müßten. Die Forschung hat jedoch gezeigt, daß die Lage in den einzelnen Wahlkreisen sehr unterschiedlich sein konnte und Verallgemeinerungen nur schwer möglich sind. In jedem Fall waren schon nach den Bestimmungen der Wahlgesetze ab 1867 signifikante Teile der Arbeiterschaft, selbst der Ärmsten, stimmberechtigt. In diesen Wählerschichten konnten die Liberalen – ebenso wie die Konservativen – auch dann noch bedeutsame Stimmen-

75 Anthony Howe: Towards the ›Hungry Forties‹. Free Trade in Britain, c. 1880-1906. In: Eugenio F. Biagini (Hrsg.): Citizenship and Community. Liberals, Radicals and Collective Identities in the British Isles, 1865-1931. Cambridge 1996, S. 193-218.

76 J. A. Thompson: The Historians and the Decline of the Liberal Party. In: Albion 22 (1990), S. 65-83; Keith Laybourn: The Rise of Labour and the Decline of Liberalism: The State of the Debate. In: History 80 (1995), S. 207-226.

77 H. C. G. Matthew / R. I. McKibbin / J. A. Kay: The Franchise Factor in the Rise of the Labour Party. In: English Historical Review 91 (1976), S. 723-752.

78 P. F. Clarke: Lancashire and the New Liberalism. Cambridge 1971; Duncan Tanner: Political Change and the Labour Party 1900-1918. Cambridge 1990.

79 Jon Lawrence: Popular Radicalism and the Socialist Revival in Britain. In: Journal of British Studies 31 (1992), S. 163-186.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

gewinne verbuchen, als bereits eine eigenständige Arbeiterpartei existierte.[80] Auch nach der Einführung des allgemeinen Wahlrechts 1918 wählten die Arbeiter keineswegs geschlossen die Labour Party. Diese mußte zudem in Programmatik und Rhetorik eine Gemeinwohlorientierung demonstrieren, die sie auch über die Arbeiterschaft hinaus wählbar erscheinen ließ.[81]

Es ist also kaum von einer notwendigen Ablösung der Liberalen durch Labour durch die Demokratisierung des Wahlsystems auszugehen. Es gilt vielmehr, die Kontingenz der Entwicklung zu berücksichtigen und die konkrete Entwicklung des Verhältnisses beider Parteien zueinander sowie gegenüber den Wählern zu betrachten. Das Labour Representation Committee, das 1906 in Labour Party umbenannt wurde, befand sich seit 1903 mit den Liberalen in einem strategischen Wahlbündnis, das darauf angelegt war, konkurrierende Kandidaturen in einzelnen Wahlkreisen auszuschließen und damit die Wahlchancen beider Parteien zu erhöhen. Von dieser »Progressive Alliance«, die bis zur Veränderung der politischen Landschaft durch den Ersten Weltkrieg Bestand hatte, profitierte die Labour Party, die einen deutlichen Zuwachs an Parlamentssitzen erringen konnte, während die Liberalen sich sicher sein konnten, daß die Konservativen in allen Wahlkreisen unter Druck stehen würden. Auf nationaler Ebene war damit ein weitgehend funktionierender Kooperationsmechanismus zwischen den Liberalen und Labour gefunden.[82]

Unübersichtlicher stellte sich die Lage auf Gemeindeebene dar. Gerade im kommunalen Bereich kam es schon während der letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts zu Ansätzen sozialer Reform, die durch progressive Allianzen zwischen Liberalen und Arbeiterrepräsentanten eingeleitet wurden.[83] Es zeigten sich auf lokaler Ebene aber auch Grenzen der Kooperation. Schon nach der Wahlreform von 1867, die den städtischen Arbeitern das Wahlrecht gebracht hatte, weigerten sich viele örtliche liberale Wahlkomitees, Arbeiterkandidaten zu unterstützen.[84] Dies war einer der Anlässe für die Gründung der Independent Labour Party (ILP) im Jahr 1893. Umgekehrt legte auch die ILP in einzelnen Wahlkreisen Wert auf Unabhängigkeit von den Liberalen, so daß

80 Zusammenfassend John Davis: The Enfranchisement of the Urban Poor in Late-Victorian Britain. In: Ghosh / Goldman (Hrsg.): Politics and Culture in Victorian Britain (wie Anm. 30), S. 95-117; Jon Lawrence: Speaking for the People. Party, Language and Popular Politics in England, 1867-1914. Cambridge 1998, S. 163-263; Timothy Cooper: London-over-the-border: Politics in Suburban Walthamstow, 1870-1914. In: Matthew Cragoe / Antony Taylor (Hrsg.): London Politics, 1760-1914. Basingstoke 2005, S. 211-232.

81 Duncan Tanner: Class Voting and Radical Politics: The Liberal and Labour Parties, 1910-1931. In: Jon Lawrence / Miles Taylor (Hrsg.): Party, State and Society. Electoral Behaviour in Britain since 1820. Aldershot 1997, S. 106-130.

82 Pugh: The Making of Modern British Politics (wie Anm. 16), S. 115-129 u. 141-145.

83 Paul A. Readman: The 1895 General Election and Political Change in Late Victorian Britain. In: The Historical Journal 42 (1999), S. 467-493; Susan D. Pennybacker: A Vision for London 1889-1914. Labour, Everyday Life and the LCC Experiment. London 1995.

84 Für ein frühes Beispiel Detlev Mares: A Radical in Wales. Alfred A. Walton and Mid-Victorian Welsh Popular Radicalism. In: Welsh History Review 21 (2002), S. 271-291.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

auch von dieser Seite her die Zusammenarbeit ins Stocken geraten konnte.[85] Allerdings läßt sich aus diesen Problemen nicht ohne Weiteres auf einen generellen Niedergang der Liberalen auf kommunaler Ebene[86] schließen. Gerade in den Städten hielt sich bis über das Ende des Jahrhunderts hinaus die Überzeugung, »that politics had no place in the council chamber«.[87] Auch wenn die Kandidaten unter Parteibezeichungen zu Gemeindewahlen antraten, lassen sich wegen der Besonderheiten kommunaler Abstimmungen und wegen der bisher noch recht lückenhaften Forschungslage kaum verallgemeinerbare Aussagen über die damaligen Entwicklungschancen einzelner Parteien treffen.[88]

Betrachtet man die Konstellationen nach der Jahrhundertwende, so sind für diese Zeit ohnehin bereits Rückkopplungseffekte zu berücksichtigen, die sich aus dem Bestehen der progressiven Wahlallianz von 1903 ergaben sowie aus der Tatsache, daß die Liberalen seit 1905 Regierungspartei waren. Mit den wohlfahrtsstaatlichen Sozialgesetzen präsentierte die Liberal Party sich zwar als Interessenvertretung der Arbeiterschaft, doch innenpolitische Krisen durch Lohnforderungen und Streikaktionen der Gewerkschaften ließen sich dadurch nicht vermeiden.[89] Zudem löste die interventionistische Sozialgesetzgebung Unmut bei vielen ihrer eigentlichen Adressaten aus: Viele Arbeiter empfanden den Versicherungszwang als Eingriff in die eigene, eifersüchtig bewachte Unabhängigkeit; Maßnahmen, die die Liberalen als Voraussetzung sahen, um dem Einzelnen die Gestaltung des eigenen Lebens zu ermöglichen, erschienen den Arbeitern häufig als getarnte Sozialkontrolle und als Übergriffe der höheren Klassen auf die eigenen Lebensformen.[90] Berücksichtigt man weiterhin, daß die Liberalen die Bedeutung der Frauenwahlrechtskampagne sträflich unterschätzten, spricht vieles dafür, daß der Niedergang der Liberal Party nicht aus Entwicklungen des späten 19. Jahrhunderts abgeleitet werden muß, sondern daß Entscheidungen der liberalen Regierungen nach 1905 eine neue politische Konstellation schufen, die eher als Ansatzpunkt für eine Analyse der Ursachen des »Niedergangs« geeignet ist.

85 James Robert Moore: Progressive Pioneers: Manchester Liberalism, the Independent Labour Party, and Local Politics in the 1890s. In: The Historical Journal 44 (2001), S. 989-1013.

86 Hartmut Pogge von Strandmann: Der nicht – so – merkwürdige Tod der Liberalen Partei in England. In: Rohe (Hrsg.): Englischer Liberalismus (wie Anm. 49), S. 171-195, hier: S. 175-179.

87 Barry M. Doyle: The Changing Functions of Urban Government: Councillors, Officials and Pressure Groups. In: Martin Daunton (Hrsg.): The Cambridge Urban History of Britain. Volume III: 1840-1950. Cambridge 2000, S. 287-313, Zitat S. 305.

88 Dazu in Kürze Mark Willock: Liberale in Deutschland und England, 1867-1914. Diss Freiburg 2007.

89 Searle: The Liberal Party (wie Anm. 13), S. 93-104.

90 Marc Brodie: The Politics of the Poor. The East End of London 1885-1914. Oxford 2004, S. 75-88; Sykes: The Rise and Fall of British Liberalism (wie Anm. 22), S. 170-176.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Wenn die Liberalen bei Wahlen nach 1918 einen zunehmend schweren Stand hatten, muß überdies dem Ersten Weltkrieg eine wesentliche Rolle zugeschrieben werden. Neben der wahlstrategisch verheerenden Spaltung der Liberal Party und dem zunehmend ungeliebten Lloyd-George-Kabinett trug der Krieg auf mittlere Sicht zum Aufbrechen der relativ geschlossenen liberalen Milieus der spätviktorianischen und edwardischen Zeit bei. Dies nahm der Partei in vielen Städten ihre traditionelle Basis.[91] Erst zu diesem Zeitpunkt waren die Liberalen in eine Zwangslage gekommen, aus der sie sich nicht mehr befreien konnten: Sie hatten sowohl bei den Arbeitern als auch bei den bürgerlichen Schichten an Kredit verloren.[92] Davon profitierten die Konservativen und die Labour Party.

Wenn die Kontingenz der Entwicklung betont wird, bedeutet dies im Umkehrschluß, daß ein nennenswertes Fortbestehen des parteipolitisch organisierten Liberalismus in Großbritannien im 20. Jahrhundert für plausibel gehalten werden kann. Der europäische Vergleich weist jedoch auf einen allgemeinen Erfolgsschwund der alten liberalen Parteien im 20. Jahrhundert hin. Liberale Kernüberzeugungen, die die Verantwortlichkeit des Einzelnen für sein Handeln betonten und die Ausübung des Wahlrechts an die Fähigkeit der individuellen Urteilsbildung banden, standen stets in einem gewissen Spannungsverhältnis zur vollständigen Demokratisierung des politischen Systems.[93] Eine erfolgreiche Liberal Party hätte im Großbritannien nach 1918 ein deutlich anderes Gesicht zeigen müssen als ihre viktorianische Vorläuferin. Potentiale für die Entwicklung zu einer sozial-liberalen Partei waren in ihrer Geschichte in jedem Fall angelegt.

Solche Überlegungen, die letztlich Spekulation bleiben, interessieren in unserem Kontext nur insofern, als sie einen geschärften Blick auf den spätviktorianischen Liberalismus erlauben: Bei allen Krisensymptomen können die Veränderungsschübe im spätviktorianischen Liberalismus nicht schon als Keimzelle eines notwendigen Untergangs der Liberal Party charakterisiert werden. Eher lassen sie sich interpretieren als partieller Abschied vom Liberalismus der vorangegangenen Jahrzehnte, der seine Prägung nicht zuletzt durch Gladstone erfahren hatte. Die Ursachen für diesen Prozeß lagen teilweise in neuen gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen, die eine programmatische Neuorientierung erforderlich machten, teilweise aber auch in den personellen Umstrukturierungen, mit denen sich viele Parteien nach der langen

91 Barry M. Doyle: Urban Liberalism and the ›Lost Generation‹: Politics and Middle Class Culture in Norwich 1900-1935. In: The Historical Journal 38 (1995), S. 617-634.

92 Searle: The Liberal Party (wie Anm. 13), S. 89-93; Kenneth O. Morgan: Die soziale und politische Mobilisierung Großbritanniens, 1918-1926. In: Hans Mommsen (Hrsg.): Der Erste Weltkrieg und die Europäische Nachkriegsordnung. Sozialer Wandel und Formveränderung der Politik. Köln u. a. 2000 (= Industrielle Welt 60), S. 125-144.

93 Alan S. Kahan: Liberalism in Nineteenth-Century Europe. The Political Culture of Limited Suffrage. Basingstoke 2003, S. 172-192.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Dominanz eines »Patriarchen« schwer tun. Daß dabei Chancen versäumt wurden, die Liberal Party schon vor dem Erstarken der Labour Party zum Sammelbecken sozialer und demokratischer Forderungen zu machen, bedeutet nicht, daß sie bereits zu diesem Zeitpunkt dem Untergang geweiht gewesen wäre.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Thomas Raithel

Liberalismus in Frankreich um 1890

In der Literatur zum französischen Liberalismus des 19. Jahrhunderts gibt es schon seit längerer Zeit den Topos der »Begriffsverwirrung«[1]. Für die im Folgenden behandelte Zeit des späten 19. Jahrhunderts besitzt dieser Topos seine volle Berechtigung. Jeder genauere Blick auf die zeitgenössische französische Verwendung zeigt, dass den Worten »libéral« und »libéralisme« ein hohes Maß an Beliebigkeit anhaftete – was wohl ein wesentlicher Grund für den relativ seltenen Gebrauch war[2]. Und auch in der historischen Forschung, soweit sie den Begriff überhaupt verwendet, existieren ganz unterschiedliche Ansätze, den französischen Liberalismus dieser Epoche ab- und einzugrenzen[3].

Der vorliegende Beitrag kann sich nur in beschränktem Maße auf diese Definitionsprobleme einlassen. Sein pragmatisches Ziel besteht vielmehr darin, einen skizzenhaften Überblick über wesentliche Erscheinungsformen jener politischen Kräfte Frankreichs um 1890 zu gewinnen, die bei einer weiten Begriffsauslegung dem Liberalismus zugerechnet werden können. Dabei wird in fünf Schritten vorgegangen: Zunächst erfolgen einige Hinweise zu den wesentlichen Merkmalen des damaligen Liberalismusbegriffs in Frankreich. Anschließend sollen die Haupttendenzen des französischen Liberalismus um 1890 dargestellt werden. Darauf aufbauend werden im dritten Abschnitt die inhaltlichen Grundpositionen der liberalen Strömungen umrissen, wobei

1 So z.B. Rainer Hudemann: Politische Reform und gesellschaftlicher Status quo. Thesen zum französischen Liberalismus im 19. Jahrhundert. In: Dieter Langewiesche (Hrsg.): Liberalismus im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich. Göttingen 1988, S. 332-352, hier S. 332; Gerd Krumeich: Der politische Liberalismus im parlamentarischen System Frankreichs vor dem Ersten Weltkrieg. In: Ebd., S. 353-366, hier S. 354.

2 Zum französischen Liberalismusbegriff in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vgl. Jörn Leonhard: Liberalismus. Zur historischen Semantik eines europäischen Deutungsmusters. München 2001, v.a. S. 505-514.

3 Vgl. allgemein zum französischen Liberalismus im späten 19. Jahrhundert neben Hudemann (wie Anm. 1) und Krumeich (wie Anm. 1): William Logue, From Philosophy to Sociology. The Evolution of French Liberalism 1870-1914. DeKalb/Illinois 1983; Klaus-Peter Sick: Vom Opportunisme zum Libéralisme autoritaire. Die Krise des französischen Liberalismus im demokratisierten Parlamentarismus 1885-1940. In: Geschichte und Gesellschaft 29 (2003), S. 66-104. Vgl. auch die zusammenfassenden Skizzen von Hartmut Kaelble: Nachbarn am Rhein. Entfremdung und Annäherung der französischen und deutschen Gesellschaft seit 1880. München 1991, S. 66-70, und Stefan Grüner: Paul Reynaud (1878-1966). Biographische Studien zum Liberalismus in Frankreich. München 2001, S. 25-30. Zur Frage, inwieweit auch der Radikalismus zum Liberalismus zu rechnen ist, vgl. unten S. 169 mit Anm. 15; Literaturhinweise zur Geschichte des Radikalismus vgl. unten Anm. 14.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

sowohl die verbindenden Aspekte zu beachten sind als auch die Themen, die intern für Differenzen sorgten. Im vierten Abschnitt werden dann einige Ursachen für die innenpolitische Stärke erörtert, die Ende des 19. Jahrhunderts den französischen »Liberalismus an der Macht« (Hartmut Kaelble)[4] auszeichneten. Zum Schluss soll noch knapp ein Charakteristikum des französischen Liberalismus angesprochen werden, das sich langfristig eher als Schwäche erwiesen hat: sein extrem hohes Maß an politischem Individualismus.

1. *Zeitgenössische Begrifflichkeit*

Wie bereits angedeutet, weisen die relativ selten verwendeten Begriffe »libéralisme« und »libéral« in Frankreich um 1890 eine überaus diffuse Semantik auf. Bemerkenswert ist dabei eine oftmals eher konservative Konnotation, so dass die politische Verortung der Begriffe deutlich nach rechts tendierte.

Die Ursachen dieser grundlegenden Befunde sind vielfältig und können hier nur kurz gestreift werden. Von Anfang an war in Frankreich die gleichsam doppelte Frontstellung des politischen Liberalismusbegriffs stark ausgeprägt[5]. Bereits in der Zeit des Direktoriums und dann weitaus häufiger im Kaiserreich Napoleons I. meinte »libéral« gleichermaßen die Sicherung der aus der Revolution hervorgegangenen freiheitlichen Grundprinzipien gegen reaktionäre Bestrebungen wie auch die Abwehr neuer revolutionärer Leidenschaften. Zur Beliebigkeit beigetragen hat zweifellos der mehrfache Wechsel der politischen Systeme in Frankreich seit 1789, wobei »libéral« je nach politischer Konstellation unterschiedliche Begriffsdehnungen und damit eine gewisse Abnutzung erfahren hat. Eine semantische Verfestigung scheiterte nicht zuletzt auch daran, dass sich bis Ende des 19. Jahrhunderts in Frankreich noch keine organisierten politischen Parteien ausgebildet hatten, die den Begriff hätten aufgreifen können. Eine häufigere Verwendung von »libéral« und »libéralisme« wurde zudem durch die verbreitete Links-rechts-Dichotomie im politischen Denken Frankreichs blockiert[6]. Das liberale Spektrum wurde in

4 Kaelble (wie Anm. 3), S. 67.

5 Zur Entwicklung des französischen Liberalismusbegriffs vgl. neben Leonhard (wie Anm. 2) auch Rudolf Vierhaus: Liberalismus. In: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, hrsg. von Otto Brunner u.a., Bd. 3. Stuttgart 1982, S. 741-785, hier S. 748-751; sowie »Liberalismus«. In: Historisches Wörterbuch der Philosophie, hrsg. von Joachim Ritter und Karlfried Gründer, Bd. 5. Darmstadt 1980, Sp. 255-272, hier Sp. 256-259. Zur klassischen französischen Liberalismustheorie (v.a. Benjamin Constant und Alexis de Tocqueville) vgl. zusammenfassend Udo Bernbach: Liberalismus. In: Pipers Handbuch der politischen Ideen, hrsg. von Iring Fetscher und Herfried Münkler, Bd. 4. München – Zürich 1986, S. 323-368, hier S. 341-350.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

dieser Logik gleichsam zwischen der »Gauche« und der »Droite« aufgespalten oder wurde Teil eines inhaltlich unbestimmten »Centre«.
Die wesentlichen Weichenstellungen für die zunehmend konservativen politischen Assoziationen des Begriffs »libéral« liegen bereits in der Zeit vor 1870. So standen während der Julimonarchie (1830-1848) die Regierungspolitik ebenso wie die vom »juste milieu« geprägte Mehrheit der Abgeordnetenkammer im Zeichen eines »libéralisme conservateur«. Die sich als liberal verstehende Opposition im zweiten Empire Napoleons III. trat zumeist durchaus systemimmanent für eine Liberalisierung des politischen Systems und für einen Übergang zur parlamentarischen Monarchie ein, während sie gleichzeitig eine sozialkonservative Grundausrichtung besaß.
In der Formierungsphase der Dritten Republik (1870-1875) konnten wichtige politische Ziele der bisherigen liberalen Opposition durchgesetzt werden. Das liberale Spektrum wurde dabei nach und nach mit dem republikanischen Lager (»parti républicain«) identisch, dem sich auch viele ehemals monarchistische »Vernunftrepublikaner« anschlossen. Gleichzeitig bestärkte der Aufstand der Pariser Commune die nach links gerichtete Frontstellung des Liberalismus massiv. Ausdrücklich sprach Adolphe Thiers, einer der führenden Liberalen seit der Julimonarchie und jetzt die dominierende Gründerfigur des neuen Systems, von einer »République conservatrice«[7]. Aus Furcht vor der sozialen Revolution und insbesondere vor einer Bedrohung der wirtschaftlichen Freiheit rückte ein Teil der Liberalen sehr eng an die Konservativen, so dass – wie die »Grande Encyclopédie« Ende des 19. Jahrhunderts rückblikkend feststellte – »die Bezeichnung ›liberal‹ oftmals ein Synonym für ›reaktionär‹« wurde[8]. Einen weiteren Impuls für die Rechtsdrift des französischen Liberalismusbegriffs bildete die seit den späten 1870er Jahren wachsende Härte von Teilen des republikanischen Lagers gegen die katholische Kirche. »Libéral« wurde dabei von den Verteidigern der kirchlichen Freiheiten gleichsam usurpiert und als politisches Schutzschild zur Abwehr gegen einen als übermächtig und unduldsam empfundenen Staat instrumentalisiert. Als zu Beginn des 20. Jahrhunderts die ersten organisierten Parteien entstanden, war

6 Vgl. auch »Libéralisme«. In: La Grande Encyclopédie. Inventaire raisonné des sciences, des lettres et des arts, Bd. 22. Paris 1896, S. 172f., hier S. 173, »Mais, en France et en Italie, on a préféré dans le vocabulaire politique les qualifications de gauche et de droite.« Zur Geschichte der Links-rechts-Dichotomie im 19. Jahrhundert vgl. zusammenfassend: Jean-François Sirinelli: La Droite et la Gauche. In: Jean Pierre Rioux/Jean-François Sirinelli (Hrsg.): La France d'un siècle à l'autre. 1914-2000. Dictionnaire critique. Paris 1999, S. 151-160, hier S. 152f.

7 So Thiers am 13.11.1872 in seiner an die Nationalversammlung gerichteten Botschaft: »La République sera conservatrice, ou elle ne sera pas.« Zitiert nach Jean-Marie Mayeur: La vie politique sous la Troisième République 1870-1940. Paris 1984, S. 45.

8 »Libéralisme«. In: La Grande Encyclopédie (wie Anm. 6), S. 173: »[. . .] et contre lui [Sozialismus; Th.R.] se coalisent avec les conservateurs une grosse partie des libéraux, en particulier les économistes doctrinaires, de telle sorte que la qualification de libéral devient souvent synonyme de réactionnaire.«

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

die einzige Partei, die den Begriff »libéral« im Namen trug, die »ralliierte«, d.h. zum »Anschluss« an die Republik entschlossene katholische Kraft der »Action libérale populaire« – die dem Spektrum des französischen Liberalismus nur marginal zuzurechnen ist.
Als Quintessenz des extrem diffusen zeitgenössischen Umgangs mit dem Etikett »Liberalismus« muss festgestellt werden, dass ein wissenschaftlicher Gebrauch dieses Terminus für das Frankreich des 19. Jahrhunderts zweifellos problematisch ist. In einer die nationalstaatlichen Grenzen überschreitenden Perspektive erscheint es dennoch sinnvoll, auch für Frankreich am Liberalismusbegriff festzuhalten, denn ohne gemeinsame Worte wäre jeder Vergleich hinfällig. Die einzige mögliche Konsequenz liegt darin, einen von der zeitgenössischen französischen Terminologie weitgehend unabhängigen »transnationalen« Liberalismusbegriff zu verwenden, der sich an den freiheitlichen Grundvorstellungen der europäischen Liberalismustradition orientiert[9].

2. *Haupttendenzen des französischen Liberalismus um 1890*

Wie bereits erwähnt, existierten in Frankreich um 1890 noch keine organisierten Parteien. »Parti« meinte zu diesem Zeitpunkt lediglich eine allgemeine weltanschauliche Tendenz, manchmal auch eine lose Gruppierung um bestimmte politische Persönlichkeiten[10]. Vor den Wahlen zur Abgeordnetenkammer bildeten sich jeweils regionale Wahlkomitees, deren politischer Zuschnitt landesweit stark variierte. In der Abgeordnetenkammer gab es ein fluktuierendes, zumeist an den Verwerfungslinien der wichtigsten politischen Tendenzen orientiertes Fraktionswesen. Prägend für das politische Kräftespiel aber war ein überaus stark entwickelter Individualismus, der oftmals quer zu den fraktionellen und weltanschaulichen Strukturen agierte. Die folgende Systematisierung der innenpolitischen Landschaft Frankreichs[11], die mit einigen Rückblicken auf die Genese ihrer wichtigsten Konturen verbunden wird, besitzt daher einen hohen Grad an Abstraktion.
Ende des 19. Jahrhunderts war in Frankreich der »parti républicain« politisch absolut dominierend. Vorausgegangen war ein längerer Prozess der Etablierung der Dritten Republik, die 1870 in der Stunde der Niederlage gegründet

9 Vgl. zu den verschiedenen Facetten: Dieter Langewiesche (Hrsg.): Liberalismus im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich. Göttingen 1988; Nicolas Roussellier: L'Europe des libéraux. Bruxelles 1991, S. 15-114.

10 Instruktiv zu den Grundlagen des französischen Parteiwesens immer noch: Rudolf von Albertini: Parteiorganisation und Parteibegriff in Frankreich 1789-1940. In: HZ 193 (1961), S. 529-600.

11 Vgl. zur Orientierung: Jean-Marie Mayeur: Les débuts de la Troisième République 1871-1898. Paris 1973; ders. (wie Anm. 7), S. 13-232; Pierre Lévêque: Histoire des forces politiques en France, Bd. 2: 1880-1940. Paris 1994, S. 7-29.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

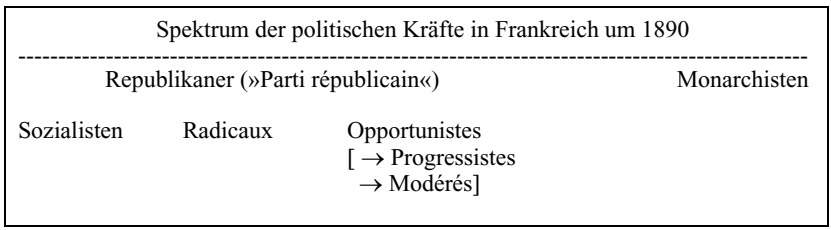
worden war. Die Verfassungsgesetze von 1875 bildeten nach hartem Ringen einen Kompromiss, der in die parlamentarische Demokratie auch Elemente aus der Zeit der konstitutionellen Monarchie integrierte. Dies betraf vor allem das vom Recht der Kammerauflösung ableitbare politische Potential des Staatspräsidenten zur Einflussnahme auf die Regierungen sowie die Existenz des Senats als einer zweiten, nicht nach dem allgemeinen Wahlrecht rekrutierten und als konservatives Gegengewicht angelegten Kammer.

Die späten 1870er und die 1880er Jahre waren von einem Prozess der inneren Festigung und Verankerung der parlamentarischen Republik geprägt. Nach der berühmten »Krise vom Mai 1877«, als der konservative Staatspräsident Marschall MacMahon mit seiner Auslegung der Verfassung scheiterte und das Parlament sich gegen den Machtanspruch des Präsidenten durchsetzte, erfolgte eine konsequente Parlamentarisierung des politischen Systems, in dem die präsidentielle Kammerauflösung fortan tabuisiert blieb[12]. Im öffentlichen Dienst kam es zu republikanischen »Säuberungen«, die sich gegen monarchistische Kräfte richteten, während der Mythos der Revolution nationalsymbolisch in den Dienst der Republik gestellt wurde: 1879 wurde die Marseillaise zur Nationalhymne erklärt und am 14. Juli 1880 erstmals der revolutionäre Nationalfeiertag begangen. Ende der 1880er Jahre war die parlamentarische Republik bereits stark genug, um die Herausforderung der autoritär-plebiszitären Bewegung um den revanchistischen Kriegsminister General Boulanger unbeschadet, ja gefestigt überstehen zu können.

Mit dem Scheitern des Boulangismus war der Rückfall in einen plebiszitären Bonapartismus kaum noch möglich. Auch die anderen Tendenzen der monarchistischen Rechten (Legitimisten und Orleanisten) waren zu diesem Zeitpunkt aus verschiedenen Gründen bereits stark geschwächt, die zunächst noch virulenten Hoffnungen auf eine monarchische Restauration nahezu völlig zerstoben. Jene Kräfte, die im Zweiten Kaiserreich den liberalen Flügel des französischen Monarchismus gebildet hatten, waren inzwischen weitestgehend mit der Republik versöhnt. Eine klar konservative republikanische Rechte war zum damaligen Zeitpunkt noch sehr schwach – ebenso wie auf der Linken die ebenfalls zum »Parti républicain« gehörenden Sozialisten; beide Tendenzen sollten erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts an Bedeutung gewinnen. All diese Umstände sprechen dafür, das republikanische Spektrum um 1890 im wesentlichen mit der Tradition des französischen Liberalismus gleichzusetzen.

12 Vgl. hierzu Thomas Raithel: Der preußische Verfassungskonflikt 1862-66 und die französische Krise von 1877 als Schlüsselperioden der Parlamentarismusgeschichte. In: Stefan Fisch u.a. (Hrsg.): Machtstrukturen im Staat in Deutschland und Frankreich – Les structures de pouvoir dans l'Etat en France et en Allemagne. Stuttgart 2007, S. 29-50.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY



Ende des 19. Jahrhunderts gab es innerhalb dieses republikanischen Spektrums zwei in sich heterogene Haupttendenzen, die auch die große Mehrheit der Parlamentsabgeordneten (zum Beispiel 1893 über 400 von 570) stellten: die »gemäßigten« und die »radikalen« Republikaner (»Modérés« und »Radicaux«). Erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts, als es im Gefolge der politischen Erschütterungen der Dreyfus-Affäre zu einer »Parteigründungswelle« kam, konkretisierten sich diese Tendenzen zumindest ansatzweise auch in Form moderner parteipolitischer Strukturen.

Auf der republikanischen Rechten standen die sogenannten »Opportunistes«. Diese Etikettierung war in den späten 1870er Jahren zunächst ein Schimpfwort ihrer radikal-republikanischen Gegner gewesen, das dann bis Anfang der 1890 Jahre als Selbstbezeichnung gebraucht wurde. Danach wurde es von dem neuen, in die Zukunft weisenden Begriff der »Progressistes« abgelöst, erst später kam die Bezeichnung »Modérés« (»Gemäßigte«) in Umlauf – die in der Literatur als Oberbegriff oft auch rückblickend bis 1870 verwendet wird. In mancher Hinsicht standen die Opportunistes in der Nachfolge des konservativen Liberalismus, wobei es zu einer Einbindung von Vernunftrepublikanern monarchistischer Provenienz und um 1890 auch von »ralliierten« Katholiken kam. In den 1880er Jahren brach das bislang dominierende Milieu der liberal-konservativen Notabeln allmählich auf, und Angehörige eines neuen unteren Mittelstands drangen auch auf Seiten der Opportunistes in die Politik vor[13]. Bekannte »opportunistische« Politiker waren beispielsweise der späte Léon Gambetta (1838-1882, Ministerpräsident 1881-1882), Jules Grévy (1807-1891, Staatspräsident 1879-1887), Jules Ferry (1832-1893, Ministerpräsident 1880-1881 und 1883-1885), Charles Louis de Saulce de Freycinet (1828-1923, Ministerpräsident 1879-1880, 1882, 1886 und 1890-1892), Alexandre Ribot (1842-1923, Ministerpräsident 1892-1893, 1895, 1915 und 1917) sowie Pierre Waldeck-Rousseau (1846-1904, Ministerpräsident 1899-1902).

Bis Mitte der 1880er Jahre verfügten die Opportunistes oder – wie sie sich gern nannten – »Républicains de gouvernement« in der Abgeordnetenkammer über

13 Generell zum Umbruch der traditionellen französischen Notabelngesellschaft vgl. Heinz-Gerhard Haupt: Sozialgeschichte Frankreichs seit 1789. Frankfurt/M. 1989, S. 203-218.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

breite Mehrheiten und beherrschten damit auch die Regierungen. Bis etwa zur Jahrhundertwende blieben sie die stärkste parlamentarische Kraft, beteiligten zur Sicherung der Mehrheitsbildung aber meist Anhänger der Radicaux an den Kabinetten. Mit der 1901 gegründeten »Alliance Républicaine Démocratique« bildete sich – wenngleich die Organisationsformen nur rudimentär ausgebildet waren – im Spektrum der Modérés erstmals eine politische Partei im modernen Sinne. Zwei Jahre später folgte mit der rechtsliberal-konservativen »Fédération républicaine« eine zweite, deutlich weiter rechts angesiedelte Parteigründung des »gemäßigten« Republikanismus.

In der zweiten Hälfte der 1870er Jahre formierten sich die Radicaux, die in der Abgeordnetenkammer zunächst die Fraktion »extrême gauche« bildeten, als linker Flügel des republikanischen Lagers[14]. Dabei knüpften sie an eine seit der Julimonarchie verbreitete Bezeichnung für entschiedene Republikaner an. Über die Zuordnung der neuen Radicaux zum Liberalismus besteht in der Literatur keine Einigkeit[15]. Zweifellos vertraten sie zunächst – hiervon wird gleich noch zu sprechen sein –, als sie auf Formen der direkten Demokratie zusteuerten, verfassungsrechtliche Positionen, welche die liberale Tradition sprengten. Die Erfahrung des Boulangismus, der für Teile der Radicaux eine Versuchung gebildet hatte, förderte dann aber neben der zunehmenden eigenen Regierungsbeteiligung die Annäherung an die bestehenden Verfassungsverhältnisse. Es spricht daher Vieles dafür, die Radicaux seit etwa 1890 weitgehend dem Liberalismus zuzurechnen. Aus dieser Perspektive lässt sich der Radikalismus als große linksliberale Kraft interpretieren, die insbesondere in der Provinz tief verwurzelt war und dort neben einer mittelständisch-kleinbürgerlichen und agrarischen Basis auch ein eigenes Honoratiorenmilieu ausbildete[16]. Von kurz nach der Jahrhundertwende bis kurz vor dem Ersten Weltkrieg stellten die Radicaux die dominierende innenpolitische Kraft dar, so dass in der Literatur für diese Phase auch von einer »République radicale« gesprochen wird[17]. Der 1901 gegründete »Parti républicain radical et radical-socialiste« bildete fortan eine lose organisatorische Klammer des französischen Radikalismus. Der Zusatz »radical-socialiste« hatte im übrigen pro-

14 Zur Geschichte des Radikalismus im 19. Jahrhundert vgl. Jean-Thomas Nordmann: Histoire des radicaux 1820-1973. Paris 1974, S. 15-126; Daniel Mollenhauer: Auf der Suche nach der »wahren Republik«. Die französischen »radicaux« in der frühen Dritten Republik (1870-1890). Bonn 1997.

15 Während z.B. Sick (wie Anm. 3) und Krumeich (wie Anm. 1) die Radicaux weitgehend ausklammern, rechnet sie Hudemann (wie Anm. 1) ab den 1880er Jahre dazu. Die Ergebnisse Mollenhauers (wie Anm. 14) zum Wandel der verfassungspolitischen Vorstellungen der Radicaux in den späten 1880er Jahren stützen die letztgenannte Position.

16 Zur Entstehung eines »radikalen«, republikanisch-laizistischen Milieus in der Provinz während der frühen Dritten Republik am Beispiel der Corrèze vgl. Manfred Kittel: Provinz zwischen Reich und Republik. Politische Mentalitäten in Deutschland und Frankreich 1918-1933/36. München 2000, S. 100-108.

17 Vgl. v.a. Madeleine Rebérioux: La République radicale? 1898-1914. Paris 1975. Zur affirmativen Verwendung des Begriffs vgl. v.a. das Schlusswort, ebd., S. 233.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

grammatisch keine Grundlage und spiegelte den Versuch, für die nun sozialistisch gewordene äußerste Linke weiterhin attraktiv zu erscheinen. Langfristig rückten große Teile der Radicaux zunehmend in die Mitte, teilweise gelangten sie sogar zu einer ausgesprochen sozialkonservativen Haltung. Prominente Vertreter der Radicaux waren im späten 19. Jahrhundert beispielsweise Léon Bourgeois (1851-1925, Ministerpräsident 1895-1896), Georges Clemenceau (1841-1929, Ministerpräsident 1906-1909 und 1917-1920), Emile Combes (1835-1921, Ministerpräsident 1902-1905) oder Camille Pelletan (1846-1915). Generell ist zu berücksichtigen, dass es Ende des 19. Jahrhunderts zwischen den beiden großen Haupttendenzen des republikanischen Spektrums keine strikten Grenzen gab, sondern in vielfacher Hinsicht fließende Übergänge, was sich in manchen politischen Biographien oder auch im fluktuierenden parlamentarischen Fraktionswesen spiegelte.

3. *Inhaltliche Grundpositionen der liberalen Kräfte*

Eine Skizzierung der inhaltlichen Grundpositionen im republikanisch-liberalen Lager Frankreichs um 1890 fällt vor allem aus zwei Gründen schwer. Zum einen handelte es sich um ein sehr breites politisches Spektrum, und zum zweiten gab es statt wie auch immer gearteter parteipolitischer Programmaussagen eine Vielzahl individueller und stets fluktuierender Meinungen, wobei zudem eine nicht unerhebliche Differenz zwischen politischer Rhetorik und politischem Handeln festzustellen ist. Es sind daher im Rahmen dieses Beitrags lediglich sehr grobe Kennzeichnungen möglich.
Zunächst sei ein Blick auf die Gemeinsamkeiten geworfen, die trotz aller Differenzen zwischen den verschiedenen Tendenzen einen gewissen Fundus charakteristischer Grundvorstellungen bildeten. Ganz elementar war zweifellos der geschichtspolitische Bezug auf die Tradition von 1789, auch wenn diese teilweise unterschiedlich definiert wurde. Eng damit verbunden war die Deutung der repräsentativen parlamentarischen Demokratie als Ausdruck der Volkssouveränität bei gleichzeitiger Ablehnung plebiszitärer Verfassungselemente. Viele konservative Liberale alter Prägung traten erst in der Anfangsphase der Dritten Republik auf den Boden eines derart »demokratisierten« Liberalismus. Umgekehrt gaben die Radicaux, wie bereits erwähnt, erst seit der Erfahrung des Boulangismus in den späten 1880er Jahren ihre Hoffnungen auf Verbindung des parlamentarischen Systems mit direktdemokratischen Verfassungselementen auf. Weiterhin ist im Kontext des revolutionären Erbes das prinzipielle Eintreten für liberale Grundrechte anzuführen. Die auf die Menschenrechtserklärung von 1789 zurückreichende Vorstellung von Frankreich als dem führenden Land der »droits de l'homme« erhielt im republikanisch-liberalen Selbstverständnis geradezu den Rang eines nationalen

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Mythos, wenngleich es in der Realität – etwa im Kampf gegen die tatsächlichen oder vermeintlichen Feinde der Republik – durchaus empfindliche Restriktionen gab.

Gemeinsam war dem republikanisch-liberalen Spektrum auch eine grundsätzliche Hochschätzung des Privateigentums und der Wirtschaftsfreiheit, freilich mit der wichtigen Einschränkung, dass die Mehrheit des französischen Wirtschaftsbürgertums eine protektionistische Grundüberzeugung besaß. Zwischen politischem Liberalismus und Freihandelsliberalismus bestand in Frankreich daher oftmals eine erhebliche Spannung[18]. Verbindend war hingegen der Antikollektivismus, der sich vor allem gegen die aufkommende sozialistische Bewegung richtete.

Die individualistische Grundhaltung des französischen Liberalismus war eng verwandt mit einer generellen Antipathie gegen die disziplinierende Kraft politischer Gruppierungen, insbesondere auch der parlamentarischen Fraktionen und nach der Jahrhundertwende auch der ansatzweise entstandenen Parteien[19]. Politische Entscheidungen fielen meist in einer überaus komplexen deliberativen Verhandlungskultur, in welche die führenden politischen Persönlichkeiten eingebunden waren.

Ein Band, das nahezu den gesamten Liberalismus des späten 19. Jahrhunderts umfasste, bildete der Laizismus und Antiklerikalismus. Diese gemeinsame Grundüberzeugung zielte auf eine Zurückdrängung der Religion in die Privatsphäre und damit auf die politische Schwächung eines katholischen Konservativismus und die nachhaltige Sicherung der Republik. Ein wesentliches Konfliktfeld war die Durchsetzung einer republikanisch-demokratischen Schule für alle Staatsbürger. Bereits seit den späten 1870er Jahren verfolgte die »opportunistische« Regierungspolitik eine offensiv-laizistische Politik. Maßgebliche Schritte im Ausbau des republikanischen Schulwesens fanden in der Verantwortlichkeit von Jules Ferry als Ministerpräsident und Unterrichtsminister in den frühen 1880er Jahren statt. Nach der Jahrhundertwende intensivierte sich dieser Kurs unter Führung der Radicaux, bis hin zur konsequenten Trennung von Staat und Kirche im Jahr 1905. Innerhalb des französischen Laizismus gab es freilich in der hier behandelten Epoche erhebliche Unterschiede im Grad der Ausprägung. Während die Modérés eher zu einer relativen Toleranz gegenüber der katholischen Kirche neigten, war unter den Radi-

18 Vgl. den Ausblick in Pierre Ayçoberry: Freihandelsbewegungen in Deutschland und Frankreich in den 1840er und 1850er Jahren. In: Langewiesche (Hrsg.) (wie Anm. 9), S. 296-304, hier S. 303; Hudemann (wie Anm. 1).

19 Zur Persistenz derartiger Vorstellungen bis in die Zwischenkriegszeit vgl. Stefan Grüner: Zwischen Einheitssehnsucht und Massendemokratie. Zum Parteien- und Demokratieverständnis im deutschen und französischen Liberalismus der Zwischenkriegszeit. In: Horst Möller/Manfred Kittel (Hrsg.): Demokratie in Deutschland und Frankreich 1918-1933/40. Beiträge zu einem historischen Vergleich. München 2002, S. 219-249.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

caux nicht selten ein illiberaler, kulturkämpferisch antiklerikaler Eifer verbreitet.

Markante programmatische Differenzen zwischen den liberal-republikanischen Hauptströmungen bestanden zunächst im Bereich der verfassungspolitischen Vorstellungen. Die Opportunistes waren die eigentlichen Träger des in den »lois constitutionnelles« von 1875 fixierten Verfassungskompromisses mit den monarchistischen Kräften. Die Radicaux hingegen traten zunächst für eine Revision der Verfassungsgesetze von 1875 ein und wandten sich insbesondere gegen das Amt des Präsidenten der Republik und gegen die Existenz des Senats, der nicht nach dem Prinzip des allgemeinen (Männer-) Wahlrechts zusammengesetzt war und in gewisser Hinsicht eine Erbschaft der parlamentarischen Monarchie darstellte. Zu den direktdemokratischen Vorstellungen, denen sich viele Radicaux zeitweise annäherten und die über die Basis liberaler Grundüberzeugungen hinausgingen, gehörte insbesondere die Idee eines imperativen Mandats der Kammerabgeordneten. Seit den späten 1880er Jahren verlor das radikal-republikanische Alternativmodell jedoch an Kraft, und die Radicaux entwickelten sich nach und nach zum vehementen Bewahrer der bestehenden Verfassungskonstruktion – freilich unter Beibehaltung eines schwachen Staatspräsidenten, so wie das Amt durch die Weichenstellung von 1877 geformt worden war. Verfassungskritik kam seit den 1890er Jahren eher von konservativen Modérés, die unter dem Eindruck des wachsenden Gewichts der Radicaux und des eigenen Bedeutungsverlustes Unbehagen an den Folgen einer konsequenten parlamentarischen Demokratie zeigten und unter anderem wieder über eine Stärkung des Staatspräsidenten nachdachten[20].

Für Differenzen innerhalb des republikanisch-liberalen Spektrums sorgte Ende des 19. Jahrhunderts auch die Kolonialpolitik. Unter dem Einfluss maßgeblicher Opportunistes wie Gambetta und vor allem Ferry betrieb Frankreich seit den 1880er Jahren wieder eine aktive Politik kolonialer Expansion, so in Tunesien, Indochina und Madagaskar. Skeptiker und Gegner fanden sich teilweise auch unter den »gemäßigten« Republikanern, in erster Linie aber in den Kreisen der Radicaux. Insbesondere der junge Clemenceau tat sich mit scharfer Kritik an der neuen Kolonialpolitik hervor, die er zum einen als Verletzung einer universalistischen Konzeption der Menschenrechte und zum anderen – wie die Förderung der französischen Kolonialpolitik durch Bismarck beweist, nicht ganz zu Unrecht – als Ablenkung vom nationalen Ziel der Wiedergewinnung Elsass-Lothringens bekämpfte[21]. Erst nach und nach schwenk-

20 Sick (wie Anm. 3) entwickelt aus diesen Problemen der Modérés mit einer konsequenten Demokratisierung die vor allem aus der staatsrechtlichen Diskussion abgeleitete These, dass es langfristig auch in Frankreich eine »Krise des Liberalismus« gegeben habe. Allerdings beschränkt Sick den Begriff Liberalismus dabei weitgehend auf die Modérés.

21 Vgl. Nordmann (wie Anm. 14), S. 87-90.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

ten auch die Radicaux auf eine Unterstützung der französischen Kolonialpolitik ein.
Die soziale Frage, die sich im demographisch stagnierenden und nur langsam von Urbanisierung und Industrialisierung erfassten Frankreich weniger schroff stellte als etwa im Deutschen Reich, sorgte im republikanisch-liberalen Spektrum eher für rhetorische als für tatsächliche Divergenzen – eine der Bismarckschen Sozialgesetzgebung ähnliche Entwicklung fand im Frankreich des späten 19. Jahrhunderts nicht statt. In den Kreisen der Radicaux, die den Sozialisten nicht das Feld überlassen wollten und insbesondere den Genossenschaftsgedanken vertraten, kursierte das Schlagwort von der »République démocratique et sociale«. Bereits in den 1890er Jahren nannte sich eine der beiden radikalen Fraktionen in der Abgeordnetenkammer »radical-socialiste«. Während sich ein Teil der Opportunistes zaghaft dem Trend zu begrenzten Sozialreformen öffneten, stieß dies bei anderen auf wenig Gegenliebe; stattdessen wurde hier eher demonstratives Vertrauen in die »prévoyance individuelle« gepredigt[22]. Einen weiteren Streitpunkt, der in der Schnittstelle von Sozial- und Finanzpolitik lag, bildete die Frage, ob auch in Frankreich eine progressive Einkommenssteuer eingeführt werden solle. Die Radicaux waren weitgehend dafür, die Opportunistes bzw. Modérés dagegen. Nach jahrzehntelangem Konflikt wurde erst 1914, kurz vor dem Ersten Weltkrieg, ein entsprechendes Gesetz verabschiedet.

4. *Ursachen der politischen Stärke des französischen Liberalismus*

Welche Ursachen lassen sich für die – gerade im Vergleich zu Deutschland – erstaunliche innenpolitische Stärke benennen, die der französische Liberalismus im weitgefassten Sinn Ende des 19. Jahrhunderts besaß? Im Folgenden sollen hierauf zumindest einige stichpunktartige Antworten gegeben werden.
Generell sei zunächst auf die anhaltende Bedeutung des französischen Bürgertums verwiesen, das in seinen unterschiedlichen Schichten der wichtigste Träger liberaler Grundvorstellungen blieb. Während das selbstbewusste Großbürgertum, das dem Adel nach und nach den Rang ablief, meist den Modérés zuneigte, besaßen die Radicaux ihre stärksten Positionen im kleinbürgerlichen Milieu, das weite Teile der französischen »Provinz« beherrschte. Das Wachstum der Arbeiterschaft blieb in Frankreich aus den bereits genannten Gründen weit hinter der deutschen Entwicklung zurück, was auch den Aufstieg der sozialistischen Bewegung verlangsamte. Umgekehrt lag der

22 So Ferry 1884 vor der Abgeordnetenkammer. Zitiert nach Mayeur (wie Anm. 7), S. 94.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Anteil der wirtschaftlich Selbständigen in Frankreich Ende des 19. Jahrhunderts deutlich höher als in Deutschland[23].

Weiterhin ist auf die insgesamt nur als Erfolg zu deutende Geschichte des französischen Liberalismus im 19. Jahrhundert zu verweisen, die in der Dritten Republik zu einer weitgehenden Durchsetzung liberaler Prinzipien geführt hat. Auf dieser Basis war den französischen Liberalen stets ein äußerst selbstbewusstes Agieren möglich. Im Laizismus und Antiklerikalismus fanden die liberalen Strömungen zudem ein Feld, das im aktuellen politischen Tageskampf immer wieder Gelegenheit zur Mobilisierung der eigenen Kräfte gab[24].

Um 1890 war in der politischen Kultur Frankreichs eine weitgehende Koinzidenz von Nation, Republik und liberalem Spektrum hergestellt. Der Mythos der nationalen Revolution und der neu geschaffene Mythos der Republik gingen inzwischen ineinander über[25]. Die Dritte Republik erwies sich als eine erfolgreiche Staatsform, die der französischen Nation auch international wieder eine verbesserte Stellung verschaffte, wie sich beispielsweise in der außenpolitischen Annäherung an Russland und im Glanz der großen Pariser Weltausstellungen von 1878 und von 1889 zur Hundertjahrfeier der Revolution zeigte. Hingegen blieb eine autoritär-monarchische Politik in Frankreich für viele mit dem Signum der nationalen »Défaite« von 1870/71 behaftet. Die »nationale Idee [wurde] in der französischen politischen Kultur eindeutig durch Liberale und Republikaner besetzt«[26].

Zur Erfolgsgeschichte des französischen Liberalismus gehörte insbesondere auch die trotz äußerlicher Instabilität der Kabinette und trotz mancher schwerer Krisen bewiesene Funktionsfähigkeit des 1870-75 durchgesetzten parlamentarischen Regierungssystems. Der zunächst ohne organisierte Parteien auskommende Parlamentarismus französischer Prägung, der in gewisser Hinsicht auf einem institutionalisierten Individualismus beruhte, förderte zudem einen außergewöhnlichen Pragmatismus der politischen Elite. Nicht zufällig trug die große Strömung des »gemäßigten« Republikanismus den Namen »Opportunistes«; und auch viele Radicaux nahmen im Laufe der Zeit immer mehr eine »opportunistische« Grundhaltung an. Dies verlieh dem liberalen Spektrum der Dritten Republik, aber auch dem parlamentarischen System insgesamt ein hohes Maß an politischer Flexibilität – was mittelfristig der Selbstbehauptung sowohl der französischen Liberalen als auch des gesamten politi-

23 Zu den Konsequenzen eines abweichenden Verlaufs der Industrialisierung vgl. v.a. Kaelble (wie Anm. 3), S. 31.

24 Kaelble (wie Anm. 3), S. 68, spricht treffend von einem »griffigen Feind für antiklerikale liberale Mobilisierung«.

25 Zum Mythos der Republik in der frühen Dritten Republik vgl. v.a. Maurice Agulhon: Marianne au pouvoir. L'imagerie et la symbolique républicaines de 1880 à 1914. Paris 1989.

26 Kaelble (wie Anm. 3), S. 67.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

schen Systems zugute kam. Erst in der Zwischenkriegszeit stießen diese Vorzüge allmählich an ihre Grenzen.

5. *Politischer Individualismus als langfristige Schwäche*

Wie bereits mehrfach erwähnt, war der ausgeprägte politische Individualismus ein markantes Kennzeichen des französischen Liberalismus im späten 19. Jahrhundert. Gerade die innenpolitische Stärke des liberalen Spektrums bildete eine wichtige Voraussetzung dafür, dass dieses Element der politischen Kultur auch langfristig erhalten blieb. Angesichts der liberalen Dominanz im politischen Leben Frankreichs gab es bis zum Ersten Weltkrieg wenig Veranlassung zu einer nachhaltigen organisatorischen und programmatischen Verfestigung der politischen Kräfte. Auch nach der ersten Parteigründungswelle Anfang des 20. Jahrhunderts änderte sich daran zunächst wenig. Zwar existierte seit 1905 mit der SFIO (»Section Française de l'Internationale Ouvrière«) auch eine vereinigte und relativ gut organisierte sozialistische Partei. Von der Stärke und strukturellen Modernität der deutschen Sozialdemokratie, die für die übrigen deutschen Parteien vielfach als Herausforderung wirkte, blieben die französischen Sozialisten vor 1914 jedoch weit entfernt.

Vor dem Ersten Weltkrieg scheinen die Vorzüge des politischen Individualismus noch deutlich überwogen zu haben. Trotz der schwachen Kohäsionskraft der parlamentarischen Fraktionen und später auch der Parteien funktionierte der französische Parlamentarismus dank seiner Flexibilität gerade in Krisensituationen relativ gut. So folgte auf den manchmal überraschenden Sturz einer Regierung meist eine ebenso rasche Kabinettsneubildung, wobei oftmals ein großer Teil der Minister übernommen wurde. Das alte liberale Ideal einer rationalen parlamentarischen Deliberation zwischen unabhängigen Individuen blieb zwar auch in Frankreich unerreicht, die komplexen Diskussionsprozesse in den französischen Kammern führten aber zumeist doch zu hinreichenden politischen Ergebnissen. Dies gilt mit Einschränkungen sogar noch für das erste Jahrzehnt der Zwischenkriegszeit[27].

Auf die Dauer freilich gerieten die grundlegenden Verfahrensweisen des französischen Parlamentarismus, die weiterhin stark von den großen liberalen Tendenzen des späten 19. Jahrhunderts und von dem hier gepflegten Politikstil beeinflusst waren, in eine latente Krise. Dies lag zum einen an den wach-

27 Zur unmittelbaren Nachkriegszeit vgl. Nicolas Roussellier, Le parlement de l'éloquence. La souveraineté de la délibération au lendemain de la Grande Guerre. Paris 1997; zur relativ gut überstandenen Krise Mitte der 1920er Jahre vgl. Thomas Raithel, Das schwierige Spiel des Parlamentarismus. Deutscher Reichstag und französische Chambre des Députés in den Inflationskrisen der 1920er Jahre. München 2005, S. 349-523.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

senden und drängender werdenden politischen Herausforderungen, etwa im Gefolge der Weltwirtschaftskrise, die den schwerfälligen Gang der traditionellen französischen Politik zunehmend obsolet machte und als antiquiert erscheinen ließ. Zum anderen wurden die politischen Spielräume der traditionellen Kräfte der Modérés und der Radicaux immer enger. Auf der Linken erstarkten die relativ gut organisierten Parteien der Sozialisten und Kommunisten, während gleichzeitig die einst liberal-konservative »Fédération Républicaine« nach rechts abdriftete und eine außerparlamentarische Opposition rechtslastiger Ligen an Bedeutung gewann. Die phasenweisen Anläufe zu einer stärker parteigebundenen Regierungsbildung, an denen sich die Radicaux zusammen mit den Sozialisten (»Cartel des Gauches« von 1924) und später auch den Kommunisten (Volksfront von 1936) beteiligten, scheiterten jeweils nach kurzer Zeit.

Auch in der krisenhaften Vierten Republik, deren Verfassungssystem in vielerlei Hinsicht der Dritten Republik ähnelte, gelang kein Übergang zu einer wirklichen Parteiendemokratie. Unter dem Eindruck des Algerien-Konflikts betrieb schließlich General de Gaulle 1958 den Systemwechsel von einem konsequenten parlamentarischen System, das stark von der individualistischen Tradition des französischen Liberalismus geprägt war, hin zu einem semipräsidentiellen System, das der autoritär-bonapartistischen Tradition wieder mehr Gewicht gab. Angesichts der inzwischen manifest gewordenen Schwäche der parlamentarischen Demokratie in Frankreich war dieser Schritt durchaus konsequent.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Patrick Ostermann

Die Leitidee des Risorgimento vor dem Hintergrund des ›italienischen Kulturkampfes‹ am Ende des Ottocento

Deutschland und Italien sind getrennt durch eine gemeinsame Geschichte: Dieser Wahrnehmung liegt die Vorstellung zu Grunde, dass ihre Entwicklung – trotz offenkundiger oberflächlicher Parallelen – in wesentlichen Punkten unterschiedlich verlaufen ist. Dies gilt gerade für das 19. Jahrhundert, in dem beide Länder als verspätete Nationen, wie es Helmuth Plessner formulierte,[1] erst eine moderne Staatlichkeit erlangten und auch ungeachtet der Tatsache, dass diesseits und jenseits der Alpen das liberale Bürgertum als Träger der nationalen Idee zu verorten ist. In diesem Zusammenhang ist auf eine Besonderheit des italienischen Liberalismus hinzuweisen, der ihn von den liberalen Bewegungen in den deutschsprachigen Ländern abhebt und ihn zugleich als Phänomen schwerer fassbar macht: Die liberale Elite hatte sich hier zuerst des piemontesischen, dann des italienischen Verfassungsstaates bemächtigt. D. h., die staatlichen Institutionen, die politischen und kulturellen Diskurse wurden von liberalen Leitideen dominiert. Entsprechend erhob der Hegelianer Benedetto Croce, der führende italienische Intellektuelle in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, die politische Geschichte Italiens von 1871 bis 1915 zur liberalen Epoche eines steten Fortschreitens der Idee der Freiheit.[2] Die italienische Geschichtsschreibung hat die Bezeichnung ›Italia liberale‹ für diesen Zeitraum von Croce übernommen. Im Besitz des staatlichen Machtmonopols verzichteten die Liberalen jedoch auf eine Parteibildung. Lediglich das mit den Liberalen bis in die 1880er Jahre durch das gemeinsame Projekt der Auf-

1 Helmuth Plessner: Die verspätete Nation. Über die Verführbarkeit bürgerlichen Geistes, Stuttgart 1959.

2 Im Gegensatz zur fehlenden politischen Modernisierung lobt Croce ausdrücklich den wirtschaftlichen ›take-off‹ Italiens während der liberalen Epoche: »Kein Land in Europa machte in dieser Periode so schnelle Fortschritte wie Italien. Der Export Italiens stieg zwischen 1890 und 1907 um 118%; er übertraf die Steigerungsrate von 55% in Großbritannien und von 92% in Deutschland im gleichen Zeitraum. [. . .] Im Jahr 1900 wurden in Italien sechs Automobile hergestellt, im Jahr 1907 schon 1.288. [. . .] Die Stahlproduktion vervierfachte sich. [. . .] Der Unternehmergeist in Italien war lebendig; neben Industriebetrieben entstanden Kreditgenossenschaften, Volksbanken, landwirtschaftliche Kassen und weitere Hilfseinrichtungen. [. . .] Auch die Arbeiter profitierten davon und fühlten sich an die Interessen der Industrie gebunden.« [Übers. d. Verf.] Benedetto Croce: Storia d'Italia dal 1871 al 1915, Bari 1928, S. 227ff.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

klärung verbundene, ebenfalls bürgerliche demokratische Lager, welches die Anhänger Garibaldis und Mazzinis umfasste, bildete mit der Republikanischen Partei 1895 eine mehr oder weniger straffe, vorwiegend auf die Städte beschränkte Organisation aus. Die Republikaner schlossen sich mit radikalen Gruppen und der 1892 gegründeten Sozialistischen Partei unter der Bezeichnung ›extreme Linke‹ am Ende des Ottocento zu einem neuen zu den Liberalen oppositionellen Lager zusammen.[3] Den Radikalen wiederum, obgleich sie u. a. durch ihre Fraktion in der Kammer, die über 30 Jahre Bestand hatte, ein hohes Maß an personeller und institutioneller Kontinuität aufwiesen, gelang keine Parteibildung. Dies misslang ihnen trotz einer ausgeprägten programmatischen Kohärenz, darunter etwa ihre freihändlerischen und rechtstaatlichen Forderungen. Ihre Postulate ähnelten in vielerlei Hinsicht den Inhalten des deutschen Freisinns, wie sie Eugen Richter vertrat, ja gingen in sozialpolitischer Hinsicht so gar deutlich über letztere hinaus. Schließlich verfügten die genannten bürgerlichen Reformkräfte über eine Reihe herausragender Persönlichkeiten wie z. B. Ernesto Nathan, von 1907 bis 1913 römischer Bürgermeister, und Francesco Saverio Nitti, 1911 erstmals im Kabinett und Ministerpräsident von 1919 bis 1920 (der Italien auf der Friedenskonferenz in Versailles vertrat). Der politisch bedeutsamste von ihnen ist jedoch zweifellos der Ökonom und Turiner Universitätsprofessor Luigi Einaudi, für die Liberalen von 1945 bis 1948 Präsident der italienischen Zentralbank und 1948 bis 1955 zweiter Präsident der Republik (sowie Namensgeber des italienischen Pendants der Friedrich-Naumann-Stiftung).[4]

Zusammenfassend lässt sich hier sagen, dass also das bürgerliche Lager schon vor 1900 in Liberale einerseits und in Republikaner und Radikale andererseits dauerhaft gespalten war.[5] Demgegenüber ist die Geschichte des Liberalismus in den deutschsprachigen Ländern immer auch Parteigeschichte und somit scheinbar transparenter.

3 Die Republikaner, die Strömung des laizistischen und progressiven Bürgertums, traten während der italienischen Einigung 1860/61 für die Gründung eines italienischen Nationalstaats von unten durch ein allgemeines Wahlrecht und durch eine verfassungsgebende Versammlung ein. Da sich jedoch die ›Moderati‹ genannten, gemäßigten Liberalen um Cavour mit ihrem Gegenmodell einer Staatsgründung von oben unter der Krone Savoyens (mittels Plebisziten, Annexionen und einem sehr beschränkten Wahlrecht) durchsetzten, beteiligten sie sich bis in die 1880er Jahre nicht an den Parlamentswahlen, blieben aber besonders in Mittelitalien regional organisiert und verankert. Nach der Gründung einer nationalen Parteiorganisation waren die Republikaner mit ihren Bündnispartnern dann vor allem in den großen Städten wie Florenz, Mailand und Rom erfolgreich. Vgl. u. a. Massimo Scioscioli: I repubblicani a Roma fra ’800 e ’900, in: Anna Maria Isastica (Hrsg.): Il progetto liberal-democratico di Ettore Ferrari, Mailand 1997, S. 15-28.

4 Nach angelsächsischem Vorbild erweiterte Einaudi das Konzept des Liberalismus als bis dahin nur moralisches Projekt um die Dimension der wirtschaftlichen Freiheit. Vgl. Riccardo Faucci: Luigi Einaudi, Turin 1986.

5 Giovanni Orsina verwendet zwar in seiner Monographie ›Anticlericalismo e democrazia. Storia del Partito radicale in Italia e Roma‹ 1901-1914, Rom 2002 den Begriff der Partei (Partito) im Untertitel. Dadurch will er die organisatorische Festigkeit der Radikalen in der

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Notwendig verkürzt sollen im Folgenden am Beispiel des Kulturkampfes in Italien bis 1890 die Spezifika des italienischen Liberalismus in drei Schritten herausgearbeitet werden:

1. mittels einer Skizzierung der Forschungsperspektiven auf das Phänomen der sog. Kulturkämpfe, aus gegebenem Anlass u. a. durch eine kurze Erörterung der Hypothesen von Manuel Borutta, dem Träger des Wolf-Erich-Kellner-Gedächtnis-Preises des Jahres 2005 für seine Publikation »Liberaler Antikatholizismus. Deutschland und Italien im Zeitalter der europäischen Kulturkämpfe«, die aufgrund ihrer Zuspitzungen Anlass zur Diskussion bieten.[6]
2. anhand einer ausschnitthaften Darstellung der Situation des politischen Liberalismus und des Verlaufs des ›Kulturkampfes‹ in Italien und den damit im Vergleich zu Deutschland verbundenen Besonderheiten sowie
3. durch den Versuch einer Synthesenbildung der Schritte 2 und 3 auf Basis der Institutionenlehre, um zu einer vorläufigen Einordnung der Leitidee des Risorgimento im liberalen Italien und zur Bewertung des italienischen Antikatholizismus und damit auch der Besonderheit des italienischen Liberalismus insgesamt zu kommen.

   Die Institutionenanalyse erscheint für die Untersuchung des italienischen Kulturkampfes besonders geeignet, da sie als dynamische und historisch-orientierte Theorie mittlerer Reichweite – wie unten noch ausführlicher begründet werden soll – im Gegensatz zu der von Borutta verwendeten statischeren Diskursanalyse eine handlungstheoretische Dimension aufweist. Denn sie bezieht sich immer auf historische Tatsachen, zwar durchaus inklusive ihrer diskursiven Formen, sie stellt aber anders als die Diskursanalyse sprachliche Äußerungen niemals in den Mittelpunkt der Betrachtung[7] So werden durch den Institutionenansatz Verbindungsstruktu-

italienischen Hauptstadt unterstreichen, verwendet den Begriff aber zugleich lediglich als Synonym für ›politische Strömung‹. Einaudi, der sich von seinen sozialistischen Anfängen immer mehr zum Liberalen wandelte, beschrieb die Radikalen, zu denen er bis zur faschistischen Gleichschaltung zählte, als eine Gruppe, der nie eine formelle Parteibildung gelang. Insofern stellten die Radikalen auch hinsichtlich ihrer Abneigung, feste Strukturen aufzubauen, typische Exponenten des liberalen Spektrums dar. Luigi Einaudi: Per la storia di un gruppo che non riuscì ad essere partito, in: La Riforma Sociale (Mai/Juni 1931), S. 310. Vgl. u. a. Francesco Leoni: Storia dei partiti politici italiani, Neapel 1975 sowie Luca Tedesco: L'alternativa liberalista in Italia, Soneria Manelli 2002, S. 17ff.

6 Weil die Druckfassung der Dissertation von Borutta zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieses Beitrages [Januar 2007] noch nicht vorlag, muss sich, auf eine kleinere, bereits erschienene Publikation gestützt werden, vgl. unten Anm. 18.

7 Im Gegensatz zur Institutionenlehre ist die vergleichsweise enge Perspektive der Diskursanalyse immer primär auf die Untersuchung von Texten fokussiert. Bestimmt werden die Beziehungen von Texten untereinander, die sich zu Diskursen verflechten, und die sich daraus ergebenden eigenständigen Machtwirkungen. Die so ermittelten Diskursgemeinschaften bleiben aber meist vage. Beide Ansätze ähneln sich immerhin dahingehend, dass sie narrative Ereignisgeschichte und abstrahierende erkenntnisgenerierende Konzepte miteinander zu verbinden suchen. Vgl. u. a.: Reiner Keller/Andreas Hirseland/Werner Schneider et al.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

ren zwischen Normen und Werten, habituellen Formen, ritualisierten Praktiken sowie Akteuren und ihren Organisationen bzw. Institutionen sichtbar gemacht und konkret zugeordnet. »Der hier vorgeschlagene theoretisch-methodische Ansatz hebt *einen* [Kursivierung im Orig.] Aspekt der Herstellung, Stabilisierung und Wandlung von sozialen Ordnungszusammenhängen hervor: »Institutionen« werden als »symbolische Ordnungen« betrachtet, genauer gesagt: das Spezifische der institutionellen Stabilisierungsleistungen wird in der symbolischen Darstellung von Ordnungsprinzipien (z. B. »Leitideen«) gesehen«.[8]

Die Analyse der Idee des Risorgimento (als Leitidee und damit als institutionelle Selbstkonzeptualisierung dessen, was der italienische Nationalstaat sein soll) zeichnet im Folgenden den Prozess nach, wie sich die durchaus fiktionalen Deutungskonzepte des katholischen und des antiklerikalen Lagers vor dem Hintergrund der 1848er Revolution einander bekämpften. Sie transformierten dabei die Risorgimento-Idee, die so auch immer wieder die neuen Machtkonstellationen abbildete.[9]

1. Der Antikatholizismus in Italien wurde bislang nicht sehr gründlich erforscht, wenn auch eine Reihe von Monographien wie von Ciampani[10], Menozzi[11], Moro[12], Rossi[13] oder Verucci[14] – um einige Autoren zu nennen – auf ihn Bezug nehmen. Nicht wenige Forschungsergebnisse der erwähnten

(Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Bd. 1, Theorien und Methoden, Opladen 2001 sowie Michel Foucault: Die Ordnung des Diskurses, München 1974. In der Folge entwickelte Foucault sein Forschungsprogramm in empirischen Studien u. a. zur Sexualität – ein Bereich, der auch von Borutta thematisiert wird – weiter.

8 Als »Symbole« werden dabei nicht nur Zeichen verstanden, sondern darüber hinaus »die symbolische Dimension sozialer Beziehungen, alle sichtbaren und verkörpernden Verweisungen über die Situation hinaus.« Vgl.: Karl-Siegbert Rehberg: Die stabilisierende »Fiktionalität« von Präsenz und Dauer. Institutionelle Analyse und historische Forschung, in: Reinhard Blänkner/Bernhard Jussen (Hrsg.): Institutionen und Ereignis. Über historische Praktiken und Vorstellungen gesellschaftlichen Ordnens, Göttingen 1998, S. 381-407, hier S. 387.

9 »Die instiutionelle Analyse soll genau aufschließen, in welcher Weise es sich dabei jeweils um die selektive Durchsetzung aus einer Vielzahl führender Ideen und Deutungskonzepten handelt, die miteinander konkurrieren und umkämpft sind. Jede durchgesetzte Leitidee zieht ihren Erfolg aus ihrer (temporären) Herausgehobenheit aus einem Komplex oftmals unvereinbarer Orientierungsmöglichkeiten. Da sie ein Kampfprodukt ist und eine Synthese von Widersprüchlichem, werden in ihr oftmals viele der konkurrierenden Sinnsetzungen und Ordnungsentwürfe verleugnet. Aber gerade deshalb ist ihre Geltung nie unbestritten und von unterschiedlichen Situationen, Interessen und Trägerschichten abhängig«, ebd. S. 388. Ereignisse fungieren geradezu als »Institutionentransformationen«, ebd. S. 384.

10 Andrea Ciampani: Cattolici e liberali durante la trasformazione dei partiti. La ›questione di Roma‹ tra politica nazionale e progetti vaticani (1876-1883), Rom 2000.

11 Daniele Menozzi: La chiesa cattolica e la secolarizzazione, Turin 1993.

12 Renato Moro: Religione e politica nell'età della secolarizzazione: riflessioni su di un recente volume di Emilio Gentile, in: Storia contemporanea, Nr. 2 (1995), S. 255-325.

13 Mario G. Rossi: Il movimento cattolica tra Chiesa e Stato, in: Giovanni Sabbatucci/Vittorio Vidotto (Hrsg.): Storia d'Italia, Bd. 3, Liberalismo e democrazia, 1887-1994, Rom/Bari 1995, S. 199-245.

14 Guido Verucci: L'Italia laica prima e dopo l'unità (1848-1876). Anticlericalismo, libero pensiero e ateismo nella società italiana, Rom/Bari 1996.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Autoren fanden Eingang in den Sammelband ›Der Kulturkampf in Italien und in Deutschland‹, der 1992 vom Istituto storico italo-germanico in Trento ediert wurde.[15] Aus der Sicht des deutschen Herausgebers, Rudolf Lill, stellen die Kulturkämpfe Modernisierungskrisen dar, die konstitutiv waren für die Herausbildung des heutigen Europas. Diese Konflikte hätten, so Lill, sowohl einen geschichtlich-kulturellen als auch einen auf Spannungen zwischen den Klassen basierenden Charakter gehabt.[16] Ebenso begreift Guido Verucci, um einen italienischen Experten anzuführen, in seinem Beitrag den Antikatholizismus als ein zumindest seit der französischen Revolution teilweise massenwirksames Phänomen, das aus einer aufklärerischen Perspektive vor allem in den katholischen Ländern Europas, in Lateinamerika, in England und Deutschland aufgetreten sei.[17] Beide Konzeptionen (von Lill wie von Verucci) folgen der einzigen Metatheorie, die den Sozialwissenschaften noch verblieben ist, der Modernisierungstheorie. Diesem Modell folgt desgleichen Manuel Boruttas Ansatz, der ihn in eine »transnationale Dimension [. . .] im europäischen Kontext des Verhältnisses der Moderne zur Religion« einordnet.[18] Eine solche Forschungsperspektive korrespondiert mit dem seit den 1990er Jahren immer häufiger angewandten Paradigma der Zivilgesellschaft.[19]

15 Darin wurde nicht nur der Kulturkampf in Italien und Deutschland beleuchtet, sondern es wurden auch parallele Entwicklungen in der Schweiz und der Habsburgermonarchie aufgezeigt. Diese Auswahl entsprang seitens der Herausgeber Rudolf Lill und Francesco Traniello einer doppelten Motivation: zum einen folgte sie dem Ziel des Trienter Instituts, den gesamten deutschsprachigen Raum zu fokussieren, zum anderen einem heuristischen Modell, wonach die Kulturkämpfe in Deutschland und Italien als Teil eines gesamt- oder zumindest west- bzw. mitteleuropäischen zivilgesellschaftlichen Säkularisierungsprozesses gedeutet wurden. Robert Lill/Francesco Traniello (Hrsg.): Il ›Kulturkämpfe‹ in Italia e nei paesi di lingua tedesca, Bologna 1992.

16 Robert Lill: Introduzione, in: ebd., S. 7-15, hier S. 9.

17 Guido Verucci: Anticlericalismo e laicismo negli anni del ›Kulturkampf‹, in: ebd., S. 31-68, hier S. 53ff.

18 Manuel Borutta: Das Andere der Moderne. Geschlecht, Sexualität und Krankheit in antikatholischen Diskursen Deutschlands und Italiens (1850-1900), in: Werner Rammert/Gunther Knauthe/Klaus Buchenau/Florian Altenhöner (Hrsg.): Kollektive Identitäten und kulturelle Innovationen. Ethnologische, soziologische und historische Studien, Leipzig 2001, S. 59-75, hier S. 59.

19 Zivilgesellschaft umschreibt nicht nur einen weitgehend selbst regulierten sozialen Raum bürgerschaftlichen Engagements, sondern auch ein Emanzipationsprojekt der Aufklärung zur Begrenzung von weltlicher und geistlicher Herrschaft. Daraus ergibt sich ein Ensemble von Fragestellungen hinsichtlich der Funktion von Kulturmilieus für gesellschaftliche und politische Gruppen der Moderne wie der Antimoderne und damit nach den kulturellen Bedingungen des zivilgesellschaftlichen Projektes. Eine vergleichende Untersuchung der europäischen Gesellschaften beinhaltet nach Heinz Gerhard Haupt und Jürgen Kocka daher »die Frage, ob, wann und in welcher Form sich in verschiedenen europäischen Gesellschaften Strukturen staatsbürgerlicher Gleichheit, wirtschaftlicher Innovation, kultureller Autonomie und rationaler Lebensführung durchgesetzt haben. Die unterschiedlichen Erscheinungsformen jenes Projektes zu benennen, das am Ursprung bürgerlicher Emanzipationsbewegungen stand, ohne es nationalgeschichtlich zu verengen bzw. auf eine Leitnation zu konzentrieren, ist eine Aufgabe, die bisher keineswegs erfüllt ist.« Heinz-Gerhard Haupt/Jürgen Kocka: Historischer Vergleich: Methoden, Aufgaben, Probleme. Eine Einleitung, in: dies. (Hrsg.), Geschichte und Vergleich. Ansätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsschreibung, Frankfurt a. M. u. a. 2001, S. 9-45, hier S. 37.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Zum weiteren Instrumentarium Boruttas gehört ein antagonistischer Identitätsbegriff, den er im Poststrukturalismus formuliert sieht, der allerdings schon bei Max Weber zu finden ist.[20] Demnach gründet Identität auf der Formulierung kultureller Abgrenzung eines Eigenen, dem ein fremdes Anderes gegenübergestellt wird, wobei dieses Andere die Konstruktion eines Selbstbildes erst ermöglicht.[21] So sind Eigen- und Fremdbild wechselseitig aufeinander bezogen und bedingen sich gegenseitig. Im vorliegenden Fall wird der Gegensatz zwischen einem liberalen antikatholischen modernen Diskurs und einer katholischen Antimoderne konstruiert. Borutta verfeinert seine Methoden, indem er Werke des fiktionalen, non-fiktionalen und publizistischen Antikatholizismus aus der Perspektive der gender-studies im Hinblick auf gängige Kategorien wie Sexualität und Krankheit untersucht.[22] Hierzu ein Zitat: »Im Kulturkampf kam es zu einer diskursiven Essentialisierung dieses imaginären Anderen. [. . .] Im antikatholischen Diskurs der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vollzog sich erstens eine Feminisierung des Katholizismus, zweitens eine Sexualisierung des Klerus sowie drittens eine Pathologisierung der Gläubigen. Diese Identifizierung des Katholizismus mit einer anderen Natur [. . .] trug zur Essentialisierung und Emotionalisierung des Kulturkampfes bei, setzte ihm aber auch viertens (geschlechts)spezifische Grenzen.«[23] Borutta bewertet dabei die Rolle der sog. Kulturkampfliberalen, die s. E. massenwirksam geworden seien, überaus kritisch. Sie seien weder tolerant noch vernünftig gewesen. Pointiert schreibt er: »Wie ich zeigen werde, weist das liberale Bild des Katholizismus im 19. Jahrhundert erstaunliche Ähnlichkeit zum westlichen Bild des Islam in der Gegenwart auf.«[24]
Die Situation des italienischen Liberalismus vor der Jahrhundertwende soll nun kurz skizziert werden, um die Reichweite der vorgestellten Deutungskonzepte zu überprüfen.

2. Zu den von Cavour ungelösten Hinterlassenschaften für den 1861 aus Sardinien-Piemont hervorgegangenen italienischen Nationalstaat gehörte in erster Linie das Verhältnis zur katholischen Kirche: zur italienischen Natio-

20 In seinem Kapitel ›Ethnische Gemeinschaftsbeziehungen‹ verweist Weber auf die künstliche Art der Entstehung ethnischen Gemeinsamkeitsglaubens, die dem Schema der Umdeutung von rationalen Vergesellschaftungen in persönliche Gemeinschaftsbeziehungen entspräche. Max Weber: Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1980, S. 234-244.
21 Borutta (wie Anm. 18), S. 59. Vgl. zur Identitätskonstruktion Patrick Ostermann: Vom Freund- zum Feindbild in Zeiten des Krieges. Über den Wandel in Victor Klemperers Italienperzeption, in: Leviathan, 31 (2003), S. 219-241.
22 Der Aspekt des Pathologischen spielt in zahlreichen gender-studies-Analysen eine tragende Rolle, vgl. u. a. Vanessa van Ornam: Fanny Lewald and nineteenth-century constructions of femininity, New York u. a. 2002.
23 Borutta (wie Anm. 18), S. 60.
24 Zitiert nach: Jürgen Frölich: Laudatio auf Frank Möller und Manuel Borutta, Träger des Wolf-Erich-Kellner-Gedächtnis-Preises 2005 [unveröffentlichtes Manuskript, Gummersbach 2005], S. 6.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

nal-, besonders aber zur Universalkirche.[25] Dieses Problem belastete das junge Italien, obwohl die ganzen 1850er Jahre innenpolitisch im Zeichen einer Neubestimmung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche gestanden hatten. Nach der Revolution von 1848 ordnete Piemont das Kirchenrecht im konstitutionellen Sinne wie folgt: Das nach dem Reformminister für Justiz als leggi Siccardi benannte Gesetzespaket vom Februar 1850 war dreigeteilt und beinhaltete erstens die Abschaffung der kirchlichen Gerichtsbarkeit sowie des Asylrechts, zweitens die Reduzierung der kirchlichen Feiertage und drittens die Begründung der staatlichen Aufsicht über den Grunderwerb und die Annahme von Schenkungen seitens kirchlicher Einrichtungen.[26] Das führte zu Spannungen zwischen Staat und Kirche: Die beiden Erzbischöfe von Turin und Cagliari, die zum Widerstand gegen die Reform aufriefen, wurden mit einer Geldbuße und einer einmonatigen Haftstrafe belegt. Als im August 1850 der Handelsminister starb, verweigerte ihm der Erzbischof von Turin unter dem Vorwurf, ein ›Siccardien‹ zu sein, die Sterbesakramente. Mit dem Gesetz zur Aufhebung von 334 religiösen Gemeinschaften, die weder der Predigt und Seelsorge noch dem Unterricht oder der Krankenpflege dienten, kam es schließlich im Mai 1855 zu einem weiteren schweren Zusammenstoß, der sog. crisi Calabiana.[27] Obwohl sich hier ein Kulturkampf abzuzeichnen schien, zielten die Reformen realiter lediglich auf die Ablösung des Ancien Régime durch einen Rechtsstaat und auf die Trennung von Staat und Kirche ab. Sie hatten keinen per se antikatholischen Impetus, auch wenn dies von Teilen der Kirche nach der Revolutionserfahrung von 1848 so interpretiert wurde. Dies zeigt sich darüber hinaus darin, dass der Katholizismus in der piemontesischem Verfassung von 1848, dem Statuto, als Staatsreligion anerkannt worden war.[28]

Die questione Romana, das heißt die ungelöste Frage nach der künftigen weltlichen Souveränität des Heiligen Stuhls, die sich seit der Einigung 1861 und der vorerst symbolischen Ausrufung von Rom als Kapitale wesentlich verschärft hatte, war jedoch das eigentliche Kernproblem und behinderte die Integration der Katholiken in den Nationalstaat erheblich. Schon im Syllabus Errorum im Jahre 1864 hatte der Papst nicht nur den Liberalismus, sondern die ganze Moderne als Irrweg verurteilt. Das Unfehlbarkeitsdogma von 1870 – als konkrete Reaktion auf die schließlich erfolgte endgültige Eroberung des Kirchenstaates durch italienische Truppen – und nicht zuletzt die Anweisung Non Expedit von 1874, die den italienischen Katholiken die Teilnahme am

25 Hierzu und im Folgenden: Luciano Cafagna: Cavour, Bologna 1999, S. 172ff.
26 Der dritte Teil der leggi Siccardi sollte der verbreiteten Praxis Einhalt gebieten, so Cafagna, dass nicht wenige Testamente noch während der letzten Ölung zugunsten der Kirche abgeändert wurden, ebd.
27 Das Gesetz zog Cavours Exkommunikation nach sich, ebd. S. 92ff.
28 Peter Stadler: Cavour. Italiens liberaler Reichsgründer, München 2001, S. 78ff.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Staatsleben untersagte, intensivierten den Konflikt. Dies war gerade deshalb umso mehr der Fall, weil sich der Katholizismus nicht – wie in Deutschland mit der Gründung des Zentrums – politisch organisierte. Vielmehr positionierte er sich durch die Abstinenz bei Wahlen sichtbar außerhalb des Systems.[29]

Der italienische Staat, geführt von der sog. Historischen Rechten, akzentuierte 1865 seinerseits die Auseinandersetzung mit der Einführung der Zivilehe sowie durch ein Gesetz gegen religiöse Orden und ihren Besitz. Im Ganzen ging die Regierung Minghetti in den 1870er Jahren jedoch weniger vehement gegen die Kirche vor, wie dies etwa unter Bismarck – und bereits in den 1860er Jahren in Baden – geschah. Sie unterließ insbesondere die strafrechtliche Verfolgung von Bischöfen und Pfarrern. Nur die Polemik in der italienischen Kammer stand derjenigen im Reichstag in nichts nach. Der italienische Kulturkampf blieb in dieser Schärfe auf den Plenarsaal beschränkt.[30] Das gleiche moderate Vorgehen der italienischen Behörden ist für das Schulwesen beobachtbar, für das sich der Staat seit den legge Casati aus dem Jahre 1859 ebenfalls das Aufsichtsrecht gesichert hatte. Der Religionsunterricht war dennoch weiter obligatorisch und wurde erst 1870 fakultativ.[31] Das Motiv staatlichen Handelns war hierbei wiederum ein Modernisierungsstreben, da die von Geistlichen und Mönchen geführten Schulen modernen pädagogischen Konzepten kaum genügten und überdies durchweg die Unterrichtung von Mädchen vernachlässigten. Bezüglich des Universitätswesens ist die Abschaffung der theologischen Fakultäten im Jahre 1873 zu nennen. Insgesamt gelang es den Liberalen nicht, eine kohärente, dem Positivismus, als dem herrschenden Wissenschaftsparadigma, verpflichtete Bildungspolitik durchzusetzen. So blieb der Prozess der Laizisierung nicht zuletzt aus Rücksichtnahme auf die dem Staat entfremdete Kirche unvollständig.

Die ›Historische Linke‹, die ab 1876 den Ministerpräsidenten stellte, weitete die staatliche Kontrolle über das Schulwesen zunächst aus. Sie agierte dabei insgesamt ideologischer. Unter anderem verstärkte die Linke den Aufbau der Schulaufsicht und die Ausbildung von Schulinspektoren wie Lehrern. Sie wollte so die Zahl der Priester, die noch in den 1860er Jahren überwiegend für den Unterricht sorgten, reduzieren und die Position der Kirche im Erziehungssystem schwächen. Dies geschah beispielsweise 1877 durch das Gesetz zur Absetzung geistlicher Schulleiter in weiterführenden Schulen. Diese Ziele erreichte sie bis zur Jahrhundertwende.[32] Doch zu Anfang des 20. Jahrhun-

29 Vgl. Francesco Traniello: Introduzione, in: ›Il Kulturkämpfe‹ (wie Anm. 15), S. 17-19, hier S. 18.
30 Verucci (wie Anm. 17), S. 44.
31 Giorgio Chiosso: La questione scolastica in Italia: l'istruzione popolare, in: ›Il Kulturkämpfe‹ (wie Anm. 15), S. 335-388, hier S. 339f.
32 Ebd., S. 346.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

derts war durch die antipositivistische Wende der über ein halbes Jahrhundert dauernde Säkularisierungsprozess zum Erliegen gekommen.[33] Letzterer war von vielen verschiedenen Gruppen getragen worden: Zunächst förderten ihn die Anhänger Mazzinins und Cavours, liberale Katholiken und protestantische Reformer, später aufklärerisch-deistische Freimaurer, Freidenker, Republikaner, Radikale und Sozialisten. Schließlich sind auf der Ebene des intellektuellen Diskurses Positivisten und idealistische Hegelianer zu nennen.[34] Der von den Eliten und zumindest teilweise von der Bevölkerung unterstützte Antiklerikalismus war dabei zugleich immer ein kulturelles Phänomen gewesen, wie antiklerikale Theaterstücke, etwa die Tragödie von Giovambattista Niccolini ›Arnaldo da Bresci‹ aus dem Jahr 1843, belegen. Außerdem gab es eine breite Palette antiklerikaler Literatur bis hin zum populären Fortsetzungsroman und eine der Aufklärung verpflichtete Presse.[35] Auch die am 13. Juli 1881 letztlich gescheiterten Tumulte während der Überführung des Leichnams Pius IX., die in dem Versuch gipfelten, diesen in den Tiber zu werfen, ist in diesem Kontext zu erwähnen.

Die Existenz des Antiklerikalismus in Italien ist, wie gezeigt, nicht zu bestreiten. Es stellt sich jedoch die Frage nach seiner Reichweite und seiner Bedeutung als kulturelles Projekt für das liberale Lager. Giovanni Orsina vertritt die Meinung, dass er in seiner Reinform nur von Randgruppen vertreten und dabei in verschiedenen Kontexten tagespolitisch instrumentalisiert wurde.[36] Dabei fungierte der Antiklerikalismus, seiner Ansicht nach, durchaus als ein Ideologem zur Sicherung des Zusammenhalts der politischen Klasse. Er unterschied sich jedoch wesentlich in seinem Stellenwert für die verschiedenen Teilgruppen: Insbesondere für die programmatischere ›Historische Linke‹ war er von zentraler ideologischer Wichtigkeit. Daneben bekam er – so Orsina – aber auch zwei weitere Funktionen: erstens die neu entstehenden sozialen und politischen Gruppen wie die Sozialisten und Katholiken, die begannen, sich in Massenbewegungen zu organisieren, zu integrieren, und zweitens das risorgimentale Lager von den Liberalen bis zu den Radikalen durch das Motiv des Laizismus zusammenzuhalten. Diese Aufgabe sei vorzugsweise seit 1876 bedeutsam geworden.

In den 1890er Jahren schließlich war der antikatholische Reflex der Liberalen vergleichsweise schwach. Ihre Politik richtete sich jetzt vor allem gegen die

33 Vgl. hierzu meine Rezension Guido Verucci: Idealisti all'Indice. Croce, Gentile e la condanna del Sant'Uffizio, Rom/Bari 2006, unten S. 313-315.

34 Francesco Traniello: La cultura popolare cattolica nell'Italia unicata, in: Simonetta Soldani,/ Gabriele Turi (Hrsg.): Fare gli italiani: scuola e cultura nell'Italia contemporanea, Bd. 1, Bologna 1993, S. 429-458.

35 Verucci (wie Anm. 17), S. 33-34.

36 Giovanni Orsina: Per una storia politica dell'anticlericalismo, in: Atti del Convegno Internazionale. La Ricerca sul Risorgimento italiano. Temi e prospettive (Rom 1-3 marzo 2001), hrsg. v. Andrea Ciampani und Lutz Klinkhammer, Rom 2002, S. 223-228, hier S. 225.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

sich formierende Arbeiterbewegung. Themen wie die soziale und die ökonomische Frage standen nun im Vordergrund. Außenpolitisch fand zudem in Italien – wie in fast ganz Kontinentaleuropa Ende der 1870er Jahre – eine Abkehr vom Freihandel statt. Besonders unter Francesco Crispi, dem Ministerpräsident der ›Historischen Linken‹, gab es eine Periode der kolonialen Expansion in Afrika, die erst mit der katastrophalen Niederlage gegen Äthiopien in der Schlacht von Adua 1896 rapide beendet wurde. Der Gegensatz zwischen der ›Historischen Rechten‹ und ›Linken‹ schwächte sich in dieser Zeit fast bis zur Unkenntlichkeit ab. Nachdem noch die Regierung Pelloux Demonstrationen durch den Einsatz von Artillerie niedergeschlagen hatte, kam es ab 1901 unter den Kabinetten von Giovanni Giolitti zu einer Reihe von sozialen und politischen Reformen wie z. B. der Schaffung der Grundlagen für den Aufbau eines Sozialstaats und der Einführung des allgemeinen Wahlrechts für Männer im Jahre 1913. Kern der Politik Giolittis war es, die Katholiken an den Staat zu binden und in die Gesellschaft hineinzuführen. Durch Konzessionen an das katholische Lager sicherte Giolitti bei Wahlen deren Stimmen für die Liberalen. Schließlich beteiligten sich die Katholiken durch den Patto Gentiloni 1913 auch mit Kandidaten offiziell an den Kammerwahlen und sorgten mit dafür, dass 228 Liberale einen Parlamentssitz (von insgesamt 443) erhielten. Sie beendeten somit nach fast 30 Jahren de facto das Non Expedit, das allerdings noch formal in Kraft blieb.[37]

Den italienischen Liberalen gelang es aber nicht – trotz des offensichtlichen taktischen Geschicks Giolittis –, die Honoratioren- in eine Massenpolitik zu transformieren: Die noch von Cavour – vor der nationalen Einigung 1861 – in Piemont eingeführte politische Tradition, dass der Ministerpräsident die einzelnen Abgeordneten oder Gruppen von Deputierten mittels der sog. Politik des trasformismo, d. h. durch persönliche Zugeständnisse beeinflusste und kontrollierte, wurde bis 1922, dem ersten Kabinett Mussolini, beibehalten. Ein dauerhafter liberaler Parteizusammenschluss erfolgte nicht, wie erwähnt, erschien aus dieser Perspektive auch unnötig. Die liberale Elite begnügte sich mit der Abhaltung von Kongressen, mit der Gründung loser, kurzlebiger Dachvereinigungen verschiedener regionaler Gruppen und der Fraktionsbildung im Parlament. Der Liberalismus verlor auf diese Weise kontinuierlich seine Verankerung in einer sich rasch wandelnden Gesellschaft, in der sich immer weitere Schichten politisierten. Der politische Liberalismus blieb somit – im Unterschied zu Deutschland – desorganisiert und war deutlich

37 Es kam seit den 1880er Jahren zu einer vor allem wirtschaftlich immer enger werdenden Verflechtung zwischen katholischen und liberalen Kreisen. Bereits 1904 und 1909 hatten sich die Katholiken mit der Unione Elettorale Cattolica Italiana im beschränkten Umfang an Wahlen beteiligt. Vgl. hier und im Folgenden: Mario G. Rossi: Le origini del partito cattolico: movimento cattolico e lotta di classe nell'Italia liberale, Rom 1977.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

weniger programmatisch ausgerichtet. Der Partito Liberale Italiano entstand erst 1922. [38]

Im 20. Jahrhundert diente der alte Antiklerikalismus den Eliten nur noch dazu, sich gegen die intransigente katholische Rechte abzusetzen. Da er geeignet war, das alte progressiv-liberale Lager zu spalten, weil die extreme Linke verstärkt auf die antiklerikale Karte setzte, spielte er auf nationaler Ebene keine Rolle mehr.[39] Das Phänomen sank in der Folge zu einem Thema der Kommunalpolitik herab, wie dies Orsina 2002 in einer Studie prägnant herausgearbeitet hat.[40] 1914 brach schließlich auf der ganzen Halbinsel das laizistische Kartell auseinander, als sich die Radikalen aus der italienischen Regierung zurückzogen und die Ära Giolitti abrupt beendeten. Das anschließende konservativ-liberale Kabinett bildete der neue starke Mann der Liberalen, Salandra, mit Hilfe der Nationalisten und – der Katholiken. Der Antikatholizismus war nun auch politisch endgültig an den Rand gedrängt.

3. Es ist notwendig, den für diese Untersuchung grundlegenden Begriff der Institutionalisierung und seine Relevanz für die Studie verkürzt zu skizzieren. Eine Bemerkung vornweg: ein konservativer statischer Institutionalismus ist hiermit nicht gemeint. Die Institutionenlehre stellt weder eine Metatheorie dar, wie die Modernisierungstheorie, die – wie gezeigt – zur Analyse des italienischen Antikatholizismus herangezogen wurden, noch will sie diese ersetzen. Als Theorie mittlerer Reichweite kann sie beide jedoch ergänzen, u. a. weil sie zum einen eine größere Tiefenschärfe besitzt, zum anderen aber an keine geschichtsphilosophischen Prämissen gebunden ist.[41]

In der Weiterentwicklung der Institutionenansätze von Helmut Schelsky[42] und Arnold Gehlen[43] durch Karl-Siegbert Rehberg geht es um die besondere Bedeutung der Symbolisierung sozialer Beziehungen und Ordnungen und der

38 Die weitgehende Beschränkung des Wahlrechts (1861: 1,9% der Gesamtbevölkerung, 1882: 6,9%, 1909: nur 8,3%) hatte den oligarchischen Charakter des Honoratiorenparlaments bis 1913 konserviert. Bei der ersten Nachkriegswahl 1919 erhielten die Liberalen hierfür die Quittung und nur noch 41 Sitze, da die Katholiken inzwischen eine eigene Partei gegründet hatten und nun für ihre eigenen Kandidaten votierten, vgl. Francesco Bartolotta: Parlamenti e Governi in Italia 1848-1970, 2 Bde., Rom 1971, Bd. 1, S. 126-129.

39 Orsina: Per una storia politica (wie Anm. 36), S. 228.

40 Ders.: Anticlericalismo e democrazia (wie Anm. 5). Darin beschreibt er detailliert, wie sich die Radikalen in der Hauptstadt aufgrund ihrer antiklerikalen risorgimentalen Tradition der Annäherung der moderaten Liberalen um ihren Führer Giolitti an den politischen Katholizismus widersetzten und deshalb das risorgimentale Lager verließen.

41 SFB 537 »Institutionalität und Geschichtlichkeit«, Dresden 1997, S. 11.

42 Helmut Schelsky: Zur soziologischen Theorie der Institution, in: ders.: Zur Theorie der Institution, Düsseldorf 1970, S. 9-26.

43 Arnold Gehlen: Urmensch und Spätkultur. Philosophische Ergebnisse und Aussagen [zuerst 1956], 6., erw. Aufl. hrsg. v. Karl-Siegbert Rehberg, Frankfurt a. M. 2004.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Herausarbeitung spezieller »institutioneller Mechanismen«.[44] Damit werden sowohl ›Leitideen‹ als auch Leitinstitutionen in den Zusammenhang von Konflikten und Machtkämpfen gestellt, wie man sie am Beispiel des italienischen Antikatholizismus nachweisen kann. Dabei sind nicht nur übergeordnete Identitätskonzepte bestimmend, sondern zugleich deren Verhältnis zu ›Mikroinstitutionen‹, die im internen Herrschaftsgefüge um Geltung und Anerkennung ringen. Als eine solche Mikroinstitution kann das antiklerikale Lager gelten, das in eigenen Zeitschriftenzirkeln seine Diskurse führte.

Mit diesem Ansatz soll im Folgenden die Entwicklung der Spannungsbeziehung zwischen Katholizismus und Antikatholizismus im liberalen Italien in der notwendigen Kürze interpretiert und der Entwicklung im deutschen Kaiserreich gegenübergestellt werden.

Erstens ist anzumerken, dass sämtliche Historiker, die sich mit dem Thema befassen, übereinstimmend konstatieren, dass die Akteure des italienischen Kulturkampfes fast ausnahmslos der katholischen Konfession angehörten, was ihren antiklerikalen Impetus von vornherein abschwächte. Hier zeigt sich nun die begrenzte Reichweite von Boruttas Diskursanalyse. Den von ihm in den Dokumenten nachgewiesene virulente Antikatholizismus verabsolutiert er zum »liberalen Bild des Katholizismus«, ganz zu schweigen davon, dass somit systematisch alle Aspekte ausgeblendet werden, die nicht in öffentlichen Auseinandersetzungen zur Geltung gebracht werden.[45] In der Terminologie der Institutionenanalyse formuliert: mit dem Antikatholizismus wird nur eines von vielen miteinander konkurrierenden Deutungskonzepten, die auf die Leitidee des Risorgimento einwirkten, beschrieben. Doch ein fiktionaler Geltungsanspruch stellt noch keine Leitidee dar. Der Antikatholizismus konkurrierte u. a. über Jahrzehnte mit den Geltungs- und Ordnungsansprüchen seiner Antithese aus dem katholischen Lager, wie unten gezeigt wird. Der italienische Antiklerikalismus wurde innerhalb des bürgerlichen Lagers dabei immer mehr marginalisiert und besaß niemals die Deutungshoheit. Ebenso fehlt – wie Orsina herausgearbeitet hat – die Zuordnung zu den Trägergruppen und damit die handlungstheoretische Dimension. Grundsätzlich neigen diskursanalytische Studien dazu, die historische Perspektive nicht nur in sozialer,

44 Vgl. Karl-Siegbert Rehberg: Eine Grundlagentheorie der Institutionen: Arnold Gehlen. Mit systematischen Schlußfolgerungen für eine kritische Institutionentheorie, in: Gerhard Göhler, Kurt Lenk und Rainer Schmalz-Bruns (Hrsg.): Die Rationalität politischer Institutionen interdisziplinärer Perspektiven, Wiesbaden 1990, S.115-144; ders.: Institutionen als symbolische Ordnungen. Leitfragen zur Theorie und Analyse institutioneller Mechanismen (TAIM), in: Gerhard Göhler (Hrsg.), Die Eigenart der Institutionen. Zum Profil politischer Institutionentheorie, Baden-Baden 1994, S. 47-84 sowie ders.: Weltrepräsentanz und Verkörperung. Institutionelle Analyse und Symboltheorien – Eine Einführung in systematischer Absicht, in: Gert Melville (Hrsg.): Institutionalität und Symbolisierung. Verstetigungen kultureller Ordnungsmuster in Vergangenheit und Gegenwart, Köln/Weimar/Wien 2001, S. 3-49.

45 Frölich (wie Anm. 24).

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

sondern auch in diachroner Hinsicht zu vernachlässigen. Diese Lücke vermag die Institutionenanalyse zu schließen, denn die Stabilisierungen von Ordnungsvorstellungen sind niemals von Dauer, sondern einem prinzipiellen Wandel unterworfen, was wiederum anhand ihrer konkreten Umsetzung deutlich wird: Die italienische Säkularisierungspolitik schwächte sich seit den 1870er Jahren eben kontinuierlich ab.

Im Gegensatz zu den italienischen Akteuren sind die Träger der deutschen Kulturkämpfe ganz überwiegend protestantisch geprägt gewesen. Man denke nur an die Versuche Friedrich Naumanns[46], Ernst Troeltschs[47], oder von Max Weber[48], an der Spitze des Hohenzollernreichs eine protestantische bürgerliche Elite zu etablieren. Trotzdem blieb es bei einem bloßen Versuch, denn der Protestantismus war – wie Dieter Langewiesche bereits vor nahezu zwei Dekaden feststellte – als Bindekraft für das liberale Milieu bereits zu schwach.[49]

Diese Bestrebungen können zweitens zumindest teilweise die größere Virulenz der deutschen Kulturkämpfe erklären, wenngleich eine konfessionelle Legitimierung nie ausschlaggebend für die symbolische Selbstrepräsentanz des deutschen Kaiserreiches gewesen ist. Ganz anders verhält es sich im ita-

46 Siehe zum liberalen Protestantismus Friedrich Naumanns den Artikel von Hans Cymorek: »Das Werdende schon erleben, ehe es geworden ist«: Friedrich Naumann, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung, 15. Jg. (2003), S. 133-145 sowie Wolfhart Pentz: The Meaning of Religion in the Politics of Friedrich Naumann, in: Zeitschrift für Neuere Theologiegeschichte, H. 9 (2002), S. 70-97.

47 Der Troeltsch-Biograph Hans Georg Drescher sieht den Protestantismus im deutschen Kaiserreich in einen konservativen und liberalen Flügel gespalten und beschreibt dessen Dilemma so: »Die Einheit des Reiches unter der Führung eines sich bewusst protestantisch gebenden Herrscherhauses bedeutete eine auch nach außen hin dokumentierte Nähe zum Staat. Dieser äußeren Rolle [. . .] entsprach nicht die innere Lage des Protestantismus«, in: ders.: Ernst Troeltsch. Leben und Werk, Göttingen 1991, S. 144f. Siehe dazu auch: Ernst Troeltsch: Politik, Patriotismus, Religion, in: ders.: Der Historismus und seine Überwindung, Aalen 1966 [Neudruck der Ausgabe Berlin 1924], S. 84-105 sowie Wilhelm Brachmann: Ernst Troeltschs historische Weltanschauung, Halle 1940.

48 Die ökonomische Transformation Deutschlands von einer feudalen Agrar- zur kapitalistischen Industriegesellschaft sah Max Weber 1895 in seiner Antrittsvorlesung an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg politisch nicht nachvollzogen. Damit, so Weber, welcher sich selbst als Teil dieser neuen Elite sah, das deutsche Bürgertum seine ihm gestellte politische Aufgabe der deutschen Weltpolitik erfüllen könne, müsse es endlich den im wirtschaftlichen Niedergang begriffenen ostelbischen Adel ersetzen. Aus Webers kultur- und religionssoziologischer Perspektive war die konfessionelle Prägung sowohl für den ökonomischen Erfolg wie für das politische Scheitern des deutschen Bürgertums gleichermaßen ursächlich. Denn während das Bürgertum erst durch die protestantische Ethik ökonomisch aufsteigen konnte, habe es die ihm deshalb zustehende politische Leitung der Nation bislang nicht übernommen, weil seine durch die lutherische Religiosität vermittelte Obrigkeitsgesinnung es daran gehindert habe. Vgl. Max Weber: Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik, in: ders.: Gesamtausgabe, Abt. I: Reden und Schriften, Bd. 4/2, Tübingen 1993, S. 545-574 sowie Hartmut Lehmann: Asketischer Protestantismus und ökonomischer Rationalismus: Die Weber-These nach zwei Generationen, in: Wolfgang Schluchter (Hrsg.): Max Webers Sicht des okzidentalen Christentums, Frankfurt 1988, S. 529-553; vgl. zur Deutung von Webers politischer Theorie als Kritik der wilhelminischen Monarchie: Wolfgang Mommsen: Max Weber und die deutsche Politik, Tübingen 1974, S. 91ff.

49 Dieter Langewiesche: Liberalismus in Deutschland, Frankfurt a. M. 1988, S. 134.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

lienischen Fall, wo der Risorgimento-Mythos als der unbestrittenen Leitidee des liberalen Italiens immer schon auch auf katholische Legitimationsmuster Bezug genommen hatte. In diesem Zusammenhang ist auf die Revolution von 1848/49 zu verweisen, in der die Leitidee der staatlichen Wiedergeburt Italiens, das Risorgimento, gleichermaßen auf emanzipatorisch-konstitutionelle Ordnungsvorstellungen wie auf dem Neoguelfentum mit seiner katholischen Rom-Idee – unter Einbeziehung der Institution der Kirche – beruhte. Als Institutionalisierungsform schwebte letzterer Strömung die Schaffung eines konföderalen Italiens unter der Oberhoheit des Papstes und einer gemischten Verwaltung, bestehend aus Klerus und Aristokratie, vor. Dies fand zunächst auch die Unterstützung der gemäßigten Liberalen. Erst die brüske Abwendung Pius IX. von der Verfassungsbewegung und die von ihm erbetene Intervention der apostolischen Habsburgermonarchie entzog den bis dahin dominierenden katholischen Geltungsansprüchen zugunsten liberaler Sinnmuster vorübergehend den Boden. Doch die Risorgimento-Ideologie war unter der Oberfläche längst durch eine christliche Märtyrer-Terminologie aufgeladen. Insofern, so ließe sich Borutta ergänzen, argumentierte die risorgimentale Rhetorik nicht nur fanatisch-rational gegen in ihren Augen tradierte religiöse Formen, wie heute seiner Ansicht nach die westliche Welt gegen den Islam. Vielmehr verwendete sie zugleich selbst eine sakrale Terminologie. Diese patriotische Religiosität war ein Relikt der Verbindung von Verfassungsbewegung, Thron und Altar vor und während der 1848er Revolution. Denn die bis dahin statischen traditionellen katholischen Herrschaftsrituale der Restaurationszeit behielten dynamisch aufgeladen ihre Legitimation – vor allem zur Hochzeit des liberalen Katholizismus im Jahre 1847: »Während dieses Umbruchs wurden Symbole und Rituale häufig direkt aus der Tradition der katholischen Kirche übernommen. Der Wunsch nach Befreiung von der Fremdherrschaft wurde dabei in Analogie zur christlichen Hoffnung auf Erlösung verstanden, der Unabhängigkeitskrieg zu einem neuen »Kreuzzug«, zum »Heiligen Krieg« Italiens, die Gefallenen wurden zu »Märtyrern« der geheiligten nationalen Ziele umgedeutet.«[50]

Nach dem vorübergehenden Bruch zwischen nationalem Katholizismus und dem italienischen Staat erreichte diese Sakralisierung dann erst wieder im Totenkult des Ersten Weltkrieges eine vergleichbare Dimension.[51] À la longue fand – dies sei hier nur angedeutet – außerdem eine Wiederverschmelzung der katholischen mit der nationalen Leitidee des Risorgimento statt, gebündelt in

50 Ilaria Porciani: Kirchlicher Segen für den Staat. Das Verfassungsfest in Italien von 1851 bis zum Ersten Weltkrieg, in: Sabine Behrenbeck/Alexander Nützennadel (Hrsg.): Inszenierungen des Nationalstaats. Politische Feiern in Italien und Deutschland seit 1860/71, Köln 2000, S. 45-63, hier S. 47.

51 Lutz Klinkhammer: Mussolinis Italien zwischen Staat, Kirche und Religion, in: Klaus Hildebrand (Hrsg.): Zwischen Politik und Religion. Studien zur Entstehung, Existenz und Wirkung des Totalitarismus, München 2003, S. 73-90, hier S. 89.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

einer triadischen Rom-Idee, die auf antiken, christlichen wie nationalistischen Normierungszusammenhängen (also Identitätskonzepten) gründete. Diese Fusion setzte aber erst nach dem Zusammenbruch des liberalen Italiens mit der Christianisierung des italienischen Faschismus (und der damit einhergehenden Faschisierung des italienischen Katholizismus) ein.[52]

Mit der Existenz katholisch inspirierter Risorgimento-Deutungskonzepte als Teil eines institutionellen Transferprozesses stellt sich drittens und abschließend die Frage nach dessen Verortung im Kontext der Säkularisierungsprozesse des 19. und 20. Jahrhunderts, denen die Kulturkämpfe – wie gesehen – zugeordnet wurden. Der Religionssoziologe Charles Taylor hat darauf hingewiesen, dass die Aufklärung nicht per se glaubensfeindlich gewesen sei, wie dies während der französischen Revolution gegen das Ancien Régime mit dessen Bündnis von Thron und Altar der Fall war. Modernisierung bedeute nicht notwendig Säkularisierung. Insbesondere die katholischen Mittelmeerländer – und damit auch Italien – und einige Staaten in Mitteleuropa seien dieser, wie Taylor es formuliert, »säkularen Option« gefolgt.[53] Jedoch vollzog sich dieser Säkularisierungsprozess fast nirgendwo tiefgreifender als in Deutschland. Die von Langewiesche konstatierte mangelnde Integrationskraft des Protestantismus im Kaiserreich, vom Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Wolfgang Huber, treffend als Selbstsäkularisierung des Protestantismus bezeichnet[54], lässt den deutschen Kulturkampf als extreme Variante eines Modernisierungsprozesses begreifen, der sich in Italien weitaus moderater und damit in gewisser Weise ›normaler‹ vollzog. Für den Antikatholizismus und Antiklerikalismus im liberalen Italien bedeutet dieser Befund, dass er nicht nur – wie von Orsina unterstellt – in seiner politischen Bedeutung, sondern auch hinsichtlich des Erfolges seiner normativen Geltungsansprüche zu relativieren ist. Denn dort fusionierten die Ideen der Aufklärung mit christlichen Vorstellungen und bewirkten, wie es der Mediavist Paolo Prodi formulierte, eine sakrale Konstruktion des nationalen Gemeinwesens.[55]

Welche Schlussfolgerungen lassen sich daraus für den deutschen Liberalismus zur Zeit Eugen Richters ableiten? Im Gegensatz zu den italienischen beschritten die deutschen Liberalen nicht den Weg einer Annäherung zwischen liberalem und katholischem Lager, wobei ein Motiv hier sicherlich in der konfessionellen Spaltung Deutschlands zu finden ist. Das zeigt die besondere Vehemenz des Bismarck'schen Kulturkampfes deutlich, der über sein

52 Ebd.

53 Das europäische Beispiel habe sich in Lateinamerika und Asien nicht wiederholt. Charles Taylor: Die Formen des Religiösen, Frankfurt a. M. 2002.

54 Wolfgang Huber: Nur eine überzeugende Kirche kann öffentliche Resonanz erzeugen, in: Frankfurter Rundschau vom 7. Mai 1997, S. 17.

55 Vgl. Paolo Prodi: Il sacramento del potere. Il giuramento politico nella storia costituzionale dell'occidente, Bologna 1992, S. 493.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

ursprüngliches Ziel der Trennung von Staat und Kirche hinausging. Dessen ungeachtet lehnten in aber nur wenige Liberale wie Eugen Richter ab, obwohl er doch die gerade erst etablierten liberalen verfassungsstaatlichen Prinzipien bereits wieder aushöhlte. Diese Entwicklung war – hält man sich das italienische Beispiel vor Augen – sicherlich nicht zwangsläufig: Wie die Leitidee des Risorgimento je länger je mehr in der Lage war, liberale und katholische Sinnsetzungen miteinander zu vereinen, so wäre auch die von den Liberalen getragene Leitidee eines deutschen Verfassungsstaates geeignet gewesen, katholische Ordnungsentwürfe zu integrieren, und damit die Durchsetzungsansprüche der Leitidee selbst gegenüber dem kleindeutschen Obrigkeitsstaat wirksam zu verstärken und möglicherweise dauerhafter zu verankern.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Lothar Höbelt

Der »schwarz-gelbe« Reichskritikus: Eduard Herbst (1820-1892)*

Ein Österreicher, der auf den Ruf stößt, den sich Eugen Richter in Preußen bei Freund und Feind erwarb, der »Reichskritikus« und Dogmatiker, der Prinzipien hochgehalten, seiner Partei damit aber doch eher geschadet habe, wie das seine Gegner hohnlachend verkündeten und seine Anhänger schon kurz nach seinem Tod kaum mehr geleugnet haben, wird sich sofort an eine ganz ähnliche Gestalt der heimischen Szene erinnert fühlen, die Symbolfigur des österreichischen Liberalismus, Eduard Herbst, dem in ganz ähnlichen Wendungen eine »bei weitem mehr zersetzende als schaffende Natur«[1] attestiert wurde, ein »Mangel an politischem Schaffensvermögen«. Herbst »ist und bleibt doch nur scharfzüngiger Kritiker«[2], die »Rolle eines kritisierenden Chefs der Opposition gefällt ihm besser als das saure Amt eines Ministers.«[3] Sein einziges Talent sei die Sophistik[4] und: »Wenn er niemand ärgern kann, ärgert er sich . . .«[5] Eine Litanei der Kritik, die in dem Vorwurf gipfelte, er habe den österreichischen Liberalismus auf eine »Martinswand« geführt.[6]

Freilich, dieselben Kritiker räumten auch ein, daß Herbst »immer seinen eigenen selbständigen Weg wandelte« – auch wenn sich das aus dem Mund Antons von Schmerling, des ersten Premiers der liberalen Ära (1861-65) und des ersten, gegen den Herbst Opposition machte, nicht unbedingt als Kompliment anhörte. Doch selbst Schmerling lobte seinen Fleiß, konstatierte, daß er »mehr als irgendeiner seiner Kollegen seine Aufgabe als Abgeordneter sehr ernst genommen habe«, weil er alle Vorlagen und Entwürfe auch tatsächlich

* Der Duktus meines Vortrages beim Eugen-Richter-Kolloquium wurde beibehalten.

1 Lothar Höbelt (Hrsg.): Österreichs Weg zur konstitutionellen Monarchie. Aus der Sicht des Staatsministers Anton von Schmerling, Frankfurt/M. 1994, S. 108. Von Herbst selbst existieren als Erinnerungen nur einige trockene juristische Argumentationen, ausgewertet bei Elisabeth Wymetal: Eduard Herbst, sein Werdegang und seine Persönlichkeit, ungedr. Diss., Wien 1944.

2 Haus-, Hof- und Staatsarchiv (im folgenden HHStA), Nachlaß Plener 6, Ignaz an Ernst 7.7.1867. Zur Person vg. Mechthild Wolf: Ignaz von Plener, München 1975.

3 Neues Fremdenblatt, 4.7.1867.

4 HHStA, Nl. Plener 6, Ignaz an Ernst, 12.7.1871.

5 Tages-Post, 8.5.1874.

6 Schlesisches Tagblatt, 28.10.1882. Dabei handelte es sich um eine Anspielung auf die Sage von Kaiser Maximilian I., der sich auf der Gemsenjagd in der Martinswand bei Innsbruck verirrte, und mirakulöserweise von einem Hirtenjungen gerettet wurde.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

durchstudierte. Auch das noch unter Schmerling gegründete offiziöse ›Neue Fremdenblatt‹ anerkannte, »nicht vielen Leuten ist der Bienenfleiß des Prager Professors, sein analytisches Talent gegeben.« Ja selbst sein Konkurrent und zeitweiliger Ministerkollege, Ignaz von Plener, hielt Herbsts Reden für »dialektische Meisterwerke« (freilich nicht ohne hinzuzufügen: »Doch währenddessen geht der Staat zugrunde . . .«).[7]

Ein Unterschied im Nachruhm dieser beiden, offenbar so polarisierenden politischen Persönlichkeiten ist nur insofern zu konstatieren, als Richter nach dem Zusammenbruch von 1918 vielfach verständnisvoller beurteilt wurde, während die negativen Zensuren über Herbsts Wirken sich durch fast alle Darstellungen ziehen, und das quer durch alle Lager, fast ohne Unterschied der weltanschaulichen Position. Dieser bemerkenswerte Umstand ließe sich auf den ersten Blick vielleicht mit dem Mangel einer liberalen Traditionspflege im republikanischen Österreich erklären, doch selbst bei Autoren wie Charmatz oder Kann, die liberalen Positionen nahestanden, wiederholt sich der stereotype Vorwurf des »Doktrinarismus«, wie er sich dann auch in der gängigen Überblicksdarstellung von Zöllner wiederfindet, wo Herbst als der »populärste, aber allzu dogmatisch denkende und agitierende deutschböhmische Politiker« charakterisiert wird.[8] Am meisten Verständnis läßt da kurioserweise vielleicht noch der Benediktinerpater Hugo Hantsch durchblicken, der Herbst zwar ebenfalls starre Haltungen attestiert, aber auch konzediert, seine Einwände seien durchaus keine leeren Vorspiegelungen gewesen . . .[9]

Ein gewisser Unterschied ergibt sich freilich schon aus der Chronologie: Herbst war fast zwanzig Jahre älter. Als Richter 1893 die Avancen Caprivis zurückwies, war Herbst schon tot. Freilich: Wenn Generationen über das bloße Datum hinaus von großen, traumatischen Ereignissen geprägt werden, so galt für beide: Sie waren keine »Achtundvierziger« mehr, die das Revolutionsjahr noch mitgestaltend erlebten. Auch Herbsts politische Karriere begann erst in den sechziger Jahren, weil erst dann in seiner Heimat – zum Unterschied von Preußen – konstitutionelle Verhältnisse wiederkehrten bzw. wenn man das Intermezzo des Jahres 1848 ausklammert, ab 1861 überhaupt erst Einzug hielten. Das Ende der siebziger Jahre hingegen, die in beiden Reichen das Ende des Liberalismus als herrschende Partei einläuteten, im Reich

7 Schmerling (wie Anm. 1), S. 103 f.; Neues Fremdenblatt, 4.7.1867; Nl. Plener 6 (wie Anm. 2), Ignaz an Ernst 8.2.1871. Zur Zeitungslandschaft: Lothar Höbelt: Die deutsche Presselandschaft. In: Helmut Rumpler und Peter Urbanitsch (Hrsg.), Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Bd. VIII: Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft, Wien 2006, S. 1819-1894.

8 Richard Charmatz: Deutsch-Österreichische Politik, Leipzig 1907, S. 165 f.; Robert Kann: A History of the Habsburg Empire 1526-1918, Berkeley 1974, S. 347; Erich Zöllner: Geschichte Österreichs, Wien 5. Aufl. 1974, S. 414.

9 Hugo Hantsch: Die Geschichte Österreichs, Bd.2, Wien 3. Aufl. 1962, S. 412. Hantsch stammte aus Teplitz, verlor während der NS-Zeit seine Professur und stand großdeutsch-katholischen Auffassungen nahe.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

die Hoffnungen auf Parlamentarisierung beendeten, in Österreich (präziser: der österreichischen Reichshälfte) zum Rücktritt des letzten liberal dominierten Ministeriums führten, sah beide bereits in verantwortlicher Position. Herbst aber tat 1878 das gleiche wie Richter 1893, als er dem kaiserlichen Außenminister den Fehdehandschuh hinwarf, den dargebotenen Anteil an der Macht zugunsten einer zukünftigen, dafür umso vollständigeren Durchsetzung liberaler Grundsätze verschmähte, die bloß nie mehr eintrat.

»Der österreichische Gladstone«

Herbst wurde am 9. Dezember 1820 in Wien geboren, promovierte im März 1843 zum Dr. iuris und durchlief eine akademische Blitzkarriere, die ihn schon im April 1847 als Professor der Rechtsphilosophie und des Strafrechts an die Universität Lemberg führte (an der damals noch auf Lateinisch unterrichtet wurde!). Als entscheidende Weichenstellung für seine Laufbahn erwies sich freilich 1858 seine Berufung an die – damals noch ungeteilte – Prager Karlsuniversität. Denn als Prager Professor wurde er wenige Jahre später für einen ländlichen Wahlbezirk, den er kaum näher kannte, in den böhmischen Landtag gewählt.[10] Das System der indirekten Wahl in den Reichsrat, das bis 1873 galt, verschaffte Böhmen eine ausschlaggebende Stellung. Denn Böhmen stellte die größte Delegation im Unterhaus des Reichsrates (über ein Viertel der Abgeordneten); solange die Tschechen den Reichsrat boykottierten (was sie von 1863 bis 1878 unausgesetzt taten), wurde das politische Leben Böhmens dominiert von der kleinen deutschen Minderheit in Prag, vielleicht 40.000 Menschen, die nahezu zwangsläufig eine Führungsrolle übernahmen für zwei Millionen Deutschböhmen, die »Randlbehm« des geschlossenen deutschen Sprachgebietes.

Das Prager Casino, mit seinem Gebäude Am Graben (na příkope) galt als der mächtigste Verein der Monarchie, in dieser Stellung allenfalls noch angefochten vom »verfassungstreuen« Adel, der Partei Auerspergs, den Frei-Konservativen im Reich vergleichbar, die in Verfassungsfragen meist mit den Liberalen (und den Deutschen) ging, ihren weitergehenden Ambitionen allerdings mißtraute. Für ihre politische Wirksamkeit waren dieser böhmische verfassungstreue Adel und die deutschböhmischen Liberalen, also Auersperg und Herbst, aufeinander angewiesen, weil sie nur gemeinsam über eine Mehrheit im Landtag verfügten. Doch unter der Oberfläche dieser Vernunftehe schwelten die Konflikte: Die Fürsten Auersperg, beide Premiers – Carlos 1867/68,

10 Herbst erwarb später auch ein Gut im Böhmerwald (für den dortigen Wahlbezirk wurde 1897 sein Sohn in den Reichsrat gewählt), sein Wahlkreis lag jedoch in Nordböhmen, im sogenannten Niederland um Schluckenau und Hainspach; erst 1885 nahm er ein Wiener Mandat an.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

sein Bruder Adolph 1871-78 –, verwanden die Abhängigkeit von Herbst nur schlecht. Als die Direktwahlen zum Reichsrat eingeführt wurden, war ein wenig beachteter Aspekt daran die Emanzipation des böhmischen Adels vom Diktat Herbsts.

In dieser Prager politischen Welt errang Herbst binnen weniger Jahre eine beherrschende Stellung. Schon 1867 bezeichnete ihn eine Zeitung als »einen Führer der Deutschen in Böhmen in einem so eminenten Sinne, wie ihn außerhalb Ungarns kein Volk und keine Partei aufzuweisen hat«.[11] Sein Name wurde genannt als ein »österreichischer Deák«, als der Führer der Liberalen, der – so wie es Ferenc Deák in Ungarn tat – den »Ausgleich«, den Kompromiß von Zentralstaat und ungarischer Autonomie, von Krone und Volkssouveränität akzeptieren und die endgültige Befestigung konstitutioneller Grundsätze durch Bildung eines parlamentarischen Ministeriums krönen sollte. Prompt formierte sich aus den Deutschliberalen im Frühjahr 1867 der Herbst-Kaiserfeld'sche Klub, als liberale Sammelpartei, die im Unterhaus über die absolute Mehrheit verfügte. Die Voraussetzungen für die Bildung eines liberalen Kabinetts schienen gegeben, doch Herbst zögerte. »Ist der Herr Professor ein österreichischer Gladstone, so führe er die Rolle ganz durch,« verband das offiziöse Blatt seine diesmal auf englische Vorbilder gemünzten Lockrufe mit dem Tadel: »Welchen Messias diese Herren noch erwarten, wissen wir nicht. Wozu also das Zaudern, das je länger es dauert, desto mehr die Gestalt der Koketterie annimmt.«[12] Das war gut gebrüllt; doch stand hinter der so typisch österreichisch aufs Korn genommenen persönlichen Befindlichkeit nicht tatsächlich ein Dilemma zwischen Parlamentarisierung und Gewaltenteilung, zwischen auf die Spitze getriebener Polarisierung und dem System des »trasformismo«, wie es in Italien genannt wurde, wo der Apparat nach jeder neuen Krise bloß eine weitere Oppositionsgruppe zukaufte? Wollte das österreichische Parlament mehr sein als das »constitutionelle Bureau des Absolutismus«?[13] Herbst argumentierte, er wolle keine unreifen Früchte pflücken, keine Verantwortung übernehmen, bevor die Verfassung nicht unter Dach und Fach wäre, die Regierung nach dem verlorenen Krieg von 1866 nicht ihren Offenbarungseid geleistet hätte, vor allem auch in finanzieller Hinsicht. (Auch wenn er dabei nicht ganz so weit ging wie z.B. der Brünner Abgeordnete Skene: Sollten die Liberalen die Schulden des Vorgänger-Regimes übernehmen – oder nicht doch lieber den Staatsbankrott erklären?) Kritiker hingegen argumentierten, Herbst spekuliere bloß auf Baisse, weil er dem Ausgleich keine Chance gäbe und sich an der heiklen staatsrechtlichen Materie nicht die Finger verbrennen wolle. Inzwischen wäre der »eminente

11 Tagesbote aus Böhmen, 20.12.1867.
12 Neues Fremdenblatt, 1.7.1867.
13 Die Formulierung wurde Johann Nepomuk Berger zugeschrieben. Schlesisches Tagblatt, 3.6.1882.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Führer« (im) Herbst beinahe zwischen allen Stühlen gelandet, als der Herbst-Kaiserfeld'sche Klub in eine Linke und einen gouvernmentalen Liberalen Klub zerfiel.[14]

Erst kurz vor Jahreswechsel 1867/68 – im Dezember war die Verfassung verabschiedet worden – wurde dann doch das sogenannte »Bürgerministerium« angelobt. Zum ersten und einzigen Mal bildete der »mainstream«, der Kern der liberalen Partei, und nicht bloß einige ihnen nahestehende Fachleute, Vertrauensmänner oder Aristokraten, ein Ministerium. Herbst nahm unter Widerstreben ein Portefeuille an, nicht das Finanzministerium, sondern das Justizressort. Die legislative Ausbeute war mager. Von den verabschiedeten Gesetzentwürfen fand vermutlich die Einführung von Geschworenengerichte für Preßverfahren die meiste Resonanz. Doch die liberale Öffentlichkeit vermerkte mit Ungeduld in erster Linie die mangelnden Fortschritte auf dem Gebiet der antiklerikalen Gesetzgebung (der Bruch des Konkordats 1870, aus Anlaß des ersten Vatikanums von 1869/70, sollte erst seinem Nachfolger in den Schoß fallen). Die persönlichen Rivalitäten zwischen den Koryphäen der Liberalen wurden vom »Sprechminister« Johann Nepomuk Berger in einem bekannt gewordenen Bonmot auf den Punkt gebracht: »Wie sollen wir für einander einstehen, wenn wir einander nicht ausstehen können?«

Vielleicht waren die entschiedenen Liberalen auch zu optimistisch: Was für sie den Beginn einer neuen Ära darstellte, war für die Krone nur ein Intermezzo, das auf Unstimmigkeiten mit dem zentralistischen Teil des bisherigen Establishments zurückzuführen war, der sich dem »Ausgleich«, sprich: der Teilung des Kaisertums Österreich in eine österreichische und eine ungarische »Reichshälfte« widersetzte. Solange der rechte Flügel, mit seinem Rückhalt in Adel und Bürokratie, sich abseits hielt, entstand für die »entschiedenen« Liberalen ein »window of opportunity«, das sich kurz darauf wieder schloß. Bereits nach zwei Jahren, im Januar 1870, war das Bürgerministerium am Ende. Der Boykott des Reichsrats durch die Tschechen ließ die Verfassung als Stückwerk erscheinen. Der Kaiser begann wieder das divide et impera zu spielen, indem er mit den tschechischen (und den katholischen!) Föderalisten verhandelte. Selbst als diese Versuche mit den sogenannten Fundamentalartikeln des Jahres 1871 scheiterten, kehrte er zu einem liberalen Ministerium zurück, jedoch einem der konservativen Spielart, dem »Ministerum Lasser, genannt Auersperg«, wie es ein Spötter nach seinem spiritus rector, dem mit allen Wassern gewaschenen manipulativen Innenminister Lasser nannte, einem freigeistigen Relikt des Neo-Absolutismus, der ursprünglich selbst Schmerling zu konservativ erschienen war.

14 Lothar Höbelt: 1867: The Empire Loyalists' last (but one) stand. In: Parliaments, Estates & Representation 23 (2003), S. 131-141.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Freilich: Herbsts Nimbus überstand diese Wechselfälle unbeschädigt. In den siebziger Jahren war er der unbestrittene parlamentarische Führer der Liberalen. Spätestens hier fällt auf, daß Herbst Stellung in der österreichischen Politik doch eine andere war als die Richters und der Fortschrittspartei im reichsdeutschen Spektrum. Herbst war in dieser Beziehung der Lasker, nicht der Richter des österreichischen Liberalismus, der sich im Parlament meist in drei Unterverbände gliederte: Der rechte Flügel, die »Freikonservativen«[15], umfaßte im wesentlichen die Vertreter der Großgrundbesitzer, der »Grafenbank im Abgeordnetenhaus« (die ihre Mandate einer eigenen Wahlkurie verdankten); die Fortschrittspartei am linken Flügel, von den wenigen großstädtischen Demokraten bis zu den rabiaten Antiklerikalen der Alpenländer, schloß Herbst zum Teil bewußt aus. Herbst hingegen besetzte mit seiner »Linken« die breite Mitte zwischen diesen beiden auseinanderstrebenden Flügeln der Verfassungspartei und wandte seinen Bannstrahl einmal in die eine, dann die andere Richtung. Der Ministerpräsident Auersperg hatte darunter genauso zu leiden wie die Fortschrittlichen, die 1873 auf dem Teplitzer Parteitag von ihm in die Schranken gewiesen wurden. Die Dynamik der Mehrheitsbildungen innerhalb der Liberalen folgte, so sahen es seine Neider, Herbsts Launen – und dabei doch einem plausiblen Muster: Die Legislaturperiode begann mit einem Mitte-Rechts-Bündnis zur Unterstützung des Ministeriums, das irgendwann – wenn die Entfremdung zwischen Ministerium und Partei einen gewissen Grad der Irritation erreicht hatte –, mit dem Abschwenken des Gros der Partei zur Linken endete.

Dabei war die Kritik an Herbst zwiespältig. Man kritisierte seine Herrschsucht. »Parteidisziplin oder Terrorismus?«, leitartikelte das Regierungsblatt schon in der – für heutige Begriffe höchst harmlosen – Frühzeit der Fraktionsdisziplin, während Auersperg klagte: »Man kann dessen gewiß sein, daß jene Kandidaten, die in einer Session nicht mit ihm gestimmt haben, bei der nächsten Reichsratswahl von ihm nicht akzeptiert werden.«[16] Sein Kollege Plener mochte sich darüber mokieren, daß Herbst in der Parlaments-Restauration »umgeben von Jasagern und Bedientenseelen bierselig auf Regierung schimpft«. Auch seine guten Beziehungen zu den führenden Blättern Wiens und Prags, der »Neuen Freien Presse« und dem »Tagesboten aus Böhmen«, sorgten da zuweilen für böses Blut. Doch wenn selbst der sonst für seine Rittmeister-Manieren bekannte Ministerpräsident Adolph Auersperg dem Volkstribunen nolens volens seine Reverenz erweisen mußte, konnte man das als

15 Offiziell nannten diese Verfassungstreuen sich das »Zentrum« – ein Titel, der im reichsdeutschen Spektrum nur für Verwirrung sorgte.

16 Neues Fremdenblatt, 25.7.1867; Allgemeines Verwaltungsarchiv Wien, Ministerratsprotokoll Karton 9, Nr. 104, 4.11.1872.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Sieg der parlamentarischen Doktrin ansehen, die für Österreich angeblich nicht taugte?[17]

Genaue Beobachter gelangten freilich zuweilen auch zu dem entgegengesetzten Schluß, daß Herbst an den zentralen Wendepunkten seiner Karriere keineswegs die Linie der Partei souverän bestimmte, sondern die Stimmung genau beobachtete und vorsichtig abwartete, ehe er das Losungswort ausgab. Schmerling formulierte boshaft, daß Herbst ängstlich lausche, wie sich die Meinung der Abgeordneten gestalten würde; auch die Presse kommentierte »seine Art, mit seiner Meinung oder wenigstens mit dem Ausdruck derselben zu warten, bis die Majorität gesprochen oder doch mit großer Wahrscheinlichkeit zu erraten ist«.[18] Diese Kritik bezog sich zunächst auf das uns bereits bekannte Zögern 1867, als er dem »Ausgleich« noch nicht so recht traute. Doch das gleiche Muster wiederholte sich 1878, als er die wachsende Mißstimmung gegen das Ministerium – und die alle zehn Jahre anstehende Neuverhandlung der finanziellen Ausgleichsbestimmungen mit Ungarn – gewähren ließ, bis sie ihren Kulminationspunkt erreichte, er dann einige Tage von der Bildfläche verschwand und bei seiner Rückkehr den Konflikt forcierte – ihn dabei allerdings auf eine andere Ebene verlagerte.

Die Neuauflage des Verfassungskonflikts

Auch Herbst ging es dabei um die unerwünschten Nebenwirkungen des Verfassungsmodells von 1867. Er hielt sich aber nicht mit der Pfennigfuchserei mit der anderen Reichshälfte auf, dem Streit um Kaffeezölle und Zentralbankdirektoren (letzterer wies viele Parallelen zur Debatte um ihr europäisches Pendant der Gegenwart auf), sondern nahm die erhalten gebliebene kaiserliche Prärogative in den »Haupt- und Staatsaktionen« aufs Korn. Auf Grund der geltenden Verfassung war die Kontrolle über die Außen- und Militärpolitik der Monarchie den Parlamenten in Wien und Budapest entzogen. Nachdem es kein »Reichsparlament« mehr gab, wurde sie stattdessen von einem Ausschuß beider Parlamente besorgt, den »Delegationen«, die so zusammengesetzt waren, daß infolge des Votums der Herrenhausmitglieder die Krone kaum je Gefahr lief, in die Minderheit zu geraten. Die von den Delegationen bewilligten Summen für den Militäraufwand aber konnten vom Wiener (oder Budapester) Abgeordnetenhaus nicht mehr rückgängig gemacht werden. Das war der harte Kern der Dezemberverfassung von 1867, der sie für den Kaiser

17 Nl. Plener 6 (wie Anm. 2), Ignaz an Ernst, 31.3.1871; Ernst v. Plener: Erinnerungen, Bd. 2, Wien 1921, S. 10.

18 Neues Fremdenblatt, 4.7.1867; Schmerling (wie Anm.1), S. 104.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

über alle Bedenken hinweg attraktiv machte. Die Liberalen hatten sich damit abgefunden – bis sich 1878 die Geschäftsgrundlagen aus ihrer Sicht zu verschieben begannen, weil infolge der Balkanpolitik des Außenministers Andrassy, die nach der Orientkrise 1875-78 und dem Berliner Kongreß in die Okkupation Bosnien-Herzegovinas mündete, plötzlich enorme Summen fällig wurden, die das Budgetrecht des Parlaments auszuhöhlen drohten.

Damit war eine Neuauflage des Verfassungskonflikt mit der Krone eröffnet, der zugleich ein Konflikt zwischen den beiden Häusern des Reichsrats war – und ein Konflikt zwischen den Liberalen und ihrem rechten Flügel, den Verfassungstreuen der Partei Auersperg; denn sie war es, die im Herrenhaus die Mehrheit stellte. Ausgangspunkt der liberalen Kritik war dabei der »Irrthum über die kolossale Inanspruchnahme der materiellen Opfer, welche die Okkupation erfordern wird.«[19] Dahinter stand eine handfeste Imperialismus-Debatte, wenn auch eine zuweilen recht konfuse, denn über die wahren Ziele der Politik Andrassys sind die Meinungen in der Geschichtsschreibung bis heute geteilt. Sein Unglück dabei war, daß ihm die zeitgenössische öffentliche Meinung – nicht zuletzt aus Mißtrauen gegen Ungarn – die jeweils aus ihrer Sicht abzulehnenden Motive und Positionen unterstellte. Umgekehrt waren auch die Motive der Okkupationsgegner gemischt. Für Herbst (wenn auch nicht für alle seiner Kollegen) galt, daß er tatsächlich frei war von imperialen Ambitionen auf dem Balkan. Er sah – und da ging er wohl ganz mit Richter konform – imperialistische Experimente eben nicht unter moralischem Vorbehalt (so wurde mit dem Argument der Kulturmission und der Befreiung vom osmanischen Joch vielmehr für die Okkupation geworben!), sondern betrachtete sie nüchtern unter dem Kosten-Nutzen-Aspekt und kam dabei zu einem umso vernichtenderen Urteil. Zweifellos flossen auch nationale Motive in diese Haltung ein, nationale Motive nicht in dem üblichen aggressiven patriotisch-chauvinistischen Sinne, sondern – sehr modern! – in einem defensiven ethnisch-exklusiven Sinne: Man wolle in Österreich-Ungarn keine zusätzlichen zwei Millionen Slawen beherbergen. Die Karikatur bemächtigte sich dieses Aspekts, wenn sie den »neuesten Gesangsverein« unter Anspielung auf Ernst Moritz Arndts »Was ist des Deutschen Vaterland« intonieren ließ: »Das Vaterland muß kleiner sein / Das Bosnien darf nicht hinein . . .«[20]

Dem österreichisch-ungarischen Außenminister konnten Herbst und seine Liberalen nicht das Mißtrauen aussprechen (ebensowenig wie heutzutage ein nationales Parlament einem Mitglied der EU-Kommission das Mißtrauen aussprechen kann); im dafür zuständigen Gremium aber verhinderten die Dele-

19 So Herbsts Kollege und früherer Rivale Karl Giskra im Budget-Ausschuß, laut Trautenauer Wochenblatt, 4.11.1878.

20 Kikeriki, 3.11.1878.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Unser neuester Gesangsverein

bei Absingung des originellen Liedes: „Das Vaterland muß **kleiner** sein,
„Das Bosnien darf nicht hinein!"

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

gierten des Herrenhauses das.[21] Aber er konnte jedem »österreichischen« Ministerium die Unterstützung entziehen, solange der Außenminister im Amt war – und damit die Krone zum Handeln bewegen. (Die Parallele im multinationalen Kontext unseres Jahrhunderts wäre der Sturz eines Kabinetts, das sich gegen gewisse EU-Beschlüsse nicht des berühmt-berüchtigten »nationalen Vetos« bedient.) Das Kalkül war umwegig, aber legitim – doch es ging nach hinten los. Der Kaiser fühlte sich düpiert, als Herbst ihm nach dem Rücktritt Auerspergs im Oktober 1878 einen Ministerpräsidenten empfahl – und den Kandidaten dann desavouierte, sobald dieser sich außerstande erklärte, ihm den Kopf des Außenministers auf dem Silbertablett zu servieren. Der unglückliche Kandidat, Depretis, fragte die Parteiversammlung, ob »die Herren denn gar kein Gewicht mehr darauf legten, wieder ein verfassungstreues Ministerium zu erhalten?«, und erhielt die Antwort: »Wenn es sich darum handle, Österreich zu Grunde zu richten, lasse man gern einer anderen Partei den Vortritt.« Daraufhin gab er den Auftrag zurück, die Karikatur aber zeigte Herbst, der beklagte, er habe schon eine ganze Woche lang kein Ministerium zum Stürzen.[22]

Herbst ging davon aus, man könne gegen ihn und seine Partei, die er (wie viele) mit den Deutschen Österreichs gleichsetzte, nicht regieren. Franz Joseph bewies ihm das Gegenteil. Doch nicht einmal seine Partei stand geschlossen hinter Herbst. Ähnlich wie auch bei den Kolonialdebatten im Reich, gab es eine sogenannte »bosnische Linke«, die sich gegen ihn aussprach. Die Okkupation wurde paradoxerweise just in dem Moment populär, als sich die optimistischen Voraussagen Andrassys als Irrtum erwiesen und das einrückende Militär schmerzliche Verluste hinnehmen mußte: Denn jetzt stand das Prestige der Großmacht auf dem Spiel, ein allfälliger Rückzug wurde nicht mehr als Ausfluß der Vernunft, sondern als Eingeständnis einer Niederlage angesehen. Vor allem aber: Im Vielvölkerstaat Österreich basierte die parlamentarische Position der Deutschliberalen nicht zuletzt auf der Unterstützung der Regierung, die in vielen gemischtsprachigen Wahlkreisen den Ausschlag gab.

Die Wahlen des Sommers 1879 entwickelten sich zum »Königgrätz der Verfassungspartei«, so der Leitartikel der »Neuen Freien Presse« am 3. Juli, nicht weil die Liberalen von der Volksstimmung hinweggefegt worden wären, denn da änderte sich am parlamentarischen Besitzstand wenig, sondern weil in fast zwei Dutzend Sitzen keine Deutschen mehr gewählt wurden – und weil in der

21 Von den 60 Mitgliedern der Delegation stellte das Herrenhaus 20, die polnisch-klerikale Rechte des Unterhauses damals 10, die Verfassungspartei 30 – davon verweigerten einige Herbst allerdings die Gefolgschaft.

22 Walter Rogge: Oesterreich seit der Katastrophe Hohenwart-Beust, Leipzig 1879, S. 445 (eine äußerst materialreiche polemische Darstellung eines liberalen Journalisten); Kikeriki, 14.11.1878.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Verzweiflungsvolle Stunden eines alten Parlamentariers.

Dr. Herbst: Das ist eine unangenehme Situation, wenn man schon acht Tage dasitzt und kein Ministerium vor sich sieht, das man stürzen möchte!

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Kurie des Großgrundbesitzes der Adel gegen Herbst reagierte und Kompromisse mit den Katholisch-Konservativen einging. Der Kaiser ernannte einen jovialen Jugendfreund zum Ministerpräsidenten, Edward Taaffe, einen böhmischen Grafen irischer Abstammung, der zuerst als »Kaiserminister« über den Parteien zu regieren versprach, dann immer mehr auf die Seite der Rechten gedrängt wurde. Das langlebigste Regime des alten Österreich, gestützt auf den »Eisernen Ring« aus Klerikalen, Slawen und konservativem Adel, regierte bis in die neunziger Jahre, und wurde dann kurzfristig von einer großen Koalition abgelöst, um ab 1897 in einer nationalen Konfrontation auf- und unterzugehen, die – grob gesprochen: parlamentarische Mehrheitsbildungen durch ein System des nationalen Vetos ersetzte, einer Mischung aus konstitutioneller Blockade und Konkordanzdemokratie. Taaffe hatte die Kunst des Regierens im alten Österreich mit einem Dialektausdruck als »Durchg'fretten« definiert,[23] mit dem Ziel, alle Völker in einem Zustand »wohltemperierter Unzufriedenheit« zu erhalten. Das waren Balance, Gewaltenteilung, nicht Volkssouveränität – auch weil es kein (Staats-)Volk im Singular gab, sondern nur Völker.[24]

Gegen Herbst aber richtete sich der Vorwurf, praktische Gestaltungsmöglichkeiten einem blutleeren Theorem geopfert zu haben, der »importierten Doktrin« des Parlamentarismus, und damit nicht bloß die Liberale Partei ruiniert, sondern auch die Deutschen Österreichs in Gefahr gebracht zu haben, aus ihren angestammten Positionen als »Kitt des Reiches« von einer Koalition »rückständiger«, slawisch-klerikaler Völkersplitter verdrängt zu werden. Bismarck verewigte den Ruf Herbsts, als er 1882 in einer Reichstagsrede die Herbstsche Partei die »Herbstzeitlosen« nannte, »weil sie nie etwas zur rechten Zeit gethan« und das österreichische Beispiel gegen die Möglichkeit einer »Parteiregierung« ins Treffen führte, nicht ohne auf die »Maßlosigkeit der Doktrin« zu verweisen, »die den Deutschen noch mehr als Anderen eigenthümlich ist« und den Bogen zu Richter zu schlagen, als er schloß: »Mit einem Parlament, in welchem der Abg. Richter eine Majorität hat, würde ich allerdings nicht regieren können, damit kann überhaupt kein Mensch regieren.«[25]

23 Die Neue Freie Presse (10.3.1889) rümpfte über den »jovialen Lenker unserer Geschicke«, der sich gegen den Ausdruck »fortwursteln« verwahrte und »durchfretten« als authentisch erklärte, vernehmlich die Nase: »Vielleicht ist der berühmte Fiaker Bratfisch, von dem wir annehmen, daß er ein gründlicher Kenner aller Feinheiten des Wiener Dialekts sei, im Stande, den richtigen Commentar zu der heutigen Rede des Herrn Minister-Präsidenten Grafen Taaffe zu liefern; wir müssen in diesem Falle unsere Unzulänglichkeit offen bekennen.«

24 Kaiser Franz Joseph trug dem Rechnung, als er 1914 das Manifest, das die Kriegserklärung enthielt, mit der Anrede »An meine Völker!« beginnen ließ. Ich verweise für all diese Entwicklungen auf Lothar Höbelt: Fraktion und Parteien im Reichsrat. In: Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd. 7,1 Verfassungsrecht, Verfassungswirklichkeit, zentrale Repräsentativkörperschaften ., Wien 2000, S. 895-1006.

25 Horst Kohl (Hrsg.): Die politischen Reden des Fürsten Bismarck. Historisch-kritische Gesammtausgabe, Bd. 9 (1881-1883), Stuttgart 1894, S. 409 (14.6.1882). Bismarck schätzte unter den österreichischen liberalen allerdings Herbsts Kollegen Karl Giskra, 1867-70

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Die populistischen Radikalen der deutschnationalen Strömungen der Jahrhundertwende, ja in gewisser Weise sogar schon Ernst von Plener, der Sohn seines alten Kritikers, der ihm in den achtziger Jahren die Führung der Liberalen abjagte,[26] haben Herbst dann links und rechts zugleich überholt: Sie gingen in ihrer Opposition oft viel weiter – bis hin zur Obstruktion – und waren doch in ihrer Kirchtumspolitik viel pragmatisch-kompromißbereiter: Die altgewordenen Liberalen blickten mit elitärer Verachtung auf die »rohen Exzesse«, wie den »Servilismus« der Demokraten. Der Kaiser, der Adel und das Establishment des Vielvölkerreiches vergossen Krokodilstränen über die Exzesse des Nationalismus – und wußten doch sehr wohl zu würdigen, daß es eben diese nationalen Konflikten waren, die verläßlich die Bildung einer kompakten Mehrheit verhinderten, die imstande gewesen wäre, der Krone und ihrer imperialen Struktur das Gesetz des Handelns zu diktieren. Des Kaisers ärgerliche Bemerkung, man könne in Österreich zur schönsten Ordnung gelangen, wenn man bloß Herbst (und seinen »böhmisch-feudalen« Kontrahenten Clam) einsperre, läßt sich da – bei aller Verehrung für den Monarchen – als Kompliment lesen.[27]

Etatistische Versuchungen

Das Wiederaufleben des Verfassungskonflikts in Österreich 1878/79 weist eine auffällige zeitliche Übereinstimmung mit den Entwicklungen im Deutschen Reich auf, dem Bruch Bismarcks mit den Nationalliberalen, seiner Verweigerung der Parlamentarisierung des Reichskabinetts und der darauffolgenden Spaltung der Partei. Man hat dahinter oft säkulare Entwicklungen vermutet, die mit den großen Zyklen der Weltkonjunktur zusammenhängen, mit dem Börsenkrach von 1873 als Menetekel des Liberalismus. Doch die politischen Folgerungen, die aus dem Börsenkrach gezogen wurden, waren alles andere als eindeutig. Gegen einen allzu simplen Determinismus spricht schon einmal die Tatsache, daß 1873/74 – im Jahr nach dem Börsenkrach – die Liberalen diesseits und jenseits von Inn und Riesengebirge ihre größten Wahlsiege feierten. Zweifellos: Der Börsenkrach schadete der sogenannten »Verwaltungsratspartei« unter den Liberalen, die pauschal unter Korruptionsverdacht geriet. Insbesondere war es der Leitsektor der Eisenbahnen, der

Innenminister, den hervorragenden Exponenten der in Mißkredit geratenen »Verwaltungsratspartei«, den er 1866 als Brünner Bürgermeister kennengelernt hatte. Heinrich Pollak, Drei Jahrzehnte aus dem Leben eines Journalisten. Erinnerungen und Aufzeichnungen, Bd. 1, Wien 1894, Se. 167.

26 Formal handelte es sich dabei immer um leitende Ausschüsse; Herbst, später Plener kam jedoch unbestritten die Rolle eines »primus inter pares« zu.

27 Franz Adlgasser/Margret Friedrich (Hrsg.): Heinrich Friedjung. Geschichte in Gesprächen. Aufzeichnungen 1898-1918, Bd. 1, Wien 1997, S. 407 f.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

in ein schiefes Licht geriet – und Liberale auch tatsächlich vor eine Reihe schwer lösbarer Dilemmata stellte: Allein schon die Ablöse der Trassen war ohne staatliche Beihilfe schwer möglich und führte zu einem Widerstreit von Regionalinteressen, der politisch entschieden werden mußte. Fortschrittsgläubigkeit (und strategisches Wettrüsten) verführten zu Subventionen, oder Zinsgarantien für die Anleger der Bahngesellschaften. Die Zinsgarantien aber führten zu laxem Management, wenn nicht sogar zu Unterschleif. Das liberale Prinzip des Wettbewerbs forderte Konkurrenzbahnen; Konkurrenzbahnen aber verringerten den Ertrag der garantierten Strecken und forderten neue Subventionen.

Doch bei den Korruptionsvorwürfen, die in diesem Zusammenhang laut wurden, handelte es sich vielfach um Querelen innerhalb der Verfassungspartei. Die antikapitalistischen Vorurteile der bürokratischen Gouvernementalen des rechten Flügels und die Anti-Establishment-Ressentiments der (semi-)oppositionellen Fortschrittlichen des linken Flügels hatten in den »Verwaltungsräten« der liberalen Mitte, die geschäftstüchtig ihre politischen Kontakte nützten, ein gemeinsames Feindbild gefunden. Das war peinlich für viele von Herbsts Mitstreitern und politischen Verbündeten, auch für die »Neue Freie Presse«, die eine Zeitlang als Sprachrohr einer besonders kompromittierten Bahngesellschaft galt. Die Schlußfolgerungen, wie sie vom Chor der Kritiker gefordert wurden, gingen jedoch – durchaus folgerichtig! – keineswegs in Richtung von mehr Staatsintervention und Regulierung, sondern vielmehr in Richtung einer viel deutlicheren Trennung von Politik und Geschäft. Eine Kehrtwendung gegen den später so verteufelten »Manchester-Liberalismus« gehörte jedenfalls nicht zu den unmittelbaren Folgen des Jahres 1873, allenfalls wurde damals eine Mine mit Zeitzünder gelegt.

Freilich: Es läßt sich schwerlich leugnen, daß die »Große Depression« mittel- und langfristig protektionistischen Bestrebungen allenthalben Auftrieb verlieh. Das war für Liberale nicht unproblematisch, führte im Reich und in Österreich aber zu ganz unterschiedlichen Reaktionen. Die Schutzzollfrage war in Österreich politisch ganz anders gewichtet, weil die Agrarier viel länger am Freihandel festhielten. Denn gegen die ungarische Konkurrenz half auch kein Schutzzoll, und schon gar kein Solidarprotektionismus, der bloß Importe verteuerte. Der Schutzzoll war vielmehr ausschließlich das Programm industrieller Interessen – die ganz überwiegend im Lager der Liberalen selbst angesiedelt waren: Es war die Schutzzoll-Lobby unter Skene, die 1876 als eine der ersten liberalen Gruppen in Opposition zur Regierung Auersperg ging. Handelskreise und die mittelständische, weiterverarbeitende Industrie mit ihren gegenläufigen Interessen verfügten da ganz offenbar über die schwächere Lobby, auch im Kreis der Liberalen. Mit der Konsequenz eines Eugen Richter verfocht hierzulande niemand den freihändlerischen »laissez faire«- Standpunkt, auch Herbst nicht. Selbst Altliberale waren schnell mit

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

ihrem skeptischen Urteil über die »Abstraktionen der klassischen Nationalökonomie« bei der Hand.[28] Vielmehr war es die Regierung, die beim Schutzzoll abwiegelte, weil daraus bloß neue Schwierigkeiten mit der ungarischen Reichshälfte erwuchsen.

Etatistischen Versuchungen begegnen wir freilich auch auf dem Gebiet des »Kulturkampfes«, der in einem ganz überwiegend katholischen Land eine andere Qualität besaß als im Reich, wo Bismarck unter dem Beifall einer protestantischen Mehrheit den politischen Katholizismus als »Reichsfeind« qualifizierte. Ähnliche Vorwürfe (»Sie sind kein Österreicher, denn Ihr Kaiser ist der Papst«) waren auch im Wiener Reichsrat zu hören. Doch in Österreich legte die katholische Dynastie dem »Kulturkampf« von vornherein Zügel an; die konkreten legislativen Maßnahmen waren weniger weitreichend als im Reich.[29] Der Kulturkampf in Österreich mochte weniger brutal geführt werden, aber er begann früher und er dauerte länger. Das zur Schau getragene geistige Überlegenheitsgefühl der fortschrittlichen Antiklerikalen aber stand in einem merkwürdigen Kontrast mit dem Bewußtsein, gegen die als übermächtig empfundene Kirche mit ihrem jahrhundertelangen Überhang an Vorrechten immer noch Schutz suchen zu müssen bei der staatlichen Autorität.

Die fundamentale politisch-gesellschaftliche Bruchlinie (»cleavage«) verlief nicht zwischen Liberalen und Konservativen, sondern zwischen Klerikalen und Liberalen, die sich in erster Linie als Antiklerikale definierten, frei nach Wilhelm Busch: »Schweigen will ich von Lokalen,/ wo im Kreis der Liberalen/ der Reiche heimlich praßt/ und man den heil'gen Vater haßt.« Diese Konstellation führte auch zu einer Verschiebung des sozialen Einzugsbereichs der Liberalen: Der Kulturkampf machte den Liberalen – mit der Ausnahme Böhmens – die Landbevölkerung abspenstig.[30] Die »konservative« Konkurrenz in Österreich war eine Bewegung der »schweigenden Mehrheit« der ländlichen Bevölkerung, eine katholische Volkspartei, geführt von Kaplänen und einzelnen Adeligen. Das »Establishment«, die »Wirtschaft«, die Bildungsschichten, auch die Beamtenschaft, ja sogar das Gros der Aristokratie waren im Zweifelsfall »liberal«.

Die Übernahme der Polemik gegen die »Junker« und die »Gaugrafen« war der liberalen Presse keineswegs fremd; aber das war ein Popanz: Es gab außer einem Zirkel von einigen Dutzend vornehmlich böhmischer Familien keine konservative Partei, die ihr diese Schichten streitig machte. Die politische Stoßrichtung der Liberalen richtete sich nicht gegen die alteingesessenen Eli-

28 Plener, Erinnerungen (wie Anm. 17), S. 30.

29 Vgl. zu den Nuancen dieser Debatten die hervorragende, leider ungedruckte Diplomarbeit von Christina Hagen: Der Kulturkampf in Österreich und die konfessionellen Gesetze von 1874, Wien 2000.

30 Ich verweise auf Lothar Höbelt: Drei Lager und drei Zonen. Deutsche und italienische Nationalliberale in der Habsburgermonarchie. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 16 (2004), S. 75-88.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

ten, sondern gegen die Gefahr »von unten«, gegen die reaktionäre Masse (die Sozialdemokratie wurde in ihren Anfängen da zuweilen sogar als Verbündete betrachtet) Im Anklang an die marxistische Terminologie könnte man vielleicht formulieren: Die Basis des österreichischen Liberalismus war weiter rechts angesiedelt, der Überbau weiter links als die z.B. der reichsdeutschen Nationalliberalen. Der Leitartikel der »Neuen Freien Presse« am Wahlabend des Jahres 1870, als die erste Welle katholischer Mobilisierung die Landgemeinden überschwemmte, sprach hier Bände: Sollte man die Demokratisierung wirklich vorantreiben, wenn das ganz offensichtlich bloß den Gegnern zugute kam?[31]

Anlehnung an den Staat schließlich auch im Nationalitätenkonflikt. Die Verfassungspartei hielt nicht bloß am konstitutionellen Prinzip fest, sondern auch ganz konkret an der Verfassung von 1861/67, die auf die Bedürfnisse der deutschen Eliten zugeschnitten war – und rief nach dem »Verfassungsschutz«, nach Staatsanwalt und Zensur, sobald föderalistische oder »nationale« Tendenzen ruchbar wurden, die sie als »verfassungsfeindlich« einstuften. Übrigens: Mit dem pejorativen gemeinten Epitheton »national« wurden anfangs selbstverständlich immer bloß nicht-deutsche Bewegungen belegt. Das änderte sich ab den späten achtziger Jahren, als die Deutschnationalen begannen, das Engagement slawischer Nationalbewegungen als Vorbild zu betrachten. Wieder machte sich hier die Minderheitenposition prägend bemerkbar. Gerade in der »Diaspora« lebten die deutschen Minderheiten und der Staatsapparat in einer Art von Zwangs-Symbiose; mochte man bei aller pflichtschuldigen Kritik an den feudal-klerikalen Elementen der Monarchie den Rückhalt am Korsett der imperialen Strukturen nicht entbehren. Die Deutschen waren eine Minderheit; die Liberalen waren innerhalb der Deutschen eine Minderheit, sobald man die Stimmen zählte und nicht mehr wog. Wenn die Deutschliberalen eine parlamentarische Mehrheit behaupteten, so lag das an dem abgestuften Zensuswahlrecht, das bis 1896/1907 für die Wahlen zum Reichsrat galt. Es räumte bis zu einem Viertel der erwachsenen Männer das Stimmrecht ein – war aber anders als das preußische Drei-Klassen-Wahlrecht kein plutokratisches Instrument, sondern eines, das »unvermittelt im Kleinbürgertum abbrach«[32].

Die krönende Ironie lautete: Die österreichischen Liberalen waren in der Praxis staatsnäher, aber nicht staatsfrommer. Man kämpfte nicht mehr gegen den Staat, sondern um den Staat; nicht mehr gegen die Privilegien der Bürokratie, sondern um Beamtenstellen. Aber der Vielvölkerstaat konnte eben nie ganz der eigene sein. Es gab keine Überhöhung des dynastischen Patriotismus durch das Nationalgefühl. Im Gegenteil: Nationalgefühl und Imperialismus

31 Neue Freie Presse, 5.7.1870.
32 Leo Wittmayer, Unser Reichsrathswahlrecht und die Taafe´sche Wahlvorlage, Wien 1901.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

hielten einander die Waage. Gerade die radikalen Nationalisten als Verächter des Bündnisses von Thron und Altar galten als »links«, die übernationalen Verächter der Volkssouveränität als »rechts«. Die autoritären Instinkte des Apparates fanden nie die Verbindung zu einer wirklichen Massenbewegung mit ihrem totalitären Potential. Die antiliberalen Massenparteien – Alldeutsche und Panslawisten, Christlichsoziale und Sozialdemokraten – aber blokkierten einander gegenseitig. Diese Gegensätze halfen ein System von »checks and balances« aufrecht zu erhalten, das erstaunlich viele liberale Züge konservierte. Doch eine liberale Partei als Träger des Systems war dabei nicht mehr auszumachen.

Das hatte zum Teil auch mit Semantik und Etikettenschwindel zu tun. Die Erben des Liberalismus akzentuierten ihre nationalen, gegen die internationalistisch-universalen rot-schwarzen Massenbewegungen gerichteten Wurzeln; nach der Jahrhundertwende, als die katholische Bewegung zur Eroberung der Städte und der Universitäten ansetzte, erlebte auch die Kulturkampfstimmung eine Renaissance. Man war national und freiheitlich (oder freisinnig). Das Adjektiv »liberal« war verpönt. Auch der Antisemitismus, der auf Seiten der Deutschen jene Neidkomplexe mobilisierte, die von allen anderen Seiten gegen die Deutschen ins Treffen geführt wurden, spielte da eine Rolle. Zum Teil war die allgegenwärtige geschmäcklerische Kritik am Liberalismus aber auch Teil eines »Trittbrettfahrer-Syndroms«: Das »System« garantierte liberale Errungenschaften, sie waren Gemeingut geworden, galten als Selbstverständlichkeiten, dafür brauchte es keine Überzeugungstäter mehr. Bis der Weltkrieg die Voraussetzungen radikal veränderte . . .

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Detmar Doering

Eugen Richters Bedeutung für die Gegenwart[1]

Es ist mir bewusst, dass ich mich heute auf vermintem Gelände bewege. Als studierter Historiker, der ich schließlich bin, weiß ich, dass ein Redetitel wie »Eugen Richters Bedeutung für die Gegenwart« schnell zur Aberkennung fachlicher Reputation führen kann. Und das noch vor einem historisch nicht gerade unbeleckten Publikum.

Methodisch unzulässige Analogieschlüsse zwischen historisch einzigartigen Zusammenhängen und Kontexten gelten zu Recht als problematisch, wenn nicht als noch etwas Schlimmeres. Hinzu kommt im politischen Kontext noch der ständig lauernde Ideologieverdacht: Instrumentalisierung einer hehren Geisteswissenschaft zu tagespolitischen Zwecken.

Es gibt indes einen Weg, diesem durchaus ernstzunehmenden Einwand adäquat zu begegnen, nämlich mit Chuzpe, mit Dreistigkeit und ein wenig Bereitschaft zum Glückspiel, ob man damit durchkommen kann.

Da ich mich aufgrund meiner Position darauf berufen kann, dass der politische Zweck stets über dem Vergangenen zu stehen habe, sollte mir das nicht schwer fallen. Das fällt umso weniger schwer, wenn die Tagespolitik Tendenzen aufweist, die einem dies erleichtern.

Nicht nur dem – ansonsten in seinen Konsequenzen ja eher nicht so erfreulichen – Ergebnis der Bundestagswahl verdanken wir die einmalige Möglichkeit, die heutigen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungstendenzen in einen Wahrnehmungseinklang zu bringen mit dem pessimismusgetränkten Bild, das man sich heute von jenem *fin de siecle* macht, in dem Eugen Richter gestaltende Kraft des Fortschrittsliberalismus war.

Um die Freiheit stand es damals wie heute nicht sonderlich gut. Eugen Richter durchlebte Zeiten des Auf und Ab des Liberalismus wie kaum ein Anderer. Politisch sozialisiert wurde er in der Zeit nach 1848 und vor dem einschneidenden Datum der Reichseinigung von 1870/71. In dieser Zeit war der Liberalismus europaweit auf dem Vormarsch. Selbst dort, wo dieser Trend – etwa in den meisten deutschen Ländern – nicht vom heute so genannten »organisierten Liberalismus« regierend getragen wurde, war der Trend zu Konstitutionalismus und Wirtschaftsliberalisierung allenthalben spürbar. Begleitet wurde dies von einer überaus lebendigen liberalen »Zivilgesellschaft« (wie

1 Überarbeitete Fassung des Festvortrages anlässlich der Verleihung des Wolf-Erich-Kellner-Gedächtnispreises am 22. Oktober 2006 in Gummersbach

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

man wohl heute sagen würde). Das aufstrebende Genossenschaftswesen schuf eine populäre Basisverankerung, die heute zu Unrecht belächelt wird, obwohl der heutige organisierte Liberalismus kaum etwas Adäquates vorweisen kann. Man darf nicht vergessen, dass nicht nur für den Genossenschaftler Eugen Richter hier die eigentliche Schule des politischen und sozialen Engagements lag.

Neben den Genossenschaften war noch eine Vereinigung von Gewicht für Richters politische Sozialisation: 1858 gründete sich als einer der ersten politischen Organisationen, die staatenübergreifend in Deutschland tätig waren, der »Kongress Deutscher Volkswirte«, der Kern des so genannten »deutschen Manchestertums«. Als eine aus Unternehmern, Intellektuellen und Genossenschaftlern zusammengesetzte Organisation zur Durchsetzung liberaler Wirtschaftspolitik, der auch Richter angehörte, trug sie viel zur wirtschaftlichen Einigung Deutschlands durch den Zollverein und zur Integration in den immer freihändlerischer werdenden europäischen Wirtschaftsraum bei.

Obendrein: Der Fortschrittsliberalismus, so kann mit Recht gesagt werden, dominierte in der Presse der Zeit, was nicht zuletzt Richters persönliches Verdienst war.

Richter gehörte zu den Pionieren moderner Wahlkampfmethoden mit durchorganisierter Agitation und hoher publizistischer Präsenz. So richtete er für das Zentralwahlkomitee der Fortschrittspartei zusammen mit seinem Mitstreiter Ludolf Parisius einen Broschürenfonds ein, mit dessen Hilfe es gelang, Informationsschriften, volkswirtschaftliche Aufklärungsbroschüren, aber auch Reichstags- oder Versammlungsreden in hoher Auflage zu drucken, um so den öffentlichkeitswirksamen Radius von Abgeordneten zu vergrößern. Nach eigenen Angaben brachte Richter allein zwischen Oktober 1879 und Dezember 1881 ganze 48 Broschüren in einer Auflage von 161.000 Stück heraus. 1885 ergänzte er dieses publizistische Angebot noch um die täglich erscheinende »Freisinnige Zeitung«, die er bis zum Jahr 1904 selbst leitete. Sie blieb aber auch danach das wichtigste Publikationsorgan der Fortschrittsliberalen. 1882 kam noch der monatliche »Reichsfreund« dazu, den Richter wiederum mit Parisius herausgab. Darüber hinaus war die Gegenwart Richters in fast allen wichtigen Presseorganen der Zeit zu spüren, die er unermüdlich mit Artikeln belieferte.

Während man den Kontext des Richterschen Wirken in seiner Anfangszeit als einen Aufwärtstrend für den Liberalismus (insbesondere des Fortschrittsliberalismus) bezeichnen kann, kann man dies für die spätere Zeit – insbesondere nach der Aufspaltung der Fortschrittsliberalen im Jahre 1893 – nur schwerlich diagnostizieren. Die Kehrtwende Bismarcks in der Handelspolitik vom Freihandel zur Schutzzollpolitik 1878 leitete die Wende ein. Freihandel war – das darf man nicht vergessen – mehr als ein wirtschaftspolitischer Teilaspekt,

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

sogar mehr noch als das berühmte Diktum Friedrich Naumanns, dass »die Frage des Freihandels. . .nicht eine Teilfrage der Volkswirtschaft <sei>, sondern ist die Frage der volkswirtschaftlichen Willensrichtung überhaupt.« Der Freihandel war in der öffentlichen Wahrnehmung das wirtschaftspolitische Fundament des Anspruchs der Liberalen, als eine sozial engagierte Kraft auftreten zu können. Der Kampf für Freihandel war der Kampf gegen den privilegierten, agrarelitären »Brotverteurer«. Er war, was den heutigen Beobachter vielleicht erstaunen mag, so etwas wie ein »linkes Anliegen«. Bismarcks Kurswechsel unterminierte diesen Anspruch. Desgleichen tat die Sozialgesetzgebung.

Sie untergrub ökonomisch und auch in der öffentlichen Wahrnehmung die noch bestehenden Restbestände liberaler Sozialdominanz, weil sie das Genossenschaftswesen zunehmend obsolet zu machen schien. Bismarck tat dies ja nicht nur, um den Sozialisten das staatssozialistische Wasser abzugraben (was nicht gelang) und die letzte Verankerung der Liberalen in der Arbeiterschaft, über die die Fortschrittsliberalen noch verfügten, zu zerstören (was weitgehend gelang). Gleichzeitig mit der Zerstörung des sozialen Aspekts des liberalen Genossenschaftswesens und des privaten Versicherungswesens lancierte Bismarck obendrein eine noch das heutige Geschichtsverständnis dominierende Propaganda von der völligen sozialen Gefühlskälte der »Clique der Manchesterpolitiker«, die nur »Vertreter des mitleidlosen Geldsacks« seien. Sie wirkt bis heute im Liberalismusbild der Deutschen fort.

Zumindest dürfte sie viel dazu beigetragen haben, dass das liberale Konkurrenzprogramm zur Staatswohlfahrt nicht ausschließlich an immanenten Faktoren zerbrach. Dass dies eher Folge des überaus geschickten Tuns des politischen Gegners war, dafür spricht die Tatsache, dass die erste der Bismarckschen Sozialversicherungen 1883 die Krankenversicherung war. Dies war nämlich bisher der effizienteste Bereich der privaten und genossenschaftlichen Vorsorge gewesen, wo objektiv der geringste politische Handlungsbedarf bestand. Rund 2/3 derer, die nun zwangsweise dem staatlichen System einverleibt wurden, waren schon zuvor in irgendeiner Form gegen Krankheitsrisiken versichert. »Das Ausmaß, in dem die soziale Krankenversicherung damals an zuvor schon spontan und privat entstandenen Institutionen anknüpfen konnte, zeigt, dass selbst eine noch arme Bevölkerung des wohlwollenden Paternalismus von Seiten des Staates nicht so dringend bedarf. . .«, urteilte einmal die vor einigen Jahren verstorbene Wirtschaftspublizistin Renate Merklein. Die staatliche Arbeitslosenversicherung, die in privatgenossenschaftlicher Weise nur schwer organisiert werden kann (nur potentiell Arbeitslose – also diejenigen, die sich selbst als »Risikogruppe« definieren – würden einzahlen) wurde hingegen erst 1927 eingeführt. Diese zeitliche Reihenfolge unterstreicht die eigentlich politisch motivierte – und destruktive – Richtung der Bismarckschen Reformen.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Aber das Spiel funktionierte. Dem Fortschrittsliberalismus wurde noch mehr das Wasser abgegraben als den Sozialdemokraten.
Hinzu kam in den späteren wilhelminischen Jahren, eine den neuen Sozialprotektionismus flankierende kulturelle Hegemonie der Antiliberalen. Das Flottenprogramm, der Kolonialismus und ein perfide mit antiliberalen und antikapitalistischen Klischees bestückter Antisemitismus wurden auch in jenen bürgerlichen Schichten salonfähig, die bisher zu den Trägern eines fortschrittlich-liberalen Kulturverständnisses gehörten. Heinrich Manns großes Werk »Der Untertan« beschreibt eindrücklich jenen grauenerregenden Umwandlungsprozess, gegen den Eugen Richters Liberalismus das letzte, aber auf verlorenem Posten stehende Bollwerk war.
Dem späteren Betrachter war nach der Katastrophe von 1914-18 und den Folgen klar, wohin die Reise führte. Aber hinterher ist man immer klüger.
Wie ist es mit demjenigen, der noch im historischen Prozess drinsteckt und ihn nicht rückwirkend betrachten kann? Wie werden Liberale mit einem solchen Trend fertig, wie reagieren sie strategisch darauf?
Wenn ich hier über »Eugen Richters Bedeutung für die Gegenwart« referieren soll, dann wirkt sich der historisch gesehen ja höchst unglückliche Umstand, dass der Links- oder Fortschrittsliberalismus zwischen 1893 und 1910 in zwei Parteien aufgespalten war, ausnahmsweise einmal günstig aus. Die verschiedenen Reaktionsmuster liegen so offenkundiger dar als dies vielleicht sonst geschähe.
Aber was sollte uns das heute noch sagen? Schalten wir also von Eugen Richters Todesjahr 1906 auf unser Jetztjahr 2006 um.
Es soll hier keine Schwarzmalerei betrieben werden. Dass alles in einer Katastrophe wie 1914 endet, sei also nicht behauptet. Entscheidend ist aber, dass wir uns in einer Zeit befinden, in der liberale Werte immer mehr in die Defensive geraten.
Bis vor einigen Jahren sah es noch besser aus. Der wohlfahrtsstaatliche, oftmals auch keynesianische Politikansatz kam in den 70er Jahren, der Zeit der Stagflation und der beginnenden strukturellen Arbeitslosigkeit, immer mehr in die Krise. Ralf Dahrendorf schrieb über das Ende des »sozialdemokratischen Zeitalters«. Regierungen, die zumindest auf wirtschaftlichem Gebiet liberalreformerisch auftraten (Margret Thatcher in Großbritannien etwa), wurden in den 80er Jahren in Amt und Würden gehoben. Das galt auch für Deutschland, wenngleich die Regierung Kohl nicht so recht hielt, was sie versprach. Der Systemkonvergenztheorie, die manchmal der Entspannungspolitik gegenüber dem Sowjetimperium anhaftete, wich einer klaren Einsicht, dass man es doch letztlich mit einem Kampf zwischen Freiheit und Unfreiheit zu tun habe. Ronald Reagans damals Skandal erregender Spruch vom »evil empire« erwies sich bald nicht nur als zunehmend zustimmungswürdig, sondern setzte sich in Taten um, die den Niedergang der Sowjetunion beschleu-

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

nigten. Nach dem Sieg des Westens redete man sogar vom Ende der Geschichte. Demokratie und freie Wirtschaft unwiederbringlich gefestigt – diese Aussicht inspirierte zu Wahlkampfaufklebern in Deutschland: »Die 90er Jahre versprechen ein liberales Jahrzehnt zu werden.«

Haben wir für die kommenden zehn Jahre eine ebensolche Erwartung? Das tun wohl nur die wenigsten. Nach der Abwahl der Reformregierung in der Slowakei gibt es weltweit kaum noch eine Regierung, die so etwas wie eine echte liberale Meinungsführerschaft initiiert. In Amerika (der großen Meinungsmacht der Welt) hat ein etatistischer Konservativismus die Macht inne, die Opposition hat sich in den Bann Michael Moores ziehen lassen. Viele, die sich in Europa davon etwas versprechen, werden bald die Probleme entdekken, die sich aus der neuen protektionistischen Wirtschaftsagenda dort ergeben werden. In Großbritannien neigt sich die Ära des aufgeklärt-liberalen Sozialdemokratismus Tony Blairs dem Ende zu. Alle Parteien dort verfolgen nun eine wesentlich etatistischere Richtung.

Hinzu kommt die Krise jener internationalen Institutionen, die sich per Auftrag um Liberalisierung zu kümmern haben, namentlich die WTO. Die Doha-Runde, die der liberalen Entwicklungspolitik handelspolitisch auf die Sprünge helfen sollte, liegt siechend danieder – alle zaghaften Wiederbelebungsversuche scheinen wirkungslos. In der EU scheint sogar Binnenprotektionismus en vogue zu werden, wie die Verwässerung der Dienstleistungsrichtlinie zeigt.

Eine massive Rückkehr zum Protektionismus wird mit großer Wahrscheinlichkeit die politischen Koordinaten in Innen- und Außenpolitik verschieben. Wir sehen die Wiederkunft von Rohstoffnationalismus in Russland, Venezuela und anderen Ländern. Dies wird von geostrategischen Umorientierungen in den Politikkonzepten rohstoffarmer Industrieländer (oft nur kaschiert nationalistisch) begleitet. Von hier aus führt der Weg zu mehr Intoleranz gegenüber allem Ausländischen. Linke und rechte Globalisierungsgegner scheinen sich hier immer mehr anzunähern wie Oskar Lafontaines recht offen betriebenen Stimmenfangen nach rechts (gegen »Fremdarbeiter«) im letzten Bundestagswahlkampf zeigte. Es spielt sich ab, was Eugen Richter seinerzeit klar erkannt hatte: Verschieben sich die wirtschaftspolitischen Koordinaten gegen die Freiheit, verschieben sich bald auch die Koordinaten anderer Politikbereiche in dieselbe Richtung.

In diesem internationalen Kontext wirkt die gegenwärtige Machtkonstellation in der Bundesrepublik – die Große Koalition – umso besorgniserregender. Alle Hoffnungen, dass diese Koalition aufgrund ihrer numerischen Stärke vielleicht doch einige sonst für unmöglich erachtete liberale Reformen durchziehen werde, sind wohl selbst bei den Naivsten mittlerweile geschwunden. Dies ist bei einer Konstellation, in dem die beiden Großblöcke fast ungehindert »agenda-setting« betreiben können, prekär. Die zumindest in den Eliten

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

und auch Teilen der Medien *nolens volens* dominierende Reformstimmung in den Medien ist fast auf einen Schlag verschwunden. Dieser Verlust wird schwerlich schnell wieder aufholbar sein.
Entsprechend ist auch der Zeitgeist. Nicht nur das Parteienspektrum hat sich verschoben, etwa bei der SPD, die links Stimmen von der PDS zurückholen muss, und seit der Heuschreckenkampagne immer mehr in Populismus verfällt, und auch bei der CDU, bei der sich die einfache, aber falsche Auffassung, die Wahlniederlage sei nicht Folge strategischer Fehler gewesen, sondern des Reformkurses, mittlerweile konkurrenzlos durchgesetzt hat.
Nein, auch die Stimmungslage kippt, wie das eigentlich kaum anders zu erwarten war, wenn ein solches Machtkartell die öffentliche Meinung dominiert. Zumal: Das Ganze kann sich auf die Ausnutzung urdeutscher Ängste berufen und stützen. Der Reformwille, der noch vor 1 ½ Jahren die Oberhand gewonnen zu haben schien, war ja mehr Einsicht in die grausame Notwendigkeit, denn Freude an Freiheit. Die Werte beginnen sich wieder zu verschieben. Das Allensbacher Institut stellt eine abnehmende Präferenz der Bundesbürger für den Wert der Freiheit fest, wenn er dem Wert der Gleichheit gegenüber gestellt wird. Das gilt selbst inzwischen für den Westen, dessen Bevölkerung sich mentalitätsmäßig dem per se weniger freiheitsliebenden Osten dramatisch anzunähern scheint.
Das Programm wirtschaftlicher Liberalisierung wird zunehmend mit dem Liberalismus als solchem gleichgesetzt, und unter dem vagen, aber unheilschwangeren Begriff »Neoliberalismus« verächtlich gemacht. Dabei spielen wie zu Richters Zeiten (wenngleich auch etwas subtiler platziert) nationale Abgrenzungen eine Rolle. Man wolle keine »amerikanischen Verhältnisse«. Der »amerikanische Kapitalismus« bedrohe das »europäische Sozialmodell« und dessen Errungenschaften, zu denen – so könnten Spötter sagen – vor allem hohe strukturelle Arbeitslosigkeit gehört. In der Wirtschaftspublizistik – bisher noch eine liberale Hochburg – werden Autoren wie Gabor Steingarts Buch »Weltkrieg um Wohlstand« zum Hit, ja zu Autoren des erfolgreichsten Wirtschaftsbuch des Jahres, in dem eine Rückkehr zur altwilhelminischen Handelsblockpolitik gefordert wird. Die »gelbe Gefahr« – Chinas Macht – lässt dabei grüßen. Auch sonst ist in mancher Hinsicht abgrenzende Ressentimentpolitik angesagt. Was dem illiberalen Nationalen in Richters Zeiten der »englische Händlergeist« war, ist dem heutigen Liberalismuskritiker sein antiamerikanisches Feindbild. Gewürzt wurde es damals mit gegen den Kapitalismus gerichteten antisemitischen Einlagen– was sich heute zwar noch (?) verbietet, aber mit dem Antizionismus wenigstens einen Teilersatz erfahren hat.
Antikapitalismus so als kulturelle Grundattitüde verstanden, wird schnell zur umfassenden Gefahr für den Liberalismus. Die Freude an Freiheit einschränkendem Interventionismus nimmt nicht nur im wirtschaftlichen Bereich zu.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Der Hang, Freiheitsrechte dem Sicherheitsgedanken zu opfern, wird größer. Eine latente Fremdenfeindlichkeit wird selbst in bürgerlichen Kreisen immer salonfähiger. Gemeinschaftswerte – etwa die Rückbesinnung auf die Familie – werden nicht mehr in dem Sinne liberaler Interpretation wahrgenommen, wie dies Ralf Dahrendorf mit dem Begriff »Ligaturen« einst tat – jene freiwilligen Gemeinschaftsinstanzen, die ein liberales Gegengewicht zum staatlichen Zentralismus bilden. Sie werden zurzeit immer mehr als Plattformen staatlicher Integration und als Spielwiese für *social engineering* gesehen. Der Staat versucht – Beispiel Elterngeld – diese bisherigen Zonen gemeinschaftlicher Freiheit zu unterjochen. Welche Sprache auf Schulhöfen gesprochen wird, die Tabuisierung vermeintlicher Diskriminierung (in Wirklichkeit oft reine Privatangelegenheit), die Betreuung von Kindern, was als Schulpausenmahlzeit geeignet ist – das alles wird zunehmend etatisiert.

Die scheinbar »softe« Feinregulierung des Lebens schreitet fort: Politische Korrektheit, »Antidiskriminierung«, Werbeverbote, Essensvorschriften.

Wer in der Freiheit den höchsten Wert sieht, hat zurzeit einen schweren Stand. Es muss nicht so sein, aber es ist durchaus wahrscheinlich, dass sich Liberale auf eine längere Durststrecke gefasst machen müssen.

Das bietet dem organisierten Liberalismus zunächst einmal Chance, von denen zurzeit hervorragende Umfragewerte zeugen. Es gibt aber auch Risiken, die umso größer werden wie sich die Durststrecke verlängert. Das liberale Segment wird, so besteht die Gefahr, insgesamt nicht größer, sondern es konzentriert sich nur. Es wird schwieriger, Verbündete zu finden. Der neukollektivistische Geist wird immer mehr in die institutionellen Graswurzeln eindringen.

Ohne die Gefahren von heute mit denen der Richterschen Zeit gleichsetzen zu wollen, denke ich, dass man aus dem Studium des Reaktionsmusters der beiden Fortschrittsliberalen Parteien durchaus Gewinn ziehen kann.

Die Reaktion Richters und seiner Freisinnigen Volkspartei wurde – wenn auch nicht immer ganz zu Recht – als negativistisch wahrgenommen. Als begabter Redner und noch begabterer Haushaltsexperte verpflückte Richter alle unliberalen Projekte seiner Gegner. Er galt schließlich als der einzige Abgeordnete, der der Regierung an Wissensstand in Budgetfragen gewachsen war, und der Haushaltsvorlagen bis ins letzte Detail analysieren konnte.

»Mit dem Rechenstift des gewissenhaften Buchhalters suchte Richter das dynastische Machtstreben des Militarismus zu bekämpfen.« So hat es Friedrich C. Sell einmal formuliert.

Das hat Richter den Ruf eingebracht, er sei doktrinär und zugleich pedantisch gewesen. Das ging schließlich soweit, dass ihm noch heute selbst von Liberalen der Vorwurf gemacht wird, er sei gar ein »entschiedener Liberaler« gewesen – so als ob dies nicht eigentlich auch ein Lob sein sollte. Auch hätte sein Werdegang als sozial engagierter Genossenschaftler, als vom Polizeistaat

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

einst Verfolgter und vor allem sein mit noblen Worten und viel Herzblut geführter Kampf gegen den Antisemitismus eigentlich auch der Vorwurf von pedantischer Kleingeistigkeit als gehässige Diffamierung erkannt werden müssen. Und ist ein »negatives Programm« nicht in Wirklichkeit in einem sehr »positiven Programm« getragen, wenn es um den Kampf gegen so eindeutige Illiberalismen wie Protektionismus, Kolonialismus, Antisemitismus oder Sozialpaternalismus geht? Die positive Authenzität machte eine nicht unerhebliche Stärke Richters aus.

Die Freisinnige Vereinigung unter Friedrich Naumann und Theodor Barth sah hingegen nicht ohne Grund, dass aber auch die positive Besetzung von Themen nötig war. Sie verfolgte eine andere Strategie. Dazu bedurfte es, so die Logik, einer Umformulierung des liberalen Gedankens.

Richters Kritik am machtstaatlichen Imperialismus, Flottenaufrüstung und Kolonialismus wurde als Verkennung der Bedürfnisse des volkstümlichen Machtstaats gedeutet. Stattdessen müsse man sich anpassen. Aber war es eine vorausschauende Position, wenn Theodor Barth, der mit dem Schlachtruf »der Liberalismus muss eine große nationale Politik treiben«, das Flottenprogramm stützte, gleichzeitig aber 1908 auf dem Londoner Freihandelskongress ernsthaft die Verständigung mit England beschwört, die zu zerstören ja im Grunde der Zweck der Flottenpolitik gewesen war? Was hatte der Flottenaufrüster Barth mit dem echten Linksliberalen Barth noch gemein, der in der gleichen Rede sagte: »Freihandel ist heute bei weitem die stärkste Garantie des europäischen Friedens. . . Ich weiß nur dies, dass die ganze Welt und die Friedensführer darin England verpflichtet ist, wenn es dieser Politik treu bleibt.«

Es behinderte vor allem ein durchaus sinnvolles Ziel, das man durch eine Abkehr von marktwirtschaftlichen Positonen erreichen wollte. Diejenigen, die nun eine eigene Variante des demokratischen Sozialetatismus vorantreiben wollten, lagen parteitaktisch vielleicht gar nicht völlig falsch. Man hat das oft als langfristig angelegte Weisheit bezeichnet, weil es neue Bündnischancen mit einer sich moderierenden Sozialdemokratie gegen das alte »Establishment« ermöglichte. Selbst bekennende »Manchester-Liberale« wie Theodor Barth schlossen sich deshalb diesem Argument an. In Wirklichkeit war es wohl eher kurzfristige Taktik denn langfristige Strategie, denn es erodierte alte Wählerschichten und erschloss neue nicht im erwarteten Maße. In Verbindung mit der Befürwortung von Kolonialismus und Flottenpolitik musste das den potentiellen Bündnispartnern in hohem Maße suspekt erscheinen, da die sozialdemokratische Politik in hohem Maße antimilitaristisch ausgerichtet war. Hier stand die Sozialdemokratie vielleicht sogar den klassischen Manchesterliberalen wie Richter recht nahe. Der Spagat zwischen dem nationalistischem Wilhelmismus, der Sozialdemokratie und einem genuinem Liberalismus wollte nicht so recht gelingen.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Was stand am Ende? Die Freisinnige Vereinigung war sicher die Partei der intellektuell interessanteren Debatte, und wurde zu Recht auch so bis heute wahrgenommen. Sie war damit aber auch per se eine Partei mit kleiner Basis – einer instabilen Basis, die sich zunehmend als abhängig vom wilhelminischen Staat erwies. Eine Lehrer- und Pfarrerpartei eben, wie Richter einmal spottete. Der Snobbismus, mit dem Theodor Barth konterte, war bezeichnend. Wenn jemand Mosel- von Rheinwein unterscheiden könne, dann müsse er der Freisinnigen Vereinigung angehören, sonst sei er wohl eher Richters Partei zugehörig. Ist das die Rhetorik, die das Bündnis zwischen Liberalismus und Arbeiterklasse stiften kann?

Folgerichtig erhielt bei allen Wahlen, in denen die Linksliberalen getrennt auftraten, die Partei Richters mehr Stimmen, wobei sie auch weniger »Besserverdienende« ansprachen. Das alles aber zu einem furchtbaren Preis: Der Gesamtkuchen wurde kleiner.

Der Zwickmühle, in der sich die fortschrittlichen Liberalen befanden, war nicht leicht zu entrinnen. Der Ausverkauf programmatischer Kernpositionen war durchaus nicht der langfristig richtige Weg. Er ließ die Liberalen schließlich geradezu überflüssig erscheinen zwischen den beiden gegnerischen Blökken. Ohne die Spaltung von 1893 und ihre recht harte Aufrechterhaltung durch Richter hätten die Fortschrittsliberalen das Problem jedoch leichter konfrontieren können. Die Kehrseite seiner Prinzipientreue war die Unfähigkeit Richters, sich mit inhaltlich in vielen Fragen Nahestehenden wie etwa Ludwig Bamberger und anderen auf einen relativ »schmerzlosen« Kompromiss einigen zu können. 1903 waren die Linksliberalen (beide Parteien zusammen) im Reichstag an Mandaten um die Hälfte gegenüber 1893 reduziert worden. Als 1910 nach Richters Tod die Wiedervereinigung der beiden linksliberalen Parteien erreicht wurde, war es wohl zu spät. Eine starke politische Kraft, die die zerstörerischen Kräfte des Wilhelminismus effektiv eindämmen konnte, entstand so nicht mehr. Der Liberalismus der Zeit unmittelbar vor 1914 trug viele der verhängnisvollen Politiken – etwa Flottenpolitik und Imperialismus – mit.

Richters Pech – und das der Fortschrittsliberalen überhaupt – war, dass die Gegner einen unauflöslichen Widerspruch zwischen taktischen Notwendigkeiten und politischen Zielen herzustellen wussten, aus dem nur schwer herauszukommen war.

Die Lehre für heute? Es bietet sich keine offenkundige an. Sie ist, da die Zeiten nicht völlig vergleichbar sind, natürlich nicht eindeutig bestimmbar. Der organisierte Liberalismus ist gottlob nicht so kleinteilig gespalten, wie dies noch bis in die Weimarer Republik hinein der Fall gewesen ist. Das kann, muss aber nicht zur glücklichen Synthese aller Vorteile führen. In den frühen 70er Jahren folgte die FDP – sympathischerweise aber ohne die Anbetung von Militarismus und Wilhelminismus – in vieler Hinsicht der Freisinnigen Verei-

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

nigung. Sie versuchte dem Zeitgeist zu folgen in einer Zeit, als der Liberalismus abermals in die Defensive geriet, diesmal von der damals noch frisch geborenen 68er-Generation. Wieder wurde sie intellektuell stark und elektoral schwach.

Ein Zuviel an Anpassung an den Gegner tut nie gut. Umgekehrt, so ist allerdings zu befürchten, nutzt die reine negative Kritik auch nur begrenzt. Im heutigen Kontext ausgedrückt: Nur mit bürgerlicher Gegnerschaft können die Liberalen sicher noch über eine geraume Zeit viele Menge Frustrierte bürgerliche Wähler von anderen Parteien – insbesondere den Christdemokraten – weglocken. Aber können sie sie auch langfristig binden?

Ich denke, es ist klar: Man muss stets die glaubwürdigen Alternativen bereithalten. Man muss die engen Grenzen der Anpassung kennen, dadurch Identität wahren und trotzdem positiv die Agenda zu bestimmen trachten. Das ist nicht einfach. Man muss dabei vor allem dem Bindestrich-Liberalismus eine Absage erteilen. Freiheit muss als ganze, umfassende Agenda erkannt werden. Das heißt zum Beispiel, dass es keine Verengung auf den Wirtschaftsliberalismus geben darf, dass aber die Themenerweiterungen auch nicht zu Lasten des wirtschaftlichen Profils gehen dürfen. Hier gilt ganz und gar das Motto Eugen Richters, der dies 1896 auf den Punkt brachte:

»Die wirtschaftliche Freiheit hat keine Sicherheit ohne politische Freiheit, und die politische Freiheit findet ihre Sicherheit nur in der wirtschaftlichen Freiheit.«

Auch bei der Lösung der sozialen Frage, deren Abhandlung durch Richter von der Nachwelt stets kritisch gesehen wurde, ist es schließlich möglich, den freiheitlichen Impetus zu erhalten.

Richter war hier übrigens durchaus vorsichtig, aber keineswegs so doktrinär wie gemeinhin dargestellt.

Zum Beispiel war seine seine Gegnerschaft zu der als Voraussetzung der Bismarckschen Unfallversicherung einzurichtende Reichsversicherungsanstalt im Mai 1881 keineswegs prinzipieller Natur, sondern vielmehr versprach er sich mehr davon, wenn diese dezentraler als Landesanstalten betrieben würden. Er argumentierte vor allem gegen die Errichtung von Monopolen und die Eliminierung von Wettbewerb – ein ehrenwert liberales Anliegen.

Auch die Entwicklung der kollektiven Selbsthilfe in Form der Genossenschaften und der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine sah er durchaus als etwas, das einer staatlichen Ordnungsgesetzgebung bedurfte.

Das Vertrauen auf die rechtlich ordnende, aber nicht intervenierende Hand des Staates, mag bei Richter sehr zaghaft gedacht worden sein, ist aber durchaus ein lohnender Ansatz für Liberale. Kein geringerer als Ludwig Erhard hat einmal gesagt, dass die jugendliche Erinnerung an Richter eine seiner ordnungspolitischen Inspirationen war.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Während man denjenigen, die den Ausbau des Sozialstaates offensiv betrieben, über Jahre die politische Weitsicht zusprach, und Richters Kritik daran als veraltet abtat, müsste man heute sogar vielleicht zu dem Schluss kommen, dass Richters Weitsicht vielleicht noch weitsichtiger war. Das Problem, dass ein einmal ausgebildeter Sozialstaat schnell zu viele Wünsche und Begehrlichkeiten wecken könne, und strukturell dazu tendiere, sich zu übernehmen, ist heute unübersehbar geworden. Welcher heutige Liberale könnte dem Satz von 1896 nicht zustimmen, man »erweckte hier wachsende Ansprüche gegen den Staat, die kein Staatswesen auf die Dauer befriedigen kann . . .« Den Sozialismus in seiner totalitären Ausprägung sah er ebenfalls klar voraus, wie sein berühmtestes Werk, der Kurzroman »Sozialdemokratische Zukunftsbilder«, grandios darlegte. Richter schilderte darin ein fiktives Familienschicksal in einer (nicht so fernen) Zukunft, in der die Sozialdemokraten die Herrschaft gewonnen haben. Die sich ausbreitende Mangelwirtschaft wird dabei in drastischen Farben geschildert, desgleichen der zunehmend autoritär-repressive Charakter des sich zunächst radikal demokratisch gebenden politischen Systems. Am Schluss sieht sich das Regime gezwungen, die Grenzen zu schließen und auf fliehende Auswanderer schießen zu lassen. Der real-existierende Sozialismus der »DDR« wurde so in geradezu seherischer Weise vorweg genommen. Nur in einem Punkt war Richter dabei dem Sozialismus gegenüber noch zu gnädig. Der durch die ausufernde Staatstätigkeit an den Rand der Erschöpfung getriebene Kanzler der Sozialdemokraten beklagt sich, weil er aufgrund der realisierten Gleichheit sich kein Personal halten dürfe, das ihm die Alltagsarbeit abnehme, und er finanziell darbe. Richter hätte sehen müssen, dass auch sozialistische Machthaber, wenn sie erst einmal das Machtmonopol innehaben, sich selbst durchaus mit Privilegien zu versorgen, wie nicht nur das Beispiel des Sowjetkommunismus schließlich eindrücklich beweist.

Wissen wir es? Vielleicht wird vieles von dem, was an Richter lange als veraltet galt, irgendwann wieder aktuell. Vielleicht gehört die Skepsis des vom Instinkt her volksnah demokratischen Politikers Eugen Richters an der reinen Demokratie dazu. Die Demokratisierung der Gesellschaft war das Mittel, mit dem Linksliberale und Sozialdemokraten lange Zeit den etatistischen Eingriff mit der Vision liberaler Freiheitsrechte in Einklang zu bringen trachteten. Die Mitbestimmung sollte Freiheit in einer größer und dichter verregelten Welt sichern helfen. Und sie hatten Recht, dass man den Sozialstaat nicht nur – wie Richter – als etwas in den Händen von Autokraten Befindliches denken durfte.

Indes hatte Richter eine merkwürdig ambivalente Einstellung zur Demokratie. Er kritisierte stets das preußische Dreiklassenwahlrecht, konnte sich aber nie zur Forderung seiner Überwindung durchringen. Das wirkt gerade im Lichte eines »entschieden liberalen« Rechtsverständnisses recht befremdlich. Viel-

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

leicht sah er, dass das bisherige System zwar die Interessengesetzgebung für die Eliten beförderte, aber die demokratischere Gegenvision – von Sozialliberalen und Sozialdemokraten als Chance begriffen – die gesellschaftliche Verankerung von Freiheit unterminierte. Dies galt insbesondere, wenn der Staat zunehmend sozialinterventionistischer agierte.

Oft genug wurde Richter vorgeworfen, er habe im Staat stets den obrigkeitlichen Militär- und Junkerstaat vermutet, für den eine gewisse Skepsis in Bezug auf paternalistische Etatismen ja auch angebracht gewesen sei, während im demokratischen Kontext die Risiken nicht bestünden. Richter hingegen war klar, dass ein Zuviel an Staatsvorsorge auch im demokratischen Kontext Probleme aufwerfe.

Auf die heutige Zeit gewendet: Demographen attestieren der deutschen Gesellschaft bereits eine deutliche »Dominanz der unproduktiven Klassen«. Für nur noch 39% ist Erwerbsarbeit die wichtigste Unterhaltsquelle. 1991 waren es noch 44%. Die Renten- und Sozialleistungsempfänger sind in der Mehrheit. Und bei dieser Zahl sind nicht einmal diejenigen mit einberechnet, die ihr Arbeitseinkommen staatsabhängig erwirtschaften – etwa die Beamten. Im Lichte dieser Entwicklung kann die liberale Demokratie zur Falle für den Liberalismus werden. Dies erklärt, warum Reformverweigerung immer mehr um sich greift, warum kurzfristiges Besitzstandsdenken über das langfristige Wohl des Landes dominiert.

Wir stehen vielleicht am Anfang einer Entwicklung, in der sich die liberale Idee der Freiheit und die liberale Idee der Demokratie zu trennen beginnen oder sich gar gegenläufig entwickeln. Das wäre verheerend, ist aber als Grundkonflikt der liberalen Demokratie von Liberalen stets erkannt worden. Deshalb muss dieser Entwicklung entgegen getreten werden – und zwar mit der skeptischen Grundhaltung Richters, nicht mit der Naivität mancher seiner linksliberalen Konkurrenten.

Damit wären wir bei einem politischen Ziel, das Eugen Richter – lebte er heute – sicher auch von Herzen unterstützen würde: Die Stärkung individueller wirtschaftlicher Selbständigkeit. Dies gilt im Bereich der Sozialversicherungen, wo individualisierte Rentenkonten ohne kollektiven Generationenvertrag wenigstens ein Gefühl dafür gäben, dass hier etwas Erarbeitetes vorliege. Oder die Verpflichtung in einem wettbewerbsorientierten Gesundheitssystem, erst einmal vorgestreckte Zahlungen rückerstattet zu kriegen (ähnliches wäre auch bei der Einkommensteuer schön, wenngleich ebenso unrealistisch) – dies würde Kostenbewusstsein schaffen. Das Gefühl, dass auch ein legitimer Sozialstaat immer vom Griff in anderer Leute Tasche lebt, ist uns abhanden gekommen – eine Gefahr, die Richter früher – vielleicht verfrüht – begriff.

Vermögensbildung und Beteiligungskapital gehören wieder offensiv auf die liberale Agenda. Es nutzt Liberalen nicht, das Residuum für frustrierte bürger-

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

liche Restwähler zu werden. Es braucht die Vision einer Gesellschaft, in der Freiheit wieder substantiell verankert und mit sozialer Basis ausgestattet ist. Das ist nicht leicht und die entsprechende Agenda bedarf sorgfältigen Aufbaus. Vor allem ist das alles nicht zu haben, wenn man selbst in seinen Prinzipien schwach ist. Dies war Eugen Richter bestimmt nicht, und darin liegt vielleicht seine besondere Vorbildfunktion – allen seinen Schwächen zum Trotz. Ja, die Zeiten mögen hart sein. Was der Historiker Erich Eyck 1931 über Richter sagte, sollte daher zur liberalen Leittugend werden: »Heute . . .wissen wir einen Mann doppelt zu schätzen, der nie seine in ernster Gedankenarbeit erworbene Überzeugung verleugnete und mit ungebrochenem Mut für sie kämpfte, auch wenn Wind und Wetter gegen ihn waren.«

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Weitere Beiträge

Hellmut Seier

Eugen Schiffer als Zeitbeobachter 1941/42. Zu einem unbekannten Kriegstagebuch des früheren Reichsministers

Über den Nationalliberalen Eugen Schiffer (1860-1954) ist wenig gearbeitet worden[1]. Als Jude geboren, als Jurist und Richter tätig, ist er nach der Taufe Parlamentarier geworden und zu hohen Ämtern gelangt. In den Anfängen der Weimarer Republik ging er zur DDP, wurde Minister und Reichsvizekanzler. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat er zu den Gründern der LDP gehört und noch fast neunzigjährig der ostzonalen Justizverwaltung vorgestanden[2]. Ein ungewöhnliches Leben – aber es hat noch keinen Biographen gereizt[3]. Auch hat sich noch kein Interpret in das gedruckte Gesamtwerk vertieft, das aus Büchern, Aufsätzen, Leitartikeln und Reden besteht[4], und auch noch kein Editor in die ungedruckte Hinterlassenschaft[5].

Die Zurückhaltung mag verschiedene Gründe haben. Eine Rolle könnte dabei die Mobilität im liberalen Lager spielen, die Wanderschaft von einer Partei zur anderen, vielleicht auch der konfessionelle Übertritt. Irritieren dürfte die

1 Zuletzt Thilo Ramm (Hrsg.), Eugen Schiffer. Ein nationalliberaler Jurist und Staatsmann 1860 – 1954, Baden-Baden 2006. Dort weitere Literatur.

2 Reichsfinanzminister 1919, Reichsjustizminister 1919/20 und 1921, Vorsitzender der Reichstagsfraktion der DDP 1919 und 1920/21, Präsident der Zentralverwaltung Justiz der sowjetischen Besatzungszone 1945-1948.

3 Vorarbeiten: Joachim Ramm, Eugen Schiffer und die Reform der deutschen Justiz, Neuwied-Darmstadt 1987; Hellmut Seier, Eugen Schiffer und die nationalliberale Partei. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der Parlamentarisierung vom Jahrhundertausgang bis 1917. Habilitationsschrift (Ms.) Frankfurt/M. 1970. – Kurzbiographie: Hans-Henning Zabel, Eugen Schiffer, in: NDB 22, 2005, 749-751.

4 Hauptwerke: Die deutsche Justiz. Grundzüge einer durchgreifenden Reform, Berlin 1928, 2. Aufl. München 1949; Rudolf von Gneist. Ein Lebensbild, Berlin 1929; Sturm über Deutschland, Berlin 1932; Ein Leben für den Liberalismus, Berlin 1951. – Bibliographie (nicht ganz vollständig): J. Ramm, Schiffer und die Reform (wie Anm. 3), 223-231.

5 Nachlaß Schiffer, benutzt im Preußischen Geheimen Staatsarchiv Berlin, jetzt Bundesarchiv (zit.: NL Schiffer). – Ein kleiner Privatnachlaß (zit.: PrivN Schiffer) wurde benutzt mit Erlaubnis von Frau Marie Schiffer (Berlin) und Frau Käthe Lindenau (Berlin). – Briefe Schiffers an den Jenaer Strafrechtler Heinrich Gerland in dessen Nachlaß (zit.: PrivN Gerland) wurden benutzt mit Erlaubnis von Frau Eva Gerland (Mainz).

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Doppeldeutigkeit mancher politischen Option, von der Rolle im Kapp-Putsch bis zu den Ostberliner Nachkriegsjahren. Das alles stieße die Forschung nicht ab, zöge sie vielmehr an, ja ließe Belebung erhoffen, wenn es ohne großen Aufwand auszuloten wäre, wenn sich in Nachlässen oder autobiographischen Schriften hinreichend Handhaben böten, die zur Motivabtastung verlockten. Das aber ist nicht oder nur in Grenzen der Fall. Das politisch-literarische Werk ist unübersichtlich und zerstreut. Das öffentlich Archivierte hat durch Lebensschicksal und Kriegsverlauf Einbußen erlitten. Was an persönlichen Aufzeichnungen erhalten blieb, liegt zumeist in einer maschinenschriftlichen Fassung vor, die erst nach 1945 entstand[6].

Desto mehr muß ein privates Notiz- und Tagebuch[7] interessieren, das den Krieg im Original überstand, nicht zur Publikation bestimmt war und über Schiffers Gedankenbildung in einer geschichtlichen Situation von höchster Dramatik Aufschluß gibt. Es handelt sich um ein schwarzes Wachstuchheft mit alphabetischer Registratur, wohl eher gedacht als Adreßbuch oder Telephonkalender, aber mit gut beschreibbarem (man sagte »friedensmäßigem«) Papier und vermutlich deshalb zur Zeitbeobachtung umfunktioniert. Der Inhalt besteht aus 151 beschrifteten und einigen ungenutzten Seiten, alle unpaginiert, dafür durch Datierungen eingeteilt und voneinander abhebbar. Der größte Teil stammt aus den Jahren 1941 (93 S.) und 1942 (45 S.), nur ein kleiner Rest (13 S.) aus der letzten Kriegsphase (1943/44) und der Nachkriegszeit (1950/52). Die meisten Eintragungen weisen Schiffers Altershandschrift auf, eine schwer zu entziffernde Sütterlinschrift. Nur wenige Seiten aus verschiedener Zeit, insgesamt sechzehn, stammen von einer anderen Hand. Sie fügen sich jedoch nahtlos in den jeweiligen Zusammenhang, sind also wahrscheinlich diktiert.

Ziel der Eintragungen war die Zeitspiegelung, nicht das private Ereignisprotokoll. Man erfährt nichts über das persönliche Ergehen, nichts über Besucher, Verwandte oder Menschen des täglichen Umgangs, so wenig wie über häusliche Vorkommnisse oder Beeinträchtigungen. Nicht einmal der Aufenthaltsort wurde vermerkt. Deutlich wird nur, daß sich der Chronist in Berlin befand, wohl noch in einer eigenen Wohnung (ab Herbst 1941 Mommsenstraße 52), und daß er von Büchern, Notizen und Zeitungen umgeben war. Darauf griff er zurück, wenn er das Kriegsgeschehen verfolgte und seine täglichen oder wöchentlichen Eindrücke mit seinem Welt- und Geschichtsbild verglich.

6 NL Schiffer, Bd. 1-5. Unsystematisch zusammengestellt, teilweise überarbeitet, vielfach undatiert, oft aber fußend auf älteren Unterlagen. Quellenwert nicht immer eindeutig.

7 PrivN Schiffer (künftig zit.: Tgb mit Datum). – Das unbetitelte Heft enthält auf der Innenseite des Deckblatts als Bleistiftnotiz Schiffers das Wort »Stromata«. So hatte ein Hauptwerk des Kirchenvaters Clemens von Alexandria (ca. 150-215) geheißen, das vermischte und zerstreute Darlegungen philosophisch-theologischen Inhalts »teppichartig« verknüpfte. Die indirekte Bezugnahme dürfte andeuten, daß Schiffer das Diarium zugleich als Notizbuch betrachtete.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Doch seine Neigung erschöpfte sich nicht im politisch-historischen Kommentar. Er knüpfte auch an heitere Lesefrüchte an, dachte nach über Kunst, Religion, Philosophie, Jurisprudenz. Besonders liebte er Anekdoten, Scherze, Wortspiele und paradoxe Aphorismen, notierte sie zur Verwendung im Gespräch oder bei der Schriftstellerei. Denn er war ein Causeur – wie Fontane, um diese Zeit sein Lieblingsautor[8].

Doch ein Causeur eigentümlicher Art. Denn er war keineswegs ganz »frei«, als er sein Diarium füllte. Es ist vielmehr ein Problem, in welchem Grade es ihm möglich war oder tunlich schien, sich offen auszudrücken. Das hing mit seiner zwiespältigen Situation nach 1933 zusammen. An sich war er trotz seiner Herkunft als Jude und ungeachtet seines liberalen Engagements zunächst glimpflich davon gekommen. Man hatte ihm zwar seine Beamtenpension gekürzt, später auch eine Vermögensabgabe erzwungen, ihm schließlich den Zwangsvornamen »Israel« verabfolgt und den Judenstern angeheftet. Aber in den damit markierten Grenzen hatte er nahezu unbehelligt weitergelebt, sogar noch im Kriege. Er empfand seine relative Privilegiertheit selbst, ironisierte sie zuweilen. »Ich komme mir vor wie der Gefangene im Vatikan, Kondolenzbesuche und Opferspenden empfangend«, notierte er im September 1941[9]. Auch danach hatte er noch Besuch. Selbst als er Anfang 1943 genötigt wurde, sein privates Zuhause zu räumen, fand er Zuflucht in Asylen, zuletzt dem Jüdischen Krankenhaus im Berliner Norden, durfte sich also, verglichen mit der Masse seiner Leidensgenossen, erneut als vergleichsweise bevorzugt ansehen. Von alledem läßt uns das Tagebuch indes nichts wissen. Inwieweit das dem Papier Anvertraute unausgesprochen davon mitgeprägt war, ist nicht exakt zu ergründen, muß jedoch stets mitbedacht werden.

Das schmale Wachstuchheft, so wie es vorliegt, gibt sich harmlos. Es ist eine Fundgrube für jedweden Geschmack, präsentiert eine bunte Mischung aus Poesie, Feuilleton, Politik und Weltgeschichte. Auf die Pfennigmünze kalauernden Witzes oder matter Geistreichelei folgt oft das schwere Gold gewonnener Einsicht, durchschauter Zusammenhänge oder kritischer Lebensbilanz.

8 Zehn Zitate aus »Schach von Wuthenow« oder Briefen allein ab Oktober 1942. Häufiger zitiert sind neben Bismarck, Goethe, Napoleon, Hegel und Lassalle auch zeitgenössische Autoren, unter anderem Shaw, Ibsen, Nietzsche, Anatole France, Hans Delbrück, Friedrich Meinecke und Hans von Seeckt.

9 Tgb 19. 9. 1941. – Als Besucher herausgehoben genannt in Briefen an Gerland in bezug auf die Kriegs- und Vorkriegszeit wurden einerseits frühere Minister bzw. Staatssekretäre (wie Geßler, Hamm, Noske, Scheüch, Zimmermann), andererseits Gelehrte, Diplomaten und hohe Beamte (wie Fleischmann, Kuenzer, Lancken, Meinecke, Metz, Sänger, Seeberg). Zur ehemaligen DDP-Prominenz bestanden offenbar kaum Beziehungen, außer der zu Otto Fischbeck, mit dem sich Schiffer bis 1939 regelmäßig zum »Montagsfrühstück« traf (PrivN Gerland, Schiffer an Gerland, 16. 6. 1939 und 31. 10. 1940). – Zum Hintergrund ferner J. Ramm, Schiffer und die Reform (wie Anm. 3) 171 f.; Dietrich Goldschmidt, Erinnerungen an das Leben von Eugen und Marie Schiffer nach dem 30. Januar 1933, in: Berlin in Geschichte und Gegenwart 1991, 117-146. Zusammenfassend Thilo Ramm, Jurist und Politiker, in: ders. (Hrsg), Schiffer (wie Anm. 1) 131-204, hier 181.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Wollen wir uns dieser Quelle nähern, ohne uns in ihre Vielfalt zu verlieren, bedarf es dazu einer Fragestellung, die Wesentliches hervorhebt und Beiläufiges übergeht. Wesentlich erscheint uns, was den Liberalen, den Reformer, den Weltkenner, den früheren Juden charakterisiert, beiläufig seine Art und Weise, sich bei Laune und Stimmung zu halten – trotz oder wegen des ihn bedrohenden, ihm noch unbekannten Schicksals, dem er nicht ganz ohne Vorahnung, aber gelassen entgegensah.

Erfragt werden soll dreierlei: 1. wie Schiffer vor und nach dem Angriff auf Rußland die Kriegs- und Weltlage sah und was er von der Zukunft erwartete; 2. wie sein Geschichtsbild darauf reagierte und ob seine Weltanschauung sich änderte; 3. wie sich das Zeitgeschehen in seiner Eigenbewertung spiegelte und ihm Anlaß gab, über sich selbst, seinen Charakter, seine Gaben, Leistungen und früheren Reformanstöße nachzudenken. Wir verfahren derart, daß wir anhand dieser Fragen die Reflexionsentwicklung durchgehen, ohne ihr streng chronologisch zu folgen – was ja nicht ausschließt, daß Einstellungsänderungen aus aktuellem Anlaß zur Geltung kommen. Das gilt besonders für den Nachvollzug des Kriegsverlaufs (I), während die Rekonstruktion des Welt- und Geschichtsbilds (II) und die Bilanz der Selbstbetrachtung (III) weniger eng am Wandel der Kriegsaussichten anzuhaften brauchen. Ein kurzes Fazit (IV) mustert den Ertrag.

I

Der Tagebuchschreiber begann seine Aufzeichnungen am 2. April 1941. Wenige Tage also vor dem Beginn des Balkanfeldzugs, der dem Angriff im Osten vorausging. Mit diesen Operationen endete aus deutscher Sicht die relative Ruhelage, die der Eroberung Frankreichs und der Beneluxländer im Frühsommer 1940 gefolgt war. Das Ausbleiben der erhofften und im Juni fast europaweit erwarteten Niederlage Großbritanniens[10] war in Deutschland bestenfalls unterschwellig registriert worden; auch das Scheitern der strategischen Luftoffensive gegen England, die Preisgabe des Landungsplans und die Kette der italienischen Mißerfolge im östlichen Mittelmeerraum hatte man nicht in ihrer vollen Tragweite wahrgenommen. Erst das unvermutete Hervortreten neuer Kriegsschauplätze öffnete die Augen.

So auch im Falle Schiffers. Dieser allerdings, zurückgezogen lebend, aber nicht ganz ohne Hintergrundswissen[11], hatte sich durch die Niederwerfung

10 Zur Kriegslage nach der Kapitulation Frankreichs Andreas Hillgruber, Hitlers Strategie. Politik und Kriegsführung 1940-1941, 3. Aufl. Bonn 1993, 65 ff.

11 Vgl. etwa unten Anm. 15, 19, 20, 22, 26. – Konkrete Angaben fehlen. Schiffer hatte Kontakte zur alten Ministerialbürokratie und war befreundet mit Friedrich Meinecke, der zu Oppositionellen der Berliner Mittwochsgesellschaft (Beck, Popitz, v. Hassell) Fühlung

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Frankreichs und die Ausdehnung der deutschen Herrschaft auf dem Kontinent nicht lange täuschen lassen. Er ging davon aus, daß der Stand der Waffentechnik, besonders dank der »Panzerwagen und Flugzeuge«, mehr als früher den Angreifer begünstige[12], blickte aber stets über das rein Militärische hinaus. Sein Urteil über den Krieg war wohl von Anfang an skeptisch. Es bewahrte Distanz, sah Spiel und Gegenspiel, dachte unideologisch, ohne monokausale Zuspitzung. Dennoch wurde sich selbst Schiffer erst durch die Eröffnung des Balkankriegs über die wirkliche Weltlage klar.

Er bezweifelte den strategischen Sinn der Kriegsausweitung. »Kann jemand«, fragte er sich, »der es nicht weiter als bis zum Gefreiten im Weltkrieg gebracht hat, Feldherr werden?« Als auf dem Olymp die deutsche Reichskriegsflagge wehte, ironisierte er die Nachricht. Nun werde bald eine Zahnradbahn zum Gipfel führen, dort eine Gaststätte mit Aussichtsterrasse stehen, daneben eine Freilichtbühne, auf der»Stücke aus der nordischen Götter- und Heldensage« aufgeführt würden, Ziel von »Gemeinschaftsreisen KdF«[13]. Wieder ein paar Tage später wurde die Stimmung ernst. Als Zitat verkleidet, schlich Kritik sich ein (»Wenn Deutschland Glück haben soll, hat es keine Erfolge mehr«), und in indirekter Wendung wurde das Reich mit einem »harpunierten Walfisch« verglichen, der durch die Wogen jagt und mit dem »Schlag seines Schwanzes« Schiffe zertrümmert, aber nichts mehr ausrichten kann. »Das Schicksal des Wals ist besiegelt«[14].

Erstmals im Klartext wurde am 27. April die Situation analysiert. Die fünfzehnzeilige Eintragung, deren Schluß durchstrichen ist, lautet: »Drei Fälle. 1. Wenn wir siegen, folgt sehr bald der Revanchekrieg der Welt gegen uns und die Revolution im Innern. Schlußergebnis ist Untergang; 2. Wenn wir unterliegen, weil wir nicht mehr können, folgt unter Hinterlassung eines Leichen- und Trümmerfeldes die außenpolitische Entrechtung und kommunistische Revolution, die in dem geschlagenen Heer keinen Widerstand mehr fände.

hielt. In der fraglichen Zeit war der Kontakt allerdings nicht eng. Im Herbst 1943 wußte Meinecke nicht, ob man Schiffer »auch nach Theresienstadt verschleppt und der SS überlassen hat« (Friedrich Meinecke, Autobiographische Schriften. Hrsg. v. Eberhard Kessel, Werke VIII, Stuttgart 1969, 243). Durch den Staatsrechtler Hans Peters erfuhr Schiffer vom Kreisauer Kreis (pers. Mitteilung vom 16. 3. 1965). Verbindung zum Solf-Kreis bestand durch den früheren Legationsrat Richard Kuenzer (s. o. Anm. 9). Auf Kontakte zur Militäropposition deutet ein Gespräch mit Kurt v. Hammerstein-Equord im September 1939 hin, vgl. Schiffer, Leben (wie Anm. 4) 248 f.

12 Tgb 9. 4. 1941. – Nach dem Sieg über Frankreich befürchtete Schiffer einen »Siegerrausch« wie 1919 beim Versailler Frieden. »Darf man hoffen, daß die Männer und die Völker etwas aus dem gelernt haben, was sie schaudernd erfahren mußten? Darf man?« (PrivN Gerland, Schiffer an Gerland, 26. 11. 1940).

13 Tgb 11. 4. 1941 und 21. 4. 1941. – »Kraft durch Freude« (KdF), Tourismusorganisation der NSDAP, war in Arbeiterkreisen nicht unpopulär, vgl. Ian Kershaw, »Widerstand ohne Volk«?, in: Jürgen Schmädeke / Peter Steinbach (Hrsg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, 2. Aufl. München 1986, 779-812, hier 788.

14 Tgb 25. 4. 1941.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Schlußergebnis ist Untergang; 3. Wenn wir uns vorher streiten, ist ein schlechter, aber nicht vernichtender Friede und die Hintanhaltung einer kommunistischen Revolution durch das noch nicht geschlagene Heer möglich. Aber ob die Feinde darauf eingehen? Indes verbliebe immer noch der Vorteil im Innern«. Daran schließt sich die gestrichene Passage. Soweit zu entziffern, besagt sie: »Fall 3 würde erleichtert, wenn es zum Umbruch und durch Beseitigung der Regierung (Revanche für Tuchatschewski) zu einem wirklichen Bündnis mit Rußland käme, das uns dessen wirtschaftliche Exploitierung gestattete, aber freilich die Gefahr des Übergreifens des Bolschewismus mit sich brächte. In allen Fällen ist der Umschwung in der Revolution früher oder später sicher«[15].

Bemerkenswert daran sind die Grundannahmen: Offenheit der Zukunft, keine Aussicht auf Endsieg, Chancen durch Zusammengehen mit Rußland, dann aber Bolschewismusgefahr. Der erwartete Umschwung »früher oder später« wurde ambivalent konnotiert. Mit einem Angriff auf Rußland rechnete der Deuter offenbar nicht[16], eher mit »Streit«, also Widerstand, im Innern. Bei alledem schimmerte eine Einstellung durch, die Schiffer seit 1918 vertrat. Er fürchtete die »kommunistische« Revolution, stellte sich jedoch auf die Notwendigkeit pragmatischer Anpassungen ein. Auch war er seit 1922 ein Verfechter der Rathenauschen Rapallo-Politik gewesen. Er hatte sich davon Vorteile für die deutsche Revisionsstrategie versprochen[17].

In den letzten Wochen vor dem Beginn des Rußlandfeldzugs wiederholte der Beobachter seine Haupteinsichten noch mehrfach. »Der Krieg wird mehr und mehr ein internationaler Kreuzzug gegen Deutschland«, befand er am 2. Mai, und vier Wochen später: »Siegen wird nicht, wer den Anderen schlägt, sondern wer, wenn auch noch so geschwächt, übrig bleibt«. Die letzte definitive Äußerung vor dem Angriff im Osten erfolgte am 15. Juni. Sie ist auch deshalb von Belang, weil sie in eine Einschätzung der Mehrheitsmeinung mündete: »Unter allen Unsicherheiten der Lage scheint mir zweierlei sicher zu sein. Daß weder Amerika noch Rußland einen restlosen Sieg Deutschlands zugeben können und werden; und da dieser Krieg nur mit einem restlosen Sieg der einen oder der anderen Seite enden kann, liegt seine Aussichtslosigkeit für Deutschland klar zutage – allerdings nur für den, der den Mut hat, die Sachen

15 Tgb. 27. 4. 1941. – Michail Nikolajewitsch Tuchatschewskij (1893-1937), Marschall der Sowjetunion, war im Zuge der politischen Säuberungen unter Stalin hingerichtet worden. Man vermutete eine Intrige unter Beteiligung der deutschen Abwehr.

16 Anders als etwa v. Hassell, der seit August 1940 von der Angriffsplanung wußte (Ulrich **v.** Hassell, Vom anderen Deutschland. Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938-1944, Zürich 1946, 159).

17 Dazu zuletzt Hellmut Seier, Dauer und Wandel im politischen Verhalten Eugen Schiffers 1889-1922, in: T. Ramm (Hrsg.), Schiffer (wie Anm. 1) 45-94, hier 89 f. – Noch 1937 hatte Schiffer in interessierten Kreisen als Anlageberater bezüglich altrussischer Wertpapiere fungiert (PrivN Gerland, Schiffer an Gerland, 20. 1. 1937, 23. 2. 1937 und 26. 6. 1937).

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

bis zu Ende durchzudenken. Er ist nicht sehr verbreitet. Den Meisten dämmert es, aber sie verstecken ihre Besorgnis hinter Halbheiten«[18]. Am Vorabend der Offensive hieß es dann lapidar: »Also Krieg mit Rußland! Morgen?! Längster Tag. Es geht bergab«[19].

Bergab ging es in der Tat. Aber wie, warum und mit welchen Folgen – das lag nicht auf der Hand, zumal das täuschende Vierteljahr, das sich anschloß, den Deutschen einen Scheinerfolg nach dem anderen brachte. Sich schlüssig zu werden über die wahren Hintergründe und die zu erwartenden Konsequenzen hielt der grübelnde Betrachter sich desto energischer an. Klar war ihm, daß sich die Weltkonstellation grundlegend verändert hatte: »Wir wollten keinen Krieg gegen England, sondern mit England gegen Rußland. Dann bekamen wir den Krieg gegen England, aber mit Rußland als Helfer. Jetzt haben wir den Krieg gegen England, Rußland und Amerika. O Ribbentrop!«[20] Der Stoßseufzer richtete sich gegen den schwachen Außenminister, nicht gegen den »Führer«, wie denn die Lagebeschreibung dem traditionellen Mächteschema folgte und noch nicht so klang, als sei der Charakter des Ostangriffs als eines »rassenideologischen Vernichtungskrieges« (Hillgruber[21]) vorausblickend erwartet worden oder dieser Sachverhalt seiner Bedeutung nach bereits vollauf ins Bewußtsein gedrungen.

Ebenso wenig erwuchs eine Denkschwelle aus der überfallartigen Angriffseröffnung. Sie wurde zu einem bloßen »Prävenire« heruntergestuft, und unter dem Eindruck des rasanten Vormarschs stellte sich der vermutete deutsche Kriegsplan, wie er seit 1939 verwirklicht werde – also erst »Rußland ausschalten«, dann »Frankreich erledigen«, dann »Rußland schlagen«, um zuletzt im »Einfrontenkrieg« sich gegen England zu wenden – als gar nicht so unvernünftig (»gut ausgedacht und ausgeführt«) dar. Aber selbst im euphorischen Juli ließ sich die Schlüsselfrage nicht verdrängen: »Wenn wir die Russen geund zerschlagen haben – was dann?«[22]

Als der Herbst nahte, sah abermals alles anders aus. Bereits im August schimmerte, geschickt maskiert, vermehrte Skepsis durch. »Wenn der Führer unablässig vorwärts drängt, handelt er aus richtigem Empfinden« – nämlich wie ein Autofahrer, der Anlauf nehme vor einem steilen Berg, wohl wissend, daß Stillstand zum Rutschen führen würde, und zwar »unaufhaltsam in wildem Tempo«. Ende September gab es solche Doppeldeutigkeiten nicht mehr. »Wir

18 Tgb 2.5. 1941, 29. 5. 1941 und 15. 6. 1941. – Zum Ausmaß von Dissens bei »grundsätzlicher Übereinstimmung« Kershaw, Widerstand (wie Anm. 13) 793.
19 Tgb 21. 6. 1941.
20 Tgb 22. 6. 1941. – Ribbentrops »Kontinentalkriegskonzept« (mit Rußland gegen England und USA), auf das sich Schiffer hier bezieht, hatte sich nicht durchgesetzt. Amerika unterstützte England, vermied aber bis zur deutschen Kriegserklärung vom Dezember 1941 die förmliche Kriegsteilnahme.
21 Hillgruber, Strategie (wie Anm. 10) 575.
22 Tgb 23. 6. 1941, 1. 7. 1941 und 11. 7. 1941.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

sind bereits in der Defensive. Der russische Feldzug ist ein Ausfallgefecht aus einer belagerten Festung«. Und Mitte Oktober stand auch das Fazit fest: »Deutschland hat weder den Weltkrieg noch den jetzigen gewollt. Aber es hat beide Kriege durch seine Politik verursacht und ungewinnbar gemacht«[23]. Von da an trat die Beobachtung des Kriegsgeschehens zurück. Ein halbes Jahr später traute der Chronist dem Heer kaum noch eine neue Offensive zu, was den Tatsachen allerdings vorgriff. Und zum Jahresende 1942 wurde die Sprache apokalyptisch: »Sieg oder Niederlage – Sieg oder Tod. Das unterscheidet diesen Krieg von anderen und früheren«[24].

Stattdessen rückte die Zukunftsfrage nach vorn. Was werde aus alledem folgen, worin das Ergebnis des Krieges bestehen? Der Betrachter im stillen Kämmerlein erörterte das Problem mit wachsendem Ernst, nicht immer mit gleichem Akzent, stets aber bemüht um eine rational zu begründende und nicht von Wunschdenken gefärbte Lösung. Dazu bediente er sich einer doppelten Unterscheidung: zwischen Gewolltem und Ungewolltem und zwischen Folgen für Deutschland und solchen für die Welt. So oder so, die Fragestellung nötigte zum Nachsinnen über das NS-System, und es charakterisiert den Schreibenden und sein Tagebuch, daß er den Versuch einer Antwort nicht auf die leichte Schulter nahm.

Ein Mann seiner Herkunft und seines Schicksals konnte dem Nationalsozialismus nur ablehnend gegenüber stehen. Belege dafür gibt es reichlich, schon seit den 20er Jahren. Auch jetzt, im privaten Diarium von 1941/42, finden sich lebensgefährliche Deutlichkeiten in großer Zahl, manchmal durchsichtig maskiert, manchmal ungeschützt. »Das Letzte, Tiefste, Treibende im Nationalsozialismus ist ein totalitärer Nationalismus«, heißt es am 6. August 1941. Er ordne sich alles unter: Religion, Moral, Wissenschaft, Kunst, negiere das Eigenrecht der Persönlichkeit, benutze Sozialismus und Wirtschaft nur als Hilfsmittel und vergröbere sich zusehends zum wirksamsten aller Propagandamittel, zum »Rassenantisemitismus in wissenschaftlichem Gewand«[25]. Noch schärfer klingt eine wenig ältere Formulierung, diesmal ohne direkten NS-Bezug und unter der Tarnkappe eines Zitats: »Niemals zeigt sich die Natur des Menschen bestialischer, als wenn sie zu Ehren der höchsten Idee ins Wüten gerät«. Auf derselben Linie liegt eine Bemerkung vom 17. August: »Sehr schlimm ist, wenn Bestialität bürokratisiert wird. Dann verliert sie für die sie Exekutierenden ihre Schrecklichkeit«. Und vollends drastisch im letzten Teil des Diariums: »Wer erst einmal den Rubikon der Menschlichkeit

23 Tgb 5. 8. 1941, 25. 8. 1941 und 18. 10. 1941. Zum Stimmungsumschlag Anfang August 1941 vgl. v. Hassell, Vom anderen Deutschland (wie Anm. 16) 214 (»tiefer Barometerstand«. 2. 8. 1941).

24 Tgb 2. 3. 1942 und 11. 12. 1942. – Die deutsche Sommeroffensive hatte noch Stalingrad und den Kaukasus erreicht, war ab August 1942 aber zum Stehen gekommen.

25 Tgb 6. 8. 1941. – In Schiffers NS-Analyse von 1932 hatte noch die Sozialismus-Komponente dominiert, vgl. Schiffer, Sturm (wie Anm. 4) 56 f.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

überschritten hat, wird entmenscht«. Er habe »keine Gewissensskrupel« mehr. Zuletzt zitiert der Goetheleser ohne Kommentar die »Braut aus Korinth«: »Menschenopfer unerhört«[26].

Das spricht für sich, bedarf keiner Auslegung. Undenkbar, daß ein solches System einen verlorenen Krieg überlebe. Aber was stattdessen? Die Klarsicht der Kriegsausgangserwartung entband nicht von der Antwort darauf, worin die geschichtliche Funktion des NS-Systems, gleichsam im Vorgriff auf späteren Rückblick betrachtet, bestanden haben könne und wie die Welt nach seinem Abgang in etwa aussehen möge. Auch dazu liefert das Wachstuchheft eine Reihe von Anhaltspunkten.

So kommentierte eine Notiz das Schillerwort vom Fluch der bösen Tat, die fortzeugend Böses gebäre. Das stimme nur bedingt, meinte der Interpret, denn oft gehe aus Bösem auch Gutes hervor, so wie aus einer Cholera-Epidemie verbesserte Hygiene. »Auch aus diesem Krieg kann Gutes erwachsen«. Ähnlich der Hintersinn bei einem Wort, das den Nationalsozialismus mit einer »Pflugschar« verglich, die »neuer Aussaat vorangeht«. Jedenfalls bringe er, mit dem Faschismus Italiens zusammen, eine »Weltenwende« hervor. »Das Alte wird in keinem Falle bleiben oder wiederkehren, wenn (es) auch siegen mag«[27].

Sonderbar konkret wurde eine Eintragung vom 1. Juli 1941. Hier gab sich der Interpret als relativierender Hegelianer. In einer Stichwortskizze musterte er dialektisch das Terrain, das sich der »List der Vernunft« oder dem »lieben Gott« gewissermaßen als Operationsfeld anbot, wenn sie aus Schlechtem Gutes werden lassen wollten, und stellte seine Einfälle in einem improvisierten Elf-Punkte-Katalog zusammen. Die bemerkenswerte Skizze lautet:

»Hegels »List der Vernunft (oder der Geschichte)« scheint mir wieder einmal zu triumphieren. Der Nationalsozialismus führt uns vielleicht auf einem beschwerlichen Umwege ein gutes Stück auf dem Wege zum Fortschritt vorwärts, zerstört vorübergehend Gutes und räumt dabei für immer Schlechtes aus dem Wege. Eindämmung des nationalen und internationalen Kapitalismus – Pendelschlag der Demokratie auf ein der Kulturstufe entsprechendes Maß – Einengung des Klassenkampfes – Förderung der Autarkie – Behebung der Arbeitslosigkeit – Entstädtlichung durch Bindung – Verwendung der Ersatzstoffe – Entlastung der nationalen Probleme durch Aus- und Umsiedlung – Vorbereitung der vereinigten Staaten, zunächst in Mitteleuropa – Herabbildung von England zur Ehrenvormachtstellung des empire-angelsächsischen

26 Tgb 26. 7. 1941, 17. 8. 1941, 6. 12. 1942 und 8. 9. 1943. – Konkrete Informationen bei alledem wahrscheinlich, aber nicht nachzuweisen. Die Brutalisierung des Ostkriegs wurde durch Soldatenberichte bekannt. Wie im bürgerlichen Berlin ab Herbst 1941 Gerüchte über Euthanasie und Deportationen in Umlauf kamen, geht aus dem Tagebuch des »jüdisch versippten« Schriftstellers Jochen Klepper (Unter dem Schatten Deiner Flügel. Aus den Tagebüchern der Jahre 1932-1942, Stuttgart 1955, hier 970) hervor.

27 Tgb 11. 1. 1942 (zu Piccolomini 5/7) und 4. 6. 1942.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Großraums – Zerschlagung des Bolschewismus – Übergang Deutschlands zum dezentralisierten Einheitsstaat u.s.w.«. Damit brach das Sammelsurium ab, um gleich darauf halbwegs optimistisch auszuklingen. »Wenn England vernünftig ist und aus Versailles gelernt hat – wenn! –, kann neues, reiferes, besseres, schöneres Leben aus den Ruinen sprießen. Vielleicht gilt »Der Zweck heiligt die Mittel« auch für den lieben Gott«[28].

So disparat diese Zusammenstellung war, sie setzt in Erstaunen. Denn die tarnende, halb hegelianische, halb religiöse Einkleidung verschleierte die Kühnheit des Gedankengangs nur schwach. Kombinierte er doch Einzelzüge, die der Zweiundachtzigjährige auf der Höhe der deutschen Kriegserfolge mit geringer Einschränkung als erstrebenswert gelten ließ, gleichsam als mögliche Bausteine einer ambivalenten Art von »Fortschritt«, der, obgleich »vorübergehend« Gutes zerstörend, insgesamt vorwärts wies. Rückblickend verwirrt, wieviel wenn nicht intendierte, so doch indirekt oder funktional wirkende Innovationskraft dem NS-Phänomen hier zugetraut wurde[29].

Das meiste betraf Innenpolitisches. Es deutete zugleich an, in welcher Richtung sich die Zukunftsspekulation des früheren Nationalliberalen bewegte, wenn er sich mitten in einem nicht zu gewinnenden Krieg eine gedeihliche Weiterentwicklung der Gesellschaft erträumte. Dazu sollte es der Eindämmung von Kapitalismus, Demokratie und Klassenkampf bedürfen, sollten Autarkie, Vollbeschäftigung, »Entstädtlichung« und Ersatzstoffnutzung gefördert werden, sollte es obendrein zum dezentralisierten Einheitsstaat kommen. Alles Motive, die spätestens seit den 1920er Jahren im bürgerlichen Lager Wurzeln geschlagen hatten. Der Nachdenkende sah darin Modernisierungspotentiale. Mit der antiurbanen Zivilisationskritik und dem »Pendelschlag« auf ein der »Kulturstufe« entsprechendes Maß bediente er sich populärer Motive des Kulturpessimismus und der Zyklentheorie. Anderes klingt an Gedanken im »Sturm über Deutschland« oder spätere Akzentsetzungen Meineckes[30] an.

Ähnlich, nur noch komplizierter, verhielt es sich mit dem, was das Elf-Punkte-Notat an Aussagen zur National- und Außenpolitik enthielt. Denn auch Zielvorstellungen wie die Großraumbildung, die Zerschlagung des Bolschewismus oder die nationale »Entlastung« durch Aus- und Umsiedlung

28 Tgb 1. 7. 1941.

29 Zur Problematik allgemein Michael Prinz / Reiner Zitelmann (Hrsg.), Nationalsozialismus und Modernisierung, Darmstadt 1991; dezidiert ablehnend dagegen Hans Mommsen, Nationalsozialismus als vorgetäuschte Modernisierung, in: Walter H. Pehle (Hrsg.), Der historische Ort des Nationalsozialismus, Frankfurt 1990, 31-46.

30 Im Kapitel »Vom positiven Gehalte des Hitlerismus« der »deutschen Katastrophe«, vgl. Meinecke, Autobiographische Schriften (wie Anm. 11) 395-401; zur Zivilisationskritik mit Anklängen an Spengler vgl. Detlef Felken, Oswald Spengler. München 1988, 58 ff.; zu Schiffers Sozial- und Kulturkritik vor 1933 vgl. Schiffer, Sturm (wie Anm. 4), 14 ff., 37 ff., 62 ff., passim.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

lagen damals in der Luft. Mit den »vereinigten Staaten, zunächst in Mitteleuropa« und der »Herabbildung von England zur Ehrenvormachtstellung« griff die Skizze überdies auf Kriegszieldebatten von 1915/16 zurück. Andererseits fällt auf, daß der kriegsbezogene Zukunftsblick die Rolle Amerikas nicht stärker heraushob, die erwartbare internationale Machtverteilung nicht näher beschrieb und den Völkerbund an dieser Stelle ganz überging[31]. Die Figurierung des mutmaßlichen Neuanfangs nach dem Kriege reichte, so will es scheinen, noch nicht allzu weit über den Tageshorizont hinaus. Dafür wirkte das Versailles-Trauma weiter. Wir werden allerdings sehen, daß das Tagebuch an anderen Stellen – ohne direkten Kriegsbezug, prinzipieller gemeint und auf die Vergewisserung bestimmter Grundansichten aus – in solcher Hinsicht mitteilsamer war[32].

Fassen wir zusammen, wie Schiffer in seinen heimlichen Aufzeichnungen den Kriegsverlauf kommentierte und dessen mutmaßliche Folgen umschrieb, so ist fünferlei festzuhalten: 1. Der Beobachter war gut unterrichtet, hatte Hintergrundkenntnisse, stand dem Geschehen kritisch gegenüber und gab seiner (manchmal durchsichtig maskierten) Meinung erstaunlich sorglos Raum; 2. Er durchschaute die Aussichtslosigkeit des Krieges und bezog die zu erwartenden Auswirkungen unbemäntelt mit ein; 3. Sein Kriegserleben blieb traditionsbestimmt, insofern er den Krieg vor allem als Konflikt zwischen Großmächten ansah, ihn also in Analogie zum Ersten Weltkrieg deutete; 4. Das Geschehen wurde nicht monokausal aus Absichten Hitlers hergeleitet, auch nicht allein aus NS-Ideologie oder Theorie-Axiomen. Vom Hitlerschen »Programm« (Hillgruber) oder dem Sternengriff nach der Weltherrschaft ist nicht die Rede. Soziale Gegensätze, Wirtschaftsfragen, Strukturprobleme interessierten mit Blick auf den Krieg nur marginal; 5. Schiffer hielt beide Weltkriege für deutscherseits ungewollt, aber durch Deutschland herbeigeführt. Er glaubte, Zeitgenosse einer »Weltenwende« zu sein, erwartete den Sieg des »Alten«, aber nicht dessen Wiederkehr. Um dies zu verstehen, ist das Welt- und Geschichtsbild hinzuzunehmen, wie es sich bis zur Kriegsmitte entwikkelt hatte. Auch hierzu liefert uns das Tagebuch reizvolle Gesichtspunkte und Handhaben.

II

Die älteste Eintragung verglich zwei menschliche Eigenschaften, die Dummheit und die Grausamkeit. Davon, so der Schreiber, sei die Grausamkeit die

31 Zum Realismus-Defizit im Zukunftsbild auch des deutschen Widerstandes vgl. Bernd Martin, Das außenpolitische Versagen des Widerstandes 1943/44, in: Schmädeke/Steinbach (Hrsg.), Widerstand (wie Anm. 13) 1037-1060.

32 Siehe dazu unten Anm. 64.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

schlimmere. Das bezeuge die Weltgeschichte, und zwar »an allen Orten und zu allen Zeiten«, und die »Religion Christi« habe »wenig oder nichts« daran geändert. Nur eine Periode sei hiervon auszunehmen: die hundertjährige zwischen den »Freiheitskriegen« und dem Weltkrieg. Denn diese Zeitspanne sei noch von der Aufklärung berührt gewesen, habe die Achtung vor der Persönlichkeit in die Welt gebracht, und wie man die Französische Revolution als 81. Band der achtzigbändigen Voltaire-Ausgabe bezeichnet habe, so könne man mit Fug und Recht das 19. Jahrhundert den 82. nennen. »Seitdem haben wir schaurige Rückfälle erlebt; aber eine Wahrheit, die einmal in die Welt gesetzt ist, geht niemals wieder verloren«[33].

Dieses Credo, mit dem Schiffer seine Notate begann, enthielt im Kern seine Weltanschauung, sein Menschenbild und seine Auffassung vom Lauf der Geschichte. Seine Weltanschauung war geschichtlich fundiert, von gymnasialer Bildung geprägt und westeuropäisch zentriert. Sein Menschenbild schwankte zwischen idealistischen und pessimistischen Zügen, war weder jüdisch noch christlich, gab sich gern goethisch oder hegelianisch, schloß aber Fortschritt nicht aus. In seiner Geschichtsauffassung schließlich war er undogmatisch liberal, mehr Relativist oder Historist als Utopist oder Visionär. Von großen Programmen hielt er nichts, von ausweglosen Sachzwängen wenig. Vorbestimmte Ereignisreihen oder längerfristig voraussehbare Entwicklungen ließ er in der Regel nicht gelten. Er nahm den steten »Wandel aller Dinge« als »gegebene Tatsache« ernst, deutete das goethische »Stirb und werde« im Sinne von »Werde und stirb« und begründete den Satz mephistophelisch (»denn alles, was entsteht, ist wert, daß es zugrunde geht«)[34]. Blinder Idealismus sieht anders aus, aber Voltaire als ewige Wahrheit – das ist auch nicht wenig.

Die Grundlagen dieses Welt- und Geschichtsbilds verdankte der Kaufmannssohn dem Breslauer Elisabeth-Gymnasium. Es hatte ihm nicht allein die Kenntnis lateinischer und griechischer Schriftsteller vermittelt und damit jenen stets präsenten Zitatenschatz, den er lebenslang gern und manchmal ironisch (mit Spitze gegen Bülow) benutzte, sondern auch humanistisches Denken als Material und Form des Geistes. In einem der schwierigsten Augenblicke seiner politischen Laufbahn, am Morgen des Kapp-Putsches, ergriff er als erstes einen Notizblock und mahnte sich mit dem horazischen »Aequam memento rebus in arduis servare mentem« zu Geduld und Ruhe. Auch im Kriegstagebuch begegnet das Horaz-Zitat, hier mit Zusatz von fremder Hand:

33 Tgb 2. 4. 1941, differenzierter 30. 8. 1941. Zu Voltaire leicht abweichend Schiffer, Sturm (wie Anm. 4) 9.

34 Tgb 3. 5. 1941 (zu Faust I, Studierzimmerszene). – Auch brieflich bekannte sich Schiffer zur »Kunst des Relativismus«. »Er ist und bleibt nun einmal das Alpha und Omega des menschlichen Lebens überhaupt und der Politik im besonderen« (PrivN Gerland, Schiffer an Gerland, 27. 3. 1941).

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

»Sein Lebensmotiv«[35]. Und als der Ruheständler 1948 nach dem Abschied vom letzten Amt endlich Muße fand, künstlerischen Neigungen nachzugehen, lockte ihn kein Stoff so sehr wie die Odyssee[36].

Nächst der Antike beschäftigte den Glaubenswechsler am meisten das Christentum. Die Frage nach dessen Wesen und Wirkung durchzog auch seine Kriegsgedanken. Doch das Urteil blieb verhalten. Es verkannte nicht die kulturellen und sozialen Verdienste der Kirche (der Gekreuzigte als »leidender Proletarier« setze den Maßstab), tat sich dagegen schwerer mit der Religion. Den heidnischen Polytheismus habe der jüdische Monotheismus verdrängt, der sich bei den Gebildeten zu einem philosophischen wandelte, wohingegen der christliche sich allmählich vergröbert habe und mit der Trinität samt Engeln, Dämonen, Märtyrern, Heiligen zu einer »handfesten Vielgötterei« zurückgekehrt sei. An der Bedeutung der Bibel, und zwar beider Teile, ließ der Rankeleser und Gesprächspartner Meineckes indes nicht rütteln. »Die germanisch-romanische Kultur der Neuzeit beruht auf der Bibel – altes und neues Testament – und (auf) der Antike«[37]. Kein Platz also für den Germanenmythos.

Ebensowenig wie für die Streichung Gottes aus der Geschichte. Der Gottesbegriff wird zwar an keiner Stelle des Kriegstagebuchs systematisch definiert, die Aphorismen umkreisen ihn aber beständig. Mal ist Gott der »deus absconditus« der Juden, mal die »unbekannte Größe in jeder politischen und geschichtlichen Gleichung«, mal das, »was übrig bleibt, wenn man alle Bestandteile der Welt zusammenzählt«. Das klingt nicht neutestamentlich, meinte es doch schwerlich den Retter, Vater und Erlöser, hatte aber eine metaphysisch-dualistische Tönung. Die Wortwahl vermied Anthropomorphismen, bevorzugte die Abstraktion, behalf sich halb ironisch aber auch mit dem »lieben Gott« als konturenloser Leerformel. Äußerte sich so der frühere Jude? Wohl eher der ethisch-agnostizistische Kulturprotestant. Im Herbst 1942 schob der Gefährdete alle Gottesbeweise beiseite und versuchte es mit Dialektik. »Angesichts manchen Geschehens könnte man sagen: Gott ist nicht weil, sondern trotzdem«[38].

Überwiegend positiv gefärbt sind Bemerkungen über die Juden, auch über ihre Geschichte und die ihrer Emanzipation. Bis 1933 sei es ihnen in Deutschland »gut gegangen«. Sie hätten viel Anteil gehabt am allgemeinen Wachstum

35 Tgb 11. 5. 1941; vgl. Eugen Schiffer, Der Kapp-Putsch. Nach persönlichen Erinnerungen dargestellt. Unveröffentlichtes Ms., in: NL Schiffer Bd. 16, 1-179, hier 22.
36 PrivN, Novellenfragment »Das Tagebuch des Odysseus« (Ms., unveröffentlicht).
37 Tgb 12. 4. 1941 und 11. 11. 1942.
38 Tgb 23. 6. 1941, 25. 4. 1942, 10. 5. 1942 und 1. 9. 1942. – Zu zeitparallelen Gottesvorstellungen bei rassistisch bedrohten Berliner Protestanten vgl. Klepper, Unter dem Schatten (wie Anm. 26) 286, 484, 1039, passim; zum Unterschied zwischen jüdischen und christlichen Gottesvorstellungen allgemein Rudolf Otto, Das Heilige (1917), Neudruck München 1987, 92-115.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

des Wohlstands, und es müsse sich erst noch zeigen, »ob sie uns beim Wiederbau nicht sehr fehlen werden«[39]. An anderen Stellen schimmert gleichwohl Kritik durch, und zwar weniger an der preußisch-deutschen Judenpolitik vor 1918 als vielmehr an der der Weimarer Republik und am Verhalten der Betroffenen selbst. Es sieht so aus, als sei der Schreibende um einen Standpunkt gewissermaßen oberhalb der damit angedeuteten Gegensätze bemüht gewesen.

Das kommt besonders in einer Darlegung vom 25. September 1941 zum Ausdruck. An sich, heißt es darin, habe die »Assimilation der Juden, insbesondere durch Taufen und Mischehen, Fortschritte« gemacht. Sie habe aber auch »rassische Instinkte und überkommene Vorurteile« geweckt. »Die preußische Regierung«, so die Folgerung, »verfuhr daher grundsätzlich nicht falsch, wenn sie den Übergang zunächst nur allmählich und vorsichtig vollzog. Falsch dagegen verfuhr die Republik, als sie die Schleusen nach innen wie nach außen völlig öffnete, und noch falscher betrugen sich viele Juden, welche sich in Massen auf die frei gewordenen Betätigungsgebiete drängten, dabei nicht selten eine üble Vetternwirtschaft trieben und durch ihr lautes, vordringliches, auffallendes und herausforderndes Benehmen Widerspruch und Widerwillen, auch in ihren eigenen Reihen, erweckten. Es wäre vielleicht angebracht gewesen, wenn dieser Widerspruch von jüdischer Seite selbst lauter geworden wäre«[40]. Eine Meinung, in der sich Breslauer Jugendeindrücke[41] mit Erinnerungen an das liberale Berlin der ersten Nachkriegszeit berührt haben mögen und die andererseits zeigt, wie weit das Bemühen um objektivierende Geschichtssicht selbst in prekärster Lage zu gehen bereit war.

Das ist nicht so zu verstehen, als habe der Antisemitismus verharmlost werden sollen. Dessen Zurückweisung blieb sich immer gleich. Die Tonlage weckt indessen Zweifel, ob die letzten Konsequenzen der NS-Judenpolitik vor 1942 voll realisiert worden sind. Anspielungen auf Synagogenbrände kommen im Tagebuch vor, auch, wie wir sahen, allgemein gehaltene Sentenzen, meist als Zitate maskiert, die von schlimmsten Befürchtungen zeugen. Aber direkt angesprochen wurden in diesem Zusammenhang nur Phänomene der Massenpsychologie oder der Goebbels-Propaganda, nicht solche konkreter Politik. Der Tagebuchschreiber unterschied im übrigen zwischen Judengegnerschaft und Rassenantisemitismus. In ersterer erblickte er den »Ausdruck eines unberechtigten Minderwertigkeitsgefühles«, im letzteren ein Anzeichen dafür, daß

39 Tgb 17. 8. 1941.
40 Tgb 25. 9. 1941.
41 Belege bei Hellmut Seier, Nationalstaat und sozialer Ausgleich als schlesische Motive des Nationalliberalen Eugen Schiffer, in: Jahrbuch der schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau 27, 1986, 185-222, hier 189, 198 ff.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

sich das »Bedürfnis des Machtgefühls« nicht nur in Fürsten und Mächtigen rege, »sondern nicht zum geringsten Teil gerade in den niederen Schichten des Volkes«[42]. Auch legte er Wert auf die nichtdeutschen Wurzeln des Phänomens. Der Rassenantisemitismus sei seiner »wissenschaftlichen Aufmachung« nach französischen und englischen Ursprungs, während die »politische Ausgestaltung« aus Österreich stamme. Als Hauptzeugen dafür fungierten Gobineau, Chamberlain, Schönerer und Hitler[43].

Aus alledem spricht wohlbedachte Vorsicht. Der Kritiker wußte seine Worte zu setzen und nahm sich in acht. Ist kalkulierter Selbstschutz als Tagebuchtaktik nirgendwo auszuschließen, so am wenigsten in diesem sensiblen Bereich. Deutlich wird aber immerhin, daß der darüber Nachdenkende die damals so genannte »Juden-Frage« als ein sozialgeschichtliches und damit gesamtkulturell zu deutendes Realphänomen wahrnahm, nicht als reine Zweckideologie. In diesem Punkte teilte er wohl eher die Auffassungen des bürgerlich-konservativen Widerstands als die der Linksopposition oder der Emigration. Nicht nachzuweisen sind im Tagebuch allerdings Gedanken wie bei Goerdeler, der Aspekte einer dissimilatorischen Judenpolitik (Sonderstatus als Regelfall, Assimilation als Ausnahme) in seine Zukunftsziele übernahm[44]. Bei Schiffer hatte die Assimilation durch Taufe und Mischehe im Gegenteil den Rang einer Idealentwicklung. Ein Notat gewann nicht ohne Augenzwinkern sogar den angeblichen Zwangs- und Massentaufen seit dem späten Mittelalter (Spanien, Polen, Reichsstädte) etwas wie einen Lichtblick ab. Sei nicht ein großer Teil des spanischen Hochadels schon seit Jahrhunderten »jüdisch durchsetzt«?[45]

Was in der jüngeren Vergangenheit die Konvertiten zum Taufentschluß bewog, beschrieb eine Eintragung vom 6. Oktober 1942 so: »Der Übertritt von Juden zum Christentum bedeutete, soweit er von inneren Beweggründen veranlaßt war, zumeist nicht sowohl ein Bekenntnis zu einer anderen Religion als vielmehr zu einer anderen Nation – ein Niederreißen der letzten Schranke, die vom Deutschtum trennte. So wurde er auch von den Deutschen und Christen aufgefaßt. Der Vorgang ist nur ein Teil der Entwicklung des Gesamtproblems, in deren Verlauf die Juden nicht sowohl über ihr Mietsvolk herrschen als in ihm aufgehen wollten«. Hier liegt die Vermutung nicht fern, der dies Schreibende habe seinen eigenen Glaubenswechsel dabei im Auge gehabt. Auch bei ihm selbst war der Übertritt wohl zu nicht geringen Teilen als eine

42 Tgb 7. 4. 1941, 12. 5. 1941, 26. 7. 1941 und 15. 5. 1942 (Nietzschezitat), vgl. oben Anm. 26.
43 Tgb 2. 6. 1941.
44 Vgl. Christof Dipper, Der Widerstand und die Juden, in: Schmädeke/Steinbach (Hrsg.), Widerstand (wie Anm. 13) 598-616, hier 612.
45 Tgb 15. 1. 1941 – Zur tendenziellen Zunahme an Taufen und Mischehen in Deutschland seit 1871 vgl. Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866-1918. Bd. 1, 3. Aufl. München 1993, 396.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

schlesisch nuancierte Hinwendung zum (liberalen) Deutschtum gemeint gewesen, was den nationalliberalen Beiklang miterklärt[46].

Das führt uns zu der Frage, wie sich die selbsterlebte Zeitgeschichte in seinem Kriegsdiarium malte und ob das dazu Bemerkte Rückschlüsse auf sein Selbstverständnis zuläßt. Zunächst fällt auf, wie sehr die spätwilhelminische Vorkriegs- und Weltkriegsära das Rückerinnern fesselte, wieviel weniger die Weimarer Phase, die selten und meist abfällig erwähnt wird, wieviel schwächer aber auch die hochidealisierte Bismarckzeit, deren maßstabbildender Mythos feststand – nur dann und wann durch ein Fontane-Zitat[47] getrübt. Dieselbe Gewichtverteilung spiegelt sich in der Lektüreauswahl. Der zurückgezogen Lebende las viel in seinem inneren Exil, mit Vorliebe Memoiren von Leuten, die er gekannt hatte. Das gilt besonders für Bethmann Hollwegs Weltkriegs-Betrachtungen[48], in einigem Abstand auch für autobiographisch Gefärbtes von hohen Militärs und Diplomaten (wie Ludendorff, Seeckt, Graf Monts und anderen).

Im Bethmann-Bild trat mehr als bei früherer Annäherung das Unpraktische, Machtfremde, gleichsam Blauäugige hervor: die hochtönende Verklärung der August-Situation von 1914, andererseits die Opferrolle des Stürzenden, der 1917 einem »Kesseltreiben« erlag, wie ein »Edelwild« einer »Meute«. Der durch die rückblickende Figuration der Szene von neuem Erboste, selbst Bethmannianer seit 1909 und im Krisenjahr des Weltkriegs so lange wie möglich auf Seiten des Kanzlers, vergegenwärtigte sich die Namen und Motive der damaligen Kanzlerfeinde. Neben Ludendorff, Stresemann, Erzberger seien »minderwertige und ganz obskure Elemente« darunter gewesen. Dahinter gestanden aber habe die »Großindustrie«, die den Förderer von Burgfrieden, Gewerkschaften und einer Wahlrechtsreform habe beseitigen wollen. Die Passage endet mit einem Gedankensprung: »Dasselbe Schauspiel haben wir gegenüber dem Nationalsozialismus erlebt«. Sei nicht auch dieser »großgepäppelt« worden in der Hoffnung, durch ihn die Gewerkschaften loszuwerden, und in der Erwartung, man könne den Mohr, der seine Schuldigkeit getan, danach mühelos nach Hause schicken?[49] Schiffer übernahm hier die

46 Tgb 6. 10. 1942. – Konkretere Angaben fehlen; vgl. aber Schiffer, Leben (wie Anm. 4) 242 (»Tradition meiner Familie«), bezogen auf den Liberalismus.

47 So etwa Tgb 29. 10. 1942.

48 Theobald v. Bethmann Hollweg, Betrachtungen zum Weltkriege, 2 Bde. Berlin 1921/22. – Als Anreiz zur Neulektüre wirkte wohl auch die Nachricht vom Tode Kaiser Wilhelms II., die im übrigen laut Schiffer sonst auf »allgemeine Teilnahmslosigkeit« stieß (Tgb 15. 6. 1942).

49 Tgb 9. 6. 1941 und 16.6.1941, ähnlich Schiffer, Leben (wie Anm. 4) 246; vgl. seine Kritik an den Großbanken 1931/32 in: Ders., Sturm (wie Anm. 4) 135 ff., die nach dem Urteil Meineckes (Rez. in: Kölnische Zeitung vom 17. 1. 1932, Neudruck in: Autobiographische Schriften, wie Anm. 11, 475-480, hier 478) jedoch kein Votum gegen den Kapitalismus war. – Zur Kontinuitätsthese ausgewogen Eberhard Kolb, Die Weimarer Republik, München 1984, 215 f.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

schon damals verbreitete Kontinuitätsthese und damit indirekt eine vereinfachende Sicht der Weimarer Republik und ihres Scheiterns, obgleich er seinerseits schon seit den 20er Jahren kein Gefolgsmann der Weimarer Gründungskoalition mehr gewesen war.

Doch nicht nur ihr, auch ihrem Ertrag, dem Weimarer Verfassungswerk und Parteiensystem, stand er kritisch gegenüber, und die Erfahrung mit dem NS-Staat war nicht dazu angetan, diese Kritik zu entschärfen, eher im Gegenteil. Nein, nach Weimar strebte Schiffer nicht zurück. Wir wollen uns dies anhand einiger herausragender Aspekte – Einheitsstaat, Preußenbild, Parlamentarismus, Demokratiebegriff, Völkerbund – vor Augen führen. Zu alledem findet sich Eingestreutes auch im Tagebuch. Es folgte im großen und ganzen noch der Linie des »Sturm«, in manchen Einzelheiten ging es neue Wege.

Dem preußisch-deutschen Nationalstaat galt weiterhin die Liebe, aber der Zeitbeobachter glaubte nicht mehr an dessen optimale Realisierbarkeit. »Die Umgestaltung der deutschen Verfassung in Richtung des Einheitsstaats ist stecken geblieben«. Die Einzelstaaten bestünden weiter, mit bürokratischer Gleichmacherei sei nichts auszurichten, auch der »Paukenschlag« am Anfang (gemeint war der Papensche) habe nicht viel erbracht. Nun sei dem deutschen Einheitstraum zwar ohnehin weniger am Einheitsstaat als an der Beseitigung der Kleinstaaterei gelegen gewesen, aber auch solch »Mittelweg« sei künftighin schwerlich mehr gangbar. Als eine taugliche Zukunftslösung sah Schiffer inzwischen weder die rein unitarische noch eine föderative an, machbar schien nur noch eine Verwaltungsreform auf der Grundlage des Status quo: »Mit Souveränität der Länder in irgendwelcher Form und irgendwelchem Ausmaß ist es vorbei. Es wird nichts übrig bleiben als eine möglichst weitgehende unpolitische Dezentralisation, die dem Eigenleben der Teile größten Spielraum gewährt, ohne jenen Kantönligeist zu züchten. Das bedeutet Verwaltungsreform an Stelle oder in Fortführung der Verfassungsreform«. Bedeutete es letztlich nicht auch schon Abschied von Preußen? Das alte Lied »Ich bin ein Preuße« sei, klagte der Vorwärtsblickende, »für alle Zeiten ausgesungen«[50].

Immerhin erlaubt diese Sequenz zugleich den Schluß, daß die Zukunftserwartung von der Fortdauer eines einheitlichen und selbstbestimmten Deutschlands ausging. Nichts deutet auf die Voraussicht eines in Zonen geteilten, von Siegermächten beherrschten, im eigentlichen Wortsinn »untergegangenen«

50 Tgb 1. 5. 1941. – Dagegen hatte Schiffer bis in die 30er Jahre am Ziel einer antiföderalistischen Reichsreform ohne Opferung Preußens festgehalten, teils in Anlehnung an Popitz und Carl Schmitt; vgl. Schiffer, Sturm (wie Anm. 4) 270 ff., 281 ff.; Ders., Leben (wie Anm. 4) 166, 170 ff.; zur Vorgeschichte vgl. Hellmut **Seier**, Die Stellung Preußens zum Reich als Problem nationalliberaler Politik und Meinungsbildung 1880-1918, in: Oswald Hauser (Hrsg.), Preußen, Europa und das Reich, Köln 1987, 273-294, hier 290.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Reiches hin[51]. Selbst der skeptischste Vorgriff orientierte sich noch 1941/42 eher am Kriegsausgang von 1918. Das Denken des Gealterten verblieb, wo irgend möglich, in den Bahnen seiner Erfahrung.

Mehr noch als der gescheiterte Föderalismus forderte der verformte, zu konstruktiver Mehrheitsbildung immer seltener fähige Parlamentarismus seinen Grimm heraus. Wie wenig die Weimarer Verfassungswirklichkeit in dieser Hinsicht dem Verfassungswortlaut geglichen habe, hatte schon der Autor des »Sturm« gerügt[52], jetzt rief die Erinnerung an das Gebaren der Parteien, die sich als Volksparteien verstanden und am Ende doch nur Interessenvertretungen waren, bloß noch ein müdes Lächeln hervor.

Auch der Liberalismus wurde davon nicht ausgenommen. Dort sei das Ausmaß an Eigennutz und Intrige sogar besonders schlimm gewesen. Mit einer Ausnahme allerdings: »Ich kann mir das Zeugnis ausstellen, daß ich nie eine Intrige angeschoben oder an ihr teilgenommen habe, im Gegenteil. Wohl aber ist nachweisbar gegen mich intrigiert worden, in den Fraktionen, der Partei, der Regierung. Bassermann, Stresemann, Koch . . .«[53] – womit die drei Parteiführer des rechten und linken Liberalismus, mit denen Schiffer vor oder nach 1918 zu tun gehabt hatte, sozusagen gleichrangig am Pranger standen.

Den Reichstag als Institution nahm der Parteien-Kritiker übrigens in Schutz – jedenfalls den kaiserlichen. So gegen den Vorwurf unzureichender Bewilligung von Rüstungsmitteln und daraus folgender Mitschuld am Kriegsausgang von 1918. Das sei irrig, meinte Schiffer und berief sich dabei auf sein Spezialwissen als Haushaltsexperte. Die damalige Regierung habe den Reichstag und die öffentliche Meinung in Wirklichkeit zu wenig angehört und zu sehr unterschätzt, habe vor Parlament und Presse »zuviel Angst und zu wenig Respekt« gehabt[54]. Keinen Pardon erhielten dagegen die parteigebundenen Volksvertreter der Republik. Sie hätten mit ihrer Ämterpatronage und ihren Zufallsoptionen den Staat zur Beute gemacht.

51 Ähnlich wie bei manchen Protagonisten des Widerstandes, vgl. Peter Hoffmann, Motive, in: Schmädeke/Steinbach (Hrsg.), Widerstand (wie Anm. 13) 1089-1096, hier 1091.

52 Vgl. Schiffer, Sturm (wie Anm. 4) 218-242, 312 ff. – Doch die Kritik richtete sich auch gegen die Verfassung selbst. Im Herbst 1940 bezeichnete er sie brieflich als »Noterzeugnis« und bedauerte ihre lange Gültigkeit. »Nicht daß und wie sie entstand, ist der geschichtliche Vorwurf, sondern daß wir nicht die Einsicht und die Kraft besaßen, uns ihrer zu entledigen, als sie ihre Aufgabe der Überbrückung erfüllt hatte« (PrivN Gerland, Schiffer an Gerland, 26. 11. 1940).

53 Tgb 26. 5. 1942. – Die Abneigung gegen den DDP-Vorsitzenden Erich Koch-Weser wurzelte im Kapp-Putsch-Konflikt von 1920. Zur Stellung Schiffers im liberalen Spektrum zuletzt Jürgen Frölich, Die »Exzellenz« als »liberaler Demokrat von Jugend auf«? Eugen Schiffer und die liberalen Parteien in Deutschland 1900 bis 1950, in: T. Ramm (Hrsg.), Eugen Schiffer (wie Anm. 1) 95-130, hier 108; ähnlich ders., Ein Nationalliberaler unter Demokraten, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 18, 2006, 153-186.

54 Tgb 18. 6. 1941, 24. 9. 1941 und 18. 10. 1942. – Zum Einflußgewinn des Reichstags seit der Reichsgründung auch Schiffer, Leben (wie Anm. 4) 172 (»Mittelpunkt der deutschen Geschichte«).

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Doch welche Rolle sollten Parlament und Presse in Zukunft spielen? Oder allgemeiner: wie müsse eine Neuordnung nach dem Kriege beschaffen sein, wenn die Aufgabe darin bestehe, Staatsmacht und Grundrechte besser in Einklang zu bringen? Diese Fragen stellte sich der Tagebuchschreiber im Januar 1942, und das Ergebnis war ein kurzer Text mit der viel versprechenden Überschrift »Künftige deutsche Verfassung«, der in vier Punkten einige Grundregeln dafür benannte[55]. Sie lassen erkennen, wie weit sich das als Idealtypus Erstrebte vom Weimarer Normensystem entfernen konnte, ohne auf eine Preisgabe von Rechtsstaat und Liberalität hinauszulaufen.

Gleich der Anfang dieses Vier-Punkte-Programms befremdet den heutigen Leser. Punkt eins verlangte lapidar »eine Regierung, die rechtlich und moralisch weder auf dem Volkswillen beruht noch sein bloßer Vollstrecker ist«. Eine Absage an jedwede Demokratie? So wollte es wohl nicht verstanden sein, erst recht nicht als Freibrief für weitere Diktatur. Punkt zwei nämlich forderte »Schutz gegen Willkür«, hob die Bedeutung von Parlament und Presse dafür hervor (»Öffentlichkeit ist eine starke Macht«) und entwarf Grundzüge einer künftigen Verwaltungs- und Verfassungsgerichtsbarkeit. Gedacht war hier vor allem an dreierlei: 1. an »unabhängige Gerichte in geringster Zahl (um Qualität zu gewährleisten und Fronde zu verhüten) gegenüber der Verwaltung«; 2. an die »Bindung der Gesetzgebung ans Parlament bei Etat und Einschränkung von Grundrechten«, 3. an ein »höchstes Gericht zur Wahrung sittlicher Grundforderungen gegen Regierung und Parlament«. Mit anderen Worten: Schutz sollte zugesichert werden gegenüber vier Faktoren: Regierung, Verwaltung, Parlament und einer möglicherweise frondierenden Justiz. Dem Nachdenkenden, spürt man, ging es mehr um Gewaltenteilung als um optimalen Parlamentarismus.

Das wird noch deutlicher durch Punkt drei und vier des Programms, beide äußerst knapp gefaßt, nur noch stichwortartig. Punkt drei lautete: »Parlament. Wählbar nur nach Bewährung in rebus publicis. Beschränkung der Gültigkeit auf 10 Jahre. Öffentliche Wahl, aber allgemein und direkt«. Noch knapper Punkt vier: »Ständisches Prinzip in Justiz und Verwaltung«[56]. Was konkret damit gemeint war, blieb hier offen, ergibt sich aber aus anderen Eintragungen.

Schiffer war nie ein Freund des Weimarer Proporz- und Listenwahlrechts gewesen. Er hatte darin schon in den 20er Jahren eine unzulässige Privilegierung der Parteien gesehen, eine Bevorzugung von Funktionären und Lobbyisten, die bei der Zuteilung von Listenplätzen faktisch den ersten Zugriff hatten, während der Wähler die Auswahl der Kandidaten nicht zu beeinflussen vermochte. Auch daß bei engem Wahlausgang dem Koalitionsgeschiebe Tür

55 Tgb 15. 1. 1942, hier auch das Folgende.
56 Ebd.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

und Tor geöffnet waren (»Bankrott der Zahl«), rief auf zum Wandel. In diesem Sinne ist das Vier-Punkte-Programm zu verstehen, soweit es das Parlament und das Wahlrecht betraf. Denn Schiffer wollte ja nicht etwa zurück zum »Ständestaat«. Er war kein Sozialromantiker, wußte vielmehr sehr wohl, daß der gesellschaftliche Wandel und der »bestehende Aufbau der Wirtschaft« keine Rückentwicklung gestatteten. Möglich und sinnvoll aber schien es ihm, »ständische Gesichtspunkte« punktuell zur Geltung zu bringen, etwa in dem Sinne, daß das passive Parlamentswahlrecht an den Nachweis mehrjähriger Erfahrung in einer kommunalen oder berufsständischen Vertretung gebunden werde[57].

Ging schon diese Akzentuierung über die Reformvorstellungen hinaus, die der »Sturm« empfohlen hatte, so tauchte umgekehrt manches Heilungsrezept der Brüningjahre im Tagebuch nicht mehr auf. So etwa das Oberhaus als Weiterentwicklung des Reichsrats mit wertelitären Konturen oder die Diktaturvollmacht des Staatsoberhaupts als allerletzter Rettungsring bei wechselseitiger Selbstblockade von Verfassungsorganen[58]. Die Frage der Oberhauptfindung wurde überhaupt ausgeblendet. Nach dem Fiasko des Führerstaates und bei dem Mangel an charismatischen Hoffnungsträgern im Anschluß an die monarchische oder militärische[59] Tradition fehlte es hier offenbar an realistischen Anknüpfungspunkten. Dafür schob der Planer sein Konzept eines »höchsten Gerichts zur Wahrung sittlicher Grundforderungen gegenüber Regierung und Parlament« nach vorn, eines obersten Verfassungsgerichts also, und auch die alte Vorliebe für sachkundige und unpolitische Staatssekretäre mit breitem Problemlösungsspielraum anstelle von auswechselbaren Parteiministern lebte ab und zu wieder auf. Auch hier war das Unbehagen am Parteienstaat federführend.

Vergleichen wir dieses Zukunftsbild mit Verfassungsentwürfen und Neuordnungsplänen der Oppositions- und Umsturzbewegung[60], so ergeben sich Parallelen. Mit Popitz und Goerdeler hatte es den »Antiparteienaffekt« (Hans

57 Tgb 14. 5. 1941; ähnlich, im Detail abweichend, schon Schiffer, Sturm (wie Anm. 4) 243 ff., 342 ff., 352; – Zu ständestaatlichen Zügen im Reformdiskurs von 1932 allgemein vgl. Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, Stuttgart 1957, 536 ff.; Ernst Rudolf Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Bd. 7. Stuttgart 1984, 1008 f.

58 Schiffer, Sturm (wie Anm. 4), 247 ff., 285, 290 ff.; vgl. dazu Meineckes Rez. (wie Anm. 49).

59 Unter den »deutschen Feldherrn dieses Krieges« ragten nach Schiffers Einschätzung »eigentlich nur Rommel, höchstens noch Dietl« hervor, und auch diese beiden seien »nicht ersten Ranges« (Tgb 14. 6. 1942). Feldmarschall Erwin Rommel (1891-1944) führte bis 1943 das Afrika-Korps und hatte 1944 Fühlung mit dem Widerstand. Generaloberst Eduard Dietl (1890-1944) kommandierte 1940 die Gebirgstruppen in Norwegen.

60 Dazu zusammenfassend Hans Mommsen, Verfassungs- und Verwaltungsreformpläne der Widerstandsgruppen des 20. Juli 1944, in: Schmädeke/Steinbach (Hrsg.), Widerstand (wie Anm. 13) 570-597, besonders 580 (»Antiparteienaffekt«); Ger van Roon, Staatsvorstellungen des Kreisauer Kreises, in: ebd., 560-569; Albert Krebs, Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg, Hamburg 1964, 266 ff.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Mommsen) gemein, ferner die planerisch autoritären, naiv konstruierenden, wunschbestimmten Züge, auch das Manko an Legitimation von unten und die punktuelle Anlehnung an kommunalreformerische und »korporativistische« Lösungen. Mit den Kreisauern wiederum, auch mit Schulenburg und ebenfalls Goerdeler, teilte das Schiffersche Konzept die Vorliebe für »kleinste Einheiten«, den Vorrang von Verwaltungs- und Rechtsreformen und eine möglichst unpolitische Sachorientierung. Schwächer als bei den Konservativen wirkten dagegen die monarchistisch-diktatorialen Anwandlungen und Aushilfen der Papen-Ära nach. Konstitutionelle Kontrollrechte sollten nicht ab-, sondern ausgebaut werden, die Meinungs- und Pressefreiheit stand hoch im Kurs. Nur die tiefsitzende Aversion gegen die Integrationspraktiken der Massendemokratie hinderte an einer weiter ausgreifenden Linkseinordnung.

Im übrigen hatte diese Aversion nicht nur institutionelle und wahlrechtliche Gründe. Schiffers Zweifel in diesen Fragen waren viel prinzipieller. Sie hingen mit seiner Einstellung zum Problem der Willensfreiheit zusammen. »Geheimnisvoll verschlingt sich Willensfreiheit und –unfreiheit im Einzelmenschen«, heißt es einmal. Und gelte nicht dasselbe für Volk und Staat? Schwanke nicht das Verhältnis von Freiheit und Unfreiheit in der politischen Willensbildung von Nation zu Nation? Sei es nicht von »Zuständen, Beschaffenheiten und Situationen« mitabhängig? Es sei die »Aufgabe des Staatsmanns«, hier das rechte Maß zu treffen[61].

Noch tiefer ins Gestrüpp der Volkspsychologie wagte sich die Deutung an einer anderen Stelle. »Was das Volk will!«, hieß es dort unter Berufung auf »Hegel und Hans Delbrück«, sei durch »organisatorische Maßnahmen und Einwirkungen« nicht festzustellen. Zu ermitteln sei allenfalls, was man »im Volk zugunsten der Regierung« wolle. Sei dies vernünftig und zudem kraftvoll, werde es sich durchsetzen, egal ob mehrheitlich oder minoritär vertreten und ob mit oder ohne Regierungsplazet. Hier liege die eigentliche Bedeutung von Parlament und Presse. Doch deren Einfluß dürfe auch wieder nicht unbegrenzt sein. »Solange der Wille des Volkes noch gärt und unklar ist, soll er die Staatsgeschäfte nicht verwirren«. Das Resümee plädierte für eine »Politik der praktischen Vernunft«, also der »Sachlichkeit«, ja der »Entpolitisierung«. Das zielte auf Beschränkungen zumal bei Parlament und Justiz. »Abgeordnete und Richter sollten Barrieren sowohl gegen die Regierung wie gegen das Volk sein«. Oder noch mehr zugespitzt: »Restlose Autokratie und volle Demokratie sind auf die Dauer gleich unmöglich«[62].

61 Tgb 15. 4. 1942.

62 Tgb 18. 1. 1942 und 15. 4. 1942. – Distanz von der »vollen« Demokratie prägte auch den Grundton mancher Briefe. So an Gerland vom Oktober 1940: »Ich bin niemals Demokrat im Parteisinn gewesen und war auch in der demokratischen Partei stets ein Fremdkörper; ich fühlte mich nicht nur als solcher, sondern wurde auch von ihr als solcher empfunden. Ich war und blieb Nationalliberaler, wenn auch hier wiederum nicht im engen Parteisinn«

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Schiffer, auf der Gedankenstufe des Kriegstagebuchs, war mit Maeterlinck überzeugt von der »Dummheit des Demos«. Er glaubte nicht, daß Wahlergebnisse die Richtigkeit von Politik bezeugen, sah auch die Schattenseiten der Regel, daß Demokratie verantwortlich nur sich selbst gegenüber sei, und erwog im Anschluß an Seeckt, ob die beste aller Regierungsformen nicht letztlich doch ein »neuzeitlich abgeänderter und aufgeklärter Absolutismus« sei. Denn wenn Absolutismus ohne Parlament gefährlich sei, so laut Bismarck doch immer noch besser als Absolutismus durch das Parlament oder mit dessen Hilfe. Am Ende schoß England den Vogel ab – als Parlamentarismus mit keineswegs unbegrenzten Befugnissen gegenüber der Exekutive und ohne Handhabe zur direkten Selbstregierung[63]. Bedenkt man die Zeitumstände, so waren das alles riskante Überlegungen. Zwar war vieles als Zitat etikettiert und damit etwas abgefedert, aber sicheren Schutz bot die Tarnmethode schwerlich.

Doch nicht nur nach Dämmen gegen die »volle Demokratie« sah sich der Tagebuchschreiber um, auch nach Schranken gegen einen ausufernden Nationalismus. Aus seiner Sicht blieb der Staat auch hier das verläßlichste Heilmittel. Und zwar nicht zuletzt der kleinere Kultur- und Rechtsstaat vom Typus »Holland«, eingebettet in »große Räume« mit geordneter Wirtschaft und im Rücken gedeckt durch eine hegemonial verankerte, militärisch exekutierte und doch zugleich kollektive Friedenssicherung. In diesem Punkt waltete lediglich Zweifel, ob sich der alte Völkerbund in solcher Weise reaktivieren lasse. Wenn ja, schien dies allenfalls denkbar auf einer Ebene zwischen Völkerrecht und Staatsrecht. »Ein Staat müßte die Vormacht sein«, und dieser eine und einzige möge im »alleinigen Besitz der Militärgewalt« bleiben. Die Mitgliedschaft in dieser künftigen Weltgemeinschaft solle gleichwohl »obligatorisch« sein, die »Selbständigkeit« der Mitgliedstaaten eingeschränkt dadurch, daß sie sich zur Wahrung von Grundrechten und zum Schutz von Minderheiten verpflichten müßten. Im Falle innerer Streitigkeiten aber müsse ein »höchster Gerichtshof« bereit stehen, »dessen Entscheidungen durch die Vormacht zu exekutieren wären«[64].

Welcher Staat aber komme für eine solche Vormachtrolle in Frage? Schiffer favorisierte die »Vereinigung von England und Amerika«, hatte ein Zitat zur Hand, wonach die Schaffung ihrer Union die »Hauptaufgabe des 20. Jahrhunderts« sei, und sorgte sich nicht um möglichen Mißbrauch. »Die Weltherr-

(PrivN Gerland, Schiffer an Gerland, 31. 10. 1940). Ähnlich an anderer Stelle die Kritik an der »Gesamtpolitik« (des demokratischen Liberalismus im Sinne Otto Fischbecks), die »die Demokratie in Deutschland ausgedörrt und ungeistig gemacht und damit den Gegenstoß ausgelöst hat, der dann allerdings mit einer das Maß aller ihrer Sünden weitaus übersteigenden Wucht eingesetzt hat« (ebd., Schiffer an Gerland, 16. 6. 1939).

63 Tgb 20. 11. 1941, 2. 3. 1942, 1. 6. 1942, 12. 12. 1942 und 21. 9. 1944.

64 Tgb 1. 7. 1941, 15. 4. 1942 und 10. 10. 1942.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

schaft braucht nicht absolut und unmittelbar zu sein. Sie kann und soll der Durchgang zu ihrem eigenen Abbau und ihrer Ersetzung durch ein Nebeneinander sein«. Auch in dieser Hinsicht war das Zutrauen zu England also wieder groß, während die Hoffnung auf Amerika, damit verglichen, vage und undeutlich blieb. Es waren im Grunde die alten Argumente von Seeley und Rhodes zugunsten der britischen Reichsidee, worauf der Zeitbeobachter setzte, wenn er sich eine »Weltherrschaft nicht um ihrer selbst willen, sondern mit ethischem Ziel« erträumte und der Aussicht Raum gab, dadurch könnten »Kriege unmöglich« werden[65].

Und doch – ganz zum Schweigen gebracht wurde die Sorge nie. Ein Rest an Relativierung blieb immer, und im Herbst 1942, als das Ende der privaten Schonzeit sich näherte, schwoll die generelle Infragestellung aller Werte und aller geschichtlichen Überlieferung noch einmal deutlich an. Mitunter mischten sich wohl gar spenglerisch-nietzschesche Zeitgeisttöne in die Bilanz. Dann stand plötzlich alles auf der Waage und nichts hielt mehr stand, ausgenommen das anthropologische Potential. »Das einzig Dauernde in der Geschichte ist der Mensch. Rassen, Völker, Staaten, Religionen, Kulturen vergehen. Homo manet«[66].

Schiffers Welt- und Geschichtsbild, so wollen wir das Gesagte zusammenfassen, kam selten so improvisiert und ungeschönt aufs Papier wie in dem schwarzen Wachstuchheft. Von Zufallslektüre angeregt und von Alltagsstimmungen überschattet, gleichen die nicht für die Öffentlichkeit gedachten Texte einer Zwiesprache des Zeitzeugen mit sich selbst. Vieles scheint flüchtig hingeworfen, widerspricht sich zuweilen, wirkt unausgereift, unbekümmert im Stil, vereinfachend in der Gedankenführung. Nichtsdestoweniger schimmert eine Weltanschauung durch. Sie wurzelte im nationalen Liberalismus, stand dem wilhelminischen Kontext, soweit er rechtsstaatlich, konstitutionell, aufklärerisch-human gewesen war, noch nahe, betonte die Distanz zu »Weimarer« Entwicklungen, die dem Belastbarkeitstest der Brüning-Papen-Ära nicht standgehalten hatten. Ebenso spürbar ist aber auch, wie sehr sich der einsame Zeitbeobachter im Dauerdiskurs mit dem Zeitgeist und der unbekannten Zukunft befand. Der Krieg war noch im Gange, der Ausgang ungewiß, das Kriegsglück schwankend. Daraus ergaben sich Widersprüche und Relativierungen. Sie betrafen auch das Weltbild und die Geschichtssicht – und nicht zuletzt die Stellung Schiffers zu sich selbst.

65 Tgb 28. 10. 1942, 23. 11. 1942 und 29. 11. 1942. – Zur Idealisierung der britischen Weltdurchdringung allgemein Paul Kluke, Wandlungen der britischen Reichsidee, in: HZ 187, 1959, 540-567.

66 Tgb 25. 11. 1942.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

III

Im Verlauf der »vatikanischen« Gefangenschaft, zumal gegen Ende der Halbisolierung, nahm bei Schiffer das Verlangen zu, sich seiner Identität zu versichern. Er fing an, über sein Leben nachzudenken, seine Eigenart und das Geleistete zu mustern, also Bilanz zu ziehen. Das geschah ohne großen Anspruch, eher beiläufig, wie die Schreibsituation es ihm eingab. Der Grundton ließ den Wunsch erkennen, genutzte Chancen und erlebte Höhenflüge, samt ihren politisch-literarischen Erträgen, auf einen einfachen Nenner zu bringen und daraus Trost zu ziehen. So wie in einem Notat vom September 1942: »Ich habe drei Höhepunkte meines Lebens gehabt, die ich weihevoll als solche erlebte: als ich Student, als ich Richter, als ich Volksvertreter wurde. Ich empfand sie nicht als materielle oder äußere oder Laufbahnerfolge, sondern als Eintritt in eine höhere Gemeinschaft idealen Gepräges, stark durchsetzt mit preußisch-deutschem Nationalbewußtsein«[67].

Zugleich zeigt sich daran, wie sehr das persönliche Erinnern die Jugendzeit im Kaiserreich begünstigte. Warum nur sie? Warum nicht auch die hohen Ministerämter nach 1918, die zweimalige Vizekanzlerschaft, den wiederholten Vorsitz in einer der größeren Fraktionen des Reichstags? Sind das nicht ebenfalls Höhepunkte gewesen. die sich als »weihevoll« hätten erleben lassen? In der Stimmung von 1941/42 verschwanden sie hinter den wilhelminischen, verloren an Dignität und Glanz wie die deutschdemokratische Partei und die »Weimarer« Gesinnung neben dem Nationalliberalismus. Mitunter wunderte sich der rückblickend Wertende selbst über seine Vorlieben. Dann ging er milde tadelnd gegen sie an. So im Mai 1941 aus Anlaß einer literarischen Neubegegnung: »Ich habe zufällig Meyer-Försters »Alt-Heidelberg« wieder einmal in die Hand genommen, es in einem Zuge durchgelesen und bin wieder einmal des sentimentalen Zugs in meinem Charakter mir bewußt geworden. Aber etwas fiel mir auf: welch jämmerliche Byzantinerrolle diese an sich doch sehr sympathischen Corpsstudenten spielen! Der Autor nimmt es bloß komisch, aber vielleicht hatte er im Ernst mehr Recht als er selbst ahnte«[68].

Dabei war der aufsteigerhafte Stolz auf die vom Erfolg gekrönte Annäherung an die Welt des Adels und auf die gesellschaftliche Behauptung in dessen Milieu bei Schiffer seinerseits nicht gerade schwach entwickelt. Kurz vor dem Umzug ins Ungewisse gedachte der Gepeinigte der »Schlösser und Landhäuser, in denen ich längere oder kürzere Zeit zu Gast weilte«, und listete sie auf. Die Reihe begann mit Schloß Ralswiek auf Rügen, dem Landsitz des früheren Kaiserfreundes Graf Douglas, einem Freikonservativen, der 1905 ein Bündnis

67 Tgb 1. 9. 1942.

68 Tgb 29. 5. 1941. – Wilhelm Meyer-Förster (1862-1934) dramatisierte in dem Bühnenstück »Alt-Heidelberg« (1901) seinen Studentenroman »Karl Heinrich« (1899). Schiffer hatte keiner Verbindung angehört.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

mit der rechten Mitte angestrebt und den jungen und ehrgeizigen Landtagsabgeordneten mit entsprechenden Hintergedanken zu sich eingeladen hatte, und die Aufstellung setzte sich fort mit der Nennung von Burgen, Palästen und Herrenhäusern teils fürstlichen Zuschnitts als Begegnungsstätten späterer Zeit[69]. Für dergleichen hatte der bürgerliche Konvertit eine gewisse Schwäche.

Eine Schwäche hatte er auch für »die Liebe« – und auch darüber ging die Lebensbilanz nicht hinweg, wobei der Wortsinn allgemein und breitgefächert blieb und sich zuletzt noch ins Humanitäre und sogar Politische weitete: »Wenn ich mein Leben überblicke, so habe ich weit mehr zu danken als zu grollen, zu segnen als zu fluchen. Ich habe viel Liebe genossen, im engeren wie im weiteren Kreise, und bin nur selten auf bewußte Gehässigkeit oder Niedertracht gestoßen. Selbst das Schicksal, das mich jetzt stranguliert, ist mehr sachliches Elementarereignis als persönliche Bosheit gegen mich«[70]. Eine bemerkenswerte Distanz. Das Objektivierungsbemühen des früheren Richters bewährte sich.

Dabei war sein Idealismus an trüben Tagen in Gefahr, dem Maßstabverlust der Gegenwart zu erliegen »Es ist bitter schwer, auf alte Ideale zu verzichten. Es ist nicht leicht, sich für neue Ideale zu erwärmen. Aber es ist schlechthin unerträglich, alte Ideale aufgeben zu müssen, ohne neue Ideale an ihre Stelle zu setzen«[71]. Der Gedanke mündete in ein Ibsen-Zitat und ließ damit erkennen, aus welcher Bewußtseinsschicht das Problemverständnis stammte.

Aber die Autorität der selbsterlebten Tradition stand eben nicht mehr auf festen Füßen. Sie rieb sich am Zeitgeist und wich nach und nach neuen Denkweisen. Der Betrachter sah es mit Resignation und Kummer, deutete es als Schwund von kulturellen Normen und sammelte Belege dafür. Am meisten beunruhigte ihn der Niveauverlust der Universitäten und der Rückgang in den Wissenschaften. Die Beobachtung war an sich nicht neu, schon im »Sturm über Deutschland« hatte sie eine Rolle gespielt, aber nun, im Kontext von NS-Zeit und Krieg, wurde sie zu einem quälenden Ärgernis. Ob es die »Sprachverhunzung« war, die der Zeitungsleser beklagte, die Preisgabe gymnasialer

69 Tgb 12. 12. 1942. – Zur Begegnung mit Hugo Sholto Graf Douglas (1837-1912) im August 1905 vgl. Schiffer, Leben (wie Anm. 4) 96; Graf Douglas. Eine Festgabe von seinen Freunden, Berlin 1907, 9, sowie eine ausführliche Aufzeichnung in: NL Schiffer, Bd. 1, 1 ff.

70 Tgb 2. 8. 1942. – Zu Liebesbeziehungen Schiffers in den 20er Jahren vgl. Thilo Ramm, Der Fehltritt einer Frauenrechtlerin, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 17, 2005, 235-252, hier 236 ff. ; Heide-Marie Lauterer, »Liebe Marquise von O.«, in: ebd. 16, 2003, 273-283.

71 Tgb 21. 6. 1942 – Ähnlich eine briefliche Äußerung mit selbstkritischem Akzent. Darin verwarf Schiffer seine frühere »Vorstellung von unserem deutschem Volk als politischem Faktor, die sich als sehr unzutreffend erwiesen hat«, und gestand sich ein, daß sich im Licht dieser Einsicht sein Leben »zu einem erheblichen Teil als verfehlt« darstelle. Habe es doch »im großen Umfange« auf seiner »politischen Tätigkeit« beruht und sich damit rückblickend gesehen auf einer »trügerischen Grundlage« befunden (PrivN Gerland, Schiffer an Gerland, 31. 10. 1940).

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Leistungskriterien oder der Verzicht auf akademische Ansprüche, worüber Mitteilungen von Professoren die Runde machten (»Sauerbruch hat erklärt, das Niveau des medizinischen Nachwuchses sei das der Volksschule«) – dem Draußenstehenden, der sich an den eigenen Weg erinnerte, tat das alles weh: »Die Wissenschaft wird Handwerk, die Universitas Litterarum zu einem Bündel von Fachschulen. Das muß sich sehr schnell rächen. Noch zehren wir von den Resten der Vergangenheit. Bald werden wir unseren internationalen wissenschaftlichen Rang verlieren«[72].

Naturgemäß bekümmerte den Juristen nicht zuletzt der Niedergang des eigenen Fachs. Nun stand der frühere Justizminister seiner persönlichen Kompetenz nicht unkritisch gegenüber. »Ich bin nie ein großer Jurist gewesen; meine Begabung war mehr rechtspolitischer, legislativer Art«, sagte er von sich. Aber gerade diese Spezialbefähigung brachte es mit sich, daß er die Justizpolitik der Nationalsozialisten besonders genau verfolgte. Als Tiefpunkt bedauerte er einen Aufsatz von Reinhard Höhn, Staatsrechtler an der Berliner Universität, der das gültige Polizeirecht dahingehend ausgelegt hatte, daß es staatsfeindlicher Gesinnung jeglichen Rechtsschutz entziehe und jede liberale Meinung verwerfe. Daß ein »deutscher Professor« dergleichen zu schreiben imstande sei – darüber kam der Leser nicht hinweg[73].

Und das umso weniger, als er sich seinerseits mit dem Gedanken trug, sein in den 20er Jahren entwickeltes Projekt einer umfassenden Justizreform erneut auf den Prüfstand zu bringen und wenn möglich zur Verwirklichung beizutragen. Dabei reizte ihn, wie man vermuten darf, zusätzlich der sonderbare Sachverhalt, daß es zwischen einigen seiner Reformvorstellungen und solchen der NS-Justiz bei allem Dissens in der Stoßrichtung gewisse Berührungspunkte gab. Wenn sich etwa Curt Rothenberger, seit 1942 Staatssekretär im Reichsjustizministerium, für die Stärkung des Richteramts im Führerstaat erwärmte und den »Richterkönig« zum Exekutor des »gesunden Volksempfindens« erhob, so ähnelte dies von fern einer Argumentationslinie, die Schiffer bereits 1928 in seinem einschlägigem Hauptwerk vertreten hatte[74] – mit ganz anderer

72 Tgb 20. 5. 1941, 19. 7. 1941 und 20. 11. 1941. Ferdinand Sauerbruch (1875-1951) war Chirurg in Berlin. – Vgl. Schiffer, Sturm (wie Anm. 4) 81 f.; zum Problem allgemein Hellmut Seier, Niveaukritik und partielle Opposition. Zur Lage an den deutschen Hochschulen 1939/40, in: Archiv für Kulturgeschichte 58, 1976, 227-246.

73 Tgb 16. 6. 1942 und 20. 9. 1944. – Vgl. Reinhard Höhn, Nationalsozialistisches Polizeirecht, in: Deutsche Allgemeine Zeitung vom 13. 6. 1942. Höhn war SS-Standartenführer, hatte aber auch Verbindungen zu Hitlerkritikern, vgl. Gerhard Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1956, 426.

74 Vgl. Schiffer, Deutsche Justiz (wie Anm. 4) 80-130, 258-380; andererseits Curt Rothenberger, Der deutsche Richter, Berlin 1943, 105 ff., passim. – Nach J. Ramm, Schiffer und die Reform (wie Anm. 3) 166 bestand in mehreren Punkten eine »auffällige Übereinstimmung« zwischen den Auffassungen. Der Autor läßt offen, ob eine undeklarierte »Übernahme« Schifferscher Anregungen vorlag, gelangt aber zu dem Fazit, diese hätten »tiefe Spuren« selbst in der NS-Justizgesetzgebung hinterlassen (ebd. 208). Einen direkten Kommentar dazu enthält das Tagebuch nicht.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Tendenz natürlich, deren erneute Klärung dadurch jedoch erst recht zu einem Anliegen geworden sein mag.

Die Parallelität betraf sowohl den theoretischen Ansatz als auch praktische Folgerungen. Schiffers Reformkonzept war von drei Mängeln der deutschen Justizpraxis ausgegangen: der Rechtsfremdheit des Volkes, der Volksfremdheit des Rechts und der Weltfremdheit des Durchschnittsrichters. Zur Abhilfe empfohlen hatte es eine vereinfachte, verbilligte, für jedermann verständliche Rechtsprechung, gehandhabt von einer volksnäheren, der Zahl nach verminderten, besser besoldeten Richterschaft und weniger gehemmt als früher von Instanzen, Finessen und doppeldeutigen Normen. Dahinter gestanden hatte schon damals das Idealbild des Amtsrichters aus Schiffers Jugend. Das Projekt war im späten Weimar sowohl auf Zustimmung als auch auf Kritik gestoßen, weder verwirklicht noch verworfen worden, lebte im Bewußtsein der postwilhelminischen Juristengeneration aber weiter und bot sich damit als mögliches Modell eines Neubeginns an. Je nach Art und Akzentuierung der Kombination von Volksnähe und idealem Richtertum ließ es sich in unterschiedliche Kontexte einbauen[75].

Auf Einzelheiten ist hier nicht einzugehen. Eine gründliche juristische Untersuchung, die auch die Brücke zur institutionellen Erprobung in Ostdeutschland nach 1945 schlug, liegt vor[76]. Uns interessiert, wie sich der Rückblick auf das eigene Werk und die zukunftsorientierte Gedankenbildung im Kriegstagebuch niederschlugen. Die Zahl der diesbezüglichen Notate ist groß und nahm 1942 in dem Grade zu, wie der erwartete Kriegsausgang sich scheinbar näherte. Wir konzentrieren uns auf vier Aspekte, mit denen sich der private Planer besonders intensiv beschäftigte und die zugleich die Ambivalenzen seiner Lösungssuche beleuchten.

Da war erstens seine Absicht, die Richterschaft gleich nach dem Krieg qualitativ zu erneuern und quantitativ zu vermindern. So rasch wie möglich sollten Normen durchforstet, Verfahren vereinfacht, Sondergerichte beseitigt werden. Soviel wie irgend angängig sollte künftig der freiwilligen Gerichtsbarkeit überlassen oder durch Schiedsgerichte ausgeglichen werden, möglichst auf kommunaler und berufsständischer Basis. Dies sollte in gesetzlich geregelten Verfahren geschehen, mit Berufungsmöglichkeiten bis hin zum Reichsgericht. Die letzte einschlägige Notiz drängte zur Eile: »Jetzt beste Zeit, weil

75 Zu Echo und Wirkung ebd. 1 ff., 201 ff., 208. Eine »gleichsam unterirdische Rezeption« (ebd. 202) vollzog sich später in der Bundesrepublik. Stärker war die Wirkung in Ostdeutschland. Dazu allgemein jetzt Hermann Wentker, Justiz in der DDR, München 2001.

76 J. Ramm, Schiffer und die Reform (wie Anm. 3). Das Buch untersucht auch die Entstehung der Schifferschen Vorschläge, vergleicht die beiden Auflagen des Hauptwerks und beleuchtet die biographische und theoriegeschichtliche Bedeutung. Zu quellenkritischen Problemen vgl. meine Rez. in: HZ 250, 1990, 462 f.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

viele Stellen frei und wenig Nachwuchs und (weil) Kriegsunterbrechungen schon vorliegen«[77].

Das nächstwichtige Anliegen war der Ausbau der Laienjustiz. Schiffer hielt nichts vom Juristenmonopol im Richteramt, forderte vielmehr, »Staat und Volk zu entjuristizieren«. Die Justizreform sollte in eine allgemeine Verwaltungsreform eingebettet werden und wie diese auf eine weitgehende Kommunalisierung und Dezentralisation zielen. Den Laienrichtern war dabei die Aufgabe zugedacht, das »gefühlsmäßig-volkstümliche Gerechtigkeitselement« zur Geltung zu bringen, und zwar besonders im Strafrecht, während im Zivilrecht davon auszugehen sei, daß die »verstandesmäßig-technische« Kompetenz des Fachjuristen überwiegen müsse. In welchem Ausmaß die Stärkung des Laienelements quantitativ zu Buche schlagen solle, ließ der Reformer vorerst offen. Über den Daumen gepeilt, könnten sich Juristen und Nichtjuristen etwa die Waage halten. Eine Hauptsorge war, wie sich verhindern lasse, daß unter irgend welchen Vorwänden am Ende doch »wieder lauter Juristen eingeschmuggelt« würden[78].

Drittens beschäftigte den um Ausgewogenheit Bemühten die Unabhängigkeit der Richter. Sie war ihm wichtig, aber er sah auch die Schwierigkeit, sie zu gewährleisten. Das fing mit der Frage an, wie sie ins Amt gelangen sollten. Durch Wahl oder durch Ernennung? Hier verblieb eine Unschlüssigkeit. Aber auch die Unabhängigkeit im Amt ließ sich nicht ganz lückenlos verbürgen. Denn was sollte geschehen, wenn sie dazu ausgenutzt werde, vom Gesetz oder vom »Volksempfinden« abzuweichen? In diesem Falle, fand Schiffer, müsse das höchste Gericht entscheiden. »Tritt es dem Richter nicht bei, so darf er nicht selbständig opponieren, sondern muß den Abschied nehmen«[79].

Bleibt ein vierter Punkt, vielleicht der wichtigste, nämlich die Frage, was »Gerechtigkeit« nun eigentlich sei und welcher Rang im Werte-Himmel ihr gebühre. Sei sie Einsicht einer Elite oder Gespür einer Nation oder individuelles Dafürhalten in der Auslegung eines Sittengebots? Eine mit »Zwei

77 Tgb 16. 7. 1944, vgl. Schiffer, Deutsche Justiz (1928) (wie Anm. 4) 97-130; J. Ramm, Schiffer und die Reform (wie Anm. 3) 125-139. – Schiffer zielte auf eine fachlich und menschlich hochqualifizierte Richterelite. Seine Kritiker überbetonten die quantitative Verminderung. So mit antisemitischem Unterton bereits Werner Gehring, Reform der bürgerlichen Rechtspflege durch Justizabbau, jur. Diss. Tübingen 1936.

78 Tgb 10. 5. 1942, 17. 11. 1942, 25. 11. 1942 und 26. 11. 1942. – Schiffer, Deutsche Justiz (1928) (wie Anm. 4) warb zwar für die Verstärkung des Laienelements in der Rechtsprechung, sah den Laienrichter jedoch nicht als »Richter im engeren und eigentlichen Sinne« an (ebd. 102). Erst die zweite Auflage behandelte den »Volksrichter« als »gleichwertigen Typus« (J. Ramm, Schiffer und die Reform, wie Anm. 3, 136). Diese Umnuancierung bereitete sich im Kriegstagebuch bereits vor.

79 Tgb 22. 10. 1942 und 28. 11. 1942. – Schiffer war Rechtspositivist, beachtete aber die Spannung zwischen Gesetzesbindung und richterlicher Unabhängigkeit, ohne allerdings für den nur formal an Gesetze gebundenen »Richterkönig« einzutreten, dazu J. Ramm, Schiffer und die Reform (wie Anm. 3) 125 f., 212 f.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Grundfragen« überschriebene Notiz ließ letztlich unentschieden, ob bei der Setzung von Rechtsnormen vom »Einzelnen« oder von einer »Gemeinschaft« – und wenn, von welcher (erwogen wurden »Familie, Gemeinde, Stamm, Nation, Staatskirche«) – auszugehen sei. Eine »absolute Lösung«, fand Schiffer, sei »unmöglich«. Er empfahl auch hier Kompromisse. Zur Beschreibung der Rangfolge zwischen Werten liebte er formelhafte Steigerungen, dachte sich Wertungshierarchien aus, etwa »Sachlichkeit – Gerechtigkeit – Menschlichkeit«, an anderer Stelle »Recht – Gerechtigkeit – Liebe«, oder nahm kurzerhand Zuflucht zu einem Zitat: »Napoleon auf St. Helena. Die Ausübung des Rechts ist eine zu harte Probe für die arme menschliche Natur«[80].

Die arme menschliche Natur – auf sie kam es letztlich an, und um ihre Beschaffenheit, ihre Freiheit sowohl begründenden als auch begrenzenden Gegebenheiten kreiste das Bemühen um Selbsterkenntnis. Dabei schwankte der Tonfall, mal ernsthaft, mal scherzend. »Ich bin Individualist«, heißt es einmal, deshalb sei für ihn die Persönlichkeit »Ausgangs- und Mittelpunkt der Lebensgestaltung«, allerdings mit der Maßgabe, daß sich der Individualismus »mit einem bestimmten Maß von Sozialismus« vertrage und »durch soziale Betätigung befriedigt« werde. Doch auch an drastischen Lebensregeln, die dies präzisierten und in welche persönliche Erfahrung mit einfloß, war kein Mangel. »Dummheiten zu machen«, liest man, sei ein »unveräußerliches Menschenrecht«, vorausgesetzt, daß es auf »eigene Gefahr und Kosten« gehandhabt werde. Oder mit Galgenhumor in Zitatform zum Jahresende 1942: »Fast jedes Leben ist eine unordentlich gepackte Kiste«[81].

Das mögen Anwandlungen gewesen sein. Schiffer neigte in der privaten Reflexion mitunter zur ironischen Selbstrelativierung, wir wollen solche Töne nicht überbewerten. Mehr Gewicht hat jedenfalls, was das Kriegsdiarium als Schaltstelle zwischen Vergangenheitsschau und Zukunftsbezügen ausweist. Zumal der Wiederaufnahme des Justizreformprojekts in der existentiellen Extremsituation von 1942 kommt hier Bedeutung zu. Aber auch im Verfassungsdenken, im Geschichtsverstehen und in der Stellung zu Freiheitspostulaten äußerte sich die Kriegserfahrung. Krieg verändert: Maßstäbe, Normen, Bewußtseinsinhalte. Der dadurch bewirkte Einstellungswandel färbte in mancher Hinsicht auch noch die Ausgangssituation der frühen Nachkriegszeit.

80 Tgb 27. 4. 1941, 7. 8. 1942, 29. 8. 1942 und 1. 9. 1942. – Daß »über dem Strafgesetzbuch der Korintherbrief steht«, fügte Schiffer nach dem Krieg sogar in die Zweitauflage seines Hauptwerks ein. Ähnlich in einem Brief an Meinecke vom 18. 2. 1950. Nachweise bei J. Ramm, Schiffer und die Reform (wie Anm. 3) 133, 221.

81 Tgb 7. 5. 1941, 9. 5. 1942 und 28. 12. 1942.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

IV

Auszuloten bleibt das Resultat. Schließt das Kriegstagebuch eine Quellenlücke zwischen dem Ausklang von Weimar und dem Ostberliner Neubeginn? Verhilft es zu besserem Begreifen der Schifferschen Motivation in der »Stunde Null«? Konkreter gefragt: bereitete sich schon auf der Höhe des Krieges der spätere Ostzonenpolitiker vor – der LDP-Mitgründer, der geduldige Blockpartner Ulbrichts, der Justizverwaltungschef, der Repräsentant nationaler Einheitshoffnung in Volkskongreß und Volksrat? Oder waren die Ansätze zu alledem erst Hervorbringungen des Augenblicks? Nicht Schritte innerhalb einer vorkalkulierten Strategie, sondern Anpassungsmühen eines Gealterten, der wie durch ein Wunder mit dem Leben davongekommen war und dessen sich nun andere bedienten? Exakt zu begründen ist hier wenig[82], zumal es an aussagestarken Privatbelegen mit politischem Stellenwert aus der Zeit zwischen 1943 und 1945 weiter mangelt. Einiges mag immerhin deutlicher geworden sein.

Was den Krieg betrifft, ist festzuhalten, wie früh (schon vor dem Ostangriff von 1941) ihn Schiffer als nicht mehr gewinnbar ansah, wie zwingend ihm erschien, daß »Untergang« und »Revolution« daraus erwachsen würden, wie wenig andererseits seine Zukunftserwartung im einzelnen vorwegnahm, was dann wirklich geschah. Er dachte sich den Ausgang vielmehr in Analogie zu 1918, setzte (schwache) Hoffnungen erst auf Rußland, dann auf England (ein England, das »aus Versailles gelernt« hat), stellte sich mithin auf einen »Umbruch« ein, an dessen wie immer geartete Gegebenheiten sich anzupassen erneut ein Vernunftgebot war. Dabei wurde das Vorhandensein eines gesamtdeutschen Staates mit Spielraum zum »Wiederbau« und mit Berlin als Hauptstadt stillschweigend vorausgesetzt. Wachsende Einsicht in die Wirklichkeit des Vernichtungskrieges schimmerte durch. Aber auch die Meinecke-Frage nach »positiven« NS-Potentialen stand im Raum. Der Nachdenkende war um Klarsicht bemüht, um ein Urteil jenseits von Propaganda und festgefahrener Ideologie. Er wollte selbständig denken, wollte nach Rückerlangung der Freiheit durchaus eigene Wege gehen. Das Kriegstagebuch zeigt ihn auf der Suche danach.

Was ihm verfassungspolitisch dabei vorschwebte, knüpfte an seine Systemkritik der 20er und 30er Jahre an, wandelte sie aber ab und übertraf sie in vielem. Von Weimar wollte er nichts mehr wissen. Erwünscht schien ihm viel-

82 Zur Motivation Schiffers beim ostberliner Nachkriegsengagement zuletzt Frölich, Exzellenz (wie Anm. 53) 117, 123, 130 (betont Streben nach Wertschätzung und Wiederbetätigung, Verkennung der Umstände, Hoffnung auf Möglichkeit begrenzter Opposition) und T. Ramm, Jurist (wie Anm. 9) 194, 198, 202 (hebt hervor Chancen der Einheitsbewahrung, Preußenbild, Argwohn gegen Westdeutschland, Hauptanliegen Justizreform). – Das DDR-Urteil über Schiffer vor 1990 überschätzte die liberal-demokratische Kontinuität.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

mehr ein »Pendelschlag der Demokratie auf ein der Kulturstufe entsprechendes Maß«, d. h. ein Rückbau bei Wahlrecht, Parteibildung und parlamentarischen Befugnissen. Wie er sich das dachte, ähnelt in mancher Hinsicht den halbautoritären Vorstellungen von Goerdeler und Popitz, in anderer Weise den Kreisauern, die eine Verwaltungsreform von »kleinsten Einheiten« aus favorisierten. Das Programm lief nicht auf Abschaffung der Demokratie hinaus[83]. Dazu war die Rolle von Pressefreiheit und parlamentarischer Mitentscheidung in Etat- und Grundrechtsfragen zu stark hervorgehoben und war mit der Figur eines obersten Kontrollorgans (»höchstes Gericht zur Wahrung sittlicher Grundforderungen gegen Regierung und Parlament«) aller Willkür und Diktatur zu nachdrücklich Paroli geboten. Wohl aber zielte der Gedankengang auf die Abkehr von »voller« Demokratie. Vorfahrt erhielten Gewaltenteilung, Ordnungswahrung und neuartige Wege der Elitenbildung. Das harmonierte nicht ohne weiteres mit dem Ideen-Arsenal der klassischen Linken (Linksliberalismus und Sozialdemokratie), erleichterte dagegen die pragmatische Anpassung an neue Formen parteirelativierender Blockbildung. Auch in diesem Punkt spiegelten sich im Kriegstagebuch also Dispositionen und Spielräume einer gewissen Neuorientierung.

Zwei essentielle Bedingungen wurden dabei vorausgesetzt: die Wiederherstellung des Rechtsstaats und die Bewahrung der nationalen Einheit. Beides ist nicht unproblematisch. Im Diskurs über die Rolle des deutschen Widerstands sind mittlerweile Zweifel aufgekommen, ob das bloße Verlangen nach einer Restituierung des Rechts ohne nähere Bestimmung seiner Funktion als Resistenzmotiv anzuerkennen sei, und die Hervorkehrung nationaler Akzente wurde der bürgerlich-konservativen Opposition sogar als Manko angekreidet[84]. Auf Schiffer indes treffen beide Bedenken nur in Grenzen zu. Ihn beschäftigte die künftige konkrete Ausgestaltung des Rechtsstaats sehr. Er trug ihr Rechnung, indem er die Zurückdrängung des Juristenelements zugunsten des Laienanteils anstrebte und dem Ausgleich zwischen Gesetzgebung und richterlicher Unabhängigkeit besondere Aufmerksamkeit widmete. Offenbar sah er hier Chancen, an eigene Reformimpulse anzuknüpfen und zugleich dem vom Krieg bewirkten Bewußtseinswandel gerecht zu werden. – Was die nationale Frage betrifft, stand der Schiffer des Kriegstagebuchs schon gleichsam zwischen den Zeiten. Abgekommen vom alten preußisch-

83 Im Tauziehen um die Reichsreform 1932/33 warb Schiffer für »konstitutionelle Demokratie« (Belege bei T. Ramm, Jurist, wie Anm. 9, 178 f., 203). Er war auch nicht für eine völlige Beseitigung der Parteien. Aus dem Tagebuch ist allerdings nicht zu ersehen, wie er sich ihre Wiederherstellung dachte.

84 Das ergab die Kontroverse zwischen Hans Mommsen und Peter Steinbach über den Rechtsstaatsbegriff bei der Berliner Widerstandstagung von 1984, vgl. Schmädeke / Steinbach (Hrsg.), Widerstand (wie Anm. 13), 1132 f. Eine weitere Auseinandersetzung bei derselben Tagung erbrachte unterschiedliche Einschätzungen des »Nationalkonservativen« bei Schulenburg, Goerdeler und Popitz (ebd., 1127 f.).

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

deutschen Unitarismus Bismarckscher Prägung und hegemonialen Zuschnitts, war er gleichwohl weit davon entfernt, einer Auflösung Deutschlands in seine Bestandteile und einer Preisgabe Berlins als Hauptstadt mit Gleichmut entgegenzusehen. So betrachtet, konnte auch die Besinnung auf nationalliberale Traditionen im Rahmen einer realistischen Zielbildung anpassungsfördernd gewirkt haben. Gesamtdeutschland als Denkgrundlage und Gestaltungsauftrag – da deckten sich die Positionen von 1942 und 1945 im Prinzip durchaus.

Die neue Quelle erfüllt nicht alle Wissenswünsche[85]. Sie bietet nur Gedankensplitter, situationsbedingt zu Papier gebracht und nicht für fremde Augen bestimmt. Alles stammt überdies von einem extrem Gefährdeten und aus einer Zeit, in der die Zukunft völlig offen, die Spielraumbreite des Möglichen unkalkulierbar war[86]. Zum verstehenden Nachvollzug bedarf es kriegspsychologischen Feingefühls und einer wirklichkeitsgerechten Einschätzung der Daseinsbedingungen von bürgerlicher Gegnerschaft bei totalitärer Diktatur.

Zwar deutet nichts darauf hin, daß der durch die rassische Diskriminierung Gedemütigte sich hätte einschüchtern lassen. Alles Belastende des persönlichen Erlebens – den mehrfachen Wohnungswechsel, die Versorgungsschwierigkeiten, die heikle Situation in den Anfängen des Bombenkriegs[87] – nahm er klaglos hin. Nie verließ ihn die Hoffnung auf bessere, humanere, wieder mehr von »Liebe« geprägte Zeiten (»Sie ist nicht bloß das Höchste, sondern auch das Dauerndste in der Welt«[88]), und als das Kriegsende nahte, beeindruckte er eine seiner letzten Besucherinnen durch seine ungebrochene Einstellung. »Er ist immer zuversichtlich und bewahrt eine fabelhafte Haltung, man muß ihn wirklich bewundern«[89]. Andererseits ließ ihn der Zeitgeist nicht völlig unberührt. Die Umstände nötigten zu tarnender Selbstzensur durch stilistische Textvermummung. Und nicht aus jedem Notat oder Brief ist abzulesen, was Mimikry war und was Zeitgeisteinfluß. Keine innere Emigration bleibt ganz ohne verbale Trübungen mit kollaborativem Nebenton[90].

85 So antwortet sie auch nur unscharf auf die von Frölich, Exzellenz (wie Anm. 53) 128, gestellte Frage, wie sich in Schiffers Vita die Entwicklung des organisierten Liberalismus zwischen Kaiserreich und Neubeginn spiegele. Darüber raisonierte der Tagebuchschreiber allenfalls beiläufig.

86 Zum Problem der realistischen Alternativen in Vergangenheit und Zukunft vgl. Alexander Demandt, Ungeschehene Geschichte, 4. Aufl. Göttingen 2005, 164 ff.

87 Aus naheliegenden Gründen mied Schiffer den Luftschutzkeller. »Ich bleibe im Bett und schlafe mich redlich aus. Wenn es einmal gar zu sehr ballert, und zwar in unserer nächsten Nähe, nehme ich die Hände an die seelische Hosennaht und Hab Acht-Stellung ein, um »Hier« zu schreien, wenn ich aufgerufen werden sollte. Dann aber kommandiere ich mir selbst »Rührt euch« und lege mich wieder auf die andere Seite« (PrivN Gerland, Schiffer an Gerland, 31. 10. 1940).

88 Ebd., Schiffer an Gerland, 24. 12. 1941.

89 Ebd., Gertrud Behrend an Gerland, 15. 12. 1944.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Doch wie immer man das neu erschlossene Tagebuch und die Kriegsbriefe einschätzt, sie schlagen eine Brücke von der Vor- zur Nachkriegszeit. Künftigen Biographen können sie von Nutzen sein. Auch unter Gesichtspunkten methodenpluralistischer Liberalismusforschung, offen für Vielfalt und Komplexität freiheitlichen Gedankenguts, hat das Betrachtete Reiz.

90 Zum Problem des Kollaborativen im Rahmen der bürgerlichen Gegnerschaft zuletzt Joachim Scholtyseck, »Handlungsbedingungen bürgerlicher Opposition in totalitären Staaten«, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 18, 2006, 187-202, hier 202.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Thomas Klingebiel

Gouvernemental – National – Liberal ? – Die Gründung und die Anfänge der FDP in Göttingen (1946-1953)[1]

Wer sich mit den Anfängen der Göttinger FDP nach dem Zweiten Weltkrieg beschäftigt, wird mit einem dreifachen Problem konfrontiert: Zum einen, dies gilt aber für die Gründungsphase aller Göttinger Parteien, ist die archivische Überlieferung im engeren Sinne derart lückenhaft, daß man auf private Sammlungen und die bereits an staatliche Archive abgegebenen Gerichtsakten zurückgreifen muß, um mehr als nur den äußeren Verlauf rekonstruieren zu können. Zum andern wird der Blick auf die Anfänge der Göttinger Freidemokraten zu einem guten Teil verstellt durch die 1955 kulminierende, bundesweit beachtete Affäre um den FDP-Kultusminister Schlüter, der zwar in Göttingen lebte, auf die lokale Parteiorganisation aber keinen prägenden Einfluss zu nehmen vermocht hatte.[2] Zum dritten schließlich sind auch die wenigen Studien zur niedersächsischen und zur Göttinger FDP, und zwar insbesondere was die konzeptionellen Prämissen und methodischen Instrumente angeht, inzwischen als veraltet anzusehen.[3]

1 Der Aufsatz beruht auf einem Vortrag des Verfassers, der am 22. August 2006 aus Anlaß des sechzigjährigen Bestehens des lokalen Kreisverbandes der FDP im Göttinger Rathaus gehalten worden ist. Er ist in sachlicher Hinsicht geringfügig erweitert und mit Fußnoten versehen, gleichzeitig aber von funktionslos gewordenen Elementen des Redestils befreit worden.

2 Vgl. hierzu die vornehmlich auf die universitäre Perspektive abstellende, im Jahr des 250. Gründungsjubiläums publizierte Dokumentation von Heinz-Georg Marten: Der niedersächsische Ministersturz. Protest und Widerstand der Georg-August-Universität Göttingen gegen den Kultusminister Schlüter im Jahre 1955, Göttingen 1987.

3 Dies gilt auch für die politologische Dissertation von Heinz-Georg Marten: Die unterwanderte FDP. Politischer Liberalismus in Niedersachsen – Aufbau und Entwicklung der Freien Demokratischen Partei. 1945-1955, Göttingen 1978 – Methodisch überzeugend, aber nur in Teilaspekten für die FDP-Geschichte nutzbar ist die ungedruckte Magisterarbeit von Christian Ebner: Liberalisierungsdiktatur? Zum Einfluß der britischen Militärregierung auf die Rekonstruktion der lokalen politischen Strukturen, Göttingen 1990. – Allgemein zum defizitären Stand der FDP-Forschung zuletzt Daniela Gliss: FDP. In: Oliver Gnad u. a. (Bearb.), Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland, Teilband 3, FDP und kleinere bürgerliche und rechte Parteien. Mitgliedschaft und Sozialstruktur, 1945-1990, Düsseldorf 2005, S. 35-174, hier S. 40-42. Vgl. auch Theo Schiller: Stand, Defizite und Perspektiven der FDP-Forschung. In: Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hg.): Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, Opladen 1993, S. 119-146.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Dieser Befund ist umso bedauerlicher, als die Göttinger Nachkriegs-FDP zu den wenigen nordwestdeutschen Parteiverbänden zählte, denen es bis weit in die 60er Jahre hinein gelungen ist, der beinahe überall sonst mächtig aufstrebenden CDU wenigstens auf kommunaler Ebene die Führung des ›bürgerlichen Lagers‹ streitig zu machen. Von 1948 bis 1956, als die SPD an ihr vorbeizog, verfügte sie nach Wahlergebnissen, die man mit ›Volksparteien‹ zu verbinden pflegt, sogar über die stärkste Fraktion im Göttinger Rathaus. Parallel dazu vermochte der Kandidat der Göttinger FDP bei den niedersächsischen Landtagswahlen 1947 und 1951 das Direktmandat zu erringen.
Doch welche strukturellen und akzidentiellen Faktoren haben die – aus heutiger Sicht – außergewöhnlichen Erfolge der Göttinger FDP in der Nachkriegszeit ermöglicht ? Ist der Erfolg an der Wahlurne vielleicht gar mit einem Verzicht auf liberale Prinzipien erkauft worden ? Oder hat die FDP ihr Profil gerade deshalb zu schärfen vermocht, weil sie an ihren freiheitlichen, marktwirtschaftlichen Ordnungsvorstellungen festhielt und den staatssozialistischen Modellen der übrigen Parteien als einzige Kraft entschieden entgegentrat ? Welche Bedeutung kam dabei den Persönlichkeiten zu, die die FDP gegenüber dem Göttinger Wahlvolk repräsentierten ? Auch wenn die Überlieferungsverluste und der defizitäre Forschungsstand in mancher Hinsicht nur eine vorläufige Antwort gestatten, soll neben der Rekonstruktion der äußeren Geschichte doch auch versucht werden, die Motive der handelnden Personen zu beleuchten.

I *Die Gründung der Göttinger FDP*

Die Göttinger FDP war – anders als etwa die neugebildete CDU – keine Neugründung im strengen Sinne des Wortes, sondern eine Wiedergründung: Als ihre Gründerväter müssen nämlich der Rechtsanwalt und Notar Hermann Föge (1878-1963)[4] und der Telegraphen-Inspektor August Reuper gelten, zwei Männer, die in Göttingen bereits seit 1919 für die DDP als Bürgervertreter

4 Föge, der einer unterelbischen Schifferfamilie mit Sitz in Stade entstammte, war am 25. Februar 1878 in Schleswig als Sohn eines Geometers geboren; er hatte in Goslar, wohin seine Eltern Anfang der 80er Jahre umgezogen waren, das Gymnasium besucht, in Berlin Rechtswissenschaft studiert und als Referendar zuletzt in Gieboldehausen bei Göttingen die juristische Praxis kennengelernt, bevor er sich 1909 in Göttingen als Rechtsanwalt niederzulassen vermochte. 1923 wurde er zum Notar bestellt. – Föge veröffentlichte: Aktuelle Fragen des unlauteren Wettbewerbs, Berlin 1938. – Einigermaßen zuverlässige biographische Daten bieten: Handbuch des Niedersächsischen Landtags, 1. Wahlperiode, 1948, S. 76. – Andreas Röpcke: Who is who in Lower Saxony. Ein politisch-biographischer Leitfaden der britischen Besatzungsmacht. In: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 55 (1983), S. 243-309, hier. S. 271. – Ich danke Frau Anneliese Ahlborn, der Tochter Hermann Föges, für ihre Bereitschaft, mir Einsicht in ihre Familienpapiere zu geben, aber auch für zahlreiche Hinweise zur Biographie ihres Vaters. Es ist mir daher möglich gewesen, die biographischen Daten zu überprüfen und zu ergänzen.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

bzw. auch als ehrenamtlicher Senator (1919-1929) kommunalpolitisch tätig gewesen waren.[5] Föge ist darüber hinaus für den Wahlkreis Göttingen-Münden Mitglied und zuletzt auch Vorsitzender der DDP- bzw. DStP-Fraktion im hannoverschen Provinziallandtag gewesen.[6] Während der NS-Herrschaft wurde Föge, der nach der Auflösung der Parteien 1933 zunächst noch als ›Parteiloser‹ im Göttinger Rathaus ausgeharrt hatte,[7] bald ganz aus der Politik gedrängt. Er galt im übrigen als »scharfer Gegner der NSDAP«.[8] In den folgenden Jahren der NS-Herrschaft hat Föge eine politisch resistente Haltung gezeigt und seine Kanzlei auch genutzt, um bedrängten Bürgern zu helfen. Es ist bekannt, daß er jüdische Bürger verteidigt oder auch – wie die Gebrüder Hahn und Alex Cohn – in seiner Eigenschaft als Notar betreut hat.[9]

Die beiden, inzwischen bereits im siebten Lebensjahrzehnt stehenden Liberalen wurden auf Vorschlag des von den Amerikanern bzw. von den Briten eingesetzten Göttinger Oberbürgermeisters und Landrats Erich Schmidt (1882-1964)[10] im Oktober 1945 von der britischen Militärregierung in den neugebildeten zwölfköpfigen Stadtrat (›nominated representative council‹) berufen, der am 23. November 1945 zu seiner ersten Sitzung zusammentrat.[11] Am 27. Dezember 1945 wurde Hermann Föge, der sich neben Reuper insbesondere

5 Rudolf von Thadden/ Günter. J. Trittel (Hg., unter Mitarbeit von Marc-Dietrich Ohse): Göttingen, Geschichte einer Universitätsstadt, Bd. III (1866-1989), Göttingen 1999, hier der Abschnitt über die Weimarer Epoche von Fritz Hasselhorn, S. 63-126, insbes. S. 77, 87, 105. – Eine Parteimitgliedschaft Föges vor dem Ende des Ersten Weltkriegs, in dem er wegen seiner körperlichen Konstitution nicht an der Front, sondern in einer Berliner Munitionsfabrik dienen mußte, ist nicht belegt. Das politische Interesse Föges an der Politik und am Parlamentarismus scheint sich in seinen Berliner Studienjahren gebildet zu haben: Er hat, nicht zuletzt motiviert durch die Aussicht auf Honorare, häufig Debatten des Reichstags und wohl auch des Preußischen Abgeordnetenhauses verfolgt und seine stenographischen Aufzeichnungen an verschiedene nordwestdeutsche Zeitungen verkauft: Anneliese Ahlborn, Familienpapiere (wie Anm. 4).

6 Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover (im folgenden: NLA): Hann. 180 Hild. Nr. 42 (Wahlen zum Provinziallandtag 1925).

7 Göttingen, Geschichte einer Universitätsstadt (wie. Anm. 5), S. 157f.

8 Röpcke (wie Anm. 4), S. 271.

9 NLA: Hann. 171 Göttingen, Acc. 16/77 Nr. 815/11. – Vgl. auch den von Cordula Tollmien verfaßten Abschnitt zur Geschichte der jüdischen Gemeinschaft in: Göttingen. Geschichte einer Universitätsstadt (wie Anm. 5), hier insbes. S. 729 (Cohn).

10 Zu Erich Schmidt, der in politischer Hinsicht als ›Welfe‹ einzuordnen ist, s. Ebner (wie Anm. 3), S. 33 (mit Anm. 15). – Aus dem Kondolenzschreiben Schmidts an Anneliese Ahlborn vom 21. Oktober 1963 geht hervor, daß die Amerikaner unmittelbar nach der Besetzung Göttingens vier unbelastete Persönlichkeiten in die Universitätsaula bestellt hatten, die sich untereinander auf den künftigen Leiter der provisorischen Stadtverwaltung einigen sollten, unter ihnen Schmidt und Föge. Da die anderen beiden, ebenfalls juristisch gebildeten Kandidaten unter Verweis auf drohende Werwolf-Aktionen ein Engagement für sich sogleich ausschlossen, soll Föge Schmidt, mit dem er sich einige Jahre zuvor aus irgendwelchen Gründen überworfen hatte, unter vier Augen gebeten haben, die Leitungsfunktion zu übernehmen. Schmidt hat dieses persönliche Gespräch offenbar als eigentliche Basis seiner politischen Allianz mit Föge betrachtet: Anneliese Ahlborn, Familienpapiere (wie Anm. 4).

11 Ebner (wie Anm. 3), S. 58-62, hier S. 59. – Bei der britischen Militärregierung galt Föge trotz seines fortgeschrittenen Alters als »energetic and capable«, mit seiner Rolle in der Landes-FDP war man indes nicht zufrieden: Röpcke (wie Anm. 4), S. 271.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

auf die vier parteilosen Ratsherren zu stützen vermochte, zum Präsidenten des Stadtrats gewählt und fungierte, nachdem Schmidt Anfang Januar 1946 zum Oberstadtdirektor ernannt worden war, bis zur ersten Kommunalwahl im Oktober 1946 als Oberbürgermeister.

Föge und Reuper haben ihre neugewonnene Position genutzt, um mit Blick auf die in absehbarer Zeit durchzuführenden Kommunalwahlen in Göttingen rasch wieder eine liberale Parteiorganisation aufzubauen. Voraussetzung dafür war eine Lizenz der Militärregierung, die bereits im Oktober 1945 beantragt worden zu sein scheint. Am 16. März 1946 (dem OSD notifiziert unter dem 21. März) wurde ihnen seitens der Militärregierung die Lizenz erteilt, im Stadtkreis Göttingen eine ›Demokratische Union‹ aufzubauen (die CDU mußte bis zum Sommer auf ihre Zulassung warten, SPD und KPD waren schon früher zugelassen worden)[12]. Gleichzeitig wurde Oberstadtdirektor Schmidt vom Büro Major Oldhams informiert, daß die Parteiämter der ›Demokratischen Union‹ von Hermann Föge, Dr. Heinrich Ueltzen, August Reuper, Karl Hoffmann (WR-Kommunalpolitiker), Friedrich Henze, Dr. Hans Reichardt (Physiker),[13] Georg Kohlbacher, Martha Scheidemann und M[argarete] Haubold bekleidet wurden.[14]

Wenige Tage später, am 26. März 1946, wandte sich Major Oldham erneut an den Oberstadtdirektor, um ihm mitzuteilen, daß sich die ›Demokratische Union‹, die übrigens am 16. März noch unter dieser Bezeichnung eine Versammlung in der Oberschule für Jungen abgehalten hatte, in ›Liberal-Demokratische Partei‹ umbenannt habe.[15] Der Parteiname blieb indes auch in den folgenden Wochen seltsam unbestimmt: So wurde von der Militärbehörde zwar Anfang April 1946 erstmals der ›Free Democratic Party‹ die Abhaltung einer Versammlung im häufig für diese Zwecke genutzten Gasthof Kruse, Geismar, genehmigt,[16] doch der Oberstadtdirektor benutzte im Frühjahr 1946 weiterhin durchweg die Bezeichnung LDP. Ein Schreiben der LDP-Kreisgeschäftsstelle, die sich seinerzeit in der Roten Str. 33 befand, setzte ihn dann am 13. Juni 1946 davon in Kenntnis, daß die Militärregierung die wohl noch im April beantragte neuerliche Umbenennung in ›Freie Demokratische Partei‹ bewilligt hatte (der gedruckte Briefkopf war entsprechend korrigiert worden).[17]

12 Stadtarchiv Göttingen: AHR II A Fach 15 Nr. 24, Bericht OSD Schmidts, 1947 Januar 13.
13 Dr. Reichardt, der seine Dissertation 1928 eingereicht hatte, arbeitete seinen wissenschaftlichen Publikationen zufolge am Göttinger Max-Planck-Institut für Strömungsphysik. Er zählte zum Gründerkreis der Göttinger FDP und gewann einige Kollegen, u. a. Prof. Tollmien, für die Partei.
14 Stadtarchiv Göttingen: Mil. Reg C 34, Bl. 39.
15 Ebd., Bl. 42.
16 Ebd., Bl. 49, 58, 78.
17 Stadtarchiv Göttingen: AHR I A Fach 12 Nr. 22/I (als Kandidaten werden benannt: Föge, Hoher Weg 3; Reuper, Nikolausberger Weg 84, Kohlbacher, Kreuzbergring 103; dazu Hoffmann, Dr. Reichardt und Gertrud Maass, wie Reuper Nikolausberger Weg 84.).

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Es gibt in den Akten keinen Hinweis darauf, daß der mehrfache Namenswechsel auf innere Richtungsstreitigkeiten unter den Parteigründern zurückgeführt werden muß; man meint allerdings bemerken zu können, daß alte DDPler wie Reuper die Bezeichnung Demokratische Partei, sei es aus Gewohnheit, sei es aus Anhänglichkeit weiter verwendeten. Der Hauptgrund für den wiederholten Namenwechsel von Demokratischer Union zu LDP und dann zu FDP dürfte vor allem in dem Umstand zu suchen sein, daß sich nach der in Berlin und der Sowjetischen Besatzungszone bereits 1945 von alten DDPlern gebildeten LDP, die sich noch als Reichspartei verstand, im britischen Besatzungsgebiet Anfang Januar 1946 inzwischen die FDP als Zonenpartei konstituiert hatte (Opladen). Mitte Mai 1946 vermochte sie in Bad Pyrmont ihren 1. Parteitag, an dem H. Föge teilnahm, abzuhalten[18] (hier wurde, was die Dinge noch weiter kompliziert, auch eine zonenübergreifende Verbindung zwischen LDP und FDP angebahnt, die unter dem Kürzel DPD [Demokratische Partei Deutschlands] firmierte). Es liegt auf der Hand, daß die Göttinger Liberalen diesen überlokalen Entwicklungen – unabhängig von ihren eigenen Präferenzen – Rechnung tragen mußten. Die anfangs gewählte Bezeichnung ›Demokratische Union‹ läßt immerhin erkennen, daß die Göttinger Liberalen sich unter Rückgriff auf DDP-Traditionen zunächst um die Schaffung einer breiten bürgerlichen Sammlungspartei bemüht haben dürften; auch die wenigen inhaltlich bekannten öffentlichen Reden Föges aus dieser frühen Zeit scheinen in diese Richtung zu weisen.[19]

Mit der offiziellen Feststellung des Parteinamens FDP war die Gründungsphase der Göttinger Liberalen im Juni 1946 formal abgeschlossen. In den Sommermonaten des Jahres 1946 wurde die Entwicklung des Göttinger Kreisverbands vom Wahlkampf bestimmt, der nun in seine entscheidende Phase trat. Als wichtigster Protagonist der FDP wirkte Hermann Föge, der ja nicht erst seit der Übernahme des Oberbürgermeister-Amtes hohes Ansehen in der Stadt genoß. Obgleich dies so war, hatte man nicht damit rechnen können, daß die Liberalen bei der Kommunalwahl am 13. Oktober 1946 mit 28.2 Prozent und 9 von 33 Ratsherren den zweiten Platz hinter den Sozialdemokraten (38 Prozent) erreichten (die CDU belegte mit 22 Prozent den 3. Rang).[20] Oberstadtdirektor Schmidt hatte der Militärregierung gegenüber im März

18 Marten, FDP (wie Anm.3), S. 130ff. – Vgl. hierzu allgemein: Karsten Schröder: Die FDP in der britischen Besatzungszone. 1946-1948, Düsseldorf 1985. – Hans F. W. Gringmuth (Bearb., in Verb. mit Lothar Albertin), Politischer Liberalismus in der britischen Besatzungszone 1946-1948. Führungsorgane und Politik der FDP, Düsseldorf 1995.

19 Vgl. zu Föges Rede im Reichsbahnausbesserungswerk am 20. Januar 1946 Marten, FDP (wie Anm. 3), S. 151.

20 Die Wahlen in der Stadt Göttingen 1946-1973, hrsg. vom Statistischen Amt und Wahlamt der Stadt Göttingen, 1974.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

1946 der FDP lediglich 15 Prozent, SPD und CDU dagegen jeweils 35 Prozent eingeräumt.[21]

Aufgrund des von den Briten eingeführten Mehrheitswahlrechts, das die SPD unter den gegebenen Umständen auf Kosten insbesondere der CDU begünstigte, die lediglich drei Sitze erhielt, wurden die Freien Demokraten jedoch einstweilen auf die Oppositionsbänke verwiesen, Föge aus dem Amt des Oberbürgermeisters verdrängt. Doch dieser Rückschlag blieb Episode: Im April 1947 bereits gelang es Hermann Föge, der Ende 1946 schon Mitglied des ernannten Niedersächsischen Landtags geworden war, bei den ersten Landtagswahlen das Göttinger Direktmandat (Wahlkreis 28) zu erringen.[22] Dieser Erfolg beruhte – abgesehen von der Persönlichkeit Föges – auf einer geschickten, mit Hilfe glaubwürdiger Werbemittel umgesetzten Wahlkampfstrategie, die darauf zielte, eine Richtungsentscheidung zwischen dem bürgerlichen und dem sozialistischen Lager, zwischen Mitbürger und Auswärtigem (SPD-Kandidat war Kultusminister Grimme) herbeizuführen.[23] Der Wahlsieg Föges dürfte erheblich dazu beigetragen haben, daß die FDP ihre Rolle als führende Kraft insbesondere unter den bürgerlichen Parteien zu festigen und neue Mitglieder an sich zu binden vermochte: Bei den nächsten Kommunalwahlen, die im November 1948 stattfanden, konnte die FDP um 10 Prozentpunkte zulegen und kam nun auf 38.4 Prozent; während sich der Anteil der CDU auf 17.8 Prozent ermäßigte, blieben der SPD, die ebenfalls Einbußen hinnehmen mußte, immerhin noch rund 30 Prozent.

Es war nun nicht mehr möglich, im Göttinger Rathaus eine politische Mehrheit gegen die FDP zu bilden, die 15 von 33 Mandaten gewonnen hatte: Hermann Föge übernahm folglich erneut das Oberbürgermeisteramt, das er erst 1956 aufgab, um es dem Parteifreund Prof. Jungmichel (1902-1981) zu überlassen.[24]

Ein Blick auf die Wahllisten der Jahre 1946 (24 Bewerber, darunter 5 Frauen; plus Reserve) und 1948 (47 Bewerber, darunter 8 Frauen) zeigt, daß die Göttinger FDP sich in den zwei Jahren mit Nachdruck darum bemüht hatte, mit Hilfe zusätzlicher Kandidaten, die vor allem die rund 30.000 Flüchtlinge, Vertriebenen und anderen Neubürger anzusprechen vermochten, breitere, wenngleich wohl weiterhin vorwiegend bürgerliche Wählerschichten zu errei-

21 Stadtarchiv Göttingen: Mil. Reg. C 35 (Schmidt). Vgl. die Stimmenzahlen der Kreistagswahl am 13. Oktober 1946: CDU 19275. – FDP 24133. – KPD 3820. – SPD 32295. – Unabh. 5709: Ebd., AHR I A Fach 12 Nr. 22/II.

22 Die Wahlen in der Stadt Göttingen (wie Anm. 20), S. 83.

23 S. dazu insbesondere den Kandidatenbrief Föges, der im März 1947 an alle Göttinger Haushalte verschickt wurde. Ich danke Herrn Clemens Wirries M.A. für die freundliche Überlassung des Kandidatenbriefs und anderer FDP-Wahlkampfmittel des Jahres 1947 bzw. 1956.

24 Göttingen. Geschichte einer Universitätsstadt (wie Anm. 5), S. 298.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

chen.[25] Während die FDP-Kandidaten im Jahre 1946 vornehmlich noch das eingesessene Göttinger Handwerk, den Groß- und Fachhandel sowie die höhere Beamtenschaft repräsentierten, traten 1948 neben Vertriebenen und einigen Rentiers nun vermehrt auch Akademiker hinzu, die teils der Universität und benachbarten Forschungsinstituten, teils den freien Berufen zuzurechnen sind. Unter den weiblichen Bewerbern waren 1948 erstmals die Schriftstellerin Dr. jur. Hannah Vogt (1910-1994) und Ehrengard Schramm (Frau des Geschichtsprofessors Percy Ernst Schramm)[26] zu finden; beide sind in späteren Jahren zur SPD gewechselt. Signifikant ist schließlich, daß von den 15 FDP-Vertretern im Göttinger Stadtrat des Jahres 1948 7 den Doktortitel führten (die Akademiker, zu denen Föge und wohl noch zwei weitere Ratsherren zu rechnen sind, stellten insgesamt die größere Hälfte).[27] Die personelle Zusammensetzung der Kandidaten und Mandatsträger läßt bereits erkennen, daß die Göttinger FDP seit der Landtagswahl des Jahres 1947 keine Honoratiorenpartei im klassischen Sinne mehr war: Unter der Leitung des Kreisvorsitzenden Föge zeigte sie nicht nur Merkmale einer bürgerlichen ›Volkspartei der Mitte‹, sondern hob sich auch in organisatorischer Hinsicht deutlich von den meisten anderen FDP-Kreisverbänden ab.

Die verbreiterte bürgerliche Wählerbasis bescherte der FDP auch bei den folgenden Kommunalwahlen, die 1952, 1956, 1961 und 1964 abgehalten wurden, hohe Ergebnisse; die FDP fiel zwar seit 1956 auf den zweiten Platz hinter der SPD zurück, doch sie verteidigte stets ihren Vorsprung gegenüber der CDU (1964 betrug er noch 2 Prozentpunkte) und behauptete, da die Wähleranteile der bürgerlichen Parteien die der SPD in der Addition weiterhin übertrafen, dadurch auch ihre Führungsposition im Göttinger Rathaus.

25 Im Kandidatenbrief vom März 1947 [mit dem Titel: 9 Forderungen] (wie Anm. 23) hatte Föge versprochen, daß seine besondere Fürsorge »im Falle meiner Wahl der Universität, der Studentenschaft und der hochqualifizierte Facharbeiterschaft der Göttinger Industrie und des Reichsbahnausbesserungswerkes gelten« werde, »zu der ich seit Jahren in herzlichen beruflichen und persönlichen Beziehungen stehe.« – Wilhelm Ickler, ein Lokomotivführer, der seit 1946 für die FDP kandidierte und 1948 nach Föge die meisten Stimmen auf sich zu ziehen vermochte, sollte offenbar in der zahlenstarken Belegschaft der Reichsbahn, die überwiegend der SPD zuneigte, werben; er dürfte als Beamter aber ohnehin eine Affinität zu gouvernementalen Parteien gehabt haben.

26 Schwester des Kirchentagspräsidenten Reinold von Thadden; Halbschwester des DRP-Führers und späteren NPD-Vorsitzenden Adolf von Thadden. – 1959 als SPD-Kandidatin Landtagsabgeordnete für Göttingen (WK28).

27 Die Wahlen in der Stadt Göttingen (wie Anm. 20), S. 99f, 105, 108. Nach der Wahl vom 28. November 1948 waren für die FDP im Rat: Föge, Ickler, Dr. A. v. Fumetti, Dr. Siemens, Kohlbacher, Hedergott, Dawe, Dr. Merbt, Prof. Tollmien [für ihn Dr. Hannah Vogt], Fricke, Berringer, Dr. Rosemann, Dr. Reichardt, Dr. Link, Becker.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Ergebnisse der Kommunalwahlen in Göttingen 1946-1964[28]

	FDP	CDU	SPD	BHE	DRP
1946	28.3 (9)	22.6 (3)	37.9 (20)		
1948	38.4 (15)	17.8 (6)	30.9		9.6
1952	34.4 (14)	13.3 (4)	28.3	11.0	11.6
1956	24.8 (10)	20.0 (8)	38.0		
1961	28.7 (12)	24.9 (9)	35.7		
1964	26.5 (10)	24.6 (10)	45.6		

Die stetigen Wahlerfolge der FDP auf kommunaler Ebene bildeten eine hinreichend breite Basis, um auch bei den Landtagswahlen in den fünfziger Jahren sehr gute Ergebnisse erzielen zu können. Bei den Bundestagswahlen erreichten die Göttinger Liberalen zwar ebenfalls durchweg überdurchschnittliche Stimmenanteile, sie vermochten mit den großen Parteien auf Dauer aber nicht mitzuhalten.[29]

Es hing mit ihren spektakulären Wahlerfolgen zusammen, mehr noch aber mit den personellen und sachlichen Voraussetzungen für diese Wahlerfolge, daß die in geographischer Hinsicht randständige Göttinger FDP in dieser Zeit eine wichtige Rolle im sich formierenden niedersächsischen Landesverband spielen konnte. Über eine erweiterte Basis verfügte sie innerhalb der Landespartei schon dadurch, daß ihr als mitgliederstärkster und leistungsfähigster Kreisverband[30] beinahe ohne ihr Zutun die Führung des FDP-Bezirks Hildesheim (südliches Niedersachsen) zugefallen war: Im Jahre 1947 fungierte Georg Kohlbacher als Vorsitzender des Bezirksverbands und der seinerzeit ebenfalls noch dem Göttinger Kreisverband angehörende Student Winfried Hedergott (geb. 1919) als sein Stellvertreter.[31] Ein entscheidender Grund für ihre Dominanz auf Bezirksebene war neben der Tatsache, daß die Universitätsstadt im Unterschied zum Regierungssitz Hildesheim als eine traditionelle Hochburg des politischen Liberalismus gelten konnte, der Umstand, daß die Göttinger sich nach dem Krieg einen organisatorischen Vorsprung verschafft hatten, der ihnen auf Jahre hinaus ein Übergewicht sichern sollte.[32]

28 Zahlen nach: Göttingen. Geschichte einer Universitätsstadt (wie Anm. 5), S. 298.
29 Vgl. hierzu allgemein: Die Wahlen in der Stadt Göttingen (wie Anm. 20).
30 Marten, FDP (wie Anm. 3), S. 366f.
31 Ebd., S. 154. – Hedergott, der im Krieg Luftwaffenoffizier gewesen war, wurde 1949 erstmals stellv. Landesvorsitzender; später war er auch Vorsitzender der FDP-Fraktion im Niedersächsischen Landtag. Er bewerkstelligte seinen Aufstieg in die Landespolitik, indem er mit den seinerzeit aufsteigenden rechten Kräften kooperierte; die Göttinger FDP hatte er zu diesem Zeitpunkt bereits hinter sich gelassen.
32 Vgl. Marten, FDP (wie Anm. 3), S. 144.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Im Landesverband engagierte sich zunächst vor allem der Kreisvorsitzende Hermann Föge selbst, der nach seinem Einzug in den ersten gewählten Niedersächsischen Landtag zwar nicht Vorstandsmitglied wurde, aber als Fraktionsvorsitzender[33] und Obmann des Politischen Ausschusses, des wichtigsten Arbeitskreises der Landes-FDP, eine Schlüsselfunktion zwischen Parteiführung und Landtagsfraktion innehatte.[34] In welcher Weise Föge auf die innere Entwicklung der Partei und den Aufbau des Landes Niedersachsen Einfluß genommen hat, läßt sich anhand der vorliegenden Studien freilich nicht einmal in Umrissen erfassen.[35] Auch hier ist es aber so gewesen, daß Föge – wie auf kommunaler Ebene in Göttingen – bereits Abgeordneter war, bevor er Parteifunktionen übernahm. Da die Landtagsprotokolle erhalten sind, besteht hier im übrigen ein Forschungsdesiderat, das man beheben kann.

*

Die Vorherrschaft der FDP im Göttinger Rathaus der weiteren Nachkriegszeit ist ein Phänomen, das in der Stadtgeschichtsschreibung von den verschiedenen Autoren je nach politischem Standort, persönlichem Temperament und methodischer Prägung auf unterschiedliche Weise erklärt worden ist: Zum einen wird auf die spezifische Sozialstruktur der vom alten und neuen Mittelstand geprägten, protestantisch gefärbten Universitätsstadt verwiesen (50 Prozent der Erwerbstätigen waren schon vor dem Zweiten Weltkrieg im tertiären Sektor beschäftigt),[36] zum andern auf die allgemein geschätzte Persönlichkeit Föges, zum dritten auf die besonderen politischen Verhältnisse in der Nachkriegszeit, die von der FDP genutzt worden seien, indem sie sich als bürgerliche Sammlungspartei präsentiert habe.[37]
Anhand der drei Kriterien: gouvernemental – national – liberal wird zu erörtern sein, welchen Weg die Göttinger Nachkriegs-FDP unter der Führung Hermann Föges genommen hat – und welche Motive sie dabei geleitet haben mögen.

33 Handbuch des Niedersächsischen Landtags, 1. Wahlperiode, 1948, S. 176.
34 Marten, FDP (wie Anm. 3), S. 155.
35 Vgl. nur die inzwischen auch schon bejahrte Studie von Rudolf Billerbeck, Die Abgeordneten der ersten Landtage (1946-1951) und der Nationalsozialismus, Düsseldorf 1971, hier S. 144, 158ff., 176 (zu Föge). – Föge war übrigens Mitglied der Bundesversammlung, die Theodor Heuss zum ersten Bundespräsidenten wählte: Anneliese Ahlborn, Familienpapiere (wie Anm. 4).
36 Vgl. Ebner (wie Anm. 3), S. 22.
37 Vgl. nur die Überlegungen Trittels in: Göttingen. Geschichte einer Universitätsstadt (wie Anm. 5), S. 298.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

II *Gouvernemental – National – Liberal?*

1. *Gouvernemental*

In den Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs haben die Göttinger Liberalen zunächst eine politische Haltung gezeigt, die sich in mehrfacher Weise als ›gouvernemental‹ charakterisieren läßt. Dafür sind vor allem drei Gründe auszumachen:

Zum einen ist hervorzuheben, daß die liberale Rathausgruppe, die im ersten, ernannten Stadtrat von 1945 nur aus den beiden alten DDPlern Föge und Reuper bestand, älter war als der Kreisverband. Man darf sogar sagen, daß der Kreisverband vom Rathaus aus gegründet worden ist.

Zum zweiten ist festzustellen, daß der institutionelle Vorsprung der Rathausfraktion gegenüber dem neugebildeten Kreisverband der FDP zunächst schon deshalb erhalten blieb, weil Föge und Reuper gemeinsam mit Erich Schmidt, dem Leiter der Stadtverwaltung, den personalen und funktionalen Kern des Magistrats bildeten. (Diese Verbindung wurde durch Schmidts Versetzung in den Ruhestand 1948/49 unterbrochen und nach dessen umstrittener, von der FDP erzwungener Rückkehr ins Amt bis Ende 1950 erneuert. 1952 kandidierte Schmidt dann erstmals auf der FDP-Liste und wurde zum Ratsherrn gewählt)[38].

Drittens, und dies wird noch unter anderen Gesichtspunkten zu erläutern sein, haben Föge und seine engeren Mitstreiter sich angesichts der schwierigen, kaum zu kalkulierenden Nachkriegssituation (mit mehr als 30.000 Flüchtlingen, Vertriebenen und ›displaced persons‹ in Göttingen) bewußt dafür entschieden, eine gouvernementale, konsensuale und sachbezogene Politik zu betreiben, die von breiten bürgerlichen Schichten mitgetragen oder doch wenigstens respektiert wurde. Man gab sich dabei zwar oft überparteilich und praktizierte die Zusammenarbeit mit Vertretern anderer Parteien, mit denen Föge und Reuper vielfach schon in der Weimarer Zeit zusammengewirkt hatten, doch dies war nur möglich, weil die unterschiedlichen gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen im administrativen Alltag der Stadt keine entscheidende Rolle spielten.

Mit der gouvernementalen Haltung war verbunden, daß die Göttinger Liberalen einen privilegierten Zugang zu den kommunalen Ressourcen gewannen, um die es in der Universitätsstadt, die nahezu unzerstört geblieben war, besser bestellt war als in den ausgebombten Kommunen vergleichbarer Größe. Sie sind dadurch etwa in der Lage gewesen, manchem unter den vielen Vertriebenen, die ohne Stelle und Einkünfte waren, fortzuhelfen (Föge gründete 1946

38 Die Wahlen in der Stadt Göttingen (wie Anm. 20), S. 108. Schmidt kandidierte im Wahlbezirk II auf Platz 1. – S. auch Ebner (wie Anm. 3), S. 33 u. ö.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

zudem die ›Göttinger Nothilfe‹ für Vertriebene und sorgte für die Zuweisung von Spenden und Gebrauchsgegenständen aus Nachlässen an Bedürftige).[39] Im Gegenzug konnte die FDP auf politische Loyalität rechnen. Oberstadtdirektor Schmidt hat dabei auf seine Weise mitgewirkt. Ein Beispiel nur: Arthur von Fumetti,[40] sächsischer Justizminister a. D., ein Mann, der sich und seine Familie aus eigener Kraft nicht mehr zu erhalten vermochte, wurde im Juli 1946 vom Göttinger Magistrat zur bevorstehenden Kommunalwahl im Rahmen eines von der Militärregierung angeordneten Austauschprogramms als Wahlprüfungsbeamter nach Hildesheim entsandt, um ihm für einige Monate ein Auskommen zu verschaffen. Da Fumetti nicht einmal die Reisekosten aufzubringen vermochte, wies ihm Schmidt vorschußweise 500 RM aus der Stadtkasse an.[41] Im Jahre 1948 kandidierte Fumetti dann bei den Kommunalwahlen für die FDP und wurde Göttinger Ratsherr.[42]

Obgleich solche Vorgänge auf Verhältnisse zu deuten scheinen, wie sie sich in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts in den deutschen Kommunen entwickelt haben, ist es seinerzeit nicht zu einer breiten personellen Verschmelzung der Rathauspartei FDP und der Göttinger Stadtverwaltung gekommen: Die beiden Größen stützten einander, doch die Beziehung behielt

39 Kandidatenbrief vom März 1947 (wie Anm. 23), hier Forderung 6.

40 Arthur von Fumetti, 1890 in Hannover geboren (sein Todesjahr hat sich nicht ermitteln lassen), hatte nach seiner Promotion zum Dr. jur. (über das Spurfolgeverfahren im deutschen Fahrnisprozeß, 1913) zunächst als Dozent an der Leipziger Frauenhochschule gewirkt, bevor er (bis 1927) am Institut für Kultur- und Universalgeschichte in Leipzig tätig gewesen war. In der Weimarer Republik gehörte er zu den Mitbegründern der in Sachsen, Thüringen und Hessen zeitweilig erfolgreichen ›Volksrechtpartei‹, die als politischer Arm des Sparerbunds nach 1925 das Interesse der Inflationsgeschädigten zu wahren suchte; von 1927 bis 1929 war er ihr stellvertretender Vorsitzender. Von 1926-30 Mitglied des Sächsischen Landtags, fungierte er in den Jahren 1927-29 als sächsischer Justizminister und vertrat Sachsen im Reichsrat. Die VRP hatte Berührungspunkte mit der DDP und dieser regional auch über Listenverbindungen angeschlossen: Deutsche Biographische Enzyklopädie, hg. von W. Killy, Bd. 3, München etc., 1996, S. 539 [fehlerhaft]. – Werner Fritsch: Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung (VRP). In: Dieter Fricke (Hg.), Die bürgerlichen Parteien. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis 1945, 2 Bände, Leipzig 1968/70, hier Bd. 2, S. 555-560. – Josef Matzerath: Aspekte sächsischer Landtagsgeschichte. Präsidenten und Abgeordnete von 1833-1952, Dresden 2001, S. 152. – Fumetti, der seit 1916 mit Maria Bleisteiner verheiratet war, publizierte nach juristischen Werken im Jahre 1951 auch eine Einführung in Marxens Kapital (Extrakt-Bücher, Überlingen), die noch heute in einigen Bibliotheken zu finden ist. – Er entstammte einer im späten 17. Jahrhundert zugewanderten, zun. in Kurköln bzw. Düsseldorf ansässigen italienischen Bankiers-Familie, deren Häupter seit 1733 führende Positionen in der Justiz- und Kameralverwaltung des niedersächsischen Fürstentums Hildesheim innegehabt hatten. S. hierzu Thomas Klingebiel: Ein Stand für sich? Lokale Amtsträger in der Frühen Neuzeit: Untersuchungen zur frühmodernen Staatsbildung und Gesellschaftsentwicklung im Hochstift Hildesheim und im älteren Fürstentum Wolfenbüttel, Hannover 2002, hier S. 513ff., 700, 714. – Genealogisches Handbuch des Adels AB III (1958), S. 163-170, hier S. 168.

41 Stadtarchiv Göttingen: AHR I A Fach 12 Nr. 22/1 (1946).

42 Im Wahlbezirk III führte Fumetti 1948 die Kandidatenliste der FDP an; nach Föge und Ickler hatte er offenbar das drittbeste Ergebnis zu verzeichnen: Die Wahlen in der Stadt Göttingen (wie Anm. 20), S. 99, 105.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

einen kooperativen Charakter. Föge hatte sich bereits im Landtagswahlkampf des Jahres 1947 gegen die von den linken Parteien geforderte »Demokratisierung des Beamtentums« ausgesprochen. Hinter dieser Forderung verbarg sich seiner Ansicht nach das Ziel, »das Berufsbeamtentum durch ein parteipolitisch gebundenes, charakterlich und fachlich nicht geschultes Parteipersonal zu ersetzen«.[43]

2. *National*

Es gibt einige Hinweise darauf, daß sich neben anderen Parteien der Linken und Rechten auch die junge Göttinger FDP zumindest einer ›nationalen‹ Rhetorik bedient hat. Föge selbst hat in einer Rede im Reichsbahnausbesserungswerk bereits am 20. Januar 1946 Kritik an der Militärregierung und insbesondere am Verfahren der Entnazifizierung geübt,[44] und er hat sich seit dem Frühjahr 1947 unter Aufnahme von Motiven des seinerzeit die politische Kultur durchwirkenden ›Soldatennationalismus‹ als Landtagsabgeordneter für die staatliche Versorgung der Berufssoldaten eingesetzt (später: Diskussion um Art. 131 GG).[45] Man darf daraus zunächst schließen, daß die FDP sich einerseits für ihre Klientel unter der Beamtenschaft verwendete, andererseits aber auch mit Blick auf die Soldaten eine potentiell ordnungsbedrohende, sozial depravierte Gruppe an sich zu binden oder doch ruhig zu stellen suchte, die zumal in Göttingen stark vertreten war.[46] Gleichzeitig konnte sie deutlich machen, daß sie nicht das politische Interesse der Militärregierung, von der sie als Partei ja anfangs zumindest mittelbar profitiert hatte, sondern das der Deutschen insgesamt vertreten wollte.[47] Sie gewann dadurch an Glaubwürdigkeit nicht nur unter ihren bürgerlichen Milieuwählern, sondern – und dies war gerade mit Blick auf die Wahlen nicht weniger wichtig – auch unter den

43 Kandidatenbrief vom März 1947 (wie Anm. 23), hier Forderung 7. – In den Landtagswahlkampf des Jahres 1951 zog die niedersächsische FDP übrigens erneut mit der Forderung, ein »echtes Berufsbeamtentum« wiederherzustellen: Marten, FDP (wie Anm. 3), S. 237. – Vgl. zum engen Verhältnis von FDP und Fachbeamtenschaft Udo Wengst: Beamtentum zwischen Reform und Tradition. Beamtengesetzgebung in der Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland. 1948-1953, Düsseldorf 1988, S. 84f.

44 Kandidatenbrief vom März 1947 (wie Anm. 23), Forderung 5. – Vgl. Marten, FDP (wie Anm. 3), S. 151.

45 Kandidatenbrief vom März 1947 (wie Anm. 23), Forderung 9. – S. hierzu die grundlegende Studie von Bert-Oliver Manig: Die Politik der Ehre. Die Rehabilitierung der Berufssoldaten in der frühen Bundesrepublik, Göttingen 2004, hier S. 19 (Soldatennationalismus), 99, 104 (zu Föges Anträgen im ernannten und gewählten Niedersächsischen Landtag, April/Juni 1947).

46 Vgl. ebd., S. 19f., 272ff., 585. – Zur Politik der SPD, die sich – anders als die KPD – neben den bürgerlichen und rechten Parteien ebenfalls um die Soldaten bemühte s. ebd. S. 91ff.

47 S. nur den von Dr. Reichardt und Reuper gezeichneten Aufruf am Ende des Kandidatenbriefs vom März 1947 (wie Anm. 23). Hier findet sich – fett gesetzt – der auf Föge bezogene Satz: »Niemand hat so mutig die Interessen der Allgemeinheit auch der Militärregierung gegenüber vertreten, wie er.«

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Göttinger Neubürgern: Von den 1949/50 rund 80.000 Einwohnern Göttingens waren gut ein Drittel aus Mittel- und Ostdeutschland zugezogen bzw. ›Volksdeutsche‹.[48] Das eigentliche Motiv Föges für seine ›nationale‹ Argumentation dürfte folglich darin bestanden haben, möglichst viele Bürger in die entstehende, noch außerordentlich fragile demokratische Ordnung zu integrieren.

3. *Liberal*

Obgleich die junge Göttinger FDP in personeller Hinsicht aus der linksliberalen DDP hervorgegangen war, sind ihre freiheitlichen Grundsätze in der praktischen Politik zunächst weniger deutlich hervorgetreten als in den Wahlkämpfen, die von Anfang an genutzt wurden, um die beinahe durchweg staatswirtschaftlich bestimmten Modelle der konkurrierenden Parteien mit der eigenen, auf eine Marktordnung und persönliche Freiheiten setzende Konzeption zu konfrontieren. Man mag dies auf äußere Zwänge zurückführen, denen auch ein liberaler Kommunalpolitiker unter den Nachkriegsverhältnissen ausgesetzt war. Das eigentliche Motiv für diesen politischen Kurs dürfte indes mit den politischen Erfahrungen der Föge-Reuper-Generation zusammenhängen: Sie stand noch unter dem Eindruck jener Vorgänge, die der stolzen Verfassungspartei DDP[49] am Ende der Weimarer Republik ihrer Wählerbasis beraubt hatten. Otto Heinrich Greve,[50] ebenfalls ein alter DDPler, hatte auf dem Pyrmonter Parteitag im Mai 1946 mit Blick auf den Untergang der Weimarer Republik und die Zukunft Deutschlands die Frage aufgeworfen, wie es möglich gewesen sei, daß sich die freiheitlichste Demokratie der Welt in die schlimmste Diktatur habe verwandeln können.[51] Greves Frage zeugt, von einer tiefen, aber durchaus verständlichen Verunsicherung: Die optimistische – man könnte auch sagen: naive – Theorie, der zufolge eine demokratische Ordnung automatisch Demokraten hervorbringe, weil sich alle an die Verfassung hielten, war in seinen Augen widerlegt worden.

48 Vgl. den Kandidatenbrief vom März 1947 (wie Anm. 23), hier Forderung 1-3 und 6, der sich in starkem Maße den Anliegen der Vertriebenen widmet. – Das Ziel einer Integration der Vertriebenen wird Föge auch am 30. August 1953 bei seiner Rede zur Einweihung des Denkmals für die gefallenen niedersächsischen und ostpreußischen Soldaten im Göttinger Rosengarten geleitet haben: Er wies darauf hin, daß es den Ostpreußen nicht möglich sei, der Toten in ihrer Heimat zu gedenken. – Zur DRP, die sich auf diese Gruppen zu stützen suchte, s. nur den Beitrag von Oliver Gnad in Oliver Gnad u. a. (Bearb.), FDP und kleinere bürgerliche und rechte Parteien (wie Anm. 3), S. 475-558, hier S. 489.

49 In Göttingen hatte – wie es scheint – nur die DDP den Verfassungstag der Weimarer Republik (11. August) regelmäßig begangen: Göttingen. Geschichte einer Universitätsstadt (wie Anm. 5), S. 87.

50 Greve, 1908 in Rostock geboren, war wie Föge niedersächsischer Landtagsabgeordneter der ersten Stunde: Handbuch des Niedersächsischen Landtags, 1. Wahlperiode, 1948, S. 86. – Vgl. auch Röpcke (wie Anm. 4), S. 275. Er ist nach Streitigkeiten, die hier nicht zu erörtern sind, schon im Mai 1948 zur SPD-Fraktion gewechselt.

51 Marten, FDP (wie Anm. 3), S. 134.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Die Göttinger DDPler hatten offenbar ähnliche Schlüsse aus diesen Erfahrungen gezogen: Sie waren nicht davon überzeugt, daß sich die Deutschen nach den Exzessen der jüngeren Vergangenheit beinahe über Nacht wieder zu guten Demokraten gewandelt hatten. So kam es, daß sie zunächst versuchten, die Wähler über eine sachlich erfolgreiche Kommunalpolitik, die soziale und politische Integration der Kriegsverlierer und eine auch national gefärbte Rhetorik an die neue Ordnung zu gewöhnen. All dies geschah übrigens in dem Bewußtsein, daß nur wenige Kilometer östlich von Göttingen unter sowjetischer Herrschaft erneut ein autoritäres, sozialistisches Staatswesen auf deutschem Boden errichtet wurde.
Ein rechtstaatlich-liberales Ordnungsverständnis dürfte Föge auch in seiner Funktion als Landtagsabgeordneter geltend gemacht haben, etwa bei der Ausarbeitung der vorläufigen Niedersächsischen Verfassung und der frühen Landesgesetze. Der Strategie des Landesvorsitzenden A. Stegner, die niedersächsische FDP unter Aufgabe ihrer freiheitlichen Prinzipien in eine Sammlungsbewegung der nationalen Rechten zu verwandeln, folgte der Göttinger Kreisverband jedenfalls nicht.[52]

III *Rückblick und Fazit*

Am 28. Juni 1953 wurde im Göttinger Rathaus ein Festakt zur 1000-Jahrfeier der Stadt durchgeführt.[53] In Anwesenheit zahlreicher Gäste, unter ihnen Landtagspräsident Olfers[54] und Finanzminister Kubel (beide SPD), eröffnete Oberbürgermeister Föge die Veranstaltung mit einer grundsätzlich gehaltenen Rede; es folgten ein Vortrag des Historikers Percy Ernst Schramm sowie Grußworte der Landespolitiker. Föge und Schramm nutzten die Gelegenheit, um – nach den bei solchen Feiern unvermeidlichen historischen Diskursen – eine erste Bilanz der faktisch bereits abgeschlossenen Wiederaufbauphase zu ziehen. Während Schramm den raschen, alle Schichten der Bevölkerung einschließenden Wiederaufbau als eine historisch unvergleichliche Leistung rühmte und vornehmlich darauf zurückführen wollte, daß die Rathaus-Parteien ›echten Bürgergeist‹ bewiesen hätten, nahm Föge mit der ihm eigenen Nüchternheit vor allem jene Hemmnisse in den Blick, die einer Weiterentwicklung des Gemeinwesens im Wege zu stehen schienen: Er verlangte zum einen, die rechtlichen Voraussetzungen für die räumliche Erweiterung der

52 Darüber sind alle Autoren einig: Ebner (wie Anm. 3), S. 86; Marten, FDP (wie Anm. 3), S. 290 u. ö.
53 S. auch für das folgende: Göttinger Jahrbuch 1954, S. 83-96. – Vgl. zudem das folgende Jahrbuch 1955/56, S. 95 (Chronik 1953). – Helmuth Rönnefarth/Erich Pischke, 1000 Jahre Göttingen, Göttingen 1953 (Bildband).
54 Zu Karl Olfers, geb. 1888, s. nur Röpcke (wie Anm. 4), S. 294.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Stadt zu schaffen, die in ihren bestehenden Grenzen wie in einem Panzer gefangen sei, und er forderte die Landesregierung zum andern auf, die Universität trotz der angespannten Haushaltslage finanziell so auszustatten, daß sie ihrer Funktion als internationale Stätte der Forschung und Lehre auch künftig gerecht zu werden vermochte.

Oberbürgermeister Föge, der 1953 bereits im 76. Lebensjahr stand (er war fast genauso alt wie Adenauer), hatte es nicht nötig, bei Festakten dieser Art auf seine eigenen Verdienste[55] um den Göttinger Wiederaufbau und insbesondere um den Aufbau eines demokratischen Gemeinwesens hinzuweisen: Andere, und zwar auch die anwesenden Vertreter der konkurrierenden Parteien taten dies für ihn. Er war, selbst wenn ihm dabei auch Fehler im Detail unterlaufen sein mögen, in den Jahren nach dem Krieg aufs Ganze gesehen ein Glücksfall für Göttingen gewesen. Föges Konzept hatte sich durchgesetzt: Seine Partei, die FDP, hatte die Alt- und Neubürger gegen den Widerstand der in Göttingen sehr aktiven rechten Parteien (insbesondere die DRP [Deutsche Rechtspartei, nach Abtrennung der SRP im Januar 1950 Deutsche Reichspartei] mit Adolf von Thadden und Leonhard Schlüter)[56] in die demokratische Ordnung geführt, und sie hatte dabei ihre liberalen und rechtsstaatlichen Grundsätze nicht preisgegeben. Diese Leistung Föges und seiner Mitstreiter, die das Fundament für den weiteren Aufstieg der Stadt gelegt haben, verdient auch im Rückblick hohen Respekt.

Die aus der DDP hervorgegangene Generation Föges hat der FDP ein politisches Vermächtnis hinterlassen, das sich nur sinnvoll bewahren und nutzen läßt, wenn man die für sie prägenden Erfahrungen der Zwischenkriegszeit und der NS-Diktatur mitdenkt, die zumal für Verfassungsliberale ernüchternd waren: In Krisenzeiten der Nation (und der Republik), so lautet die Lehre dieser Generation, sollten sich die Kräfte des organisierten Liberalismus nicht damit begnügen, in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner am Ende recht zu behalten; sie haben vielmehr die Verpflichtung, alles zu tun, um die notwendigen Voraussetzungen für freiheitliche Politik zu erhalten oder doch wiederzugewinnen. Die Integrationsstrategien der Nachkriegszeit, auf die man den zusehends mehr an politischer Legitimation und Bindekraft einbüßenden ›Parteienstaat‹ (Leibholz)[57] der Gegenwart in mancher Hinsicht

55 Bundespräsident Heuss hatte Föge 1953 bereits das Bundesverdienstkreuz verliehen; später kam noch die höchste Auszeichnung Niedersachsens hinzu: Anneliese Ahlborn, Familienpapiere (wie Anm. 4).

56 S. hierzu nur den Beitrag von Oliver Gnad über die DRP (wie Anm. 48), hier insbes. S.489-495.

57 Zum Konzept des ›Parteienstaats‹, das auf seine Art die Strukturkrise der Weimarer Republik beheben helfen wollte, s. Gerhard Leibholz: Das Wesen der Repräsentation unter besonderer Berücksichtigung des Repräsentativsystems. Ein Beitrag zur allgemeinen Staats- und Verfassungslehre, 1. Aufl. 1929 [3. Aufl. Stuttgart 1973], S. 117ff., sowie dessen Koreferat in: Entwicklung und Reform des Beamtenrechts – Die Reform des Wahlrechts [Tagung am 28. und 29. Oktober 1931, Halle], Berlin und Leipzig 1932, S. 159-188, hier S. 170ff.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

zurückführen muß,[58] dürften heute freilich keine nachhaltige Wirkung mehr entfalten.

58 Vgl. etwa Ilona K. Klein: Die Bundesrepublik als Parteienstaat. Zur Mitwirkung der politischen Parteien an der Willensbildung des Volkes 1945-1949, Frankfurt am Main etc. 1990.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Rezensionen

Joachim Kermann/ Gerhard Nestler/ Dieter Schiffmann (Hrsg.): Freiheit, Einheit und Europa. Das Hambacher Fest von 1832 – Ursachen, Ziele, Wirkungen

Ludwigshafen/ a. Rh.: pro Message Verlag, 2006, 416 S., m. zahlreichen Abb.

»(. . .) während den Tagen des Hambacher Festes hätte mit einiger Aussicht guten Erfolges die allgemeine Umwälzung in Deutschland versucht werden können. Jene Hambacher Tage waren der letzte Termin, den die Göttin der Freiheit uns gewährte; (. . .) Was war es aber, was die Männer von Hambach abhielt, die Revolution zu beginnen? Ich wage es kaum zu sagen, denn es klingt unglaublich, aber ich habe die Geschichte aus authentischer Quelle (. . .) als die Frage der Kompetenz zur Sprache gekommen, als man darüber stritt, ob die zu Hambach anwesenden Patrioten auch wirklich kompetent seien im Namen von ganz Deutschland eine Revolution anzufangen? Da seien diejenigen, welche zur raschen Tat rieten, durch die Mehrheit überstimmt worden, und die Entscheidung lautete: man sei nicht kompetent. O Schilda, mein Vaterland!« In seiner im Pariser Exil entstandenen und 1840 in Hamburg erschienenen Denkschrift »Ludwig Börne«[1] brachte Heinrich Heine, ein »kritischer Sympathisant der Hambacher« (Baus/ Paul, S. 241), nicht nur seine Bedenken gegenüber der nationalen Haltung Börnes und etlicher deutscher Republikaner zum Ausdruck. Der an seinem Vaterland oft verzweifelnde Patriot Heine verarbeitete darin auch seine Enttäuschung über den Ausgang des Hambacher Festes vom 27. Mai 1832 und das damit verbundene einstweilige Scheitern der Hauptakteure der Demonstration und ihrer verfassungs-, europa- und deutschlandpolitischen Ziele des Aufbaus einer freiheitlichen Grundordnung, der »Wiedergeburt eines geeinten Deutschlands und eines Bündnisses der freien Völker Europas« (Kermann, S. 39). Heines ernüchternde Bilanz der einen Tag später stattfindenden Aussprache führender Festteilnehmer im Hause des Preßvereinsmitgliedes und Landtags-

1 Vgl. dazu: Heine, Heinrich: Ludwig Börne – eine Denkschrift, in: Ders., Historisch-kritische Gesamtausgabe der Werke hrsg. von Manfred Windfuhr, Bd. 11, Hamburg 1978.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

abgeordneten Johann Jakob Schoppmann und der dabei geführten Diskussion über die Kompetenz der anwesenden Männer in der Frage des weiteren politischen Vorgehens, deren Verlauf er nach den Ausführungen seiner Gewährsmänner für die Hambacher Ereignisse, Joseph Savoye und Jakob Venedey, schildert, fällt dann erwartungsgemäß sarkastisch aus.

Deutlich milder, ausgewogener und mit Blick auf die historische Entwicklung Deutschlands und Europas im Ergebnis auch positiver stellt sich dagegen eineinhalb Jahrhunderte später das Urteil über die sich Anfang der 1830er Jahre in der Pfalz bildende liberal-demokratische Oppositionsbewegung, ihre Anführer und Anhänger und die aus ihren Reihen heraus organisierte und von ihr getragene Großkundgebung auf dem Hambacher Schloßberg bei Neustadt an der Haardt (heute: an der Weinstraße) in der bundesdeutschen Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit dar: Die 175. Wiederkehr des Hambacher Festes 2007 wurde von dem Bundesland Rheinland-Pfalz, der Stiftung Hambacher Schloß und den Verantwortlichen vor Ort zum Anlaß genommen, das Jubiläum mit einem offiziellen Festakt und einem dreitägigen Bürgerfest gebührend zu begehen und dabei das sich im Umbau befindliche Schloß nach Abschluß des ersten Bauabschnittes erstmals wieder der Bevölkerung zu präsentieren. Darüber hinaus erinnerten Politiker, Wissenschaftler und Kulturschaffende im Rahmen der Feierlichkeiten an die »herausragende Bedeutung des Hambacher Festes« und würdigten den Konvent, der – nach einer vielzitierten Aussage von Theodor Heuss – »die erste politische Volksversammlung der neueren deutschen Geschichte« war, als »Geburtsstunde der Demokratie«[2].

Rechtzeitig zum Jubiläum und zu den Gedenkfeiern auf regionaler Ebene haben die Historiker Joachim Kermann, Gerhard Nestler und Dieter Schiffmann einen neuen, über 400 Seiten starken, reich illustrierten und in seinen Aufsätzen überwiegend gut geschriebenen Sammelband zur Geschichte des Hambacher Festes vorgelegt. In zehn Beiträgen zeichnen die drei Kenner der pfälzischen Geschichte gemeinsam mit namhaften, durch einschlägige Studien zum deutschen Vormärz und zur Achtundvierzigerrevolution ausgewiesenen Autoren ein umfassendes, multiperspektivisches Bild von den Ereignissen rund um den »Deutschen Mai«, beleuchten, gestützt auf den aktuellen Forschungsstand, sachkundig und kompetent die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen »Ursachen, Ziele und Wirkungen« dieser ersten bürgerlichen demokratischen Massendemonstration in Deutschland und ordnen das Fest als eine zentrale Station auf dem Weg zu einem geeinten Verfas-

2 Vgl. die Reden und Artikel von Theodor Heuss zum Hambacher Fest in: Hambacher Fest 1832-1957. Eine Schrift zur 125-jährigen Wiederkehr »der ersten politischen Volksversammlung der neueren deutschen Geschichte« hrsg. vom Institut für staatsbürgerliche Bildung in Rheinland-Pfalz, Mainz 1957, S. 13-22; siehe auch die Homepage der Stiftung Hambacher Schloß unter http://www.hambacher-schloss.de

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

sungs- und Nationalstaat in Deutschland und zu einem miteinander verbündeten, demokratisch-sozial konturierten Europa in die deutsche und europäische Demokratiegeschichte ein. Dabei tragen sie besonders der veränderten Wahrnehmung und Einschätzung des Hambacher Festes in der Geschichtswissenschaft und öffentlichen Debatte Rechnung: Wie die Herausgeber in ihrem einleitenden »Vorwort« ausführen, habe sich in den letzten Jahrzehnten vor dem Hintergrund der deutschen Wiedervereinigung und der Vertiefung der europäischen Einigung zunehmend die »Auffassung herausgebildet, dass das Hambacher Fest am Anfang von ›Deutschlands langem Weg nach Westen‹« (Heinrich August Winkler), zugleich aber auch am Anfang »der vielen Schwierigkeiten der Deutschen (stand), die ›Freiheit in Einheit‹ oder die ›Einheit in Freiheit‹ zu verwirklichen« (S. 7-8).

Den als Folge jüngerer Untersuchungen und Erkenntnisse gewandelten Blick der Historik auf die Hambacher Ereignisse und die dahinter stehende demokratische Volksbewegung gelte es nun, so die Herausgeber, für eine Publikation, die anläßlich eines Gedenktages erscheint und sich sowohl an ein wissenschaftliches Fachpublikum, als auch an breitere Leserschichten richtet, fruchtbar zu machen. Dementsprechend stehen die Beiträge der Aufsatzsammlung vor einer doppelten Herausforderung: Zum einen stellt sich ihnen die Aufgabe, die von der früheren Forschung und Politik vertretene Interpretationslinie, welche den angeblich fehlenden Sinn der Hambacher für die Realpolitik heftig kritisierte und für das kurzfristige Scheitern der Freiheits- und Einheitsbewegung verantwortlich machte, zu vermeiden. Zum anderen sollen die Autoren, genau im Gegensatz zu diesem negativen, die Öffentlichkeit viel zu lange dominierenden Geschichtsbild, die progressiven Forderungen und Visionen der Hambacher, die frühzeitig die Wege zur Demokratie in Deutschland aufzeigten, letztlich »über alle Rückschläge und Katastrophen der deutschen Geschichte hinweg« triumphierten (S. 7) und von daher heute in einem völlig anderen Licht erscheinen, aufgreifen, in den Mittelpunkt ihrer Analysen rücken und aus der Perspektive des langwierigen Kampfes um die Durchsetzung der Demokratie heraus neu betrachten. Für diesen Zweck ist das thematische Spektrum der Beiträge breit gefächert und nähert sich von unterschiedlichen Seiten der Demonstration, den übergeordneten europäischen Zusammenhängen, dem Ablauf des Geschehens vor, während und nach der Kundgebung, den handelnden Personen im Umfeld der Volksbewegung, den Reaktionen der Obrigkeit auf die Hambacher ›Provokation‹, aber auch der weiteren historischen Überlieferung des Festes an.

So behandelt Joachim Kermann in seinem grundlegenden Aufsatz über »Die Europäischen Revolutionen von 1830/31 und das Hambacher Fest« (S. 9-46) nationale Unabhängigkeitsbewegungen, liberale Revolutionen und politische Reformen in West- und Mitteleuropa sowie diverse Unruhen, Rebellionen und Reformbestrebungen in den Einzelstaaten des Deutschen Bundes von

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

1830 bis 1832. Kermann interessiert sich vor allem für die Auswirkungen der europäischen Revolutions- und Aufstandsbewegungen in Deutschland und untersucht deren Widerhall und Beachtung auf dem Hambacher Fest, wie etwa die Festredner auf die als Initialzündung wirkende Julirevolution in Frankreich, die erfolgreichen Wahlrechtsreformen in Großbritannien oder die bei der deutschen Bevölkerung auf große Zustimmung stoßende Erhebung der Polen reagierten. Nach dem Blick auf Europa und einige deutsche Staaten richtet der Historiker Hans Fenske sein Augenmerk speziell auf das Königreich Bayern und das seit 1816 zu diesem gehörende Gebiet des Rheinkreises und widmet sich damit einer Region, die seit den frühen 1830er Jahren zu einem Mittelpunkt der Oppositionsbewegung und ihrer Protestaktionen in (Südwest-)Deutschland wurde. Fenske verfolgt in seinem informativen Überblicksartikel über »Rheinbayern 1816-1832« (S. 47-84) die gesellschaftspolitische und ökonomische Entwicklung im Rheinkreis und sucht dabei nach Gründen für die aufkommende Unzufriedenheit in der Bevölkerung; entsprechend intensiv setzt er sich mit Bayerns Verfassung und der Arbeit der Speyerer Kreisregierung auseinander, erörtert das Engagement der rheinbayerischen Parlamentarier und geht auf die politischen Fehler der Münchner Staatsregierung gegenüber der neuen Provinz und das in der Folge dort stetig wachsende Gefühl der Benachteiligung ein.

Selbstverständlich dürfen in einem Jubiläumsband zu diesem Jahrestag Beiträge zu bedeutenden Protagonisten und Akteuren des Hambacher Festes wie auch zu einzelnen Führern und Trägern der oppositionellen Volksbewegung nicht fehlen. Zumal fundierte Biographien in den letzten Jahren einen wahren Boom in der Publikumsgunst erlebt haben, und selbst die historische Biographik aufgrund ihrer einzigartigen Untersuchungsmöglichkeiten und Erkenntnisgewinne zu Recht wieder Anerkennung und Wertschätzung in der deutschen Geschichtswissenschaft erfährt. »Eine erste Einführung« zu zwei herausragenden Oppositionellen des deutschen Vormärz, Philipp Jakob Siebenpfeiffer und Johann Georg August Wirth, den »zentralen Gestalten des Festes«, liefert in der vorliegenden Sammlung die Historikerin Elisabeth Hüls mit ihrer Doppelbiographie über »Zwei mutige Streiter für die Freiheit« (S. 85-134, hier S. 85-86). Äußerst kenntnisreich stellt sie, ohne die Unterschiede in den Biographien einzuebnen, die beiden Persönlichkeiten in ihren Werdegängen, ihrem politischen Wirken und publizistischen Schaffen vor und konzentriert sich dabei auf eine stärkere Akzentuierung der »Aktivitäten im engeren Vorfeld der Hambacher Ereignisse«, wogegen »die Zeit bis etwa 1830 und die Jahre nach dem Fest« nur kurz beleuchtet werden (S. 86). Am Ende gelingt es Hüls, erste Eindrücke von den Viten Wirths und Siebenpfeiffers bis zu deren Tod im Jahre 1845 bzw. 1848 zu vermitteln und zugleich vorläufige Urteile über die schwankenden politischen Überzeugungen, wichtigsten Schriften und Periodika wie die »Deutsche Tribüne« und »Der Bote aus

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Westen«, den Einsatz während der Hambacher Tage und nicht zuletzt über die Rolle der beiden beim Aufbau des »Deutschen Vaterlandsvereins zur Unterstützung der freien Presse« abzugeben.

Daß in diesem Buch den handelnden Personen des Hambacher Festes, und zwar nicht nur denen aus der ersten Reihe der Organisatoren und Redner, sondern ebenso einigen bislang eher unbekannteren Akteuren besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird, das zeigt auch der zweite personengeschichtliche Beitrag über »Die ›Hambacher‹ – Biographische Skizzen« (S. 241-290) von Martin Baus und Roland Paul. In 19 kurzbiographischen Porträts präsentieren die Autoren die Lebensläufe, Vorstellungswelten und Wirkungskreise ausgewählter Männer der bürgerlichen Oppositionsbewegung, die durch ihre liberal-demokratische Gesinnung miteinander verbunden waren, durch die revolutionären Geschehnisse in den Nachbarländern politisiert wurden, sich in Vereinswesen, Politik und Publizistik engagierten und an der Veranstaltung auf dem Hambacher Schloß und mehrheitlich auch an den darauffolgenden Versammlungen teilnahmen. Unter ihnen finden sich neben den bereits erwähnten Schoppmann und Savoye noch der Dichter und Schriftleiter von Wirths »Tribüne«, Georg Fein, der Student und spätere Redakteur der »Kölnischen Zeitung«, Karl Heinrich Brüggemann, der Bürstenbinder, Achtundvierziger und Arbeiterführer Johann Philipp Becker und der Vorsitzende des Preßvereins und Abgeordnete der deutschen Nationalversammlung von 1848/49, Friedrich Schüler.

Zum Bedauern der Rezensentin können an dieser Stelle nicht alle Beiträge des Jubiläumsbandes ausführlich besprochen und gemäß ihrer Erträge angemessen gewürdigt werden. Abschließend soll jedoch noch auf ein paar inhaltliche Schwerpunkte hingewiesen werden: Beispielsweise beschäftigt sich Erich Schunk in seinem Aufsatz »Ohne Pressefreiheit keine Bürgerfreiheit« eingehend mit den pressepolitischen Rahmenbedingungen, den Konflikten der »Journalistik in Rheinbaiern« und dem »Preßverein als bürgerliche(r) Selbstorganisation« (S. 135-184, hier S. 135 u. 161). Darüber hinaus werden die Vorgeschichte und das Programm des Festes sowie die Nachwirkungen und Reaktionen seitens der deutschen Regierungen dargelegt: Dies tut einerseits Hannes Ziegler in seiner Schilderung »Patrioten auf dem Schloss«, bei der er den Ablauf der Hambacher Versammlungen und einige auf der Kundgebung gehaltene Reden erläutert (S. 211-240). Und andererseits gelingt es Michael Martin in seinem Beitrag über »Die Zeit der Reaktion nach dem Hambacher Fest«, die harten Repressionsmaßnahmen des Deutschen Bundes, die Verfolgung und bedrückende persönliche Situation der Hauptverantwortlichen dem Leser deutlich vor Augen zu führen (S. 311-332). Abgerundet wird die Sammlung von dem instruktiven Beitrag von Dieter Schiffmann über »Die Nachgeschichte des Hambacher Festes«, der im Einklang mit der momentan weltweiten »Gedächtniskonjunktur« (Pierre Nora) das lange Ringen in

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Deutschland um »das Erbe von Hambach«, die heutige Stellung des Festes als »deutscher Erinnerungsort« und die Schwierigkeit seiner Verankerung »im kollektiven Gedächtnis und in der Erinnerungskultur der Deutschen« analysiert (S. 333-386, hier S. 338).

Als Fazit läßt sich festhalten, daß man diesen solide gearbeiteten Jubiläumsband zur 175. Wiederkehr des Hambacher Festes jedem Fachhistoriker und politisch Interessierten, der sich mit der Geschichte der deutschen Demokratie und dieser Massendemonstration beschäftigt, guten Gewissens empfehlen kann. Nicht nur daß die Aufsätze ein anschauliches Bild von der spannungsgeladenen Großwetterlage in Deutschland und Europa in den Jahren von 1830 bis 1833 und dem turbulenten Geschehen im Rheinkreis im Mai 1832 vermitteln. Sondern sie bewegen sich auch durchweg auf einem hohen wissenschaftlichen Niveau und verarbeiten, wie ein Blick in die Anmerkungen verrät, stets die neueste Forschungsliteratur. Inhaltlich vermißt man eigentlich nur die Auseinandersetzung mit den ›weiblichen Hambachern‹. Schließlich hatte Siebenpfeiffer die »Deutsche(n) Frauen und Jungfrauen« ausdrücklich zum Fest eingeladen und ihnen während der Kundgebung »als freie Genossin des freien Bürgers« eine besondere Rolle bei der »Wiedergeburt des Vaterlandes« zugewiesen. Doch kann dieses Desiderat im Falle einer Neuauflage durch einen Beitrag zu den weiblichen Akteuren des Festes behoben werden. Gleiches gilt für das derzeit noch fehlende Personenregister, dessen Aufnahme den Zugang zu den im Band thematisierten Persönlichkeiten erleichtern könnte.

Dortmund/ Bochum *Birgit Bublies-Godau*

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Thomas Brendel: Zukunft Europa? Das Europabild und die Idee der internationalen Solidarität bei den deutschen Liberalen und Demokraten im Vormärz (1815-1848)

Bochum: Verlag Dr. Dieter Winkler, 2005 (Herausforderungen. Historisch-politische Analysen, Bd. 17), 521 S., 1 Abb. u. 4 Tab.

»Die Europäischen Völker haben für die Organisation des unter ihnen bestehenden politischen Vereines nach und nach alle die einfachen Verfassungsformen benutzt, welche überhaupt möglich sind – die Monarchie, die Demokratie, die Aristokratie. Nur mit einer zusammengesetzten Verfassung haben sie noch keinen Versuch gemacht. Ob und wie dem Europäischen Völkerstaate eine solche Verfassung gegeben werde könne, ist denn doch vielleicht nicht eine so müßige Frage, als sie vielen zu seyn scheint. Träume gehen zuweilen in Erfüllung.« Der Traum einer Verfassung für einen europäischen Völkerstaat, wie ihn der Heidelberger Rechtsgelehrte und Abgeordnete des badischen Landtags, Karl Salomo Zachariä, 1841 in seinem staats- und verfassungstheoretischen Hauptwerk »Vierzig Bücher vom Staate« formulierte, ist nach wie vor nicht erfüllt und harrt bis heute, selbst in der Europäischen Union, deren Stimmungslage in den letzten Jahren zwar vor allem von der Vertiefung der europäischen Integration, aber auch von der Ablehnung des ersten Verfassungsentwurfs durch Referenden in zwei Mitgliedsstaaten geprägt wurde, seiner Umsetzung und Vollendung. In seinen Entwürfen von einem europäischen Völkerstaat, der sich seiner Überzeugung nach auf einem europäischen Völkerrecht gründen, auf der gemeinsamen Abstammung, einheitlichen Kultur und christlichen Religion der meisten europäischen Völker beruhen und – da er die kulturellen, zivilisatorischen und religiösen Wurzeln Europas bei den Germanen sah – »auf der Nationaleinheit der Völker deutscher Herkunft« aufbauen würde, bezog sich Zachariä auf Europabilder der Aufklärung und Romantik und verband in seiner Konzeption »liberale Vorstellungen einer kulturellen oder gar staatlichen Einheit des deutschen Volkes mit derjenigen der europäischen Zivilisation«. Sein »Modell eines europäischen Völkerstaates im 19. Jahrhundert« stellt nach Ansicht des österreichischen Historikers Thomas Brendel »ein beredtes Zeugnis für den theoretischen deutschen Internationalismus im Vormärz – vor allem (. . .) für denjenigen der deutschen Liberalen« dar (S. 91, 93 u. 98).

Brendel wendet sich in seinem neuen, im Jahr 2005 erschienenen Buch »Zukunft Europa? Das Europabild und die Idee der internationalen Solidarität

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

bei den deutschen Liberalen und Demokraten im Vormärz«, einer Fassung seiner Dissertation, einem äußerst bedeutsamen und oft vollkommen unterschätzten historischen Phänomen der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu: dem liberal-demokratischen deutschen Internationalismus im Vormärz, der aus dem Europabild der deutschen Liberalen und Demokraten und aus ihrer internationalen Solidarität mit Gesinnungsgenossen, Freiheitsbewegungen und Nationalerhebungen in anderen Ländern heraus entstanden ist und sich in einer symbiotischen Beziehung weiterentwickelt hat. Damit greift der Historiker einen Untersuchungsgegenstand auf, der bislang in der deutschen Geschichtswissenschaft so gut wie überhaupt keine Rolle gespielt hat und von ihr, bis auf wenige Pionierarbeiten von Heinz Gollwitzer in den 1950er und 1960er Jahren und einem neueren literaturhistorischen Werk von Claude D. Conter[1], völlig vernachlässigt worden ist, und zwar trotz des in den letzten Jahren stark gewachsenen Interesses an europäischer Geschichte und der in Folge stetig steigenden Zahl an europahistorischen Arbeiten und Beiträgen, der Herausbildung neuer Ansätze zu einem wissenschaftlich fundierten europäischen Geschichtsverständnis und der gleichzeitig intensivierten Bemühungen zur Begründung einer »historische(n) Disziplin der Europäistik« (Wolfgang Schmale), einer neuen Form der »Geschichtsschreibung über Europa, die Europäer und das Europäische« (Hannes Siegrist/ Rolf Petri) (S. 31).

Den Grundsätzen der aktuellen europahistorischen Forschung verpflichtet, betritt Brendel mit seiner Studie, wie er selbst einräumt, in der derzeitigen Forschungslandschaft »weitgehend Neuland«. Denn zum einen vertritt er ein anderes, problemorientiertes, konstruktivistisches Verständnis von europäischer Geschichte, das weit über die lange Zeit übliche Addition von Nationalgeschichten im geographischen Raum Europa hinausgeht – er sucht nach Wegen zu einer kohärenten, größeren europäischen Geschichte, welche die vielen verschiedenen Geschichten unter leitenden Gesichtspunkten und übergeordneten Fragestellungen bündelt und bisher allein »nationalgeschichtlich behandelte Probleme als national übergreifende Probleme« begreift. Und zum anderen widerspricht er mit dem in seinem Werk erhobenen Anspruch, »einen Gesamteindruck der Internationalität der deutschen Liberalen und Demokraten im Vormärz« vermitteln zu wollen, entschieden dem von der maßgeblich nationalgeschichtlich orientierten Historiographie gern gepflegten Stereotyp und bis heute vermittelten Geschichtsbild, demzufolge es sich bei der Epoche zwischen 1815 und 1848 wie beim 19. Jahrhundert insgesamt einzig und ausschließlich um ein Zeitalter der Nationen handele (S. 23 u. 31-32). Vielmehr geht der Vormärzexperte davon aus, daß in der Epoche zwischen der auf dem

1 Vgl.: Conter, Claude D.: Jenseits der Nation – Das vergessene Europa des 19. Jahrhunderts. Die Geschichte der Inszenierungen und Visionen Europas in Literatur, Geschichte und Politik. Bielefeld 2004.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Wiener Kongreß 1814/15 konstituierten Machtordnung in Europa und den fast auf dem ganzen Kontinent ausbrechenden Revolutionen von 1848/49 im Denken und Handeln der Menschen ein besonderes Verhältnis zwischen Europa und Nation bestanden hat, dessen inhaltliche Komponenten sich zeitlich parallel ausbildeten, eng miteinander verbunden waren und sich überdies sogar noch wechselseitig befruchteten. Jenes politische Denken und Handeln, in erster Linie der deutschen Liberalen und Demokraten, verortet Brendel in einem historisch einmaligen, hochbrisanten und zugleich ungeheuer wirkungsmächtigen Spannungsfeld: So bewegte sich die damalige Fortschrittspartei zwischen einer im 18. Jahrhundert aufgekommenen, noch nicht abgeschlossenen Suche nach nationaler Identität, Selbstbestimmung und dem Streben nach Gründung eines deutschen Nationalstaates und einer von der Amerikanischen Unabhängigkeitsbewegung und Französischen Revolution beeinflußten, aus den Erfahrungen mit den gewaltigen Umwälzungen in Politik, Gesellschaft und Kultur heraus gewachsenen transnationalen Orientierung, dem Engagement in politisch-sozialen Emanzipationsbewegungen, die langsam auf dem Kontinent entstanden und gesamteuropäische Merkmale annahmen, und zu guter Letzt einem in Opposition zur Heiligen Allianz und zu den restaurativen europäischen Regierungen sich formierenden internationalen ideologischen Block.

Um nun die genannten, bis heute in der Historik bestehenden Forschungsdefizite auszuräumen und das umrissene eigentümliche Verhältnis zwischen Europa und Nation im Denken und Handeln der Mitglieder der beiden großen Lager der vormärzlichen Bewegungspartei konkret zu erfassen, soll einerseits die »Organisationsgeschichte und (. . .) Funktionsweise international solidarisch wirksamer Verbindungen deutscher Liberaler und Demokraten« aufgearbeitet und andererseits ihre »jeweilige politische oder kulturell-soziale Vorstellung (. . .) von ihrer internationalen Hauptbezugsgröße Europa«, sprich' ihr Europabild, genauer betrachtet werden. Dementsprechend unternimmt Brendel den Versuch, wo möglich »die beiden Fundamente des liberal-demokratischen deutschen Internationalismus im Vormärz« gesondert zu analysieren, mithin nach solidarisch-internationalem Handeln und seinen theoretischen Grundlegungen zu suchen, um so schließlich den »Internationalismus der deutschen Fortschrittsfreunde vor und während der Revolution von 1848/49 in seinen Leitlinien darstellen zu können« (S. 21, 24 u. 27). Mit Blick auf die zentrale Fragestellung der Studie, ob und inwiefern die deutschen Vormärzliberalen und –demokraten bei allen Repressalien der Einzelstaaten des Deutschen Bundes an einer ideologischen Blockbildung in Europa teilnahmen, und welches Europabild dem zugrunde lag, stützt Brendel die gesamte Untersuchung auf zwei inhaltliche Eckpfeiler:

Vorgestellt und eingehend erörtert werden erstens die Ausführungen und Stellungnahmen zu Europa, also die Europabilder, Europapläne und Europage-

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

danken einiger ausgewählter Publizisten, Schriftsteller, Philosophen, Historiker, Staats- und Völkerrechtler von der Spätaufklärung und Romantik bis zum literarischen Jungen Deutschland und Vormärz, aber auch einzelner herausragender politischer Wortführer und Freiheitskämpfer von der Französischen Revolution bis zur europäischen Achtundvierzigerrevolution, die den zwei politischen Lagern des Liberalismus und Demokratismus zugeordnet werden können und deren Verhalten und Denken von einem spezifischen Internationalismus kündete. Darunter finden sich so klangvolle Namen der deutschen Geistes-, Literatur-, Liberalismus- und Demokratiegeschichte wie Carl Friedrich Bahrdt, August Ludwig Schlözer, Johann Gottfried Herder, Ludwig Börne, Heinrich Heine, Harro Paul Harring, Heinrich Laube, Friedrich Murhard, Carl von Rotteck, Carl Theodor Welcker, Wilhelm Schulz, Johann Georg August Wirth, Johann Karl Heinrich Wuttke oder eben Karl Salomo Zachariä. Ihre Memoiren, Tagebücher, Briefwechsel, Romane, gelehrten Abhandlungen, Reden, politischen Schriften, zahlreichen Artikel in Zeitschriften und Jahrbüchern, in den »Allgemeinen politischen Annalen«, »Der Freisinnige« und »Deutsche Tribüne«, sowie Beiträge im »Brevier des deutschen Liberalismus vor 1848« (S. 29), im »Staats-Lexikon«, werden ausführlich analysiert und ausgewertet. Sie bilden zusammen mit einschlägigen Quelleneditionen, Aktensammlungen und Vereinsschriften die äußerst umfangreiche und vielschichtige Quellengrundlage der Studie. Darüber hinaus kommen noch visionäre Europaprojekte ausländischer Intellektueller und Politiker zur Sprache, die das Europabild der deutschen Liberalen und Demokraten nachhaltig prägten; verwiesen sei hier auf die Europavorstellungen des französischen Sozialutopisten Claude-Henri de Saint-Simon, des amerikanischen Diplomaten Alexander H. Everett oder dänischen Staatsmannes Conrad Friedrich von Schmidt-Phiseldeck.

Zweitens werden umfassend und sehr kenntnisreich die in Deutschland und vielen Teilen Europas im Anschluß und als unmittelbare Reaktion auf bestimmte revolutionäre Aufstände und Erhebungen sich bildenden solidarischen Vereinsbewegungen in ihrem Aufbau, ihrer Struktur und Programmatik ebenso wie in den von ihnen propagierten Europabildern, Völkerbundideen und internationalen Zielsetzungen präsentiert. Angelehnt an die klassischen Thesen von Eric J. Hobsbawm zu den »Europäischen Revolutionen«, wonach sich für die europäisch-atlantische Welt drei revolutionäre Wellen festhalten lassen, in deren Zuge sich auf internationaler Ebene verschiedene ideologische Blöcke im Vormärz formiert haben, wird in der vorliegenden Studie jeweils ein Aufstand aus diesen Revolutionswellen ausgewählt, die bei den deutschen Liberalen und Demokraten auf besonderen Widerhall stießen und sie zur Gründung und Unterstützung der erwähnten Assoziationen und Bewegungen veranlaßten: So werden zunächst der Philhellenismus und die deutschen Philhellenvereine nach dem griechischen Nationalaufstand gegen die

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Türkei (1821-1829) aus der ersten Phase revolutionärer Erhebungen (1820-1824) geschildert, sodann die Polenfreundschaft und Polenbegeisterung in Deutschland nach der Erhebung Kongreßpolens von 1830 aus der zweiten intensiveren Welle zwischen 1829 und 1834 beschrieben und am Ende auf die Adressenbewegung im Schweizer Sonderbundskrieg von 1847 aus der dritten bedeutendsten Welle von 1847/48 eingegangen.
Abgerundet wird dieser zweite Schwerpunkt der Studie durch die gründliche Analyse weiterer entschieden internationalistischer Gruppierungen, die im Anschluß an das Hambacher Fest und den Frankfurter Wachensturm von 1832/33 von Protagonisten der liberalen und demokratischen Bewegung, welche in den Staaten des Deutschen Bundes aufgrund ihres politischen Engagements verfolgt worden waren und vor einer drohenden Gefängnisstrafe aus Deutschland emigrieren mußten, in den asylgebenden europäischen Ländern Frankreich, England, Belgien und der Schweiz gegründet und aufgebaut wurden. Unter diesen mehrheitlich von Intellektuellen, Handwerksgesellen und Kaufmannsgehilfen getragenen und im Vormärz hauptsächlich im europäischen Ausland agierenden, radikaldemokratisch oder frühsozialistisch ausgerichteten Bünden und Zirkeln befinden sich auch der mazzinianische Geheimbund Junges Europa und seine deutsche Sektion in der Schweiz, das Junge Deutschland, sowie der gleichnamige Bund deutscher Schriftsteller, dessen Mitglieder bis zu seinem Verbot durch den Deutschen Bund 1835 vor allem in Frankreich und Deutschland lebten. Dabei setzt sich der Verfasser der Studie mit der Organisation und den Netzwerken der beiden Bünde ebenso auseinander wie mit ihren jeweiligen Europavorstellungen und Europabildern, um auf diese Weise einen Eindruck von dem internationalen Denken und Handeln einer ganz besonderen Gruppe der deutschen politischen und geistig-literarischen Eliten im Vormärz zu gewinnen.
Versucht man zum Abschluß dieser Betrachtungen ein Resumée zu dieser im mehrfachen Sinne gewichtigen Studie von Thomas Brendel zu ziehen, so kommt man nicht umhin, zunächst einmal die großartige Forschungsleistung des Nachwuchswissenschaftlers zu rühmen, mit der er sich in die deutsche historische Europa- und Vormärzforschung hineingeschrieben hat. Denn, sieht man einmal von einer mitunter etwas umständlichen Ausdrucksweise und einer gewissen Redundanz in der Argumentation ab, so muß ganz einfach die überaus gelungene Aufarbeitung des enormen Quellenmaterials, der zahllosen Publikationen aus der Zeit des Vormärz zu Europa, zu völkerrechtlichen Problemen und zur internationalen Solidarität gewürdigt werden. Hervorzuheben ist auch die ungemein informative und aufschlußreiche Darstellung zum Europadiskurs des »Staats-Lexikons«, zu den ungeahnten Auswirkungen des polnischen Aufstandes in Deutschland, den Solidaritätsbekundungen und Fraternisierungsbestrebungen mit Polen oder auch zur weltbürgerlichen Haltung, zum visionären Europabild und prophetischen Internationalismus der

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

jungdeutschen Bewegung. Sicherlich hätte sich der Liberalismus- und Demokratieforscher eine stärkere Differenzierung zwischen den beiden politischen Lagern der Liberalen und Demokraten und eine etwas pointiertere Darlegung der Unterschiede und Gemeinsamkeiten in ihrem Verhältnis zu Europa gewünscht. Und vielleicht hätten mit der jetzt ausstehenden und in Zukunft noch zu leistenden Untersuchung archivalischer Quellenbestände zusätzlich wichtige Erkenntnisse erzielt werden können. Dessenungeachtet kann man Thomas Brendels Arbeit jedem Europahistoriker und Liberalismusforscher guten Gewissens und mit Nachdruck empfehlen: Die Lektüre dieses Buches ist ein großer Gewinn, und es trägt dazu bei, eine bedeutende Forschungslücke in der Geschichtswissenschaft zu schließen. Auf längere Sicht hin wird es wohl als Standardwerk zur Geschichte des Europagedankens und internationalen solidarischen Handelns der deutschen Liberalen und Demokraten im Vormärz zu gelten haben.

Dortmund/ Bochum *Birgit Bublies-Godau*

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Natascha Doll: Recht, Politik und ›Realpolitik‹ bei August Ludwig von Rochau (1810-1873). Ein wissenschaftlicher Beitrag zum Verhältnis von Politik und Recht im 19. Jahrhundert

Frankfurt am Main: Klostermann, 2005 (Studien zur europäischen Rechtsgeschichte Bd. 189), 205 S.

Zweifellos ist der Verfasser der berühmt-berüchtigten »Realpolitik« eine interessante Gestalt in der Geschichte des Reichsgründungs-Liberalismus, zumal er, der bereits am spektakulärer Sturm auf die Frankfurter Hauptwache 1833 beteiligt war, später noch an prominenter Stelle im Nationalverein wirkte und außerdem kurz nationalliberaler Reichstagsabgeordneter war. Spezielle Untersuchungen zum ihm aus jüngerer Zeit gibt es allerdings nicht, diese Lücke soll nun durch diese Frankfurter Dissertation geschlossen werden. Doch aus Sicht der Liberalismus-Forschung gelingt dies nicht, wie man von vornherein feststellen muß. Dabei kann man dies der Autorin selbst wohl nicht direkt anlasten, denn sie ist von Hause aus Juristin und musste sich die notwendigen historischen Kenntnisse erst mühsam in kurzer Zeit aneignen. Deshalb findet man in der Arbeit viel Handbuch wissen, das mitunter etwas unverdaut wirkt. Als Beispiele sei auf die biographische Kurzskizze von Johann Jacoby (S. 61) oder auf die Aussage hingewiesen, dass die Provinzialstände das Instrument zur »ständische(n) Teilrevision« der preußischen Verfassung gewesen sein (S. 64); die Umwandlung der Ersten Kammer in ein »Herrenhaus« wird nicht erwähnt. Vor allem aber kannte die Autorin offenbar nicht die wichtigen Arbeiten von Andreas Biefang zum Nationalverein und von Christian Jansen zur Paulskirchen-Linken nach 1849. Stattdessen versucht sie vor allem Zusammenhänge und Abweichungen von Rochaus Konzept der »Realpolitik« mit anderen politikwissenschaftlichen Autoren der Zeit von Kant und Hegel über Rotteck, Mohl und Comte bis Stahl und Riehl aufzuzeigen, kommt aber schließlich zu dem Schluß: Rochaus Denken könne »keiner Traditionslinie der staats- und rechtswissenschaftlichen Literatur ›eindeutig‹ zugeordnet werden«. (S. 164) Nicht in Betracht gezogen wird dabei allerdings der Umstand, dass Rochau im Gegensatz zu den meisten zum Vergleich herangezogenen Autoren kein festangestellter Wissenschaftler, sondern als abgebrochener Student in erster Linie Publizist und politischer Propagandist war.

Wichtiger erscheint die zweite Kernaussage der Untersuchung: »Dem Verfasser der ›Realpolitik‹ geht es darum, eine Argumentationsstrategie einzufüh-

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

ren, die es erlaubt, zentrale politische Ziele des vormärzlichen Liberalismus unter den veränderten politischen Rahmenbedingungen der 1850er-Jahre weiter zu verfolgen.« (S. 89) Dies widerspricht der häufig anzutreffenden Behauptung, Rochaus bekannte Schrift von 1853 habe die machtpolitische, d. h. letztlich anti-freiheitliche Wende des nachmärzlichen Liberalismus eingeleitet bzw. ausgelöst. Jedoch ist diese Erkenntnis nicht so neu, denn man kann sie bereits in dem Eintrag zu Rochaus lesen, den Christian Jansen für die Neue Deutsche Biographie verfasst hat.[1] Eine zeitgemäße Würdigung vom Wirken Rochaus und seinem Einfluß auf den deutschen Liberalismus steht auch jetzt noch aus.

Bonn/Gummersbach *Jürgen Frölich*

1 Vgl. Neue Deutsche Biographie Bd. 21, Berlin 2003, S. 685.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Harald Biermann: Ideologie statt Realpolitik. Kleindeutsche Liberale und auswärtige Politik vor der Reichsgründung

Düsseldorf: Droste Verlag, 2006 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 146), 335 S.

Bei dem nun vorliegenden Werk handelt es sich um die Habilitationsschrift des Verfassers, für die er 2004 den Wolf-Erich-Kellner-Gedächtnispreis erhielt. Sein Vorwort vom November 2005 ist verhalten witzig – ja, selbstironisch – abgefasst und macht dadurch neugierig auf den folgenden Text. Auch das in acht Kapitel gegliederte Inhaltsverzeichnis mit zahlreichen Unterpunkten wirkt durchdacht und ausgewogen. In der Einleitung nimmt er ausführlich zum Forschungsstand Stellung und begründet, warum seine Fragestellung nach der »auswärtigen Politik« bisher ein weißer Fleck geblieben ist. Die meisten kleindeutschen Liberalen hätten sich zwischen 1851 und 1871 ebenso wie die nationalliberalen Führungspersonen und wie die entsprechenden Abgeordneten im Norddeutschen Reichstag überwiegend auf Reformen in der Innenpolitik konzentriert. Da jedoch bei der Bildung eines deutschen Nationalstaates mitten in Europa die Außenpolitik eine zentrale Bedeutung erhielt, wollte er endlich die »außenpolitischen Gedankenwelten« einiger politischer Akteure herausfiltern. Dabei entschied er sich für folgende Personen:

– Droysen und die Entdeckung der Außenpolitik
– Rochaus »Grundsätze der Realpolitik«
– Diezel als Vordenker einer nationalen Außenpolitik
– Twesten als außenpolitischer Vordenker

und einen Exkurs über: Süddeutsche Preußenfreunde und Außenpolitik.

Es folgt eine sehr detaillierte Schilderung seines Konzeptes und Materials, seiner Fragestellungen und Gliederungspunkte – kurzum aller Aspekte, die irgendwie mit dieser Forschungsarbeit in Zusammenhang gestanden haben. Ist bereits der Einleitungstext mit Belegstellen gespickt, die teilweise ein Drittel oder gar die Hälfte einer Seite füllen, so setzt sich diese künstliche Verwissenschaftlichung des Textes in den folgenden Kapiteln unvermindert fort. Zahlreiche Anmerkungen sind vermutlich dem Anspruch einer Habilitation geschuldet, aber es werden immer wieder auch etliche Aussagen belegt, die längst unbestritten sind und für diesen engen Themenkreis zum Grundwissen gehören. Im Interesse eines gut lesbaren Textes wäre eine Durchforstung dieses riesigen Anmerkungsapparates sicher hilfreich gewesen.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Das erste Kapitel über »Außenpolitische Lehren der gescheiterten Revolution« behandelt Droysen, Rochau und Diezel. Am Ende des Unter-Kapitels über »Droysen und die Entdeckung der Außenpolitik« formuliert Biermann folgendes Fazit: »Droysens Weltsicht hatte sich unter dem Druck der Ereignisse der Jahre 1848/49 massiv verändert. Er tendierte nun dazu, der soeben erst entdeckten Außenpolitik großen Raum in seinen politischen Überlegungen zu gewähren. Sein Blick richtete sich von der Revolution ausgehend immer stärker auf den Staat als einzig möglichen Akteur in den auswärtigen Beziehungen sowie auf Machtfragen, die letztlich auf das Überleben des Staates gerichtet waren.« (S. 41) Konkret hieß dies, mit London gegen Petersburg – also gegen jedwede preußische Neutralität (S. 39).

Bei von Rochau kommt er zu dem Ergebnis: »Sein Liberalismus und sein Nationalismus bestimmten seine außenpolitischen Vorstellungen. Rochau glaubte wohl, ›Realpolitik‹ zu treiben, aber in letzter Konsequenz blieb er einer Sicht- und Herangehensweise verhaftet, die wohl am besten mit dem Etikett ›Tendenzpolitik‹ gekennzeichnet werden kann.« (S. 52) Der »Erfinder« der »Realpolitik« blieb mithin Idealist und Moralist.

Diezel schildert der Verfasser als einen Menschen, der von den politischen Ereignissen fortgerissen, ein hektisch aggressives Leben auf der Flucht führte (S. 53 f) und sich in seinen Schriften auch zu antifranzösischer und rassistischer Hetze hinreißen ließ. Diezel sah allein im Krieg den Wegbereiter zur deutschen Einheit.

Im zweiten Kapitel über »Krimkrieg als Aufbruch in eine neue Zeit« kann der Verfasser wenig Neues oder gar spezifisch Liberales herausfiltern. Im dritten Kapitel über »1859 – Krieg in Deutschland?« schildert er die Machtverschiebungen in dieser Zeit und kommt zu folgenden Ergebnissen: »Aus der Sicht vieler Liberaler hatte Preußen 1859 versagt.« (S. 90) Und: »Der Hass gegen Frankreich war im Empfinden der liberalen Zeitgenossen tief verankert, Russland wurde als Hort der Reaktion verachtet. Österreich war der Hauptgegner innerhalb Deutschlands und fiel – bevor es sich nicht aus den deutschen Angelegenheiten zurückgezogen hatte – als Bündnispartner ebenso aus wie Großbritannien, das von vielen Liberalen als schwächlich und ›gelähmt‹ eingeschätzt wurde. Im Grunde war allen kleindeutsch-orientierten Liberalen klar, dass die deutsche Einheit im Alleingang und zwar gegen den Widerstand der anderen Großmächte errungen werden musste.« (S. 98) Schließlich: »Ein weiterer Faktor ließ aus liberaler Perspektive den Krieg als verlockende Option erscheinen. Es war die althergebrachte Verachtung der Liberalen für die klassische Diplomatie europäischer Kabinette mit ihren Rochaden und Winkelzügen, Geheimabsprachen und Gebietsabtretungen.« (S. 111; ausführlicher dazu S. 118).

Im vierten Kapitel behandelt Biermann auf 10 Seiten »Twesten als außenpolitischer Vordenker«, aber dessen angeblich »origineller Ansatz« bleibt –

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

zumindest hier – unscharf. »Twesten verband in seiner außenpolitischen Sichtweise zwei eigentlich gegensätzliche Positionen. Während er auf der einen Seite durchaus ›realpolitischen‹ Erwägungen folgte, blendete er auf der anderen Seite niemals den ideellen Zug seines Denkens völlig aus.« (S. 129)
Auch die Fragestellung am Ende des fünften Kapitels: »Freihandel als Außenpolitik-Ersatz?« bringt im Ergebnis wenig Neues; denn über den Zollverein als Vorstufe und kleindeutsches Instrument, um Österreich aus dem Deutschen Bund zu drängen, wurde bereits mehrfach geforscht und fundiert veröffentlicht. Der Verfasser resümiert: »Kurzum: Die Freihändler in Deutschland setzten wie ihre britischen Gesinnungsgenossen auf intensivierten Warenaustausch und das Schleifen aller Handelshemmnisse, aber als Ersatz für eine kraftvolle Außenpolitik sahen sie den Freihandel nicht.« (S. 165)
Leider kann Biermann auch in seiner Schlussbetrachtung nur bereits Bekanntes und hier von ihm schon mehrfach Gesagtes und detailliert Belegtes erneut wiederholen. Er kommt zu keinen überraschenden Einsichten oder Ausblikken beim Weiterdenken dieser Ergebnisse. Vermutlich, weil es sich bei seiner Fragestellung um ein undankbares Thema handelt. Vermutlich, weil selbst Abgeordnete zwischen 1851 und 1871 keine Außenpolitik betreiben und also auch keinerlei Erfahrungen sammeln konnten. Sie konnten nur darüber nachdenken und theoretische Abhandlungen verfassen, die machtpolitisch wirkungslos blieben. Dabei konnten sie kaum hinter die Kulissen der Diplomatie oder gar in die Geheim-Akten blicken. Verdienstvoll ist jedoch, dass nun zu diesem Thema wirklich alles Relevante sorgfältig zusammengestellt wurde.
Der übliche wissenschaftliche Anhang, der auch diesen Band abrundet, wirkt bei den Quellen- und Literaturverzeichnissen umfassend. Das Register jedoch, das als Kreuzregister auf zweieinhalb Seiten Personen der Geschichte und heutige, im Text erwähnte Verfasser verzeichnet, erscheint weniger hilfreich.

Hamburg *Beate-Carola Padtberg*

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Geschichte der Stadt Dresden. Bd. 3: Von der Reichsgründung bis zur Gegenwart.

Im Auftrag der Landeshauptstadt Dresden herausgegeben von Holger Starke unter Mitwirkung von Uwe John, Stuttgart: Konrad Theiss Verlag, 2006, 976 S.

Mit dem von Holger Starke herausgegebenen 3. Band liegt jetzt die komplette Geschichte der Stadt Dresden vor. Zweifellos handelt es sich dabei – das gilt auch für den hier zu besprechenden Teilband – um eine gewaltige Fleißarbeit, wobei – wie der Herausgeber des dritten Bandes zu Recht betont – gerade für den letzten Band in weiten Gebieten der Darstellung historisches Neuland beschritten werden musste. In der Tat lagen für den Zeitraum von 1871 bis zur Gegenwart für Dresden nicht immer hinreichend aufbereitetes Material oder neuen Ansprüchen genügende Forschungsergebnisse vor. Aus diesem Grunde mussten in weiten Teilen der Darstellung erhebliche Forschungsleistungen der Verfasser erbracht werden. Diese Leistung kann gar nicht hoch genug bewertet werden.

Eine solche Stadtgeschichte hat vielen »Herren« zu dienen, hat nach allen Seiten »offen« und »flexibel« zu sein. Trotzdem wird sie es nie allen Lesern recht machen können – und sie wird damit leben müssen. Auf der einen Seite sind es etwa die Stadtväter, die eine repräsentative Darstellung erwarten. Da ist das Datum, die »Jubelfeier«, deren fixer Termin sicherlich einen Einfluss auf die Darstellung haben muss. Ferner ist der weit gefächerte Leserkreis zu berücksichtigen, der, meist wohl aus einem bürgerlichen Publikum entstammend, seine eigenen Vorstellungen von der Stadtgeschichte in dieser Darstellung – auch in angemessener sprachlicher Form und »gut illustriert« – wieder finden möchte. Nicht zuletzt muss auch der sehr heterogene Wissenstand der Leser berücksichtigt werden. Festzustellen ist: Eine Einflussnahme – von wem auch immer – hat aber trotz dieser Bedingungen ganz offensichtlich nicht stattgefunden.

Auf der anderen Seite gilt es den wissenschaftlichen Standards zu entsprechen, die Geschichte der Stadt zugleich auch in den regionalen und überregionalen Kontext zu stellen, verschiedenen Forschungsrichtungen Rechnung zu tragen, eine platte Ereignisgeschichte zu vermeiden und schließlich auch noch einen Band »aus einem Guss« zu gestalten. Gerade diese Aufgabe erwies sich offenbar als besonders schwierig, haben doch insgesamt 45 verschiedene Autoren zu dem gemeinsamen Projekt beigetragen. Dass es hier des öfteren nicht nur zu sehr großen stilistischen, sondern auch zu erheblichen inhalt-

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

lichen Unterschieden kommen musste, ist nicht verwunderlich – und auch nicht zu kritisieren.
In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, dass sich die Historiker der TU Dresden offensichtlich nicht an diesem Projekt beteiligt haben, zumindest nicht die Historiker, die zum Zeitpunkt des Erscheinens des Bandes an der Philosophischen Fakultät beschäftigt waren. Die Zusammenarbeit mit dem Hannah-Arendt-Institut scheint hingegen vorzüglich funktioniert zu haben. Der Band ist daher von einer Vielzahl, auch jüngerer Nachwuchs-, Wissenschaftler verfasst worden, die in der Regel aus ihren Spezialgebieten Beiträge eingebracht haben. Das ist auf der einen Seite höchst erfrischend, sind doch auf diese Weise die Erkenntnisse neuerer Forschungen direkt in den Band eingeflossen. Auf der anderen Seite hätte es der Stringenz der Darstellung sicherlich nichts geschadet, wenn ein ausgewiesener Historiker, zudem ein Kenner der gesamten neueren Stadtgeschichte Dresdens, die Beiträge derjenigen, die eben nur Spezialisten auf *einem* Gebiet waren, noch intensiver miteinander verbunden hätte. Offensichtlich aber gab es diesen Kenner nicht – und der Herausgeber ist nicht nur mutig, sondern auch kenntnisreich in diese Lücke gesprungen. Trotzdem hat auch er nicht ganz verhindern können, dass der Band nicht auf jeder Seite wie aus einem Guss erscheint.
Aus der Perspektive der Liberalismusforschung – und deswegen die Rezension einer Stadtgeschichte in diesem Jahrbuch – ist der Band vor allem unter dem Aspekt interessant, inwiefern in ihm die Rolle der liberalen Bürger als »Herren der Stadt« (Schmuhl) thematisiert wird. In der Forschung wird schließlich die Zeit bis zum Ersten Weltkrieg nicht zu Unrecht als die Blütezeit liberaler Stadtpolitik bezeichnet. In dieser Periode bewies das liberale Bürgertum nicht nur einen extremen Sinn für Machtgewinn und Machterhalt, sondern suchte auch – zumindest partiell – sein bürgerliches Gesellschaftsmodell zu verwirklichen. Was lernen wir – und daran soll diese Stadtgeschichte hier in einem ersten Schritt gemessen werden – am Beispiel der Stadt Dresden zu dieser Problematik?
Der Zeit des Kaiserreiches werden in dem Band etwa 250 Seiten gewidmet, genug Platz, um Dresden als Bürgerstadt zu fassen. Dazu einige zufällig ausgewählte Kapitel: Der »Politik, Verfassung und Verwaltung« werden etwa 20 Seiten gewidmet. Auffällig ist, dass die »Bürgertumsperspektive« in diesem Kapitel nicht als Erkenntnis leitende Fragestellung integriert ist. Wohl wird das restriktive kommunale Wahlrecht erklärt, aber seine Funktion für das Bürgertum, Stadtpolitik »politikfrei« zu erhalten, »Parteipolitik« auszuschalten, dem Bürgertum bei der Gestaltung seiner Politik freie Hand zu geben, um auf Kosten einer mangelnden demokratischen Legitimation eine Politik des Munizipalsozialismus zu betreiben, wird nicht intensiv genug thematisiert. Die Auseinandersetzung mit der zutiefst demokratiefeindlichen Wahlrechtspolitik der liberalen Honoratioren und damit die Ambivalenz ihrer Bemühun-

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

gen wird kaum mit genügender Schärfe aufgenommen – und der Blick über die sächsischen Grenzen hinaus bleibt insgesamt eng, wenngleich er nicht völlig fehlt. Die Integration der umfangreichen neueren Forschungen zum Bürgertum hätte man sich zudem etwas intensiver gewünscht.

Gerald Kolditz leitet seinen Beitrag über »Politische Vereine und Parteien« (S. 50-58), mit der zutreffenden Bemerkung ein: »Das 19. Jahrhundert war das Jahrhundert der Emanzipation des Bürgertums. Ausdruck dieser Entwicklung war nicht zuletzt das Zusammenfinden Gleichgesinnter in Zirkeln, Kreisen, Vereinen, Verbänden und politischen Parteien« (S. 50). Diese Erkenntnis und die Konstituierung des Bürgertums eben in dieser Vereinsarbeit systematisch zu eruieren, unterlässt er jedoch. Er beschränkt sich vielmehr auf eine Aufzählung (und partiell eine knappe Beschreibung) dieser Vereine. Auch im Kapitel über die politischen Parteien gibt es viele Sachinformationen, die wichtige Tatsache jedoch, dass das sächsische Landtagswahlrecht 1907 auf Drängen von Liberalen und Sozialdemokraten so geändert wurde, dass die Konservativen ihre beherrschende Stellung im Landtag verloren, was einen wichtigen Schritt zur Demokratisierung Sachsens darstellte, wird nicht gebührend gewürdigt. Dass sich hier ein spezieller sächsischer Weg in die Moderne andeutete, wird nicht thematisiert. Deswegen kann auch nicht klar werden, dass es die sächsischen Liberalen, auch die in Dresden, waren, die diesen Modernisierungsschub (mit) einleiteten.

Nicht zuletzt bei der Zusammensetzung der städtischen Gremien vermeidet es der Autor zu verdeutlichen, dass die schwache Position der Liberalen in diesen Gremien eine Besonderheit in ganz Deutschland darstellte. Sie korrigiert unser Bild, (fast) überall im Reich hätte das liberale Bürgertum – und sei es in Kooperation mit anderen Parteien – die kommunale Politik bestimmt. Die Tatsache, dass in Dresden die antisemitische Reformpartei bis weit ins 20. Jahrhundert eine entscheidende Rolle spielte, wird zwar erwähnt, in ihrer weit überregionalen Bedeutung jedoch nicht genügend gewürdigt. Ganz zweifellos zeigt sich hier, wie schwer es in einer solchen Darstellung ist, das Besondere Regionale in den Mittelpunkt zu stellen, aber gleichzeitig auch in den nationalen Kontext einzuordnen.

Ähnliches ist zum Abschnitt über »Dresden als Verkehrs- und Wirtschaftszentrum« zu bemerken, der vom Herausgeber selbst geschrieben worden ist. Sehr schön skizziert Starke die wirtschaftlichen Strukturprobleme, lässt sich über Wirtschaftssektoren, Betriebsgröße und Bankenstruktur intensiv aus, im ganzen Abschnitt kommt jedoch der Verband Sächsischer Industrieller, an dessen Spitze seit dem Jahre 1903 der junge Gustav Stresemann stand, nicht einmal vor. Die Bedeutung dieser wirtschaftlichen »pressure group« bleibt weitgehend im Dunkeln. Dies verwundert umso mehr, als Starke als ein ausgesprochener Kenner des jungen Stresemann und seiner Tätigkeit im VSI gelten kann. Dass hier in Dresden ein wirtschaftlicher Interessenverband ent-

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

standen war, der an Dynamik und politischer sowie ökonomischer Effektivität im ganzen Reich seinesgleichen suchte, erfährt der Leser nicht. Wäre hier nicht der geeignete Ort gewesen, etwas tiefer in die Strukturen wirtschaftlicher – und in diesem Fall ausgesprochen liberaler – Interessenpolitik einzusteigen?

Und noch ein weiteres Beispiel dafür, wie in diesem Band versäumt wird, liberale ökonomische Interessenpolitik angemessen zu würdigen. Im Kapitel über »Lebenswelten im Kaiserreich«, wird auch das wichtige Thema »Festkultur« behandelt. Das ist sehr positiv hervorzuheben. Eine solche Ausweitung auf Felder, die außerhalb der »direkten« Politik zu liegen scheinen, kommt auch in neueren Stadtgeschichten eher selten vor. In diesem Kapitel wird ihre Funktion für Mobilisierung der eigenen Anhängerschaft, für die Sinnstiftung der eigenen Ideologie nach innen und außen und auch die Darstellung der eigenen Bedeutung im kommunalen Spektrum genannt. Das ist ebenfalls positiv hervorzuheben. Die Autorin, Heidrun Wolzel, geht dabei auch knapp auf die Initiativen des Vereins »Volkswohl« ein, der von Teilen der Nationalliberalen gefördert wurde, um durch seine Aktivitäten den Sozialdemokraten das Wasser abzugraben. Alles das ist zutreffend und kenntnisreich dargestellt.

Die Jahrestagungen des VSI jedoch, etwa die im Jahre 1913, zum zehnjährigen Bestehen des Verbandes, werden an dieser Stelle – wo sie besonders gut hätten dargestellt werden können – nicht einmal erwähnt, geschweige denn als Ausdruck wirtschaftsbürgerlicher Machtentfaltung interpretiert. Hier in Dresden war jedoch der Ort, an dem z.B. im Jahre 1913 das liberale Wirtschaftsbürgertum und der königlicher Hof aufeinander zugingen und das sächsische Wirtschaftsbürgertum sich in seiner gesamten Machtfülle darstellte. Zu dem bereits erworbenen wirtschaftlichen und sozialen Kapital trat nun 1913 als letzter Pfeiler die Demonstration des kulturellen Kapitals hinzu. Der Stern des Wirtschaftsbürgertums – durch die gelungene Wahlrechtsreform von 1907 bereits politisch gefestigt – schien ungehindert zu strahlen – und das in einem nach wie vor von Konservativen Strukturen gekennzeichneten Land.

Als Zwischenergebnis bleibt also festzuhalten, dass der Band zur Geschichte des liberalen Bürgertums nur relativ wenig Erhellendes beitragen kann. Dabei stehen zu bleiben, wäre allerdings mehr als unfair. Es handelt sich schließlich um eine *Stadtgeschichte* und nicht um ein Buch zum Bürgertum um die Jahrhundertwende vom 19. zum 20. Jahrhundert. Untersucht man die Studie nun unter diesem weiteren Aspekt, fällt das Urteil deutlich anders, sehr viel positiver aus.

Hervorzuheben ist, dass der vorliegende Band das enge Korsett einer vor allem politikgeschichtlich fixierten Geschichtsschreibung durchbricht. In ihm wird zugleich – wie der Herausgeber verspricht – an vielen Stellen »die Komplexität der Geschichte und ihre Ergebnisoffenheit« deutlich (S. 16). Das gilt

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

sowohl für die Auswahl der Themen als auch für die Multiperspektivität der Darstellung. Neben Politik und Wirtschaft wird auch der kulturelle Bereich ausreichend gewürdigt. Kirche und Religion, Bildung und Wissenschaft, Lebenswelten, Städtebau oder Denkmalpflege, alle diese Aspekte werden in einzelnen Kapiteln behandelt. Zwar ergibt das an einigen Stellen eine gewisse Redundanz, diese ist aber nicht nur negativ zu gewichten, sondern in dem Sinne weiterführend, als verschiedene Tatsachen jeweils in einem anderen Kontext wieder vorkommen, was den historischen Ereignissen oder Entwicklungen eine besondere Tiefenschärfe verleiht. Zudem zeigt es sich als außerordentlich positiv, dass nicht nur Historiker an diesem Band gearbeitet haben, sondern dass das Autorenteam multidisziplinär zusammengesetzt ist. Für einen Historiker ergeben sich dabei neben manchen Fragen eben auch sehr viele Anregungen.

Darüber hinaus ist die gelungene Berücksichtigung der Leserinteressen anzuerkennen. Ein vernünftiges Schema der Darstellung, erleichtert den Umgang auch über verschiedene historische Epochen, ohne dass jedoch allzu sklavisch an dieser Struktur festgehalten wird. Die einzelnen Kapitel werden jeweils von einem Aufsatz grundlegenden Zuschnitts eingeleitet, der das jeweils Spezifische aber zugleich auch die Rahmenbedingungen skizziert, die jeweils berücksichtigt werden müssen. Einzelne Spezialabschnitte, etwa »Hellerau als Schriftstellerkolonie« (S. 216-221) oder »Schlaglichter«, wie »Der Ruf aus Dresden – 13. Februar 1990« (S. 756-760) lockern den Fließtext auf. Die Verschiedenartigkeit der Autoren führt auch hier dazu, dass der Stil der Darstellungen jeweils leicht variiert, auch das erleichtert die Lektüre.

Nicht zuletzt aber ist auch das Engagement der Autoren hervorzuheben, sich der neueren und neuesten Geschichte der Stadt intensiv und zugleich kritisch anzunehmen. Eine Darstellung, die bis zum Jahr 2006 reicht und die neueste Geschichte ausgewogen, kritisch aber doch zugleich mit leichter Sympathie gefärbt analysiert, ist in den gegenwärtig vorliegenden Stadtgeschichten kaum zu finden. Gerade die Abgewogenheit, mit der der Herausgeber immer wieder in die jeweilige Thematik der folgenden Kapitel einführt, nötigt Hochachtung ab. Zudem lösen die Autoren die Aufgabe, Kontinuitäten und Brüche in der Stadtentwicklung zu würdigen, in bravouriöser Weise. Hierfür dürfte der Herausgeber verantwortlich sein, dem an dieser Stelle nur Respekt zu bezeugen ist.

Zudem: Einzelne Kapitel sind wirkliche Höhepunkte, sowohl in ihrer Darstellung wie auch in ihrer inhaltlichen Struktur und den konkreten Analysen. Die Darstellung von Matthias Neutzner – kein ausgewiesener Historiker – über »Dresden! – Die Erinnerung an den 13. Februar 1945« (S. 517-528) zeigt sich nicht nur auf dem neuesten Stand der historischen Forschung, sondern bietet auch dem Laien einen höchst interessanten Einblick in das, was unter dem Begriff »Erinnerungskultur« gegenwärtig so intensiv diskutiert wird. Dabei

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

ist der Beitrag so geschrieben, dass er zugleich lesbar und doch der Sache angemessen ist. Ähnlich anregend sind – um nur einige zu nennen – die Beiträge von Thomas Widera (Politik, Wirtschaft und Verwaltung, S. 531-545), vom Herausgeber (Bezirksstadt in der DDR, S. 553-559) oder Matthias Lerm (Ein neues Dresden. Städtebau und Architektur, S. 599-623), die alle ganz offensichtlich völliges Neuland betreten haben und dieses souverän beherrschen.

Fazit: Wenngleich diese Stadtgeschichte zur Problematik des Bürgertums um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert nicht wesentliches Neues anzubieten hat, ist dem Herausgeber und seinen 45 Mitarbeitern unter dem weiteren Aspekt der Würdigung einer modernen Stadtgeschichte, ein durchaus beeindruckendes Buch gelungen. Es muss sich in Inhalt, Darstellungsweise und Form hinter keiner anderen Stadtgeschichte verstecken. Insbesondere das Verlassen alter politikgeschichtlicher Wege ist dabei hervorzuheben. Und schließlich: Wo gibt es eine Stadtgeschichte, die zugleich auch der stadtgeschichtlichen Forschung so viele neue Impulse zu geben vermag wie dieser Band?

Kiel *Karl Heinrich Pohl*

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Eric Kurlander: The Price of Exclusion. Ethnicity, National Identity, and the Decline of German Liberalism, 1898–1933

New York/Oxford: Berghahn Books, 2006, (Monographs in German History 10) X und 387 S.

Am Beginn seiner ambitionierten, bei David Blackbourn in Harvard 2001 angenommenen Dissertation stellt Eric Kurlander eine starke These auf: »liberal decline was a direct result of the bourgeois parties compromising their universalist traditions in order to nurture a socially progressive yet vigorously ethnicist agenda. Indeed, German liberals prepared the ground for Nazism (. . .) by affirming and simultaneously exploiting the ethnic preoccupations of their middle-class constituencies.« Obwohl Kurlander erfreulicherweise zahlreiche Archivbestände eingesehen hat, sich mit bisherigen Forschungsansätzen beiderseits des Atlantiks – teils zu oberflächlich – auseinandersetzt und in 1560 Anmerkungen Belege für seine Aussagen zitiert, vermag die Studie insgesamt als Mischung aus lobenswerter Fleißarbeit und argumentativen Inkonsistenzen, wichtigen Fragen und monokausal verengten Antworten nicht zu überzeugen.

Wie bereits Alastair Thompson in seiner fundierten Studie zu den Left Liberals 1907–1918 (2000) hat Kurlander drei Regionen mit guten liberalen Wahlergebnissen ausgewählt, nämlich Schleswig-Holstein, Niederschlesien sowie das Elsaß. Hier betrachtet er die Gruppierungen des Freisinns, die Deutsche Demokratische Partei sowie punktuell die Deutsche Volkspartei in jeweils einem Kapitel 1898–1918 bzw. 1918–33 hinsichtlich Parteigeschichte und Verhalten bei politischen Streitfragen. Kurlander konstatiert bei den Linksliberalen nach 1898 eine Ablösung des universalistischen Patriotismus, wie er ihm zufolge in Westeuropa bestand, durch den völkischen Nationalismus Mittelosteuropas. Diese nationalistische Verformung sei in Schleswig-Holstein dominant gewesen, in Schlesien wegen des hohen Anteils von Juden im Linksliberalismus (Georg Gothein, Adolf Heilberg) lange minoritär und im Elsaß aufgrund französisch-republikanischer Tradition sowie antipreußischem Eigenbewußtsein randständig. Im Gegensatz zu England, Frankreich oder den USA und wesentlich stärker als im deutschen Südwesten sei der Liberalismus Preußens, aber auch Mitteldeutschlands, von der Idee der rassisch definierten Volksgemeinschaft durchdrungen worden. »Only German liberalism's widespread obsession with a racially pure Volksgemeinschaft – extant already in the Kaiserreich but exacerbated by wartime chauvinism and

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

the struggle to preserve German Volkstum abroad – made it possible for a generation of erstwhile Democrats to slip comfortably into the brown shirts of the NSDAP« (346 f.).

Kurlanders Fundamentalkritik am Liberalismus bleibt in mehrerlei Hinsicht problematisch. Erstens ist der völkische Nationalismus unter Linksliberalen überzeichnet, aus den Quellen unangemessen herausgelesen, ja öfter geradezu konstruiert durch Ausblenden wichtiger Fakten, Zitationsweise oder Betonung kontextgelöster Programmpunkte. So sieht Kurlander die Beteiligung der Liberalen am Bülow-Block 1907–09 schlicht als Sündenfall, ohne hinreichend seine Begründung (Ausbruch aus jahrzehntelanger Opposition), seine Projekte (Vereinsgesetz, Wahlrechts- und Finanzreform), sein Auseinanderfallen durch konservative Intransigenz sowie den folgenden Schwenk zur gesamtliberalen, partiell auch liberal-sozialdemokratischen Kooperation 1909–14 darzutun. Zwar hat Julius Kopsch 1916 den USPD-Anhänger Hugo Haase einmal als Juden verunglimpft (82 f.), aber aus der Quelle erfährt man, daß SPD-Abgeordnete ihn gleichzeitig Vaterlandsverräter schimpften. Grotesk wirkt u. a. der Halbsatz (44), daß nach 1918 »liberals often joined together with conservatives to assuage the völkisch right.« Anders als Kurlander nahelegt, war der linke Flügel des Liberalismus nicht Hauptpropagandist von Antisemitismus, Annexionismus, Kriegspolitik oder territorialem Revanchismus. Selbst unter Einschluß von Renegaten wie Gottfried Traub und eines Gutteils der Nationalliberalen blieb dies Standardrepertoire der nichtliberalen Rechten, deren rabiater Nationalismus aber unerörtert bleibt. Allerdings betrachtete der Liberalismus den deutschen Nationalstaat als gültigen Wert, wollte damit ein Bindemittel gegen den Zerfall in Interessengruppen gewinnen und suchte – wie auch die SPD – die deutschem Selbstbestimmungsrecht widersprechenden Versailler Regelungen abzustreifen. Aber sowohl die Liberalen im Bülow-Block wie Stresemanns diplomatischer Revisionismus oder die Weimarer Minderheitenpolitik in Schleswig und Oberschlesien waren weit entfernt von völkischer Gewaltpolitik. Bereits 1978 hat Jürgen C. Heß den Weimarer »demokratischen Nationalismus« in der Gefahr gesehen, rechten Parolen Vorschub zu leisten, aber ebenso die liberale Bindung an Verfassung, friedlichen Ausgleich, Individualrechte herausgestellt und insgesamt die Wesensunterschiede in Methoden wie Zielen betont. Die liberale Haltung hier bedeutete nicht Verabsolutierung der Nation oder Rassismus und hätte Europa besser getan.

Zweitens wird der gesamtpolitische Kontext nur inadäquat erfaßt und zudem die Bedeutung von Begriffen verkannt, trotz Zitation der Arbeit von Steffen Bruendel zum Begriff des Volksstaates (2003). Daß der Nationalsozialismus die Volksgemeinschaft als Ende des Konfliktes von Kapital und Arbeit, des Parteienstaats und der sozialökonomischen Modernisierungslasten anpreisen

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

konnte, hatte einerseits mit Verwerfungen der politischen kaiserzeitlichen Kultur wie Parteienablehnung oder fehlender Parlamentarisierung und andererseits mit außenpolitischen wie ökonomischen Belastungen der überforderten Weimarer Republik zu tun. Letztere nennt Kurlander zwar mehrfach (z. B. 273) als Ursachen für die Wählerwanderung zur NSDAP, macht im Globalurteil aber nur die nationalistische Verbiegung der Liberalen verantwortlich. Selbst hierbei schwankt er zwischen Verben wie beitragen, begründen oder (allein) verursachen. Der liberal-demokratische – und zudem von der nicht angeschuldigten Sozialdemokratie benutzte! – Begriff des Volksstaats als Ablösung des monarchischen Obrigkeitsstaats war genetisch-konzeptionell nie identisch mit der Volksgemeinschaft der deutschen Rechten. Zwar gab es in Weimars Endphase u. a. bei Eugen Schiffer oder Willy Hellpach Gedanken an eine autoritär-ständestaatliche Umgestaltung des Parlamentarismus, aber daß diese Ideen das Vorbild für Nationalsozialisten oder massenhaft Grund, sie zu wählen, gewesen sind, bleibt wenig plausibel.

Dies leitet zum dritten Einwand gegen Kurlanders Hauptthese über, nämlich zur Frage der Kausalitäten, die er nirgends als abgewogene Faktorenanalyse stringent bilanziert, sondern sogar widersprüchlich darlegt. Haben liberale Parteifunktionäre den völkischen Nationalismus in der deutschen politischen Kultur etabliert oder sind sie, jedenfalls bei Linksliberalen und DDP, diesem nicht vielmehr rhetorisch hinterhergelaufen, um Wähler zu behalten? Kurlander selbst gesteht (265) zu, daß für die schlesische DDP schon bis 1928 galt: »universalist proclivities proved devastating at the polls« oder daß der DDP das Regierungsbündnis mit der SPD »cost them immensly at home, where völkisch sentiments ran high« (199). Auf Seite 187 wird der ansonsten gebrandmarkte völkische Liberalismus in Schleswig-Holstein als »last, best chance for German democracy in the region« bezeichnet und auf Seite 203 die DDP als republikanische, nicht antisemitische Partei der Kooperation mit der SPD gelobt, deren Konzept des »healthy patriotism« leider von vielen Wählern zugunsten der nationalistischen Hetze der Rechtsparteien verschmäht worden sei. Wenn der Linksliberalismus bis 1930 sowohl bei völkischer Färbung in Schleswig-Holstein wie universalistischer Beharrung in Schlesien dramatisch verlor, muß man logisch schließen, daß andere Motive als nur Nationalismus diese Wählerabwanderung bedingten. Kurlander redet diese Faktoren klein.

Auf der letzten Seite (348) wird formuliert, wie der Titel »The Price of Exclusion« auch zu verstehen sein soll, nämlich, daß der jahrzehntelange Ausschluß der laut Kurlander eigentlich liberalen SPD aus dem politischen Mainstream den Kollaps des Liberalismus und den Aufstieg des Nationalsozialismus herbeigeführt habe. Diesen Ausschluß kann man aber nach 1898 so pauschal nicht dem linksliberalen Flügel, zu Zeiten wohl den Moderatliberalen,

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

bestimmt aber Rechtsparteien und kaiserlichen Regierungen vorwerfen. Großblock in Baden, Reichstags-Stichwahlabkommen, interfraktioneller Ausschuß, Weimarer Koalitionen u. a. in Preußen und Hamburg 1919–32 oder reichische Große Koalitionen 1923 und 1928–30 belegen gerade sozialliberale Kooperation. Man mag mit Kurlander bedauern, daß Liberale nicht Sozialdemokraten waren und Deutschland nicht durchgängig von einer sozial-liberalen Koalition regiert wurde. Aber der Historiker analysiert Realgeschichte und es existierten eben divergierende Trägerschichten und legitime Differenzen in Programmatik bzw. politischen Zielen. Vor allem: Liberalismus und SPD konkurrierten im städtisch-protestantischen Raum um überlappende Wählergruppen. Daran wie an Revolutionsrhetorik, Antikapitalismus und stolzer Selbstisolation der Sozialdemokraten in manchen Wahlkreisen – zudem auch an Zentrumspartei, machtvollen Konservativen und rechtsorientierter Regierung – scheiterte eine sozial-liberale Reformkoalition vor 1918. Den elsässischen Liberalen gesteht Kurlander (151) die legitime Differenz zur SPD auch zu. Berücksichtigt man eine lange geringere Stärke der Arbeiterpartei und den dominanten liberal-demokratischen Republikanismus in Frankreich, dann wird die erschwerte Konstellation für Liberale in Preußen-Deutschland umso klarer.

Diese Konstellation liegt der These von deutschen Sonderbedingungen zugrunde, die Kurlander im Sinne mancher angloamerikanischer Historiker ablehnt. Paradoxerweise werden im Buch dann doch mancherlei Facetten davon bejaht: »German divergence from the west« im politischen Wertehimmel, obrigkeitlich gedeckelte politische Kultur, Unterscheidung zwischen preußischem Nordosten und Südwestdeutschland. Kurlander hätte Faktoren wie Bismarcks Regierungssystem und die langjährige Machtferne des Liberalismus im Reich, den Schock von Versailles oder die mehrfach bedrohte Lage des Mittelstands als weitere spezifische Schwierigkeiten für Nation und Liberalismus in Preußen-Deutschland, die den Liberalen nicht anzulasten sind, in seine Bilanz einbeziehen müssen. Aber er bleibt einäugig.

Zahlreiche Flüchtigkeitsfehler bei Titelzitationen und selbst im nachträglich auf der Verlags-Homepage ausgetauschten Register, unschöne Inkongruenzen bei Anmerkungstexten (z. B. 273, Anm. 263), das Verwechseln der Brüder Walther und Lothar Engelbert Schücking (47) sowie die wahlanalytisch hanebüchene Behauptung (226), die quantitative Übereinstimmung des DDP- und DNVP-Stimmenanteils 1919 mit dem NSDAP-Anteil 1932 belege die »one-to-one transition of the Schleswig-Holstein liberal constituency from liberal to NSDAP« lassen das Vertrauen zu Kurlander auch in formal-methodischer Hinsicht nicht gerade wachsen.

Fazit: Bisherige Autoren wie Jürgen C. Heß, Alastair Thompson oder Larry E. Jones in seiner Aufsatzsammlung von 1988, zuletzt auch die von Kurlander

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

gelobte Studie von Thomas Göthel zur Weimarer Minderheitenpolitik von 2002, haben die »nationale Achillesferse« des Liberalismus argumentativ überzeugender, nicht platt entschuldigend, aber historisch differenzierter und urteilsgerechter analysiert. Trotz seiner empirischen Forschung kann die verkürzte, in sich widersprüchliche Perspektive Kurlanders nicht überzeugen.

Berlin *Hartwin Spenkuch*

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Ernst Troeltsch: Fünf Vorträge zu Religion und Geschichtsphilosophie für England und Schottland. Der Historismus und seine Überwindung (1924) / Christian Thought. Its History and Application (1923).

Herausgegeben von Gangolf Hübinger in Zusammenarbeit mit Andreas Terwey. Berlin / New York: Walter de Gruyter 2006 (Ernst Troeltsch: Kritische Gesamtausgabe. Band 17), XVI u. 268 S.

Im März 1923 sollte der Berliner Kulturphilosoph und Theologietheoretiker Ernst Troeltsch an verschiedenen Orten Englands und Schottlands – London, Oxford und Edinburgh – Vorträge zu zentralen Themen seines Lebenswerkes halten. Diese Ehre wurde ihm nach dem Krieg als einem der ersten deutschen Wissenschaftler überhaupt zuteil. Leider kam es wegen des Todes Troeltschs nicht zu der Reise. In der Vorbereitung, während der letzten Monate, verfaßte der Gelehrte immerhin die nunmehr in Band 17 der Kritischen Gesamtausgabe versammelten Texte.

Die englische Version der insgesamt fünf Einzelvorträge, editorisch betreut von dem Initiator der ganzen Unternehmung, dem katholischen Religionsphilosophen Friedrich von Hügel, erschien noch im Todesjahr unter dem prätentiösen Titel »Christian Thought. Its History and Application«. Die deutsche kam ein Jahr später heraus, und zwar unter dem ebenfalls nicht auf Troeltsch zurückgehenden, seither aber populär gewordenen Titel »Der Historismus und seine Überwindung«.

Beide Formulierungen führen in die Irre. So wenig sich nach Troeltsch »das christliche Denken« und die Erörterung der Historismus-Problematik decken, so wenig kann kurz nach dem Ersten Weltkrieg von einer »Überwindung« des Historismus gesprochen werden, also einer geschichtsphilosophischen oder sonstwie wissenschaftlichen Bewältigung derjenigen äußerst massiven theoretischen und forschungspraktischen Schwierigkeiten, die in der Theologie und der Religionsphilosophie durch die konsequente Anwendung des historischen Paradigmas seit dem späten neunzehnten Jahrhundert aufgebrochen waren.

Troeltschs englisch-schottisches Reiseprojekt war vom ersten Bekanntwerden an umstritten gewesen. Daß ein bedeutender, politisch in so hohem Maße aktiver Gelehrter in ehemaliges Feindesland reisen wollte, um an seinem Teil zur Neubegründung der deutsch-britischen Kulturbeziehungen mitzuwirken, mußte von allen Seiten als Politikum aufgefaßt werden. Insofern ist es sehr begrüßenswert, wenn innerhalb der Einleitung zum KGA-Band der Reise

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

selbst, seit der frühesten Korrespondenz bis hin zu den zu Gedenkveranstaltungen umgewidmeten Lesungen der Vortragstexte, große Aufmerksamkeit gewidmet wird. Gangolf Hübinger und Andreas Terwey haben erneut der Kritischen Troeltsch-Ausgabe des De-Gruyter-Verlages große Ehre erwiesen, indem ihre Forschungen die historische Einleitung, den Editorischen Bericht sowie den Anhang samt Register zu höchstem Niveau bringen und ohne Zweifel die Troeltsch-Biographie relevant bereichern.

Die 1924 in deutscher Sprache erschienene Sammlung »Der Historismus und sein Überwindung« hat seit Jahrzehnten zu den unter Studenten meistgelesenen Texten Troeltschs gehört. Der eine oder andere wird hierüber überhaupt Zugang zu ihm gefunden haben. Wem, wie dem Rezensenten, also vielleicht der schmale Antiquariatsfund aus dem etwas ominösen »Pan Verlag Rolf Heise / Berlin« seit langem vertraut und wertvoller Teil seiner Troeltsch-Sammlung ist, der nimmt den neuen KGA-Band befangen in die Hand. Maximale editionsphilologische Investition, durchaus eine Art High-Tech-Produkt dieser neunen Gattung, liegt vor ihm. Was wird nach Kenntnisnahme übrigbleiben? Legen die geschätzten Hübinger und Terwey die vermeintliche »Überwindung« nun von Amts wegen in Trümmern?

Aber man ist ein Freund von Ernst Troeltsch. Was also bietet der Primärtext? Die in jüngster Zeit auch schon separat publizierten Ausführungen zu dem Thema »Ethik und Geschichtsphilosophie« bilden den größten Teil der Überwindungsschrift von 1924. Hier handelt Troeltsch von Persönlichkeits- und Gewissensmoral, der »Ethik der Kulturwerte« und dem seit idealistischen Zeiten geläufigen Gemeingeist. Die zweite Abhandlung ist der »Stellung des Christentums unter den Weltreligionen« gewidmet. Von größter thematischer Dichte sind die Überlegungen am Ende; sie stehen unter dem Titel »Politik, Patriotismus, Religion«. Daß gerade sie die britischen Hörer am meisten interessiert haben dürften, ist klar.

Die editorischen Einzelheiten, besonders auch das verwickelte Verhältnis der Texte untereinander und die sich daraus ergebenden Fragen zur editorischen Konzeption des Bandes, sollen hier im wesentlichen auf sich beruhen bleiben. Maßgeblich ist, daß sowohl die vollständige englische wie auch die deutsche Version hier zum Druck gelangen, und das, obwohl Troeltsch keine der beiden noch hat autorisieren können.

Diese sachgerechte Entscheidung der Herausgeber trägt allein dem Umstand Rechnung, daß Troeltsch die Texte als aktuelle und insofern noch einmal auf die gegenwärtige kulturelle und europapolitische Situation konkretisierte »Zusammenfassung aller meiner Studien« aufgefaßt hat, als Bilanz also seines Lebens. Das Fazit, das er hier vom Berliner Schreibtisch aus für seine britischen Hörer zieht, fällt denn auch keineswegs negativ aus. Er hält fest an seinem lebenslangen Bemühen, die Geltungsbehauptungen – oder auch: den

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

»Wahrheitsanspruch« – der christlichen Religion auf eine dem modernen Geist gemäße Weise zu reformulieren.

Die Vortragstexte zeigen, daß Troeltsch bis zum Schluß an einer politischen Ethik arbeitete, die ihren Anteil am Aufbau einer demokratischen, zukunftsträchtigen Neuordnung Europas und Deutschlands nehmen sollte. Ihre Wertmaßstäbe hatte solch eine politische Ethik aus einer universalgeschichtlichen Betrachtung zu beziehen. In ihr sollten ihrerseits die Stichworte »Europäertum« und »Gemeingeist« zu Koordinationspunkten werden, Faktoren also, denen in einer funktionierenden deutsch-britischen Kulturbeziehung verankert zu sein, geradezu von Natur aus zukam. Troeltschs spezifische wissenschaftstheoretische Variante der historischen Kulturwissenschaft und sein in den England-Vorträgen immer wieder anvisiertes Modell der »Europäischen Kultursynthese« liefen hier in eins, wenngleich diese Koinzidenz die Plausibilität weder der einzelnen Seiten noch des Konstruktionsergebnisses an sich in den Augen der intellektuellen Zeitgenossen (besonders Schmoller oder Max Weber) sonderlich erhöht hat.

Wenn irgendwo Troeltsch neben seiner Identität als Kulturprotestant, als Religionssoziologe und als Sozialwissenschaftler auch noch als praktischer Philosoph aufgetreten ist, dann hier in diesen nicht mehr gehaltenen Vorträgen. Die tiefe Kluft zwischen Deutschland – zuletzt nur noch in der perversen Form eines zynischen Machtstaates präsent – und Westeuropa war ihm unerträglich. Das Überbrückungswerk mußte erneut angegangen werden; es mußte aber, weil der zurückliegende Krieg auch als ein Kulturkrieg geführt worden war, diesmal gelingen. Troeltsch wollte seinen Beitrag leisten, indem er sich für die Rückgewinnung der geistigen Beziehungen einsetzte. Hierin lag der große Reiz, daß er gerade über seine Geschichtsphilosophie vor englischem Publikum sprechen sollte, zumal in seinen Augen der englischen Politik und Gesellschaft eine maßgebliche Rolle innerhalb der weiteren Entwicklung Europas zukommen würde. Gerade dies dokumentiert der neue KGA-Band, nicht zuletzt in der Parallelpräsentation beider Fassungen. Die von Troeltsch angesprochenen Themenkomplexe zielen unmittelbar auf Fragestellungen, wie sie sich aus heutiger Sicht durch die wirtschaftlich und politisch globalisierte Moderne ergeben. Troeltschs Modell von Universalgeschichtsschreibung hätte in ausgeführter Gestalt vielleicht wirklich zu einer substantiellen Erneuerung des Liberalismus beitragen können – worauf etwa sein Konzept von »Gemeingeist« deutet. Doch blieb es eben letztlich bei der Skizze.

Berlin *Matthias Wolfes*

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Jonathan Wright: Gustav Stresemann. Weimars größter Staatsmann

Aus dem Englischen übersetzt von Klaus-Dieter Schmidt. München: DVA, 2006, 666 S., 26 Abb., 2 Kte

Thomas H. Wagner: »Krieg oder Frieden. Unser Platz an der Sonne.« Gustav Stresemann und die Außenpolitik des Kaiserreiches bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs

Paderborn: Schöningh, 2007 (Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart), 237 S.

Es ist sehr zu begrüßen, dass die DVA mit Unterstützung der Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung Jonathan Wrights große Stresemann-Biographie auch dem deutschsprachigen Publikum zugänglich gemacht hat. Bei der neuerlichen Lektüre bleibt der überaus positive Eindruck dieses Werkes erhalten (vgl. JbzLF 15/2003, S. 381 ff), man kann ihn als deutscher Muttersprachler sogar teilweise noch vertiefen, da sich nun auch manche bis dato übersehene Nuance der Argumentation erschließt. Die Übersetzung folgt weitestgehend der englischen Originalausgabe von 2002, nur bei den Fußnoten gibt es einige kleinere Veränderung, im Schlusskapitel sind sie von 102 auf 86 geschrumpft. Kritisch bleibt hier nur anzumerken, dass die englische Ausgabe leserfreundliche Fußnoten brachte, während sie in der deutschen Version zu unhandlicheren Endnoten werden.
Ansonsten bleibt es vollkommen bis in die Überschriften bei der ursprünglichen Gliederung, die ihr Hauptaugenmerk entsprechend dem Titel auf die Weimarer Zeit gelegt hat. Diesen elf Jahren sind 370 Textseiten gewidmet, den in Bezug auf die Lebenszeit weit längerem, aber für unser Stresemann-Bild weit weniger wichtigen Jahren bis zum Ende des Weltkriegs knapp 100. Diese Aufteilung fließt dann auch in das großartige Schlusskapitel ein, das noch einmal alles umreißt und diskutiert, was man über den »Staatsmann« G. S., d. h. Stresemanns Innen- und Außenpolitik ab 1922 wissen sollte.
Wrights sehr wohlwollendes Bild des Vernunftrepublikaner Stresemann, das schon im Titel zum Ausdruck gebracht wird, scheint derzeit in der Forschung

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

unumstritten. Dabei spart der Autor keineswegs mit Kritik, vor allem dann, wenn Stresemann meinte, entsprechend dem Zuschnitt seines Publikums anders als auf internationaler Ebene argumentieren zu müssen, etwa beim berühmten Kronprinzen-Brief oder auf Veranstaltungen nationalistischen Zuschnitts. (vgl. Wright, S. 327 ff, 348). Oder wenn Stresemann, wie im Falle der Ebert-Nachfolge, allzu sehr taktisch verfuhr und sich damit am Ende selbst ein Bein stellte. (vgl. Wright, S. 309 f). Zugute hält Wright Stresemann, dass er sich ab 1923 politisch fortwährend auf einem schmalen Grad bewegte und sich die Mehrheiten in einem recht engen Sektor links und rechts des eigenen politischen Standortes suchen musste. Da waren die Alternativen aber gering, da anders als in Großbritannien die den Staat bejahenden Parteien einerseits auf einen recht engen Raum in der politischen Mitte beschränkt waren, andererseits aber auch recht große Aversionen gegeneinander hatten.

In diesem Zusammenhang wird auch noch einmal überdeutlich, welchen Anteil die DVP, Stresemanns eigene zwischen Nationalismus und Liberalismus schwankende Partei, daran hatte, dass nach den Höhepunkten von 1926 in Thoiry und Oslo »Stresemanns letzte Lebensjahre von Enttäuschung und Frustration geprägt« waren. (Wright, S. 390) Anfang 1929 beklagte er, der selbst im Dienst der Industrie groß geworden war, den Verfall der DVP von »einer Partei der Weltanschauung . . . zu einer reinen Industriepartei«. Zwar warb diese bei Reichstagswahl unmittelbar nach Stresemanns Tod noch einmal mit dem Konterfei des Friedensnobelpreisträgers, nur um aber allzu bald dessen außen- und innenpolitische Bahnen nach rechts zu verlassen.

Während dies – wie gesagt – weitgehend opinio communis in der Geschichtsschreibung zum 20. Jahrhundert ist, stößt ein anderer Teil des vorherrschenden Stresemann-Bildes auf Kritik, die sich übrigens mit zeitgenössischen Stimmen aus dem (links-)liberalen Lager deckt. Es geht um Stresemanns politische Haltung vor der Weimarer Zeit. Während seine Position im Ersten Weltkrieg schon seit längerem der Pro-Stresemann-Geschichtschreibung »größte Verlegenheit« bereitet (Eberhard Kolb), gerät nun auch der erste Teil seiner politischen Karriere am Ende des Kaiserreichs ins Visier von »Revisionisten«. Die Bonner Dissertation von Thomas Wagner will in dieser Hinsicht »eine Revision des gängigen Stresemannbildes« erreichen, so der Klappentext. Schon für die Phase, in der sich der spätere Reichskanzler und Außenminister von einem Anhänger Friedrich Naumanns zum eingeschriebenen Mitglied der sächsischen Nationalliberalen wandelte, kommt der Verfasser zu einer aplomben Charakteristik: »Von links nach rechts, sozusagen von Schwarz-Rot-Gold nach Schwarz-Weiß-Rot, verlief die politische Biographie des jungen Stresemann zwischen 1895 und 1905.« (Wagner, S. 47) Wenn bei Wright grosso modo die Kontinuität in der politischen Anschauung Stresemanns vor 1914 und ab 1922 herausgestellt wird (vgl. Wright, S. 69 u. mit

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

gewisser Einschränkung S. 492), dann sieht Wagner hier für die Zeit bis 1914 einen »Opportunisten« am Werk, der vor allem seit 1911 und der zweiten Marokko-Krise einen machtpolitisch fundierten deutschen Imperialismus propagierte. (Vgl. Wagner, S. 137 u. 199) Diese Einschätzung sucht er anhand der umfangreichen Publizistik des seiner Zeit jüngsten Reichstagsabgeordneten und aufsteigenden Syndikus des »Bundes der Industriellen« zu belegen. In der Tat gibt es dort zahlreiche Zitate, die so gar nicht in das Bild des späteren Verständigungspolitikers passen, wenn auch sich die außenpolitische Aversion des wilhelminischen Stresemann wie bei vielen Zeitgenossen weniger gegen Frankreich als vielmehr das »perfide Albion« richtete. (Vgl. etwa Wagner, S. 134, aber auch Wright, S. 73)

Nun soll man natürlich nicht wegen der Verdienste des reifen Staatsmannes Stresemann das junge aufstrebende politische Talent Stresemann »verklären«, die Wurzeln von jenem schon bei diesem »unbezweifelbar« belegen. Aber es bleiben doch eine Reihe von Einwänden gegen Wagners Argumentationsweise: 1. Sie ist häufig sehr kleinteilig: Wichtige außenpolitische Meilensteine und Probleme im Jahrzehnt vor 1914 werden oft anhand von ein, zwei Stellungnahmen Stresemanns interpretiert. Nicht von ungefähr hat die Arbeit auf gut 200 Textseiten 11 Oberkapitel, die jeweils noch einmal drei bis sechs Unterkapitel umfassen, hinzu kommt jeweils ein Resümee. Da wird es schwer, eine große Linie durchzuhalten, zumal bei einigen Punkten die Aussagen Stresemann entweder unklar oder kontradiktorisch sind, so zur Frage der Schutzzölle (vgl. Wagner, S. 189), oder seine Haltung indirekt aus anderen Stellungnahmen, etwa des politischen Lehrmeisters Bassermann, abgeleitet wird (vgl. Wagner, S. 199f zum Kriegsausbruch 1914). 2. Überhaupt nicht berücksichtigt wird bei Wagner die persönliche Krise, die Stresemann nach dem Verlust des Reichstagsmandats durchlief. Diese könnte aber ein Schlüssel zum Verständnis dafür sein, dass sich seine außenpolitischen Einstellungen danach zumindest in den öffentlichen Äußerungen nationalistisch verhärtete. Allerdings will Wagner auch für diesen Abschnitt kaum Übereinstimmung zwischen Stresemann und dem »alldeutschen Radikalnationalismus« ausmachen, obwohl Stresemann vermutlich seit 1905 Mitglied im Alldeutschen Verband war. (Vgl. Wagner, S. 42 u. 152 f). Dagegen sprechen schon die Antipathien, die ein Mann wie Hugenberg bereits vor 1914 gegen Stresemann entwickelte. (Vgl. Wagner, S. 174 f). 3. Wenn man schon den jungen Stresemann für einen ausgesprochenen Opportunisten hält, was angesichts seiner bescheidenen Herkunft aus dem Berliner Kleinbürgertum zumindest teilweise nachvollziehbar scheint – Wright spricht auch für den nationalliberalen und DVP-Spitzenpolitiker von einem Inferioritätsgefühl gegenüber den alten Eliten aus Adel und Großbürgertum (vgl. Wright, S. 221) –, dann müsste man auch erklären, warum Stresemann alles tat, um seine mitunter recht widersprüchlichen Stellungnahmen weit zu verbreiten. Viele Äußerungen des

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

jungen Stresemann muß man wohl eher im Zuge eines um Aufstieg kämpfenden und mitunter verunsicherten Jungpolitikers sehen. Dass Stresemann dabei sicherlich manchmal opportunistisch vorging und dass er sich bei seinem rasanten Aufstieg nicht nur Freunde machte, erscheint selbstverständlich und ist als Teil dieser außergewöhnlichen Biographie zu sehen. Man sollte darin auch keinen Makel erkennen, sondern um so höher seine Fähigkeit bewerten, unter völlig geänderten Umständen eine nur sehr schwer zu schaffende Wende zu vollziehen, die ihm – wie Wright eindrucksvoll zeigt – nicht nur politische Zustimmung einbrachte, sondern bei der er immer wieder, auch gegenüber vermeintlichen Parteifreunden, schwer, bis zum Rande der Erschöpfung kämpfen musste. Sicherlich ist es verdienstvoll, auf die Widersprüche zwischen dem jungen und dem späten Stresemann hinzuweisen, die auch von Wright nicht verschwiegen werden. (Vgl. Wright, S. 512). Aber daraus eine Revision des Stresemann-Bildes abzuleiten, erscheint übertrieben. Schließlich stimmt Wagner mit Wright in einem zentrale Punkt überein: Es hat kein »Damaskuserlebnis« gegeben, wo aus dem wilhelminischen Nationalisten Str. der vernunftrepublikanische Staatsmann Str. geworden ist. (Vgl. Wagner, S. 200 u. Wright, S. 69, vgl. aber auch ebd. S. 205 f.) Dass Wagner als Kronzeugen dafür aber ausgerechnet Theodor Heuss anführt, entbehrt nicht der Ironie.

Bonn/Gummersbach *Jürgen Frölich*

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Joachim Wintzer: Deutschland und der Völkerbund 1918-1926

Paderborn: Verlag Ferdinand Schöningh (Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart), 2006, 634 Seiten.

Versailles schien allgegenwärtig, und so wurde der im Vertragswerk von Versailles eingelassene Völkerbund von vielen Zeitgenossen kaum je als Versuch respektiert, eine stabile Nachkriegsordnung zu errichten. Sicherlich, auch einen Teil der deutschen Öffentlichkeit hatte zunächst eine Faszination für die Völkerbundsidee ergriffen; Wilsons Friedensideale waren ja insgesamt nicht ohne Neugier und aus den unterschiedlichsten Motiven heraus begrüßt worden, zumal angesichts der drohenden Niederlage. Doch blühte diese Faszination für die Ideen und Prinzipien einer überstaatlichen Institution allein im Vorfeld jener Entscheidungen in Versailles auf, die zweifelsohne, wie Eberhard Kolb formuliert hat, zum »großen Trauma der Deutschen« und zu einer »schweren Hypothek« der Weimarer Republik werden sollten. Wenn in den Jahren darauf noch etwas von ihr zu spüren war, dann blieb sie doch so lose und zaghaft in der Zeit verankert wie die deutsche demokratische Überzeugung, und gemeinsam mit ihr wurde sie vom Wellenschlag der nationalistischen Erregung fortgespült.

In einer voluminösen, aus einer Heidelberger Dissertation hervorgegangenen Studie beschäftigt sich nunmehr Joachim Wintzer mit der ambivalenten Haltung, die Politik und Öffentlichkeit in Deutschland gegenüber dem Völkerbund einnahmen, und er versteht es dabei, immer wieder zu verdeutlichen, was sich bereits in der Umorientierungsphase nach den Umbrüchen des Herbstes 1918 abzeichnete: dass dieses zuweilen parteiübergreifende deutsche Völkerbunds-Engagement »nicht nur« – aber eben: auch – »eine oppurtunistische Anwandlung« (S. 145) war und erst vor dem Hintergrund der deutschen Revisionshoffnungen wie angesichts der Veränderungen innerhalb des internationalen Systems zu begreifen ist.

Die bereits im Oktober 1998 eingereichte und seitdem fortlaufend aktualisierte Studie ist zunächst, auf etwas mehr als einhundert Seiten, um grundsätzliche Vorüberlegungen zu den strukturellen und politischen Rahmenbedingungen der deutschen Völkerbundspolitik bemüht; dies war zum Verständnis des Decision-Making-Process unerlässlich, im Ergebnis freilich ergibt sich ob der Vielzahl einwirkender Faktoren und Institutionen kaum mehr als ein kursorischer Überblick über die Entstehung des Völkerbundes, über später im

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Text erwähnte Parteien, Verbände und Ämter, verknüpft mit einigen Gedanken zum deutschen wie internationalen Diskurs.
Die eigentliche Stärke der Arbeit liegt auf den nachfolgenden vierhundert Seiten. Sie widmen sich in extenso, konzentriert und chronologisch jenen Debatten und Winkelzügen, die letztlich, wenn auch nicht ohne Widerwillen, im Kielwasser der Errungenschaften seit Stresemanns Amtsantritt zur Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund führten; und sie erweisen sich, auch wenn grundlegende Züge dieser Geschichte längst bekannt waren, über die Vielzahl oft wörtlich bemühter Quellen und den ausführlichen Anmerkungsapparat als Fundgrube selbst für gänzlich anders gelagerte Forschungen zur Weimarer Außenpolitik.
Ein solcher Mut zur Grundlagenforschung mag sich angesichts manch kühner Überlegungen, mit denen sich die Geschichtswissenschaft der Aktenarbeit entledigt, zuweilen antiquiert ausnehmen. Auf lange Sicht aber ist die Leistung derartig geduldiger und mit längeren Archivaufenthalten im In- und Ausland verbundener Arbeiten nicht hoch genug zu schätzen, handelt es sich doch im Ergebnis um eine regelrecht handbuchhafte Aufbereitung und Aufarbeitung dessen, was an Überresten vorerst noch vorhanden ist; es ist kein Zufall, dass der Verfasser seit Jahren an anderer Stelle damit beschäftigt ist, parlamentarische und außenpolitische Akten in aller Sorgfalt zu edieren.
Seine Darstellung »Deutschland und der Völkerbund 1918-1926« beginnt in den Monaten, in denen die »Deutsche Liga für Völkerbund« gegründet wurde, sie endet im Winter 1925/26, und sie verzichtet damit ganz bewusst auf eine Schilderung der etwa bei Jürgen Spenz und Christa Haas nachlesbaren Genfer Turbulenzen des Jahres 1926 sowie des triumphalen Einzuges Stresemanns in Genf im selbigen September: »De facto, nicht de iure begann die Zeit der deutschen Mitgliedschaft [. . .] bereits Anfang 1926« (S. 23). Gerade auch, weil der Verfasser möglichst jeden einzelnen Gedankenstrang zur deutschen Völkerbundspolitik freizulegen bemüht ist und dabei verschiedenste Phasen der Weimarer Außenpolitik abschreitet, wird mit allem Nachdruck erkennbar, wie tiefgreifend und alle Facetten der Problematik durchdringend die psychologischen Auswirkungen gleichermaßen der Nachkriegspolitik vor allem Frankreichs wie der labilen innenpolitischen Lage Deutschlands waren – und wie schwierig in dieser Situation die Versuche deutscher Verständigungspolitiker, darunter deutsche Liberaler, dem schwer erschütterten Vertrauen in das internationale System oder gar übernationale Organisationen überzeugende Argumente entgegenzusetzen.
Wie ein Albdruck, das war bekanntlich die Crux der von Peter Krüger so benannten »republikanischen Außenpolitik«, lag auch hier über nahezu allen amtlichen Erwägungen der Gedanke, die Aktivitäten und Initiativen vor einer krankhaft überempfindlichen nationalen Öffentlichkeit rechtfertigen zu müssen. Immer wieder wurden mühselige Errungenschaften von unkalkulierbaren

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Querschlägern von innen wie außen sabotiert. Und vor allem blieben die wahren Enthusiasten eines Völkerbundes als Friedensinstrument in der Minderheit, dominierten gerade auch im Auswärtigen Amt lange Zeit jene, die Widerstand gegen die Genfer Arbeit leisteten, weil sie über Jahre hinweg und mit einigem Einfallsreichtum Argument um Argument zu entdecken vermochten, um den Bund als Machtinstrument Frankreichs zu entlarven und das »Genfer System« zu diskreditieren. Ein Völkerbund, dem die Vereinigten Staaten nicht angehörten, dem Russland und Deutschland lange Zeit nicht angehören sollten, der zudem zwar eine Reihe nachrangiger Probleme, aber eben nicht die großen Fragen der Nachkriegsordnung anging, stand zu sehr im Schatten von »Versailles«, um in einem auf Gleichberechtigung im Konzert der Großmächte pochenden Deutschland nicht ständig in einem Atemzug etwa mit der Besatzung an Rhein und Ruhr oder der Kriegsschuldfrage genannt zu werden. So war die Angst, Kompromisse im einen Fall könnten die eigene Position in anderen schwächen, eben allgegenwärtig.
Es ist ein wenig bedauerlich, dass Joachim Wintzer in seiner vergleichsweise knappen Schlussbetrachtung (S. 563-568) noch nicht auf den Gedanken kam, die Geschichte des Völkerbundes, so sehr sie als Vorgeschichte der Vereinten Nationen gelesen werden muss, als wichtigen Baustein gerade auch der Geschichte der europäischen Einigung zu deuten. Auch hätte man durchaus stärker herausarbeiten können, wie hier analog zu dem Lernprozess, den die »Vernunftrepublikaner« durchliefen, eine Riege der deutschen Politik und Diplomatie zu Multilateralisten oder gar Völkerbund-Freunden aus Vernunft wurde. Das Bemerkenswerte an seiner Studie aber ist, dass sie dank des zugänglich gemachten Materials eben solche Gedanken anregt: Allein, es bleibt anderen überlassen, sich ihnen in der Gründlichkeit zu widmen, die Joachim Wintzers Arbeit »Deutschland und der Völkerbund« auszeichnet. Diese Studie macht jedenfalls einmal mehr deutlich, warum gerade die Beobachtung der unruhigen 1920er Jahre und erst recht der Bemühungen, eine tragfähige Friedensordnung zu finden, als Schlüssel für das Verständnis bis heute aufspürbarer Mechanismen der internationalen Staatenwelt dienen kann.

Bonn *Matthias Hannemann*

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Guido Verucci: Idealisti all'indice – Croce, Gentile e la condanna del Sant'Uffizio

Rom/Bari: Laterza 2006, 272 S.

Der emeritierte römische Historiker Guido Verucci, der sich in vielen seiner Studien mit dem Verhältnis von Staat und Kirche im Italien des 19. und 20. Jahrhunderts befasst, legt in diesem Buch eine präzise Analyse der Ereignisse vor, die im Jahre 1934 zur Indexsetzung der Gesamtwerke der Philosophen Benedetto Croce und Giovanni Gentile durch den Heiligen Stuhl führten. Dieser päpstliche Bann richtete sich nur vordergründig gegen die beiden Intellektuellen – Croce war der führende italienische Denker seiner Zeit und Gentile übte im Bildungs- und Wissenschaftsbereich verschiedene Schlüsselfunktionen im faschistischen Herrschaftssystem aus –, vielmehr zielte er darauf ab, die Deutungshoheit der auf Hegel basierenden säkular-pluralistischen neoidealistischen Philosophie in Italien zu beenden oder zumindest nachhaltig zu schwächen. An deren Stelle sollte eine Restauration neoscholastischer Dogmen treten. Schon in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts stellte ein solcher Versuch zweifellos einen Atavismus dar, denn er wandte sich direkt gegen Aufklärung und Moderne. In diesem Zusammenhang verweist der Autor auf einen wissenschaftsgeschichtlichen europäischen Sonderweg Italiens. Zwar wurde diesseits wie jenseits der Alpen das brüchige positivistische Paradigma um 1900 abgelöst, doch während es anderswo in der Folge zu einer Konkurrenz von akademischen und ideologischen Denksystemen kam, setzte sich in Italien durch das Wirken Benedetto Croces zum zweiten Mal die sonst marginalisierte idealistische Philosophie durch, die bereits Mitte des 19. Jahrhunderts zum herrschenden Deutungsmuster Italiens aufgestiegen war. Croces Neukonzeption prägte die liberale politische Klasse, die Universitäten und das Schulsystem bis in die Zeit nach 1945. Der Idealismus erreichte dabei nicht nur das Groß-, sondern auch das stetig wachsende Kleinbürgertum.

In sechs Kapiteln zeichnet Verucci diese diskursive Auseinandersetzung (manchmal sogar übergenau und zu minutiös) nach, die nur vor dem Hintergrund des sich seit 1848 vollziehenden Prozesses der Trennung von Staat und Kirche in Italien verstanden werden kann. Zwar trieb der liberale Staat den Konflikt weniger auf die Spitze als dies im Bismarckreich der Fall war – wenngleich auch die italienische Geschichtsschreibung ebenfalls den Begriff ›Il Kulturkampf‹ kennt, – der Papst aber untersagte die Beteiligung der Katholiken am politischen Leben. Dies führte zu einer Abstinenz, die von 1870 bis fast zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges anhielt und die Legitimation des

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

liberalen Systems nachhaltig schwächte. Verucci zeigt nun, dass Croce und Gentile seit Anfang des 20. Jahrhunderts eine Annäherung an die Katholiken anstrebten. In klassischer liberaler Manier bezogen sie sich auf den Bildungsbereich und setzten sich u. a. dafür ein, katholische Lehrinhalte wieder in die schulischen Curricula aufzunehmen. Genau das forderte auch der Vatikan über sein Sprachrohr, das einflussreiche jesuitische Periodikum ›Civiltà Cattolica‹, mehrfach und mit Vehemenz. Während und nach dem Ersten Weltkrieg, so Verucci, änderte sich das politische Koordinatensystem grundlegend: Zum einen begann die Rekatholisierung der staatlichen Institutionen spätestens 1915/1916 (z. B. mit der Berufung von Militärkaplanen und des ersten katholischen Ministers überhaupt). Zum anderen ergaben sich mit Mussolinis Machtantritt 1922 für die katholische Kirche völlig neue Möglichkeiten der Redurchdringung des Staates. Weil der Faschismus in fast allen Politikfeldern, so auch in der Bildungspolitik als dem Kernbereich der Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche, über kein kohärentes Programm verfügte, absorbierte er existierende Denk- und Lösungsansätze. Kenntnisreich wird in dieser Monographie herausgearbeitet, wie hier die idealistische Philosophie bestimmend wurde. Voraussetzung dafür war, dass sich Croce und Gentile überwarfen. Während Croce seiner liberalen Grundüberzeugung und dem Antifaschismus treu blieb, näherte sich Gentile autoritären und spirituell-religiösen Denkmustern an. Gemäß seiner Version des hegel'schen Staates verkörperte das faschistische Regime seinen sog. Ethischen Staat – sei er auch noch so gewalttätig. Außerdem begriff er den Faschismus seltsamerweise als Weiterführung des Liberalismus, weil er dem Bürger außer Rechten auch Pflichten auferlege. Von Mussolini schon im Oktober 1922 zum Erziehungsminister ernannt, führte Gentile 1923 eine bahnbrechende Schulreform durch: Der von der Kirche seit Jahrzehnten geforderte Religionsunterricht an Grundschulen wurde flächendeckend eingeführt. Nach Ansicht Gentiles sollte der Katholizismus als Philosophie des einfachen Volkes den Massen Halt geben, während er für die wenigen Gymnasiasten – als künftige faschistische Elite – die eigene von ihm als ›Aktualismus‹ bezeichnete Philosophie als Zivilreligion des Ethischen Staates vorsah. Die gesamte katholische Welt, allen voran die ›Civiltà Cattolica‹, rühmten zunächst Gentiles Reform. Doch bald schon entfachte die katholische Seite eine vehemente Polemik gegen ihn und forderte den mehr oder weniger völligen Ersatz der philosophischen Lehrinhalte durch scholastische. Je länger der Faschismus an der Macht war, desto schwächer wurde die Position Gentiles (der bereits 1924 als Erziehungsminister wieder demissionierte) und desto intensiver näherten sich katholische Kirche und faschistisches Regime einander an. Nach Unterzeichnung der Lateranverträge glaubte sich die Kirche Anfang der 1930er Jahre stark genug, gegen den liberalen Idealismus und seine deformierte Abart, den Aktualismus, vorgehen zu können. Detailliert beschreibt Verucci das intrigante Procedere, das zum

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Indizieren führte. Besonders erwähnenswert ist dabei die schmähliche Rolle, die Padre Agosto Gemelli spielte. Als Rektor der Katholischen Universität Mailand, die ihre Gründung im Jahre 1924 ausschließlich Gentiles Reform verdankte, führte Gemelli scheinheilig eine freundschaftliche Korrespondenz mit Gentile, während er gleichzeitig das Gutachten schrieb, in dem er für das vollständige Verbot von dessen Schriften plädierte (S. 121ff.).

Die Hoffnung des Vatikans, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, so Veruccis Fazit, erfüllte sich nicht: eine Rekatholisierung Italiens gelang im Bildungswesen wie in der Gesellschaft nur oberflächlich. Mehr ließ das faschistische System nicht zu, dem lediglich an der Stabilisierung seiner Herrschaft gelegen war, nichts jedoch an der katholischen Lehre (S. 224). Richtete sich das Vorgehen des Vatikans nun eher gegen Gentiles Aktualismus oder gegen Croces Idealismus? – Verucci lässt in seinem Buch und ließ auch bei offiziellen Präsentation am 12. Oktober 2006 in der ›Biblioteca di storia moderna e contemporanea‹ in Rom, welcher der Rezensent beiwohnte, keinen Zweifel daran, dass die Kirche die liberale Philosophie Croces als die modernere, anspruchs- und wirkungsvollere und damit als die gefährlichere von beiden einstufte. Mit dieser Einschätzung behielt sie Recht: das laizistische Denken setzte sich nach dem Zusammenbruch des Faschismus 1943 vollständig durch. In diesem kenntnisreichen Spätwerk Veruccis wird exemplarisch anhand des Indizierens der Werke von Croce und Gentile das Spannungsfeld der intellektuellen Grundströmungen in Italien in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts verdichtet. Die zentrale Rolle liberalen Denkens kommt dabei deutlich zum Vorschein. Die nur in den letzten beiden Kapiteln nicht immer konzise Darstellung (mit den Schlüsseldokumenten im Anhang) bündelt den Forschungsstand.

Dresden — Patrick Ostermann

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Christopher Kopper: Hjalmar Schacht. Aufstieg und Fall von Hitlers mächtigstem Bankier

München/Wien: Hanser, 2006, 432 S., 16 Abb.

Dass einem Mann wie Hjalmar Schacht mit dieser politischen Karriere mehr als ein fachwissenschaftliches Interesse zuteil wird, ist sicherlich nachvollziehbar: Vor 1914 befand sich der nordschleswigsche Kleinbürgersohn als Jungliberaler auf dem linken Flügel der Nationalliberalen, 1918 – inzwischen bereits in der Bankenhierarchie aufgestiegen – gehörte er dann noch ganz folgerichtig zu den Gründern der DDP, Ende der zwanziger Jahre schloss er sich dann aber der »Nationalen Opposition« an und wurde nach 1933 »Hitlers mächtigster Bankier«, ehe er schließlich zum konservativen Widerständler avancierte und als solcher 1946 zunächst von den Alliierten und später auch deutschen Rechtsinstanzen von aller Verantwortlichkeit am »Dritten Reich« freigesprochen wurde. Aus der Perspektive der Liberalismus-Forschung bleibt der Aufsehen erregende und recht einmalige Umstand, dass mit Schacht ein – ehemaliges – Mitglied einer liberalen Partei in Nürnberg als Hauptkriegsverbrecher angeklagt wurde. Dieser Aspekt spielt aber in Koppers Biographie keine besondere Rolle, worauf schon der Titel hinweist. Zwar wird eingangs danach gefragt, »wie war es möglich, dass sich der liberale Republikaner zu einem Gegner der Weimarer Republik entwickelte«, aber eine überzeugende Antwort wird abgesehen von den charakterlichen Defiziten Schachts nicht gegeben. Das Buch kommt am Ende ohne ein eigentliches Resümee aus.

Nicht nur dies und der Titel, sondern die ganze Anlage weisen das Buch als eine an ein weniger fachwissenschaftliches Publikum adressiertes aus: So beschreiben die Bildunterschriften das, was auf den Bildern zu sehen ist und geben wenig Aufschluß über den Zusammenhang der Photographien, z. B. »Schacht mit Zigarre« oder »Schacht am Schreibtisch«. Man mag das für Quisquilien halten, aber gerade die Angaben zum »Liberalen« Schacht vermitteln den Eindruck, dass das Buch eher ein sicherlich flott geschriebenes, aber nicht besonders recherchiertes und reflektiertes Nebenprodukt aus den Untersuchungen des Autors zum deutschen Bankwesen im Nationalsozialismus ist: Bei dem auf S. 30 und im Register erwähnten »Hello von Gerlach« dürfte es sich um den Nationalsozialen Helmut von Gerlach handeln; die Gründung der DDP wird vor allem anhand von Schachts Memoirenwerk ohne Konsultation der neuesten Literatur, insbesondere Kolb/Richter geschildert, so dass seine wichtige Rolle beim »Mobbing« gegen Stresemann nicht

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

erwähnt wird; falsch ist, dass die DVP 1919 mehr Wahlkampfgelder der Wirtschaft bekam als die DDP (S. 57) und dass Außenminister Brockdorff-Rantzau Mitglied der DDP war (S. 60). Ebenso wenig »unterstützte« die DDP 1926 die Fürstenenteignung (S. 133 f); die Parteiführung wollte sich nicht festlegen und gab deshalb ihren Mitgliedern und Anhängern die Abstimmung frei. Hans Luther war auch kein »Parteiloser aus Prinzip« (S. 174), sondern ist 1927 der DVP beigetreten.

Diese Versehen mögen für die Gesamtbiographie Schachts keine Rolle spielen, sie belegen aber eine gewisse, aus Sicht des Rezensenten unnötige Oberflächlichkeit des Bandes, die auch in zahlreichen Wiederholungen zum Ausdruck kommt. Vor allem aber ist die Kernthese nicht konzise, bzw. sie wird im Buch selbst in Frage gestellt. Nach seiner zusätzlichen Ernennung zum Reichswirtschaftsminister Mitte 1934 wird Schacht ganz analog zum Buchtitel als der mächtigste Reichsbankpräsident überhaupt dargestellt. (S. 253 f) Dem widersprechen allerdings schon die Ausführungen zu seinem ersten Abtritt als Reichsbankpräsident, der im März 1930 erfolgte, als Schacht »den Höhepunkt seiner Macht erreicht hatte.« (S. 176) Schließlich beantwortet Kopper die Frage, warum ein ursprünglicher Wirtschaftliberaler wie Schacht dann in den 30er Jahren »eine dirigistische Handelspolitik« verfolgte, mit der Feststellung: »Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen ließen ihm keine andere Wahl.« (S. 262 ff) Damit sind aber die politischen Vorgaben insgesamt gemeint, nämlich dass Schacht den Vorrang der Aufrüstung vor den wirtschaftlichen Notwendigkeiten akzeptieren musste. Anders als in Weimar konnte er nicht bei Gelegenheit den Regierenden seinen Willen aufzwingen, womit die im Titel zum Ausdruck kommende These wenn nicht widerlegt, so doch zumindest ziemlich relativiert wird.

Kopper beschreibt Schacht vor allem als einen Opportunisten, der zwar intelligent und sicherlich nicht feige, aber eben doch immer genug anpasserisch war, dass er am meisten davon profitieren konnte. (Vgl. z.B. S. 56 f, 140 f, 224 ff). Ob das ausreicht, um die Abwege eines lange Zeit mit liberalen Ideen und Organisationen sympathisierenden bürgerlichen Deutschen zu erklären, erscheint diskussionswürdig. Das letzte Wort über die Karriere(n) des Hjalmar Schacht, der am Ende scheinbar wieder zu seinen Anfängen als wirtschaftsliberaler Privatbankier zurückgekehrt war, dürfte noch nicht gesprochen sein.

Bonn/Gummersbach *Jürgen Frölich*

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Thilo Ramm (Hrsg.): Eugen Schiffer. Ein Nationalliberaler Jurist und Staatsmann 1860-1954

Baden-Baden: Nomos 2006, 212 S.

Durch sein langes Leben und seine politische Tätigkeit in drei Systemen – im Kaiserreich, in der Weimarer Republik und in der SBZ/DDR – ist die Biographie Eugen Schiffers von Kontinuitäten und Diskontinuitäten geprägt: Der schlesische Jurist, der sich für die Richterlaufbahn entschied, obwohl er als Jude mit Nachteilen rechnen mußte, konnte erst nach seiner Konvertierung zum protestantischen Christentum Karriere machen. Nebenher äußerte er sich zu juristischen und staatspolitischen Fragen. Durch seinen fesselnden Stil gelang es bereits dem schlesischen Amtsrichter, sich über die Provinz hinaus Gehör zu verschaffen. Schiffer trat der Nationalliberalen Partei bei, erlangte zunächst ein Mandat für das preußische Abgeordnetenhaus und dann eins für den Reichstag, was auch seinen beruflichen Aufstieg förderte. Während des 1. Weltkriegs brachte er es bis zum Staatssekretär im Reichsschatzamt, mußte dafür aber den eventuellen Anspruch auf die Nachfolge Bassermanns aufgeben. Schiffer gehörte zwar nicht zu den Annexionisten, die extreme Forderungen stellten, aber zum Schutz seiner Heimat plädierte er für die Weichselgrenze. Nach der Revolution 1918/19 trat er in die DDP ein, ohne dort wirklich Fuß zu fassen. Dies lag wohl auch daran, daß er seine ministerielle Karriere am Anfang der Republik nicht seiner Partei, sondern seinem Ansehen bei den führenden Vertretern der Mehrheitssozialisten verdankte. Schiffer akzeptierte zwar die neue Republik, lehnte aber das parlamentarische System ab, da seiner Auffassung nach die Parteien dadurch zu sehr die Regierung beherrschen konnten. Für jeweils kurze Zeit war er unter Scheidemann Finanzminister (13. 2. – 11. 4. 1919), wobei er die später mit dem Namen Erzberger verknüpfte Finanzreform einleitete, unter Bauer (2. 10. 1919 – 27. 3. 1920) und dann noch einmal unter Wirth Justizminister (10. 5. – 26. 10. 1921). Im März 1920 gelang ihm wohl seine bedeutendste Leistung: Während des Kapp-Putsches blieb er als Vizekanzler der nach Stuttgart ausgewichenen Reichsregierung in Berlin und veranlaßte die Putschisten zur Aufgabe, da die Beamten nicht mit diesen zusammenarbeiteten. Allerdings mußte sich Schiffer diesen »Ruhm« mit den Gewerkschaften teilen, die zum Generalstreik aufgerufen hatten. Obwohl er die vom Völkerbund bestimmte Teilung Oberschlesiens ablehnte, war er der Leiter der deutschen Delegation bei den folgenden Verhandlungen mit Polen, bei denen wesentliche und grundsätzliche Fragen des Minderheitenschutzes geklärt wurden. Anschließend vertrat Schiffer das

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Deutsche Reich beim Internationalen Schiedsgerichtshof in Den Haag. 1924 brach er mit der DDP und versuchte vergeblich, eine Vereinigung der beiden liberalen Parteien zu erreichen. Er verlor dadurch jeden Rückhalt in der Politik und widmete sich deswegen verstärkt der Kommentierung politischer Fragen, aber auch dem Entwurf einer Justizreform. Dabei unterbreitete er Vorschläge, die z. T. erst in der Bundesrepublik Deutschland verwirklicht wurden (etwa Einführung des Einzelrichters, außergerichtliche Streitschlichtung, Zulassung von Absprachen bei Ordnungsstrafen), allerdings auch solche, die bedenklich waren (Einschränkung der Öffentlichkeit bei Prozessen, Verweigerung des Rechtswegs bei Bagatellsachen). Zur Not sollten seine Reformen auch am Parlament vorbei beschlossen werden. In der SBZ gehörte er zu den Gründern der LPD, und er war Präsident der Deutschen Zentralverwaltung für Justiz.

Obwohl Schiffer nie zu den Politikern der ersten Garde gehörte, hätte sein Leben als Deutscher, Jurist und liberaler Staatsmann einer Würdigung bedurft, die zwar nicht, wie der Herausgeber etwas hochtrabend behauptet, zwangsläufig zu einer Umschreibung der Nachkriegsgeschichte hätte führen müssen – er hebt dabei besonders auf die Stalinnote von 1952 ab –, aber doch einige neue Erkenntnisse bringen können.

Der Band vereint die von der Friedrich-Naumann-Stiftung und der Stiftung Neue Synagoge Berlin-Centrum Judaicum aus Anlaß des fünfzigsten Todestags gehalten drei Vorträge: über das politische Verhalten Schiffers von 1889 bis 1922 (H. Seier), dessen Verhältnis zu den liberalen Parteien (1900-1950) (J. Frölich) sowie seine Tätigkeit als Jurist und Politiker (Th. Ramm). Hinzu kommen die bis jetzt noch nicht veröffentlichten Reden Groeners, Meineckes, Gerlands und Zimmermanns auf einem Festbankett anläßlich von Schiffers 70. Geburtstag (1930) und dessen Antwort sowie ein Beitrag in der »Deutschen Juristenzeitung« von Popitz. Während der Abdruck der Ansprachen sinnvoll ist, da diese einige wertvolle Informationen zu Schiffer enthalten, erscheint der Aufsatz von Popitz überflüssig.

Die Herausgabe der drei Vorträge führt zwangsläufig zu Überschneidungen: Alle drei Autoren sind auf die Anfänge Schiffers eingegangen, was sehr reizvoll sein kann, da dabei z. T. unterschiedliche Wertungen herauskamen: So erachtete sich Schiffer nach Auffassung Seiers als machtlos in der Regierung Scheidemann, da die sozialdemokratischen Mitglieder die bürgerlichen nicht genügend über ihre Absichten informierten und isolierten, während Ramm ihm große Gestaltungsfreiheiten zugesteht. Es bleiben aber auch zahlreiche Fragen ungeklärt: Etwa welche Vorarbeiten er im Reichsschatzamt für die Finanzreform leistete, was genau er in Genf und in Den Haag tat, seine Versuche die Justiz zu reformieren, die Zeit des Nationalsozialismus sowie seine Stellung im Justizapparat der SBZ (z. B. sein Verhältnis zu Hilde Benjamin).

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Am schwierigsten läßt sich die Haltung Schiffers in der SBZ/DDR erklären: Er war nie ein Demokrat und wollte die Rechte des Parlaments bei der Gesetzgebung einschränken, um ein Rechtssystem zu schaffen, das für das Volk da war und von diesem akzeptiert wurde; vielleicht erwartete er, dies mit Hilfe der Sowjets etablieren zu können. Dabei übersah er, daß diese niemals einen Rechtsstaat wollten, sondern lediglich Gesetze, die ihre Machtstellung absicherten. Wahrscheinlich kommt die Charakterisierung als »liberale Exzellenz« (Frölich) der Person Schiffers am nächsten.

Kerpen-Buir *Franz-Josef Kos*

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Volker Depkat: Lebenswenden und Zeitwenden. Deutsche Politiker und die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts

München: Oldenbourg, 2007 (Ordnungssysteme – Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit Bd. 18), 573 S.

Autobiographien sind für Historiker eine zwiespältige Gattung: Einerseits weiß man um deren mitunter höchst zweifelhaften Quellencharakter, andererseits bieten sie gerade für den biographisch, politik- oder ereignisgeschichtlich arbeitenden Forscher einen bequemen bis guten Zugang zu seinem Vorhaben. Diese Greifswalder Habilitationsschrift unternimmt eine vergleichende Analyse von 14 Autobiographien, die im zweiten Drittel des vorigen Jahrhunderts entstanden, um »einige erfahrungs- und sozialisationsgeschichtliche Grundlinien durch das 20. Jahrhundert zu ziehen, an denen sich Einsichten über den Gang der Modernisierungs von Sinn- und Vorstellungswelten bei deutschen politischen Eliten, die etwas zwischen 1900 und 1960 als Akteure den Gang der Entwicklung in Deutschland mitbestimmten, aneinanderreihen lassen« (S. 43).

Der skizzierte Hintergrund macht natürlich, wie auch im Zitat deutlich wird, eine hohes methodisches Reflexionsniveau nötig, durch das sich der Leser in der ausführlichen Einleitung von gut 50 Seiten ebenso erst einmal durcharbeiten muß wie durch das anschließende Kapitel, wo es um die Motive für das Abfassen von Autobiographien gibt. Die vielen klugen Gedanken und Fragen, die hier aufgeworfen werden, können an dieser Stelle nicht rekapituliert werden. Wichtig ist, dass Depkat Autobiographien von politisch ehemals Handelnden als Teil der »Geschichtspolitik« ansieht, (S. 55) weshalb sie für ihn niemals als Selbstzweck, sondern immer in einem kommunikativ-öffentlichen Bezug und in Konkurrenz untereinander stehen. Entsprechend definiert er diese Autobiographien als »in Prozessen sozialer Kommunikation ausgehandelte, im Dreieck von individueller Geschichtserfahrung, retrospektiver Deutung und Gegenwartsbezug gründete Entwürfe von Identität« (S. 29)

Interessant ist natürlich vor allem das ausgewählte Ensemble von Memoirenschreibern und –schreiberinnen, das ob seiner Heterogenität zunächst frappiert: Unter den 14 Autoren sind fünf Frauen und neun Männer, die sich wiederum in bürgerliche Autobiographen (Adenauer, Arnold Brecht, Ferdinand Friedensburg, Herman Pünder) und in sozialistische-west resp. -moderat (Wilhelm Keil, Wilhelm Dittmann und Abert Grenzinski) sowie sozialistische-ost (Otto Buchwitz und Max Seydewitz) aufteilen. Während unter diesen eigentlich nur einer mit einem genuin liberalen Hintergrund ist, nämlich der

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Kasseler Regierungspräsident Friedensburg, der nach 1945 allerdings zu CDU gehen sollte, so überwiegt das liberale Element bei den weiblichen Autobiographien, wo mit Gertrud Bäumer, Marie Baum und Marie-Elisabeth Lüders gleich drei wichtige Frauengestalten des Liberalismus aus dem frühen 20. Jahrhundert vertreten sind. Die anderen sind die bürgerlich-jüdischen Sozialistinnen Toni Sender und Käthe Frankenthal.

Warum diese ausgewählt worden sind, hängt einerseits mit methodischen Aspekten – der Aussagekraft der jeweiligen Quelle – und andererseits mit einer gemeinsamen Erfahrung aller Autoren zusammen: Alle gehören in der einen oder anderen Weise nach 1933 »zu den aus dem nationalsozialistischen Konsens Ausgestoßenen«. (S. 512) Dagegen gibt es aber neben Herkunft und politischem Bekenntnis auch bei den Lebensdaten – Wilhelm Keil war bereits über 20 Jahre alt, als Max Seydewitz geboren wurde, und Albert Grzesinki starb 40 Jahre vor diesem – erhebliche Abweichungen. Noch gravierender erscheinen die Unterschiede bei Inhalt und Abfassungszeit der Erinnerungswerke: Gertrud Bäumer schrieb das ihrige bereits unmittelbar nach dem Januar 1933 und konnte schon deshalb darin kaum die Erfahrungen der NS-Zeit und des Jahres 1945 behandeln, während Konrad Adenauer sich nach seiner Kanzlerschaft schriftlich erinnerte und dabei nur auf die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg einging. Die jeweiligen Lücken aus den früheren oder späteren Lebensphasen sucht Depkat dann durch Hinzuziehung anderer Quellen (S. 491) oder biographischer Werke (S. 359 ff) zu füllen, was methodisch etwas fraglich scheint.

Hinzukommen noch die unterschiedlichen Abfassungsbedingungen, denn natürlich konnte niemand in der DDR ein Buch ohne genaue Überprüfung durch die Zensoren veröffentlichen, insbesondere wenn es sich bei den Autoren um hochrangige SED-Funktionäre mit nicht lupenreinem (= sozialdemokratischem) Vorleben wie bei Buchwitz und Seydewitz handelte. (Vgl. S. 83 ff) Wohl deshalb liefen die unterschiedlichen Interpretationslinien bei den nach 1945 publizierten Werken nicht mehr entlang der Klassen-, sondern der Systemgrenzen (S. 188).

Trotz dieser unübersehbaren Heterogenität ihres Quellenensembles bringt Depkats Studie durchaus eine beträchtliche Zahl von Erkenntnissen und Einsichten, von denen hier vor allem die zu den liberalen Autoren/innen interessieren. Dazu ist zu zählen, dass sowohl Lüders als auch Friedensburg, wenn auch dieser in derselben Partei wie der erste Bundeskanzler war, eindeutig gegen Adenauers Deutungshoheit in Bezug auf die Interpretation der Nachkriegsgeschichte anschrieben, (S. 96 f) wie wir heute wissen, mit eher mäßigem Erfolg. Depkat führt dies vor allem auf deren national-berliner Perspektive zurück. (S. 221) Dagegen stimmte Lüders mit Adenauer in der Klage über den zunehmenden bundesdeutschen Materialismus überein. (S. 211 f)

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Dies deutet einmal mehr auf die national-soziale politische Sozialisation, die – wie Depkat wiederholt herausstellt – Lüders mit den anderen beiden liberalen Frauen teilte. (S. 170 u. 449) Dennoch gab es auch unter diesen beträchtliche Unterschiede, was ihre Sicht des 20. Jahrhunderts anbelangte. Dabei wird man zwar nicht unbedingt der etwas grobschlächtigen Verortung innerhalb der DDP folgen wollen, die Depkat vornimmt; (vgl. S. 466) dennoch ist unübersehbar, dass die Interpretation von Baum weit mehr von liberalen Anschauungen geprägt war als die von Gertrud Bäumer, die doch stark unter dem Eindruck des sogenannten »Augusterlebnisses« im Jahre 1914 stand und sich am Ziel einer – in Weimar nicht erreichten – »Volksgemeinschaft« orientierte, weshalb sie eine Zeit lang nach 1933 auch in gewisser Weise Anschluß an den Nationalsozialismus suchte. (Vgl. S. 177, 182 ff u. 478 f) Marie Baum schrieb ein halbes Jahrzehnt später als Bäumer, übersah deshalb nicht mehr die Schwächen der NS-Herrschaft und beklagte vor allem den Verlust an Bürgerlichkeit, der für sie der Grund der deutschen Krise nach 1918 ist. (Vgl. S. 174 ff) Lüders schließlich konnte in ihre Autobiographie ihre politische Wiedergeburt nach dem Zweiten Weltkrieg einbauen, weshalb bei ihr weit mehr die Kontinuität und der Stolz auf das Erreichte im Vordergrund standen als bei ihren beiden Gesinnungsgenossinnen. (S. 218) Allerdings weist dies einmal auf die erwähnte Heterogenität des Quellenensembles, die doch die Aussagekraft der Untersuchung beeinträchtigt.

Man wird also weitere Studien dieser Art abwarten müssen, in die auch politisch anders orientierte Personenkreise einbezogen werden müssen, beispielsweise solche, die von der Krise am der Weimarer Republik profitierten, um die von Depkat am Schluß gezogenen Folgerungen (vgl. bes. S. 513 f. u. 518) auf ihre Belastbarkeit zu überprüfen. Dennoch bleibt der Eindruck eines innovativen und gedankenreichen Werkes, das die Forschung, auch zum deutschen Liberalismus, in vielerlei Hinsicht anregen wird.

Bonn/Gummersbach *Jürgen Frölich*

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Stephanie Zibell: Politische Bildung und demokratische Verfassung. Ludwig Bergsträsser (1883-1960)

Bonn: JHW Dietz, 2006 (Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Band 71), 402 S.

Dem Verfassungspolitiker und passionierten Kämpfer für die parlamentarische Demokratie, Ludwig Bergsträsser, wurde ein wissenschaftliches Denkmal gesetzt. Die Politikwissenschaftlerin Stephanie Zibell hat Leistungen und Verdienste, Niederlagen und Irrtümer dieses politisch engagierten Zeitgenossen der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts im zeitgeschichtlichen Kontext analysiert und bewertet.

Was vorliegt, ist eine sorgfältig gegliederte wissenschaftliche und biografische Würdigung, fundierte Analyse und Fleißarbeit par excellence, worüber nicht nur ein umfangreiches Quellen- und Literaturverzeichnis Auskunft gibt. Die Autorin hat es vor allem verstanden, Interesse für einen nahezu – und ihrer Auffassung nach zu Unrecht – vergessenen Politiker und Wissenschaftler zu wecken. Sie räumt ein, ihre anfängliche Einschätzung, Bergsträsser sei ein höchst streitbarer und »nicht unbedingt verträglicher« Mensch gewesen, im Laufe ihrer Arbeit korrigiert zu haben. Die schwierigen Aufgaben, die dieser Mann in der unmittelbaren Nachkriegszeit habe bewältigen müssen, hätte er ohne Einfühlungsvermögen, Kooperations- und Kompromissbereitschaft nicht leisten können (S. 9). Das macht sie gleichwohl nicht blind für Schwächen und Fehleinschätzungen dieses integren Mannes. So kritisiert sie etwa seinen »eng gefassten, fast schon extrem eingeengten Politikbegriff.« In Einzelfragen attestiert sie ihm eine »erstaunliche Realitätsferne« (S. 209) und moniert, er sei »Titel- und statusverliebt« gewesen (S. 76).

In acht Kapiteln wird der politische Werdegang Bergsträssers nachgezeichnet. Früh sucht der gelernte Jurist den Kontakt zu liberalen Vereinen. Friedrich Naumann ist sein großes Vorbild seit Schülertagen (S. 23). Politische Diskussionen etwa über Parteiprogramme und aktuelle Gegenwartsfragen beschäftigen ihn permanent. Des weiteren Verfassungsfragen, die ihn sowohl theoretisch-wissenschaftlich als auch praktisch-politisch Zeit seines Lebens begleiten.

Parallel arbeitet er journalistisch und bemüht sich um die Vermittlung komplizierter Sachverhalte in einer allgemein verständlichen Sprache. Für die Deutsche Demokratische Partei zieht er 1924 auch in den Reichstag ein. Nach der späteren Kursänderung der DDP zur Deutschen Staatspartei wechselt er 1930 zur SPD, die seinen politischen und sozialen Überzeugungen nun näher steht.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

»Im Grunde genommen«, so Zibell, »war er ein Liberaldemokrat geblieben, der sich infolge der Auflösung der DDP eine neue politische Heimat hatte suchen müssen.« (S. 64)
Eine Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten kommt für den aufrechten Demokraten nicht in Frage. Folgerichtig wird er 1933 aus dem öffentlichen Dienst entlassen (S. 61). Er verliert zudem seinen Lehrauftrag an der Universität Frankfurt. Auf bescheidenem Niveau kann er als freier Mitarbeiter für diverse Fachzeitschriften seine wissenschaftliche Tätigkeit fortsetzen. Bergsträsser, so Zibell, war ein Mann mit Prinzipien, der seine Überzeugungen nicht nur propagiert sondern auch gelebt habe. Er gehört – wenn auch nicht in vorderster Reihe – zum deutschen Widerstand und arbeitet in den 40er-Jahren unter anderem mit Wilhelm Leuschner zusammen, für den er mindestens zwei Denkschriften verfasst. (S. 73)
Dominiert in der Phase der Weimarer Republik noch der Wissenschaftler, so nach 1945 der Politiker: »Aus dem Wissenschaftler wurde, wie er selbst sagte, ein ›abgebrühter Politiker‹.« (S. 124) Bereitwillig stellt er sich unmittelbar nach Kriegsende in den Dienst der neuen Machthaber in Hessen. Seine Hoffnung, der erste Ministerpräsident zu werden, erfüllt sich freilich nicht. Er wird schließlich bis zu seiner Pensionierung im August 1948 Regierungspräsident in Darmstadt.
Das Kapitel über Bergsträssers bildungspolitisches Engagement gehört zweifellos zu den interessantesten. Legt es doch in anschaulich-präziser Weise den Kern seines Denkens frei. Und dies kann mit »staatsfixiert« adäquat auf den Begriff gebracht werden. Bildung stellt für Bergsträsser in erster Linie nicht ein »Bürgerrecht« dar, wie Ralf Dahrendorf es später formuliert, sondern ein Staatsinteresse: »Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stand also erwartungsgemäß nicht der Mensch, sondern die Sicherung des Fortbestands des demokratischen Gemeinwesens, das gut ausgebildeter Kräfte bedurfte.« (S. 176) Der Ausgangspunkt des Bergsträsser'schen Denkens ist der Staat. Es geht ihm in erster Linie um den Erhalt des parlamentarisch-demokratischen Systems (S. 58). Und wenn Bergsträsser von Bildung sprach, »meinte er folglich in erster Linie eine gute Schul- und vor allem eine umfassende politische Bildung.« (S. 215)
Die Aufgabe der staatsbürgerlichen Erziehung besteht nach Bergsträsser darin, den politischen Willen des Schülers herauszubilden und ihn zu praktischer Handlungsfähigkeit anzuleiten (S. 192). Dies wird in seinen Initiativen für einen »staatsbürgerlichen Unterricht« deutlich. Dieser soll nicht nur für Schüler, sondern auch – mit Prüfungszwang – verbindlich für Studenten aller Fakultäten festgelegt werden. Mit dieser Forderung kann er sich am Ende aber nicht durchsetzen. Auch seine Forderung nach einer »Hochschule für Politik« wird nicht umgesetzt; erfolgreicher ist sein Engagement zur Einrichtung von politikwissenschaftlichen Lehrstühlen an deutschen Hochschulen, »als deren

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

aktiver und geistiger Wegbereiter er gelten darf.« (S. 224) Allerdings bleibt er selbst bei der Besetzung der neu eingerichteten Lehrstühle (Frankfurt am Main, Marburg und Darmstadt) außen vor. Altersgründe werden genannt. Aber maßgeblich sind wohl andere Einwände, denen sich auch die Autorin in einem entscheidenden Punkt anschließt: »Zweifellos handelte es sich bei ihm um einen gebildeten (. . .) Menschen. Aber das Zeug zu einem prägenden, engagierten Wissenschaftler, dessen Persönlichkeit und Charakter die Studenten zu faszinieren versprach, besaß er nicht.« (S. 240)

Der zweite Bereich, in dem Bergsträsser nachhaltig Wirkung entfalten kann, ist das »Projekt Landesverfassung«. Ohne sein herausragendes Engagement wären die Verhandlungen womöglich gescheitert. (S. 19) Detailliert zeichnet die Autorin den Weg der Verfassungsdiskussion, die Standpunkte der Parteien und die Verhandlungen mit der US-Militärregierung nach. Dass am Ende eine Verfassung steht, der auch die Mehrheit der Wähler zustimmen können, führt Zibell insbesondere auf die Leistungen Bergsträssers zurück. Hier sieht sie letztlich auch den »politischen Höhepunkt in Bergsträssers Leben.« Die politischen Aktivitäten nach 1946 verblassen vor diesem Hintergrund. Auf engem Raum wird das Wirken Bergsträssers zusammengefasst.

Weder im Hessischen Landtag noch im Deutschen Bundestag kann er nachhaltige Wirkung entfalten. Nie schafft er den Sprung vom Hinterbänkler zur Parlamentarierprominenz (S. 347).

Kann man in dieser grundlegenden und umfassenden Studie etwas vermissen? Vielleicht! So wird zum Bedauern des Rezensenten »Bergsträssers gleichnamiger Vetter Arnold«, als späterer gewichtiger Vertreter der sogenannten »Freiburger Schule« nur an einer einzigen Stelle namentlich erwähnt, die Diskussion im familiären Rahmen nur angedeutet (S. 248).

Ein Abschnitt über die gegenseitige Befruchtung und unterschiedlichen Ansätze wäre im Kontext der gemeinsamen Kommissionsarbeit sicherlich weiter aufschlussreich gewesen.

Was bleibt? »Weshalb ist es angebracht«, so fragt die Autorin selbst in ihren einleitenden Bemerkungen, Bergsträsser »dem Vergessen zu entreißen?« Und sie gibt eine klare Antwort: »Bergsträsser war Verfechter einer aufrechten Politik ohne Illusion, Täuschung und Korrumpierbarkeit. Er selbst hat diese Maximen mit beispielhafter Aufrichtigkeit gelebt und versucht, diese Tugenden vor allem in der Jugend zu wecken und zu verankern, weil die jungen Menschen in der Zukunft den Fortbestand des Staates garantieren. Gerade in der Zeit allgemeiner Politikverdrossenheit, der politischen Phrasendrescherei und der Realitätsferne mancher politischer Entscheidung darf ein Mann wie Bergsträsser – trotz seiner Fehler und Schwächen – als Vorbild herangezogen werden, denn er stand für politische Wahrhaftigkeit und Anstand, wozu soziale Verantwortung ebenso gehört wie demokratisches Bewusstsein und

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

die Bereitschaft, die Errungenschaften der Demokratie energisch gegen die Feinde des demokratischen Staates zu verteidigen.« (S. 20)

Gummersbach *Michael Roick*

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Christof Brauers: Die FDP in Hamburg 1945 bis 1953. Start als bürgerliche Linkspartei

München: Martin Meidenbauer Verlagsbuchhandlung 2007 (DemOkrit 3, Studien zur Parteienkritik und Parteienhistorie, Schriftenreihe der Vereinigung Demokratische Offenheit (DemO) e.V., Hamburg), 742 S.

Auf diese Forschungsarbeit haben sowohl Regionalhistoriker als auch Parteienforscher lange warten müssen; denn die ersten hier vermerkten Interviews mit Zeitzeugen fanden 1993 statt – da derartige Gespräche nur bei entsprechendem Vorwissen des Fragenden sinnvoll sind, dürfte die erste Beschäftigung mit diesem Thema noch länger zurückliegen. Aus dem Vorwort von Christof Brauers vom April 2006 geht dazu nur hervor, dass seine beiden akademischen Lehrer, die Professoren Borowsky und Sywottek, im Herbst 2000 verstarben und ihn danach PD Dr. Helmut Stubbe da Luz betreute. Deshalb wurde die vorliegende Untersuchung dann vom Fachbereich Pädagogik der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg im SS 2004 als Dissertation angenommen (S. 33/34).
Weil Hildegard Hamm-Brücher sich der Hamburger Vereinigung Demokratische Offenheit, in deren Studienreihe die Dissertation nun erschienen ist, seit Beginn der 90er Jahre besonders verbunden fühlt, hat sie im Dezember 2005 ein lobendes Vorwort verfasst (S.7-10).
Darauf folgt eine Einführung von Helmut Stubbe da Luz über »Grenzen programmatischer Träume« – Parteiprogramme als Instrument der Parteipolitik (S.11-31). Dahinter verbirgt sich ein sprachlich ungewöhnlicher, teilweise schwer verständlicher Text; z.B. über den Nutzen von Allparteienregierungsbeteiligungen. »Können das schließlich nicht nur die Wähler selbst entscheiden, oder hat sich die Partei deren Kopf – über politisches ›Marketing‹ hinaus – unter dem Gemeinwohlanspruch (sofern einer erhoben sein sollte) zugleich mit dem eigenen zu zerbrechen?« (S. 12) Auch in den Anmerkungen findet sich teilweise neuartiges, z.B. »Der Wikipedia-Artikel ›Parteiprogramm‹ (22. Sept. 2005) formuliert deshalb zu Recht in für dieses ›Nachschlage‹-Werk relativ abgeklärter Weise: »In stärkerem Maße als durch das Parteiprogramm wird eine Partei vom Wähler über ihre Repräsentanten und ihre aktuelle Politik identifiziert und wählbar. . . .« (S. 14, Anm. 1). Eine hilfreiche Einführung in die folgende Untersuchung kann der Text in dieser Form kaum sein; auch sind derartige Einführungen eines Gutachters bei Dissertationen unüblich.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Da Stubbe da Luz überdies im Quellen- und Literaturverzeichnis mit 16 Veröffentlichungen aufgeführt ist, darunter kleine Beiträge in der Neuen Bonner Depesche von 1982 und 1983 mit jeweils 2 S., oder in Das Rathaus von 1986 und 1989 mit jeweils 4 S. – auch von Brauers immer gerne zitiert wird, scheint hier die Dankbarkeit gegenüber dem »Doktorvater« etwas unzeitgemäße Züge angenommen zu haben. Der vorliegenden Studie nützt diese aufdringliche wissenschaftliche Ableitung eher wenig.

Die Einleitung von Brauers ist dagegen insgesamt sachlich, sprachlich gut lesbar und durchdacht formuliert – nur manchmal etwas pauschal in der Einordnung (S. 35-42). Angesichts der umfangreichen, teils zersplitterten und teils gesperrten Quellen wären hier jedoch konkrete Hinweise auf ausgewertete Quellen, ihren Umfang und ihre Bedeutung für diese Studie angebracht gewesen, statt nur pauschal mitzuteilen, was theoretisch noch vorhanden ist (S. 41). Auch die allgemein gehaltene Auflistung beim Staatsarchiv Hamburg zum »Bestand FDP-Landesverband Hamburg (1945-1954)« im Quellenverzeichnis gibt darüber keine Auskunft. Dabei ist dieser Bestand ungewöhnlich umfangreich und detailliert geordnet, wie das Findbuch zeigt – auf das leider jeder Hinweis fehlt.

Dieser Einleitung des Verfassers folgt im Grunde eine weitere Einführung, nämlich das Kapitel I.: Tradition (1900-1945), das Liberale in der Opposition, in der Verantwortung sowie zwischen Anpassung und Widerstand behandelt (S. 43-120). In dieser Breite wäre eine derartige »Nacherzählung« der Forschungslage sicherlich verzichtbar gewesen; eine knappe Zusammenfassung hätte genügt, um Traditionslinien und Brüche deutlich zu machen.

Deshalb beginnt unsere auf den Zeitraum 1945-1953 bezogene Untersuchung erst auf Seite 121 mit dem zweiten Kapitel: Neuanfang (1945). Darin werden der Bund Freies Hamburg und die Parteigründungen behandelt (S. 121-155), wobei das hier breit zitierte statistische Ergebnis vom Dezember 1946 über die liberalen Wurzeln, nämlich mehrheitlich aus der Weimarer DDP, nicht überrascht (S. 147, Anm. 108 u. 109) – wohl aber seine einseitige Bewertung. Denn die 154 neuen Parteimitglieder, die sich 1946 noch als ehemalige DVP-Mitglieder zu erkennen gaben, wirkten später bei den Richtungskämpfen zwischen demokratisch-liberal oder national-liberal maßgeblich mit. Deshalb gab es auch im Hamburger Landesverband in den Nachkriegsjahren immer einflussreiche Politiker, die das national-liberale Spektrum abdeckten. Die Wurzeln der »Jungen Demokraten« waren hier 1946 sogar »nationalistisch-rechtskonservativ«, wie Brauers selbst auf Seite 194 schreibt. Sein Untertitel »Start als bürgerliche Linkspartei« spiegelt daher mehr den Wunsch einer damaligen Elite als die parteipolitische Wirklichkeit wider.

Im Kapitel III »Kursbestimmung (1946)« werden folgende Entwicklungen beschrieben: Von der PFD zur FDP/Bürgerliche Fusionsbemühungen/Der liberale Zusammenschluss in der britischen Zone/Parteiorganisation/Vorläu-

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

fige Verfassung/Entnazifizierung/Ernannte Bürgerschaft (S. 157-240). Diese Gliederung wirkt auf den ersten Blick vernünftig und sachbezogen, auch wird die persönlich berufliche und politische Lage der sogen. Parteiführung 1945/46 anschaulich als Kampf der Rivalen um die Posten = Fleischtöpfe geschildert (vgl. S. 161 ff). Aber der ausufernde Text schüttet mit seinen Details die großen Linien zu und interessante Informationen zu den handelnden Personen werden so »vergraben«; z.B. von Koch, Büll, Wilkening, weil man sie hier nicht vermutet. Überdies werden in diesem Kapitel auch aus den anderen in Gründung befindlichen Parteien viele Vorgänge minutiös ausgebreitet, so dass sich der Leser fragen könnte, welche Gründungsgeschichte er eigentlich liest.

Aber wer durchhält, erfährt auch, dass die liberale Partei trotz Dauerkonflikten an der Spitze ein lebendiges Eigenleben entwickelte (S. 191f) und dass der »linke Flügel« durch den 29jährigen Edgar Engelhard plötzlich Auftrieb bekam, gerne gefördert von Levy und Rademacher (S. 201f). Taktische Spielchen gepaart mit persönlichen Begabungen werden dabei anschaulich rekonstruiert, aber dann geht die Spannung wieder in Detailzitaten verloren.

Auch im Abschnitt über die Entnazifizierung wird die Problematik anhand von Einzelbeispielen zwar deutlich, aber dann fehlt die abschließende Einordnung bzw. Bewertung. Der Leser erhält kein Gesamtbild, sondern nur personenbezogene Fragmente – leider auch in vielen noch folgenden Kapiteln. Oft enthalten die neutral gehaltenen Überschriften Informationen zu spannenden Konflikten, wie z.B. zur Demontage, insbesondere im Hafen (S. 226) oder zum Bauprojekt eines britischen Hauptquartiers im Grindelviertel, dem sogen. Hamburg-Projekt (S. 230) samt umfangreichen Umquartierungsplänen (S. 232f) – versteckt unter 3.2.3. Ernannte Bürgerschaft.

Als »Weichenstellungen« zwischen 1946 und 1949 (Kap. IV) werden die Bürgerschaftswahl 1946, die FDP in der britischen Zone, die Sozialliberale Koalition in Hamburg, die Schulreform, die Wirtschaftspolitik und das Wahlrecht behandelt (S. 241-384). Denkbare Wahlbündnisse, Programme, Kandidaten sowie konkrete Wahllisten und -ergebnisse werden vorgestellt; das problematische, von den Briten eingeführte modifizierte Mehrheits-Wahlrecht samt daraus resultierenden schwierigen Koalitionsverhandlungen zwischen allen Parteien wird thematisiert; ebenso die internen Machtkämpfe um die Senatsposten in den Parteien. Dennoch gingen die Liberalen dann nicht den »ehrlichen« Weg in die Opposition, wie es die Jungdemokraten forderten, die nicht zum »Handlanger einer sozialistischen Wirtschaftspolitik« werden wollten (S. 275), sondern opferten zuletzt sogar noch ihren Spitzenpolitiker Hermann Schäfer, den die Militärregierung wegen »Pro-Nazi-Aktivitäten« zwischen 1933 und 1945 ablehnte – eindeutig Ergebnis einer politischen Intrige (S. 276 f).

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Das Unterkapitel über die FDP in der britischen Zone geht inhaltlich weit über das hier vorliegende Untersuchungsthema hinaus, ist aber trotz zahlreicher bekannter Fakten informativ (S. 277-319).
Dagegen fällt der nachfolgende Abschnitt über die Sozialliberale Koalition in Hamburg enttäuschend aus, weil notwendige Informationen über die Zusammensetzung von Senat und Fraktionen fehlen, weil überwiegend Quellen aus der SPD und von der Militärregierung zitiert werden – daneben wenige Stenographische Berichte der Bürgerschaft – und weil hier nicht gemeinsam geplante politische Projekte für die Stadt (oder ev. bewusst ausgeklammerte) vorgestellt werden, sondern erneut Themen wie Verfolgtengruppen (VVN), Entnazifizierung (Kaufmann) und Liberale in der britischen Zone (insbesondere in NRW) im Vordergrund stehen.
Aber der kurze Beitrag über die Schulreform (S.341-353) als ideologische Spielwiese der Politik ist wieder anschaulich zusammengestellt, enthält viele Informationen über die schulpolitische Problematik aus Sicht der FDP, zitiert auch deren Quellen – ist also erheblich besser gelungen.
Leider erfährt der Leser danach unter 4.3.2 Wirtschaftspolitik (S. 353-365) vieles über die Beziehungen zwischen Partei- und Gewerkschaftsgremien samt ihren Vorgeschichten, über Mitbestimmungsfragen und ein neues Handelskammer-Gesetz (das übrigens nie verabschiedet wurde); auch wieder Details über parteipolitische Ranküne – aber kaum etwas über reale Wirtschaftspolitik beim Wiederaufbau einer Metropole.
Auch beim Abschnitt 4.3.3.über das in Hamburg lange und heftig umstrittene Wahlrecht, also ein zentrales Problem, bleibt Brauers nicht lange beim Thema sondern gerät nach ca. 6 Seiten wieder auf Nebenschauplätze, wie z.B. die wachsende nationalistische Orientierung bei den Jungdemokraten bis hin zu Waiblingers »Radaubrüdern«, die von der (angeblich linksliberalen) Parteiführung jedoch geduldet wurden (S. 371-374).
Es folgen noch die Kapitel V: Bündnisfragen mit den Wahlen zum Bundestag und zur Bürgerschaft von 1949; VI: Alternativen mit Ausführungen zur Liberalen oder Nationalen Sammlung, zum Deutschen Programm oder Liberalen Manifest zwischen 1949 und 1953; VII: Entscheidungen im Jahr 1953 auf dem Bundesparteitag in Bad Ems, in der Naumann-Affäre und für den Hamburg-Block. Auch hier wechseln sich Stärken und Schwächen in der Darstellung, wie bisher geschildert, ab – manche Themen wiederholen sich erneut, manche bleiben weiter unklar.
Aber es ergeben sich auch Widersprüche, wie z.B. über Hans Robinsohn, der als Kopf einer liberalen Widerstandsgruppe über Dänemark nach Schweden flüchten konnte. Sofort nach Kriegsende wollte er nach Deutschland zurückkehren, scheiterte aber an der britischen Besatzungsmacht. Auch der angestrebte Austausch von politischen Informationen und Ratschlägen beim Aufbau einer demokratisch-liberalen Organisation litt unter langen Postlaufzeiten

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

(S. 132/133, Anm. 45-52). Dennoch gelang es Robinsohn seit September 1945, sich von Malmö aus zumindest brieflich einzumischen (S. 151, Anm. 125). Im sogen. Schluss-Kapitel erfährt der Leser dann nicht nur erneut bereits Bekanntes zu dessen politischer Biographie, sondern liest plötzlich: »Für seine Abstinenz gab es aber auch handfeste politische Gründe. Er hatte dem einstigen linksliberalen Establishment die ›charakterlich abstoßende Fusion‹ mit dem Jungdeutschen Orden 1930 nicht verziehen . . .« (S. 686, Anm. 1) Im weiteren Text wird der Eindruck vermittelt, als habe Robinsohn inzwischen einen inneren Wertewandel durchlebt, nämlich gegen freie Wirtschaft/freies Unternehmertum und gegen jede Form von Nationalismus (S. 687, Anm. 6). Doch die Datierungen der hier zitierten Briefe zeigen, dass seine Äußerung über die abstoßende Fusion erst vom 12.9.1949 stammte und seine Verachtung für die ehemaligen Parteifreunde in Hamburg schon am 16.11.1945 formuliert wurde. Seine wirtschaftspolitisch fast linksdogmatischen Positionen teilte er sogar erst am 20.11.1950 in einem Brief an Thomas Dehler mit.

Die inhaltliche Gestaltung des Schluss-Kapitels (S. 685-699) hat die Rezensentin verblüfft, weil hier weder eine Einordnung der zahllosen, im Text verstreuten Ergebnisse, Erkenntnisse, Vermutungen versucht – geschweige denn ein Resümee für den organisierten Liberalismus der frühen Nachkriegsjahre gezogen wird. Stattdessen werden bereits mehrfach vorgestellte politische Akteure weiter analysiert und so auf ihre tagespolitische Tauglichkeit getestet, werden ihre Lebenswege vor 1945 und nach 1953 (also außerhalb des Untersuchungszeitraums) geschildert. Der Leser erfährt plakativ Negatives über den späteren Hamburg Block (1953-57), der intern zerstritten, sich für die FDP nicht auszahlte . . . Sogar die spätere sozialliberale Ära auf Bundesebene, aber auch erneut das Deutsche Programm, das Liberale Manifest samt der Naumann-Affäre kommen hier zur Sprache – ebenso der schillernde NRW-Politiker Wolfgang Döring. Erst in den letzten drei Absätzen versucht Brauers seine Untersuchung irgendwie einzuordnen, leider sehr oberflächlich: Weder bewegte sich die Hamburger FDP nach 1953 sofort und eindeutig nach rechts, noch wurde fortan die Marktwirtschaft ihr einziges Merkmal; schon gar nicht verabschiedete sich Edgar Engelhardt nach seiner Wahl zum Zweiten Bürgermeister 1953 aus der Parteipolitik. (Die zahlreichen Quellen, vor allem die Wortprotokolle der Fraktionssitzungen aus dieser Zeit und die internen Wahlkampfplanungen vermitteln ein anderes Bild)

Als Resümee bleibt festzustellen, dass hier ein großer Materialbestand mit unendlich vielen Detailkenntnissen ungeschickt zusammengestellt wurde – bedauerlich, auch wegen der langjährigen Forschungsarbeit. Denn diese Gliederung bietet dem vorhandenen Material wenig angemessene Präsentationschancen – sie ist zu einfach und formelhaft gestaltet, wirkt jetzt wie auf einen Endlos-Roman aufgestülpt. Zwar kann man diese Dissertation dank ihres

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

umfangreichen Personenregisters teilweise als Nachschlagewerk verwenden, aber da sich manche Informationen zu den handelnden Personen wiederholen, ist auch das eher mühsam. Vermutlich hätte nur ein Außenstehender die vorliegende Untersuchung anders gliedern und vor allem auf wesentliche Forschungsergebnisse reduzieren können – zusätzliche Erweiterungen wie diverse Einführungen und Einleitungen waren dabei der falsche Weg.

Hamburg *Beate-Carola Padtberg*

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Michael Klein: Westdeutscher Protestantismus und politische Parteien. Anti-Parteien-Mentalität und parteipolitisches Engagement von 1945 bis 1963

Tübingen: Mohr Siebeck, (Beiträge zur historischen Theologie, Bd. 129) 2005 XVI, 527 S.

Zu den Besonderheiten des deutschen Parteiensystems gehörte lange Zeit die Sonderstellung, die die Partei des politischen Katholizismus, das Zentrum, innehatte. Die Grundlage im katholischen Milieu sollte zumindest bis in die 60er Jahre des 20. Jahrhunderts Bestand haben und erst dann Auflösungserscheinungen zeigen. Solange es das Zentrum gab, solange gab es aber auch die Diskussion über seine Existenz und Zukunftschancen als konfessionelle politische Partei, eine Formel, die etwa Thomas Dehler als Widerspruch in sich erschien. Der legendäre Zentrumsturm hatte sich schon in den 20er und 30er Jahren zugleich als schwer einnehmbare Festung und Gefängnis erwiesen. Weitsichtige Politiker hatten daher schon während der Weimarer Republik versucht, die Konfessionsbarriere in der deutschen Parteienlandschaft zu überwinden – ohne Erfolg. Erst mit der Gründung der CDU war zumindest der Anspruch und das Ziel gegeben, eine über den Konfessionen stehende christliche Partei aufzubauen, auch wenn die Realität noch eine Weile auf sich warten ließ.

Ein protestantisches Pendant zum Zentrum gab es traditionell nicht; die protestantischen Wähler verteilten sich mit unterschiedlichem Schwerpunkten auf die übrigen politischen Lager: konservative und liberale Parteien in all ihren Differenzierungen sowie sozialistische bzw. sozialdemokratische Parteien. Gleichwohl ist die Frage nach der Stellung des (west-)deutschen Protestantismus zu den Parteien zu stellen, ihre Beantwortung ein Beitrag zur Geschichte des Protestantismus sowie der Parteien und des Parteiensystems gleichermaßen.

Zu Recht greift Klein in seiner Darstellung zunächst in die Zeit vor 1945 zurück, besser gesagt in die Zeit vor 1933. Denn die Zeit von 1933 bis 1945 läuft ausschließlich unter der Überschrift »Das Ende der politischen Parteien 1933 und die Widerstandsarbeit von Protestanten«, der Kolumnentitel für das ganze (!) Kapitel zum Nationalsozialismus ist noch einseitiger: »Protestantischer Widerstand«. Nun soll hier keineswegs die Existenz des protestantische Widerstands bestritten oder seine Bedeutung relativiert werden. Aber für die politische Positionierung von Protestanten nach 1945 wäre auch ein systema-

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

tischer Blick auf die Haltung ihrer überwiegenden Mehrheit während des Nationalsozialismus wichtig gewesen.
Mit knapp 200 Seiten bildet der Abschnitt über das Verhältnis des protestantischen Konservatismus zu den Unionsparteien den eigentlichen Kern der Untersuchung Kleins. Diese Entwicklung in den einzelnen Ländern in den Jahren der eigentlichen Besatzungszeit und dann in der Ära Adenauer ist als ein wesentlicher Bestandteil der Modernisierung zu werten, die sich in der Bundesrepublik Deutschland nach 1945 vollzog. Die Aufhebung der alten Konfessionsgrenze im Parteienspektrum, in einem Staat, dessen Bevölkerung zu etwa gleichen Teilen aus Katholiken und Protestanten bestand, war überfällig.
Es folgen kurze Abschnitte über kleinere Parteien, die über kurz oder lang in der einen oder anderen Volkspartei aufgegangen sind, nämlich die Deutsche Partei (DP), die überwiegend in die CDU integriert wurde, und die Gesamtdeutsche Volkspartei, deren Einbindung in die SPD durch so prominente Vertreter wie die späteren Bundespräsidenten Gustav Heinemann und Johannes Rau, aber auch Erhard Eppler und Dieter Posser belegt ist. Aber auch der SPD hat dieser Integrationsvorgang genutzt, da er sie für bürgerlich-protestantische Kreise wählbarer machte.
Besonders relevant war die konfessionelle Öffnung der Zentrumsnachfolgepartei CDU jedoch für die Liberalen. Im Zuge der Neu- und Wiedergründung der politischen Parteien nach 1945 waren viele von Hause aus liberale Protestanten zur Union gelangt. Diesen Aderlaß, der eine Spaltung des protestantischen Liberalismus bedeutete, zu kompensieren, war schwer, zumal sich die FDP in der politischen Auseinandersetzung mit dem in den 50er Jahren gravierenden Vorwurf konfrontiert sah, nicht auf christlichen Werten zu stehen. Die FDP blieb zwar in ihrer Mehrheit, was Mitglieder, Mandatsträger und Wählerschaft angeht, eine Partei der Protestanten, ohne daß dies etwas über Kirchennähe ihrer Klientel aussagen würde. Die Bemühungen der FDP um eine (Wieder-)Annäherung an den Protestantismus waren jedoch nur »bedingt erfolgreich« (S. 321). Der SPD ging es übrigens ähnlich. Dieser Befund trägt sicher zur Antwort auf die Frage bei, warum die 50er Jahre dermaßen im Zeichen Adenauers und der CDU standen.
Wer sich mit der Parteiengeschichte oder der Geschichte des Protestantismus der frühen Bundesrepublik beschäftigt, wird diese Arbeit gut gebrauchen können. Er wird aber auch die Erkenntnis bestätigt finden, daß sich die Bedeutung von Konfessionen, Kirchen und Theologie für die Politik und die politischen Parteien in den vergangenen 50 Jahren völlig verändert hat. Von den ehemals starren Schranken ist im Zuge dieser Westernisierung jedenfalls nicht mehr viel geblieben. Auf jeden Fall gilt schon hier: »The Past is a Foreign Country«.

Sankt Augustin *Hans-Heinrich Jansen*

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Frieder Günther: Heuss auf Reisen. Die auswärtige Repräsentation der Bundesrepublik durch den ersten Bundespräsidenten

Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 2006, (Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe, Bd. 8), 178 S.

Der Autor, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Herausgebers und mit Veröffentlichungen zum Besuch Theodor Heuss' in Großbritannien 1958 bereits hervorgetreten, stellt dieses Ereignis nun in einen größeren Zusammenhang.

Die ersten drei Teile des Werkes,, die immerhin 65 von insgesamt 178 Seiten ausmachen, sind einleitenden Charakters. Neben der explizit so bezeichneten Einleitung gehören da zu auch die Kapitel »Rahmenbedingungen der Staatsbesuche« und »Theodor Heuss und das bundesdeutsche Selbstverständnis«.

Die zentrale Fragestellung seines Werkes formuliert der Autor folgendermaßen: »Auf welche Weise präsentierte sich der Bundespräsident und mit ihm das bundesdeutsche Gemeinwesen bei den Staatsbesuchen nach außen, und welches Echo fand die Außendarstellung nachträglich in der bundesdeutschen Öffentlichkeit? Mit der Beantwortung dieser Fragen wird letztlich das Ziel verfolgt, einen Einblick in die politische Kultur der 1950er Jahre, in das Selbstbild und das Selbstverständnis der bundesdeutschen Gesellschaft zu gewinnen.« (S. 11). Das Thema sind sowohl die sieben offiziellen Staatsbesuche von Theodor Heuss im Ausland als auch die ebenfalls sieben Besuche ausländischer Staatsoberhäupter in Bonn.

In der Einleitung behandelt der Autor den Ablauf von Staatsbesuchen, der von einem »tradierten Kanon von Symbolen und Ritualen« bestimmt sei (S. 11).

In dem nächsten Kapitel »Biographische Prägungen des Bundespräsidenten« geht Günther auf Heuss' Biographie ein, endet jedoch bereits mit der Wahl zum Bundespräsidenten. Es wird herausgestellt, dass durch Heuss' Erfahrungen in vier politischen Systemen er bei den Staatsbesuchen als »historische Gestalt« (S. 22) in Erscheinung trat, die in die nationalsozialistische Diktatur nicht verstrickt war. Weiterhin wird die durch die Familie bedingte »liberaldemokratische und bildungsbürgerliche Tradition« und sein Denken in den »Kategorien des deutschen Nationalstaates« (S. 23) betont.

Danach erläutert der Autor die Stellung, die dem Bundespräsidenten in der deutschen Außenpolitik zugedacht war und wie sie von Konrad Adenauer

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

unter Berufung auf dessen alleinige Richtlinienkompetenz immer weiter beschnitten wurde. Hinzu kam, dass sich der Kanzler wichtige Bereiche in der Außenpolitik (auch nach der Ernennung des ersten Außenministers 1955) weiterhin vorbehielt. Der Autor betont in diesem Zusammenhang zu recht, dass die außenpolitischen Ziele der beiden Politiker in den Grundzügen übereinstimmten. Ein Bereich wurde Heuss unwidersprochen zugestanden, den der Repräsentation.

Nach kurzen Ausführungen zu den Mitarbeitern im Bundespräsidialamt und Auswärtigem Amt, die die Staatsbesuche vorbereiteten und an deren Durchführung beteiligt waren, kommt der Autor zum »Kalten Krieg als politisch-ideologischen Rahmen« (S. 36). Hierin aber die Hauptursache für die antikommunistische Grundhaltung von Heuss zu sehen, greift nach Meinung des Rezensenten zu kurz.

Da das dritte Kapitel in großen Teilen die erwähnten Thesen genauer ausführt und untermauert, kommen wir direkt zum Hauptteil, zu den Staatsbesuchen. Der erste Gast, der äthiopische Kaiser Haile Selassie I, kam vom 8. bis 14 November 1954 nach Bonn. Da die Pariser Verträge zu diesem Zeitpunkt noch nicht in Kraft getreten waren, war das Protokoll anders als bei späteren Besuchen. Da es die Bundeswehr und somit auch die Ehrenkompanie noch nicht gab, wurde der Monarch von einer Ehrenkompanie der Polizei empfangen. Vor dem Empfang des diplomatischen Korps waren die drei Alliierten Hohen Kommissare zu begrüßen, um deren besonderen Status zu betonen.

Der nächste Gast war ebenfalls ein Monarch aus dem außereuropäischen Ausland: Schah Mohammad Reta Pahlevi besuchte die Bundesrepublik vom 23.2 bis 5.2 1955 mit seiner ersten Frau Soraya. Sie löste, verstärkt durch die entsprechende Berichterstattung der »Regenbogenpresse«, Begeisterungstürme aus. die in eine regelrechte »Soraya-Hysterie« mündeten. Hier fehlt dem Autor der Blick über das enge Thema hinaus. Ein kurzer Hinweis auf den »berühmt-berüchtigten« Besuch des Schahs 1967 (Stichworte Tod von Benno Ohnesorg, »Jubelperser«) wird vom Rezensenten hier vermisst.

Der politischen Führung war natürlich bewusst, dass beide Herrscher, wie auch manche der späteren Besucher, autoritär bis brutal ihre Länder regierten, dies störte aber nicht, da es schwerpunktmäßig um eine Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen ging. Die Gliederung des den Staatsbesuchen vorbehaltenen Hauptteils folgt der Chronologie und wird an dieser Stelle aus Platzgründen nicht näher besprochen: die Staatsbesuche von Heuss in Griechenland, Türkei, Italien, dem Vatikan, Kanada, USA, Belgien und Großbritannien und die Besuche der Staatoberhäupter aus Indonesien, Griechenland, Liberia, Italien und der Türkei. Ausnahmsweise Partei ergriff Theodor Heuss bei der Konzeption des Deutschen Pavillons für die Weltausstellung in Brüssel, die er offiziell besuchte. Er plädierte für die Beteiligung des Deutschen Werkbundes (DWB) an Konzeption und Vorbereitung.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Es fällt auf, dass ein Besuch in Paris als einem der West-Alliierten erst nach Ende seiner Amtszeit 1960 zustande kam. Hier hätte der Rezensent sich gern mehr als zwei Sätze ohne Anmerkung gewünscht.
Das abschließende Kapitel »Die Staatsbesuche als Spiegelbild der Wirtschaftswundergesellschaft« macht zwei zu kritisierende Aspekte deutlich: Zum einen wurde in den zu ausführlichen einleitenden Kapiteln schon viele Ergebnisse vorweggenommen. Andererseits sind wirklich neue Thesen oder gar Erkenntnisse dem Buch nicht zu entnehmen. Die Ausführungen zum beginnenden gesellschaftspolitischen Umbruch seit der zweiten Hälfte der 1950er Jahren, von dem natürlich auch Theodor Heuss als »Staatsschauspieler« tangiert wurde, sind sehr gut formuliert, aber nicht neu. Dass der Bundespräsident einer aussterbenden Generation von noch im Kaiserreich sozialisierten Intellektuellen angehörte, dessen Ruf zudem durch die Jahre des Dritten Reiches in keiner Weise Schaden nahm, ist ebenfalls weithin bekannt. Das Werk wird durch ein Personenregister erschlossen.
Als Fazit dieses Buches bleibt: Eine gut recherchierte und formulierte Arbeit, dessen Bedeutung weitgehend in der Zusammenfassung und Aufbereitung von wertvollen Informationen zum behandelten Thema liegt.

Radebeul *Lutz Sartor*

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Udo Leuschner: Die Geschichte der FDP. Metamorphosen einer Partei zwischen rechts, sozialliberal und neokonservativ.

Münster: edition octopus, 2005, 424 S.

Neuerdings haben Publikationen über die Geschichte der FDP in größeren Zeiträumen, sowohl politikwissenschaftliche als auch historische Veröffentlichungen Konjunktur. Es sei nur auf die neueren, 2005 erschienenen Veröffentlichungen von Dittberner (rezensiert in JzLF 18, S. 370-373) und Nickel (für den Zeitraum von 1954 bis 1968, rezensiert in ebd, S. 380-382) verwiesen. Seit Gutscher, der 1967 die Geschichte der FDP bis 1961 untersuchte, gibt es keine Parteigeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart oder zumindest bis in die 1970er oder 1980er Jahre, für die sowohl der notwendige zeitliche Abstand für eine historische Betrachtung gegeben ist als auch die Archivalien nach der üblichen 30jährigen Sperrfrist meist frei zugänglich sind.

Nun gibt es nicht nur eine, sondern »die« Geschichte der FDP, die den Zeitrahmen von 1945 bis zum Kölner Parteitag 2005 behandelt. Der Verdacht, dass es sich hier um eine historisch/politikwissenschaftliche parteinahe Untersuchung aus dem Umfeld der Friedrich-Naumann-Stiftung handelt, ist schnell entkräftet. Neben der Tatsache, dass es sich um ein »book on demand« handelt, verrät schon die Rückseite in einer Kurzzusammenfassung des Inhaltes Näheres: »Als Zwitter aus liberalen Traditionen und schwarz-weiß-roter Unbelehrbarkeit mit deutlichen braunen Flecken betritt 1949 die »Freie Demokratische Partei« (FDP) die parlamentarische Bühne der neu gegründeten Bundesrepublik Deutschland. Sie gewinnt erst allmählich liberales Profil, erlangt aber als »Zünglein an der Waage« relativ starken Einfluß auf das politische Geschehen und überlebt als einzige der kleineren Nachkriegs-Parteien.« Wer dennoch weiterhin eine Publikation erwartet, die den Grundzügen der Wissenschaftlichkeit genügt, wird enttäuscht: Der Autor verzichtet trotz vieler Zitate auf Anmerkungen und Literaturverzeichnis. Udo Leuschner (Jg. 1944) ist Journalist und ist im Internet mit einer Vielzahl von Beiträgen zu den unterschiedlichsten Themen vertreten. Einer der Schwerpunkte seiner Beiträge ist die Geschichte des politischen Liberalismus in Deutschland. Das vorliegende Werk hatte er ursprünglich für das Internet geschrieben.

In seiner Vorbemerkung betont er seine persönliche, sehr ambivalente Beziehung zur FDP und dass er die von im festgestellte Verengung des Begriffes »liberal« zu »neoliberal« als »Verfälschung und Negierung des Liberalis-

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

mus« empfinde. Er empfiehlt sein Buch als Geschenk, »um Linksliberale zu beglücken oder Westerwelle-Anhänger zu ärgern.« Damit ist klargestellt, dass es sich um eine Darstellung handelt, die »cum ira et studio« geschrieben wurde.

Aber nun zum Inhalt: Dieser ist in 50(!) Kapitel gegliedert, die in der Regel chronologisch aufeinander folgen und die Entwicklung der FDP und ihrer Politik beschreiben. Die meisten Kapitel sind nicht umfangreicher als 10 bis 12 Seiten. Durch einen sachlichen Untertitel der meist mit einem plakativen Titel überschriebenen Kapitel und anhand des Personenregisters fällt die Orientierung nicht schwer. Der Schwerpunkt des Buches liegt in der neueren Geschichte der FDP mit besonderer Beachtung von Skandalen und »Skandälchen«. Die von Liberalen verantworteten Politikfelder und die Programmatik bleiben leider unterbelichtet. So fehlen sogar in den Zwischenüberschriften die »Freiburger Thesen«. Auf S. 81 (von 424 Seiten) ist der Autor bereits bei der sozialliberalen Koalition gelangt und auf S. 194 fällt die »Mauer«. Ein paar Kapitel werden in den Zeitlauf eingebunden, sind jedoch speziellen Themen gewidmet wie z.B. »Radikalenerlass«, »Flick-Affäre« und »Agenten-Geschichten«. Die Sprache ist gut und flott zu lesen und spart nicht mit Wertungen, wobei der Autor z.B. bei den Deutschen Jungdemokraten zwischen Lob und harscher Kritik hin- und herschwankt. Die liberalen Studentenorganisationen Liberaler Studentenbund Deutschlands (LSD) und Liberaler Hochschulverband (LHV) werden hingegen nicht erwähnt. Vereinzelt werden ohne erkennbare Systematik Tabellen mit Wahlergebnissen eingestreut (z. B. S. 288 und 316). Besonders ausführlich werden Themen behandelt, zu denen der Autor eine sehr kritische Meinung vertritt: Als Beispiel seien der Kampf gegen den Terrorismus in der 2. Hälfte der 1970er Jahre oder der Bundesstagswahlkampf 2002 (Spaßpartei 18 Prozent, Jürgen Möllemann) genannt. Inwieweit ausführlichste Darstellungen von Entwicklungen nach 2000, wie z.B. die Auseinandersetzungen um die Position des Generalsekretärs, angesichts der zeitlichen Nähe angebracht sind, ist nach Meinung des Rezensenten fraglich. Hingegen werden wichtige Ereignisse aus der »älteren« Geschichte der FDP nur kursorisch oder überhaupt nicht behandelt. So fehlt zum Beispiel die »Schlüter-Affäre« in Niedersachsen 1955 und deren Nachwirkungen bis 1957 völlig, obwohl diese Ereignisse sogar internationale Beachtung fanden.

Das Schlusskapitel zitiert den Titel von Karl-Hermann Flachs Schrift »Noch eine Chance für die Liberalen«, der Autor versieht diese Aussage jedoch mit einem Fragenzeichen. Hier rechnet er mit der Partei ab: mit dem »ebenso raffinierten wie schwachsinnigen Konzept der Parteistrategen« für die Bundestagswahl 2002, mit der seit Ende 2002 »manifeste Krise der FDP«. Die letzten Linksliberalen wirken »nicht nur marginalisiert, sondern auch kastriert«. Der letzte Absatz ist merkwürdigerweise ein Loblied auf die WASG, obwohl der

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Autor feststellen muss, dass diese Gruppierung »der geborene Widersacher der FDP« sei, »aber zugleich von deren marktradikalen Tiraden« (S. 413) profitiere.
Eine abschließende Wertung fällt schwer: Es wäre unfair, dieses Werk an wissenschaftlichen Fachbüchern zu messen. Der Autor verfügt über eine gute Quellenbasis, die wohl schwerpunktmäßig auf Pressemeldungen basiert. Der Schreibstil ist flott und provokant und es ist daher eine kurzweilige Lektüre. Dank des ausführlichen Inhaltsverzeichnisses und des Personenregisters kann es auch mit Einschränkungen als Nachschlagewerk »für den Hausgebrauch« genutzt werden. »Die« oder zumindest »eine« Geschichte der FDP, die auch wissenschaftlichen Ansprüchen genügt, bleibt leider weiterhin ein großes Desiderat in der Erforschung des politischen Liberalismus in Deutschland.

Radebeul *Lutz Sartor*

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Jens Hacke: Philosophie der Bürgerlichkeit. Die liberalkonservative Begründung der Bundesrepublik

Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2006 (Bürgertum Neue Folge, Band 3), 323 S.

Zu den kleinen Hinterlisten der intellektuellen Debatte in Deutschland gehörte lange Zeit der Vorwurf, die bundesrepublikanische Geschichte der unmittelbaren Nachkriegszeit stelle so etwas wie eine Epoche der »Restauration« dar. Dies erweckt den Eindruck, die geistigen und gesellschaftlichen Grundlagen der frühen Bundesrepublik knüpften nahtlos an die rückwärtsgewandten, reaktionären Strömungen von der Metternich-Zeit über den Wilhelmismus bis zur konservativen Revolution der Zwischenkriegsjahre an.

Jens Hacke (Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialwissenschaften an der Humboldt Universität Berlin) wirft in seinem viel beachteten Buch »Philosophie der Bürgerlichkeit« ein ganz neues Licht auf das politische Denken der Zeit, das von diesem Bild markant abweicht. Das Buch – die Dissertation des Autors – beschreitet dabei ausgesprochen wenig ausgetretene Pfade und überrascht auf jeder Seite mit enormem und gut arrangiertem Detailwissen. Die Mehrfachauszeichnung, die dem Buch inzwischen mit dem Friedwart Bruckhaus-Förderpreis der Hanns Martin Schleyer-Stiftung und dem Wolf Erich Kellner-Preis der Friedrich Naumann-Stiftung zuteil wurde, kam nicht von ungefähr und ist wohlverdient.

Die zentrale Figur, um die herum Hacke seine Arbeit aufbaut, ist unter den Geistesgrößen Deutschlands keineswegs einer der großen Namen im Bewusstsein der Öffentlichkeit. Sie ist eher deutlich unterschätzt, wie sich im Verlaufe des Buches zeigt. Der zuletzt in Münster lehrende Philosoph Joachim Ritter (1903-1974) gehört zu den Schlüsselfiguren bei der – nachträglichen, wie Hacke feststellt – Begründung der Nachkriegsdemokratie. In dem er Denkelemente des Konservatismus erneuerte, die zuvor meist in einem antiliberalen Kontext existiert hatten, schuf Ritter eine Art Liberal-Konservatismus, der sich als besonders geeignet erwies, der Bundesrepublik eine mehr als bloß theoretische, sondern auch tragfähige pragmatische Rechtfertigung zu geben. Es erwies sich als ein geradezu genialer Schachzug, die liberale Ordnung auch gleich historisch-konservativ zu grundieren.

Dass Ritter darüber der Allgemeinheit nie in dem verdienten Maße bekannt wurde, tat seiner Wirkung kaum Abbruch. Diese Wirkung blieb im Wesentlichen indirekt. Doch wer die Namen derer hört, die aus seinem Kreis hervorgingen, der weiß, dass hier die Quelle einer ungeheuer effektiven Traditions-

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

bildung vorliegt. Es seien Hermann Lübbe, Odo Marquard oder auch Robert Spaemann genannt. Mit deren Wirken befasst sich Hackes Buch dann auch zu einem Großteil.

Im Einzelnen gab und gibt es zwischen den Denkern dieser Schule durchaus Differenzen. Dennoch lässt sich ein gemeinsamer Nenner bestimmen. Er besteht unter anderem darin, dass verabsolutierte Letztbegründungen und überzogene Rationalismen in der geschichts- und gesellschaftsphilosophischen Sphäre verworfen werden. Der tendenziell skeptische, im Kern wohl aristotelische (Ritter war anerkannter Aristoteles-Experte!) Rückgriff auf ein eher prudentielles Rationalitätskonzept verbindet sie mit konservativen Denkrichtungen. Diese Art von Rationalität kann sich jedoch in Institutionen, in denen eine lange geschichtliche Erfahrung ihren Niederschlag findet, am besten entfalten und findet auch dort den begrenzenden Rahmen. Offene Institutionen, die zu pragmatischem Wandel fähig sind, sind dafür am meisten geeignet. Dieses verbindet die Ritter-Schule stark mit dem liberalen und demokratischen Konstitutionalismus. Der bezeichnenderweise aus dem angelsächsischen (liberalen) politischen Denken entnommene Begriff des »common sense« wurde zunehmend zur Stützung des liberal-bürgerlichen Verfassungs- und Ordnungssystems der Bundesrepublik herangezogen. Es entstand ein antitotalitärer Konsens, der sich oft mehr aus der Abgrenzung von der Erfahrung des Nationalsozialismus speiste als von einer (unter Konservativen sonst üblichen) positiven Identitätsbildung, die sich aus Kontinuität speist. Einen Liberal-Konservatismus unter den schwierigen Bedingungen deutscher Diskontinuitäten geschaffen zu haben, war gewiss keine leichte Aufgabe.

Die meisten von ihnen kamen aus der »skeptischen Generation« (Schelsky), die das Ende des Nationalsozialismus zwar als junge Menschen (»Flakhelfer-Generation«) erlebt hatten, aber sich illusionslos, pragmatisch und mit einem Schuss Skepsis der Chance der Neuorientierung hingaben. Misstrauen gegen irrationalen Enthusiasmus und utopische Visionen zeichnete sie aus – eine Folge des vorherigen Missbrauchs von Idealismus. Verbunden war dies mit einer anti-totalitären Grundausrichtung, die sich logisch konsequent auch gegen den Kommunismus richtete. Dies verlieh ihrem Denken im Kontext des Kalten Krieges besondere Relevanz.

Hacke zeichnet auch die zum Teil durchaus unterschiedliche politische Herkunft und Entwicklung der Ritterianer (es gab sie in allen Parteien) mit viel Detailliebe biographisch nach und schildert die großen »bundesrepublikanischen« Debatten, an denen sie an führender Stelle teilnahmen. Dass der Utopismus der »Neuen Linken« der späten Sechziger von ihnen mit Argwohn betrachtet wurde, verwundert nicht, zumal umgekehrt auch sie selbst als »bürgerliche« Denker in die Schusslinie ihrer Gegner gerieten. Dies entfremdete die durchaus zahlreichen Sozialdemokraten unter den Ritterianern von ihrer

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

ursprünglichen politischen Heimat, die sich mit dem Radikalismus der »Neulinken« nicht anfreunden konnten, um dann eine Art »liberaler Sezession« zu betreiben. Einige von ihnen, vor allem Hermann Lübbe, wuchsen in der Folgezeit zu den Hauptgegenspielern der »68er« auf. In den darauf folgenden Auseinandersetzungen bewiesen die Ritter-Schüler, dass das von ihnen gelegte intellektuelle Fundament ihres Liberal-Konservatismus eine äußerst robuste Geistesgrundlage für die bundesrepublikanische Ordnung bot. Dabei verfielen sie nie auf die offen konterrevolutionäre »Notstandsstrategien«, die der von Carl Schmitt dem Zwischenkriegskonservatismus angediehene aggressive Dezisionismus mit sich brachte. Die »Normalsituation« und ihre Wahrung, so stellt Hacke fest, lagen ihnen besonders am Herzen. Sie trugen damit zu einer zivilen Entschärfung von Konflikten bei, die darin mündete, dass sich später etliche Gegner von einst, etwa Jürgen Habermas, letztlich auf viele ihrer Gedanken einließen. Die seit einigen Jahren beobachtbare Strategie der Linken, sich als die wahre Sachwalterin der Nachkriegsordnung der Bundesrepublik zu gerieren, ist vielleicht ein Reflex darauf. So mag denn die Ritter-Schule auch indirekt einen Beitrag zur Konsolidierung der Grundlagen der bundesrepublikanischen Ordnung geleistet haben.

Es ist ein gelungenes Stück Zeitgeschichte, das wir diesem Buch verdanken. Vor allem aber hat es ein Stück Geistesgeschichte wieder an das Tageslicht befördert, das in Deutschland fast systematisch ausgeblendet wird. Die 50er und frühen 60er Jahre als Neuentdeckung – das alleine macht das Ganze lesenswert. Hackes Werk, das mit dem »Ritterianertum« natürlich nur einen Teilaspekt einer durchaus vielschichtigen Um- und Aufbruchszeit behandelt – die in vieler Hinsicht ähnlichen gesellschaftsphilosophischen Gedanken des Ordoliberalismus der Zeit müssten in eine weiter gefasste Perspektive mit Sicherheit einbezogen werden –, sollte geeignet sein, dafür das nötige Interesse zu wecken. Man kann nur hoffen, dass es zur notwendigen Wiederentdeckung der Nachkriegszeit als einer auch intellektuell überaus innovativen und erfolgreichen Epoche der deutschen Geschichte führen wird.

Berlin/Potsdam *Detmar Doering*

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Wolfgang Schollwer: »Da gibt es in der FDP noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten. . .«. Aufzeichnungen aus der FDP-Bundesgeschäftsstelle 1966-1970

Herausgegeben von Jürgen Frölich. Bremen: Edition Temmen 2007, 332 S.

Als Wolfgang Schollwer im Sommer 1970 nach 19-jähriger Tätigkeit in der Bundesgeschäftsstelle der FDP den Bonner Talweg in Richtung Auswärtiges Amt verließ, sprach er von einer bescheidenen Bilanz (S. 301). Die Historiographie hat Schollwers hartes Urteil über sich selbst dagegen längst revidiert: Verschiedene Standardwerke zur Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere Arnulf Barings »Machtwechsel« und Klaus Hildebrands »Von Erhard zur Großen Koalition«, widmen Schollwer ausführliche Passagen. Mathias Siekmeier geht in »Restauration oder Reform? Die FDP in den sechziger Jahren« sogar soweit, Schollwer aufgrund seiner deutschlandpolitischen Vordenkerrolle als den Egon Bahr der FDP zu bezeichnen. Zeitgenössisch fand sein Wort als Hauptautor und leitender Redakteur des FDP-Pressedienstes »freie demokratische korrespondenz (fdk)« in der Publizistik Gehör. Auch schätzten viele der in Bonn akkreditierten ausländischen Diplomaten und Korrespondenten den Meinungsaustausch mit ihm.

Die Wissenschaft verdankt Schollwer mit seinen Aufzeichnungen, die im Abstand von nur wenigen Jahren nach den Ereignissen auf der Grundlage von Tagebuchnotizen und umfangreichen Handakten – darunter viele Mitschriften aus Gremiensitzungen – erstellt wurden, eine überaus wertvolle Quelle zur Geschichte der FDP. Nach der Publikation der Bände »Liberale Opposition gegen Adenauer« (1957-61) und »FDP im Wandel« (1961-66) zwischen 1988 und 1994 in einer Reihe des Instituts für Zeitgeschichte durch Monika Fassbender setzte Jürgen Frölich als Herausgeber mit »›Gesamtdeutschland ist uns Verpflichtung‹. Aufzeichnungen aus dem FDP-Ostbüro 1951-1957«, erschienen 2004, und dem hier anzuzeigenden Buch die Ecksteine des Schollwer'schen Chronistenwerks, soweit es sich auf das Innenleben der Partei bezieht.

Wie Frölich in seiner Einleitung zu Recht deutlich macht, ist die Haltung Schollwers in den Jahren 1966 bis 1970 engagierter bzw. kämpferischer als zuvor (S. 15 f). Die FDP war gespalten zwischen einem konservativen Flügel, der für die Zeit nach dem Ende der Großen Koalition auf eine Neuauflage der bürgerlichen Koalition mit der CDU/CSU setzte, und einem reformorientierten, der ein Bündnis mit der SPD favorisierte. Schollwer gehörte den Refor-

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

mern an und erhielt insbesondere von Bundesgeschäftsführer Hans Friderichs und Bundesschatzmeister Hans Wolfgang Rubin Rückendeckung. Programmatisch entwickelte und propagierte Schollwer eine neue Deutschland- und Ostpolitik, die die Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Linie vorsah. Er fand dabei vor allem bei den liberalen Studenten und den Jungdemokraten sowie bei einigen ›fortschrittlichen‹ FDP-Landesverbänden wie Hamburg Unterstützung.

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass Schollwer das Führungspersonal der FDP in unterschiedlichen Farben malt. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Bundestagsfraktion Hans-Dietrich Genscher tritt vor allem als Taktiker und Bremser in Erscheinung. Den behutsam reformerisch agierenden Walter Scheel, der seit Ende Januar 1968 den Parteivorsitz inne hatte, betrachtet Schollwer mit einer Mischung aus Bewunderung und Ungeduld. Wesentlich kritischer fällt im Vergleich dazu Schollwers Urteil über die Konservativen aus, allen voran über Erich Mende, der von 1960 bis 1968 Bundesvorsitzender der FDP war. Nach dem Hauptgrund hierfür muss der Leser nicht lange suchen: Gleich zweimal, 1964 und 1967, distanzierte sich Mende von deutschlandpolitischen Papieren Schollwers, nachdem sie in die Presse durchgesickert waren, obwohl er sie zuvor intern gelobt oder höchstselbst in Auftrag gegeben hatte.

Ein unvorteilhaftes Licht auf Mende warf auch der Porst-Prozess vor dem Bundesgerichtshof, der im Juli 1969 mit der Verurteilung des Photo-Magnaten endete. Mende hatte den Großspender Porst, der, wie sich im Laufe der Ermittlungen herausstellte, sowohl in der SED als auch in der FDP Mitglied war und nach Ansicht des Gerichts landesverräterische Beziehungen zum DDR-Ministerium für Staatssicherheit unterhalten hatte, allzu sehr hofiert und wohl auch mit der ersten der bereits erwähnten deutschlandpolitischen Studien Schollwers versorgt.

Aus der Sicht des Bonner Talwegs nahm insbesondere die konservative Presse den Porst-Prozess zum Anlass, um im Bundestagswahlkampf 1969 gegen die Liberalen Stimmung zu machen. In den letzten Wochen vor dem Urnengang setzte die Partei nach Schollwer zudem auf die falschen Themen und überwand am Ende nur knapp die Fünfprozent-Hürde. Obwohl Walter Scheel seine Partei nach der Bundestagswahl entschlossen in eine Koalition mit der SPD führte, gelang es den konservativen Kräften in der FDP-Bundestagsfraktion, ihren Einfluss auf die Bundesgeschäftsstelle vorübergehend auszubauen. Als Karl Moersch, ehemaliger Pressesprecher der FDP und damit früherer Vorgesetzter Schollwers, im Juni 1970 Ralf Dahrendorf als Parlamentarischer Staatssekretär im Auswärtigen Amt nachfolgte und Schollwer einen Wechsel in das Ministerium anbot, wollte und konnte dieser nicht ablehnen.

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Schollwers Aufzeichnungen aus der Phase der koalitionspolitischen Neuausrichtung der FDP Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre sind insofern von großem Quellenwert, als sie die Zähigkeit des innerparteilichen Ringens viel deutlicher hervortreten lassen als offiziöse Ergebnisprotokolle diverser Gremien. Während der Herausgeber in den Fußnoten auf das »Archiv der Gegenwart«, eine Vielzahl von Presseartikeln und Sitzungsprotokollen sowie wichtige Werke der Sekundärliteratur zurückgriff, ließ er leider die Editionen »Dokumente zur Deutschlandpolitik« und »Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland« ungenutzt. Insbesondere das Personenregister hätte auf diese Weise aufgewertet werden können. Gleichwohl gilt ihm das Verdienst, mit dem vorliegenden Band ein lange gehegtes Desiderat der Liberalismus-Forschung erfüllt zu haben.

Berlin / Riga *Volker Erhard*

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Autoren der Beiträge

Doering, Detmar, Jg. 1957, Dr. phil., Leiter des Liberalen Instituts der Friedrich-Naumann-Stiftung, Potsdam

Fesser, Gerd, Jg. 1941, Dr. phil., Historiker, Jena

Fleck, Hans-Georg, Jg. 1953, Dr., Leiter des Auslandsbüros der Friedrich-Naumann-Stiftung, Jerusalem

Frölich, Jürgen, Jg. 1955, Dr. phil., stellv. Leiter des Archivs des Liberalismus, Gummersbach

Hoebelt, Lothar, Jg. 1956, Prof. Dr., ao. Professor für neuere Geschichte an der Universität Wien

Klingebiel, Thomas, Prof. Dr., Seminar für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Göttingen

Lauterbach, Ansgar, Jg. 1964, Dr., Geschäftsführer der DAL Holding Dr. Ansgar Lauterbach GmbH & Co. KG, Berlin

Mares, Detlev, Jg. 1965, Dr. phil., Akademischer Rat am Institut für Geschichte der TU Darmstadt

Naumann, Ulrich, Jg. 1939, Diplom-Volkswirt, Dozent an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Köln

Ostermann, Patrick, Jg. 1967, Dr. phil., Institut für kulturelle Infrastruktur Sachsen, Dresden

Raithel, Thomas, Jg. 1958, PD Dr., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte, München

Roth, Ralf, Jg. 1957, PD Dr., Privatdozent für Neuere Geschichte an der Universität Frankfurt und Research Fellow des Royal Holloway College an der University of London.

Seier, Hellmut, Jg. 1929, Prof. Dr., pens. Professor für neuere Geschichte an der Universität Marburg

https://doi.org/10.5771/9783845204994 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY